C 21734 D



Stopp der Hitler-Verherrlichung S.26

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 111 22.8.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,–

Kappler auf freiem Fuß

Ein grelles Schlaglicht auf diesen Staat!



Mahnmal für die Opfer Kapplers in den „Fosse Ardeatine", wo Kappler am 24.März 1944 335 Menschen erschießen ließ.

Seit dem 15. August befindet sich der aus italienischer Haft geflüchtete Nazi-Massenmörder Kappler in der Bundesrepublik auf freiem Fuß. Den Antrag Italiens, Kappler festzunehmen und auszuliefern, hat die Bundesregierung abgelehnt.

Kappler hatte als Chef der SS im besetzten Rom die Erschießung von 335 Geiseln als „Vergeltung" für eine Aktion italienischer Widerstandskämpfer geleitet. Zu den angeordneten 320 Opfern – darunter viele Juden – fügte Kappler eigenmächtig noch 15 weitere hinzu.

Kappler hatte vom ersten Moment an mächtige Fürsprecher, die von Italien seine Freilassung forderten. Darunter der frühere Bundeskanzler Adenauer, Genscher, Kanzler Schmidt, den frühreren Bundespräsidenten Heinemann und sogar Willy Brandt. Eine 1976 bereits genehmigte „bedingte" Freilassung Kapplers mußte nach massiven Protesten der italienischen Öffentlichkeit zurückgezogen werden.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die bundesdeutschen Geheimdienste und weitere offizielle Stellen direkt in die Befreiung Kapplers verwickelt sind.

Wer ist Kappler ?

Wer ist Kappler ?

Kappler kam 1938 nach Italien, als Spezialist der SS für „Gegenspionage". Er organisierte 1943 die Befreiung des von den italienischen Antifaschisten verhafteten Mussolinis.

Als SS-Chef im besetzten Rom (seit dem 8. September 1943) befahl Kappler am 26. September der Jüdi-

Fortsetzung Seite 4

Geheimsache: Gigantischer BRD-Stützpunkt in Zaire

Wie erst jetzt durch die französische Zeitschrift „Afrique-Asie" (Ausgabe August/September) enthüllt wurde, hat der BRD-Imperialismus ein gewaltiges Stück Land im südlichen Afrika aufgekauft. Dies Land umfaßt etwa 100.000 Quadratkilometer und hat damit etwa die Größe des Staatsgebietes der DDR. Es liegt in Zaire, an der Grenze zu Tansania und Sambia (vergl. Karte), in eben jener politischen Unruhe-Provinz Shaba, die durch einen allgemeinen Volksaufstand dort und seine vorübergehende Niederschlagung vor wenigen Wochen Schlagzeilen in der Weltpresse machte. Erinnern wir uns: Der Volksaufstand in Shaba wurde seinerzeit einheitlich von der imperialistischen Presse als *„Einfall sowjetischer Söldner aus Angola"* dargestellt. Dies lieferte die Legitimation für ein massives militärisches und sonstiges Eingreifen für die USA, Frankreich und die BRD gegen die Aufständischen. Söldnertruppen aus verschiedenen reaktionär-afrikani-

Frankreich und die BRD gegen die Aufständischen. Söldnertruppen aus verschiedenen reaktionär-afrikani-

schen Ländern v.a. Marokko und Ägypten – wurden von ihrem Oberherrn, Jimmy Carter, nach Shaba befohlen, um dort das aufständische Volk niederzumetzeln.

Was damals allgemein nicht bekannt war (und von interessierter Seite auch bewußt totgeschwiegen wurde) ist, daß das Mobuto-Regime von Zaire schon vor über einem Jahr alle Hoheits- und sonstigen Rechte von gut einem Drittel der Provinz Shaba an den BRD-Imperialismus abgetreten hatte. Der Vertrag, mit dem Zaire das Gebiet an den BRD-Imperialismus abtrat, wurde am 26. März 1976 in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires unterzeichnet, und zwar von zairischer Seite durch den „Präsidentenberater" Bokana W'Ondangela und von BRD-Seite durch einen gewissen Ing. Lutz T. Kayser, Direktor einer ominösen (Schein)Firma OTRAG. Dieser Abtretungsvertrag eines Großteils der Shaba-Provinz an den BRD-Imperialimus ersetzt formal-juristisch einen entsprechenden Vor-Vertrag, der schon am 6. Dezember 1975 zwischen Zaire und dem BRD-Imperialismus ausgehandelt wurde. Der neue Staatsvertrag tritt rückwirkend vom 6.12.75 – dem Datum des Vor-Vertrages – in Kraft. Beide Verträge wurden von den Vertragspartnern bisher streng geheim gehalten – bis zur Veröffentlichung des Vertrags-Textes durch die anti-imperialistische Zeitschrift „Af-

geheim gehalten – bis zur Veröffentlichung des Vertrags-Textes durch die anti-imperialistische Zeitschrift „Af-

rique-Asie". Der dort veröffentlichte Vertragstext wurde inzwischen von der OTRAG offiziell als korrekt bestätigt, wie dem „politisch-parlamentarischen Pressedienst" der SPD/FDP-Regierung zu entnehmen ist („PPP", 9.8.77).

Nach offizieller Version handelt es sich bei der OTRAG, bzw. ihrem

Fortsetzung Seite 2

40 politische Gefangene im Hunger- und Durststreik

Seit dem 8. August sind zwischen 30 und 40 politische Gefangene im Hungerstreik, seit dem 9. August auch im Durststreik. Viele der Gefangenen befinden sich dementsprechend in einem stark geschwächten und lebensgefährlichen Zustand. Gudrun Ensslin mußte auf die Krankenstation verlegt werden, nachdem sie ohnmächtig zusammengebrochen war. Viele der Gefangenen werden inzwischen zwangsernährt.

Die Hauptforderungen der Gefangenen sind: Zusammenlegung in Gruppen von mindestens 15 Gefangenen und Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, d. h. in der Konsequenz Anerkennung als Kriegsgefangene.

Im wesentlichen für diese Forderungen waren die Gefangenen schon einmal im Frühjahr im Hungerstreik gewesen. Sie beendeten diesen am 30. April, nachdem sie eine verbindliche Zusage erhalten hatten, *„daß ‚unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration politischer – d. h. Gefangener nach § 129 – auch aus anderen Bundesländern in Stammheim und eine Vergrößerung des Haftraumes in die Wege geleitet wird'* " (zit. lt. Pressemitteilung der Gefangenen vom 30.4.77).

Die Vermittlungen leitete damals der Funktionär im badenwürttembergischen Justizministerium, Rebmann – heute Nachfolger des bei einem Betriebsunfall ums Leben gekommenen Generalbundesanwalts Buback. Schon damals hatten die Gefangenen erklärt, sie würden ihren Hungerstreik wieder aufnehmen, falls die Zusagen nicht eingehalten würden („Süddeutsche Zeitung", 11.6.77). Tatsächlich traten u. a. die vier Gefangenen des „Kommando Holger Meins", das die Aktion in der BRD-Botschaft in Stockholm durchführte, am 22. Juni in den Hungerstreik, um die Verlegung nach Stammheim zu erreichen.

Weitere Gefangene traten in den Hungerstreik, so bereits im Juni Rechtsanwalt Haag, Klaus Jünschke, Manfred Grashoff u. a.

Ende Juli erklärte dann Rebmann – inzwischen Generalbundesanwalt – auf einer Pressekonferenz ganz offen, daß keine weiteren politischen Gefangenen nach Stammheim verlegt werden dürften. Zugleich orientierte Rebmann generell auf eine knallharte Linie gegenüber den Gefangenen: *„Wir sind bei der Zustimmung von Hafterleichterungen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was gegenüber anderen Untersuchungsgefangenen zu verantworten ist"*, und *„daß die ‚Waffe Hungerstreik' zumindest bei der Bundesanwaltschaft auch künftig nicht stechen wird"* („Stuttgarter Zeitung", 28.7.77).

Bullenüberfall auf die Gefangenen in Stammheim

Damit war für die politischen Gefangenen ein gewisses Signal gesetzt. Letzter Auslöser des jetzigen Hunger- und Durststreiks war dann offenbar ein Überfall der Wachen auf die Gefangenen in Stammheim am 8. August.

Die Gefangenen in Stammheim hatten bis dahin „Umschluß" bei offenen Zellentüren gehabt, d. h. die einzelnen Zellentüren blieben offen, während sich die Gefangenen stundenweise auf dem gemeinsamen Flur treffen konnten. Sie konnten also während des „Umschlusses" in die Zellen gehen, um Sachen herauszuholen oder sich auch zu zweit in einer Zelle aufhalten – natürlich aufmerksam von den Wachen beäugt. Nach einem offenbar provozierten „Zwischenfall" – Andreas Baader wurde nach dem Umschluß bei Gudrun Ensslin in der Zelle gefunden, was sogleich lüstern zum „Schäferstündchen" hochgespielt wurde – wurde angeordnet, daß zukünftig während des „Umschluß" die Zellentüren geschlossen bleiben müßten. Als die Gefangenen am 8. August darauf bestanden, Türen offen zu lassen, stürmten 30 – 40 Wachbullen auf die Gefangenen los, droschen sie zusammen und zerrten sie gewaltsam in ihre Zellen zurück. In der bürgerlichen Presse war dann zu lesen, die Stammheimer Gefangenen (8 oder 9 an der Zahl) hätten die Wachbullen angefallen und mehrere verletzt !!

Der Überfall auf die Gefangenen am 8. August ist ein Teil einer schleichenden Verschlechterung der Haftsituation der Gefangenen, in diesem Fall in direktem Zusammenhang mit der Hetzkampagne nach dem Ponto-Attentat (30. Juli). Nach dem Überfall wurde in Stammheim der „Umschluß" gesperrt, ebenso der Hofgang, also praktisch Rückkehr zur Isolierhaft. Diese Maßnahmen sollten „bis zur Klärung der Angelegenheit" gelten.

Schikanen in der Haft – wie strafweiser Entzug von „Umschluß" und Hofgang, Wegnahme von Radiogeräten und Schreibmaschinen, Entzug von Zeitungen (vor allem ein inzwischen fast totales Verbot linker Zeitungen im Knast), Entzug von lebenswichtigen kreislaufstärkenden Mitteln (Kaffee, Medikamente) im Fall eines Hungerstreiks – werden durch eine neue Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse flankiert. So kann man wieder einmal Schweine-Kommentare lesen, wonach die politischen Gefangenen angeblich *„ein fast luxuriöses Leben"* führen, *„auch für Gaumenfreuden der Anarchisten bestens gesorgt"* sei, Baader und Ensslin *„auf dem Dachgarten des Gefängnisses lustwandeln und sich sonnen"*, und vor allem nur mit Schaudern vernimmt man die Kunde: „Sie haben sogar Gelegenheit zu Zärtlichkeiten!" (alle Zitate aus „Bild am Sonntag", 14.8.77).

Obwohl es sogar vom badenwürttembergischen Justizminister Bender und vom zweifellos unverdächtig schwarzbraunen Ministerpräsidenten Filbinger ausdrücklich bestritten wird (vgl. „BamS" vom 14.8.77 und

Fortsetzung Seite 2

„Bild" vom 15.8.77), behauptet Springers Lügenpresse nach wie vor hartnäckig, die politischen Gefangenen würden im Knast „Privilegien" gegenüber anderen Gefangenen genießen.

Die Springerpresse entspricht damit der Linie des neuen Bundesanwalts Rebmann, der seinen von uns gegangenen Nachfolger noch weit rechts überholt. So läßt sich Rebmann mit breitem Zynismus über die angeblichen „Vergünstigungen" für die politischen Gefangenen aus und vergißt dabei auch nicht, den „Besitz einer Sonnenbrille in der Zelle" sowie einer Maultrommel (primitives Mini-Musikinstrument) als besondere „Vergünstigungen" aufzuzählen („Stuttgarter Zeitung", 28.7.77).

Rebmann ist es auch, der offenbar ganz direkt das sogenannte „gesunde Volksempfinden" der Nazis wieder zum Maßstab machen will, wenn er zum Hungerstreik höhnisch erklärt: „ ... die Bevölkerung sei nicht daran interessiert, ‚ob diese Leute Hunger- oder Durststreik begehen. Die Bevölkerung will, daß man diese Leute hart anfaßt ...' " („FAZ", 15.8.77).

„Laßt sie doch verhungern!..."

Am 21. bzw. 22. August erschienen »Bild am Sonntag« und »Hamburger Morgenpost« übereinstimmend mit großen Schlagzeilen auf der ersten Seite: »Terroristen nicht mehr zum Essen zwingen!« (»BamS«) und »Schluß mit der Zwangsernährung« (»MoPo«). Anlaß dieser offensichtlich aus vollem Herzen kommenden Schlagzeilen war ein Vorstoß des rechtsradikalen CSU-Politikers Spranger, der per Gesetz die Zwangsernährung Hungerstreikender verbieten lassen will. Das »gesunde Volksempfinden« der Partie: »Der überwiegende Teil unserer Bevölkerung hat keinerlei Verständnis mehr, wie solche Leute mit immensen Kosten die Justiz und die Rechtsordnung unter Druck setzen«. Unterstützt wird Spranger von dem rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsabgeordneten Haberer, der die »BamS«-Leser zusätzlich mit der Mitteilung schockte, allein die Zwangsernährung von Jünschke und Grundmann habe über eine Million Mark gekostet.

ernährung von Jünschke und Grundmann habe über eine Million Mark gekostet.

Die »MoPo« ihrerseits konnte berichten, daß auch Buback-Nachfolger Rebmann sich gegen die Zwangsernährung ausgesprochen habe, und daß zudem der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Liedtke erklärt habe, die SPD sei »bereit..., über den Sinn einer Zwangsernährung nachzudenken«. In der aktuellen Situation vorgebracht, wo mehrere der Gefangenen schon lebensgefährlich durch ihren Hunger- und Durststreik geschwächt sind, und nur durch Zwangsernährung noch am Leben erhalten werden, bedeuten diese Stimmen nichts anderes als: »Laßt sie doch verhungern!«. Daß derartige Stimmen in großer Aufmachung auf die Titelseiten der Massenpresse gelangen, zeigt, daß für eine solche Entwicklung schon kräftig Stimmung gemacht wird.

Die Genossen im Knast: Falsche Einschätzungen, falsche Taktik

Den Hunger- und Durststreiks der politischen Gefangenen, die ja nicht erst am 8. August begonnen haben, sondern teilweise (so im Fall der Gefangenen des »Kommando Holger Meins«) schon vorher wochenlang durchgestanden worden waren (mit kurzer Unterbrechung Anfang August) fehlt es offensichtlich an demokratischer Öffentlichkeit. Vor allem den Anwälten und Freunden der politischen Gefangenen ist dabei auch der Vorwurf zu machen, daß sie nur wenig getan haben, um vor dem Einsatz des äußersten und nur wenige Tage durchzuhaltenden Kampfmittels des Durststreiks diese Öffentlichkeit zu schaffen.

Außerdem kann sich, anders als seinerzeit die im Endeffekt erfolgreichen Aktionen gegen die damalige Isolations-Haft und Isolations-Folter, der derzeitige Hunger- und Durststreik für die Zusammenlegung in Gruppen von mindestens 15 Gefangenen nicht auf breite humanitäre Zustimmung stützen, da es heute anders als damals in der Tat wenig glaubwürdig ist, daß es bei dieser Forderung sozusagen um Leben und Tod geht, also der Einsatz aller Mittel bis zur letzten Grenze überhaupt angemessen und sinnvoll ist.

Im Gegensatz zu dieser Lage der Dinge stehen die hochdramatischen Einschätzungen und Appelle, mit denen die Genossen im Knast und ihre Freunde draußen zur Solidarität mit dem Hunger- und Durststreik auffordern. Da heißt es z.B. als Überschrift eines Flugblattes: *»Morde an politischen Gefangenen geplant«*. In einem anderen Flugblatt ist zu lesen: *»Weil der Staatsschutz trotz der Großfahndungen in ganz Europa die freien Kämpfer der RAF nicht finden kann, nichts hat, als ein paar Namen, steht jetzt die Ermordung der Gefangenen auf der Tagesordnung ... Die Zellen werden dichtgemacht, um die Gefangenen unter totaler Verfügungsgewalt des Staatsschutzes und außerhalb jeglicher öffentlicher Kontrolle zu ermorden«*. Es folgt der Aufruf: *»Verhindert die Ermordung der gefangenen Revolutionäre!«* Etwas gemäßigter heißt es in einer Presseerklärung der Sektion BRD des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa vom 8.8., daß Rebmann *»die Endlösung, d.h. den Tod der Gefangenen, vorbereitet«*. Die gefangene Genossin Ingrid Schubert spricht in einem von den Anwälten verbreiteten Brief davon, daß die Justiz *»auf die Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage aus«* sei. Und der gefangene Genosse Helmut Pohl schreibt, *»daß der Staatsschutz in der Zange zwischen der Kontinutität des Widerstands und ... der zunehmenden außenpolitischen Isolierung der BRD, ein Prozeß, der wesentlich über den Widerstand der RAF, auch in den Gefängnissen lief, in Stammheim jetzt zur Endlösung kommen will«*.

Gemeinsamer Nenner: »Endlösung«, kurz bevorstehende Ermordung der Genossen im Knast — einerseits verstanden als Rache für den Abschuß Bubacks, andererseits verstanden als Versuch der Bourgeoisie, angesichts außenpolitischer Schwierigkeiten in Zusammenhang mit den politischen Gefangenen sich diese durch Mord schnell vom Halse zu schaffen.

Diese Einschätzung ist hysterisch und in sich selbst unlogisch. Denn wie sollte die Bourgeoisie ihren angeblichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten entgehen, indem sie — innerhalb der allernächsten Tage oder Wochen — die Gefangenen »ermordet« (wie auch immer)? Das sind immerhin heute schon mehr als 100 Menschen.

Unlogisch ist auf dieser Basis auch die Kampfform des Hunger- und mehr noch des Durststreiks. Denn der Bourgeoisie mußte es ja nur allzu gelegen kommen, wenn sich jetzt die politi-
noch des Durststreiks. Denn der Bourgeoisie mußte es ja nur allzu gelegen kommen, wenn sich jetzt die politi-
schen Gefangenen sozusagen »freiwillig« zu Tode hungern und dursten, und damit der Bourgeoisie das Geschäft (»Endlösung«) erleichtern. Übrigens zeigen die allerletzten Reaktionen von Rebmann u.a., daß er es tatsächlich auf einen oder mehrere tote Gefangene als Opfer des Hunger- und Durststreiks ankommen lassen will.

Daß Rebmann &Co. die „Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage" planen, halten wir für eine absurde These. Daß sie aber den Tod einzelner Gefangenen in Kauf nehmen oder gar provozieren könnten, scheint uns durchaus denkbar. Gerade deshalb kann in dieser Situation der Hunger- und Durststreik keine brauchbare Waffe sein. Man protestiert sinnvollerweise nicht gegen seine geplante Ermordung, indem man sich selbst zu Tode fastet.

Es ist verständlich, daß die Genossen im Knast eine falsche politische „Optik" bekommen haben. Zu kritisieren sind aber ihre Freunde draußen und ihre Anwälte, die entweder selbst zu naiv oder aber – schlimmer noch – zu feige sind, um den wirklichkeitsfremden Einschätzungen der Genossen im Knast zu widersprechen und sich damit auseinanderzusetzen. Parolen wie die angeblich bevorstehende „Endlösung" wirken – darüber sollten sich die Genossen klar werden – in der demokratischen Öffentlichkeit überzogen und unglaubwürdig, stoßen ab, verstärken die Isolierung der Genossen im Knast.

Die Genossen im Knast und mehr noch ihre Anwälte und Freunde draußen müssen darüber hinaus ihr bisheriges Vorgehen ändern, das darin bestand, eigenmächtig bestimmte Aktionen zu starten und erst danach mit moralischen Appellen („Verhindert die Ermordung der gefangenen Revolutionäre") die Solidarität der Linken erreichen zu wollen. Der jetzige Hunger- und Durststreik, zudem unserer Meinung nach ein schwerer politischer Fehler in Anbetracht aller Umstände, macht auch den Bankrott dieser bisherigen Herangehensweise an die Kräfte der Linken deutlich. Solidarisch laufen kann nur eine Aktion, die auch solidarisch diskutiert und gemeinsam das Für und Wider geprüft worden ist. Daran werden sich die Genossen gewöhnen müssen.

»Fall Poensgen«: »Bild« sprach zuerst mit dem Toten

Nach dem Ableben des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, J.Ponto wurde noch am Tag des Vorfalls die inzwischen schon üblich gewordene „Terroristen"-Story in die Welt gesetzt. Sofort wußte die freie Presse des Westens ganz präzis anzugeben, welche „Terroristinnen" an der Tat beteiligt gewesen sein sollen: Albrecht, Speitel, Sternebeck und Meyer-Witt. Und schon gingen ihre Fahndungsfotos durch die Presse der BRD ... und auch gleich des Auslands. „Modell Deutschland" in Aktion! Die Verdachtsgründe waren ja auch nicht von der Hand zu weisen: Speitel, Sternebeck und Meyer-Witt gelten derzeit bei den Polizei-Spitzeln als „verschwunden", und Susanne Albrecht war gar von der Frau des Bankiers „identifiziert" worden.

Am 3.August konnten die unabhängigen und überparteilichen Organe der freien Presse die erste Erfolgsmeldung bringen: *„Ponto-Mord: 1. Terror-Mädchen gefaßt - Bevor er ermordet wurde, gab er allen die Hand"* („Bild", 3.8.77). Die Verhaftete war Eleonore Poensgen. Frau Ponto hatte auch sie „identifiziert". Wie es sich in einem Rechts-Staat gehört, wurde E. Poensgen von diesem Moment an in der freien Presse als feststehende Täterin behandelt. „Bild" schrieb am 3.8.: *„Wie jetzt feststeht (!), hatte er* (Ponto - Anm. AK) *seinem Patenkind Susanne Albrecht, ihrer Freundin Eleonore Poensgen und dem jungen Mann freundlich die Hand gegeben: Er hatte sich für die roten Rosen bedankt. Kurz darauf ermordete sie ihn".* Am 4. August titulierte „Bild" den Vater von E. Poensgen als *„Vater der Terroristin".*

Als sich dann leider Gottes zahlreiche Entlastungszeugen fanden, die bekundeten, daß E. Poensgen zur betreffenden Zeit in Frankfurt auf einer Party war, hatte Springers „Welt" sofort eine Erklärung dafür parat - die Entlastungszeugen gehörten natürlich alle zur „Sympathisantenszene": *„Das Fräulein Poensgen hat für ein Alibi vorgesorgt und vertraut darauf, ohne Indizien nicht verurteilt werden zu können ... Der anarchistischen Sympathisanten-Szene kommt dabei eine wichtige Rolle zu, Parallelen zur amerikanischen Banden-Kriminalität oder zu italienischen Mafia-Methoden sind unübersehbar. Ist das die neue Taktik der Terroristen und ihre bislang infamste Herausforderung an den Rechtsstaat?"* (zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 5.8.77).

Erst als sich alle Entlastungszeugen auf einer Pressekonferenz präsentierten und als sich auch noch ein Straßenbahnfahrer meldete, der E. Poensgen zur betreffenden Zeit in Frankfurt gesehen hatte, kam sie frei.

Die besonders freie Presse konnte nicht umhin, noch einmal kräftig hinterherzuheulen: Springers „Hamburger Abendblatt" warf dem Anwalt von E. Poensgen vor, daß er den Weg einer öffentlichen Pressekonferenz gewählt hatte, und behauptete, dies Vorgehen *„nährt den Verdacht, daß seine Schau nicht der Gerechtigkeit, sondern der Propaganda dienen soll"*, was wiederum die *„böse Vermutung"* schüre, *„daß nicht die Gerechtigkeit gefördert, sondern die Aufklärung im Interesse der Täter verschleiert werden soll. Einmal mehr setzen sich Juristen dem Verdacht aus, nicht dem Recht, sondern seinen Feinden verpflichtet zu sein"* (6.8.77).

Der Rechtsanwalt, der sich selbst um Entlastungszeugen für seine von der freien Presse schon verurteilte Mandantin bemühen muß, soll als „Terroristen-Helfer" hingestellt werden, und ebenso sollen Entlastungszeugen beschimpft, unglaubwürdig gemacht und eingeschüchtert werden. So soll zukünftig die Vorverurteilung noch besser abgesichert werden. Und wage dann keiner, Rechtsanwalt oder Zeuge, zugunsten des/der Angeklagten einzutreten!

Eine weitere Glanztat der ganz freien Presse in diesem Zusammenhang: Am 4.8. veröffentlichte „Bild" riesengroß auf Seite 2 das Foto eines *„geheimnisvollen Unbekannten"*, das angeblich von der Polizei *„in einem Frankfurter Terroristennest gefunden"* worden war. Und Frau Ponto hafte den Unbekannten auf dem Foto geschwind als einen der Täter „identifiziert". Freilich meldete sich sich der „Gesuchte" gleich am nächsten Tag: Ein jugoslawischer Arbeiter, den nicht einmal die Polizei mit dem Ableben des Bankiers in Verbindung bringen konnte („Frankfurter Rundschau", 5.8.77).



Die „Identifizierungen" der Frau Ponto sind also mehr als zweifelhaft. Aber dennoch: Wem der Zufall einen Streich spielen will, den kann die „Identifizierung" durch so eine Frau und die folgende massive Hetze der ganz freien Presse in U-Haft, vor Gericht und womöglich lebenslang in den Knast bringen, falls er nicht zufällig zur Tatzeit gerade in Gegenwart von 15 Zeugen auf einer Party war und zudem von einem Straßenbahnfahrer gesehen wurde.

Die Methode der Vorverurteilung ist seit Beginn der „RAF"-Kampagne gang und gäbe. Sie scheint jetzt aber neue Qualitäten zu gewinnen. Ein „fairer Prozeß" im bürgerlichen Sinn ist in diesem Klima schon absolut unmöglich. Vielmehr riecht es stark nach der Freigabe beliebiger Linker zur Hexenjagd: „Frau Ponto: Dieser junge Mann war dabei" („Bild", 4.8.). So bzw. ähnlich soll es zukünftig wohl noch öfter heißen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Demokratisches Bündnis« zu den Kreistagswahlen in Rotenburg

Rotenburg/Bremervörde Mit den Verschärfungen der innerparteilichen Repression und dem zunehmend reaktionären Kurs der SPD-Führung hat im Kreis Rotenburg auch die Kritik an dieser Entwicklung in der SPD zugenommen. Parteiausschlüsse und -austritte haben hier schon Tradition. Die DKP dieses Kreises setzt sich überwiegend aus ehemaligen Sozialdemokraten zusammen. Für eine Reihe Rotenburger Jungsozialisten war die um die »Affäre Benneter« entstandene Ausrichtung der Partei Anlaß, den Bruch mit der SPD zu erklären. Im Juni veranstaltete ein ausgetretener Juso eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema: »Kann man als Sozialist noch Mitglied der SPD« sein. Eingeladen wurden zu dieser Veranstaltung auch der KB und die DKP, deren politische Positionen hierzu mit diskutiert wurden. Hieraus ergab sich eine Vereinbarung über weitere Zusammenarbeit. Weitere ausgetretene Jusos und Noch-Mitglieder der SPD bildeten die »Gruppe unabhängiger Sozialisten« (GUS), die durch eine offene Diskussion unterschiedlicher politischer Standpunkte auch eine Klärung ihrer eigenen weiteren Entwicklung anstrebt. Diskussionen mit KB und DKP zu Themen AKW, Mitbestimmung und Abrüstung wurden vereinbart.

Nach der Urlaubszeit, Ende Juli, machte die GUS den Vorschlag einer Diskussion zur Beteiligung an den Kreistagswahlen (die durch die Zusammenlegung von Rotenburg und Bremervörde zum Kreis Rotenburg notwendig wurden). Die Diskussion läuft derzeit noch. Beteiligt sind daran: die GUS, der KB, die DKP, die Anti-AKW BI Bremervörde, Mitglieder der BI Rotenburg und der Frauengruppe Rotenburg, Mitglieder der Jugendzentren und Einzelpersonen. Die ersten Diskussionen erbrachten die Bereitschaft aller Beteiligten an einer solchen Auseinandersetzung. Man einigte sich darauf, ein breites Bündnis vor allem mit Bürgerinitiativen herzustellen. Die Zusammenarbeit soll auf gemeinsamer Grundlage (d.h. Festsetzung von Schwerpunkten) geführt werden; ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit Freiheit der Agitation und Propaganda der vertretenen Gruppierungen (dem stimmte auch die DKP zu)! Als ein unbestrittener Schwerpunkt wurden auch die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung angesehen, wobei Einigkeit (inklusive der DKP) bestand, die Forderungen »Weg mit dem Atomprogramm« und »Kein AKW irgendwo« zu erheben.

Der Diskussions- und Auseinandersetzungsprozeß um die Wahlen ist noch nicht abgeschlossen. Zum einen bemüht man sich um weitere Gruppen und Interessierte, zum anderen ist die Diskussion um eine Kandidatur nicht abgeschlossen (Teile von GUS und der KB haben eine Kandidatur befürwortet). Erschwerend kommt hinzu, daß der Zeitraum der Auseinandersetzung kurz bemessen ist. Die Wahlen finden im Oktober statt.

Auf der Sitzung am 12.8. fand dann die DKP (wohl nicht ohne Druck von oben) den Absprung. Dazu heißt es im Ergebnisprotokoll vom 16.8.: *»Sie kündigt eine direkte Beteiligung am Bündnis auf. Zunächst wird von ihr als Grund genannt, daß die organisatorische Lösung der anstehenden Probleme zu schwierig zu lösen sei, als daß das Bündnis bereits als feste Sache stehe. Die DKP wolle aber auf jeden Fall kandidieren. Im Verlaufe der Diskussion erklärten die DKP-Vertreter, daß ihrer Meinung nach im Bündnis die Gefahr des ‚Einheitsbreis' liege, daß sie nur mitmachen würden, wenn gewährleistet sei, daß die DKP nach der Wahl gestärkt herausgehe* (Anmerkung: Das mochte keiner so recht gewährleisten), *daß in den bisherigen Diskussionen nicht klar geworden sei, auf was für Unterstützer und Mitarbeiter des Bündnisses man sich stützen wolle* (auch rechtsstehende?). *Die DKP bot schließlich an, daß das Bündnis nicht kandidiert und im Wahlkampf eventuell die DKP-Liste unterstützt oder, daß einige Personen des Bündnisses auf der DKP-Liste direkt kandidieren könnten«.* Es blieb beim Angebot, die DKP stieg aus.

Das Bündnis einigte sich auf eine Presseerklärung, die wir nebenstehend abdrucken.

KB/Gruppe Bremen

Neue Linke — unter Einschluß des Kommunistischen Bundes

Rotenburg. Am 12. August hat sich in Rotenburg ein „Demokratisches Bündnis" gebildet. So jedenfalls nennt sich dieser Zusammenschluß von „Unabhängigen Sozialisten, Kreis Rotenburg", der „Initiative gegen Atomkraftwerke", Bremervörde, des „Kommunistische Bundes" und dazu, wie der die anschließende Presse-Erklärung „i. A. Demokratisches Bündnis" unterzeichnende Johannes Treblin anführt, von „einer Reihe demokratischer Einzelpersönlichkeiten".

Das Bündnis mit den Kommunisten erklärt der „Unabhängige Sozialist" Johannes Treblin so:

„Das ‚Demokratische Bündnis' wird sich an den bevorstehenden Kreistagswahlen im neuen Kreis Rotenburg beteiligen und gegebenenfalls auch kandidieren. Denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß die großen Parteien CDU, SPD und F.D.P. nicht in der Lage und auch gar nicht willens sind, die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen. Dazu sind sie viel zu sehr mit den großen Konzernen verknüpft. Forderungen und Initiativen von Bürgerzusammenschlüssen finden in diesen Parteien und in den von ihnen beherrschten Parlamenten keinen Widerhall. Bestenfalls sind sie Gegenstand taktischer Überlegungen, wie man sie am besten vom Tisch bekommen kann.

Insbesondere die anwachsende Empörung und die Proteste über das menschen- und umweltgefährdende Atomprogramm haben vielen Menschen auch im Kreis Rotenburg die Augen hierüber geöffnet. Statt auf die Argumente und Forderungen der Atomkraftgegner ernsthaft einzugehen, reagieren Parlamente und Regierungen mit Verstärkung der Polizei, Abbau demokratischer Rechte und mit Kriminalisierung der Gegner des Atomprogramms. Ähnliche Erfahrungen haben wir mit nahezu allen Forderungen und Initiativen gemacht, die nicht im Interesse der Regierenden und der Konzerne sind.

Die großen Parteien können sich noch darauf stützen, daß zwar Unzufriedenheit und Ablehnung ihrer Politik anwachsen, eine akzeptierte Alternative aber noch fehlt. Die verschiedenen Formen des Protestes und die oppositionellen politischen Gruppierungen sind noch zu zersplittert, um eine wirkliche Alternative darzustellen. Mit dem ‚Demokratischen Bündnis' wollen wir einen kleinen Versuch machen, diesen Zustand zu überwinden. Wir sind uns einig, unsere Forderungen trotz teilweise unterschiedlicher politischer Anschauungen gemeinsam zu vertreten und solidarisch zusammenzuarbeiten. Diskussionsveranstaltungen sind in Rotenburg, Bremervörde, Zeven, Scheeßel und Visselhövede geplant.

‚Demokratisches Bündnis',
i. A. Johannes Treblin, Rotenburg."

Aus „Rotenburger Kreisblatt", 16.8.77

Geheimsache: Gigantischer BRD-Stützpunkt in Zaire

Fortsetzung von S. 1

„Direktor", Lutz T. Kayser, um einen scheinbar etwas spleenigen Raketen-Wissenschaftler, der sein „bescheidenes Privatvermögen" (1 Mio. DM Grundkapital) in ein Projekt billiger(er) Weltraumraketen gesteckt hat und der halt jetzt dieses Gebiet (so groß wie die gesamte DDR!) als „Versuchsgelände" für seine etwas schrulligen Tests benötigt. Wie albern diese offizielle Version ist, beweisen allein die offiziellen (= frisierten) Bilanzen der 1974 gegründeten OTRAG, die uns vorliegen. Hier erscheinen unter Posten wie „Aufwendungen für Rohstoffe etc.", „Sonstige Aufwendungen", „Erträge aus Auflösung von Rückständen" etc.pp. allesamt Beträge von mehreren 100. Mio. DM. Auch daß der gute Kayser mit seiner einen Million Mark nicht allein dasteht, beweisen schon höchst offiziell die frisierten Bilanzen, die nämlich Einlagen „stiller Gesellschafter" in Höhe von 27 Mio. DM (Bilanz vom 3. Mai '76) und 55,58 Mio. DM (Bilanz vom 21. März '77) ausweisen. Alles in allem handelt es sich bei dem sogenannten „OTRAG-Unternehmen" um ein Milliarden-Projekt des westdeutschen Imperialismus und keinesfalls um die Allüren eines „verrückten Professors". Es handelt sich zudem um eine neue Form der Beherrschung Afrikas durch die westeuropäischen Imperialisten.

Der eigentliche politische Hintergrund der gesamten Unternehmung geht allerdings erst aus dem Vertragstext selbst (und das auch nur andeutungsweise) hervor. Dieser besteht in der offenkundigen Absicht der Imperialisten, ein militärisches Aufmarschgebiet gegen die Staaten des südlichen Afrika aufzubauen, sowie ein Auffangbecken für aus Namibia und Zimbabwe flüchtende Rassisten bereitzustellen: Gegen eine jährliche Pachtgebühr von angeblich 71,65 Mio. DM (die allerdings von OTRAG offiziell als zu hoch bezeichnet wurde), werden dem BRD-Imperialismus in dem betreffenden Gebiet sämtliche Hoheitsrechte – ökonomische, militärische, politische, juristische und sonstige – bis zum Jahr 2000 unkündbar überlassen (danach verlängert sich der Vertrag um jeweils weitere zehn Jahre). Insbesondere sichern sich die BRD-Imperialisten über ihre Strohpuppe OTRAG das Recht auf *„jegliche Art von Eingriff in die Natur des Gebietes, wie insbesondere das Wegräumen und Aufschütten von Anhöhen (Hügel, Berge etc.), die Durchführung von unterirdischen Grabungen, die Schaffung von Wasserflächen aller Art", „den Bau von Flughäfen und aller dazugehörigen Einrichtungen, den Bau über- oder unterirdischer Bauten, egal welcher Natur (besonders Abschußrampen, Elektrizitätswerke, Beobachtungs- und Meßposten, Telekommunikations- und Radareinrichtungen, Produktionsstätten jeglicher Art", „die Urbanisierung* (Städtebau – Anm. AK) *eines Teils des Territoriums ...", „den Bau von Straßen ... von Eisenbahnen", „Errichtung landwirtschaftlicher Unternehmen .."* etc. (alle Zitate aus dem Verlagstext).

Zaire hat sich namens seines neokolonialen Regimes zusätzlich vertraglich verpflichtet, die *„notwendigen gesetzgeberischen Vorkehrungen (zu) treffen"* – d.h. also massive Beugung der zairischen Gesetze vorzunehmen – um dem BRD-Imperialismus *„die Ausübung des vollständigen Nutzungsrechtes zu ermöglichen"*. Dem BRD-Imperialismus wird *„ausdrücklich und ohne Einschränkung das Recht (zugebilligt), bei der Ausübung des vollständigen Nutzungsrechtes alle Maßnahmen zu treffen"*, die er *„für nötig hält"*. – Alle von OTRAG als *„Mitglied des Personals"* (bzw. *„deren Familienangehörigen"*) bezeichneten Personen haben das uneingeschränkte Recht, die neue BRD-Kolonie *„auf dem Landweg, dem See-, Fluß- und Luftweg"* zu betreten. Sie können sich im übrigen bei einer Durchreise oder einem Aufenthalt in Rest-Zaire verhalten wie sie wollen, da sie alle *„dieselben Privilegien und Immunitäten (!) (genießen) wie die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen"*.

Diese letzteren vom BRD-Imperialismus diktierten Vertrags-Rechte (vollständige Immunität und Bewegungsfreiheit in ganz Zaire) gelten offenbar für jedermann, den der BRD-Imperialismus entsprechend kennzeichnet: „ *‚Mitglied des Personals' ist j e d e r , den OTRAG als solchen bezeichnet"*, lautet eine von mehreren unmißverständlichen Vertrags-Klauseln. Hier drängt sich der starke Verdacht auf, daß der BRD-Imperialismus u.a. mit dem Aufkauf von halb Shaba eine gesicherte Fluchtstätte für die Rassisten aus Namibia und Zimbabwe aufbaut, wenn denen eines Tages der Boden unter den Füßen zu heiß geworden ist (ähnliche Projekte des BRD-Imperialismus in dieser Sache – z.B. entsprechende Verhandlungen und Abkommen mit dem faschistischen Bolivien – sind ebenfalls inzwischen bekanntgeworden).

Von besonderem Interesse ist noch die Entvölkerungspolitik des BRD-Imperialismus in seiner neuen afrikanischen Kolonie, die auch als weiteres Indiz für seine beabsichtigte Ansiedelung von Rassisten aus Zimbabwe und Namibia gelten könnte. Dazu heißt es u.a. im Vertragstext: Zaire *„ist angehalten, auf Verlangen der OTRAG* (des BRD-Imperialismus) *alle anderen Personen* (als dem „Personal von OTRAG") *aus dem Territorium zu evakuieren und sie von ihm fernzuhalten."* Zu dieser beabsichtigten (und teilweise schon eingeleiteten?) Vertreibung der einheimischen Bevölkerung bemerkt der „politisch-parlamentarische Pressedienst" der SPD/FDP-Regierung dummfrech, daß *„nach Angaben von OTRAG zur Zeit noch etwa 1.000 Menschen in diesem zur Provinz Shaba zählenden Gebiet (wohnen)"*. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß verschiedene seriöse Berichterstatter (auch der pro-imperialistischen Presse) im Zusammenhang mit der eingangs erwähnten Aufstandsbekämpfung vor wenigen Wochen übereinstimmend berichteten, daß die imperialistischen Söldnertruppen (z.B. aus Marokko etc.) nach dem „Prinzip der verbrannten Erde" vorgegangen sind, d.h. daß sie Dörfer und Städte dem Erdboden gleichgemacht und die Bevölkerung massenhaft massakriert und vertrieben haben. **Handelte es sich dabei wirklich in erster Linie um „Aufstandsbekämpfung", oder vielleicht doch eher um eine von der BRD-Regierung bestellte „Entvölkerungspolitik"?** In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die BRD-Regierung – zum ersten Mal seit Gründung der BRD – während des Aufstandes nicht nur öffentlich Partei für die Faschisten ergriffen hat, sondern diese auch offiziell und öffentlich „begründet" materiell unterstützt hat.

Der BRD-Imperialismus ist bei seinen Expansionsbestrebungen offensichtlich auf äußerste Geheimhaltung (noch?) erpicht. Im Vertragstext heißt es hierzu, daß in der BRD-Kolonie *„keine Veröffentlichung – durch Bild, Ton oder Schrift – ohne Genehmigung der OTRAG* (des BRD-Imperialismus) *vorgenommen werden (darf)"*. – Auch die gesetzlichen Grundlagen sollen nach dem Prinzip der absoluten Willkürherrschaft des BRD-Imperialismus gestaltet werden. Dazu der Staatsvertrag: *„Die OTRAG verfügt über die ausschließliche Disziplinargewalt gegenüber allen Personen"* in der neuen BRD-Kolonie.

Auch das von der BRD ausgestreute Gerücht, es handle sich bei diesem gigantischen Stützpunkt bloß um ein harmloses Versuchsfeld für „friedliche Raketen- und Satelliten-Forschung", erregt unter (bürgerlichen) Experten auch bloß ein müdes Grinsen. „Afrique-Asie" zitierte dazu einen mit der Materie vertrauten Wissenschaftler: *„Es ist lächerlich, sich ein Abschußgelände auszusuchen, das es – wendet man die internationalen Regeln zur Nichtverletzung von Grenzen an – nur erlaubt, in Richtung Westen zu schießen, denn das Gelände liegt nahe an der Grenze zu Tansania und Sambia. Wenn man aber nach Westen abschießt, beraubt man sich der Geschwindigkeit durch die Erdrotation. Das bedeutet eine beträchtliche Energieverschwendung."* – Unabhängig von dieser Aussage ist eine kombinierte Mehrfachnutzung der Kolonie – wie sie schließlich auch der Staatsvertrag umschreibt und vorsieht – nicht nur denkbar, sondern geradezu höchstwahrscheinlich.

Noch eine Bemerkung zur strategischen Lage der neuen BRD-Kolonie: Sie eignet sich – durch die gemeinsamen Grenzen – ausgezeichnet zu diversen „Eingriffen" in Sambia und insbesondere in das fortschrittliche Tansania, sie liegt nur 250 km von Angola entfernt und etwa 500 km von Zimbabwe. Im Norden grenzt sie an die Zaire-Provinz Kivou, das Haupt-Operationsgebiet der Befreiungsbewegung PRP, die Teile dieser Provinz bereits befreit hat und bisher auch gegen militärisches Eingreifen der Zentralgewalt erfolgreich verteidigen konnte. Im Westen grenzt das Gebiet an wichtige Operationsgebiete der Befreiungsfront FLNC, der Hauptträgerin des letzten Shaba-Aufstandes.

Die Schaffung einer BRD-Kolonie in Zaire und der damit verbundene Aufbau einer militärischen und politischen Aggressionsbasis ist – wie die erst jüngst und ansatzweise wieder bekanntgewordene Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit der BRD mit dem rassistischen Südafrika – Teil einer globalen imperialistischen Konterstrategie gegen den Freiheitskampf im südlichen Afrika und gegen die siegreichen Revolutionen in Angola und Mosambik. Für die westdeutschen Antiimperialisten wird es sehr wichtig sein, alle Hintergründe und Begleitumstände der westdeutschen Afrikapolitik und besonders der Schaffung eines gigantischen Stützpunktes im südlichen Afrika aufzudecken und national und international breit bekanntzumachen.

BRD-Imperialismus raus aus Afrika!
Sofortige und vollständige
Auflösung der BRD-Kolonie in Shaba!



Das OTRAG-Imperium

Das OTRAG-Imperium

Vertragstext OTRAG – Zaire

(Auszüge, Übersetzung aus dem Französischen)

ARTIKEL 1

1. – Der Staat gewährt der OTRAG das vollständige Nutzungsrecht für das folgende Territorium ... (es folgt eine genaue Lagebeschreibung, das Gebiet hat etwa die Größe der DDR – Anm. AK) *... Dieses Territorium ist auf der Karte im Anhang in rot eingezeichnet und ist ein integraler Bestandteil dieses Vertrages. In allen folgenden Artikeln wird es „Territorium" genannt.*

2. – Das Nutzungsrecht schließt das Recht ein, das Territorium ohne Einschränkung zum Zweck der Beförderung von Maschinen in die Atmosphäre und den Weltraum, egal von welcher Art oder welchem Typus, besonders von Trägerraketen und zu allen Maßnahmen, die nach Auffassung der OTRAG direkt, indirekt oder auf andere Weise hiermit verbunden sind, zu nutzen.

3. – Das vollständige Nutzungsrecht läßt z.B. zu:

3.1. Jegliche Art von Eingriff in die Natur des Gebiets, wie besonders das Wegräumen und Aufschütten von Anhöhen (Hügel, Berge etc.), die Durchführung von unterirdischen Grabungen, die Schaffung von Wasserflächen aller Art etc.;

3.2. Den Bau von Flughäfen und aller dazugehörigen Einrichtungen;

3.3. Den Bau über- oder unterirdischer Bauten, egal welcher Natur (besonders Abschußrampen, Elektrizitätswerke, Beobachtungs- und Meßposten, Telekommunikations- und Radareinrichtungen, Produktionsstätten jeglicher Art);

3.4. Die Urbanisierung eines Teils des Territoriums, das bedeutet besonders Bau von Wohngebäuden, Immobilien für kommerziellen Gebrauch, Krankenhäusern, Hotels, Freizeitstätten, etc;

3.5. Den Bau von Straßen und wenn es nötig ist von Eisenbahnen;

3.6. Jegliche Maßnahme, die auf die Verbesserung der Infrastruktur zielt;

3.7. Jegliche Maßnahme, die gemäß Paragraph 2 dieses Vertrags auf die Verbesserung der Landwirtschaft zielt (Errichtung von landwirtschaftlichen Unternehmen, Unternehmen für Kunstdünger und Futter, etc.).

ARTIKEL 2

1. – Der Staat gesteht der OTRAG ausdrücklich und ohne Einschränkung das Recht zu, bei der Ausübung des vollständigen Nutzungsrechts alle Maßnahmen zu treffen, die sie für nötig hält, vorausgesetzt, daß sie die Sicherheit des Landes nicht beeinträchtigen. Der Staat wird der OTRAG alle Ermächtigungen aushändigen, die zur Ausübung des vollständigen Nutzungsrechts erforderlich sind und wird die notwendigen gesetzgeberischen Vorkehrungen treffen, um die Ausübung des vollständigen Nutzungsrechts zu ermöglichen, vor allem der besonderen Rechte, die hier nachfolgend aufgeführt sind.

2. – Im Besonderen gesteht der Staat der OTRAG die folgenden Rechte zu:

2.1. Die OTRAG, ihre Organe, die Mitglieder ihres Personals, deren Familienmitglieder, sowie die Personen, die von der OTRAG dazu eingeladen sind, haben das Recht, das Territorium zu betreten, auf dem Landweg, dem See-, Fluß- und Luftweg. Alle oben erwähnten Personen haben insbesondere das Recht ... auf dem gesamten nationalen Territorium des Staates (d.h. in Gesamt-Zaire – Anm. AK) und ohne besondere verwaltungsmäßige Erlaubnis, die Güter zu transportieren, deren OTRAG bedarf, um die Aufgaben zu erfüllen, die sie sich gesetzt hat. (...)

2.3. Das Territorium ist zollfreie Zone. Das bedeutet, daß die beweglichen Güter frei von Auflagen und Steuern dort von der OTRAG ein- und ausgeführt werden können.

2.4. Die OTRAG, ihre Organe, die Mitglieder ihres Personals anderer als zairischer Nationalität und deren Familienmitglieder sind von allen Steuern, egal welcher Art, befreit.

„Mitglied des Personals" ist jeder, den OTRAG als solchen bezeichnet. (...)

2.5. Die OTRAG, ihre Organe, die Mitglieder ihres Personals und deren Familienmitglieder genießen für die Ausführung der Funktionen, die ihnen von OTRAG übertragen wurden, und während ihres Aufenthalts und danach, die Immunität vor jeglicher Strafverfolgung im Staat.

Diese Personen genießen im Staat (also im Rest-Zaire – Anm. AK) dieselben Privilegien und Immunitäten wie die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen.

Die OTRAG verfügt über die ausschließliche disziplinäre Gewalt gegenüber allen Personen, die seine Organe, sein Personal und deren Familien bilden. (...)

2.7. Der Staat muß den Luftraum oberhalb des Territoriums ständig für den Verkehr sperren, in dem Sinn, daß nur die OTRAG, ihre Organe, die Mitglieder ihres Personals und deren Familienmitglieder die gesperrte Zone überfliegen dürfen, und zwar ohne Einschränkungen. Sie können auch Filmaufnahmen des Territoriums von einem Luftschiff aus machen. Diese Klausel gilt nicht für zairische Streitkräfte.

2.8. Die OTRAG erhält das Recht, Flughäfen ihrer Wahl an von ihr auszuwählenden Orten des Territoriums zu errichten und sie nach allen Gesichtspunkten zu benutzen, die erforderlich sind. Die OTRAG verfügt auf dem Territorium über alle Landerechte.

2.9. Die OTRAG hat das Recht, Telekommunikations- und Radareinrichtungen zu betreiben, besonders mittels Nachrichtensatelliten.

ARTIKEL 3

1. – In dem Territorium dürfen nur Personen verweilen, die dafür ausdrücklich von der OTRAG autorisiert sind. Sie hat das Recht, die Aufenthaltsgenehmigung auf bestimmte Gebiete zu beschränken.

2. – Der Staat ist angehalten auf Verlangen der OTRAG alle anderen Personen aus dem Territorium zu evakuieren und sie von ihm fernzuhalten. (...)

4. – In dem Territorium darf keine Veröffentlichung – durch Bild, Ton oder Schrift – ohne Genehmigung der OTRAG vorgenommen werden.

ARTIKEL 4

1. – Die OTRAG verpflichtet sich alle Maßnahmen, die von ihr gefordert werden, auf dem Territorium durchzuführen, die einen Beitrag zur Verbesserung der staatlichen Infrastruktur leisten, in einer Weise, die, wenn die besondere Situation des Territoriums es erlaubt, internationalen Kriterien entspricht. (..)

4. – Die OTRAG trägt keine Verantwortung für die Schäden, die der Umwelt durch den Bau und Transport von Maschinen in die Atmosphäre oder den Weltraum, entstehen. (...)

ARTIKEL 5

1. – (der jährlich von OTRAG an Zaire zu zahlende Preis wird auf 25 Millionen Z festgesetzt, etwa 75 Millionen DM. Es folgen dann ausführlich die Zahlungsbedingungen, die es OTRAG erlauben, gegebenenfalls auch nicht, oder nicht pünktlich zu bezahlen –Anm. AK) (...)

ARTIKEL 6

1. – Das exklusive Nutzungsrecht über das Territorium gehört der OTRAG bis zum Ende des Jahr 2000. Es kann vom Staat nicht vor diesem Datum aufgekündigt werden, mit welcher juristischen Begründung auch immer. Von dann an, wird sich die exklusive Nutzung alle zehn Jahre fortschreiben, es sei denn, eine der Parteien löst den Vertrag juristisch vor Ablaufen des Nutzrechts auf (..)

2. – Wenn das exklusive Nutzungsrecht auf dem vorgesehenen Weg aufhört, wird die OTRAG dem Staat das Territorium in dem Zustand zurückgeben, in dem es sich bei Ablauf der Nutzung befand. Die OTRAG wird keine Verantwortung für den Zustand des Territoriums und der dort installierten Einrichtungen haben.

3. – Wenn das Nutzungsrecht aus irgendeinem Grund zuende geht wird der Staat die OTRAG für alle aus Anlaß der Nutzung des Territoriums dort installierten Einrichtungen entschädigen und zwar zum Verkaufspreis. Dieser Preis wird durch drei Experten festgesetzt, die der Staat und die OTRAG durch eine gemeinsame Vereinbarung bestellen. (...)

ARTIKEL 8

1. – Dieser Vertrag tritt rückwirkend zum 6. Dezember 1975 in Kraft und löst den am 6. Dezember 1975 unterzeichneten Vertrag auf, mit der Ausnahme der Karte im Anhang, die integraler Bestandteil dieses Vertrages ist. (...)

Kinshasa, den 26. März 1976

Für die Republik Zaire:
BOKANA W'ONDANGELA, Präsidentenberater
Für die OTRAG: LUTZ T. KAYSER, Vertreter der Direktion
(Aus: „Afrique-Asie" Nr. 141, S. 28–30)

Fortsetzung von S.1

schen Gemeinde der Stadt, 50 kg Gold abzuliefern. Andernfalls sollten 200 Juden verschleppt oder gar ermordet werden. Die Gemeinde brachte innerhalb von 36 Stunden die geforderte Menge Gold auf. Dies hinderte Kappler nicht, am 16. Oktober 1943 die bis dahin größte „Razzia" gegen die Juden Roms durchzuführen – die italienischen Faschisten hatten bis dahin trotz ihres Antisemitismus die jüdische Bevölkerung relativ „geschont". Kappler jedoch ließ am 16. Oktober 1.041 Juden Roms aus ihren Wohnungen holen und in die Vernichtungslager transportieren. Nur f ü n f z e h n von ihnen kehrten lebend zurück! (Angaben aus „La Stampa", 17.8. 77). Allein d i e s e Schandtat reicht aus, um den Namen Kapplers unvergeßlich zu machen.

Am 24. März 1944 beging Kappler dann das Verbrechen, für das er 1948 von einem italienischen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde und das ihn zum Symbol der Nazi-Verbrechen in Italien gemacht hat:

Nachdem am 23. März 32 Leute des „Polizeiregiments Südtirol" bei einem Anschlag italienischer Widerstandskämpfer getötet worden waren, ordnete Kappler an, für jeden Toten zehn Italiener „zur Vergeltung" zu erschießen. Die Opfer wurden wahllos vor allem aus politischen Gefangenen und Juden zusammengestellt. Nachdem er erfahren hatte, daß noch ein 33. Mann der Nazi-Polizeitruppe gestorben war, ordnete Kappler eigenmächtig an, zehn weitere Geiseln zu erschießen. Nach dem Massaker fand man 335 Leichen – um fünf hatten sich die Nazis „verzählt". „Ein tragischer Irrtum", wie Kappler später meinte. Mindestens zwei der Opfer hat Kappler eigenhändig mit der Pistole abgeschossen, „um meinen Soldaten ein Beispiel zu geben", wie er selbst kommentierte (lt. „La Stampa", 17.8.77).

Die Freunde des Henkers

Kapplers Verbrechen machten ihn sogleich nach seiner Verurteilung zum bevorzugten Objekt aller um „Menschlichkeit" bemühten westdeutschen Politiker.

- Willy Brandt erklärte 1973 als Bundeskanzler in einem „Stern"-Interview: *„Ich habe mir den Mund fusselig geredet, um einen Mann aus einem italienischen Gefängnis herauszubekommen. Ich bin einfach der Meinung, daß diese Heuchelei nicht geht. Wir waren miteinander im Krieg, wenn auch die Italiener etwas früher ausgeschieden sind. Daß nun einer, der ziemlich stark in böse Sachen hineingeraten (?!) ist, immer noch bei seinen ehemaligen Verbündeten einsitzt, leuchtet mir nicht nun einer, der ziemlich stark in böse Sachen hineingeraten (?!) ist, immer noch bei seinen ehemaligen Verbündeten einsitzt, leuchtet mir nicht ein".*
- Bundespräsident Heinemann setzte sich 1973 beim italienischen Staatspräsidenten Leone für Kappler ein.
- Schmidt und Genscher verhandelten dreimal mit italienischen Regierungen wegen Kappler: 1974 mit dem Ministerpräsidenten Rumor, 1976 mit dem Verteidigungsminister Forlani und im Juli dieses Jahres mit Ministerpräsidenten Andreotti.
- Im März 1976 bat Kanzler Schmidt nochmals in einem persönlichen Telegramm an Ministerpräsidenten Moro um Kapplers Freilassung.
- Aktiv für eine Freilassung Kapplers war auch der Bundestagsabgeordnete Jürgen Möllemann (FDP), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für humanitäre Hilfe.
- Vor vier Wochen schickten 400 Bundestagsabgeordnete eine Unterschriftensammlung an die italienische Regierung mit der Forderung nach Freilassung Kapplers („Corriere della Sera", 17.8.77). Darunter auch der Wuppertaler Abgeordnete Scheu (SPD), der zum Dank als einer der ersten von Frau Kappler über die gelungene Flucht unterrichtet wurde. *„Er habe seit langem in enger Verbindung zu Frau Kappler gestanden und sie auch ‚mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln' unterstützt"*, berichtet die „Neue Ruhr-Zeitung" (17.8.77).



Es liegt auf der Hand, daß es nicht entfernt diesen „humanitären" Wirbel um Kappler gegeben hätte, wenn er z.B. bloß eine alte Frau erschlagen hätte, um an ihr Erspartes zu kommen. Die Größe und die politische Dimension seiner Verbrechen ist es vielmehr, die das „menschliche Interesse" bundesdeutscher Regierungen und Politiker am Fall Kappler weckten.

Dieser Einsatz war letzten Endes von Erfolg gekrönt. Der erste Schritt war, daß Kappler im Frühjahr 1976 auf Anordnung des damaligen Verteidigungsminister Forlani aus der Haft in ein Militärkrankenhaus verlegt wurde, wo er auch gleich viel schwächer bewacht wurde. Kappler konnte sich im Krankenhaus relativ frei bewegen und großzügig Gäste empfangen. Im November 1976 wurde gar von einem Militärgericht verfügt, daß Kappler – angeblich wegen Krebskrankheit – „bedingt" entlassen werden sollte. Diese Verfügung rief aber in der demokratischen und jüdischen Öffentlichkeit Italiens sogleich einen derartigen Sturm des Protestes hervor, daß sie zurückgenommen werden mußte.

Nichts spricht jedoch dagegen, daß auf Grund dieses Vorgangs dann zwischen höchsten Regierungsstellen und den Geheimdiensten Italiens und der BRD die Befreiung Kapplers in der jetzt durchgeführten Form abgekartet wurde.

Wer sind die Komplizen der Flucht?

Wer sind die Komplizen der Flucht?

Nach ihrer eigenen Version hat Frau Kappler **„die Flucht ganz allein durchgeführt, ohne jede fremde Hilfe"** („Bild", 18.8.). Sie habe einfach ihren Mann *„buchstäblich unter den Arm geklemmt"* (ebenda), d.h. in einen großen Koffer mit Fahrgestell gepackt und – wie es jetzt heißt, unter höflicher Mitwirkung eines der wachhabenden Carabinieri – so in ihr (gemietetes) Auto gebracht. Über den weiteren Gang der Flucht schweigt Frau Kappler sich bisher aus.

Zur Person von Frau Kappler ist anzumerken: Sie nennt Kappler eine *„Christus-Figur"* (!) und phantasiert: *„Meine Kraft beziehe ich aus dem Kosmischen, aus dem All"* („Bild", 17.8.). Diese und ähnliche Äußerungen weisen sehr stark auf eine mögliche enge Beziehung der Dame zu der rechtsradikalen „Ludendorfer"-Bewegung (sogen. „Gotterkenntnis") hin. Der Vater der Frau Kappler war Kreisleiter der NSDAP in Soltau („Hamburger Morgenpost", 17.8.).

Unterschiedlich sind die Versionen über die Bekanntschaft der Frau Kappler mit ihrem späteren Mann:

- Sie habe *„in den sechziger Jahren"* erstmals von einer Patientin vom *„Schicksal"* Kapplers gehört („Walsroder Zeitung", 17.8.).
- *„Anfang der sechziger Jahre"* habe ihr eine Patientin (Frau Kappler arbeitete als Heilpraktikerin) von dem Fall erzählt. *„Das hat mich sehr berührt"* („Hamb. Abendblatt", 16.8.).
- Die „Bild" weiß zu berichten: *„1960 erfuhr sie durch eine ‚schicksalhafte Fügung' von der Existenz Kapplers"* (17.8.).
- Eine andere Quelle besagt hingegen, Frau Kappler habe schon *„schon 1957 aus Zeitungen vom Schicksal Kapplers erfahren und mit ihm Briefkontakt aufgenommen"* („Süddeutsche Zeitung", 17.8.).
- Noch heißer ist freilich die Meldung des Soltauer Lokablattes „Walsroder Zeitung" vom 18.8., wonach Kappler in der Nazi-Zeit ein **„enger Freund"** des Vaters der Frau Kappler gewesen sei!!
- Und gar die „Hamburger Morgenpost" behauptet: Frau Kappler *„erfüllte damit* (gemeint ist ihre Heirat mit Kappler 1972) *den größten Wunsch (!) ihres verstorbenen Vaters, der mit Kappler eng befreundet gewesen war"* (16.8.).

In der ersten Zeit ihrer Bekanntschaft fuhr Frau Kappler *„mit dem Auto jedes dritte, vierte Wochenende nach Italien"*. In letzter Zeit jedoch war sie sogar jeden Donnerstag nach Italien geflogen und immer erst montags oder dienstags zurückgekehrt („Walsroder Zeitung", 17.8.). Die Kosten dafür müssen insgesamt enorm gewesen sein, ebenso auch die Kosten für die Vorbereitung und Organisierung der Flucht. Das Lokal-Blatt „Böhme-Zeitung" sprach dezent davon, es hätten *„auch Freunde und Bekannte ausgeholfen und Geld bereitgestellt"* (16.8.). Die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, Frau zent davon, es hätten *„auch Freunde und Bekannte ausgeholfen und Geld bereitgestellt"* (16.8.). Die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, Frau Kappler sei bei ihren Unternehmungen *„auch von einem ‚Freundeskreis' finanziell unterstützt"* worden (17.8.). Und die „Walsroder Zeitung" schließlich behauptete am 18.8.: **„Frau Kappler erbat und erhielt umfangreiche Spenden von Freunden und Bekannten, vor allem aus dem Kreis der HIAG, der Hilfsorganisation der ehemaligen Angehörigen der SS"**. Zu erwähnen ist in disem Zusammenhang auch die Existenz eines obskuren „Gaeta-Komitees" in der BRD („Süddeutsche Zeitung", 17.8.) – Gaeta war der Haftort Kapplers. Bekannt ist, daß nicht nur die rechtsradikale HIAG, sondern auch verschiedenste andere faschistische Kräfte („National-Zeitung" des Dr. Frey, Nazi-Roeder und seine Bande u.a.m.) seit Jahren für die Freilassung Kapplers die Trommel rührten.

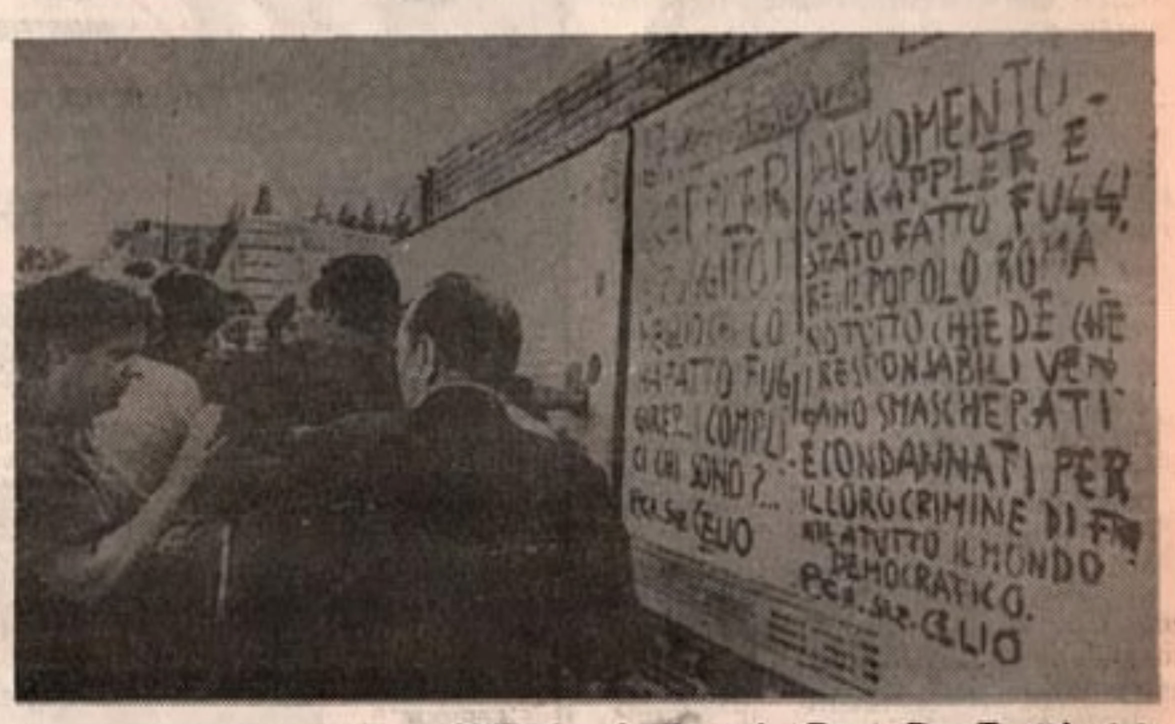
Die HIAG, ergänzt durch diverse Geheimorganisationen, stellt ein enges Bindeglied zwischen den alten Banditen der SS dar, das über „humanitäre Hilfe" weit hinausgeht. Erst recht gilt das für Figuren wie Kappler, die nicht bloß in der SS, sondern darüber hinaus unmittelbar in der „Gegenspionage" und im geheimdienstlichen Bereich tätig waren: Sie dürften heute noch überall ihre treusorgenden „alten Kameraden" im Bereich der bundesdeutschen Geheimdienste haben!

Zugleich hatte es in Italien schon vor mehreren Wochen Anzeichen dafür gegeben, daß faschistische Gruppen eine Aktion in Zusammenhang mit Kappler planten. Das sogenannte „Kappler-Solidaritätskomitee", bestehend aus Mitgliedern der faschistischen Terrorbande „Avanguardia Nazionale", hatte vor einiger Zeit eine Erklärung veröffentlicht, die in diese Richtung deutete. Diese Anzeichen werden auch durch eine Meldung unterstützt, wonach bei der Freundin des von der Polizei gesuchten Nazi-Terroristen Stefano delle Chiaie, Mitglied von „Avanguardia Nazionale", ein detaillierter Plan des Militärkrankenhauses gefunden wurde, mit der Einzeichnung möglicher Fluchtwege und der Benennung zweier rechter Wachoffiziere als mögliche Fluchthelfer („Corriere della Sera", 17.8.). Nach der Flucht Kapplers tauchten faschistische Schmierereien („Es lebe Kappler" u.a.) an Synagogen und anderen Gebäuden Italiens auf.

Der italienische General Ugo Foscolo, Ankläger des Militärgerichts von Rom, erklärte gegenüber „La Stampa", *„mitgewirkt bei der Befreiung hätten ‚wahrscheinlich' auch deutsche Geheimdienste"* („Frankfurter Rundschau", 19.8.). Dieselbe These hatte vorher auch schon die Radikale Partei Italiens aufgestellt („Welt", 17.8.).

Über die tatsächlichen Vorgänge der Flucht und ihre Hintermänner sind derzeit in Italien verschiedene Vermutungen in Umlauf. Die offizielle Version behauptet, gemeinsam mit mehreren westdeutschen Komplizen, die z.T. in dem von Frau Kappler benutzten Mietwagen oder in dessen Nähe gesehen wurden, sei die Flucht organisiert worden. Eine zweite Version behauptet, Kappler sei schon einige Tage früher aus dem Krankenhaus verschwunden und die ganze Koffergeschichte sei nur ein Bluff... „Lotta Continua" meint Informationen zu haben, daß sich Kappler mit Hilfe seiner Komplizen auf ein Schiff der bundesdeutschen Kriegsmarine in Neapel geflüchtet und so Italien verlassen habe.

Unabhängig von Einzelheiten deutet jedenfalls alles darauf hin, daß hier kein verwegener Alleingang gestartet wurde (Verzweifelte Frau schleppt ihren Mann im Koffer davon), sondern daß eine ganze Reihe von Leuten am Werke war. Die „Hamburger Morgenpost" spricht da-



Wandzeitung der PCI vorm Militärkrankenhaus in Rom. Der Text lautet: „Kappler ist geflohen. Richtiger: Wer hat ihn fliehen lassen? Wer sind die Komplizen? Seit man Kappler fliehen ließ, fordert die Bevölkerung Roms, daß die Verantwortlichen entlarvt und wegen ihres Verbrechens gegen die ganze demokratische Welt verurteilt werden."

von, Frau Kappler habe „mindestens(!) zwölf Helfer" gehabt. Die wurde von Springers „Bild" groß ausgeschlachtet und plump kommen-
ganze demokratische Welt verurteilt werden."

von, Frau Kappler habe *„mindestens(!) zwölf Helfer"* gehabt. Die Flucht sei *„generalstabsmäßig"* vorbereitet und durchgeführt worden. Allein beim Grenzübertritt hätten Frau Kappler bzw. ihre Komplizen *„drei Spuren gelegt, um Verfolger auf die falsche Fährte zu locken"* (19.8.).

Politiker und Justiz schützen Kappler

CDU-Chef Kohl und andere bürgerliche Politiker äußerten sogleich ihre Genugtuung über die Befreiung Kapplers. Daß Kappler nicht ausgeliefert werden soll – mit Hinweis auf das Grundgesetz – ist schon eine ausgemachte Sache. Daß ihm in der Bundesrepublik noch der Prozeß gemacht werden könnte – was theoretisch geschehen müßte – ist völlig unwahrscheinlich.

Und mehr noch: *„Die Staatsanwaltschaft Lüneburg sieht sich auch nicht in der Lage, ein Ermittlungsverfahren gegen Frau Kappler wegen Verdachts der Gefangenenbefreiung einzuleiten. Oberstaatsanwalt Reifenberg erklärte dazu, Frau Kappler habe, soweit bisher ersichtlich, nur (!) ein ausländisches Rechtsgut verletzt. Das deutsche Strafrecht schütze aber in der Regel nur inländische Rechtsgüter"* („Frankf. Rundschau", 18.8.). Dies allerdings ganz radikal: So wurde vor zwei Jahren in der Bundesrepublik ein Holländer (!) abgeurteilt, der Drogenabhängigen in Holland zu therapeutischen Zwecken Haschisch besorgt hatte – was in Holland nicht strafbar ist!

Auch wegen Verdachts von Paß-Vergehen u.ä. in Zusammenhang mit ihrem Grenzübertritt soll gegen Frau Kappler nicht ermittelt werden („Frankfurter Allgemeine", 19.8.). Offensichtlich ist sogar – wohl aus „gutem" Grund! – völlig darauf verzichtet worden, sie überhaupt zur Sache zu verhören!

Dafür wurde die Lüneburger Staatsanwaltschaft freilich in anderer Weise aktiv: Sie leitete „Ermittlungen" gegen einen italienischen Staatsanwalt ein, der in Soltau zusammen mit zwei Ärzten eigene Nachforschungen nach Kappler angestellt haben soll („Frankf. Allgemeine", 19.8.).

Zur Bewachung des Kapplerschen Wohnhauses wurden ständig sechs Beamte der Kripo in Zivil abgestellt. Zusätzlich kontrollierten „starke Polizeikräfte" zeitweise den Autoverkehr von und nach Soltau („FR", 19.8.).

Henker Kappler ein Volksheld?

Die gesamte bürgerliche Presse schwelgt in Sympathie für den armen alten Mann Kappler und seine tapfere und listige Frau. „Die Italiener" sollten sich im Übrigen an die eigene Nase fassen, was Faschismus angeht, war der allgemeine Tenor. Die Empörung der italienischen Öffentlichkeit über die Vorgänge wurde mit „Mentalität" erklärt. Die „FAZ" etwa kommentiert burschikos: *„Man muß sich ... darauf besinnen, daß Italiener und Deutsche zwei Völker sind, die sich nichts vorzuwerfen haben, die auf verschiedene Weise glücklich zu werden versuchen als Partner in einem gemeinsamen Europa"* (20.8). Und: *„Schlecht kennt die Völker-Psychologie(!), wer vergißt, daß bei Italienern die Mißerfolge des Zweiten Weltkriegs, die Besetzung durch die deutsche Wehrmacht, die Überlegenheit der deutschen Kriegsmaschinerie kompensiert werden müssen"* (17.8.).

Ein Irrtum des italienischen Fernsehens (anscheinend hatte dort jemand ein Bild des Dichters Hermann Hesse für ein Bild Kapplers gehalten) wurde von Springers „Bild" groß ausgeschlachtet und plump kommentiert: *„Die Italiener sind unsere Freunde. Wir freuen uns über den Fleiß ihrer Arbeiter in Deutschland und baden gern an ihren Stränden. Zur Freundschaft gehört aber gegenseitige Achtung und Ehrlichkeit. Das Zerrbild, das nach der Kappler-Flucht viele italienische Zeitungen von Deutschland zeichneten, hat mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun"* (20.8.).

Wenig rühmlich war auch die Rolle der als „sozialliberal" geltenden „Hamburger Morgenpost": So zitierte sie ausführlichst am 18.8. eine positive Stellungnahme der (rechtsradikalen!) italienischen Zeitung „il tempo" ohne die politische Richtung des Blattes anzugeben. Am 19.8. konnte man in der „MoPo" gar unter der Überschrift **„Fall Kappler gleichgültig"** (!) eine ganz tolle Geschichte lesen: Ein italienischer Journalist von der Zeitung „La Nazione" (Florenz) wurde mit den Worten zitiert: *„Wenn ich die Wahrheit sagen soll, so steht die breite Öffentlichkeit in Italien, also der Mann auf der Straße, dem Fall Kappler fast gleichgültig gegenüber. Lediglich die Parteien müssen sich aufregen, denn Kappler ist für uns ein Symbol des antifaschistischen Kampfes"*. Auch „La Nazione" steht, wie der Name schon richtig vermuten läßt, ganz weit rechts!...

Dieses Klima der Verharmlosung, um nicht zu sagen der „klammheimlichen Freude" über die gelungene Flucht des Nazi-Verbrechers, fand seinen ekelhaftesten und erschreckendsten Ausdruck in Soltau s e l b s t , wo Henker Kappler und seine Frau weithin wie Volkshelden gefeiert werden. Eine wahre Fleurop-Orgie meldete die Presseagentur dpa: *„Überschüttet mit Beweisen der Freundschaft und Anteilnahme werden Herbert Kappler und seine Frau Anneliese. Vor ihrem Haus in Soltau*

Fortsetzung auf S.5



Nazi-Mörder Kappler und seine Frau

Fortsetzung von S.4

...fuhr ein Postbote nach dem anderen vor, um stapelweise Telegramme abzuliefern. Immer wieder kamen die Blumenlieferanten an das Haus. Einmal standen sogar zwei Frauen eines Blumenversanddienstes vor der Haustür, die beide die Arme voller Sträuße hatten. Zahlreiche ältere Leute hängten Plastiktaschen an die Türklinke, in denen ebenfalls Blumen waren" (lt. „FR", 19.8.). Das Lokalblatt „Böhme-Zeitung" berichtete: *„Die Soltauer empfinden Respekt für Anneliese Kappler-Wenger. Sie sprechen von Aufopferung. Und sie sagen: ‚Gut, wie sie das gemacht hat' "* (17.8.). Und die „Walsroder Zeitung": *„Daß es mit ihrem zähen Durchhaltevermögen jetzt gelang, die italienische Justiz zu überlisten und mit der finanziellen und praktischen Unterstützung von Gruppen, die ihre Identität vor der Öffentlichkeit sorgfältig verschleiern (!!), ihren Mann aus dem Gefängnishospital zu transportieren, findet in Soltau nur Bewunderung" (18.8.). „Ein etwa 30jähriger Zimmermann"* zog treffsicher die Parallele zur Befreiung Mussolinis 1943 (die ja von Kappler seinerzeit organisiert worden war!!): *„Wir haben den Italienern ja schon einmal jemand geklaut – den Duce. Nun hat eine Frau den Kappler rausgeholt. Hätt' ich's vorher gewußt, hätt' ich mitgemacht"* („Hamburger Morgenpost", 17.8.).

Dieses Klima war auch während der antifaschistischen Demonstration am 19.8. in Soltau sehr stark zu spüren, bis hin zu Provokationen und tätlichen Angriffen gegen die Demonstration. Ausländische Journalisten berichteten, daß sie im Ort diskriminiert und wie Aussätzige behandelt werden; sogar das Hotel mußten sie verlassen.

Gerade diese Erfahrungen zeigen höchst anschaulich, daß es bei der ganzen Frage der Begnadigung von Nazi-Verbrechern nicht um Überlegungen individueller Humanität geht, sondern daß im Hintergrund die Tatsache steht, daß beträchtliche Teile dieses Volkes aus der Geschichte kei-
sache steht, daß beträchtliche Teile dieses Volkes aus der Geschichte kei-
ne Lehren gezogen haben, daß sie den NS-Verbrechen beschönigend gegenüberstehen („Befehl ist Befehl") und daß sie für die Gefühle der Opfer und ihrer Angehörigen bestenfalls blöde Gedankenlosigkeit, wenn nicht gar kalten Hohn aufbringen. Und damit wird von den Herrschenden dieses Landes Politik gemacht!

Unter die Verbrechen des Faschismus soll nach dem Willen der Herrschenden „endlich ein Schlußstrich gezogen werden". Nicht im Namen der Menschlichkeit, sondern im Namen der Unmenschlichkeit! Dies geschieht in einer Zeit, in der eine breit angelegte Kampagne der Hitler- und Nazi-„Nostalgie" (übrigens schon die zweite in den letzten Jahren!) auf allen Kanälen heranrauscht. Der Hitler-Film von Fest („FAZ") ist ein Kassenschlager und soll womöglich als „Lehrmittel" an den Schulen eingesetzt werden. Der „Quick"(CSU) füllt eine Serie die Kassen, mit der Hitler ganz auf Mensch präsentiert wird: *„Vom Vater verprügelt, von der Mutter verwöhnt", „Nach dem ersten Rausch schwor er: Nie wieder!", „Mit 18 Jahren wollte er ein Mädchen entführen"* usw.usf. Und 1979 soll, wenn alles glatt geht, die generelle „Verjährung" aller Nazi-Verbrechen über die Bühne gehen.

Wohltuend: Starker Protest der internationalen Öffentlichkeit

Im Ausland hat man wenig Verständnis für das Verhalten der westdeutschen Regierung und der Justiz sowie für die Blumenschwemme am Kapplerschen Haus. Nicht aus irgendeiner spezifischen „Mentalität", sondern aus eigener leidvoller Erfahrung will man dort die Verbrechen des Faschismus nicht vergessen.

Als die Nachricht von der Flucht Kapplers in Italien bekannt wurde, versammelte sich spontan vor dem Militärkrankenhaus eine Gruppe von Antifaschisten und Mitgliedern der Radikalen Partei und forderte die sofortige Auslieferung Kapplers durch die BRD. Vor der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Roms hielten Angehörige der Opfer Kapplers gemeinsam mit Bewohnern des Stadtviertels eine Kundgebung ab („Corriere della Sera", 17.8.). Am 19.8. fand in Mailand die erste grössere Protestkundgebung mit 5.000 Teilnehmern – Mitglieder der PCI, des Partisanenverbandes ANPI sowie des revolutionären Bündnisses Democrazia Proletaria – statt. Am 20.8. demonstrierten ca. 800 Genossen von Lotta Continua und der Radikalen Partei vor dem Militärkrankenhaus in Rom. Sie forderten eine rasche und gründliche Untersuchung der Hintergründe der Flucht und die Auslieferung Kapplers. Weitere Demonstrationen sind für den 25.8. vom „Solidaritätskomitee für Petra Krause" in Neapel geplant (unter Beteiligung der Partisanenverbände), sowie am 27.8. eine große Demonstration in Rom und eine Diskussionsveranstaltung in Florenz. Die linken Radiosender „Radio Citta Futtura" und „Radio Popolare" aus Rom und Mailand sowie Lotta Continua und Avanguardia Operaia prangern die Flucht Kapplers als ein politisches „Geschenk" der Regierung Andreotti an die Regierung Schmidt an.

Es ist ein schäbiges und durchsichtiges Manöver, wenn in dieser Situation plötzlich ein Brief Brandts an Bundeskanzler Schmidt hochgespielt wird, in dem Brandt „Besorgnis und Unverständnis" über die Duldung nazistischer Umtriebe in der BRD äußert („FR", 19.8.). Obwohl dieser Brief angeblich schon Ende Juli geschrieben worden sein soll, hielt man es erst jetzt für günstig, ihn überhaupt auszugsweise der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ganz offensichtlich soll dieses Manöver im Ausland beruhigend wirken, während in der BRD s e l b s t der Brief keinen Eingang in die Massenpresse findet und offenbar auch nicht Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen in der SPD ist, obwohl Brandt immerhin deren Vorsitzender ist ... ! Der Brief scheint in erster Linie fürs A u s l a n d bestimmt zu sein.

Wir werden demgegenüber auch weiterhin den „Fall Kappler" nutzen, um soviele Informationen wie möglich über die Rechtsentwicklung ins Ausland zu tragen. Notwendig ist es jetzt, daß raschestens alle antifaschistischen, demokratischen und jüdischen Kräfte in der BRD in Aktion treten, um deutlich zu machen, daß es außer der Begünstigung Kapplers auch andere gleichlaufende Tendenzen in diesem Lande gibt. Und es würde niemand von unseren ausländischen Freunden dafür Verständnis haben, wenn diese notwendige Aktion durch „Abgrenzungsbeschlüsse" u.ä. gespalten und geschwächt wird.

Petra Krause an Italien ausgeliefert – Vorläufige Freilassung abgelehnt

Petra Krause, 38jährige Deutsch-Italienerin hebräischer Abstammung (sie war als Kind im KZ) und seit zweieinhalb Jahren ohne Prozeß als angebliche „Terroristin" in Schweizer Isolationshaft, wurde am 15. August nach langem Hin und Her der Schweizer Bürokratie und jämmerlichen Kompetenz-Streitigkeiten der Justiz an Italien ausgeliefert.

Die Auslieferung der stark abgemagerten und schwerkranken Frau (sie mußte beim Gehen gestützt werden) fand unter „angemessenen Sicherheitsvorkehrungen" statt: Polizeigrenadiere mit Maschinenpistolen wachten hinter Absperrungen auf dem Flughafen Kloten, ein Polizei-Schützenpanzer war in der Nähe postiert, ein Trupp der sogen. „Tigers" (speziell ausgebildete Bullen) begleitete die Linienmaschine auf dem Flug nach Rom.

Petra Krause wird beschuldigt, an Sprengstoffanschlägen in der Schweiz beteiligt gewesen zu sein (siehe Artikel in AK 110). In Italien wird ihr darüber hinaus angelastet, an Brandstiftung und Waffenhehlerei mitgewirkt zu haben. Die italienische Justiz will außerdem wegen „subversiver Vereinigung" und Urkundenfälschung gegen sie vorgehen. – Im Hintergrund lauert außerdem immer noch die bundesdeutsche Justiz, die Petra Krause gleichfalls ausgeliefert und vor Gericht gestellt haben möchte.

Die Auslieferung nach Italien wurde von der Schweizer Justiz nur unter der Voraussetzung genehmigt, daß Petra zum 19.9. wieder an die Schweiz ausgeliefert wird, weil dann der Prozeß gegen sie stattfinden soll. Die „Neue Zürcher Zeitung" bemerkte dazu zynisch: *„Es ist nicht einzusehen, weshalb Frau Krause nach ihrer rund zweijährigen Untersuchungshaft nicht auch noch die fünf Wochen bis zum Beginn des Zürcher Prozesses in der Schweiz inhaftiert bleiben und wenn nötig hier auch ärztlich betreut werden könnte"* („NZZ", 14./15.8.77).

In Italien sollte darüber entschieden werden, ob Petra wegen ihres Gesundheitszustands vorübergehend freigelassen wird oder bis zum 19.9. im Frauengefängnis von Pozzuoli bei Neapel bleiben muß. Alles deutete daraufhin, daß sich die Staatsanwaltschaft für eine vorläufige Freilassung entscheiden würde – schon aufgrund des Drucks der breiten Öffentlichkeit, die das Schicksal von Petra in Italien hat. Hierzu gehörte, als ein in der Bundesrepublik völlig unvorstellbarer Vorgang, daß Parlamentarierinnen aller linken und bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der faschistischen MSI) sich für Petra einsetzen: Susanne Agnelli (PRI), Maria Luisa Cassanmagnano (Christdemokraten), Luciana Castellina (Democrazia Proletaria), Giancarla Codrignani (PCI), Adele Faccio (Radikale Partei), Maria Magnani Noya (PSI) und die Senatorin Vera Squarcialupi (PCI) gaben eine gemeinsame Garantieerklärung ab für den Willen von Petra Krause, sich freiwillig dem Prozeß zu unterwerfen, der sie in Neapel erwartet. Adele Faccio erklärte zu dieser Initiative: *„Als Frauen halten wir es für unsere Pflicht, bei den zuständigen Stellen darauf zu bestehen, daß die Krause nicht mehr weiteren Foltern, Leiden, schweren Einschränkungen ihrer Möglichkeiten, ihre physische Existenz wiederherzustellen, ausgesetzt ist..."* (lt. „Corriera della Sera", 18.8.).

Trotzdem entschied die Staatsanwaltschaft gegen eine Freilassung Petras – mit der Begründung, daß eine Auslieferung an die Schweiz zum 19.9. sonst nicht gewährleistet sei. Petra hat mit Hungerstreik gedroht und fordert, nach Affoltern in die Schweiz zurückverlegt zu werden. *„Ich ziehe die Isolationszelle in Affoltern dem Zuchthaus in Italien vor"* (lt. „Corriere d. S.", 18.8.). Petras 17jähriger Sohn Marco Orgnissanti, der seine Mutter seit ihrer Inhaftierung jetzt das erste mal sehen durfte und der maßgeblich an der Solidaritätsbewegung beteiligt ist, erklärte auf einer Pressekonferenz: *„Diese Entscheidung ist das Produkt einer Schwächesituation des italienischen Staates gegenüber dem schweizerischen. Wir sind konkret und nicht nur moralisch mitschuldig an der Fortsetzung dieses Verbrechens"* (lt. „Corriere d . S.", 18.8.).

Die Forderung bleibt: SOFORTIGE FREILASSUNG VON PETRA KRAUSE!

Italien-Kommission und Schweiz-Kommission

Antifaschistische Aktion in Soltau!

500 Demonstranten protestierten am 19.8. in einer spontanen Aktion gegen die Kampagne zur Deckung des Nazimörders Kappler.

Initiator der Aktion war der KB, der kurzfristig am Abend vorher die Aktion in die Wege leitete. Die Mehrzahl der Demonstranten kam aus Hamburg, die restlichen aus umliegenden Orten. Die antifaschistische Aktion begann mit einer Kundgebung vor dem Haus der Frau Kapplers. Dabei gab es den ersten Zwischenfall. Als die Polizei die Kundgebung verbieten wollte, nutzte ein Provokateur die Situation aus, um das Lautsprecherkabel zu durchschneiden. Der Provokateur konnte gestellt werden. Die Polizei mußte ihn vorübergehend festnehmen, da Anzeige erstattet wurde. Die Kundgebung wurde trotz Versuchen der Polizei, sie zu verhindern, fortgesetzt. In der ersten Rede wurden Kappler und seine Komplizen entlarvt und die Hintergründe der profaschistischen Kampagne in der BRD entlarvt. Die Kundgebung endete mit der Forderung nach Auslieferung Kapplers an Italien.

Im Anschluß zog eine Demonstration durch Soltau, unter Sprechchören und Parolen: »Kappler — Mörder, zurück in den Knast«, »Nie wieder Faschismus —nie wieder Krieg«, »Demokraten macht mobil — einmal Faschismus ist zuviel« Dabei wurden mehrere Zwischenkundgebungen abgehalten und in reger Aktivität an zahlreichen Stellen des Ortes Steckbriefe mit dem Konterfei des flüchtigen Massenmörders geklebt (unter anderem am Rathaus, wo auch Fahnen der antifaschistischen Aktion an den Fahnenmasten aufgezogen wurden).

Die Aktion endete nach 1 1/2 Stunden wiederum vor dem vermutlichen Aufenthaltsort Kapplers. Die Abschlußrede verdeutlichte noch einmal, warum wir gegen die Begnadigung der faschistischen Verbrecher sind.

In der Bevölkerung wurde die Aktion gemischt aufgenommen. Zum einen bestätigte sich, daß eine ziemlich starke Verhetzung und z.T. unpolitische Billigung der Entführung existiert, wobei es in nicht geringem Maße Stimmen zur Verteidigung des Faschisten Kappler gibt. Zum anderen war ein reges Interesse und Aufmerksamkeit für unsere Aktion und unsere Inhalte festzustellen. Wohl selten sind zu so einem Anlaß so viele Menschen in Soltau auf den Beinen gewesen und säumten die Straßen.



Anti-Kappler-Demo am 19.8.77

Faschisten marschieren auf

Offen tummeln sich in Soltau faschistische Provokateure, die ein Klima der Einschüchterung verbreiten. Am Sonnabend nach der Aktion fuhr z.B. ein roter Ford-Taunus (Kennzeichen WL — AZ 472) mit provokativ gehißter Reichskriegsflagge durch die Straßen. Mehrere Faschisten in Schlägerkluft »patroullierten« durch die Straßen. Vor dem Kappler-Haus zogen kurz nach 13 Uhr sechs Jungfaschisten der Wiking-Jugend auf, in schwarzen Blusen mit faschistischen Abzeichen, schwarzer Hose, Stiefeln und Koppel. Dabei hatten sie ein Schild: *»Juden und Kommunisten wollen Kappler an Italien ausliefern, Bombenanschläge sind geplant, wir halten Wache«* (sinngemäße Wiedergabe). Für den Abend hatten die Faschisten im Hotel Meyn eine Pressekonferenz mit dem Nazi-Chef Roeder angesetzt, der dann allerdings nicht kam.

Die Resonanz der antifaschistischen Aktion

Der Wert der Aktion lag vor allem darin, die »Mauer des Schweigens« um die Hintergründe von Kapplers Entführung und seinen Komplizen aufzubrechen. Die Bedingungen waren vor allem deshalb gut, weil sich viele Journalisten am Ort aufhielten. In der BRD wurde von den großen Presseorganen gar nicht oder nur in kleinen Meldungen hiervon Notiz genommen. Der NDR berichtete ausführlich und objektiv in seinen Nachrichtensendungen vom selben Abend und in den »Nachrichten vom Tage«.

Große Resonanz hatte die Aktion am nächsten Tag in der italienischen Presse. So berichtete die Zeitung »Il Giornale« mit einem Bild auf Seite 1 und einem ausführlichen Bericht im Innenteil. Große Berichte brachten auch »La Stampa« und der »Corriere« (alle vom 20.8.). Die Berichterstattung zur Aktion war positiv.

Ausführlicher berichtete auch der englische »Heralb Tribune«. Einen Bericht veröffentlichte auch die französische »Le Monde« (beide vom 20.8.).

Die örtliche Presse brachte am 20.8. neben einem kurzen Bericht ganzseitig eine Bilderzusammenstellung unter dem Titel: *»Die Chaoten fielen am Freitag in Soltau ein«* (Böhme Zeitung).

Antifaschistischer Protest der „Falken"

Bereits am frühen Nachmittag des 19.8. hatten etwa 70 Mitglieder eines Zeltlagers der »Falken« in Soltau vor dem Haus Kapplers demonstriert. Sie protestierten gegen faschistische Tendenzen in der BRD und forderten die Auslieferung Kapplers.

Die 24 Stunden von Bourgoin

In einem Marathonprozeß mit einer Gesamtdauer von ca. 25 Stunden (eine in der französischen Rechtsprechung einmalige Angelegenheit) wurden gegen 8 von 12 (wegen Teilnahme an der Malville-Demonstration) Angeklagte Terrorurteile von einem bis sechs Monaten Haft verhängt, wovon ein Teil zur Bewährung ausgesetzt wurde (siehe AK 110). Angeklagt wurden alle nach dem »loi anti-casseurs« (vergleichbar mit unserem »Landfriedensbruchgesetz«, siehe Kasten). Der Prozeß wurde im Schnellverfahren durchgezogen, was nach französischem Recht dann möglich ist, wenn die »Täter« »auf frischer Tat« ertappt werden. Tatsache ist jedoch, daß ausnahmslos a l l e Angeklagten erst Stunden n a c h der Demonstration, kilometerweit entfernt vom Ort der Auseinandersetzungen und bereits außerhalb der verbotenen Zone willkürlich festgenommen wurden.

Die Anklage stützte sich auf die »Identifizierung« der AKW-Gegner durch die Bullen. Diese fast unglaubliche Leistung (Identifizierung von einem Dutzend Leute unter zig-Tausenden) vollbrachten die Bullen, obwohl zwischen ihnen und den vordersten Demonstranten immerhin ein Zwischenraum von mindestens 50 bis 100m bestand, obwohl dieser Zwischenraum durch Gaswolken vernebelt war, obwohl die Demonstranten in den ersten Reihen Helme und Schutzbrillen trugen und auch die Bullen zum eigenen Schutz die Visiere heruntergelassen hatten.

Um trotz dieser widrigen Bedingungen zu den für den Prozeß notwendigen »Identifizierungen« zu kommen, hatten die Polizeizeugen die Gelegenheit, sich im Zeugenraum untereinander abzusprechen, wovon sie solange Gebrauch machten, bis dies auf Antrag der Verteidigung vom Gericht unterbunden wurde (zur skandalösen Behandlung der Festgenommenen in der Haft siehe DIE INTERNATIONALE, Nr. 28). Die Folge war, daß die Aussagen der CRS-Bullen merklich unklarer wurden. Plötzlich konnten sie sich nicht mehr so genau erinnern, konnten die Kleidung der Angeklagten nicht mehr genau beschreiben, was den ersten »Zeugen« gar nicht schwer gefallen war, bis einer sogar erklärte: *»Ich konnte nicht sehen, was der Angeklagte anhatte, ich sah ihm die ganze Zeit tief indie Augen«* — und das auf 50 Meter Entfernung. Offensichtlich haben die französischen Bullen eine Spezialausbildung genossen.

Die nächste »Beweiskette« der Anklage stützte sich auf die beschlagnahmten »Waffen«, wie z.B. Taschenmesser, Campingmesser oder zwei größere Schrauben. Damit sollte die »Gewalttätigkeit« der Demonstranten nachgewiesen werden.

Völlig auf den Kopf gestellt wurde der Verlauf der Auseinandersetzung. Danach sollen alle schweren Verletzungen durch angebliche selbstgebastelte Sprengsätze von Demonstranten verursacht worden sein, nur nicht durch die ach so »harmlosen« Offensivgranaten. Frechweg wurde behauptet, daß *»der Polizist, der die Hand verloren hat, mit vier anderen Polizisten zusammen nach der Explosion einer Waffe aus der Hand eines Demonstranten verletzt worden sein«* muß. Frage des Gerichtspräsidenten: *»Was für eine Waffe?«* Antwort: *»Das ist noch ein Rätsel . . . «* („Libération", 8.8.). Ein CRSler bedauerte sogar noch, daß die Wirkung der Offensivgranaten nicht voll zum Tragen gekommen sei, weil der starke Regen *»fast alle Geschosse gelöscht habe«*. Auf die Frage eines Rechtsanwalts, warum denn wohl bei Militärübungen mit Offensivgranaten dicke Betonmauern zwischen Explosionsort und den Soldaten aufgebaut würden, antwortete der CRSler: *»Beim Militär ist das normal . . . «* Das Leben von Demonstranten ist eben nicht so wertvoll wie das eines Soldaten.

Taktik der Verteidigung war es, die Widersprüche in den Aussagen der Polizisten und die eindeutige Präparierung der Zeugen nachzuweisen, was ihr in vielen Fällen auch gelang. Hierauf ist auch zurückzuführen, daß es immerhin vier Freisprüche gab. Daß trotzdem acht AKW-Gegner mit eindeutigen Terrorurteilen belegt wurden, ist auf den Willen der französischen Klassenjustiz zurückzuführen, hier ein Exempel zu statuieren. Der brutale Polizeieinsatz von Malville wäre ja noch entlarvender, wenn es nicht einmal einige »Kriminelle« zum Verurteilen gäbe!

Dies wird auch von Teilen der französischen Presse so gesehen. So schreibt die örtliche Zeitung »Le Progré« am 8.8.: *»Wenn man weiß __ und wir erinnern uns daran __ daß die Krawalle in dichtem Tränengasnebel, der durch den Regen noch fein verteilt wurde, stattfanden, daß die Angreifer alle behelmt waren, einige trugen sogar Gasmasken und daß die Auseinandersetzungen im allgemeinen bei einer Entfernung von 20 bis 25 m zwischen den gegnerischen Teilen ausgetragen wurden __ kann man an der Ernsthaftigkeit derartiger ,Wiedererkennungen' nur noch zweifeln.«* Die linksliberale „Le monde" kommentiert, daß für die Richter *»zwischen dem Wort eines Demonstranten und dem eines Repräsentanten der öffentlichen Macht die Wahrheit auf jeden Fall bei dem Zweiten«* gelegen hätte. Die linke Zeitung »Libération« schließlich charakterisiert den Prozeß folgendermaßen: *»Maskerade, Parodie, Karikatur __ dieser Prozeß ist alles zusammen, für alle Teilnehmenden wie ein Alptraum. Aber ein heldenhafter Alptraum, weil man nicht mehr sehr gut weiß, welchen Gefühlen man sich hinbgeben soll: demjenigen, das versichert, daß der Prozeß die verrückteste Farce der französischen Justiz seit vielen Jahren ist, oder demjenigen, das versichert, daß diese Nacht eine unauslöschliche Brüderlichkeit zwischen den Angeklagten, den Verteidigern, den Demonstranten besiegelt«.*

Liberez les inculpees!
Inculpez le prefet!
(Befreit die Angeklagten!
Klagt den Präfekten an!)

Während des gesamten Prozesses bekundeten vor dem Gerichtssaal Demonstranten ihre Solidarität mit den Angeklagen. Anfangs waren es über 2000, wovon mehrere hundert bis zum nächsten Morgen ausharrten. Nach der Urteilsverkündung fand eine kämpferische Demo durch die Stadt statt. Aufgerufen hatten die »Koordination der Malville-Komitées« und verschiedene revolutionäre Organisationen, wobei letztere allerdings den wesentlichen Teil der Mobilisierung übernommen hatten.

Weitere Solidaritätskundgebungen und -demonstrationen fanden in vielen Städten Frankreichs statt. Besonders hervorzuheben ist eine Demo in Paris mit 3000 Teilnehmern, zu der das »Nationale Verteidigungskomitee der Malville-Angeklagten« aufgerufen hatte. Demonstrationen in Marseille, Toulouse, Avignon und Rouen hatten jeweils 300 Teilnehmer. Auch andere Aktionen, wie z.B. Besetzungen von Büros der Elektrizitätsgesellschaft EDF wurden durchgeführt.

Inzwischen haben alle Angeklagen Berufung gegen die Willkürurteile eingelegt. Der Termin dieser Verhandlungen ist der 24.8. in Grenoble. Die französische Anti-AKW-Bewegung plant hierzu verschiedene Solidaritätsaktionen, so z.B. einen parallel dazu ablaufenden Gegenprozeß sowie Demos und Kundgebungen. Wünschenswert wäre, daß sich die Malville-Komitees stärker als bisher in die Mobilisierungsarbeit für diese Aktionen einschalten, die sie bisher wesentlich der revolutionären Linken überließen (was nicht hieß, daß sich die Komitées von der Solidarität distanziert hätten). Denn für jeden ersichtlich ist der Kampf gegen die AKW's ohne einen Kampf gegen den Polizeiterror und Klassenjustizwillkür nicht denkbar.


Ein Polizist verlor bei der vorzeitigen Explosion einer Offensivgranate seine rechte Hand. Absurderweise wurde im Verlauf der Justizfarce von Bourgoin von der Polizei behauptet, die Verletzung sei durch eine „rätselhafte Waffe" von Demonstranten erfolgt. Auf dem Foto sind dagegen deutlich die beiden Hälften der zerplatzten Granate zu erkennen (rechts unten).

Freiheit für die Angeklagten,
Aufhebung der Beschuldigungen!
Anklage gegen den Präfekten Jannin!
Verbot der Offensivgranaten!

Das Gesetz „anti-casseurs"

Dieses Gesetz, nach dem 11 von 12 Demonstranten in Bourgoin vor Gericht standen, wurde am 8. Juni 1970 nach lebhafter Diskussion über seine Rechtmäßigkeit erlassen. Nach den Maiunruhen 1968 wurde es als Handhabe zur Kriminalisierung des demokratischen Widerstandes geschaffen. Bezeichnenderweise trägt es den Titel „Gesetz zur Verhinderung bestimmter neuer Formen von Kriminalität" und hat inhaltlich seine Parallele in der BRD ungefähr in den Strafgesetzen über Landfriedensbruch. Allerdings reicht bei dem „loi anticasseurs" schon die alleinige T e i l n a h m e an „gewaltsamen Auseinandersetzungen", um verurteilt werden zu können – eine Sache, auf die die Bourgeoisie in der BRD schon seit längerer Zeit verstärkt hinarbeitet (Vorschlag der CDU zur Verschärfung des Demorechts).

Das „loi anti-casseurs" fügte dem französischen „Code Penal" (vergleichbar unserem Strafgesetzbuch) mehrere Artikel hinzu, deren bekanntester der Art. 314 ist: *„Anläßlich einer gemeinschaftlich unternommenen Aktion, mit offener Gewalt von einer Gruppe geführt, bei Gewalttätigkeiten oder Tätlichkeiten gegen Personen, bei Zerstörungen oder Beschädigungen von Sachen, werden die Drahtzieher und Organisatoren dieser Aktion, sowie diejenigen, die daran freiwillig teilnehmen ohne Rücksicht auf die Anwendbarkeit härterer Strafen, die im Gesetz vorgesehen sind, mit Gefängnis von ein bis zu fünf Jahren bestraft.*

Anläßlich einer unerlaubten oder gesetzlich durch Amtsgewalt verbotenen Versammlung, bei Gewalttätigkeiten, Tätlichkeiten, Zerstörungen oder Beschädigungen, die als Verbrechen oder Straftat bezeichnet werden, werden folgende Strafen verhängt:

1. Die Drahtzieher und Organisatoren dieser Versammlung, die keine Weisung zur Auflösung derselben geben, nachdem ihnen diese Gewalttätigkeiten, Tätlichkeiten, Zerstörungen und Beschädigungen bekannt waren, mit sechs Monaten bis zu drei Jahren Gefängnis.

2. **Diejenigen, die weiterhin aktiv an dieser Versammlung teilnehmen, von Beginn an und in Kenntnis der Gewalttätigkeiten, Tätlichkeiten, Zerstörungen und Beschädigungen, mit Gefängis von drei Monaten bis zu zwei Jahren.**

Mit Gefängnisstrafen von ein bis zu fünf Jahren werden diejenigen bestraft, die in eine Versammlung hineinkommen, auch eine erlaubte, im Hinblick darauf, dort selber oder durch andere Teilnehmer dazu veranlaßt, Gewalttätigkeiten, Tätlichkeiten, Zerstörungen oder Beschädigungen vorzunehmen." Um das Maß vollzumachen kommt dann noch: *„Die Personen, die als schuldig für Straftaten im Sinne des vorliegenden Artikels befunden werden, sind verantwortlich für die körperlichen und materiellen Schäden."*

Nach „Le Monde", 7./8.8.77

Die französische Anti-AKW-Bewegung nach Malville

Mit ihrer bisher größten Aktion – dem Marsch auf den „Superphenix" von Malville am 30./31.7. – hat die französische Anti-AKW-Bewegung in einem sehr knappen Zeitraum wesentliche Erfahrungen gesammelt, die der Diskussion um die zentralen Fragen des Widerstands neuen Aufschwung gegeben haben. Die Auseinandersetzung kreist hauptsächlich um drei Punkte:

- Gewalt oder Gewaltfreiheit
- Organisationsstrukturen der Bewegung
- weitere Perspektive.



Die „Gewaltfreien"

Radikale Schlußfolgerungen ziehen die „Gewaltfreien", die sich um die Zeitung „La Gueule Ouverte" („Offene Schnauze") gruppieren: *Wir haben wirklich keine Lust, heute, am Montag über Malville zu reden. Oder zu erzählen. Der einzige unmittelbare Eindruck ist der des Absurden. Wir (??), die wir für das Leben kämpfen, haben es geschafft, daß ein Freund von uns (Vital Michalon) liegen blieb ... Sie (die 60.000 Demonstranten) waren ohne Waffen und mit friedlichen Absichten gekommen. Auch ohne Dogmatismus. Höchstens 200 (?) behelmte Menschen setzten sich mit den Bullen auseinander. Nun gut: Das ist ihre Sache. In der Anti-AKW-Bewegung gibt es keine Polizei. Differenzen werden toleriert. . ."*

„La Gueule Ouverte" problematisiert ob *„die Gewaltfreiheit in Frage gestellt"* sei, konstatiert aber gleich darauf: *„Die Gewalt weist aber auch keine bessere Bilanz auf. Der Beweis: Michalon"*. Gegenüber der Brutalität des Polizeiapparates gäbe es nur noch die Möglichkeit, *„sich in Kommandos zu organisieren und militärisch anzugreifen"*. Das sei aber eine *„Bürgerkriegsperspektive"* und da *„stehen wir heute noch nicht"*.

„Rauchbomben, Tränengasgranaten – das ist alles nichts für Ökologisten. Wir wollten ein Fest in Faverges machen die Leute von der Polizeisperre befreien, genauso wie 1976 – aber die auf der anderen Seite diskutierten nicht." So kommt „La Gueule Ouverte" (in einem anderen Artikel) tatsächlich zu der totalen Absage an j e d e s kollektive Kämpfen: *„Wir müssen es lernen, alleine zu sein, zu leben und zu handeln. A l l e i n e ! Wozu müssen wir immer 100.000 oder auch zu zweit sein?"* Und um die letzten Zweifel ob diese absurde Perspektive ernst gemeint ist auszuräumen, heißt es: *„ Jede Gruppe, ob Familie, Paar, Verband oder Demonstration in Malville ist ein erster Schritt in Richtung Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Krieg."* Fehler bei der Koordinierung der Malville-Komitees zu suchen, bringe nichts; *„der Fehler war, dabei zu sein"*, denn *„nur alleine werden wir gewaltfrei und wirksam sein können."* Das ist sicherlich die „Autonomie"-Position in ihrer „höchsten und reinsten Vollendung" ...

Aus der Erkenntnis, daß CRS-Einheiten nicht mit Blumen zu bekämpfen oder mit Festen zu betören sind, lehnen die „Gewaltfreien" weitere Großaktionen ab, da deren Massencharakter eine Konzentration von Polizeikräften provoziere, der die Bewegung militärisch sowieso nicht gewachsen sei. Die unvermeidlich entstehende Konfrontation würde außerdem jeder „gewaltfreien" Strategie widersprechen. Wenn auch die „Toleranz" der „Gewaltfreiheit" immer wieder betont wird, wird doch die Verantwortung für die Auseinandersetzungen unterschwellig einer „kleinen Minderheit von Demonstranten" in die Schuhe geschoben, anstatt ihre Ursache in der mörderischen Politik des Staatsapparates zu sehen.

In eine ähnliche Richtung waren auch schon erste Stellungnahmen aus den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegangen, in denen es hieß, man wolle in Zukunft nur noch Aktionen mit einem kleinen, überschaubaren Kreis von Leuten, die man kennt, durchführen.

Politische Kommission der Malville-Komitees

In einer Sondernummer der „Superpholix" (Zeitung der Malville-Komitees) zieht die Politische Kommission der Komitees (die es seit dem 11.Juli gibt) eine Bilanz, in der konkret zur Demonstration festgestellt wird, das *„das Treffen von Malville*

Fortsetzung von Seite 6

dem Kampf eine neue Dimension gegeben (hat). Der Kampf gegen Superphenix hat internationalen Charakter angenommen". Zu den weiteren Erfahrungen vom 31.7. wie auch zur Frage einer neuen Demonstration äußert sich die Politische Kommission nicht. Dies wird nur in individuellen Beiträgen behandelt.

Über die weitere Perspektive heißt es: *„Der zivile Ungehorsam (d.h. Strompreisboykott) muß national propagiert werden. Der Dialog mit den Gewerkschaften und Parteien, der gewaltfreie Kleinkrieg muß vorangetrieben werden".*

Ferner wird insbesondere der PS-Vorschlag eines Referendums zur Atomenergie unterstützt, um zu den Wahlen im März des nächsten Jahres eine Anti-AKW-Propaganda zu betreiben.



Zu diesen Aktivitäten sei es notwendig, daß sich die Koordinierung der Komitees *„Mittel und Strukturen schafft".* Schließlich endet der Artikel mit einem Aufruf nach Kalkar am 24.September.

In den sonstigen (individuellen) Beiträgen der „Superpholix"-Sondernummer steht die Diskussion um „andere Aktionsformen" im Mittelpunkt: *„Gegenüber dem Zentralismus der Kernenergie müssen wir die Dezentralisierung vorantreiben, d.h. Strompreisboykott, lokale Informationsarbeit, Forschung nach alternativen Lebensformen, Sabotageaktionen".* Oder: *„Nicht die Demonstration ist gescheitert , sondern dieser Aktionstyp überhaupt".*

Arbeiter aus einem Betrieb in Grenoble stellen eine „Überforderung" der Komitees fest durch *„die enorme Beteiligung, das Fehlen von Kommunikationsmitteln (Radio, Walkie-Talkies etc.), die Debatte Gewalt/Gewaltfreiheit, die totale rigide polizeiliche Taktik".* Sie fragen: *„Ist eine friedliche demokratische Massendemonstra-*
kies etc.), die Debatte Gewalt/Gewaltfreiheit, die totale rigide polizeiliche Taktik". Sie fragen: *„Ist eine friedliche demokratische Massendemonstra-*
tion heute in Frankreich noch möglich?".

Die rechten Ökologisten

Brice Lalonde, erster Sekretär der „Amis de la Terre" („Freunde der Erde", Ökologistenbewegung), hatte bereits vor dem 31.Juli eigenmächtig alle Mitglieder seines Verbandes aufgefordert, sich n i c h t an der Demonstration zu beteiligen, da „Provokationen" zu befürchten seien (womit er die Beteiligung militanter AKW-Gegner meinte). Dieser Brief hatte innerhalb der „Amis de la Terre" einige Unruhe ausgelöst, was durch energischen öffentlichen Protest einiger lokaler und regionaler „Amis de la Terre"-Gruppen dokumentiert wurde.

Zur Person selber: Lalonde ist eine recht schillernde Figur, die sozusagen bei jeder bürgerlichen Partei schon mal zuhause war (einziger linker Ausrutscher: einige Monate bei der PSU). Als Lehrmeister in Sachen „Ökologie" doziert er nun: *„Die Komitees waren naiv und unvorsichtig ... Sie haben sich keine Kontrallmöglichkeiten über eine Demonstration geschaffen, wo nebeneinander zehntausende Pazifisten und zehntausende Schläger (!) marschierten."*

Nach viel Geschwafel kommt er zu seinem eigentlichen Anliegen: Extremistenerlasse sollen durchgesetzt werden, denn *„die Ökologie hat nichts gemeinsam mit dem Linksradikalismus ... Die Ökologiebewegung wird jetzt wieder darangehen müssen, eigenständig die politsche Durchführung von Demonstrationen zu sichern, wie es auch früher immer der Fall gewesen ist".* Gegenüber der PS vertritt Lalonde allerdings, der sich von dieser eine Baustopp für AKW's erhofft, wesentlich freundlicher auf. Sein großes Ziel ist eine neue Partei, die *„ein Kristalisationspunkt der politischen Szene für die nichtsektiererischen Bewegungen"* sein soll. Zu diesem Zweck strebt er als nächstes eine Ökologie-Liste zu den Europaparlamentswahlen an. Ginge es nach Lalonde, so würde die Anti-AKW-Bewegung in ein völlig bürgerliches Fahrwasser geraten. Selbsternannte „Führer" wie er und seine rechten Freunde gehören schnellstens runter von ihrem Podest.

Die revolutionäre Linke

Innerhalb der revolutionären Linken sind die Meinungen geteilt. Während die CCA (jüngste Abspaltung der PSU, „Kommunistische Komitees für die Selbstverwaltung") und die OCT („Organisation Communiste Travailleur") bislang die einzigen Organisationen sind, die die Malville-Mobilisierung öffentlich als Erfolg hervorgehoben haben scheint es bei der LCR („Ligue Communiste Revolutionaire", französische Sektion der vierten Internationalen) zu knistern.

LCR

Diese Widersprüche kommen in Leserbriefen an die „Rouge" (Zeitung der LCR) zum Ausdruck. *„Was zuviel ist, ist zuviel! Vor und nach Malville hat die „Rouge" eine chronische Unfähigkeit bewiesen",* heißt es da in einem Brief eines Genossen aus Limoges (8.8.). Im Mittelpunkt der Kritik steht die mangelnde Berichterstattung sowohl vor als auch nach der Aktion. Während ein Teil jedes offensive Vorgehen ablehnt und sich im selben Atemzug über die Forderung „Klagt den Präfekten Jannin an!" mokiert („wieso denn nicht gleich Giscard?"), gehen andere sogar so weit, zu schreiben: *„Für eine gewaltfreie Demonstration ist die Bilanz ziemlich schwerwiegend: ein Toter, 100 Verletzte. Meine Überzeugung ist, daß man angesichts einer solchen Anzahl*
stration ist die Bilanz ziemlich schwerwiegend: ein Toter, 100 Verletzte. Meine Überzeugung ist, daß man angesichts einer solchen Anzahl
von Bullen keinen gewaltfreien Marsch durchführen kann. Wir werden nach Naussac und Larzac mit den gleichen Waffen gehen wie sie. Man wird schon sehen, wer als erster nachgeben wird!" (LCR-Genosse aus Paris). Ein weiterer erklärte seinen Austritt: *„Noch zwei Tage vor Malville haben sich viele Genossen die Frage gestellt, welche Gesellschaftsform wir wollen, welche Gewaltformen die richtigen sind; aber weder in der Zeitung noch in der Ligue sind diese Fragen diskutiert worden. Wenn ihr nicht fähig seid, die Fragen der Revolutionäre zu dem Zeitpunkt, wo sie sich stellen, zu beantworten, wird „Rouge" immer eine sterile Zeitung bleiben"* (ebenda, 8.8.).

Rund 14 Tage n a c h der Demonstration erschien die erste offizielle Stellungnahme. Dort heißt es: *„In den Leserbriefen zur Malville-Bilanz treten vier Hauptthemen hervor:*

1. *Man darf die Bourgeoisie ihr Atomprogramm nicht durchsetzen lassen. Deshalb hätte das Ziel der Demonstration die Besetzung sein müssen. Dazu hätten wir uns die Mittel schaffen müssen.*
2. *Es ist zwar politisch richtig, daß die Demonstration nicht die Konfrontation mit den Bullen als Ziel hatte, aber es wäre auch nicht weniger richtig gewesen, die Selbstverteidigung der Demonstration zu organisieren, was kaum geschehen ist, und wofür die LCR mitverantwortlich ist.*
3. *„Rouge" hat schlecht über die Demonstration und ihre Folgen berichtet.*
4. *Wie soll die Anti-AKW-Bewegung fortgesetzt werden?"*

Nach anfänglicher Selbstkritik (LCR habe die Malville-Komitees überschätzt, deshalb habe sie sich zu spät in die Vorbereitung der Demo eingeschaltet) wird dann der Hauptstoß in der Auseinandersetzung gegen die Befürworter eines militanten Vorgehens geführt, weil diese die Spaltung in „Militante und Ökologisten", die „Loslösung von der Arbeiterbewegung" und die „Hetze der Reformisten" begünstigen würden. Demgegenüber meint die LCR, *„die nationale Perspektive ist der Kampf für das Moratorium – das heißt der Kampf für den sofortigen Baustop aller AKWs mit der gleichzeitigen Eröffnung einer nationalen Volksdebatte... Ein solches nationales Ziel, welches durch Sammlung von 1 bis 2 Millionen Unterschriften verwirklicht werden könnte, müßte mit der Vorantreibung der Strompreisboykottkampagne einhergehen, mit der Entwicklung von Anti-Atom-Demos und mit der Verstärkung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der Anti-AKW-Bewegung."*

Mit diesem Vorgehen hofft die LCR-Führung – natürlich immer mit Blick auf die „Arbeiterparteien" – eine „breite, möglichst mehrheitliche Fraktion des Volkes" zu gewinnen. Anstatt jedoch die Manöver der bürgerlichen Politiker mit dem Versprechen eines „Moratoriums", einer „Denkpause" oder wie die schönen Begriffe alle heißen mögen, zu entlarven und auf diese Weise die PS- und PCF-Führung wirksam unter Druck zu setzen, paßt sich die LCR an, um genüßlich von der „Einheit der Arbeiterparteien" zu träumen. Mit ihrer Distanzierung von der „kleinen radikalen Minderheit" unter den Malville-Demonstranten geht sie auf die vom Staat bezweckte Spaltung der AKW-Gegner in „Militante" und „Friedliche" ein.

Diese Diskussion innerhalb der LCR hat ihre Parallele in der Auseinandersetzung innerhalb der GIM nach der Brokdorf-Aktion vom 19.2. („Brokdorf – Itzehoe"). Erinnert sei hier nur daran, daß das Verhalten der GIM-Führung seinerzeit zu zahlreichen Austritten aus der GIM führte...

Die OCT

Die OCT hat in einer Sondernummer ihrer Zeitung „Etincelle" zur Malville Aktion und zur folgenden Anti-Repressionskampagne Stellung genommen. Zunächst zum Eingreifen der OCT selbst: *„Die erste Bilanz, die wir nach Malville ziehen müssen, ist die Schwäche der Revolutionäre besonders auch von uns selber... mit Ausnahme einiger Regionen. Ohne die unfähige Koordination ersetzen zu wollen, haben wir gemeinsam mit westdeutschen, schweizer und französischen Genossen versucht, den Rückzug zu organisieren. Auf die Weise (bei der Demo selber) glaubten wir am ehesten unserer Verantwortung gerecht werden zu können, ohne vorzutäuschen, die Koordination zu ersetzten, was angesichts unserer Schwäche im Kern der Bewegung nicht gerechtfertigt gewesen wäre."*

Zu den wichtigsten Erfahrungen gehört für OCT: *„Was durch die Demo von Malville offensichtlich geworden ist, daß es müßig ist, zu meinen,*
Zu den wichtigsten Erfahrungen gehört für OCT: *„Was durch die Demo von Malville offensichtlich geworden ist, daß es müßig ist, zu meinen,*
man könne die Herrschenden allein dadurch überzeugen, von ihren Plänen Abstand zu nehmen, indem wir ihnen unsere zahlenmäßige Stärke und unseren guten Willen zeigen. Sich gegen die Atomenergie zu wehren, bedeutet, sich gegen die politische Macht zu wehren ... In Malville hat die größte Mehrheit der Demonstranten verstanden, daß der Kampf gegen die AKW's, will man ihn richtig führen, auf kollektiven, offensiven Aktions- und Organisationsformen beruhen muß, und daß die Gewalt von der Gegenseite ausging, daß man Mittel zu ihrer Bekämpfung finden muß, selbst unter der Gefahr schwerwiegender Konsequenzen .... Dabei muß die Anti-AKW-Bewegung auch Erfahrungen aus anderen Ländern verarbeiten (Schweiz, BRD)."

Für die nächste Zeit meint die OCT: *„Eine der unmittelbaren Aufgaben der Malville-Komitees muß sein, über die Formen und Mittel der Selbstverteidigung in Massenkämpfen nachzudenken, um einen Angriff auf die politische Macht führen zu können. Ein zweites Ziel ist, dazu zu kommen, sich eine regionale Organisationsstruktur zu geben ... . Schließlich muß die Bewegung nötiger als je zuvor die Frage ihrer Gesamtstruktur klären, um im nationalen Maßstab einen Kampf gegen das französische Atomenergieprogramm führen zu können, um das nicht einigen ehrwürdigen Spezialisten zu überlassen, die nach ihrem eignen Vergnügen im Namen örtlicher Komitees sprechen, um diesen Kampfformen und -methoden aufzuzwingen... .*

Dringender als je zuvor stellt sich nach Malville die Frage nach einer konkreten Demokratisierung des Kampfes und der Bewegung und nach einem Erfahrungsaustausch mit der Bewegung in anderen westeuropäischen Ländern".

Als besondere politische Aufgabe nennt die OCT die Verbindung der Anti-AKW-Bewegung mit der Arbeiterbewegung, was nur über die Bekämpfung des reformistischen Einflusses möglich sei. *„Die lebhaften Debatten, die augenblicklich zwischen den beiden Parteien der 'Union de la Gauche'* (Volksfrontbündnis, Anm. AK) *stattfinden, rühren nicht hauptsächlich von Unterschieden in der Haltung zur Atomenergie her, sondern von sehr viel allgemeineren Widersprüchen über die Frage der Politik einer möglichen Volksfrontregierung, insbesondere was die nationale Verteidigung anbetrifft. Darin liegt nichts Erstaunliches, denn die Atomenergie in Frage zu stellen heißt, eine ganze Entwicklungskonzeption der Gesellschaft in Frage zu stellen: Wie soll Energie produziert werden, wozu, mit welcher Kontrolle der Arbeiter, welcher Fortschritt ist wirklich einer, welche Beziehungen zu den militärischen und wirtschaftlichen Fragen gibt es? ... Auf all diese Fragen, die von der Anti-AKW-Bewegung gestellt werden, können die reformistischen Parteien mit ihrer Logik der loyalen Verwaltung des Kapitalismus keine Antwort geben ... . Die wahltaktischen Ziele von PC und PS* (z.B. die Propagierung einer Volksabstimmung durch die PS - Anm. AK), *selbst wenn sie sich mit dem Grün des Umweltschutzes schmücken, haben eine Grenze, die sie nicht überschreiten können: Die Infragestellung unserer Gesellschaft, die Hoffnung wirklich anders zu leben, die Hoffnung endlich Schluß zu machen mit einem System, das uns ausbeutet, uns unterdrückt und tötet."*

Die Schaffung einer breiten Antirepressionskampagne unter den zentralen Forderungen:
- Verbot der Offensivwaffen
- Anzeige gegen denPräfekten Jannin
- Freilassung aller Inhaftierten und Einstellung aller Ermittlungen

sind die nächstliegenden Aufgaben für OCT. So entstanden auch die ersten Solidaritätskomitees auf ihre Initiative.

Den Kampf um die Einheit der Bewegung führen!

Insgesamt zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der durch das Ausspielen verschiedener Aktionsformen gegeneinander (z.B. Strompreisboykott/Moratorium gegen Demonstrationen) Spaltungen hervorgerufen werden. Schon heute erklärt ein nicht unbeträchtlicher Teil unter der Devise der „Gewaltfreiheit" seinen Verzicht auf weitere Demonstrationen und Versuche, die Bauplätze zu besetzen. Mit diesem Verzicht kann die Bewegung jedoch nichts gewinnen. Im Gegenteil gilt es aufzuzeigen, von welcher Seite die Gewalt ausgeht. Hierzu bietet die Empörung über das brutale Vorgehen der CRS in Malville einen guten Ansatzpunkt. Die Tatsache, daß sich Regierung, Präfekt und die Polizei-Einsatzleitung voll zu diesem Kurs bekennen (und obendrein noch ein Lob von Schmidt
einen guten Ansatzpunkt. Die Tatsache, daß sich Regierung, Präfekt und die Polizei-Einsatzleitung voll zu diesem Kurs bekennen (und obendrein noch ein Lob von Schmidt
einstecken können), dokumentiert die Absicht, daß auf diesem Weg fortgefahren werden soll. Dies unterstreicht nur noch einmal die Notwendigkeit, dagegen die politische Initiative zu behalten, statt in einer absurden Verkehrung der Tatsachen einen Wettbewerb zu veranstalten, wer der „Friedlichste" im ganzen Land ist.

In diesem Fall hätte der französische Staatsapparat sein Ziel erreicht oder wäre ihm doch sehr nahe:
- das Verbot von Anti-AKW-Demonstrationen am Bauplatz und
- die Spaltung der Bewegung in „Ökologisten" und „Militante".

Mehr denn je steht die Aufgabe, die Einheit der Anti-AKW-Bewegung voranzutreiben, um diese Pläne, die allein auf die Schwächung der Bewegung abzielen, zu durchkreuzen.

Diese Pläne können nicht durchkreuzt werden, indem sie ignoriert werden, und schon gar nicht, indem die dicksten Hämmer in die eigenen Reihen geworfen werden, die Schuld für die Eskalation der Gewalt in den eigenen Reihen gesucht wird; sondern nur dadurch, daß ihnen offensiv entgegengetreten wird. Dazu ist aktuell die Antirepressionskampagne ein erster Prüfstein, aber auch eine echte Chance.

Darüberhinaus bestätigt die jetzige Debatte in Frankreich erneut, daß die Alternative gegenüber den Spaltungstendenzen nur das gemeinsame Vorgehen aller Anti-AKW-Gegner unabhängig von ihren Vorstellungen über spezielle Aktionsformen sein kann. Gerade der Zusammenhalt der verschiedensten politischen Strömungen mit dem gemeinsamen Ziel der Verhinderung der Atomanlagen, die Ausschöpfung der vielfältigsten Aktions- und Kampfformen und die Solidarität haben die Stärke der Anti-AKW-Bewegung ausgemacht. Und nur mit dieser Grundlage können auch in Zukunft Erfolge erreicht werden.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt







Nachrichten vom Widerstand

Kundgebung gegen die geplante Räumung des Anti-Atomdorfs Grohnde

Ca. 500 Teilnehmer nahmen am letzten Samstag an der Kundgebung gegen die geplante Räumung des Anti-Atomdorf in Hameln teil.

Aufgerufen hatten vier BI's aus der Umgebung zusammen mit den Bewohnern des Anti-Atom-Dorfes. Ihre Annahme, daß das Lager geräumt würde, war durch die Aussagen des niedersächsischen Innenministers Rötger-Groß akut geworden. Dieser hatte die Räumung des Lagers in Presse und Rundfunk angekündigt, aber mit dem Zusatz, *»wir werden dies zum taktisch und strategisch richtigen Zeitpunkt tun«*.

Zusätzlich hatte Bürgermeister Saacke aus Emmerthal Strafanzeige gegen die Besetzer des Geländes gestellt. Er *»wollte damit seiner Forderung nach sofortiger Räumung des widerrechtlich besetzten Geländes Nachdruck verleihen, um damit die rechtswidrigen und für die Bevölkerung gefährlichen Zustände zu beseitigen«* (»Pyrmonter Nachrichten«, 12.8.). Im übrigen trägt er damit voll den Forderungen der »Bürgerwehr« in Emmerthal Rechnung, deren »Vorsitzender« Prothmann in einem Flugblatt fordert: *»Es gibt unzählige Behörden, Ämter, Polizeidienststellen, Gerichte, Ordnungsämter, usw., wo sind sie? Wo ist unser Innenminister? Verhelft endlich unseren Gesetzen wieder zu Recht! (Gegen die Benutzung fremden Eigentums, usw.)«*. Sein Parteifreund Seibelt von der JU begrüßte auch eindeutig die Einrichtung dieser Bürgerwehr.

begrüßte auch eindeutig die Einrichtung dieser Bürgerwehr.

Eine Diskussion im Lager und in den unterstützenden BI's ergab, daß man trotz des täglichen Terrors (Bespitzelungen, Verhaftungen, etc.) im Dorf, das Lager nicht freiwillig räumen wollte. Von anderslautenden Meldungen, die W. Schirr, Landesvorsitzender des WSL, verbreitet hatte, distanzierte man sich. Der WSL wurde von der Beteiligung an der Kundgebung ausgeschlossen.

Die verschiedensten Redner der Kundgebung (unter ihnen auch Angeklagte der Grohnde-Prozesse) prangerten vor allem die Hinhaltetaktik bezüglich des Baustopps in Grohnde an (es gäbe Hinweise, die auf den Beginn eines zweiten Bauabschnitts schließen lassen). Sie wandten sich gegen jegliche Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung, aktuell vor allem gegen den Polizei- und Presseterror gegen das Anti-Atomdorf.

»Unsere Vergangenheit hat uns bald wieder eingeholt«, warnte der Vertreter der Bürgeraktion Küste. Das Anti-Atomdorf wurde hier als ein wesentliches Symbol des Widerstands betrachtet.

Während der Kundgebung wurden Unterschriften gegen die sogenannte »Bürgerwehr« gesammelt.

Presseerklärung des Anti-Atomdorfs zu den Bullenüberfällen

Die friedliche Kundgebung erhielt ein unverhofftes Ende durch eine Bullenprovokation. Zu den Vorfällen drucken wir hier den Wortlaut der Presseerklärung des Anti-Atomdorfs nach:

»Gestern, am 13.8., wurde in Hameln eine Solidaritätskundgebung der örtlichen BI's, wie auch verschiedener Wissenschaftler mit dem Anti-Atom-Dorf in Grohnde durchgeführt. Nach der Kundgebung bewegten sich die Teilnehmer in einem Konvoi in Richtung Dorf. Prof. Jens Scheer, der auf der Kundgebung geredet hatte, und mit seinem Motorrad an dem Konvoi teilnahm, wurde von der Polizei gestoppt, weil er angeblich zu schnell gefahren sei. Es bildete sich ein Stau, bei dem ein Mädchen einen Anti-AKW-Aufkleber auf einen Zivilstreifenwagen klebte.

Darauf setzte die Polizei die Chemische Keule ein. Der am nächsten stehende Zuschauer, der von CN getroffen worden war, wurde festgenommen und zur Hamelner Polizeiwache gebracht. Dort versammelten sich in kurzer Zeit ca. 250 AKW-Gegner, die die Freilassung des Festgenommenen forderten.

Sie blockierten kurzfristig einen Polizeiwagen, der auf den Hof der

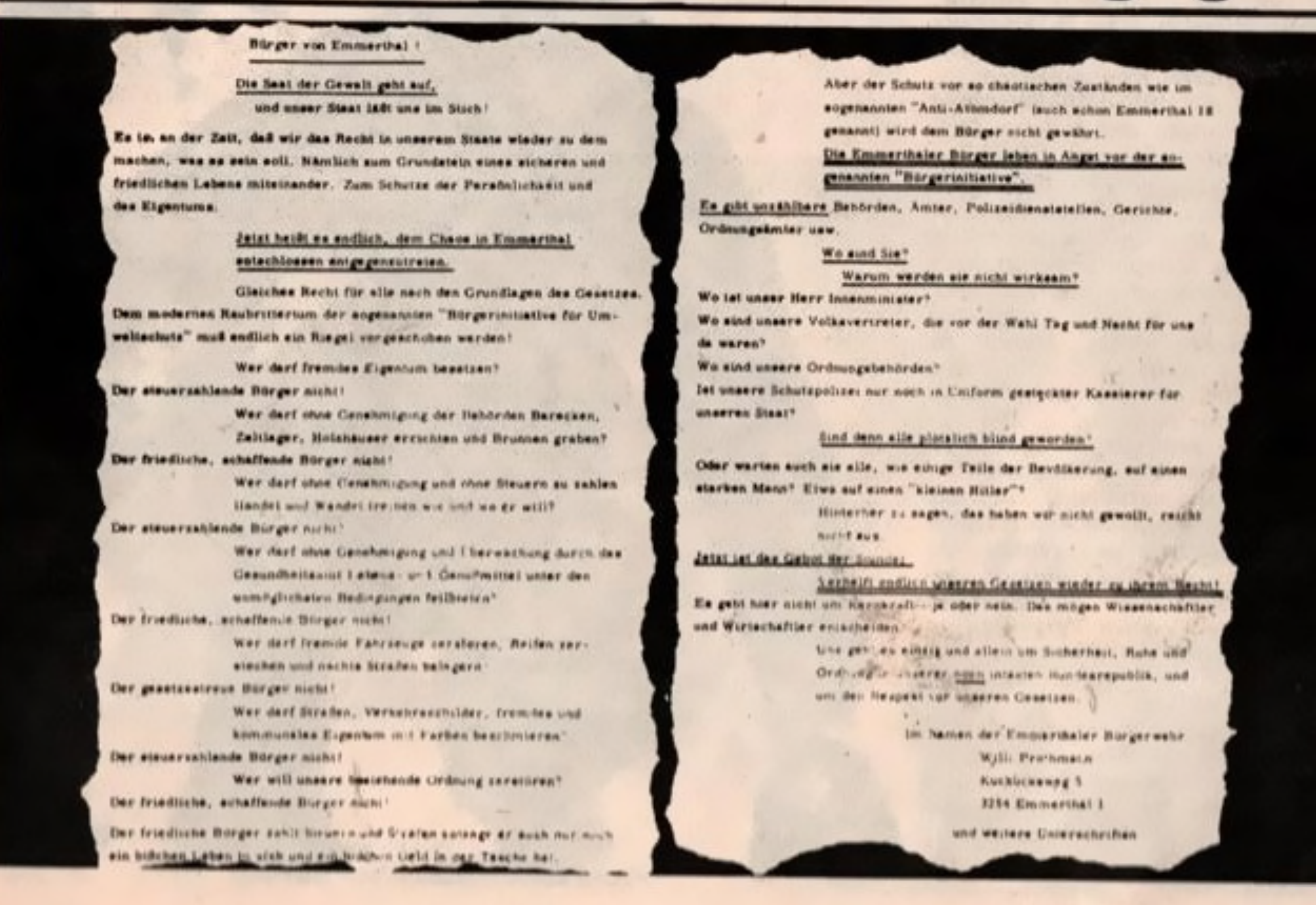
Sie blockierten kurzfristig einen Polizeiwagen, der auf den Hof der Polizeiwache fahren wollte, um die Freilassung zu erzwingen. Darauf unternahmen ca. 50 Polizisten einen Ausfall und fingen sofort an auf die Umstehenden einzuprügeln. Dabei wurden mehrere Demonstranten verletzt. Einer mußte mit einer Schädelprellung ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei, die ebenfalls z.T. schwer verletzt waren, wurden vorläufig festgenommen. Ihnen wurde zuerst die Behandlung durch eine Ärztin verweigert. Später mußte einer nachträglich mit einem gebrochenen und einem angebrochenen Arm ins Krankenhaus gebracht werden. Der andere hatte ebenfalls Verletzungen durch Schläge erlitten. Bei dem Ausfall war es ebenfalls zum Einsatz der 'Chemischen Keule' gekommen, von dem einige Demonstranten betroffen waren. Inzwischen sind die Festgenommenen wieder frei. Nach Aussage der Polizei soll gegen den ersten verhafteten AKW-Gegner wegen 'Sachbeschädigung', eventuell auch wegen 'Landfriedensbruchs' ermittelt werden, gegen die beiden anderen wegen 'Landfriedensbruchs', wahrscheinlich auch wegen 'Körperverletzung'.

KB-Sympathisanten/Bad Pyrmont





„Bürgerwehren" gegen AKW-Gegner



Bürger von Emmerthal!

Die Saat der Gewalt geht auf,
und unser Staat läßt uns im Stich!

Es ist an der Zeit, daß wir das Recht in unserem Staate wieder zu dem machen, was es sein soll. Nämlich zum Grundstein eines sicheren und friedlichen Lebens miteinander. Zum Schutze der Persönlichkeit und des Eigentums.

Jetzt heißt es endlich, dem Chaos in Emmerthal entschlossen entgegenzutreten.

Gleiches Recht für alle nach den Grundlagen des Gesetzes. Dem modernen Raubrittertum der sogenannten "Bürgerinitiative für Umweltschutz" muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden!

Wer darf fremdes Eigentum besetzen?
Der steuerzahlende Bürger nicht!
Wer darf ohne Genehmigung der Behörden Baracken, Zeltlager, Holzhäuser errichten und Brunnen graben?
Der friedliche, schaffende Bürger nicht!
Wer darf ohne Genehmigung und ohne Steuern zu zahlen Handel und Wandel treiben wie und wo er will?
Der steuerzahlende Bürger nicht!
Wer darf ohne Genehmigung und Überwachung durch das Gesundheitsamt Lebens- und Genußmittel unter den unmöglichsten Bedingungen feilbieten?
Der friedliche, schaffende Bürger nicht!
Wer darf fremde Fahrzeuge zerstören, Reifen zerstechen und nachts Straßen [illegible]?
Der gesetzestreue Bürger nicht!
Wer darf Straßen, Verkehrsschilder, fremdes und kommunales Eigentum mit Farben beschmieren?
Der steuerzahlende Bürger nicht!
Wer will unsere bestehende Ordnung zerstören?
Der friedliche, schaffende Bürger nicht!

Der friedliche Bürger zahlt Steuern und Strafen solange er auch nur noch ein bißchen Leben in sich und ein bißchen Geld in der Tasche hat.

Aber der Schutz vor so chaotischen Zuständen wie im sogenannten "Anti-Atomdorf" (auch schon Emmerthal 18 genannt) wird dem Bürger nicht gewährt.

Die Emmerthaler Bürger leben in Angst vor der sogenannten "Bürgerinitiative".

Es gibt unzählbare Behörden, Ämter, Polizeidienststellen, Gerichte, Ordnungsämter usw.

Wo sind Sie?
Warum werden sie nicht wirksam?
Wo ist unser Herr Innenminister?
Wo sind unsere Volksvertreter, die vor der Wahl Tag und Nacht für uns da waren?
Wo sind unsere Ordnungsbehörden?
Ist unsere Schutzpolizei nur noch in Uniform gesteckter Kassierer für unseren Staat?

Sind denn alle plötzlich blind geworden?

Oder warten auch sie alle, wie einige Teile der Bevölkerung, auf einen starken Mann? Etwa auf einen "kleinen Hitler"?

Hinterher zu sagen, das haben wir nicht gewollt, reicht nicht aus.

Jetzt ist das Gebot der Stunde:
Verhelft endlich unseren Gesetzen wieder zu ihrem Recht!

Es geht hier nicht um Kernkraft — ja oder nein. Das mögen Wissenschaftler und Wirtschaftler entscheiden.

Uns geht es einzig und allein um Sicherheit, Ruhe und Ordnung in unserer noch intakten Bundesrepublik, und um den Respekt vor unseren Gesetzen.

Im Namen der Emmerthaler Bürgerwehr
Willi Prothmann
Kuckucksweg 5
3254 Emmerthal 1
und weitere Unterschriften

Nachdem von Bewohner des »Anti-Atom-Dorfes« bei Grohnde ein Lastwagen, der zum AKW fahren wollte, gestoppt und ausgeladen wurde, hat sich gegen das Dorf eine sogenannte »Bürgerwehr« gebildet. Angefangen hatte es damit, daß auf der Baustelle ein Transparent angebracht wurde mit der Aufschrift *»Werft das Molukkerdorf in die Weser«*. Die KWU initiierte mit dem Betriebsrat Erich Begemann (ein »gestandener« Sozialdemokrat) eine Unterschriftensammlung, die an die Orts- bzw. Landes- und Bundesgrößen ebenso wie an die Gewerkschaft Bau Steine Erden gerichtet war. Darin wird festgestellt, daß die BRD kein »Rechtsstaat« mehr sei *»aufgrund der Zustände, die durch eine Minderheit kommunistisch gelenkter krimineller Schlägerbanden hier praktiziert wird«*.

Von einer *»wilden Horde arbeitsscheuer und verkommener Menschen, denen nichts mehr heilig ist«*, ist die Rede, die *»Tag für Tag das Gesetz«* brechen. *»Ratten und anderes Ungeziefer sind ihre Begleiter«*. Die Polizei würde von den AKW-Gegnern »zum Narren (ge)halten«.

Dann jammern die »Arbeiter« auch für die KWU, die bei der letzten Großkundgebung an der Baustellen am 19.3. angeblich 11 Mio. DM verloren hat und der jetzt durch den Baustopp weitere 50 Mio. zu »verrotten« drohten. Die »Arbeiter« mit dem *»gesunden Menschenverstand«* seien *»nicht länger gewillt, die Zustände, wie sie hier herrschen hinzunehmen«*.

Und schon meldete sich die eingangs erwähnte »Bürgerwehr« mit dem nebenstehend im Faksimile abgedruckten Flugblatt zu Wort — von den Unterzeichnern wird leider nur der Betriebsleiter der Thomas AG und in Schützenvereinen bekannte »Bürger« Prothmann namentlich genannt.

Gegenüber der „Westfälischen Rundschau" erklärte dieser Prothmann, seine Leute wollten angeblich *»keine Lynchjustiz und uns auch nicht bewaffnen«* — wie human und rechtsstaatlich! — aber es drohe eine *»Eskalation der Gewalt«*.

Damit es dazu kommt, verbreiten die «Bürgerwehr» und ihre einflußreichen Hintermänner fleißig Gerüchte über die AKW-Gegner: So werden unbewiesen »nächtliche Diebstähle und Einbrüche« den Bewohnern des »Anti-Atom-Dorfes« in die Schuhe geschoben (lt. „HAZ", 4.8.77).

Fortsetzung auf S.9

Fortsetzung von S.8

So wurde und wird ein Progrom-Klima gegen die Umweltschützer geschaffen, das von den bürgerlichen Medien und anderen Agenturen des Systems durch »eigene Beiträge« noch weiter zugespitzt wird.

- Springers „Bild am Sonntag" machte groß mit der Überschrift auf »Wir leben in Angst« und
- die „Hannoversche Allgemeine" (4.8.) hetzte aus vollen Rohren gegen die AKW-Gegner im Grohnder Lager.
- Im „Westfälischen Volksblatt" (6.8. und 7.8.) wurde die Jauche gegen die AKW-Gegner noch mit entsprechendem »Material« des Verfassungsschutzes »aus dem Lager« angereichert.
- Inhaltlich föllig gleichgeschaltet zog auch im Zentralorgan des DGB „Welt der Arbeit" ein gewisser Niggemeier (Kenner der Szene wegen seiner engen Beziehungen zum Verfassungsschutz bekannt) voll vom Leder. Dieser Kerl übernimmt nicht nur voll die faschistoide Hetze der »Bürgerwehr«, sondern verlangt zudem *»die Früherkenntnis des terroristischen Umfeldes«* und *»die Verhinderung des Aufbaues terroristischer Logistik«*. Dazu müßten *»Bürger aus allen Parteien, Gewerkschaften und Bevölkerungsschichten«* zusammenstehen ...

Nach dem Grohnder Vorbild – „Bürgerwehr" auch in Brokdorf ?

Nicht nur äußerlich ähnelt die kürzlich in Brokdorf aufgetauchte »Bürgerwehr« gegen das vor wenigen Wochen gewaltsam aufgelöste Anti-AKW-Camp der gleichnamigen Vereinigung in Grohnde.

Das Grohnder Propaganda-Material wurde von Lübeck aus von einer sogenannten Aktion »Vernunft nach vorn!« (»Sprecher für Schleswig-Holstein, Werner Faltin, Schwartauer Allee«) an verschiedenste Adressen in der Wilster Marsch verschickt. In einem Begleittext zu den Schweinspapieren wird gefordert, »daß der Friede im Land gewahrt bleibt«.

Bekanntlich zogen — als die AKW-Gegner mit dem Aufbau des Brokdorfer »Anti-Atom-Dorfes« begonnen hatten — einige verhetzte Elemente mit ihren Treckern durch die Gegend — darauf hatten sie Transparente mit der Aufschrift angebracht: *»Wir lassen unsere Wiesen von Irren nicht versauen«*.

Mit Ähnlichem müssen die AKW-Gegner u.E. auch in Zukunft rechnen. Ja, es sind sogar noch Steigerungen in der reaktionären Formierung zu befürchten ...

AKW-Nein-Kommission

Zur Auseinandersetzung im Gartower Sommercamp

Vom 16.7. bis zum 13.8. fand in der Nähe des Bauplatzes der geplanten Wiederaufbereitungsanlage ein Sommercamp statt. Organisiert wurde das Camp vom »Bund deutscher Pfadfinder« (BDP). Genossinnen und Genossen unserer Organisation hatten sich an der Vorbereitung zur Ausgestaltung des Lagers (Veranstaltungen etc.) beteiligt, teils waren sie von Bürgerinitiativen (Lüneburg und einige Hamburger BIs) dazu delegiert worden. Insgesamt war das Lager, das hervorragende äußere Umstände hatte (neben dem Zeltplatz in der Nähe der geplanten WAA mit einem großen Versammlungssaal, gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen BIs) leider mit 80 bis 100 Teilnehmern nur äußerst mäßig besucht. Wir wollen hier keine Gesamtauswertung des Lagers vornehmen (vom BDP ist eine Auswertung angekündigt worden, die auch dort erhältlich sein wird). Wir wollen hier speziell auf die Auseinandersetzung eines Teils des Lagers mit den KB-Genossen eingehen, die dahin eskalierte, daß ein Teil zum Schluß ständige Drohungen ausstieß, er werde die Zelte abreißen, in denen KB-Genossinnen und Genossen campieren bzw. einige »drohten« damit, man wolle im ganzen Bundesgebiet entsprechende Geschichtchen über den KB verbreiten. Was war geschehen?

Zur Auseinandersetzung mit der BI

Zur Auseinandersetzung mit der BI

Dem ARBEITERKAMPF-Leser ist bekannt (siehe Nr. 107 und 108), daß es schon vor Beginn des Lagers eine Auseinandersetzung um einen Artikel im ARBEITERKAMPF gegeben hatte. Die BI sah sich durch die Behauptung »diffamiert«, daß ihr geplantes und von Albrecht bezahltes Gutachten, das auch mögliche Schadensersatzabfindungen auflisten soll, auf ein Abfinden mit der WAA hinausläuft.

Die BDP-Mitglieder in der Vorbereitungsgruppe des Lagers schlossen sich der Behauptung, der KB diffamiere die BI, an. Einigen ging es vor allem darum, das Lager zu retten. Ein anderer Teil sah sich zudem veranlaßt, im Frankfurter »Informationsdienst« mit unsinnigen Behauptungen über den Artikel zu »belegen«, wie der KB die BI »diffamiert«. Der »Informationsdienst« hat auf die von uns zugeschickte Richtigstellung nicht reagiert, in der wir ihn aufgefordert hatten, die Dinge zumindest sachlich richtigzustellen, was an sich im Interesse des Lesers selbstverständlich sein sollte.

Immerhin haben sich alle BDP-ler dann dafür eingesetzt, im Lager die Frage des »Bürgerdialogs« zu diskutieren und entsprechendes Material den Lagerinsassen zur Verfügung zu stellen. Auf der gemeinsamen Diskussion mit der BI waren dann wieder einige BDP-ler peinlichst darauf bedacht, es nicht zu einer Konfrontation kommen zu lassen, so daß die BI, die dazu alles andere als einen einheitlichen Standpunkt besitzt, es bei unklaren Äußerungen belassen konnte. Immerhin kam dabei eine gemeinsame Resolution heraus, in der die BI (zum zweiten Male überhaupt) eindeutig die Forderung erhebt, »Weg mit dem internationalen Atomprogramm« und zudem erklärt, den Bau der WAA nicht zuzulassen!

Insgesamt gab es während des Lagers eine Debatte mit der BI, die keineswegs fruchtlos blieb, weil dadurch eine ganze Reihe von Dingen öffentlich angesprochen und gemeinsam mit der BI diskutiert wurden, wenn auch sehr beschränkte Positionen bezogen wurden.

Zur Stimmungsmache gegen den KB

Wenn schon auf dem ersten Teil des Lagers insbesondere von einigen BDP-lern die Bestrebungen da waren, daß der KB doch weitgehend rauszuhalten sei, so sprach andererseits die überwiegende Mehrheit dem KB das Recht zu, vor und nach Veranstaltungen auch seine Veröffentlichungen zu vertreiben (z.B. anwesende Bremer Falken und eine Gruppe aus Salzgitter). Das Bild änderte sich schlagartig, als im zweiten Teil des Lagers ein großer Teil des Lagers abreiste und Neue hinzukamen.

Eine größere Gruppe aus dem sogenannten Hamburger »Montangsplenum«, allen voran Mitglieder des »AK Ökologie«, trat dort gleich mit der Forderung in einem Flugblatt auf, daß »die parteipolitische Neutralität des Camps« die Einstellung der Propaganda und Agitation des KB dort erfordere, denn die Anti-AKW-Bewegung sei »ein breites Bündnis, das auch bürgerliche Kräfte umfaßt«. Dem Prinzip der Aktionseinheit müßten »parteipolitische Interessen untergeordnet werden«. Nun, das hinderte sie nicht, ihrerseits Propaganda gegen den KB öffentlich zu vertreiben, sie segeln ja allzumal unter der Flagge der »Unorganisierten«, die ja gar keine parteipolitischen Interessen besitzen. Allerdings machte diese Gruppe (allen voran eine Ex-KBlerin) mehr den Eindruck, als hätten sie überhaupt kaum andere Interessen, als eine Anti-KB-Stimmung hervorzubringen.

Das wurde daran deutlich, daß sie auch die Malville-Solidaritätsaktion des Lagers als »schädlich« erklärten, dafür sorgten, daß Gewerkschafter der BUU ausgeladen wurden, nur weil sie in der »KB-BUU« wären. Das Dolle ist, daß diese Leute durch die Gegend ziehen und behaupten, daß sämtliche BIs der BUU in Hamburg, die noch auf dem Plenum erscheinen, nachdem ihre vergleichsweise mikrigen Grüppchen dort ausgezogen sind, nichts weiter als der KB selbst seien. Nach dieser Logik verboten sie nicht nur, die KB-Presse öffentlich zu vertreiben, sondern auch beispielsweise BUU-Flugblätter zur Malville-Solidarität.

Die Malville-Solidarität war in ihren Augen sowieso als „KB-Kampagne" unsinnig. Im zweiten Teil konnte sich diese Crew auf eine solide Mehr-

ren Augen sowieso als „KB-Kampagne" unsinnig. Im zweiten Teil konnte sich diese Crew auf eine solide Mehr-

heit im Lager verlassen, die alles mitverurteilte, wenn es speziell den KB betraf.

Während es diesen Leuten in Hamburg schon als ein deutlicher Beweis für die „Machtpolitik" des KB gilt, wenn „per Abstimmung" eine Mehrheit auf dem Delegiertenplenum KB-Initiativen zustimmt, die nicht einmal (wie beim 1.Mai) für alle einzelnen BI's bindend ist, so setzten sie im Lager eine KB-Verurteilungsmaschinerie auf den Vollversammlungen in Gang, wo sie sich sogar weitgehend Diskussionen ersparten. Die Beschlüsse sollten dann selbstverständlich auch Eigeninitiativen von KB-Genossen untersagen.

Während es gerade als wichtiges Prinzip in der Anti-AKW-Bewegung breit durchgesetzt werden konnte, daß man unabhängig von den politischen Vorstellungen zusammenarbeitet, gilt das für diese Leute in Bezug auf den KB natürlich nicht. „Antikommunismus oder Spaltertum", so ihr Flugblatt, soll es aber auch nicht sein — was dann?

Zur soliden Mehrheit gehörte zum einen die „KPD". Sie appellierte an die „Einheit" und verurteilte ebenfalls weitere Schritte zur Malville-Solidarität (nach der einen Aktion des Camps). Erstens sei es eine falsche „Schwerpunktsetzung", außerdem wandten sie sich gegen Stellschilder mit „grausamen Bildern", das führe „eher zur Resignation" („KPD"-Stellungnahme auf dem Camp).Es störte sie wenig, daß sie hier, wo es gegen den KB ging, gegen die Aussagen in ihrem eigenen Zentralorgan polemisierten.

Zu der Mehrheit gehörten ebenfalls fast geschlossen die anwesenden BDP-Mitglieder. Zwar kam die nachträgliche Verurteilung der Malville-Solidarität des gesamten Camps bei ihnen nicht an, soweit es sich aber um Aktivitäten speziell von KB'lern handelte, waren sie bei der Verurteilung mit von der Partie und auch bei der Stimmungsmache (z.B. Drohung, den KB „abzuräumen").

Weiterhin trug diese Stimmung eine Reihe von Camp-Mitgliedern mit, die eine völlig unpolitische Verbindung zur „Bevölkerung" suchten. Diese drängelten sich nach jedem Ernteeinsatz, lehnten aber die politische Agitation (oder z.B. Malville-Solidaritäts-Sammlung) mit dem Hinweis der „Rückständigkeit der Bevölkerung" ab.

Dazu muß man sagen, daß dies sehr breit ein Standardargument gegen den KB im Lager war.

Wenn wir dieses Problem auch insgesamt keineswegs leugnen, so wurde doch d e r Bevölkerung dort immer wieder derart penetrant die Rückständigkeit bescheinigt, was wir keineswegs teilen. Wir können diesen Gruppen auch versichern, daß wir während der Zeit, wo unsere Betätigung im Lager weitgehend durch Stimmungsmache behindert wurde, die Genossen verstärkt Agitation in der Gegend gemacht haben, mit Erfolgen, die wir selbst nicht erwartet hätten.

Genossen aus dem Camp und
AKW-Nein-Kommission

Atomfilz in Datteln

Was H. Brandt in seiner Rede mit Atomfilz meinte, ist in Datteln exemplarisch vertreten in der Person des Horst Niggemeier, seines Zeichens:

— Oberbürgermeister der Stadt Datteln
— Chefredakteur der IG-Bergbau Zeitung „Einheit"
— Beiratsmitglied der VEW, die das Atomenergiezentrum in den Dortmunder Rieselfeldern plant, ein Projekt, für das sich H.N. mit der Parole „Kein Kernkraftwerk — keine Arbeitsplätze" stark macht!
— Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen und des SPD-Stadtverbandes Datteln. Zudem wurde ihm schon zu Lebzeiten ein Denkmal gesetzt: der H.Niggemeier-Brunnen!

Seine Werbungsartikel für AKW's begeistern die Atomindustrie derart, daß sie auch im großbürgerlichen „Handelsblatt", einer VEW-Werbebroschüre und der Reservistenzeitung „loyal" erschienen.

BI's sind für diesen „Gewerkschafter" „kommunistische Kader-Chaoten" und „kriminelle Vereinigungen". Auf der anderen Seite lanciert er nachgewiesenermaßen Pro-AKW-Leserbriefe in der „Einheit", von Schreibern, die überhaupt nicht existieren!

Zudem „sorgt" er für Berufsverbote gegen ihm unliebsame Journalisten: Zwei Redakteuren der „Dattelner Morgenpost" und einem Redakteur der lokalen „Ruhrnachrichten" wurde auf H.N.'s Betreiben gekündigt wegen ihrer kritischen Berichterstattung.

Doch keiner darf mehr behaupten, daß er sich als Verfassungsschnüffler und Spitzel betätigt. Daß er Namen von AKW-Gegnern auf Veranstaltungen notieren läßt.

Sogar der Oberkreisdirektor von Recklinghausen wurde als Späher gegen eine BI in Dortmund ausgeschickt („Waltroper Zeitung", 23.4.77)!

In einem Gerichtsurteil wurde unter Androhung von 500.000 DM (!) Geldstrafe oder einer Ordnungshaft bis zu zwei Jahren 7 AKW-Gegnern verboten, solcherlei natürlich „völlig aus der Luft gegriffene" Behauptungen zu verbreiten. Für die verurteilten AKW-Gegner wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet:

124744300 Volksbank
Datteln, Arbeitsgruppe Rieselfelder.
(nach „Klüngelkerl", Nr. 9/77).

ihm schon zu Lebzeiten ein Denkmal gesetzt: der H.Niggemeier-Brunnen!
der lokalen „Ruhrnachrichten" wurde auf H.N.'s Betreiben gekündigt wegen
Datteln, Arbeitsgruppe Rieselfelder.
(nach „Klüngelkerl", Nr. 9/77).

Nachrichten vom Widerstand

Auf zwei Regionalkonferenzen haben 22 Bürgerinitiativen aus dem Raum Weser/Ems/Elbe über Aktionen gegen die Inbetriebnahme des AKW Esenhamm beraten. Dabei wurde am 21.8. auf der Konferenz in Bremerhaven beschlossen:

— Aktionswoche in allen umliegenden Orten gegen das AKW vom 5. - 10.9.
— Kundgebung und Aktionen am 11.9. in dem AKW nahe gelegenen Rodenkirchen ab 13 Uhr.

Ein Antrag, am 11.9. von Rodenkirchen zum AKW zu demonstrieren, wurde mit 10 : 12 Stimmen abgelehnt (darunter die Stimmen vom KBW und Spontis).

Schwierigkeiten gibt es in der Zusammenarbeit mit der »Bürgeraktion Küste«, die noch Mitträger der spontanen Aktion gegen das AKW am 31. Juli war, als über 2000 Demonstranten demonstrierten und u.a. den Zaun einrissen und auf den Platz strömten. Die BAK hält eine Aktion gegen das AKW Esenshamm zur Zeit für schädlich, da die letzte Aktion bei der »örtlichen Bevölkerung« geschadet habe. Die Konferenz am 21.8. in Bremerhaven wurde von der BAK boykottiert.

Bad Pyrmont: Ca. 20 Personen beteiligten sich an einer Malville Solidaritätsveranstaltung am 9.8. in Bad Pyrmont.

***

Berichtigung: An dem Solidaritätsabend zu Malville am 6.8. in Kopenhagen beteiligten sich nicht, wie im AK 110 fälschlicherweise berichtet, 550 Personen, sondern nur knapp 100 Anti AKW Gegner.

***

Oldenburg: 150 Personen beteiligten sich an einer Veranstaltung der BU Oldenburg. Schwerpunkte in der Diskussion waren die Aktionen in Malville, die anstehenden Grohnde Verfahren und ein Bericht zum Stand der Diskussion über das AKW Esensham.

***

Bremen: Zu der von der BBA organisierten Veranstaltung am 15.8. kamen 400 Personen. Im Mittelpunkt standen Referate über die Kriminalisierungsversuche gegen die AKW Bewegung.

Salzgitter: Am 13.8. fand im „Wilden Huhn" eine Malville-Veranstaltung mit ca. 60 - 70 Teilnehmern statt. Es wurde ein Augenzeugenbericht gehalten, der mit Dias unterstützt wurde. Anschließend kam eine lebhafte Diskussion um den weiteren Kampf gegen AKWs zustande, wobei es hauptsächlich um das für und wider von Großaktionen ging.

***

Hannover: Ca. 800 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung des Ermittlungsausschusses der hannoveraner Bürgerinitiativen.

In mehreren Reden der Angeklagen und Rechtsanwälte wurde die Einstellung der Prozesse gefordert.

Auf der Veranstaltung wurden 1.800 DM für die anstehenden Prozeßkosten gesammtelt.

Schon vorher hatten verschiedene Gruppen und Persönlichkeiten in einer Resolution die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gefordert. U.a. unterzeichneten die Erklärung: SB, ESG, KB, Thomas Münzer Haus Frauenzeitung WIR, Frauenbuchladen Annabee, Stadtjugendring Laatzen, SAG, Arbeitskreis Kirche in der Gesellschaft, AStA der TU, AStA der FHS, Internationalismus Buchladen, Arbeiterbuch, Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte.

Insgesamt war das eine sehr informative und erfolgreiche Veranstaltung.

AKW-Gegner zu 2.700 DM Geldstrafe verurteilt

Bremen. Vom 9.8. - 12.8. fand vor dem Oldenburger Landesgericht die Berufungsverhandlungen gegen die beiden Bremer AKW-Gegner Heini O. und Kurt S. statt. Beide waren in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen a 25,- DM bzw. 35,- DM verurteilt worden wegen übler Nachrede gegen eine Person des politischen Lebens. Die beiden hatten in einem Lied besungen, daß der Oberkreisdirektor Bernhard bei Grundstückseinkäufen für die NWK auch persönlich davon profitierte (siehe im letzen AK).

Die zweite Instanz endete mit einer Verringerung des Urteils auf 90 Tagessätze a 20,-DM bzw. 30,-DM. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis gefordert.

Das Gericht sah sich durch die „zahlreich anwesenden Sympathisanten der Angeklagten" die versuchten, auf das Gericht Einfluß zu nehmen, seine Unabhängigkeit gefährdet, und „konnte schon deshalb von einer Verurteilung der Angeklagten nicht absehen..(!) (Sinngemäße Wiedergabe). Den vollständigen Beweis ihrer „Unabhängigkeit" erbrachte die Kammer mit den zahlreich vorhandenen Bullen und damit, daß der Bremer Physik-Professor J. Scheer wegen Zwischenrufen zu drei Tagen Haft verurteilt wurde. Während des Prozesses, der stets von AKW-Gegnern „besucht" wurde, fanden täglich Kundgebungen in der City Oldenburgs statt.

Nach der spontanen Aktion gegen das AKW Esensham haben die Nordwestdeutschen Kraftwerke begonnen, rund um das AKW einen fünf Meter breiten Graben auszuheben. Ein Zaun soll noch errichtet werden. Rundum ist ein NATO-Draht ausgelegt. Parallel zum Wassergraben ist eine befestigte Straße mit Wendeschleifen für Wasserwerfer ausgelegt worden.

Kalkar: 24.9.: Die »Itzehoe-Fraktion« wühlt wieder

Die Demonstration in Kalkar am 24.9. gegen den „Schnellen Brüter" findet internationale Zustimmung. Nachdem die niederländischen Bürgerinitiativen sich bereits aktiv an den Vorbereitungen beteiligt haben, hat diese Demonstration auch in Frankreich großes Interesse gefunden. In der Bundesrepublik hat eine Vielzahl von Bürgerinitiativen ihre Teilnahme zugesagt.

Die erzielte Einigung von Bürgerinitiativen verschiedener Richtungen (von „Gewaltfreien" bis hin zu Befürwortern auch militanter Aktionen gegen AKWs) und parteipolitischer Anschauungen (also auch unter Einschluß von Kommunisten) auf einen gemeinsamen Aufruf stellt einen Fortschritt gegenüber früheren Aktionen dar, insbesondere gegenüber der Spaltung der Aktion am 19.2., wo gleichzeitig in Brokdorf und Itzehoe demonstriert wurde. Die Aktion in Itzehoe wurde ausdrücklich in Distanzierung zu „Gewalttätern" und „Chaoten" durchgeführt. Sie wurde wesentlich getragen von der Führung des BBU und unterstützt von der DKP, Teilen der SPD und FDP und fand die wohlwollende Zustimmung selbst bei der CDU, die den Teilnehmern bescheinigte, „friedlich" zu sein, während die Brokdorfer Demonstranten „gewalttätig" seien. Die beiden Aktionen waren Ausdruck der von den AKW-Betreibern und dem Staat versuchten Spaltung der Anti-AKW-Bewegung. Allerdings gab es bei diesem Spaltungsunternehmen ein Fiasko. Zwar folgten etwa 20.000 AKW-Gegner dem Aufruf nach Itzehoe, wovon die wenigsten die Spaltungsabsichten unterstützten. Andererseits demonstrierten gleichzeitig fast 40.000 in Brokdorf ihren Widerstand allen Diffamierungen und Drohungen zum Trotz.

Die geplante Kalkar-Aktion bietet möglichen Spaltungsabsichten a la Itzehoe weniger Ansatzpunkte. Der Aufruf verzichtet für den 24.9. auf eine Bauplatzbesetzung, ohne daß dieses Kampfmittel grundsätzlich aufgegeben wird. Er schließt also keine Kampfform aus und ermöglicht auch denen, die nur eine bestimmte Form des Kampfes befürworten (z. B. den auf Theorien der Gewaltlosigkeit arbeitenden Gruppen), die Möglichkeit ihrer Beteiligung. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von Anzeichen, daß auch für den 24.9. eine Spaltung der Aktion vorbereitet wird.

„Gewalttäter" und „Gewaltfreie"?

Bereits auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des BBU im Juli wurde der gemeinsame Kalkar-Aufruf abgelehnt, obwohl er von einer Reihe BBU-Mitgliedsinitiativen unterstützt wird. Stattdessen wurde ein eigener Aufruf verabschiedet, der unter dem Motto steht: *„Das ganze Rheingebiet ein Diskussionsforum"*. Seitdem wird von BBU-Vorstandsseite durch gezielte Pressearbeit versucht, die Aktion am 24.9. in Wüstenhagen-Großmaulmanier als Aktion des BBU, der auch die Aktionsform bestimmt, auszugeben. In den Meldungen wird mit keinem Wort erwähnt, daß Bürgerinitiativen verschiedener Richtungen die Aktion vorbereiten. (Verantwortlich für die Aktion ist der demokratisch zusammengesetzte Planungsausschuß, der auf Grundlage des Aufrufs der über 40 BIs arbeitet.) So weiß z. B. der nordrheinwestfälische BBU-Vorsitzende Renken zu berichten: *„Es soll ein Volksfest werden mit Buden und Spielen, wir wollen singen, statt mit Steinen zu werfen"* („WAZ", 17.8.). Von dieser Art Volksfest weiß allerdings der Planungsausschuß nichts.

Daß Renken von „Singen statt Steinewerfen" spricht, erscheint zunächst rätselhaft, wenn man bedenkt, daß bisher von keiner Seite Steinewerfen als Aktionsform für Kalkar vorgeschlagen wird. Das Rätsel löst sich schnell auf: Von Teilen des BBU wird derzeit gezielt eine Kampagne gemacht, die AKW-Gegner in „friedliche" und „gewalttätige" einzuteilen. So dreht sich ihre Hauptsorge in der Pressearbeit nicht etwa darum, wie man Gewaltaktionen der Polizei verhindern kann, diese werden nicht einmal erwähnt. Stattdessen, so Renken: *„Unsere Strategie zielt darauf hin, eventuelle Gewälttäter, die unsere Aktion für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, zu isolieren und abzudrängen"* („WAZ", 17.8.). Hierbei handelt es sich um keinen Einzelfall:

– Auf einer Sitzung des Kalkar-Planungsausschusses wurde ein Brief des Rechtsanwaltes Wiemann (FDP-Kreistagsabgeordneter) von der NBA verlesen, in dem dieser seine Vorstellungen für die Anmeldung der Demonstration entwickelt: Dieser Brief ist an den Klever Oberkreisdirektor gerichtet. Angeblich im Namen von Bauer Maas (Hauptkläger gegen den „Schnellen Brüter", Besitzer der Wiese, auf der die Kalkar-Aktion stattfinden soll) verlangt Wiemann, daß die Polizei bei der Anfahrt an Sammelpunkten der Demonstranten und in Auto-Konvois PKWs und Busse kontrolliert, um „Gewalttäter" ausfindig zu machen (Bauer Maas hat sich hiervon distanziert).

– Im AKU-Münster, der sich zunehmend BBU-Führungspositionen annähert, gelang es mehrheitlich, einen Beschluß durchzusetzen, der verlangt, daß in einem neuen Kalkar-Aufruf ausdrücklich enthalten sein muß die Erklärung, keine Gewalt gegen Personen anzuwenden. Wer dagegen handelt (z. B. durch Durchbrechen einer Polizeisperre) muß aktiv daran gehindert werden. Dieser Vorschlag stammt übrigens von einem „Gewaltfreien" und einem MSB/DKPler.

– Am weitesten entwickelt sind die Vorstellungen der „Bürgeraktion Küste" (BAK). In einem Papier über „Gewaltfreien Widerstand gegen Atomanlagen" schreibt sie in bezug auf die Kalkar-Aktion: *„Länger redeten wir über den Sinn und Umfang persönlicher Schutzausrüstung. Einerseits stellen Helme und Gasmasken eine Vorbereitung für Gewalt dar und wirken angstmachend – andererseits ist bei Massenaktionen und Anwesenheit gewalttätiger Gruppierungen die Gefahr für schwere Kopfverletzungen groß (dicke Mütze und Kapuze bzw. Schutzbrillen reichen nicht immer aus)"* (aus „Was tun, BIs?"). Daraus entwickelte die BAK einen Vorschlag für ein „gewaltfreies" Vorgehen, auf den wir noch zurückkommen.

Hinter allen diesen Äußerungen steckt ein Argumentationsmuster: Das Hauptproblem im Anti-AKW-Kampf sind die „Gewalttäter", von ihnen muß man sich trennen. Die Gewalt des Staates wird nicht angegriffen, sie wird quasi als Reaktion auf Gewalttaten von Demonstranten behandelt. Dabei gibt es nicht eine einzige Anti-AKW-Aktion, wo zu Gewalt gegen Polizei oder „Gewalt gegen Personen" (AKU Münster) aufgerufen wurde. Es läßt sich von dieser Seite nicht der Nachweis führen, daß in der Anti-AKW-Bewegung derartige Positionen vertreten werden. Es gibt keine Aufforderungen zum Angriff auf die Polizei. Vielmehr ist es so, daß Schutzausrüstungen etc. immer Verteidigung vor hinlänglich erfahrener Gewalt waren. Diese Schutzausrüstungen haben bei allen Aktionen schlimmere Verletzungen verhindert. Von dieser staatlichen Gewalt bleibt übrigens keine Aktionsform verschont, das bewies anschaulich der Polizeiüberfall in der letzten Woche auf die friedliche Kundgebung in Hameln. Wenn derzeit im BBU und einigen Initiativen Theorien der „Gewaltfreiheit" diskutiert und Aktionsformen erprobt werden, dann ist das ihr legitimes Recht, genauso wie es ihr Recht ist, hierfür zu werben. Was allerdings dieser Teil momentan betreibt, ist, alle übrigen Teile der Bewegung auf ihre Theorie festlegen zu wollen. Mehr noch: Für die Kalkar-Aktion betreiben sie objektiv das, was bei allen Anti-AKW-Aktionen Bestandteil der bürgerlichen Hetze war: Sie diffamieren große Teile der Bewegung als „gewalttätig". Im Hinblick auf Kalkar, wo sie diese Trennung „gewaltfrei" und „gewalttätig" sogar sichtbar machen wollen (durch grüne Punkte), bedeutet dies sogar eine nicht mißzuverstehende Aufforderung an die Polizei, wo die „Gewalttäter" zu finden sind. Der Rechtsanwalt Wiemann hat hierzu ja bereits Vorschläge an die Polizei gemacht.

„Aktion Grüner Punkt"

Zur Einübung des „gewaltfreien" Vorgehens hat die Bürgeraktion Küste eine Aktion „grüner Punkt" vorgeschlagen. Danach soll ein eigener „gewaltfreier" Block gebildet werden. Kennzeichen: grüner Punkt, grüne und weißeFahnen. Die Organisierung erfolgt unabhängig und losgelöst vom Kalkar-Planungsausschuß durch eigene Ordner, eigene Sanitäter, Anwälte, Lautsprecher etc. Auf einer „Gewaltfreien-Konferenz" am 21.8. wird dieses Vorhaben vorbereitet. Zum Vorgehen wird vorgeschlagen jede Konfrontation zu vermeiden, vor Polizeisperren abzubiegen und die Demonstration zu verlassen. Auf einem Treffen in den Niederlanden erklärte ein Sprecher des niederländischen BI-Verbandes LEK, dessen Vorstand eng mit dem BBU-Vorstand zusammenarbeitet, daß falls die Demonstration verboten wird, man an einem anderen Ort demonstrieren wolle, falls vom Planungsausschuß beschlossen werde, Polizeisperren möglicherweise zu durchbrechen, man in den Niederlanden bleiben werde. **Allerdings widersprach ein Nijmweger BIler (ebenfalls eine LEK-Initiative), dies sei nicht im LEK diskutiert und vereinheitlicht, sondern** die Meinung von fünf Leuten, die diesen Beschluß gefaßt haben. Die Nijmweger und auch Sprecher der pazifistisch Sozialistischen Partei (PSP) halten an der Demonstration in Kalkar fest.

Die bisherigen Auseinandersetzungen um die Kalkar-Aktion zeigen daß derzeit eine Reihe Bestrebungen für die Spaltung der Aktion laufen. **Dies, obwohl auf eine Bauplatzbesetzung verzichtet wird, obwohl der Aufruf jede Form der Betätigung der** „Gewaltfreien" ermöglicht. Sie haben bisher nicht versucht, ihre Vorstellungen in die aktive Vorbereitungsarbeit zu Kalkar hineinzutragen, sondern sind auf eigenen Geleisen gefahren , was Zweifel daran weckt, wieweit sie an der Einheit der Aktion Interesse haben. Es sollte noch einmal an diese Initiativen die Aufforderung und der Aufruf gehen, sich an der gemeinsamen Vorbereitung zu beteiligen, insbesondere auch an der nationen Vorbereitungskonferenz am 27./28.8.

In bezug auf die Kalkar-Aktion sind wir zuversichtlich, daß eine mögliche Spaltung der Aktion den Initiatoren eine ähnliche Pleite bereiten wird, wie dies in Itzehoe der Fall war und daß es uns gelingen wird, den Erfolg der Brokdorf-Aktion, Einheit und Geschlossenheit, zu wiederholen.

Allerdings sollten sich die Bürgerinitiativen schärfstens davon distanzieren, daß mit Denunziationen an die staatlichen Stellen der übrige Teil der Demonstranten als „Gewalttäter" diffamiert wird. Für mögliche Folgen müssen auch diese Kräfte die Verantwortung tragen.

Insbesondere von den „Gewaltfreien" erwarten wir, daß sie sich von jenen distanzieren, die unter Berufung auf „Gewaltlosigkeit" direkte und indirekte Aufforderungen an die Polizei geben, gegen die Teile der AKW-Gegner vorzugehen, die ihnen nicht passen. Hier ist ein klares Wort der Abgrenzung notwendig!

Kalkar aktuell

„Gewaltfreien"-Treffen: Reinfall

Ein Reinfall wurde das Treffen der „Gewaltfreien" zur Vorbereitung ihrer Eigen–Organisierung der Kalkar-Aktion. Anwesend waren: AKU Münster, BI Hamm, 3 Kasseler BI's, UG Dortmund, 1 BBU Vertreter, 2 LBU/NRW-Vertreter, 1 WSL Schleswig-Holstein, 1 WSL Bonn sowie 2 Mitglieder der „Bürgeraktion Küste" (BAK).

Eine Einigung in bezug auf Kalkar gab es nicht. Die Kasseler lehnten Großaktionen ab, der LBU nach dem Gerichtsurteil ebenfalls, man solle jetzt an die Parteien'rantreten. Vor allem die Vertreter der BAK vertraten ihr Konzept. Dabei wurden sie in recht übler Weise ausfällig, was Zweifel daran zuläßt, daß sie hier wirklich im Namen und Interesse der gesamten BAK sprachen (so sprachen sie von „Politrockern", „Gewalttätern", Leuten die von „einer Bürgerkriegsaktion zur anderen reisen" etc. Mit diesen gebe es keine Einheit. Zwischen „Gewaltfreien" und „Gewalttätern" sei die Spaltung notwendig und richtig).

***

Duisburg. Auf der Sitzung des Kalkar-Planungsausschusses am 21.8. wurden folgende Beschlüsse verabschiedet:

– Eine Presseerklärung, in der noch einmal der Kalkar-Aufruf und die darin enthaltenen Prinzipien und Forderungen betont werden. Außerdem wird die Pressekampagne von BBU/LBU verurteilt, insbesondere die als Aufforderung an die Polizei gewerteten Äußerungen des LBU-Vorsitzenden Renken, „Gewalttäter" ausfindig zu machen. **Solche vorgenommene Einteilung der AKW-Gegner in „friedliche" und „gewalttätige" diene der Spaltung und liege im Interesse der AKW-Betreiber und der Bundesregierung.**

BBU/LBU distanzierten sich auf der Sitzung nicht von ihren Äusserungen. Die Erklärung wurde ohne Enthaltung mit 19 gegen 3 Stimmen verabschiedet (dagegen: LBU, AKU Münster, BI gegen radioaktive Verseuchung, Kleve).

– Für die Anmietung der Veranstaltungswiese wurde ein Vorschlag gemacht, daß BBU, LBU, WSL, LEK und 3 Mitglieder des Planungsausschusses dies gemeinsam machen. Bedingung dafür ist, daß LBU und BBU sich auf die Grundlage des Kalkar-Aufrufs stellen. Nächste Woche soll dann entschieden werden.

– Der oben geschilderte Antrag des AKU Münster auf Distanzierung von „Gewalttätern" wurde mit 12:1:2 auf Nichtbefassung verworfen.

***

Alle Bürgerinitiativen sind zu einem nationalen Vorbereitungstreffen der Kalkar-Aktion eingeladen.

Am 27./28.8. in Duisburg
13 Uhr im Hotel Montan
Dahlstraße

Anmeldung und Information:

BI Stop Kalkar
Haus am Damm
4190 Kleve
Telefon 02821/9614

Kalkar-Urteil: es wird weitergebaut!

Kalkar-Urteil: es wird weitergebaut!



Etwa 500 AKW-Gegner demonstrierten anläßlich der Gerichtsverhandlung gegen den „Schnellen Brüter"

Kleve. In der Klage des Bauern Maas gegen das Land Nordrhein-Westfalen für einen Baustopp des „Schnellen Brüters" in Kalkar hat das Münsteraner Oberverwaltungsgericht am 18.8. das Urteil gefällt. Danach wird kein Baustopp ausgesprochen. Das Verfahren wird ausgesetzt und an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird die Anforderung gestellt, ob der § 7 des Atomgesetzes im Fall des „Schnellen Brüters" verfassungsmäßig ist.

Nach § 7 sind die Länderregierungen ermächtigt, Genehmigungen zum Bau und Betrieb von AKWs zu erteilen. Das Gericht begründet seine Entscheidung mit der besonderen Tragweite der Bedeutung des „Schnellen Brüters". Das sei eine „nationale Frage" von weitreichender Bedeutung, die die Länderregierungen nicht entscheiden könnten. So erfasse der § 7 Atomgesetz nicht die mit dem „Brüter" verbundenen Folgewirkungen. Durch den hohen Plutoniumanteil, die damit verbundene aufwendige Wiederaufbereitung entstehe eine „Plutoniumwirtschaft" und Folgen z.B. auch für den Bereich der „inneren Sicherheit" und für die „Verteidigungspolitik" („Welt", 20.8.). Die Entscheidung sei deshalb eine „gesellschaftspolitische" Frage und könne nicht durch die Gerichte gelöst werden.

Welche Auswirkungen hat das Urteil? Es bedeutet keinen Baustopp. So erklärten die „Brüter"-Betreiber RWE, daß man die *„mit dem Weiterbau möglicherweise verbundenen Risiken in Kauf"* nehmen wolle („FR", 20.8.). Außerdem rechnen die RWE auch nicht damit, daß die zuständigen Behörden weitere Teilgenehmigungen erteilen (ebenda). Das Gerichtsurteil ist nicht verbindlich für weitere Baustopverfahren, es bezieht sich nur auf den „Schnellen Brüter".

In den bürgerlichen Medien wird allerdings der gegenteilige Eindruck erweckt. Tatsache ist, daß hinter dem Urteil das Bestreben steht, das Durchziehen des Atomprogramms zu erleichtern. Durch das Verweisen der Entscheidung auf das Bundesverfassungsgericht über den Bau von AKWs soll erreicht werden, daß eine geänderte Gesetzgebung das bisherige Genehmigungsverfahren ablöst. Dabei sollen vor allem die verschiedenen Gerichtsinstanzen beseitigt werden, die es den AKW-Gegnern ermöglichten, auf juristischem Wege Verzögerungen beim Bau zu erreichen. Diese Instanzen sollen durch eine zentrale Gesetzgebung abgelöst werden.

Im Parlament müßte die neue Gesetzgebung aber erst beraten werden, wenn das Bundesverfsssungsgericht eine entsprechende Entscheidung gefällt hätte. Aber während dieser Zeit sind eine ganze Reihe von Baumaßnahmen möglich. Hinter diesem Urteil verbirgt sich also eine harte Linie, das Atomprogramm schärfer durchzuziehen. Bereits nach den Aktionen in Brokdorf und Grohnde hat CDU-Ministerpräsident Stoltenberg diese harte Linie vorgeschlagen: *„Die Zielwerte für das Energieprogramm müßten jetzt auch politisch und administrativ durchgesetzt werden können ... Die wesentlichen Voraussetzungen für das Energieprogramm* (sollten) *als Gesetzentwurf Bundestag und Bundesrat"* vorgelegt werden. In einem Gesetz könnten dann *„auch die wichtigsten Normen für die Sicherheit und den Umweltschutz und die Entsorgung enthalten sein"* („FAZ", 25.3.77).

Stoltenberg schlug also hier bereits die Umgehung der Gerichte vor.

Auch in der SPD findet dieses Vorgehen Sympathie, so ist auch Bundesjustizminister Vogel für dieses Vorgehen. Zudem erhoffen sich die Politiker , über solche Entscheidungen den Anschein eines demokratischen Weges zur Kernenergie zu erkaufen, wenn sie durch das gewählte Parlament das Atomprogramm noch einmal verabschieden lassen. So Vogel: *„Eine Verlagerung der politischen Diskussion in die Volksvertretungen trüge nicht nur zu einer besseren Deckung von Entscheidung und Verantwortung bei, sondern auch zu mehr Transparenz und Verständnis beim Bürger"* („WAZ", 30.7.).

Schwierigkeiten haben insbesondere SPD und FDP damit, zunächst ihre eigenen Parteireihen auf dieses Vorgehen einzuschwören. Die Bedenken in den Parteien, durch Zustimmung auf der parlamentarischen Bühne zu starken Vertrauensverlust zu erleiden, sind groß.

Stellungnahme des BBU

Der BBU gab nach dem Urteil folgende Stellungnahme ab: er *„äußerte die Hoffnung, daß die Parlamentskontrolle wiederhergestellt werde. Das Oberverwaltungsgericht habe ‚unseren gewählten Mandatsvertretern eine Lektion erteilt' und sei ein Zeichen, daß die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniere"* („FR", 20.8.). Wir haben die Wirkungen des Urteils bereits dargestellt, um so verwunderlicher die BBU-Stellungnahme. Ebenso die Hoffnung in die parlamentarische Mehrheit, die bisher keine Skrupel kannte, sämtliche energiepolitischen Vorstellungen der Bundesregieung abzusegnen.

Zustimmen kann man dem BBU allerdings, wenn er feststellt, daß die Abgeordneten vor ihren Wählern „endlich Farbe bekennen müssen", allerdings dürfte der BBU-Vorstand eine böse Überraschung erleben.

Am 10. September nach Barsebäck!

Skandinavien. Am 10. September findet eine Großdemonstration gegen das AKW Barsebäck in Südschweden statt, zu der die skandinavischen AKW-Gegner-Organisationen, Frauengruppen und linke Organisationen aufrufen. Organisiert wird die Demonstration von den »Organisationen til Oplysning om Atomkraft«, Dänemark; dem »Miljöforbundet«, Schweden und der »Aktjon mot Atomkraft«, Norwegen. Bereits im Frühjahr dieses Jahres begann die Mobilisierung für den Anti-Atommarsch. Diese Demonstration wird mit Sicherheit die bislang größte in Skandinavien werden. Schon letztes Jahr im August hatten 7000 Menschen gegen das AKW Barsebäck demonstriert.

Das AKW Barsebäck liegt im am dichtesten besiedelten Teil von Skandinavien am Öresund, direkt gegenüber der dänischen Hauptstadt Kopenhagen und in unmittelbarer Nähe der schwedischen Großstädte Landskrona und Malmö. Im Radius von 40 km leben zwei Millionen Menschen.



Demonstration gegen das AKW Barsebäck im August 1976

Der erste Reaktor des Barsebäckwerkes wurde im Winter 1974 in Betrieb genommen, der zweite im April 1977. Hintergrund dafür ist, daß die dänischen und schwedischen Kapitalisten ein riesiges skandinavisches Industriezentrum am Öresund planen — Örestad.

Aktueller Anlaß für die Großdemonstration ist außerdem, daß die schwedische Regierung am 1. Oktober zusammentritt, um über Baustopp und Stillegung von Reaktoren zu beraten. Ministerpräsident Fälldin hatte die Wahlen 1976 gegen die Sozialdemokraten (die den AKW-Plan in Schweden durchgesetzt hatten) wesentlich mit dem Versprechen gewonnen, Reaktoren würden stillgelegt und ein Baustopp verfügt, solange die Frage der Entsorgung ungeklärt sei. Dieses Versprechen wurde insbesondere für den zweiten Reaktor in Barsebäck gemacht, über den am 1. Oktober beraten werden soll. Bis heute waren natürlich all diese schönen Worte von Fälldin Schall und Rauch. Am 15.8. meldete die südschwedische Zeitung »Dagbladet«, daß die schwedische Regierung am 1. Oktober die Genehmigung über den weiteren Betrieb von Barsebäck erteilen will! Auch die dänische Regierung hat dem Bau und der Inbetriebnahme des zweiten Reaktors in Barsebäck zugestimmt. Dagegen richtet sich insbesondere der Protest der dänischen AKW-Gegner, die bislang den Bau von Atomkraftwerken verhindert haben. Dazu schreibt die OOA in einem Aufruf zur Großdemonstration: *»Der dänische Widerstand gegen Barsebäck ist nicht neu, aber nun ist die Zeit reif, den Kampf zu intensivieren. Der Marsch am 10. September ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit für den Stop des Barsebäck-Werkes. Wir können gegenüber der Öffentlichkeit und den Gemeinden zeigen, daß der Widerstand des Volkes im Norden gegen A-Kraft lebendig ist und wächst und daß die Wut größer wird (...) Es ist ganz klar, daß ein starker Protest der Bevölkerung des gesamten Nordens auf die schwedische Regierung Einfluß haben wird. Aber wir demonstrieren auch deshalb gemeinsam am 10. September, um uns gegenseitig Anregungen, Zusammenhalt, Stärke und Kraft zu geben, um den Kampf gegen Barsebäck fortzusetzen (...) Auch in diesem September (wie im letzten Jahr) protestieren wir gegen Barsebäck und A-Kraft überhaupt, denn die Zweifel, die Unsicherheit und der Widerstand sind nicht geringer geworden, ganz im Gegenteil (...)*

Barsebäck macht ganz deutlich, wie die Entwicklung zu einer Atomgesellschaft die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Mitbestimmung reduziert und daß die Atomkraft mehr zählt als die Bevölkerung. Barsbäck ist eine konkrete Bedrohung gegen Millionen von Menschen und ist ein Symbol geworden für den Widerstand gegen Atomkraftwerke im gesamten Norden. Wir sehen uns am 10. September!« (aus: »Atomkraft«, 20.7.77).

Die skandinavischen Anti-AKW-Organisationen haben folgende Parolen ausgegeben:

+ Nein zur Ausbreitung von Atomwaffen!
+ Nein zur Urananreicherung!
+ Ja zur rohstoffbewahrenden Gesellschaft!
+ Sinnvolle Arbeit für alle!
+ Nein zu Örestad!
+ Stop der Entvölkerung der Landgebiete!

Die Anti-AKW-Organisationen haben dazu aufgerufen, daß sich andere Organisationen und Gruppen mit eigenen Forderungen und Parolen beteiligen, wobei die Bedingung gemacht wird, daß die oben genannte Hauptparole nicht bekämpft werden.

So rufen auch Frauengruppen aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island zur Großdemonstration auf und haben dazu mehrere Vorbereitungskonferenzen durchgeführt. Sie werden einen Fraublock auf der Demonstration bilden.

Die dänische linke Organisation »Venstre Socialisterne« hat ihre Mitglieder und Sympathisanten zur Teilnahme an der Demo aufgefordert, einen Aufruf herausgegeben und sich an andere linke Organisationen in Dänemark gewandt mit dem Vorschlag der Bildung einer »Roten Kolonne« auf dem Marsch. VS schreibt, daß eine »sehr umfassende Bewegung bisher imstande« gewesen sei, »zu verhindern, daß die Regierung und die Industrie die Atomkraft durchpeitschen. (...) Aber das darf uns nicht davon abhalten, die notwendigen Mittel anzuwenden, wenn uns die A-Kraft aufgezwungen wird«.

Verwiesen wird dabei auf die internationalen Erfahrungen — »speziell in Westdeutschland mit der brutalen Polizeigewalt«, sie fordern deshalb dazu auf, »am internationalen Kampf gegen die Atomkraft teil(zu)nehmen« (aus der Resolution von VS für den Barsebäck-Marsch).

Dänemark-Kommission KB/Gruppe Flensburg

Ablauf des Marsches

Ausgangspunkt Lomma
Ziel des Marsches Barsebäck Havn (Das sind 20 km!)
Anschlußsammelstellen zwischendurch:
Bjärred (noch 14 km)
Löddeköppinge (noch 8 km)
Barsebäckstadt (noch 3 km)

Unterwegs außer in Bjärred Reden und Musik an den Abmarschstellen außer Bjärred.

Am Freitag, dem 9. September Kulturfestival in Malmö (abends Übernachtungsmöglichkeiten vorhanden).

Voraussichtliches Ende des Marsches um 19.00, danach wieder Fest in Malmö (wieder Übernachtungsmöglichkeiten).

Organisierte Transportmöglichkeiten, z.B. von Kopenhagen 40 Kr. Auch Buspendelverkehr zu den Anschlußstellen.

Genauere Informationen zu erhalten unter: Telefon 0045 1 156332.

Einladung zur Landeskonferenz

— Marschenkonferenz Ostküste, Westküste, Hamburg —
Termin: 3.9.1977, 13.00 Uhr — Gasthof „Zur Linde" in Wilster

Liebe Freunde,
seit den letzten zentralen Aktionen der AKW-Gegner in der BRD vom 19.2. in der Wilster Marsch und 19.3. in Grohnde sowie am 31.7. in Malville (Frankreich) wird in vielen Bürgerinitiativen über die zu erwartenden nächsten Auseinandersetzungen diskutiert.
Um die Auseinandersetzung, die uns im Falle einer Aufhebung des Baustopurteils Brokdorf, durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erwartet, ist es ohne Zweifel notwendig, eine Landeskonferenz durchzuführen.
Zweck der Landeskonferenz soll es vorrangig sein, die taktischen und strategischen Fragen, vor dem Hintergrund einer bevorstehenden Großkundgebung in Brokdorf — im Falle der Aufhebung des Baustopurteils — zu diskutieren und somit vorzubereiten. Weiterhin verstehen wir die Landeskonferenz als Koordinationstreffen der Bürgerinitiativen, um so dem bevorstehenden „Heißen Herbst" gestärkt entgegenzutreten.
Deshalb schlagen wir als Tagesordnungspunkte vor:
1. Vorbereitung einer Großkundgebung in Brokdorf — im Falle der Aufhebung des Baustopurteils durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg —
2. Bundeskonferenz (Vorbereitung, Inhalte)
Wir fordern Euch auf, nach dem ehemals beschlossenen Delegiertenprinzip (je Konferenz 10 Delegierte) vorzugehen und Eure Delegierten zu wählen. Wegen der Kurzfristigkeit des Termins schlagen wir ein Koordinierungstreffen mit jeweils 3 Delegierten aus Hamburg, Marschenkonferenz, Ostküste und Westküste vor.
Die Delegierten sollen von den einzelnen Regionalkonferenzen legitimiert sein.
Bei eventuellen Nachfragen: Vorbereitende BUU Uetersen und Elmshorn

Philipsburg: Spaziergänger verdächtig

Am Sonntag, 14.8., wollten wir zu viert einen Spaziergang um das AKW auf der Rheinschanzinsel Philippsburg machen. Auf dem Rückweg hielten uns ca. zehn Bullen an und kontrollierten die Ausweise. Begründung: wir hätten da nicht lang gehen dürfen. Ein verbotener Weg sei es aber auch nicht gewesen. Trotz unserer Proteste wurden wir dann zur erkennungsdienstlichen (ED) Behandlung abgeführt. Auf dem Polizeirevier verweigerten uns die Bullen, mit einem Rechtsanwalt zu telefonieren. Begründung: wir seien ja wegen nichts beschuldigt, also hätten wir auch nicht Anspruch auf einen Rechtsanwalt, die ED-Behandlung gehöre zur Personalienfeststellung (obwohl wir alle uns ausweisen konnten und das auch getan haben)! Einem von uns wurde mit Ohrfeigen gedroht, falls er weiter protestiert.

Da die Philippsburger Bullen offensichtlich nicht für eine ED-Behandlung ausgerüstet waren, wurden wir wiederum in zwei Bullenautos und VW-Bus ins 20 km entfernte Bruchsal gebracht. Dort wurde uns weiterhin das Recht verweigert mit einem Rechtsanwalt zu telefonieren. Begründung: s.o. Danach wurde jede(r) einzeln zur ED-Behandlung gebracht, wobei einer von uns, die sich weigerte, angedroht wurde, daß sie solange eingesperrt wird, bis sie dazu bereit wäre.

Ein anderer wurde, obwohl er schon im Gehen begriffen war, recht unsanft zur Tür hinausbegleitet.

Nach Berichten von Genossen aus Bad Bergzabern + Karlsruhe

Inbetriebnahme und Baugenehmigungen von AKWs

Esenshamm: Bundesinnenminister Maihofer erteilte grünes Licht für die Inbetriebnahme des AKW. Die Zustimmung Albrechts kann in den nächsten Wochen erfolgen. Um die Inbetriebnahme zu erreichen, wurde erst einmal der Wärmelastplan für die Weser außer Kraft gesetzt. Um eine erhöhte Wesertemperatur auszuschließen, hatte das Gericht nämlich den Bau eines Kühlturms gefordert. Außerdem besteht noch die gerichtliche Auflage, daß die Weser nicht mit radioaktiven Stoffen belastet werden darf, weil das Wasser zur Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen verwendet wird. Auch diese Auflage soll jetzt nicht mehr gelten.

Ohu: Gleichzeitig wurde von Maihofer die Inbetriebnahme des AKW Isar I genehmigt. In wenigen Tagen wird Ohu I nach der formalen Zustimmung der bayrischen Landesregierung in Betrieb genommen. Das Verfahren hatte sich verzögert, weil nach dem Unfall in Gundremmingen überprüft werden sollte, ob sich in Ohu ein derartiger Unfall nicht auch ereignen könne.

Philippsburg I: Für Anfang September wird ebenfalls mit dem Probebetrieb des AKW Philippsburg I gerechnet.

Grundremmingen: Dieser Reaktor der ständig Unfälle aufweist — zuletzt strömte radioaktives Gas aus — und der ständig die zulässigen radioaktiven Grenzwerte überschreitet, soll ebenfalls wieder »betriebsbereit« sein, die entsprechende Genehmigung wird demnächst erteilt.

Philippsburg II: Anfang Juli wurde vom Bundesinnenministerium die Baugenehmigung erteilt und von der Baden-Württembergischen Landesregierung am 6.7. die sofortige Vollziehbarkeit angeordnet, d.h. dort kann jederzeit mit dem Bau begonnen werden. Mit dem Trick, daß die abgebrannten Brennelemente vorübergehend (bis 1995) nach Frankreich geschafft und dann wieder in die BRD zurückgebracht werden, konnte die Bundesregierung die Entsorgungsfrage für »geklärt« ausgeben.

Biblis C: Mit demselben Dreh soll noch in diesem Jahr die Baugenehmigung für den dritten Block in Biblis erteilt werden. Bei der Erörterung stellte sich heraus, daß schon 100 Mio. DM in Auftrag gegeben worden sind, das Anhörungsverfahren der 55.000 Einwender war eine reine Farce.

WAA in Gorleben: Am 7.7. wurde für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig von Maihofer angewiesen, Probebohrungen für die Lagerung des Atommülls vorzunehmen, die bis Herbst durchgeführt sein sollen. Bis zum Herbst soll ebenfalls der Sicherheitsbericht für die WAA und die Teilgenehmigung für das Eingangslagerbecken für abgebrannte Brennelemente beantragt sein. Danach soll die Entsorgung als »geklärt« betrachtet werden und neue AKWs genehmigt werden. Im Herbst soll Antrag für den Bau eines Zwischenlagers gestellt werden.

Neckarwestheim: Für das AKW wurde bereits 1965 die erste Teilerrichtungsgenehmigung beantragt, mit der Baugenehmigung wird noch in diesem Jahr gerechnet.

Hamm: Für den Reaktor in Hamm ist ebenfalls mit einer Genehmigung zu rechnen, falls der Beschluß der Landesregierung, erst einmal keine AKW-Genehmigungen zu erteilen, nicht wieder aufgehoben wird. Anschließend stehen dann die Genehmigungen für die AKWs in *Vahnum, Neupotz, Rehling* (jeweils zwei Blöcke) und *Borken* (ein Block) an. Auch der durch Gerichtsbeschluß verhinderte Bau der AKWs in Brokdorf und Wyhl soll möglichst in diesem Jahr in Gang gebracht werden.

Brokdorf: Bis Ende Juli hat das Oberverwaltungsgericht Unterlagen angefordert, mit denen es klären will, ob noch vor der Entscheidung im Hauptsacheverfahren wieder mit dem Bau begonnen werden kann.

Wyhl: Unmittelbar nach Verkündung des Freiburger Gerichtsurteils, das einen Berstschutz für die AKWs fordete, kündigte die Baden-Württembergische Landesregierung Revision an (Anfang Juli). Nach einer Studie, die die Bundesregierung anfertigen ließ, würde der Berstschutz das AKW noch unsicherer machen. Für die undesregierung ist es besonders wichtig, dieses Urteil zu Fall zu bringen, da bisher nirgends für den Berstschutz gesorgt ist, sondern stattdessen die Reaktorunfälle für praktisch ausgeschlossen erklärt werden.

Grafenrheinfeld: Mit dem bereits erwähnten Gutachten konnte die Bundesregierung gegen die Kläger bei Gericht eine Entscheidung durchdrücken, daß das AKW auch ohne Berstschutz weiter gebaut werden darf. Die Kläger wollen in die zweite Instanz gehen.

Grohnde: Trotz teilweise erfolgreicher Klage wird das AKW mit Hochdruck weitergebaut — bereits 600 Mio. DM sind verbaut! Das Gericht wies die Einzelklagen ab, der Klage zweier weiterer Firmen wurde stattgegeben. Dennoch wird der Bau nicht gestoppt werden, die AKW-Betreiber stellen den Firmen neue Räume in einem nahegelegenen Ort zur Verfügung.

Mühlheim-Kährlich: Einen ähnlichen Schein-Baustopp hatten die Kläger bei diesem AKW erreicht, der inzwischen wieder aufgehoben wurde.

Kalkar: Auf einem Gerichtstermin am 18.8. will das Gericht die vorliegende Klage gegen den »Schnellen Brüter« gegebenenfalls zurückweisen und vor dem Bundesverfassungsgericht klären lassen, ob der Bau von AKWs bzw. des »Schnellen Brüters« nicht durch die Parlamente beschlossen werden müsse, womit denn sämtliche Klagen gegen AKWs hinfällig würden. Ein Baustopp, wie vielfach behauptet, ergibt sich dadurch keineswegs.

Neben 13 AKWs im Betrieb (einschließlich der Forschungsreaktoren) befinden sich noch folgende AKWs ungehindert im Bau:
Grundremmingen (Block B und C)
Krümmel
Uentrop (der Hochtemperaturreaktor)

AKW-Nein-Kommission

ARBEITERKAMPF, 22. August 1977

Bald »Blut-Schweiß- und Tränen-Rede« für das Atomprogramm?

Nach den Parteitagen von SPD und FDP im November, so hat die Bundesregierung inzwischen beschlossen (lt. „FAZ", 11.8.), will sie den weiteren Ausbau des Atomprogramms verkünden.

Allerdings wird bisher erwartet, daß beide Parteitage Beschlüsse fassen, die auf einen zwei- bis fünfjährigen Baustopp der Kernkraftwerke hinauslaufen würden. Viel Staub wirbelten deshalb Atomminister Matthöfers Äußerungen auf, daß damit ein Baustopp *„fast unabwendbar"* würde („FAZ", 5.8.) – wir berichteten darüber im letzten ARBEITERKAMPF. Inzwischen hat Matthöfer selbst völlig klar gestellt, daß es sich dabei lediglich um eine „List gegen die Basis" („WamS", 14.8.) handle. Heftig umstritten ist allerdings unter den AKW-Betreibern, auf welche Weise das Atomprogramm verkauft werden soll, ist es doch seit den Brokdorf-Aktionen endgültig damit vorbei, daß das Atomprogramm als „Rüstung für den Frieden" durchgezogen werden konnte, *„ohne daß die Öffentlichkeit recht gewahr wurde, was da geschah... als hinter den Kulissen Regierung und Opposition, Gewerkschafter und Wirtschaftsführer sich einig waren"* und sie es dabei *„vermieden, durch breite Aufklärung über das Nuklearprogramm schlafende Hunde zu wecken"*, so die „Frankfurter Allgemeine" (8.8.77).

Seither ist eigentlich eine *„Blut-Schweiß- und Tränen-Rede"* des Kanzlers fällig, so wird geschlußfolgert (ebenda). Gestritten wird jetzt nur noch darum, wie sie aussehen soll.

Nach Atomminister Matthöfer soll man *„der Parteibasis verbal entgegen (zu) kommen"* („SZ", 10.8.), um ihnen dann *„eine Blut-Schweiß- und Trimm-Warnung"* zuzurufen: *„Ihr Sozialisten, ihr Idealisten und ihr hartnäckigen Besitzstandwahrer – denkt an die Folgen, wenn eure Beschlüsse realisiert werden sollten: die Folgen für den Arbeitsmarkt, die Lebenshaltung und die angenehmen Gewohnheiten des Einzelnen. Macht euch auf alle Härten der Sparpolitik gefaßt"* (ebenda). Nun, dazu muß man der Parteibasis tatsächlich erst einmal vorgaukeln, sie hätte in der Frage des Atomprogramms tatsächlich etwas zu entscheiden. Bisher konnte man felsenfest davon ausgehen, daß die Regierungsmitglieder sich eh an unliebsame Beschlüsse nicht halten (der letzte SPD-Parteitag war dafür ein Musterbeispiel, wurde dort folgenlos u.a. die Abschaffung der Berufsverbote und der Wohnungsmakler gefordert). Die Jusos sprangen auch prompt auf dieses Manöver an, und erklärten in gewohnter Maulaufreißermanier, sie werteten die *„Umorientierung Matthöfers ... als einen Erfolg ihrer Anstrengung. Einwände gibt es jetzt nur noch gegen Matthöfers Vorschlag, mit Hilfe der Erhöhung der Strompreise Energie einzusparen"* („FAZ", „FR",19.8.77).

Matthöfer selbst denkt aber überhaupt nicht daran, einen tatsächlichen Baustoppbeschluß zu akzeptieren. Er will nur *„damit denjenigen, die eine Entscheidung zu fällen haben, alle Konsequenzen klar werden"* lassen, damit der Parteitagsbeschluß eine *„Form bekommt, die der Bundesregierung in bestimmten Situationen Handlungsfreiheit läßt"*, andere Beschlüsse kann er sich auch gar „nicht vorstellen". Wenn es das „Gesamtinteresse" erfordere, „pfeift er auch auf die Parteitagsbeschlüsse" (nach „WamS", 14.8.77).

Doch schwerpunktmäßig zielt Matthöfers Aktion darauf, daß in den Debatten *„der schwarze Peter der Verantwortung den Atomkraftgegnern in die Schuhe geschoben werden"* muß („FAZ", 8.8.77). Dabei soll mit dem Muster gearbeitet werden, daß die *„Zahl derer, die Arbeitsplätze verlieren, höher als die der aktiven Atomkraftgegner"* wäre (ebenda). Die Elektrizitätsfirmen schoben gleich mit der Behauptung nach, schon jetzt gingen von den Arbeitslosen *„rund 200.000 auf das Konto der Auswirkungen von Kraftwerksbauverzögerungen und -stopps"* („FAZ", 6.8.). Desweiteren wurde von Matthöfer angekündigt, es könne nicht in der Wirtschaft Strom gespart werden, sondern in den privaten Haushalten müsse man dann den *„Verzicht auf Komfort"* („FAZ", 19.8.) erzwingen. Unisono verkündete er mit den AKW-Betreibern, daß schon jetzt eine „Energielücke" von 10.000 MW bis 1985 absehbar sei (genau die sollen bis 1985 noch zusätzlich gebaut werden. Tatsächlich reicht die jetzt schon vorhandene Kapazität ungefähr bis dahin, der Energieverbrauch ist derzeit sogar noch geringer als 1973). Der „Bundesverband der Industrie" kündigte bereits jetzt *„hart treffende Stromabschaltungen"* an („FAZ", 6.8.77).

Mit diesen Horrorszenarien sollen die Parteien auf Kurs gebracht werden und ein Teil der AKW-Gegner vom weiteren Kampf abgehalten werden. „Diese Willensbildung" einer scheinbar „souveränen Mitgliederschaft" in der Partei sei notwendig, so Matthöfer, da sonst *„die Glauwürdigkeit der Parteien Schaden nehmen und ... Bürgerinitiativen zunehmend die Führungsrolle in der öffentlichen Debatte bekämen"* („FAZ", 12.8.).

Für CSU-Strauß hat Matthöfer selbst damit schon *„wider bessere Einsicht"* und aus *„feigem Opportunismus die Kapitulation der Bundesregierung vor den Kernkraftgegnern signalisiert"* („FAZ", 12.8.77). Zusammen mit der CDU fordert sie nach dieser „Bankrotterklärung" („FAZ", 8.8.77) den Rücktritt Matthöfers und eine Bundestagsdebatte. Tatsächlich der Parteibasis, bzw. -tagen Verantwortung zuzuschieben, ist für sie „eine alarmierende Mißachtung der Gesetze der parlamentarischen Demokratie" („HA", 6.8.). Diesen Kräften ist auch der Kurs Friderichs zu schlaff, der zwar erklärt, *„daß Verzögerungen beim Bau weiterer Kernkraftwerke nicht hingenommen werden könnten"*, aber der andererseits die Kernenergie in späterer Zukunft für *„entbehrlich"* erklärt, wenn andere Energien „billiger" seien oder der Kohlestrom Emissionen von „giftigen Stoffen" hätte, die der *„deutschen Bevölkerung ... zugemutet werden können"* („FAZ", 3.8.77). Auf der Basis, daß er ja auch keinen Kernkraftwerken den Betrieb in Zukunft genehmigen werde, wenn nicht an der WAA schon gebaut wird, hofft er sich mit der FDP-Mehrheit einigen zu können, daß munter weitergebaut werden kann. Die Betriebsgenehmigungen erfolgen ja sowieso erst Jahre später. Nach den Vorstellungen von CDU/CSU muß die Bundesregierung offen erklären, daß sie die Absicht hat, das Kernenergieprogramm mit der Brechstange durchzuziehen. – Es dürfe *„nicht dahin kommen, daß eine Existenzfrage unseres Landes nun auf einmal von der Basis zweier Parteien her entschieden würde"* („FAZ", 8.8.77).

Ganz offen spricht auch die SPD-„Morgenpost" (Hamburg) aus, Parteitage könnten *„den Regierenden nicht vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben"*. Außerdem würden die Delegierten der Parteitage schon *„die Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten aufbringen"*, wenn ein entsprechendes Trommelfeuer erfolgt.

Dieses Trommelfeuer der harten AKW-Betreiber fordert, daß den Bürgerinitiativen *„jegliche demokratische Legitimation"* abzusprechen sei (so CDU-Lenzer laut „UZ", 9.8.77). Eine entsprechende Kampagne gegen die Bürgerinitiativen soll inszeniert werden, wo klargestellt wird, daß sich bei den AKW-Gegnern *„zunehmend diejenigen durchsetzen, die Arbeitslosigkeit und eine Wirtschaftskrise herbeiführen wollen, um unser politisches und wirtschaftliches System zu zerstören"* (SPD-Ahlers in „MoPo" vom 20.8.77).

Damit soll die Alternative aufgebaut werden, entweder für den zügellosen Ausbau der Kernenergie, oder man ist ein Gegner der bürgerlichen Ordnung.

Dieser Kurs zielt eindeutig darauf ab, größere Teile der Gesellschaft zu kriminalisieren und gegen sie brutalere Methoden des Polizeistaates anzuwenden.

Mit dieser Vorgehensweise spricht sich gleichzeitig der bürgerliche Staat ein totales Armutszeugnis aus, er ist nur fähig, Teile der AKW-Gegner mit Drohungen zu „überzeugen" und schreibt damit gleichzeitig größere Teile der Gesellschaft als Gegner des Kapitalismus ab, die sich heute keineswegs als solche verstehen.

AKW-Nein–Kommission

gen (zu) kommen („SZ", 10.8.), um

Strompreiserhöhung: Finanzierung des Atomprogramms

Ende Juli kündigte die zum bundeseigenen VEBA-Konzern gehörende Preußenelektra Strompreiserhöhungen für den kommenden Herbst an. Begründet wird dies *„mit der Verzögerung von Genehmigungsverfahren für den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken, beispielsweise in Brokdorf, Esenshamm und Grohnde"*. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.7.77) *„Allein der verzögerte Anlauf des Kraftwerks Unterweser in Esenshamm ... kostet die Preußenelektra und ihre stromerzeugende Tochter – die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) – Tag für Tag Einbußen von gut einer Million DM für teurere andere Brennstoffe und die Betriebsunterhaltung, einschließlich der Zinslasten errechnen sich hier sogar 48 Millionen DM Zusatzkosten im Monat."* („FAZ", 20.7.77)

Diese Argumentation ist nicht neu: Bereits im April wurde die Strompreiserhöhung der Bayernwerk AG mit der noch nicht erteilten Betriebsgenehmigung für das fertiggestellte AKW Ohu begründet. („Süddeutsche Zeitung" vom 5.4.77)

Mit dieser Argumentation werden die Verhältnisse vollständig auf den Kopf gestellt: Nicht die Stillegung, sondern die Errichtung der AKWs kosten den AKW-Betreibern Geld. *„Im Kernenergiebereich der Bundesrepublik werden bis 1985 Investitionen in einer Größenordnung von etwa 80 bis 100 Mrd. DM in jeweiligen Preisen zu finanzieren sein."* („Handelsblatt" vom 1./2.4.77)

Während die Kosten für die gesamte Entsorgung (allein die WAA köstet 10 Mrd. DM) von den AKW-Betreibern als enorm billig – nämlich mit rund 1 Pfennig pro Kilowattstunde – angegeben werden, sollen hier die Baustopps größere Strompreiserhöhungen rechtfertigen. Tatsache ist, daß AKW-Betreiber damit die teuren AKWs und ihre Profite zu finanzieren gedenken. Trotz angeblicher „Verzögerungskosten" im AKW-Bau stieg allein der Profit der Preußenelektra von127 auf 155 Mio. DM in diesem Jahr *„nach erheblichen Sonderabschreibungen und trotz beträchtlicher zusätzlicher Aufwendungen"* („FAZ", 2.7.77)

AKW-NEIN-Kommission

Atommüll-Versenkung im Meer

Wurden die Versenkungsaktionen von radioaktivem Müll im Meer von der European Nuclear Energy Agency (ENEA) Ende der sechziger Jahre, an denen vorwiegend die Staaten Belgien, Frankreich, BRD, Niederlande und Großbritannien beteiligt waren, noch strikt geheim gehalten, so ist man jetzt dazu übergegangen dies „demokratisch" abzusegnen.

So haben 23 der 24 Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)in Paris ein internationales Abkommen über die Versenkung von radioaktivem Müll im Meer beschlossen!

Das Abkommen sieht eine sechsmonatige „Vorwarnung" bei der Atommüllversenkung vor. Bei der Nutzung neuer Meeresgebiete soll die ENEA-Behörde 12 Monate vorher in Kenntnis gesetzt werden. Bei jeder „Entsorgungsfahrt" fährt in Zukunft ein Überwachungsbeamter der ENEA mit, um die radioaktiven Abfälle vor der Versenkung auf „unregelmäßigkeiten" zu überprüfen! Jedoch hat der ENEA-Kontrolleur nach dem neuen Abkommen keine (!) Möglichkeit, bei Einspruch eine Versenkung zu verhindern.

Bisher 52 000 Tonnen im Meer versenkt!

Kurz vor Abschluß des Abkommens gab ein ENEA-Sprecher bekannt, daß seit 1967 insgesamt 52 000 (!) Tonnen radioaktives Material im Meer versenkt worden sind. So haben allein die Niederlande und die Schweiz im vergangenen Monat (Juni) 4200 Container mit 3500 Tonnen Atommüll versenkt. Auch Großbritannien versenkte kürzlich erst wieder 3000 Container mit einem Gewicht von 2300 Tonnen.

Die Abfälle werden 965 Kilometer westlich der britischen und französischen Atlantikküsten in einer Meerestiefe von etwa 4600 Metern gelagert und enthalten in der Regel radioaktiv verseuchte Kleidungsstücke, die in einbetonierten Metallbehältern in die Tiefe gelassen werden.

Daß dies gegen die Seerechtskonvention verstößt, stört dabei herzlich wenig.

Das Abpumpen von „schwach" radioaktiven Abfällen aus Atomanlagen (z.B. Windscale, Cap de La Hague) direkt in die See ist hier noch nicht einmal inbegriffen!

Gegen diese Atommüll-Versenkung hatten die Spanier 1969 protestiert, nachdem vor der baskischen Küste eine erhöhte Radioaktivität festgestellt werden konnte (Strohm „Friedlich in die Katastrophe").

Die USA haben von diesen Versenkungsmethoden Abstand genommen, nachdem sich einige „unangenehme" Zwischenfälle ereignet hatten.

Spaziergänger fanden am Strand von Oregon gestrandete Atommüllfässer, Fischer bargen sie in ihren Netzen usw. Zuvor jedoch war strikt bestritten worden, das es Unterwasserströmungen gäbe.

1957 ereignete sich beim Versuch radioaktives Natrium vor der Küste von New York zu versenken, folgendes:

„48 Stunden später entdeckte die Küstenwache den schwimmenden Behälter nicht weit von einem der größten Häfen der Welt entfernt. Jagdflugzeuge (!) versenkten ihn durch Maschinengewehrgarben" (H. Strohm „Friedlich in die Katastrophe", S. 354).

Dies sollte reichen, um die Gefährlichkeit solcher Versenkungsmethoden zu belegen.

Verbot der Atommüllversenkung im Meer!

AKW-Nein-Kommission

Der böse Wolf von Morestel

Die gefürchteten *„Bullen"* des KB haben wieder einmal zugelangt: In Morestel (Umgebung von Malville), wo sie am Vorabend der Demonstration gegen den Superphenix *„für Recht und Ordnung"* sorgten (Zitate aus „info bug" 168).

Auf *„internen KB-Beschluß"* hin räumte die insbesondere den Spontis bereits von Brokdorf vertraute Spezialeinheit das Rathaus von Morestel, das von *„besoffenen Anarchos"* besetzt worden war.

Was aufs Neue zeigt, wie gefährlich das *„Wohlwollen"* ist, *„mit dem der KB von vielen betrachtet wird"*. Denn wenn der KB erst mal *„die wichtigste linke Gruppe geworden ist"* wie in Hamburg und es *„nicht mehr nötig hat, ‚leise' aufzutreten"* wie in Malville, legt der *„böse Wolf"* den *„Schafspelz"* ab, in dem er sich von allen K-Gruppen *„am geschicktesten"* zu verstecken versteht. Was bleibt, ist dann ein *„böses Erwachen"* angesichts der mobilen Ordnertrupps, die der KB seit Neuestem zu internationalen Einsätzen bringt.

Sei's drum. Jetzt, wo wir enttarnt sind, können wir's ja zugeben. Die sog. „Rathausbesetzung" in Morestel, über die „info bug" vermerkt, daß man darüber *„wirklich sehr geteilter Meinung"* sein könnte, war tatsächlich eine politisch unsinnige und schädliche Aktion (auch wenn sie in unserer Zeitung „die internationale" gegen die antideutsche Hetze der französischen Reaktion verteidigt wurde, ohne daß zum Zeitpunkt der Erstellung hierüber genauere Informationen vorlagen).

Deshalb diskutierten Leute vor dem Rathaus – Franzosen, Deutsche und andere, darunter sowohl Organisierte wie auch Unorganisierte – die Besetzung zu beenden. Französische Genossen gingen daraufhin rein und überzeugten die „Besetzer", das Rathaus wieder zu räumen, was auch geschah. Dann wurde eine Art „Wache" vor dem Rathaus gebildet, um mit den Leuten, die noch rein wollten, zu diskutieren, warum das nicht sinnvoll ist.

Daß die ganze Sache im „info bug" ziemlich anders aussieht, sehen wir schon irgendwo im Zusammenhang damit, daß es einige Westberliner gab, die schon Tage vorher bei reinem Anblick von AK–Verkäufern in Morestel in die Luft gingen, wobei wir nur mit Mühe handgreifliche Auseinandersetzungen vermeiden konnten.

Trotzdem tut's uns leid, daß ein Genosse – auch unter dem Eindruck solcher „Begegnungen" – im Zusammenhang mit der Rathausbesetzung von einer Aktion *„besoffener Anarchos"* gesprochen hat (auch wenn das nur für einen internen KB-Bericht geschah). Nicht, daß es unwahr wäre, daß einige reichlich angeheiterte Leute die Aktion mitbestimmten. Das wird auch in (linken) französischen Berichten so wiedergegeben. Nur tut das absolut nichts zur Sache. Ob „voll" oder nicht – an der Bewertung der Schädlichkeit der Aktion ändert das überhaupt nichts. In der politischen Auseinandersetzung ist so ein Spruch aber nur diffamierend und unsachlich (man muß im Gegenteil feststellen, daß in der Frage des französischen Weins recht breite „Aktionseinheiten" über alle möglichen politischen Differenzen hinweg bestanden).

In der nächsten Ausgabe von „info bug" (Nr.169) intervenierten dann einige Spontis ziemlich sauer gegen die Anmache gegen den KB mit der Begründung, daß so eine „Kritik" nur *„unnützes Mißtrauen und eine ekelhafte Atmosphäre"* schaffe. So sieht sich „info bug" nochmal zu einer „Untermauerung" ihrer Kritik genötigt, diesmal aber grundsätzlich und ohne die schon üblichen storys. Ob der KB nun hier und dort gute Sachen machen würde, sei völlig gleichgültig. Entscheidend sei nur, daß aus seinem kommunistischen Selbstverständnis eben *„Führungsanspruch, Avantgardedenken, Partei"* folge. Dies würde nicht bedeuten, daß man mit dem KB nicht zusammenarbeitet. *„Man kann mit ihm genausoviel oder genauso wenig zusammenarbeiten wie mit einem CDU'ler, KBW'ler, NPD'ler (!) oder SEW'ler, solange es um eine konkrete Sache geht, solange die Leute vernünftige Sachen machen"*.

Oje. Soll das Grundlage für eine *„anarchistische Organisierung"* sein, für die sich „info bug" jetzt verstärkt einsetzt (z.B. mit 16 Ausrufungszeichen)? Wir finden das ziemlich kaputt.

Vorankündigung

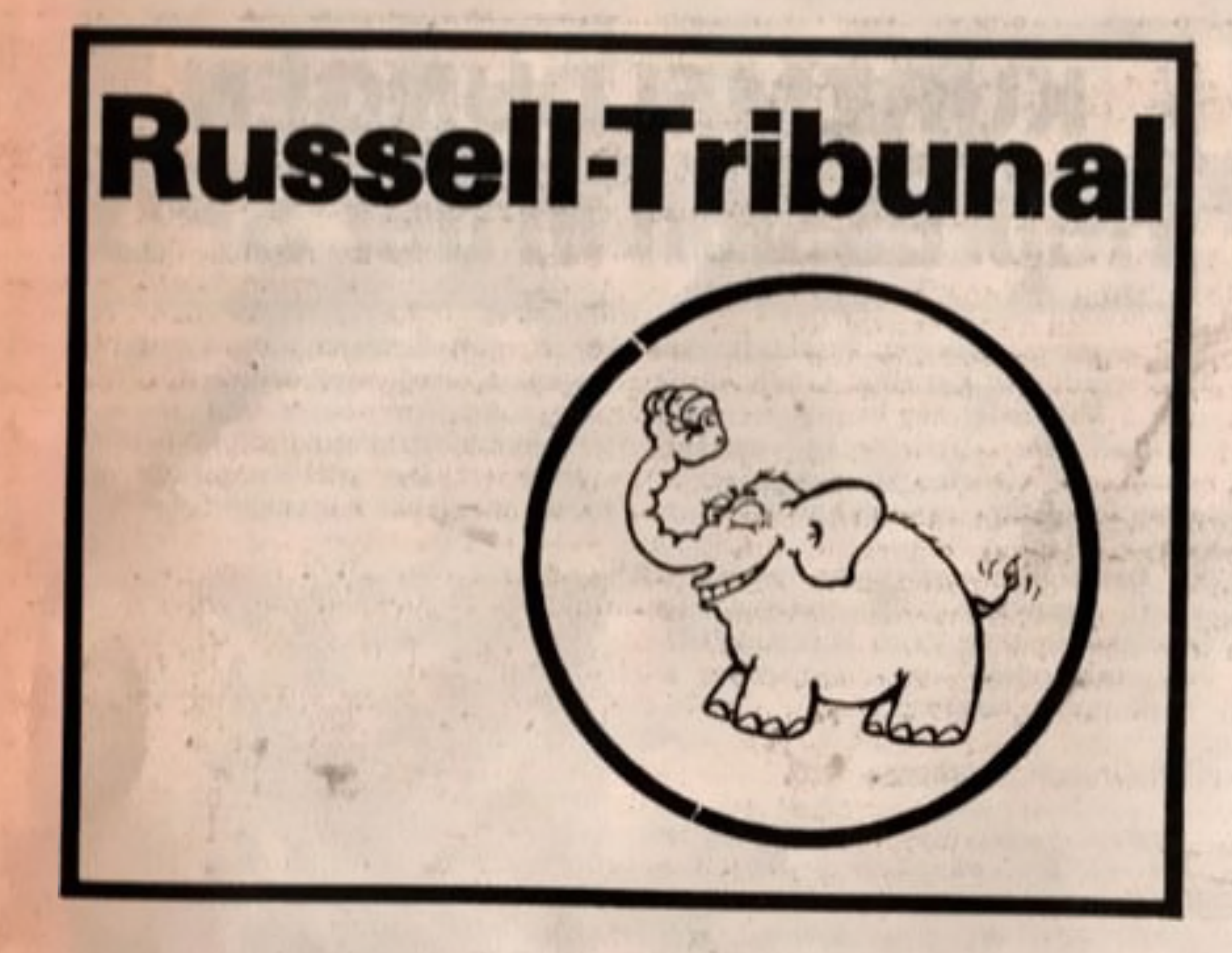


Eigenschaften von CN

Verwendung in chemischer Keule, Wasserwerfern, Tränengasgeschossen

Biologische Wirkung

Verschiedene Einsatzmöglichkeiten



AK/FU und Unvereinbarkeitsbeschlüsse

»Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse stehen im engen Zusammenhang mit den Berufsverboten, obwohl viele Gewerkschafter dies nicht wahrhaben wollen.« So heißt es in einer im Januar dieses Jahres erschienenen Broschüre des Westberliner Aktionskomitees gegen Berufsverbote an der FU (AK/FU) mit dem Titel *»Gewerkschaften und Berufsverbote«*. Man müßte dem allerdings heute hinzufügen, daß offenbar nicht nur »viele Gewerkschafter« das nicht wahrhaben wollen, sondern inzwischen auch Vertreter des AK/FU. Zwei von ihnen arbeiten immerhin im »provisorischen Sekretariat« für die Vorbereitung des Russell-Tribunals mit. Das AK/FU wie auch das »Sekretariat« sind in den letzten Monaten vor allem dadurch negativ in der westdeutschen und Westberliner Russell-Unterstützungsbewegung aufgefallen, daß sie sich für eine Einschränkung der Thematik des Tribunals stark gemacht haben, bei der gerade der Punkt der Unvereinbarkeitsbeschlüsse herausfällt.

Inzwischen bestreitet zwar das »Sekretariat« jede Einschränkung der Thematik, in der Praxis bleiben jedoch in allen öffentlichen Erklärungen und Presse-Interviews die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als wichtiger Teil der Repression in der BRD unerwähnt. Aus diesem Grunde ist es nicht ohne Belang, die Position des AK/FU zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, wie sie Anfang dieses Jahres in der genannten Broschüre dargelegt wurde

Aus diesem Grunde ist es nicht ohne Belang, die Position des AK/FU zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, wie sie Anfang dieses Jahres in der ge-
nannten Broschüre dargelegt wurde, kennenzulernen.

Die Broschüre beginnt mit der Feststellung: *»Die Gewerkschaften sind der wichtigste Faktor einer demokratischen Bewegung in der BRD. Mit ihnen gemeinsam, und nicht gegen sie, jede undemokratische Maßnahme des Staates und undemokratische Strömungen in der Öffentlichkeit zu bekämpfen, muß oberste Maxime des handelns sein«* (Seite 3).

Woher die Verfasser die Behauptung, »die Gewerkschaften« seien der wichtigste Faktor einer demokratischen Bewegung in der BRD, nehmen, wird nicht erklärt. Hier ist wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedankens. Es ist jedenfalls aus den letzten Jahren kein Beispiel bekannt, an dem dies deutlich geworden wäre. Die demokratische Bewegung hat in ihrem Kampf gegen die Rechtsentwicklung in der BRD bislång weitestgehend ohne »die Gewerkschaften« auskommen müssen, was nicht ausschließt, daß dieser Kampf von vielen Gewerkschaftlern unterstützt und mitgetragen wurde. Die DGB-Führungen jedoch als offizielle Repräsentanten der Gewerkschaften standen dabei erfahrungsgemäß auf der anderen Seite der Barrikade, indem sie dem Abbau der demokratischen Rechte durch die Bundesregierung nicht nur nicht entgegengetreten sind, sondern ihn zum großen Teil auch noch unterstützt haben. Teilweise erkennt das auch das AK/FU indem es feststellt, daß vor allem oppositionelle Kollegen in den Gewerkschaften den Kampf gegen die Berufsverbote führen: *»Diese Bewegung wird vor allem von Kollegen getragen, die nicht mehr bereit sind, die enge Bindung an die herrschende SPD-Politik mitzumachen«* (Seite 6). Diese Kollegen sind es aber auch, die von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen getroffen werden, wie auch das AK/FU feststellt: *»Wie allgemein die Tendenz zunimmt, linke Kritik an der SPD in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit zu bringen, so wird eine Kritik an den Gewerkschaftsvorständen zunehmend als gewerkschaftsfeindliche Aktivität gekennzeichnet. Jemand, der sich dafür einsetzt, daß demokratische Grundrechte auch für Kommunisten gelten sollen, ist entweder selbst ein Kommunist oder zumindest ein Freund von ihnen. Jemand, der mit Kommunisten gemeinsam gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse kämpft, unterstützt kommunistische Aktivitäten. So einfach ist das Weltbild antikommunistischer Politiker und Funktionäre«* (Seite 10).

Aus dieser Kritik an den UVBs müßte eigentlich der Schluß gezogen werden, daß der Kampf gegen die Berufsverbote engstens mit dem Kampf gegen die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführer verbunden sein muß, weil sie zwei Seiten derselben Medaille sind. Aber weit gefehlt. Das AK/FU zieht daraus folgende Schlußfolgerung: *»So notwendig eine Kritik an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ist, so darf dies nicht dazu führen, die Gemeinsamkeit des Kampfes mit den Gewerkschaften gegen die undemokratischen Kräfte in der Bundesrepublik in Frage zu stellen«* (Seite 10).

Dieser Satz ist recht typisch für die aus dem trotzkistischen Lager bekannte Methode, »die Gewerkschaften« oder auch »die Arbeiterklasse« zu beschwören, um die eigene opportunistische Politik zu vertuschen. Dennoch läßt sich leicht präzisieren, wer oder was hier mit dem Begriff »die Gewerkschaften« gemeint ist. Die demokratischen Kräfte im DGB jedenfalls nicht, da diese sich kaum an einer Kritik an den UVBs stoßen dürften, von denen

schaften« gemeint ist. Die demokratischen Kräfte im DGB jedenfalls nicht, da diese sich kaum an einer Kritik an den UVBs stoßen dürften, von denen
sie ja selbst betroffen sind, wie auch das AK/FU zugibt. Einen Sinn ergibt ein solcher Verzicht auf eine Kritik an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ja nur, wenn er als Angebot an die Urheber und Verfechter der UVBs gedacht ist.

Das heißt, daß vom AK/FU das Buhlen um eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführern eindeutig höher eingeschätzt wird als der Kampf gegen deren Ausschlußpolitik und die Unterstützung der Gewerkschaftslinken. Wobei impliziert ist, daß die Gewerkschaftsführer n i c h t zu den »undemokratischen Kräften« in der BRD gezählt werden — eine These, an deren Beweis das AK/FU sich einmal versuchen sollte!

Natürlich dient diese Politik nur dem hehren Zweck, die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder, die heute noch passiv ist, für den demokratischen Kampf und zuguterletzt auch für die Abschaffung der UVBs zu gewinnen. Weshalb man zu diesem Ziel allerdings gerade um diejenigen werben sollte, deren Aufgabe darin besteht, eben dies zu verhindern — das bleibt ein uraltes Rätsel der Opportunisten, dessen Lösung, wie jedermann weiß, nur einem sehr intimen Kreis von Trotzkisten bekannt ist (und die verraten's gemeinerweise nicht...).

Die DKP hat bereits vorgemacht, wo es hinführt, wenn man diesen Weg beschreitet: zu einem »Kampf« gegen die Berufsverbote, der nur noch zum Ziel hat, die eigene Haut retten und die Verfassungskonformität der DKP bestätigt zu bekommen. Die Gewerkschaftsführer hat die DKP aber dadurch auch nicht zum Bündnispartner gewinnen können.

Das AK/FU scheint nun, wenn man seine heutige Politik in der Russell-Unterstützungsbewegung betrachtet, ebenfalls gewillt zu sein, diesen Weg zu gehen: unter Verzicht auf den Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse den DGB-Führern nachzulaufen und dabei immer stärker diejenigen Linken zu bekämpfen, die diesen Verzicht nicht mitmachen wollen.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aktivitäten

GEW-Westberlin begrüßt Russel-Tribunal

Mit einem einstimmig verabschiedeten Beschluß begrüßt der geschäftsführende Vorstand der GEW-Westberlin (der aus dem DGB ausgeschlossene Verband) *„den Beschluß der Russel-Peace-Foundation (RPF), im Winter 77/78 ein Tribunal über Menschenrechtsverletzung in der BRD abzuhalten."* Die GEW-Westberlin *„unterstützt das von der RPF eingesetzte vorläufige Sekretariat"* und wird nun offiziell in der Westberliner Unterstützungsgruppe mitarbeiten. Sie *„ist stark interessiert an einer fundierten, umfassenden Untersuchung der innenpolitischen, staatlichen Repressionszustände und -zusammenhänge". „Aus i h r e r Sicht und i h r e n Aufgaben liegt der Schwerpunkt auf dem Thema Berufsverbote, Verfassungsschutzgesetze und -praktiken und den implizierten Grundrechtsbeschneidungen im öffentlichen Dienst. Als e i n e gravierende flankierene Maßnahme der staatlichen Unterdrückung sollte auch die innergewerkschaftliche Repression, besonders in Form des/der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, behandelt werden"* (Hervorhebungen im Original - Anm. AK). Deshalb begrüßt die GEW-Westberlin auch *„die Einrichtung der Arbeitsgruppe 'Gewerkschaftsrepression' des Westberliner Unterstützungskomitees"*, in der sie mitarbeiten wird. Die GEW-Westberlin wird sich an der Aufarbeitung von Materialien für das Tribunal (u. a. zu ihrem eigenen Ausschluß aus dem DGB) beteiligen und ruft ihre Mitglieder auf, für die Finanzierung des Tribunals zu spenden.

Westberlin: Arbeitsgruppen „Gewerkschaftsrepression" und „Frauen" eingerichtet

Auf der letzten Sitzung des Unterstützungskomitees stand die Einrichtung zweier Arbeitsgruppen zur Debatte. Die Diskussion um die „Arbeitsgruppe Frauen" ging recht reibungslos über die Bühne, denn das AK/FU änderte seine bisher ablehnende Haltung, da mit dem Einstieg von „Courage" dieser Bereich nicht mehr allein vom KB bestimmt werde. Doch beim Thema „Arbeitsgruppe Gewerkschaftsrepression" gab es wieder den leidigen Ärger. Jegliche Behandlung dieses Themas wurde vom AK/TU (Technische Uni, SEW-orientiert) und den ADSen (Studenten der SEW) abgelehnt, die

Jegliche Behandlung dieses Themas wurde vom AK/TU (Technische Uni, SEW-orientiert) und den ADSen (Studenten der SEW) abgelehnt, die
sogar mit ihrem Auszug drohten. Vom AK/FU wurde der hinlänglich bekannte „Kompromißvorschlag" unterbreitet, zwar die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu behandeln, in der Öffentlichkeitsarbeit diese aber nur im Zusammenhang mit anderen Repressionsmaßnahmen zu erwähnen. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Mit 13 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung wurde die Arbeitsgruppe eingerichtet. Das AK/FU nahm an der Abstimmung nicht teil, ohne allerdings, wie früher, mit dem Austritt zu drohen. Noch besteht allerdings die Möglichkeit, Öffentlichkeitsarbeit von der „Zustimmungspflicht" des gesamten Vorbereitungskomitees abhängig zu machen. Zu hoffen ist jedoch, daß solche Manöver im Interesse der Zusammenarbeit unterbleiben.

München: Unerfreuliches vom SB

Nachdem das Sozialistische Zentrum (SB) schon in der Vergangenheit durch das Abblocken einer Initiative für eine Veranstaltung unangenehm aufgefallen war (dem SZ war die Unterstützung nicht breit genug, obwohl dies gerade ein erster Schritt zur Bekanntmachung sein sollte), landete es jetzt einen neuen unerfreulichen Coup. Ohne Wissen und Absprache mit den bisher unterstützenden Gruppen lud das SZ verschiedene Organisationen (Bund demokratischer Wissenschaftler, GEW/hochschulgruppe, ÖTV/Rechtsbereich, Verband demokratischer Juristen, Amnesty) ein, um eine n e u e Unterstützungsinitiative ins Leben zu rufen. Sicherlich hätte niemand etwas dagegen einzuwenden gehabt, wenn das SZ diese Organisationen zu einem Gespräch gebeten hätte, um mit ihnen ihre bisherigen Vorbehalte gegenüber der bestehenden Initiative zu diskutieren. Der eingeschlagene Weg jedoch läuft eindeutig auf eine Spaltung hinaus. Großzügigerweise bot das SZ nämlich an, die bisherigen Unterstützer könnten sich ja an dem neugegründeten Zirkel beteiligen – Bedingung sei allerdings die vorbehaltlose Unterstützung des vorläufigen Sekretariats, was von der Münchner Gruppe abgelehnt wird. Damit scheint der Karren festgefahren zu sein, denn das SZ läßt keinerlei Absicht erkennen, den einmal eingeschlagenen Weg wieder zu verlassen. Somit provoziert das SB eine Entwicklung wie in Kiel, wo es zwei Unterstützergruppen gibt, eine für die Vorbereitung des Tribunals höchst abträgliche Sache.

Angeblich ist den vom SB neu hinzugewonnenen Partnern die bisherige Münchner Initiative „zu linkslastig". Dies stünde freilich im Widerspruch dazu, daß diese Gruppen die Mitarbeit von „Linksradikalen" im nationalen Maßstab wohl oder übel hinnehmen müßten. Oder geht es in Wirklichkeit vielleicht nur darum, in München die Durchsetzung

übel hinnehmen müßten. Oder geht es in Wirklichkeit vielleicht nur darum, in München die Durchsetzung
der eigenen Vorstellungen über die Unterstützungsarbeit durchzusetzen?

GOG fordert Behandlung der UVBs

Bochum: Die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IG Metall/Opel Bochum" und das „Solidaritätskomitee Opel Bochum" haben in einem Schreiben an das vorläufige Sekretariat *„die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Gewerkschaftsausschlüsse durch das Russell-Tribunal"* gefordert. An ihrem eigenen Fall (9 Kollegen wurden aus der IG Metall ausgeschlossen, weil sie auf oppositionellen Listen zu den Betriebsratswahlen kandidiert hatten) verdeutlichen sie, daß es sich bei der Ausschlußpolitik *„um die Durchsetzung der an den Profitinteressen des Kapitals orientierten Sozialpartnerschaftspolitik der Gewerkschaftsführung "* handelt. Weiterhin führen sie aus, daß zahlreiche Beispiele belegen, daß *„der Gewerkschaftsausschluß nur die Vorstufe für ein Berufsverbot (im öffentlichen Dienst) oder eine politische Kündigung (im Industriebereich) war."* Deshalb ist *„die Politik der UVBs und Gewerkschaftsausschlüsse....eine Form der Repression, wie sie in keinem anderen Land Westeuropas existiert – sie ist ein wesentlicher Bestandteil des 'Modell Deutschland'. "* Sie kritisieren dann die verschiedenen Versuche, dieses *„Thema aus dem Katalog des geplanten Russell-Tribunals herauszuhalten"*, denn *„wer die konzertierte Aktion von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung im Rahmen einer Anti-Repressionskampagne nicht angreift, setzt letztendlich die Grundlagen und die Stoßrichtung für den politischen Kampf falsch."*

„Unabhängig, überparteilich, neutral"

Auf die Gefahr hin, daß es den AK-Leser mittlerweile langweilt, weil's halt immer derselbe Ärger mit dem „vorläufigen Sekretariat" des Tribunals ist: Die Sekretäre haben mal wieder eine Glanzleistung ihrer vielbeschworenen „Unabhängigkeit " und „Neutralität" geliefert. Ganz im Sinne ihrer berühmten „Nichteinmischung" in die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Unterstützerbewegung verschickten sie zusammen mit ihrem Spendenaufruf in mindestens einem Fall eine Erklärung eines Teils des Westberliner Unterstützungskomitees gegen den KB (wir berichteten darüber).

Diese Sekretäre sind ja nicht nur parteilich, die sind sogar schon ü b e r-parteilich.

Berichtigung:

Berichtigung:

Im AK 109 haben wir über die „Bremer Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung" berichtet. Dabei unterliefen uns zwei Fehler:
1. Der Referendarrat am WIS arbeitet dort nicht mit, sondern stellt lediglich Beobachter.
2. Für die GIM gilt, daß sie zweimal anwesend war, dann aber ihr Desinteresse an einer Mitarbeit bekanntgab.

Die »Verträge von Potsdam« — auch 1977 noch richtige Grundsätze

Die sogenannte „Potsdamer Konferenz" der alliierten Siegermächte vom 17.7. bis 2.8.1945 faßte eine Reihe gemeinsamer Beschlüsse über die künftige Behandlung Deutschlands, die unter dem Namen „Potsdamer Verträge" bekannt wurden.

Als Ziel der Vereinbarungen wurde angegeben: **„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann".**

Damit war vertragsmäßig die Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus für alle Zukunft formuliert. Diese Absicht entsprach dem unter dem unmittelbaren Eindruck des II. Weltkrieges und des Grauens des Faschismus entstandenen Willen der Völker Europas, einschließlich breiter Teile des deutschen Volkes.

Die Einzelbestimmungen des Potsdammer Abkommens sahen u.a. vor: *„(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung. Zu diesem Zweck: (a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halbmilitärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen";*

„(III) Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen".

„4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazi-Anhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden".

Mit Gründung der BRD 1949 und

Fortsetzung auf S.14

Fortsetzung von S.13

der folgenden Re-Militarisierung ging eine rapide Aufweichung der aus den Verträgen resultierenden Verpflichtungen und eine massive Rehabilitierung von Faschisten sowie von faschistischen und militaristischen Organisationen einher.

Heute können faschistische „Traditions"organisationen wie die SS/HIAG ihr Unwesen treiben. Statt ein Verbot nazistischer Propaganda durchzusetzen, können heute alte und neue Nazis wie Frey (NPD), wie Rechtsanwalt Roeder, wie Christophersen, wie Eckart in Hamburg, Weil in Westberlin u.a.m. ungehindert offen nazistische Propaganda betreiben, können sie offen den Wiederaufbau der NSDAP fordern. Statt alle Anklänge an die Nazi-Gesetze zu beseitigen, werden Stück für Stück Gesetze, die eine Diskriminierung aufgrund von „Rasse, Religion oder politischer Überzeugung" beinhalten, wieder eingeführt, wie vor allem die sogenannten Berufsverboteerlasse, die fast wörtlich dem nazistische Gesetz zum Schutz des „Berufsbeamtentums" entsprechen.

Statt Nazi-Verbrecher zu bestrafen, wurden sie reihenweise entlassen, sind nach Einstellung der Nürnberger Verfahren zahllose Anklagen gar nicht erst aufgenommen worden. Inhaftierte Nazi-Verbrecher werden gegenüber anderen Gefangenen begünstigt. Über die Befreiung des Nazi-Verbrechers Kappler drücken westdeutsche Reaktionäre wie Kohl u.a. heute ihre Genugtuung aus. 1979 soll zum Stichjahr gemacht werden, um die Bestrafung von Nazi-Verbrechern überhaupt einzustellen.

Eine breite Welle von Nazi-Rehabilitierungs- und Nazi-Verherrlichungs-Propaganda begleitet gegenwärtig die Vorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie, „endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen".

Statt alte Nazis aus öffentlichen Ämtern zu entfernen, gibt es heute immer noch zahlreiche alte Nazis, die höchste Ämter in sämtlichen staatlichen Organen der BRD bekleiden, angefangen bei der Bundeswehr, aufgehört beim höchsten „Arbeitgeber", Alt-Nazi Schleyer.

Die Grundsätze des Potsdamer Abkommens gelten nach wie vor. Man kann nicht behaupten, daß diese Grundsätze heute „der Vergangenheit gehören". **Die Grundsätze des Potsdammer Abkommens sind nicht das Werk der Politiker** der Siegermächte, sondern sie sind authentischer Ausdruck der leidvollen Erfahrungen der Völker Europas mit Nazismus und Faschismus und Ausdruck der festen Entschlossenheit, eine Wiederholung zu verhindern, ein für allemal! Die Grundsätze des Potsdamer Abkommens sind Teil des Völkerrechts, im allerbesten Sinn dieses Wortes!

Das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD sollte sich unbedingt mit der Frage befassen, wieweit das Potsdamer Abkommen heute in diesem Land Anwendung findet, bzw. wo dagegen verstoßen wird.
weit das Potsdamer Abkommen heute in diesem Land Anwendung findet, bzw. wo dagegen verstoßen wird.
Hierfür muß die demokratisch-antifaschistische Öffentlichkeit der BRD entsprechendes Anklagematerial vorlegen!

»Sozialliberale« Sozial»hilfe«politik

Nach dem Rentenklau und der drastischen Senkung der Kosten im Gesundheitsbereich (vgl. AK 108, S.11) geht jetzt die „sozialliberale" Koalition daran, die Ausgaben für Sozialhilfeempfänger, also für die Ärmsten der Armen, erheblich zu reduzieren. Geplant ist bei der Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes ein Senken des jährlichen Anstiegs der Kosten von zur Zeit 18 auf künftig nur noch 10 Prozent (nach einem Vorschlag der Regierungschefs der Länder). Damit sollen, wie es beim Staatssekretär vom Bundesgesundheitsministerium Fred Zander (SPD) heißt, *„die Leistungen der Sozialhilfeträger an die Sparentscheidungen in der Krankenversicherung angepaßt werden"* („Frankfurter Rundschau", 8.8.77).

Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Hansheinrich Schmidt, sprach sich in den Fällen, in denen eine Änderung der schlechten Verhältnisse zu erwarten sei, für die Gewährung von Darlehen (!) aus. Das heißt, in diesen Fällen wird die staatliche Leistung auf Null herabgesenkt! Auch eine Ablösung der *„teuren Pflege in Heimen"* („FR", 8.8.77) zugunsten ambulanter Pflege und *„die Überführung eines Teils der Kosten in den Bereich der Krankenkassen"* (ebenda) könnten nach Schmidt zum Abbau von Sozialhilfeleistungen beitragen.

CDU/CSU schließen sich diesen Vorstellungen an. Nach Stoltenberg gehe es nicht an, *„daß die Sozialhilfe teils über den Renten und Löhnen liegt"* („Extra-Dienst", 12.8.77). Sein Vorschlag: *„...die jährliche Anpassung der Sozialhilfeleistungen nicht mehr an die Rentenversicherungsformel, sondern etwa an die Lebenshaltungskosten zu koppeln"* („FR", ebenda).
Bei der Kostendeckung für Sozialhilfe muß gesehen werden, daß schon der jährliche Anstieg von 18 Prozent, von dem jetzt bei der Argumentation ausgegangen wird und der jetzt ggf. auf 10 Prozent herabgedrückt werden soll, außerordentlich niedrig liegt. Noch 1971 und 1972 betrug die Kostensteigerung 20 Prozent, 1974 gar 28 Prozent (nach „FR", 15.8.77). Andere Faktoren, wie gestiegene Lebenshaltungkosten sind dabei noch nicht einmal eingerechnet!

Da zudem die Zahl der Sozialhilfeempfänger rapide zunimmt, allein in der Gruppe der 18 bis 21 jährigen von 1974 auf 1975 um 30 Prozent („FR", 15.8 77), bedeutet eine Reduzierung der Sozialhilfekosten die Vergrößerung des Elends in der BRD.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

In Kassels SPD läuft der Countdown

23 Unterzeichnern einer Solidaritätserklärung mit dem Ex-Jusochef Benneter droht der Parteiausschluß. Der Unterbezirksvorstand hat ihnen bis zum 31. August „Bedenkzeit" gegeben – danach sollen „Köpfe rollen". Im Gegensatz zu anderen, eher formalistischen Solidaritätserklärungen („in der Methode undemokratisch") stellt die Kritik einzelner Kasseler SPD-Rebellen" ein (zumindest in Worten) radikales Brechen mit der gesamten sozialdemokratischen Politik dar, deshalb ein ausführliches Zitat:

„Vorhin wurde gesagt, aus der SPD rausgeschmissen zu werden bedeutet politischen Selbstmord. Ich frage: Ist es nicht vielmehr politischer Selbstmord, in der SPD in dieser Form weiter zu bleiben? Vorher wurde gesagt, wir haben Angst, daß der Parteivorstand rechtsgerichtete Schüler an unsere Stelle setzt, wenn wir rausgeschmissen worden sind. Ich finde es nach wie vor viel schlimmer, daß wir hier zur Zeit die Funktion dieser rechten Schüler übernehmen – noch viel besser als diese es könnten, denn wir schaffen es, einen großen Teil der SPD-Linken an die SPD zu binden und damit deren politische Kraft zu absorbieren.

Viele Jungsozialisten sagen: Wir müssen in der SPD bleiben, um Dämme zu halten, die sonst brechen würden. Ich frage: Welche Dämme sollen wir denn noch halten? Welche Dämme hat die SPD noch nicht geholfen zu durchbrechen, obwohl wir in der SPD waren?

Sozialdemokraten haben maßgeblich politische Berufsverbote eingeführt, haben die Notstandsgesetze mit befürwortet; sie sind für Atomkraftwerke und hören verfassungswidrig Gespräche ab; sie dulden eine die menschliche Psyche und den Organismus zerstörende Isolationshaft sogar schon während der Untersuchungshaft und haben als Höhepunkt und Ausdruck ihrer innerparteilichen Intoleranz den demokratisch gewählten Vorsitzenden der Jungsozialisten aus der SPD rausgeschmissen. Genossen, die Dämme sind bereits gebrochen! Es konnte nicht verhindert werden dadurch, daß wir in der SPD gearbeitet haben" (Rede eines der Unterzeichner auf einer Konferenz Kasseler Jusos am 22.6. 77, zitiert nach „Stattzeitung" Nr. 16).

„Solidarität hilft siegen", unter diesem Motto wollen die Unterzeichner noch mehr Unterschriften sammeln, die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und den Kontakt zu anderen SPD-Bezirken knüpfen.

KB/Gruppe Kassel

KURZMELDUNGEN
Repression in der SPD

Mit einem einjährigen Funktionsverbot wurden in Karlsfeld (Südbayern) alle 5 Mitglieder des Juso-Vorstandes bestraft. Ihr „Verbrechen" bestand darin, daß sie eine Solidaritätserklärung mit Benneter veröffentlicht hatten.

Das Verbot gilt nicht für Kreis- und Unterbezirksdelegationen. Es dürfen allerdings keine höheren Delegationen oder Vorstandsmandate übernommen werden.

KB/Gruppe Nürnberg

Vechta: Gegen den Vorsitzenden des Juso-Unterbezirks Vechta, Bert Wollersheim, und gegen das Juso Vorstandsmitglied Klaus-Dieter Bollmann wird auf Beschluß des Unterbezirksvorstandes Vechta ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet.

Es wird ihnen vorgeworfen, das Parteiinteresse geschädigt zu haben, da sie die Initiative für eine Unterschriftensammlung für das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" ergriffen haben sollen. Außerdem ist der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion von Vechta von diesem Amt zurückgetreten, da eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" in der Fraktion nicht mehr gegeben sei. Drei SPD-Stadträte hatten ebenfalls den Aufruf unterschrieben („NWZ", 8.8.77).

***

Kassel: Der Juso Richard Kallok ist auf Beschluß der Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Kassel-Land aus der SPD ausgeschlossen worden. Er hatte sich „öffentlich" der Solidarität mit Benneter angeschlossen. Mit der gleichen Begründung erhielten drei weitere Jusos ein einjähriges Funktionsverbot, sechs wurden gerügt („UZ", 6.8.77).

***

Leverkusen: Ein dreijähriges Funktionsverbot erhielt Sabine Drutschmann, Mitglied des Leverkusener Juso-Vorstands. Ihr wird vorgeworfen, *„... ihre Mitgliedschaft in der SPD dazu zu benutzen, ohne Rücksicht auf die innerparteiliche Ordnung ihre Ziele unter Inkaufnahme chaotischer Verhältnisse in der Partei durchzusetzen"*. Gegenstand ihres „Verstoßes" war eine Stellungnahme des Leverkusener Juso-Vorstands Anfang 1976 gegen einen Berufsverbotefall. Sie hätte sich damit für einen Kommunisten eingesetzt. (Wir berichteten im AK darüber). Der Bezirksausschuß der Jusos Mittelrhein verurteilte Anfang Juli einstimmig diesen Beschluß („Dokumentation 5" über P.O.-Verfahren in Leverkusen).

***

Karlsfeld/München: Mit einjährigem
***
Karlsfeld/München: Mit einjährigem
Funktionsverbot wurde der gesamte (!) Vorstand der Juso-Arbeitsgemeinschaft von Karlsfeld im Landkreis München belegt, weil er sich mit Benneter solidarisiert hatte und eine entsprechende Erklärung ohne Einverständnis (!) des SPD-Ortsvereins der Presse übergeben hat („ed", 5.8.77).

***

Brühl/Köln: Offensichtlich abgeschossen werden soll der Juso-Vorstand des Erftkreises. Jusos aus Brühl hatten in einer „Erklärung zur Lage der SPD" kritisch zur Politik ihrer Partei Stellung genommen. Jetzt wird der Juso-Vorstand gefragt, inwieweit er sich mit den gemachten Äußerungen identifiziert und inwieweit er die Erklärung mitträgt.

Hintergrund ist, daß die Jusos im Erftkreis eine Veranstaltung zu den Berufsverboten gemacht haben, zu der auch der ausgeschlossene ehemalige Juso-Vorsitzende Benneter eingeladen worden war, und die unter Androhung von Ordnungsmaßnahmen vom Unterbezirksgschäftsführer verboten worden war. Allerdings fand die Veranstaltung trotzdem statt; ohne daß aber der Juso-Vorstand als Veranstalter auftrat („ed", 19.8.77).

***

Solidarität mit Benneter und gegen die laufenden Parteiordnungsverfahren

Rund 150 Parteiordnungsverfahren gegen Partei-Linke laufen gegenwärtig in der SPD. Obwohl der Rundschlag des SPD-Vorstands gegen die parteiinterne Opposition nicht seine Wirkung verfehlt hat, gibt es immer noch Widerspenstige:

Aachen: Nachdem die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Aachen drei Mitglieder des Juso-Vorstandes mit Funktionsverbot belegt hat (29.6.77), solidarisierte sich die Vollversammlung der Aachener Jusos mit den Gemaßregelten und forderte die SPD-Führung auf, die Politik einzustellen, *„die anstelle der Argumente den administrativen Knüppel setzt"* („SK" 15/16, August 77).

***

Münster: Die Delegiertenkonferenz der Jusos im Unterbezirk Münster forderte vom Parteivorstand, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufzuheben und die laufenden Ordnungsverfahren einzustellen.

***

Osnabrück: Die Unterbezirkskonferenz der Jusos von Osnabrück bekräftigte den im Mai gefaßten Solidaritätsbeschluß mit Benneter und **erweiterte ihn um einen Protest gegen alle anderen im Zusammenhang mit dem Benneter-Ausschluß eingeleiteten Ordnungsverfahren.**
alle anderen im Zusammenhang mit dem Benneter-Ausschluß eingeleiteten Ordnungsverfahren.

SPD-Kommission

Hui, was soll denn das? .. Dänische Revis für Russell-Tribunal?!

Auf dem Seminar von VENSTRE SOZIALISTERNE (VS) vom 24.7. bis 29.7. fand am 29.7. u.a. eine Podiumsdiskussion zwischen den vier großen linken Organisationen Dänemarks VS, SF, FS und DäKP statt. Es ging um das Thema: „Kampf gegen die Rechtsentwicklung in Europa". Hier wurde in sehr solidarischer Atmosphäre darüber gestritten, welche strategischen und taktischen Schritte angesichts der neueren Rechtsentwicklung in Dänemark und dem drohenden Import des „Modell Deutschland" einzuschlagen sind.

Auf die Frage des Vertreters des Kommunistischen Bundes (der vom VS zum Seminar als Referent zum Thema: „BRD – Brennpunkt der Rechtsentwicklung in Europa" eingeladen worden war), wie sich die anwesenden Organisationen eine Unterstützung der Vorbereitungen zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD vorstellen, antwortete der DäKP-Vertreter: „Die DäKP begrüßt solche Aktivitäten und wartet darauf, zur Beteiligung aufgefordert zu werden!"

Die Vertreter des KB versprachen ihm (und den anderen Organisationen), sich dafür einzusetzen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Sanierungsterror von der Stadt –

»Sanierungsterror von der Stadt – den haben wir in Dortmund satt!«

Unter dieser Parole wurde am 8.8. das Haus Helmuthstr. 28 in Dortmund-Dorstfeld von der BI Unterdorstfeld und der Dortmunder Selbsthilfe (DSH) besetzt. Sofort wurde mit Verschönerung und Renovierung des Hauses begonnen. Obwohl u.a. eine kinderreiche Familie großes Interesse am Einzug gehabt hatte, steuerte die Stadt Dortmund als Hausbesitzer zielstrebig auf Abriß zu.

Das ist nun bei der Stadt schon Routine: Die Proteste, die nach Erstellung des Bebauungsplanes von der Bevölkerung hageln, werden abgeledert, die Häuser werden aufgekauft, Bewohner werden vertrieben. Wenn die letzten raus sind, kommt ein Bautrupp, der Fenster, Türen, Elektro- und Wasserleitungen rausreißt und zerschlägt, um das Haus unbewohnbar zu machen. Schließlich werden Fenster und Türen zugemauert. Wenn sich dann jemand gegen diese Praktiken zur Wehr setzt – wie in der Helmuthstr. 28 – wird Anzeige wegen Hausfriedensbruches erstattet. So auch diesmal.

Einen Tag später, am 9.8., um 6.30 Uhr, rückte die Polizei mit 50 bis 100 Mann an, früh genug, um allzu große Öffentlichkeit zu vermeiden. Die rund 20 Besetzer wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Widerstand war nicht geleistet worden. Allerdings gab es erhebliche Schwierigkeiten, fünf der Besetzer, die sich mit Megaphon aufs Dach zurückgezogen hatten, von dort zu vertreiben (siehe Bild).

Kommentar eines Anwohners: „Für die Kosten für die Räumungsaktion hätte das Haus prima renoviert werden können." („Westfälische Rundschau", 10.8.).

Ein Dortmunder Genosse



Hausabriß in Dortmund: Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer

Betrieb und Gewerkschaft



Metall

MAN-Arbeiter: Um eine Erfahrung reicher

Hamburg: Am 4.8. einigten sich Betriebsrat und Geschäftsleitung der MAN nach 18 Stunden Verhandlung auf einen Sozialplan für die rund 250 Arbeiter und Angestellten, die durch die Stillegung des Kesselbaus im Hamburger Werk ihren Arbeitsplatz verlieren.

Mit dem Sozialplan hat der MAN-Vorstand die Einstellung des Kesselbaus erreicht, und die aus diesem Grund gekündigten Kollegen erhalten eine nach Alter und Betriebszugehörigkeit gestaffelte Abfindung. Überaus befriedigt stellte ein Konzernsprecher nach Abschluß der Verhandlungen fest, daß sich nun endlich die vom MAN-Vorstand schon immer angestrebte „gütliche Einigung" durchgesetzt habe.

„Der Sozialplan ist keine Lösung"

Monatelang hatten Betriebsrat und Hamburgs IGM-Führer in kaum zu überbietender Radikalität getönt, daß man die Stillegung des Kesselbaus nicht hinnehmen werde. Ein Sozialplan wurde während dieser Zeit ausdrücklich abgelehnt. *„Wir lassen uns die Arbeitsplätze nicht mit dem Linsengericht eines Sozialplans abkaufen"*, so der BR-Vorsitzende Jansen. Stattdessen wurde das Motto ausgegeben: *„Wir müssen wieder lernen zu kämpfen."*

Das waren große Worte, aber die konkrete betriebliche Praxis sah anders aus.

Eine systematische Einbeziehung und Vorbereitung der Belegschaft auf kämpferische Aktionen hat es nie gegeben. Im Gegenteil: im gleichen Maße wie die Kapitalisten die Auseinandersetzung zuspitzten, wurde der gewerkschaftliche Widerstand schwächer. Zum Zeitpunkt der ersten Kündigungen war dann gewerkschaftliche Gegenwehr absolute Fehlanzeige.

So wurde bewußt und zielstrebig auf einen Sozialplan hingearbeitet, und nachdem über 70 Kündigungen ausgesprochen waren, hielten die IGM Führer den Zeitpunkt für gekommen, nach bewährtem Rezept – *„es gibt keine andere Möglichkeit mehr, als durch einen Sozialplan möglichst viel herauszuholen"* – eine derartige Vereinbarung abzuschließen.

Schenkt man den Gewerkschaftsführern glauben, dann war – angesichts der Lage – der Abschluß sogar noch ein Erfolg. Erreicht wurde eine sogenannte Beschäftigungsgarantie für 1978. Abgesehen davon, daß derartige Zusagen nie unumstößlich sind, wurde hiervon der Kesselbau ausdrücklich ausgenommen.

Besonders dreist ist aber, wenn sich die IGM-Ortsverwaltung jetzt damit brüstet, daß für alle betroffenen Kollegen Kündigungsschutzklagen eingereicht wurden, und daß dadurch 4 bereits Entlassene wieder eingestellt werden mußten und einzelne über den Kündigungstermin hinaus ihren Lohn erhalten.



Denn nach dem Sozialplan erhalten nur diejenigen eine Abfindung, die keine Klage einreichen bzw. die diese zurücknehmen. Hiermit wird auf erpresserische Weise die Einstellung der Prozesse erzwungen. Inzwischen wurde sogar bekannt, daß die IGM-Ortsverwaltung einem Kollegen eine Einstweilige Verfügung zur Durchsetzung seiner Weiterbeschäftigung verweigert hat, weil diese nach Abschluß des Sozialplans keine Aussicht auf Erfolg haben werde.

Die Hamburger IGM-Führung: „Neue Strategie gegen Arbeitsplatzvernichtung"

Es schien zeitweilig so, als ob die kämpferischen Sprüche mit denen die IGM-Ortsverwaltung auf die Stillegungspläne bei MAN reagierten, einen gewerkschaftspolitischen Kurswechsel anzeigten. Es wurde der Eindruck erweckt, als ob man nach jahrelangem Stillhalten endlich aufgewacht sei. Die Protestwelle bei MAN sollte eine neue Strategie beinhalten: *„Der Sozialplan ist keine Lösung – wir wollen eine Ersatzfertigung!"* („Metall", 25/26/76).

Im November 1976 erschien die erste Nummer einer neuen IGM-Zeitung für Hamburg „Arbeitsplatz Hamburg". Diese Zeitung sollte durch eine *„bessere und umfangreichere Information"* die *„heiße Phase des Kampfes bei MAN"* vorbereiten. Gleichzeitig wurde den MAN-Kollegen *„die Kraft einer großen Organisation, die all ihre Erfahrungen und Mittel Euch zur Verfügung stellt"* zugesichert.

Der Betriebsrat und allen voran der Vorsitzende Jansen taten ein übriges, um diesen Eindruck zu verstärken. *„Wir nehmen die Entscheidung nicht hin. Jetzt muß mit verschärften Arbeitskämpfen gerechnet werden."*

Im Betrieb wurden große Pläne geschmiedet, u.a. wurde der Aufbau einer Betriebsgruppe sowie die Herausgabe einer IGM Betriebszeitung angekündigt.

Im Januar d.J. fand dann endlich die mehrfach verschobene Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung statt. Diese war mit etwa 12.000 Kollegen die größte Demonstration der IG Metall seit vielen Jahren.

Die Demonstration, die neue Zeitung hoben sich zwar positiv ab, insbesondere gegenüber der totalen Passivität früherer Jahre, trotzdem ließen sie Zweifel an der Ernsthaftigkeit der IGM-Führer aufkommen.

Sämtliche Aktivitäten einschließlich der betrieblichen zeichneten sich durch schlechte Mobilisierung, und mangelnde Information und Beteiligung der Kollegen aus. So wurde vor allem die betriebliche Auseinandersetzung gezielt auf einen kleinen Kreis von Kollegen beschränkt.

Und als es darauf ankam, nachdem der MAN-Vorstand die ersten Kündigungen ausgesprochen hatte, war von dem groß angekündigten Widerstand der IGM-Führung nichts mehr zu hören und zu sehen. Die ganze Kraft der „großen IG Metall" erschöpfte sich in einer jämmerlichen Protestaktion, zu der aus allen Hamburger Metalll-Betrieben sage und schreibe 120 Kollegen „mobilisiert" wurden.

Der Betriebsrat setzte zwar gegen den Willen der Geschäftsleitung eine mehrtägige Betriebsversammlung durch, allerdings nicht mit der Absicht, konkrete Kampfmaßnahmen einzuleiten. Am Ende meinte Betriebsrat Melzer: „Jetzt brauchen wir erst mal eine Ruhepause."

Mit dieser gezielten Abwiegelei sorgten IGM Ortsverwaltung und Betriebsrat dafür, daß immer mehr Kollegen resignierten. Sie schafften damit gleichzeitig die Voraussetzung, daß die Belegschaft einen Sozialplan als einzige noch machbare Alternative akzeptierten.

Die Entwicklung bei MAN hat eindeutig bestätigt, daß von einer neuen Strategie der Gewerkschaftsführer gegen Massenentlassungen keine Rede sein kann. Ein Kurswechsel hat nicht stattgefunden, sondern nur eine geschicktere, auf die besonderen Bedingungen in der Hamburger Metallindustrie zugeschnittene Variante der alten Politik. Mit genau der gleichen Taktik wurde vor gut einem Jahr das Schicksal der von der Stillegung von Heidenreich und Harbeck betroffenen Kollegen besiegelt.

Hieraus gilt es die Konsequenzen zu ziehen. Es ist notwendig, daß in den Betrieben, besonders dort, wo Entlassungen angekündigt bzw. vorbereitet werden, alles getan wird, einen selbstständigen Widerstand der Kollegen vorzubereiten.

Metallkommission

Zynische Vorschläge zum »Arbeitsschutz« Arbeit mit krebserzeugenden Stoffen für ältere Arbeiterinnen und Arbeiter

„In der Diskussion über Maßnahmen zur Reduzierung des Gesundheitsrisikos beim Umgang mit erwiesenen oder potentiell krebserzeugenden Arbeitsstoffen wurde in der letzten Zeit mehrfach vorgeschlagen, an solchen Risikoarbeitsplätzen ältere Arbeitsnehmer (über 40 Jahre) zu beschäftigen, weil Krebssymptome erfahrungsgemäß erst nach einer verhältnismäßig langen Zeit (Latenzzeit) auftreten.

Durch solch eine organisatorische 'Schutz'maßnahme könnte angeblich die Zahl der arbeitsbedingten Krebsopfer reduziert werden" („Der Gewerkschafter", 8/77). Die Latenzzeit soll angeblich fünf bis 20 Jahre betragen.

Diese unglaublichen Vorschläge wurden im Mai '77 auf einer von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung durchgeführten Tagung *„von leitenden Werksärzten der Hoechst AG in Frankfurt und der Bayer AG in Leverkusen gemacht..."* („Frankfurter Rundschau", 17.8.77). Zahlreiche Anwesende belohnten diesen „Beitrag zum Arbeits s c h u t z" mit Beifall. Der gleiche Vorschlag von zwei Arbeitsmedizinern tauchte dann im Juni noch einmal in der Zeitschrift der Berufsgenossenschaft auf. Also ein für die „Fachwelt" durchaus diskussionswürdiges Thema, auch wenn das Arbeitsministerium jetzt erklärt, alle Erwägungen, nur ältere Arbeitnehmer auf derartigen Plätzen zu beschäftigen, seien längst verworfen.

Das besonders Makabre an der Sache ist, daß derlei „Erwägungen" als „Schutz"maßnahmen bezeichnet werden. Daß sich solche Ministerien nicht um tatsächliche Schutzmaßnahmen kümmern (siehe unten) wundert da nicht mehr.

Einreihen lassen sich diese Vorschläge nur noch in die vor einiger Zeit bekannt gewordenen Skandale:

Im Atomkraftwerk Biblis wurden Häftlinge bei strahlengefährdenden Arbeiten eingesetzt und eine Firma in Rosenheim hat sich Häftlinge für gesundheitsschädigende Arbeiten kommen lassen (nach „Hamburger Morgenpost", 17.8.77). Gab es da nicht schon einmal vor nicht allzu langer Zeit „minderwertiges Menschenmaterial"?

So skandalös dieser Fall ist, so sollte doch nicht vergessen werden, daß schon seit Jahr und Tag Kollegen gefährlichen und giftigen Arbeitsstoffen ausgesetzt sind, wobei *„selbst manche 'Fachleute' glauben, den Arbeitnehmern vorhandenes Wissen über Gefährdung vorenthalten zu dürfen, um diese nicht unnötig zu beunruhigen"* („DG", 8/77).

Die Gefährdung nimmt sogar rapide zu:
Jährlich werden ca. 500 neue chemische Stoffe in die Arbeitsprozesse eingeführt („FR", 17.8.). Doch schon jetzt müssen die Wissenschaftler zugeben: *„Für krebsauslösende Stoffe gibt es keinen Beweis für einen tolerierbaren Schwellenwert"* (Interview mit Prof. Henschler vom Institut für Toxikologie und Pharmakologie an der Universität Würzburg, zit. nach „DG", 7/77), d.h. daß es nach den gegenwärtigen Erkenntnissen keine Stoffliste gibt, für die eine noch als unbedenklich anzusehenden Konzentration angegeben werden kann. Insgesamt sind 1976 lediglich 42 Stoffe offiziell als krebserregend verzeichnet, in diesem Jahr werden es ca. 50 werden.

Zugegeben wird in dem Interview auch, daß bisher kaum Untersuchungsmöglichkeiten angewendet werden, um gefährliche Stoffe auf Krebsförderung zu untersuchen.

„Die Schwierigkeiten zur Erfüllung dieser Forderungen liegen in der Tatsache, daß sachgerechte Tierversuche außerordentlich geld- und zeitaufwendig sind. Auch gibt es zu wenig gut ausgebildete Fachleute und es fehlen geeignete Laboratoriumseinrichtungen, um auf breiter Basis derartige Prüfprogramme durchführen zu können" („DG", 7/77). Natürlich, da ist es für die Kapitalisten schon billiger, die Arbeiter bis zur Krebserkrankung arbeiten zu lassen. Die ärztliche Behandlung und der evtl. folgende Tod der Kollegen kosten sie nichts mehr.



Arbeit mit giftigen Stoffen

Gesetzlich brauchen die Kapitalisten kaum etwas zu befürchten: Die 1976 in Kraft getretene Neufassung der erst seit 1971 gültigen Arbeitsstoffverordnung wird als Fortschritt gepriesen, weil es hier erstmalig gelungen sei, *„das breite Spektrum der gefährlichen Arbeitsstoffe in einem einheitlichen System zusammenzufügen"* („DG", 7/77). Wie weit man doch gekommen ist . . .

Nach wie vor gibt es kein Gesetz, das die Anmeldung, vor allem Prüfung und gegebenenfalls das Verbot neuer Stoffe vorschreibt. Verbote krebserzeugender Stoffe gibt es ebenfalls nicht. Diese Zustände sind im wahrsten Sinne des Wortes mörderisch und mit Recht fordert auch das IGM-Funktionärsorgan *„dort, wo durch eine Umgestaltung der Arbeitsverfahren die Krebsgefährdung nicht beseitigt werden kann ... ein Verbot dieser Substanzen..."* („DG", 7/77). Doch wie so oft wird die Frage der Durchsetzung dieser Forderung nicht beantwortet. Denn neben allgemeinen Appellen an Staat und Berufsgenossenschaft wird ein *„gleichgewichtiges Mitbestimmungsrecht"* angeboten. Und darauf wartet die Gewerkschaftsführung ja noch bis zum St. Nimmerleinstag!

Metallkommission

Wieder zwei Todesopfer bei Blohm + Voss

Hamburg. Die Serie schwerster Arbeitsunfälle auf der Großwerft Blohm + Voss reißt nicht ab. Am 16.8. um 14,25 Uhr stürzte ein 220 t schwerer Kranausleger bei Verladearbeiten ab – eine Trosse war gerissen. Dabei wurde der 47jährige Inspektor Rolf Kotoucek der Firma Ulrich Harms von dem herabstürzenden Kolli erschlagen. Der 29jährige Turnagöl wurde ins Wasser geschleudert. Seine Leiche konnte erst nach drei Stunden geborgen werden.

Das Unglück ereignete sich an dem Neubau des von der Sowjet-Union georderten Kranschiffs „Aserbajdshan". Dieses größte Kranschiff der Welt (Hebekraft 2500 t) war vor rund sechs Wochen schon einmal wegen eines spektakulären Unfalls in die Schlagzeilen geraten. Das Schiff, das im Kaspischen Meer eingesetzt werden soll, mußte für seinen Transportweg über die russischen Binnenwasserstraßen und die Wolga längsseits in drei Teile zerschnitten werden. Die beiden Außenteile kippten plötzlich um – 6 Arbeiter wurden ins Wasser geschleudert, kamen aber mit leichten Verletzungen glimpflich davon.

Während das mittlere Teil des Schiffes seit Montag, den 15.8. in Richtung Leningrad geschleppt wird, sind die beiden Außenteile mittlerweile zu einer Transporteinheit verschweißt.

Am 23.8. sollten sie ebenfalls auf die Reise gehen. **Es wurde wie so oft unter Zeitdruck gearbeitet.**

Der riesige Kranausleger sollte von dem Schwimmkran „Magnus I" der Bergungsfirma Harms, die im Hafen als „Hauruck-Firma" nicht eben den besten Ruf genießt, vom Werftgelände an Deck gehievt werden. Dabei passierte das Unglück. Außer den beiden Todesopfern wurden weitere zwei Arbeiter von B + V verletzt.

Die Kriminalpolizei hat im Zuge der Untersuchung der Unglücksursache die gebrochenen Trossen sowie die von Blohm + Voss ausgestelllten Ladepapiere beschlagnahmt. Nach Angaben der Polizei (laut „Hamburger Abendblatt", 17.8.) *„soll das Gewicht des Auslegers mit 180 Tonnen angegeben sein. Diese Eintragung ist erst später handschriftlich auf 220 Tonnen geändert worden – 135 Tonnen an Steuerbord und 85 Tonnen an Backbord"* (in (in einem Bericht der „Hamburger Morgenpost", vom 17.8., werden die beschlagnahmten Papiere als „Hebeprotokoll der ‚Magnus I'" bezeichnet, was möglicherweise auf eine Verantwortlichkeit der Firma Harms hindeutet).

Nicht mitgeteilt wurde bisher, ob die Unglückstrossen von B + V oder von Harms gestellt wurden. Üblicherweise arbeitet die Verladefirma – hier Harms – mit ihrem eigenen Gut.

Auch wenn die ersten Untersuchungsergebnisse darauf hindeuten, daß ein wesentliches Verschulden bei der Firma Harms zu sehen ist, muß die erste Stellungnahme der IG Metall als völlig unpassend bezeichnet werden. Laut NDR („Umschau am Abend", 17.8.) hieß es im Gewerkschaftshaus, die Sicherheitsbestimmungen bei B + V seien „ausreichend". Daß dies keineswegs der Fall ist, beweisen nicht zuletzt die tödlichen Unfälle der jüngeren Zeit, die auf der Werft noch in wacher Erinnerung sind: die 27 Toten der Kesselexplosion auf der „Anders Maersk" im vergangenen Jahr und der Tod eines Meisters, der von einem Hubwagen zerquetscht wurde. **„Sowas kann auf einer Werft schon mal passieren"**, war dem Vernehmen nach der Kommentar zum jüngsten Unfall von Seiten eines IGM-Sprechers gegenüber dem NDR.

Wir sind da eindeutig anderer Meinung!

Betriebszelle Blohm + Voss
KB/Gruppe Hamburg


Alaetin Turnagöl


Rolf Kotoucek


Zu schwer: 220 Tonnen hingen an dieser Stahltrosse

Berufsverbote für Facharbeiter?

Hamburg: Die Kollegen G.J. und R.L., die mit der fadenscheinigen Begründung „Arbeitsmangel" von den MBB-Kapitalisten gefeuert wurden, bleiben trotz mehrerer gewonnener einstweiliger Verfügungen und trotz einer positiven Arbeitsgerichtsentscheidung in ihren Kündigungsschutzprozessen weiterhin ausgesperrt! Die Geschäftsleitung unterstrich noch einmal ihren Entschluß, die Kollegen auf keinen Fall weiterzubeschäftigen, in dem sie jetzt in allen Verfahren beantragte, das Arbeitsverhältnis selbst dann aufzulösen (gegen die Zahlung einer Abfindung), wenn die Kündigung rechtswidrig sein sollten, da eine Weiterbeschäftigung der Kollegen für die Firma „unzumutbar" sei! Als Begründung für diese „Unzumutbarkeit" werden die Meldungen und Berichte in Presse, Rundfunk und Fernsehen über diesen skandalösen Fall politischer Entlassungen angeführt.

Weiter sei den MBB-Kapitalisten eine Weiterbeschäftigung nicht zuzumuten, weil der Anwalt der Gekündigten gegen den MBB-Werkschutz Strafanzeige wegen Nötigung gestellt hat – dieser Kerl hatte den Kollegen Gewalt angedroht, falls sie versuchten, das Werksgelände zu betreten!

Dieser Antrag (bezüglich „Unzumutbarkeit" der Weiterbeschäftigung) ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Geschäftsleitung mit ihrem Kündigungsgrund „Arbeitsmangel" schwerlich hätte die Prozesse gewinnen können, da MBB nach jüngsten Pressemeldungen die letzte Woche Kurzarbeit abbläst und wieder 300 Facharbeiter einstellen will. Leider muß davon ausgegangen werden, daß den von den Kapitalisten gestellten sogenannten „Auflösungsanträgen" nach gängiger Praxis von den bürgerlichen Arbeitsrichtern letztendlich stattgegeben wird. Derartige „gütliche Einigungen" sehen in der Regel so aus, daß der Kapitalist nicht verurteilt wird (obwohl seine Schuld tatsächlich offenkundig ist!) und der betroffene Kollege eine mehr oder weniger hohe Abfindung zugesprochen bekommt.

Unterdrückung geht weiter - auch aus ihren neuen Betrieben wurden die beiden MBB-Kollegen gefeuert!!

Um den dringend benötigten Lebensunterhalt für die Dauer des noch andauernden Arbeitsgerichtsstreits zu verdienen, haben die Kollegen R.L. und G.J. einstweilen Stellen bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) und bei VALVO angenommen. Es dauerte jedoch nur 4 bzw. 6 Wochen und schon waren die beiden Gewerkschafter wieder rausgeflogen. Offizielle Begründung: „Mangelnde Arbeitsleistung" bzw. „mangelnde Qualifikation".

Diese Kündigungsgründe sind freilich schon deshalb völlig hergeholt,

Qualifikation".

Diese Kündigungsgründe sind freilich schon deshalb völlig hergeholt,
da R.L. und G.J. in ihrer „Probezeit" weder ermahnt oder verwarnt wurden. Die wahren Gründe nannte ein Herr aus der Personalabteilung von VALVO (natürlich unter „vier Augen"). Man könne keine Leute beschäftigen, die ihren Namen dazu hergegeben haben, ihren Kündigungsstreit mit MBB an die Öffentlichkeit zu tragen. Und weiter sinngemäß: Solche Leute wolle man auf jeden Fall loswerden!

Die BR's beider Betriebe widersprachen den Kündigungen, da sie ebenfalls davon überzeugt sind, daß die wirklichen Gründe in den Kündigungsstreitigkeiten mit den MBB-Kapitalisten liegen. Der BR von HAW begründete seinen Widerspruch so: *„Der Betriebsrat kann sich weiterhin des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Kündigung einen anderen Grund hat als offiziell von ihnen angegeben. Wir haben in Gesprächen mit Herrn J. in Erfahrung bringen können, daß er noch mehrere Arbeitsgerichtsverfahren mit seinem vorherigen Arbeitgeber der Firma MBB führt, in denen er bereits positive Entscheidungen erreicht hat. Im Gespräch mit der Geschäftsführung wurde dieses bestritten, eine genaue Kenntnis des Falles konnte aber von Herrn Dr. Kurre nicht abgestritten werden. Um eine nachhaltige Unruhe im Betrieb zu vermeiden, bitten wir Sie, diese Kündigung zurückzunehmen".*

Leider hat der BR in der Probezeit keinerlei Möglichkeit solche Entlassungen zu verhindern.

Die Kollegen haben aber auch gegen diese Kündigung Klage beim Arbeitsgericht eingereicht. Außerdem hat der die Kollegen verteidigende Anwalt eine Presseerklärung herausgegeben, um eine breite Öffentlichkeit zu schaffen.

DER VS MISCHT KRÄFTIG MIT WENN ES IN HAMBURG UM NEUEINSTELLUNGEN GEHT!

Laut dieser Presseerklärung hat der Personalleiter von den Hamburger Stahlwerken ausgeplaudert, daß es *„bei den Hamburger Firmen üblich sei, bei jeder Einstellung eines Arbeitnehmers eine Anfrage an das Landesamt für den Verfassungsschutz über die observierten politischen Aktivitäten des Bewerbers zu richten. Der Arbeitnehmer werde jedoch erst einmal eingestellt und bei einer positiven Antwort der Verfassungsschützer noch innerhalb der Probezeit ohne jede oder mit einer falschen Begründung entlassen!"* Der Anwalt der Kollegen R.L. und G.J., Opfer dieser gängigen Praxis von Gesinnungsschnüffelei und Rausschmiß, brachte diese Enthüllung mit in die Presseerklärung und schrieb dazu: **„Der Unternehmer kann kündigen, wem und wann er will; der Unternehmer kann einstellen, wen er will; der Verfassungsschutz dient dem Unternehmer bei der Entscheidung, wem er kündigen und wen er einstellen will; kein Gericht will oder vermag der staatlichen Privatdetektei der Unternehmen diese Zuständigkeit zu bestreiten und kein Arbeitsgericht hilft dem zu Unrecht gekündigten Arbeiter in den Betrieb zurück, wenn der Unternehmer nicht will.**

Für R.L. und G.J. sieht die Sache so aus, daß sie an ihren alten Arbeits-

nicht will.

Für R.L. und G.J. sieht die Sache so aus, daß sie an ihren alten Arbeits-
platz nicht zurück können und eine neue Arbeit nicht bekommen, weil Unternehmer es nicht wollen. Das ist unterhalb der Schwelle, die durch das Strafgesetz besteht, nichts anderes als ein Berufsverbot aus politischen Gründen für Facharbeiter."

MBB-Betriebszelle
KB-Gruppe Hamburg

Trotz gewonnener Arbeitsgerichtsverfahren – Betriebsrätinnen weiterhin kaltgestellt

Frankfurt: Wie bereits in AK 107 berichtet, wurden 2 Betriebsrätinnen der Firma BRAUN AG wegen „grober Pflichtverletzung" fristlos entlassen: sie hatten in einem Flugblatt Übersetzungen für die ausländischen Kollegen gefordert. Inzwischen ist der Kündigungsschutzprozeß von einer der gefeuerten Kolleginnen angelaufen. Vorläufiges Ergebnis:

- Einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung vor dem Arbeitsgericht Ffm. – gewonnen. Es erfolgte Einspruch der Firma, sodaß die Entlassene trotzdem nicht in den Betrieb zurück kann.
- Hauptverfahren vor dem Arbeitsgericht Ffm. gewonnen.
- Revision der Einstweiligen Verfügung auf Weiterbeschäftigung vor dem Landesarbeitsgericht – gewonnen.

Die Arbeitsrichter stellten in ihrer Begründung fest: *„Die Flugblattaktion der Antragstellerin* (die Entlassene, Anm. d. Red.) *vom 27.5. und vom 1.6.77 gehören aber zur Sphäre der Betriebsratstätigkeit der Antragstellerin und stellen keine Ver- Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten dar. Damit können sie lediglich Gegenstand eines Ausschlußverfahrens gemäß § 23 BetrVG und nicht Gründe für eine Außerordentliche Kündigung sein"* (Zitat aus der Urteilsbegründung in Sachen Einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht Ffm., Aktenzeichen 6 Ga 5/77 vom 5.7.77)

Kaum 3 Tage später war denn auch der Antrag auf Ausschluß aus dem Betriebsrat da. Gestellt vom Vorstand der Fa. BRAUN, unterstützt vom BRAUN-Betriebsrat (der ja auch der Entlassung zugestimmt hatte). Aber auch dieses Verfahren endete für die Geschäftsleitung und rechte Betriebsratsmehrheit mit einer Niederlage. Das Gericht sah in dem verteilten Flugblatt keinen *„groben Verstoß gegen die Pflichten des Betriebsrats".*

Juristisch ist die ganze Sache bislang ein voller Erfolg, wenngleich Geschäftsleitung und Betriebsrat trotzdem bisher ihr Ziel erreicht hatten – die beiden Betriebsrätinnen sind nicht mehr, bzw. noch nicht wieder im Betrieb! Daß dies erklärtes Ziel der Firma war und ist, wurde auch im Prozeßverlauf immer wieder deutlich, wenn deren Anwalt freimütig erklärte, daß ein Ausschlußverfahren nicht schnell genug zum Außergefechtsetzen der beiden geführt hätte.

Anzumerken ist hier noch die schimpfliche Rolle der IG Metall-führung. Rechtsschutz bekamen die Betriebsrätinnen nicht gewährt – mit der „Begründung", sie hätten sich zuerst private Anwälte genommen, und das verstoße nunmal gegen die Satzung. Ein Einspruch beim Vorstand der IGM blieb ebenfalls ergebnislos - in dessen Antwortschreiben wurde nur noch einmal betont, daß *„von einer Entlassungswillkür gegen Betriebsratsmitglieder im Raum Ffm. nicht gesprochen werden "* könne. (Die Rausschmisse des BR der Fa. Pittler und des Jugendvertreters der Fa. Hoechst AG sind laut IGM-Führung alles „Einzelfälle").

Parallel zur Verweigerung des Rechtsschutzes lief die Distanzierung des Vertrauensleutekörpers der IGM bei BRAUN. Der Vertrauenskörper war von den beiden Betriebsrätinnen aufgefordert worden, eine Sitzung außerhalb des Werksgeländes abzuhalten, um ihnen die Gelegenheit einer Stellungnahme zu geben. Das wurde abgelehnt! Auf der in Abwesenheit der betroffenen Kolleginnen durchgeführten Sitzung wurde dann mit 27 zu 4 Stimmen, (bei 2 Enthaltungen) der Beschluß gefaßt, das Verhalten der beiden zu mißbilligen, da sie sich nicht an einen entsprechenden Beschluß gehalten hätten, wonach erst für die Betriebsversammlung 1978 (!) eine Übersetzung für die ausländischen Kolleginnen und Kollegen zu organisieren sei!

Der vorerst letzte Akt der Gewerkschaftsführung in diesem Fall ist der Versuch, eine Solidaritätserklärung des Betriebsrates der Firma ControlMatic in Frankfurt dadurch abzuschwächen, daß der Betriebsrat von der Ortsverwaltung aufgefordert wurde, diese Erklärung zurückzunehmen: sie wüßten gar nicht, mit wem sie sich da solidarisieren würden, und außerdem sei „die Sachlage eingehend geprüft"...

Kampf und Prozeß gehen weiter!

Eine Symphatisantin des KB/ Gruppe Frankfurt

Elektro-Konzerne entlassen weiter

Kaiserslautern. Noch im März dieses Jahres war den rund hundert Kollegen des Kaiserslauterner Siemens-Werkes von Direktor Jühling zugesichert worden, das Werk werde weiterarbeiten. Am 20. Juli wurden sie von der Mitteilung überrascht, daß das Werk noch in diesem Jahr schliessen soll. Der Betrieb war erst 1973 eröffnet worden.

Mit den zu erwartenden Entlassungen wird sich die Arbeitsplatz-Situation in Kaiserslautern weiter verschärfen. Schon jetzt liegt die Stadt mit 7,5 bis 7,9 Prozent Arbeitslosen weit über dem Bundesdurchschnitt. Nach Informationen der IG Metall will die Geschäftsleitung versuchen, das gesamte Werk zu vermieten. Ein Verkauf wird aber auch nicht ausgeschlossen.

Bemerkenswerte Erkenntnisse verbreitet in dieser Situation der IGM-Bevollmächtigte Karl Höhn: *„Sicher ist nur, daß unsere Arbeitsplätze beim Siemens-Konzern eben auch nicht sicherer waren als anderswo"* („Metall" 16/77). Bemerkenswert auch seine „Strategie" zur Sicherung der Arbeitsplätze: *„Ob das mit dem Vermieten klappt, können wir nur hoffen."*

Hoffen – eine neue Variante in der Kampftaktik der IG Metall-Führung ?

• • •

Hartmann & Braun AG, Frankfurt. Auch das zu AEG gehörende Werk ist ist auf Entlassungskurs. Von den gegenwärtig 7.200 Arbeitsplätzen sollen ca. 500 eingespart werden. Begründet wird dies u.a. mit „Schwierigkeiten im Kraftwerksbau".

• • •

Ebenfalls sind Entlassungen zu erwarten bei der **BBC Hausgeräte GmbH, Mannheim**, an der AEG mit 75% beteiligt ist. Verwaltung und Kundendienst sollen mit der Außenvertriebsorganisation der AEG-Telefunken zusammengefaßt werden. – Aus dem jetzt vorgelegten Halbjahresbericht des AEG-Vorstandes geht hervor, daß der Konzern seit Jahresende 1976 insgesamt 2.800 Arbeitsplätze vernichtet hat.

Metallkommission

Druck

»Holde Rationalisierung singt dir die Gewerkschaftsführung sinnig zum Geleit...«

Setzer fürchten um ihre Arbeitsplätze 2. Teil

In der Auseinandersetzung um die Einführung neuer Techniken in der Druckindustrie ist es zur offenen Konfrontation gekommen. Nicht allerdings zwischen den verhandelnden Tarif„partnern", sondern zwischen der Führung der IG Druck und Papier und den seit langem um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze kämpfenden Kollegen des Itzehoer Großbetriebes Gruner & Jahr (vgl. AK 107). Um die besondere Hinterhältigkeit dieses Angriffs nicht nur auf die Gruner-Kollegen von Seiten der Gewerkschaftsführung richtig würdigen zu können, müssen wir hier noch einmal etwas weiter ausholen.

Gruner + Jahr – Kollegen auf der Hut

Der Umfang der Rationalisierungsmöglichkeiten für die Kapitalisten und der Bedrohung der Arbeits-

Der Umfang der Rationalisierungsmöglichkeiten für die Kapitalisten und der Bedrohung der Arbeits-
plätze – speziell der Setzer – durch Entwicklung der Computertechnik wurde in der BRD mit dem Jahr 1975 zu einer der wichtigsten Fragen der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Immerhin geht es nicht nur um die Dezimierung, sondern um die vollständige Beseitigung



Satzverarbeitung nur durch Setzer verfassungsfeindlich ...?

einer ganzen Berufssparte, d.h. die Redakteure sollen eines Tages ihre Artikel selber setzen, was durch die Entwicklung der Bildschirmgeräte eben „technisch möglich" wird. 1975 wurde bei Gruner & Jahr ein Probesystem bestellt und die ersten „Bausteine" des neuen Satzsystems aufgestellt. Der Betriebsrat von Gruner kämpfte gegen erheblichen Widerstand der Geschäftsleitung um eine ausreichende Informierung über die Pläne der Kapitalisten für sich und die Kollegen. Stückchenweise versuchten die Grunerkapitalisten, den Kollegen die neue Technik unter möglichst weiter Umgehung der tariflichen Regelungen für die Besetzung, Arbeitszeiten usw. unterzujubeln. Es sollte darauf hinauslaufen, recht bald zwei Drittel der Setzer „einzusparen".

Der Betriebsrat reagierte auf die Informationssperre der Kapitalisten mit einem Verfahren vor dem Arbeitsgericht und sorgte von Anfang an durch eine umfassende Information und Diskussion unter den Kollegen für deren Mobilisierung. Erfolgreich war dabei nicht zuletzt auch die Taktik der „bewußten Spekulation", die Betriebsrat und Vertrauenskörper anwandten: Ohne Rücksicht auf die Spaltungsversuche der Geschäftsleitung, die ihnen Gerüchtemacherei vorwarf, verbreiteten sie umgehend auch die kleinsten Neuigkeiten und knüpften ihre eigenen Überlegungen daran. So wurde die Diskussion unter den Kollegen ausserordentlich belebt, und unter der wachsenden Unruhe sah sich dann die Geschäftsleitung zunehmend gezwungen, zu dementieren und zu beschwichtigen – auf jeden Fall aber Stellung zu beziehen. Ein sehr erfreuliches Resultat dieses Vorgehens war, daß alle Aktivitäten auch in der folgenden Zeit von einer grossen Beteiligung der Kollegen begleitet waren. So die Gerichtsverhandlungen, betriebliche Mitgliederversammlung der DruPa, Verweigerung von Überstunden, Protestbriefe an die Geschäftsleitung, die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung um die Betriebsvereinbarung über die neuen Satzgeräte u.a.m. Gerade der vorläufige Erfolg in diesem letzten, jüngsten Fall (s.AK 107) muß als Ergebnis dieser langfristigen Zusammenarbeit zwischen BR, VK und den Kollegen gesehen werden.

Sabotage der Gewerkschaftsführer

Sabotage der Gewerkschaftsführer

Was Wunder nun, wenn die Kollegen besonders erbittert über das Vorgehen der Gewerkschaftsführung sind, das ihnen ihre Fortschritte zunichte zu machen droht.

Das Hereinplatzen des Tarifvertragentwurfs (sog. Raster), den die Gewerkschaftsführung zwischenzeitlich in Verhandlungen mit den Kapitalisten ausgemauschelt hat – hat wie berichtet – die schon fertige – besonders in der Frage der Besetzung der neuen Geräte – wesentlich weitergehende Betriebsvereinbarung gesprengt. Die Gewerkschaftsführung hat den BR hier glatt ins Messer laufen lassen: U.a. waren die Kapitalisten eher über den Rasterentwurf unterrichtet als die Kollegen. Der Kapitalist versuchte prompt, den BR im Betrieb in die linksradikale Ecke zu stellen mit dem Argument, „die" Gewerkschaft habe ja schon selbst einen wesentlich „vernünftigeren" Entwurf unterbreitet. Damit sind natürlich auch die Chancen, jemals wieder auf die für die Kollegen erheblich günstigere Verhandlungsposition zurückzukehren, die vor dem Eintreffen des Rasterentwurfs bestand, erstmal nahezu auf Null gesunken.

Raster regelt Arbeitsplatzverlust

In der Tat ist der „Raster" (Entwurf der Gewerkschaftsführung) ein eindeutiges Angebot an die Kapitalisten. In der erwähnten Anfangszeit 1975 hieß es von den Gewerkschaftsführern noch recht klar: „*Die Bedienung von tastaturgesteuerten Bildschirmgeräten hat durch Fachkräfte der Druckindustrie zu erfolgen*" (Entwurf einer Manteltarifvereinbarung, aus „Druck und Papier" Nr.21/1975). Jetzt ist diese Besetzungsregelung, die natürlich das Herzstück einer Sicherung der Arbeitsplätze der Setzer sein muß, im „Raster"entwurf nicht nur stark verwässert, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt worden: Eine völlig gummiartige Regelung enthält die Erlaubnis, daß die Journalisten die Geräte bedienen dürfen und die Erlaubnis, die Setzer an die Luft zu setzen, wenn sie „*erkennbar nicht weiterbeschäftigt werden*" können.

Wie hieß es 1975 im Zentralorgan der Gewerkschaft „Druck und Papier" doch so schön: „*Die Aufbereitung und Manipulation von Satzdaten an Bildschirmgeräten ist inhaltlich echtes Setzen und Korrigieren: Man bedient sich lediglich eines anderen Gerätes*" (a.a.O.). Daß ein Beharren auf der Arbeitsteilung zwischen Setzern und Journalisten nichts mit Maschinenstürmerei zu tun hat, haben die Gruner-Kollegen

schen Setzern und Journalisten nichts mit Maschinenstürmerei zu tun hat, haben die Gruner-Kollegen
in einer von ihnen verfaßten detaillierten Kritik am „Raster"entwurf sehr klar ausgedrückt: „ ... *die schrittweise Computerisierung bringt die Journalisten von ihrer eigentlichen Aufgabe, Artikel zu schreiben, ab. Für die Unternehmer aber bedeutet der Journalist am Bildschirm die optimale Rationalisierungsmöglichkeit*" – auch im redaktionellen Bereich. Die Verwischung und schließliche Beseitigung der Grenzen zwischen dem redaktionellen und dem Satzbereich hat allerdings noch weitergehende Konsequenzen. Mit der „Erschließung" der Satzgeräte für Journalisten oder Schreibkräfte wächst auch die Möglichkeit der Kapitalisten, diesen ganzen Arbeitsbereich aus dem Zuständigkeitsbereich der gut organisierten und noch relativ linken DruPa auszugliedern, insbeondere dort, wo Verlagskapitalisten ihre Betriebseinheiten schon zerschlagen haben, wie in Stuttgart-Möhringen und in Hamburg bei Bauer. Die Chance, einen Druckerstreik zu durchbrechen, würde für sie damit sprunghaft steigen: Ein Teil der Produktion – der Satz – läge nicht mehr in der Tarifzuständigkeit der Druck und Papier, würde also der Friedenspflicht unterliegen. Außerdem ist das Satzmaterial, die eingetippten Daten, wesentlich problemloser auszulagern als die herkömmlichen Vorlagen usw. Ein adäquates Kampfmittel gegen diesen drohenden Vorstoß der Kapitalisten ist ebenfalls von der DruPa-Führung fallengelassen worden, nämlich die Festschreibung im Tarifvertrag, daß fachfremdes – d.h. nicht von den Setzern hergestelltes – Satzmaterial nicht weiterbearbeitet wird.

Sichtlich erfreut registrierte das „Manager Magazin": „*Sie (die IG DruPa – Anm.AK) wird zum Großteil von Setzern getragen. Jenem Beruf also, der überflüssig wird* (!!). *Deshalb waren die Verleger weidlich überrascht, als die Gewerkschafter in der zweiten Verhandlungsrunde von ihren Forderungen abrückten, nur Facharbeiter dürften Terminals (Bildschirmgeräte – Anm.AK) bedienen, um so ein neues Berufsmonopol* (?!) *zu schaffen*". Peinlicher Beifall!

Gruner-Kollegen machen weiter

Die Gruner-Kollegen sind ihre Antwort nicht schuldig geblieben. Sie haben ihre Kritik am Raster-Entwurf, aus der wir oben zitierten, in der ganzen BRD an befreundete Betriebsräte verschickt und damit ohne Zweifel einen für die Kollegen wichtigen Diskussionsbeitrag geleistet. In den Hamburger Ortsverein der DruPa ist einige Bewegung gekommen: Unabhängig voneinander haben neben dem BR und VK Gruner + Jahr die Betriebsausschüsse von Bauer und Springer, sowie die Handsetzersparte in Schreiben an den Hauptvorstand erklärt, daß sie nicht bereit sind, sich vor einen Vertragsentwurf spannen zu lassen, der nicht ihren Interessen entspricht. Sie forderten Aussetzung der Verhandlungen bis zur Erarbeitung eines Entwurfs auf der Grundlage einer Mitgliederdiskussion. So konnte die gewiß seltene Situation eintreten, daß sich der als Rechter bekannte Hamburger Ortsvereinsvorsitzende H.Wolf genötigt sah, auch mal eine „linke" Kritik gegen den Hauptvorstand loszulassen: Mit dem Raster-Entwurf sei in der Nordmark kein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken.

Gewerkschaftsführer rufen die Kollegen zur weißen Fahne

Betrachtet man die Auseinandersetzung um die Vernichtung der Setzerarbeitsplätze aus der Sicht des DruPa-Zentralorgans, so ist die Gewerkschaftsführung gerade dabei, zum Sturm zu blasen. Seit einiger Zeit erscheinen regelmäßig Meldungen, die die Kampfbereitschaft der Kollegen signalisieren. Bereits jetzt wird eindeutig auf einen Streik angespielt, es heißt dort: „ ... *allein in der Verhandlung wird sich ... schwerlich ein Durchbruch erreichen lassen*" (Hensche vom Hauptvorstand nach „Druck und Papier", Nr. 15/77). Für die nächsten Verhandlungen mit den Kapitalisten hat der Hauptvorstand die zentrale Tarifkommission einberufen, um „*gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zu beschließen*" (Nr. 16/77).

Die Kapitalisten haben sich trotz des bereits entscheidenden Durchbruchs (Zustimmung, die Setzer schrittweise rauszusetzen) bisher völlig verschlossen gezeigt.

Das hat den Gewerkschaftsführern noch einmal die Möglichkeit gegeben, die Mitglieder, ihre Basis, „zur Fahne" zu rufen (Hensche). Daß damit die Kapitulationsfahne gemeint ist, wird sofort aus der Reaktion des Hauptvorstandes auf das Kritikpapier der Gruner + Jahr Kollegen deutlich.

Der Hauptvorstands„linke" Hensche verbot den Kollegen praktisch jede weitere Diskussion über den Raster-Entwurf und bezeichnete ihre Kritik rundheraus als „Querschüsse". Insbesondere gegen ihre selbstständige Verschickungsaktion hatte er etwas.

Noch deutlicher wurde E. Ferlemann, ebenfalls Mitglied des Hauptvorstandes und Mitglied der Tarifkommission, der die Forderung nach Verweigerung der Weiterverarbeitung branchenfremder Satzdaten als „*verfassungsfeindlich*" diffamierte, und F.Gent, DruPa-Prominenter aus Nordrhein-Westfalen, der den Kollegen von Gruner Gewerkschaftsspaltung vorwarf. Diese Sprache ist uns noch gut aus der Vorbereitung und „Begründung" der letzten Ausschlüsse in Hamburg wegen „Mitarbeit am Streik-Info" in Erinnerung – auch da wurde mit dem Mittel der Ausschlußpolitik gearbeitet, um gegen eine oppositionelle Strömung innerhalb der Gewerkschaft zu Felde zu ziehen, als die Gewerkschaftsführer in der Auseinandersetzung schlechte Karten hatten. Auch in dieser Auseinandersetzung, wo die Gewerkschaftsführer buchstäblich an ihrer eigenen Basis (den Setzern) sägen, scheuen sie vor derartigen Mitteln nicht zurück.

Es dürfte ihnen allerdings wohl reichlich schwerfallen, eine Zustimmung für die geplante Vernichtung von Arbeitsplätzen offen zu erhalten.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Springer-Hamburg:

Springer-Hamburg:

Vertrauensfrau an Ausübung ihrer Rechte gehindert

Der Vertrauensfrau Heide P. wurde von den Springer Kapitalisten der Zutritt zu einer Vertrauensleutesitzung verweigert. Und das, obwohl die Kollegin die Kündigungsschutzklage gewonnen hatte (siehe AK 110).

Allerdings wurde dem Antrag Springers auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses stattgegeben (da eine „vertrauensvolle" Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei).

Die Personalabteilung verwehrte ihr nun den Zutritt, da das Urteil angeblich rechtskräftig sei, obwohl eine schriftliche Zustellung noch nicht erfolgte. Obwohl die Geschäftsleitung hier eindeutig rechtswidrig handelte, gelang es der Kollegin nicht, in den Betrieb zu kommen. Der Betriebsratsvorsitzende von Springer, Jürgensen, schon als alter „Kämpfer" gegen fortschrittliche Kollegen bekannt, sowie der Ortsvereinsvorsitzende der IG Druck Hamburg Heinz Wolf erklärten, daß die Rechtslage seitens der Geschäftsleitung richtig beurteilt wird und somit die Kollegin auch nicht an der Vertrauensleutesitzung teilnehmen könne. Auch der Einwand, daß die DGB-Rechtsstelle bestätigt, daß ein Urteil erst bei schriftlicher Zustellung rechtsgültig sei, konnte diese Herren nicht umstimmen. Die Aktivitäten der Rechtsstelle gingen allerdings auch nicht so weit, den Funktionären diesen Rechtsstandpunkt persönlich klar zu machen. Einige Kollegen der VK fühlten sich sogar „gestört" durch das Ansinnen der Kollegin. Empörend wie hier die gewerkschaftliche Solidarität zerschlagen wird, und das angesichts der Erklärung des Vertrauensleutekörpers anläßlich der damaligen Kündigung, daß ihre „volle Solidarität auf Seiten der betroffenen Kollegin ist". Die Kollegin erklärte sich bereit, diese Auseinandersetzung trotz persönlicher Einbußen durchzufechten. Allerdings, so gibt die Kollegin zu bedenken: „*Wie soll ich vor Gericht gegen die Geschäftsleitung kämpfen, wenn ich dabei noch das Gefühl haben muß, daß die aktiven Kollegen aus der Gewerkschaft im Betrieb diese Auseinandersetzung leid sind*".

Druckkomitee + Springer-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Eine wortradikale Kapitulation

„*Die Einführung neuer Technologien darf nicht ausschließlich der vermehrten Profitschöpfung dienen und sie darf nicht rücksichtslos auf Kosten der arbeitenden Menschen und deren Arbeitsplätze erfolgen. Dabei muß der Standpunkt der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen berücksichtigt werden, und die erzielte Produktionssteigerung muß Niederschlag in einer Verbesserung des Arbeits- und Lohnrechts finden. Bei allen gewerkschaftlichen Bestrebungen muß jedoch die Arbeitsplatzsicherung für die grafischen Facharbeiter vorrangig behandelt werden.*" („druck und papier" Nr. 16/77)

Diese heiße Luft weht uns aus Österreich entgegen. Sie stammt aus einer Resolution zum technischen Wandlungsprozeß im grafischen Gewerbe, gefaßt auf dem 11.Gewerkschaftstag der dortigen „Druck und Papier" Mitte Juni in Wien.

Diese Resolution ist einfach ein Musterbeispiel dafür, wie es die Gewerkschaftsführer beherrschen, mit wortgewaltigen Sprüchen Kollegen einzulullen. Letztlich steht dahinter nichts als Bettelei, daß vom reich gedeckten Tisch des Kapitalisten auch noch ein paar Brosamen für die Arbeiter abfallen mögen. Prompt druckte auch die DruPa sie in ihrem Zentralorgan nach. Deshalb erlauben wir uns, diese Resolution hier richtig zu stellen (durch kleine Wortänderungen) ohne den Inhalt auch nur im geringsten anzutasten: (bitte vergleichen):

„*Die Einführung neuer Technologien darf natürlich der vermehrten Profitschöpfung dienen – nur bitte nicht ausschließlich. Und dann natürlich auf Kosten der arbeitenden Menschen und deren Arbeitsplätze. Dabei (bei der vermehrten Profitschöpfung nämlich) muß der Standpunkt der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen berücksichtigt werden. Und die erzielte Produktionssteigerung muß Niederschlag in verbesserten Gesetzen finden*". Es leuchtet sicher jedem ein, daß die „Bestrebung" dieser gewerkschaftlichen Resolution (wie bei allen anderen) vor allem der „Arbeitsplatzsicherung" dient, wenn auch hier der der Kapitalisten.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg



»Schweinereien« bei Sülter

Mit Kündigung bedroht wird derzeit ein Kollege bei Gebr. Sülter in Hamburg, der sich für einen Ausbildungsplatz eines ausländischen Kollegen und gegen eine chauvinistische ausländerfeindliche Unterschriftensammlung unter den Kollegen eingesetzt hatte (siehe AK 109). Die Unterschriftensammlung forderte, dem A u s l ä n d e r keinen Ausbildungsplatz zu geben, wo ‚unsere deutschen Jugendlichen' vor der Tür stehen.

In einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Initiator dieser Unterschriftensammlung soll nun der Kollege im Maschinensaal geschrien haben: *„Der Chef ist ein Schwein"*, so die Geschäftsleitung. Befragt, ob es sich so zugetragen hat, bekundete der Initiator der Unterschriftensammlung, diese Darstellung sei weit übertrieben, der Kollege habe wörtlich gesagt: *„Es ist eine Schweinerei, gegen Kollegen Unterschriften zu sammeln, ihr müßt gegen den Alten Unterschriften sammeln, denn der ist das Schwein, das keine Lehrstellen zur Verfügung stellt."*

Der Chef fühlt sich dadurch beleidigt und hat beim Betriebsrat die Kündigung des Kollegen beantragt. Der Betriebsrat lehnte dieses Ansinnen ab: Es handele sich bei **derlei Äußerungen um betriebsübliche Umgangssprache, die eine Kündigung nicht rechtfertige.**

Ob diese Äußerung nun so gefallen ist oder nicht, sie stellte sich als richtig heraus: Die Geschäftsleitung hat nach anfänglicher Zusage dem ausländischen Kollegen den Ausbildungsplatz doch verweigert – dem Vernehmen nach, weil keine Ausländer ausgebildet werden sollen!

Unklar ist leider noch, wer sich für die Denunziation bei der Geschäftsleitung hergegeben hat. Auf jeden Fall hat der Chef Gesellschaft, denn:
Das größte Schwein im ganzen Land
das ist und bleibt der Denunziant!

Branchenzelle Druck
KB/Gruppe Hamburg

Weiterhin Vorstandswillkür

Wie bereits mehrfach berichtet, wird sieben ehemals vom Hauptvorstand der DruPa ausgeschlossenen Mitgliedern (Streik-Info etc.) trotz Wiederaufnahme durch die Beschwerdeinstanz, dessen Urteil laut Satzung verbindlich ist, weiterhin die Mit**gliedschaft vorenthalten. Endgültig entscheiden wird der Gewerkschaftstag Mitte/Ende Oktober. Um ihre** Mitgliedsrechte durchzusetzen, beauftragten einige der Betroffenen einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interesssen. Dieser teilte dem Hauptvorstand sowohl die Satzungsauffassung der Betroffenen mit, wies nachdrücklich auf den Satzungsbruch durch den Hauptvorstand hin und betonte die Wichtigkeit der uneingeschränkten DruPa-Mitgliedschaft für die Kollegen, um ihre Aufgaben und Funktionen (Vertrauensmann/frau, Betriebsrat etc.) nachkommen zu können. Bereits **zwei Wochen vor der Sitzung des Hauptvorstandes, auf der dieser Punkt behandelt wurde, kam eine** Antwort des DruPa-Rechtsanwalts, der zwar *„einer Entscheidung nicht im entferntesten vorgreifen wollte"*, aber die spätere Entscheidung natürlich vorwegnahm. Er wies auf eine Satzungsänderung hin. Wo es früher hieß: *„die Entscheidung des Hauptausschusses über die Beschwerde ist endgültig"* heißt es heute: *„die Entscheidung ... ist verbindlich"*. Dieser Wortaustausch sei bewußt vorgenommen worden, um den Ausgeschlossenen deutlich zu machen, daß sie noch den Gewerkschaftstag anrufen können. Sehr interessant, eine Satzungsänderung, die Ausgeschlossene angeblich auf ihre Rechte aufmerksam machen soll, die hier jedoch benützt wird, um wiederaufgenommene Mitglieder vor der Tür zu halten. Im **weiteren zweifelt der Rechtsanwalt zwar nicht an, daß eine höhere Instanz (Hauptausschuß) das Urteil der unteren (Hauptvorstand) aufhebt. Nur sei diese Entscheidung (Wiederaufnahme) nur auf entsprechenden Antrag vollstreckbar und auf da nur, wenn eine angemessene Sicherheit geboten sei (?!). So verworren wie diese Rechtsbelehrung auch ist, der Hauptvorstand (also ge**rade die Instanz, die den Ausschluß ausgesprochen hatte) beschloß am 22.7. das weitere Ruhen der Mitgliedschaften der Betroffenen. Seine Begründung ist recht interessant: Auf das Argument, daß es unzumutbar sei, die Mitgliedsrechte bis zum jeweils nächsten Gewerkschaftstag ruhen zu lassen, da dies unter Umständen bis zu drei Jahren dauern würde, wurde erwidert, daß in diesem Fall der Gewerkschaftstag ja schon im Oktober dieses Jahres sei.

Weiter ist interessant, daß im gleichen Satz kurz angesprochen wird, daß diese Problematik (bis zu 3 Jahre Wartezeit auf den Gewerkschaftstag) mit einer Satzungsänderung auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag Rechnung getragen werden soll. Doch wie? Unseres Wissens liegt dazu lediglich ein Antrag der Satzungskommission vor, die das Beschwerderecht von Ausgeschlossenen beim Gewerkschaftstag abschaffen will.

Desweiteren weist der Hauptvorstand in seiner Begründung noch darauf hin, daß die Betroffenen durch das Ruhen ihrer Mitgliedsrechte doch nicht in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit behindert worden seien, denn schließlich sei ja jetzt Sommerpause. Auch 'n Argument, oder?

Bleibt noch nachzutragen, daß die Vorstandswillkür auch ganz andere Bahnen einschlagen kann: Der Fall Heinemann (Betriebsrat bei Auer-Druck und Verantwortlicher für die Morgenpost-Streikbrecherausgabe), gegen den die Hamburger DruPa-Delegiertenversammlung mit überwältigender Mehrheit einen Ausschlußantrag gestellt hatte, ist vorläufig abgeschlossen. Ergebnis: der Ortsvereins- bzw. Landesbezirksvorstand ist zu der Erkenntnis gelangt, daß die Hamburger Delegiertenversammlung satzungsmäßig überhaupt nicht berechtigt war, Anträge an den Hauptvorstand zu stellen. Somit ist der Antrag hinfällig. Ein anderer Ausschlußantrag vom Springer-Vertrauensleutekörper richtete sich gegen das Mitglied der Tarifkommission Joh. Volgemann, der als Abteilungsleiter (!) bei Springer ebenfalls Streikbrecherarbeit leistete. Der Antrag wurde vom Landesbezirksvorstand abgelehnt und Volgemann vom Landesbezirkstag Nordmark am 5.Juni sowohl in den Landesbezirksvorstand als auch wieder in die Tarifkommission gewählt. Derselbe Landesbezirkstag lehnte übrigens Basisanträge gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

HBV-Führung bläst zur »Chaoten«-Jagd

Die nach Brokdorf, Grohnde und Malville in der bürgerlichen Presse einsetzende Diffamierungskampagne gegen die Anti-AKW-Bewegung gibt auch der HBV-Führung erneut Anlaß, gegen die linke Opposition in den Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. Daß sie sich dabei in nichts mehr von der Springerpresse unterscheidet, wirft ein bezeichnendes Licht auf die politische Grundhaltung der Gewerkschaftsführung. Im „Ausblick", Zeitung der HBV, wird unter der Überschrift „Mit Samtpfoten und Stahlkugeln" erneut zur Extremistenhatz geblasen.

„Wer trotz Aufforderung nicht auf die Mitgliedschaft in diesen linksextremistischen Organisationen verzichtet, wird ohne weiteres Verfahren durch Beschluß des Hauptvorstandes aus der HBV ausgeschlossen. Auch wer – ohne formelle Mitgliedschaft – solche Organisationen unterstützt, muß mit einen Ausschlußverfahren rechnen," erinnert sie alle Gewerkschaftler, die es noch nicht wissen oder vielleicht beinahe vergessen haben sollten. Deutlich wird die Ähnlichkeit der Argumentation mit der gesamten bürgerlichen Presse nach der Demonstration in Grohnde: Gleiche Zahlenangaben über ein Potential von „15.000 Gewalttätern", sowie die kursierenden Angaben des Verfassungsschutzes über die Organisationsstärken der ‚K-Gruppen'.

Der Jargon der Gewerkschaftspresse unterscheidet sich in nichts mehr von dem der Springer-Hatz:

„‚Mal nur ein Blumenfest, mal versuchter Totschlag', so sarkastisch überschreibt die ‚Welt der Arbeit' einen Bericht über die Strategie der K-Gruppen. Tatsächlich zeigt das militante Auftreten und die straffe militärische Organisation dieser Linksextremisten, daß sie gewillt sind, dem Wortradikalismus entsprechende Taten folgen zu lassen.

Die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen reicht von der Rechtsbelehrung der Teilnehmer über die Bereitstellung von vollausgerüsteten Krankenwagen bis zum Einsatz ‚schwerer Geräte' – Wurfanker, Holzspieße, Spitzhacken, Stahlkugeln."

Doch nicht lediglich auf eine Kriminalisierung der Atomkraftwerksgegner in der Reihen der Gewerkschaft kommt es ihnen an.

Vorbereitung der BR-Wahlen

Deutlich sind dies die ersten Warnschüsse an die „Chaoten" vor den anstehenden Betriebsratswahlen. Und so versucht der „Ausblick" denn auch eine Ausrichtung für eine anlaufende Kampagne gegen Kommunisten im Betrieb zu geben.

Unter dem Zwischentitel *„Betriebsarbeit – Positionen erobern, Macht übernehmen"*, versuchen diese rechten Herren, ihre eigene Pöstchenjägerei demagogisch den Linken anzulasten:

„Gewerkschaftspolitik nach ultralinkem Gusto (Muster) heißt in erster Linie, die Unmöglichkeit von Reformen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung zu beweisen. Der Kampf um die ‚richtige Linie' tritt an die Stelle einer problemorientierten Arbeit," um dann mit einem Zitat eines Chemie Funktionärs (die IG-Chemie hatte seinerzeit in Sachen Gewerkschaftsausschlüsse Pionierarbeit geleistet!) fortzufahren:

„Sind zwei bis drei Chaoten im Betrieb, dann bemühen sich diese um Aufnahme in den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper, wo sie zunächst um Vertrauen werben. Dann kommen erste haargenau vorformulierte ‚Resolutionen' auf den Tisch; andere Kollegen werden ‚angeschossen'; es wird deutlich, daß nach Plan und mit vorprogrammierter Taktik operiert wird. Die ersten Diffamierungen gegen Kollegen im Betrieb, erste Berichte aus dem Betrieb tauchen in Chaoten-Blättern auf. Wenn die Chaoten sich endlich stark genug fühlen, beginnt der ‚Kampf' um Positionen. Jeder, der nicht der Meinung der Chaoten ist, wird kontinuierlich innerbetrieblich angeschossen und in den Chaotenblättern diffamiert. Bis auf seinem Platz ein Chaote sitzt."

Dem Bild der Kommunisten von „Machthunger und Terrorherrschaft" wird denn auch das übliche Klischee des „Linksfaschismus" beigeornet: *„Geschichtliche und aktuelle Erfahrungen beweisen: Linksextremisten dieses Schlages sind objektiv Verbündete der rechten Reaktion."*

Wer sind die Gegner der Einheitsgewerkschaft ?

Als Beweis für die Gefährlichkeit dieser „Chaoten" wird ihnen vorgeworfen, den Ausschluß von 13.000 Gewerkschaftern der GEW in West-Berlin verursacht zu haben.

Mit der *„Strategie der Unterwanderung mit Samtpfoten"* haben die Chaoten mit *„dubiosen Mehrheits(!!)klauseln"* oder „Richtersprüchen" und „Satzungstricks" (Wohlgemerkt einer von der Gewerkschaft selbst gegebenen Satzung!) *„eroberte Positionen"* verteidigt und *„die Übernahme ... der ... Unvereinbarkeitsbeschlüsse ... in weiser Voraussicht jahrelang blockiert."* Deshalb *„bedurfte es des Ausschlusses des kompletten Landesverbandes Berlin mit 13.000 Mitgliedern, um den Satzungstricks und juristischen Winkelzügen der Chaoten erfolgreich zu begegnen."*

Ein wenig makaber mutet es schon an, daß die Gewerkschaftsführung 13.000 Mitglieder ausschließen muß, um sich vor den „Chaoten" zu schützen. *„Inzwischen wurde ein neuer Landesverband gegründet, dem sich die Gegner der Linksextremisten anschließen können."* Seltsamerweise scheint es in Westberlin wenig Gegner der Linksradikalen zu geben, verblieben im alten Verband doch immerhin 8000 Mitglieder, während der DGB-Spalterverband ganze 2.500 zählt.

Typisch: Hetzer von den Revis gestellt

Unterzeichnet wird dieser Artikel von einem Detlef Feldhoff, der offensichtlich seine ideologische Schulung bei der DKP abgeleistet hat. Denn nicht nur, daß die DKP in diesem Artikel völlig ungeschoren davonkommt, darüberhinaus wird der Versuch unternommen, die DKP schlechthin als Hüterin der „demokratischen Grundordnung" herauszuputzen, wenn den „Chaoten" vorgeworfen wird, sie seien sich einig *„in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie (und) im Kampf gegen die ... DKP"*. Wer würde eine solch irre Parallele sonst wohl noch ziehen. Weiterhin bescheinigt er der DKP ausdrücklich, daß sie *„um jeden Preis die Einheitsgewerkschaft erhalten will und jeglichen Spaltungsversuchen heftig widerspricht"* – wie der Artikelschreiber selber deutlich zeigt.

Am deutlichsten wird die Urheberschaft des Schreibers, wenn er im sogenannten „Katechismus der K-Gruppen" besonders Punkte erwähnt, die sich speziell gegen die Revis – und sonst wohl kaum einer politischen Strömung richten.

Im Gewerkschaftsorgan darf er als typischen K-Gruppen-Vorwurf zitieren, daß die DDR „revisionistisch entartet sei", daß die DKP eine „Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus sei" bzw. daß die „K-Gruppen" ein „Positives Verhältnis zur KP China und ihrem verehrten Vorsitzenden" hätten.

Nun jemand, der die Politik der DKP kennt, kann das nicht verwundern. Hatte die DKP schon willig in Brokdorf Dreckarbeit für die AKW-Betreiber übernommen, so dient sie sich auch gerne an, die Dreckarbeit für die Gewerkschaftsführer zu übernehmen. Daß sie dabei bei der Springer-Hetze landet, stört sie wenig. Hauptsache ein paar lobende Worte über die DKP im HBV-Gewerkschaftsorgan.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

DPG- und DGB-Führung — Komplizen des Verfassungsschutzes

Auf einer Klausurtagung der Postgewerkschaft kritisierten die Rechten die ihnen nicht weit genug gehende Abgrenzung nach links. Sie wollten auch noch die DKP gegebenenfalls das Sozialistische Büro (SB) aus der Gewerkschaft raus haben. Da der DGB-Bundesvorstand „kein brauchbares Material" hatte liefern können, versprach das ehrenamtliche Mitglied im Hauptvorstand der Postgewerkschaft, Hans Busch, Abhilfe.

Multifunktionär Busch (neben dem Sitz im Hauptvorstand auch Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Bezirks Hessen, Kassierer im Frankfurter Unterbezirksvorstand der SPD; beruflich zuständig bei der Oberpostdirektion Frankfurt für „VS-Angelegenheiten", Verschlußsachen und für „zivile Verteidigung im Postwesen") vermittelte für die „interessierten Herren" flugs ein Gespräch mit „Genosse Krämer", Abteilungsleiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Wiesbaden. Da die Ergebnisse ihnen noch zu mager waren, rief Krämer einen „Kollegen" beim Bundesamt für Verfassungsschutz an, **„der aber die Weitergabe von Informationen an Einzelgewerkschaften ablehnte und an zwei Herren beim DGB-Bundesvorstand (!) verwies, die allein seine Gesprächspartner seien (!!)"** („Frankfurter Rundschau", 25.7.77), deren Namen aber leider nicht bekannt sind!

Aber das ist noch nicht alles. Denn in der gemütlichen Runde mit „Genossen Krämer" tauschte man noch neuste Erkenntnisse über „verfassungsfeindliche" Gewerkschafter aus. So erfuhren die Versammelten aus berufenem Munde, daß Postgewerkschafter Nobert W. in seiner Wohnung eine Druckerei zur Herstellung „linksradikaler Flugblätter" betreibt und Sonja T. eine von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) organisierte Reise nach Kuba gemacht hat. Daß diese „linksradikale" Druckerei real eine Druckmaschine ist, die von der Amtsgruppe der Gewerkschaft beim Fernmeldeamt 1 benutzt wird, daß die Kuba-Reise von der gewerkschaftseigenen „Arbeit und Leben" organisiert war, stört dabei nur im Detail. Die Hauptsache ist, irgendwelche Vorwürfe gegen mißliebige Gewerkschaftsmitglieder sind erst mal auf dem Tisch, und mit politischen Entlassungen ist man im Öffentlichen Dienst auch nicht gerade zimperlich. Da reichen solche „Vorwürfe" allemal.

Diese Vorfälle beweisen die Gesinnungsschnüffelei bei der zunehmenden Rechtsausrichtung der Gewerkschaften und die direkte Komplizenschaft mit den Verfassungsschützern. So haben Frankfurter Postgewerkschafter auch die Frage aufgeworfen, *„ob aus dem Bereich der Gewerkschaft Informationen an den Verfassungsschutz gegeben worden seien"* („FR", 12.8.77).

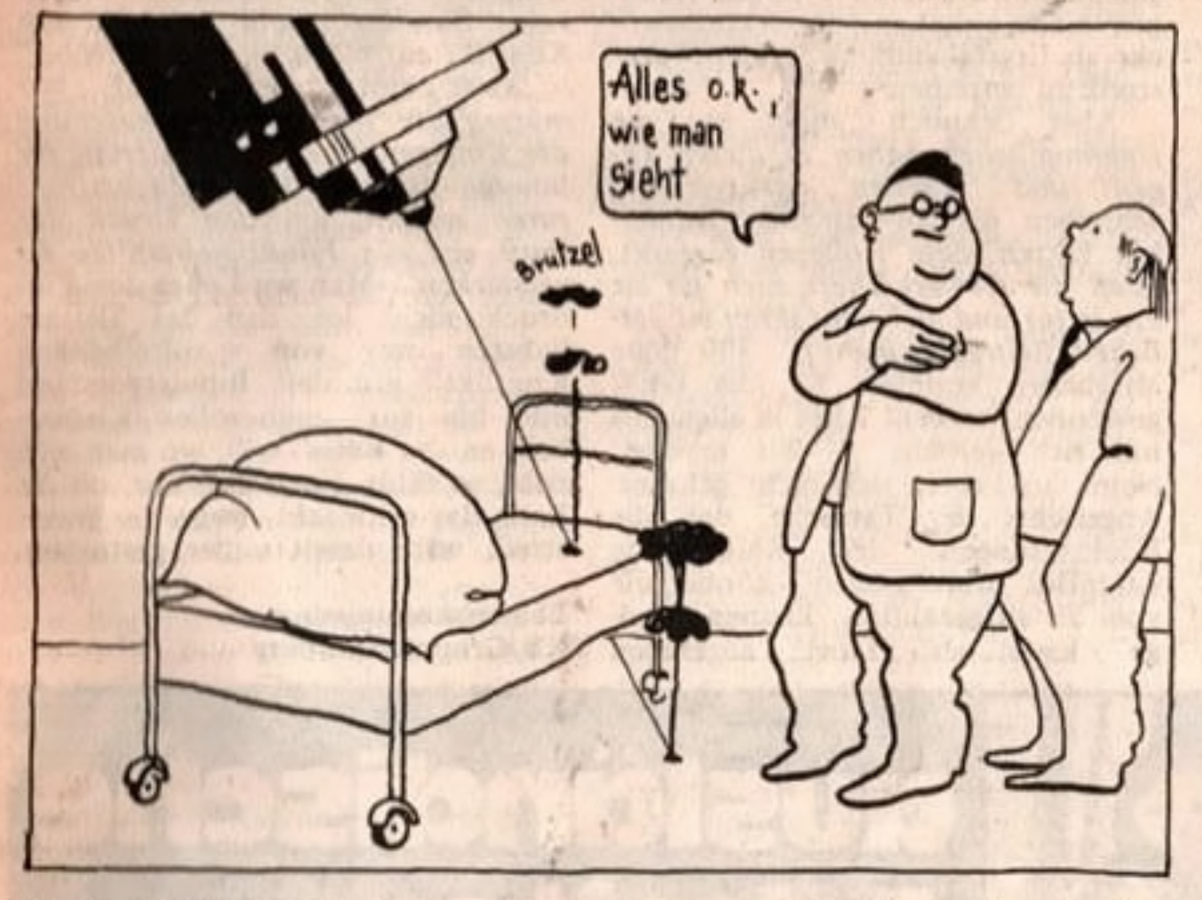
Schluß mit Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei in den Gewerkschaften!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer haftet für »Kunst«fehler?

Wie wir im ARBEITERKAMPF berichteten geht in unseren Krankenhäusern die Strahlenseuche um. Da sind Geräte (die auch noch genau unter Operationsräumen stehen) defekt, und strahlen und strahlen und ... Aber da wird auch Personal eingesetzt, das für diese Arbeiten weder qualifiziert noch berechtigt ist. Das ist ein Teil des Alltags in Krankenhäusern, denn Beschäftigte sind knapp (werden aber trotzdem noch weiter eingespart).

Der folgende Artikel beschreibt an dem Fall einer Heidelberger Patientin, mit welchen Folgen man sich nach Behandlungen mit einer Strahlenüberdosis herumzuschlagen hat.



Eine Patientin der Heidelberger Strahlenklinik hatte 1974 bei Bestrahlungen wegen Krebsverdachts Verbrennungen am Fuß erlitten, die nicht nur sehr schmerzhaft waren, sondern auch die Amputation des Fußes und Unterschenkels zur Folge hatten. Daraufhin verklagte sie zum einen die beiden Ärzte, die sie behandelt hatten, und zum anderen das Land als Träger der Klinik.

Die Richter verurteilten das Land Baden-Württemberg zur Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 40.000 Mark. Die Klage auf Zahlung eines Schmerzensgeldes gegen die beiden Ärzte wurde zurückgewiesen.

Doch trotz dieses Entscheides hat jetzt das Land den Versuch unternommen, die Kosten den beiden Ärzten aufzudrücken: Ihnen flatterten entsprechende „Leistungsbescheide" ins Haus!

Während der Beweisaufnahme konnte nicht geklärt werden, wie der Behandlungsfehler tatsächlich verursacht worden war: *„Entweder war eine Zahl falsch eingestellt, die ‚Beschleunigungsenergie' nicht herabgesetzt oder das Gerät nicht von Röntgen- auf Elektronenbestrahlung umgestellt worden"* („Frankfurter Rundschau", 11.8.77). Ebenso ließ sich nicht mehr feststellen, wer das Gerät falsch bedient hatte (ob das Gerät evtl. defekt war, ist scheinbar nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen, jedenfalls wird in der bürgerlichen Presse hierüber nichts gesagt).

Doch was bei der Untersuchung herauskam, war die Tatsache, daß aufgrund des herrschenden Personalmangels in der Klinik zwei Assistentinnen für die Bedienung des Strahlengerätes herangezogen worden waren, die nie eine Ausbildung an Röntgengeräten erhalten hatten. *„Die eine hatte sich im ‚Selbststudium' nach der Gebrauchsanleitung des Gerätes einigermaßen über die Bedienung informiert, die andere war nur mündlich eingewiesen worden"* („FR", ebenda).

Die unzureichende Einweisung der Helferinnen wurde den behandelnden Ärzten von den Richtern zwar nicht als „Vorsatz", immerhin aber als „Fahrlässigkeit" angelastet.

„In einem solchen Falle können die Beamten für Schäden nicht unmittelbar haftbar gemacht werden, sondern ihr Dienstherr muß für sie einspringen.

Die Richter billigten der Klinik zwar zu, daß sie angesichts eines erheblichen Mangels an ausgebildetem Fachpersonal in bestimmten Fällen Helferinnen an ein Bestrahlungsgerät stellen dürfe, die nicht die notwendige Qualifikation haben (!). Dieses Personal müsse dann jedoch sogfältig eingewiesen und über die Gefahren und Risiken einer falschen Bestrahlung aufgeklärt werden. Dies war bei den beiden Helferinnen versäumt worden" (ebenda).

Die vom Gericht so benannte „Fahrlässigkeit" der Ärzte war für die Landesregierung Baden Würtemberg dann das Stichwort dafür, die Schuld und die Kosten für die Folgen der Rationaliserungen im „Gesund"-heitswesen flugs den (davon ebenfalls betroffenen) Ärzten aufzubürden.

Daß unausgebildetes Pflegepersonal über das Leben und die Gesundheit der Patienten wachen müssen, ist zum Alltag in bundesdeutschen Krankenhäusern geworden. So werden z.B. Schwesternschülerinnen zur Nachtwache bei z.T. todkranken Patienten eingeteilt und stehen im Notfall völlig hilflos der sie natürlich vollkommen überfordernden Situation gegenüber.

Für die Patienten sind die Zustände in den Krankenhäusern, da ihr Leben und ihre Gesundheit davon abhängen, natürlich von größerer Tragweite als für das Personal. Für Ärzte und Pflegepersonal kann ein „Versagen" zum Berufsverbot führen: sofern, wie wohl am häufigsten der Fall, dies nicht vertuscht wird. Dazu kommt der ständige moralische Druck, daß man schließlich auch die Verantwortung für die Patienten trägt.

Die beiden Ärzte haben gegen die „Leistungsbescheide" Widerspruch eingelegt. Wenn es hierbei zu einer Gerichtsverhandlung und -entscheidung kommen sollte, könnte dies zu einer Art Präzedenzfall für die zukünftige Rechtsprechung werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Streik auf der »Kayode Bakare« beendet

Bremen. Am 15.8. wurde der Streik auf der „Kayode Bakare" nach 3 Wochen beendet. Für die 22 nigerianischen Decksleute endete er mit einem Teilerfolg: Das Streikziel, den Reeder zu zwingen, die Besatzung nach ITF-Vertrag zu bezahlen, wurde erreicht (ITF = Internationale Transportarbeiter Föderation). Der Reeder erkannte rückwirkend ab Juli den Vertrag mit einer Mindestheuer von 1200 DM an, bisher erhielten die Kollegen ca. 390 DM. Weiter werden die Überstunden mit einer wöchendlichen Pauschale von 180 DM abgegolten. Diese Regelung soll auch für alle künftigen Besatzungen des Schiffes gelten. Die 22 Kollegen müssen aber das Schiff verlassen, sie erhalten vom Reeder eine einmalige Abfindung von zwei Grundheuern und das Rückflugticket nach Lagos. Es ist fraglich, ob sie wieder eine Arbeit auf einem Schiff finden werden.

Um wenigstens „ihren gerechten Lohn" zu erhalten, hatten die Kollegen einen harten Kampf durchzustehen. Nachdem die Kollegen, zu einem Hungerlohn angeheuert, ein anderes Schiff erhielten, als zugesagt und versprochene Sozialleistungen nicht eingehalten wurden, traten sie in Piräus in den Streik.

Diesen Streik ließ der Reeder sofort von der Polizei niederschlagen. In den folgenden Häfen Antwerpen und Rotterdamm wurden die Kollegen dann mit Versprechungen und Tricks hingehalten. Als sie dann in Bremen wieder in den Streik traten, wurde ihnen vom Hafenamt mit einem Polizeieinsatz gedroht (s.a. AK 100). Die Zusage des Reeders, die Streikenden mitzuverpflegen, wurde von ihm erst gut 2 Wochen nach Streikbeginn eingehalten. Über eine Klage beim Verwaltungsgericht forderte der Reeder, mit Polizei gegen die Kollegen vorzugehen. Gleichzeitig beantragte er beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung mit dem Ziel die Besatzung zum Verlassen des Schiffes zu zwingen. **Dies wurde vom Gericht zurückgewiesen, gleichzeitig machte es den Vergleichsvorschlag:**

ITF-Heuer ab Antwerpen
1 Monat Abfindung und freier Rückflug, der dann 3 Tage später zu dem Kompromiß und Streikende führte.

KB/Gruppe Bremen

Chemie

Gewerkschaftsausschluß gegen Jugendvertreter

Der Jugendvertreter von Aluminium-Oxid-Stade (AOS) hatte sich am 1. Mai an einer Demonstration aktiv beteiligt, die in Stade von der „Aktionseinheit 1. Mai" getragen wurde. Auch im Betrieb hatte er dazu Flugblätter an einige Auszubildende verteilt. Deshalb sollte er fristlos entlassen werden, was der Betriebsrat jedoch ablehnte. Daher läuft von Seiten der AOS-Kapitalisten zur Zeit ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Kollegen, um seinem Rausschmiß näher zu kommen. Gegen die Ablehnung der Kündigung durch den Betriebsrat hat die Geschäftsleitung jedoch erstmal keinen Widerspruch eingelegt

Der Hauptvorstand der IG-Chemie beschloß jedoch am 13. Juli den Ausschluß des Kollegen. Die Gewerkschaftsführer bemühen sich noch nicht einmal um eine inhaltliche Auseinandersetzung um das Flugblatt, sondern arbeiten mit Antikommu-

Der Hauptvorstand der IG-Chemie beschloß jedoch am 13. Juli den Ausschluß des Kollegen. Die Gewerkschaftsführer bemühen sich noch nicht einmal um eine inhaltliche Auseinandersetzung um das Flugblatt, sondern arbeiten mit Antikommu-

nismus. So wird glatt gelogen, wenn der Hauptvorstand behauptet, es handelt sich bei dem verteilten Flugblatt um eines des KB. Es dürfte ihm nicht entgangen sein, daß das Flugblatt von der „Aktionseinheit 1. Mai" herausgebracht worden ist und von 6 verschiedenen Gruppen unterzeichnet wurde, u.a. auch vom KB.

Der Kollege legt beim Beschwerdeausschuß gegen diese Entscheidung Einspruch ein.

Gleichzeitig sind bis jetzt mehr als 200 Unterschriften gegen diesen geplanten Gewerkschaftsausschluß gesammelt worden. Außerdem hat die Stader Initiative gegen AKW's jetzt eine Dokumentation zu diesem Fall herausgebracht, zusammen mit einem Berufsverbotefall wegen AKW-Gegnerschaft.

Helft mit, diese Schweinereien weit zu verbreiten, in dem Ihr die Broschüre bezieht. Darin ist auch die Unterschriftenliste enthalten gegen den Gewerkschaftsausschluß. Die Broschüre ist zu bestellen über

B. Freydank,

weit zu verbreiten, in dem Ihr die Broschüre bezieht. Darin ist auch die Unterschriftenliste enthalten gegen den Gewerkschaftsausschluß. Die Broschüre ist zu bestellen über

B. Freydank

2160 Stade
Harburger Str. 23 Tel. 04141/61230

KB-Gruppe Stade

Zwei Betriebe der Keramik-Industrie Oberfrankens schließen — 460 Kollegen müssen gehen

Innerhalb weniger Tage meldeten die Betriebe Krautheim und Adelberg und Steinach-Glashütte beim Amtsgericht Konkurs an. Bei Krautheim sind 260 Kollegen betroffen, bei Steinach 200 Kollegen.

Allen 460 Kollegen ist gekündigt worden, die Produktion wurde bereits eingestellt. Die Belegschaft von Krautheim ist erst einen Tag vor der Konkursanmeldung über ihre Lage informiert worden! Die Kollegen von Steinach mußten schon auf ihre Weihnachtsgratifikation 1976 verzichten und haben für die Monate Juni und Juli keine Löhne und keine Urlaubsgelder bekommen!

Die bayerischen Gewerkschaftsführer der IG-Chemie erklärten, die Stillegung sei nicht nötig gewesen, sondern seien Folge eines unfähigen Managements. Was die IG Chemie unter einem guten Management versteht, teilte sie auch gleich mit: eine neuere Technik und Rationalisierungsmaßnahmen. Zynischer gehts nimmer. Die Rationalisierungsmaßnahmen hätten natürlich genauso zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit geführt. Wie das Arbeitsamt mitteilt, sind die betroffenen Kollegen schwer unterzubringen, insbesondere die Kollegen von Steinach, weil viele von ihnen bereits über 45 Jahre alt sind.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg
nach Informationen eines AK-Lesers aus Hof/Bayern



260 Kollegen verloren hier ihren Arbeitsplatz

KURZMELDUNGEN

KURZMELDUNGEN

Betriebsausflüge von Öffentlich Bediensteten in der DDR finden – wenn es nach dem schleswig-holsteinischen Innenministerium geht – nicht statt, oder werden, falls wider Erwarten schon fix und fertig angemeldet, gleich wieder abgesagt. Denn Vorsicht ist die Mutter der Staatsschützer, wo doch jedem klar ist, daß *„Betriebsausflüge in der Regel in gehobener Stimmung stattfinden und die Bediensteten daher leichter Anwerbungsversuchen von DDR-Agenten zum Opfer fallen können"* („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 11.8.77).

Und also haben Angestellte der Amtsverwaltung Pinneberg-Land auf Intervention des Kieler Innenministeriums ihre DDR-Reise wieder abgesagt.

Angestellten im Kreiskrankenhaus Pinneberg erging es ähnlich, nur daß ihnen sogar von ihrem Dienstherrn (dem Pinneberger Landrat) – ebenfalls nach einem Einspruch des Kieler Innenministers die Reise glatt verboten wurde.

Dagegen brauchten auf dem Papier Öffentlich Bedienstete für Betriebsausflüge in die DDR nicht einmal eine formelle Genehmigung ihrer Vorgesetzten, sondern müssen sie nur davon in Kenntnis setzen ...

Gegen die Einschränkung der Rechte der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst!

* * *

In Mannheim wurde im Mai 76 eine ÖTV-Jugendgruppe Gesundheitswesen aufgelöst. Sie hatte u.a. gegen den miesen Lohnabschluß protestiert. Die Jugendgruppe arbeitete trotz des Auflösungsbeschlusses weiter. Jetzt hat die ÖTV-Führung per Gerichtsbeschluß eine halbe Million DM ersatzweise sechs Monate Haft für eine Vertreterin der Jugendgruppe angedroht: Die Jugendgruppe habe den Namen der ÖTV mißbraucht! ....

Nicht genug, daß fortschrittliche Gewerkschaftsmitglieder ausgeschlossen werden, aktive Gewerkschaftsgruppen aufgelöst werden. Jetzt wird auch gegen gewerkschaftliche Arbeit außerhalb der Gewerkschaft vorgegangen (nach „Rote Fahne", 8.8.77).

* * *

Aus dem Personalrat wurde auf Antrag des Stadtrates Burgdorf nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts **Hannover der Personalratsvorsitzende Peter M. ausgeschlossen. Ihm wurde vorgeworfen, eine Stenotypistin beim** Einstellungsgespräch zum Gewerkschaftsbetritt aufgefordert zu haben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der kreisfreien und selbständigen Städte Niedersachsens hat diese Absetzung als Ergebnis von Intrigen charakterisiert, *„durch die ein für die Interessen seiner Kollegen aktiver Gewerkschafter ausgeschaltet werden soll"* („Die Tat", 19.8.77).

* * *

Der Aufnahmeantrag zweier Häftlinge aus der Justizvollzugsanstalt Butzbach in die ÖTV wurde von der zuständigen Kreisverwaltung abgelehnt, denn ÖTV-Mitglied könne nur werden, wer in einem freigewähltem Beschäftigungsverhältnis stehe. Demgegenüber berufen sich die beiden auf das am 1. Januar in Kraft getretene Strafvollzugsgesetz, in dem die Bezahlung arbeitender Häftlinge rechtlich geregelt ist. Dabei ist das jeweilige Bundesland ihr „Arbeitgeber" und muß auch die Sozialversicherungsleistungen erbringen – aber ÖTV-Mitglieder dürfen sie nicht sein?! Zurecht weisen die beiden Butzbacher in diesem Zusammenhang auf den Status von Zivildienstleistenden oder Soldaten hin, die Mitglied der ÖTV sein können. Sie sprechen von *„Berührungsangst der Gewerkschaften gegenüber dem Knast"* (Frankfurter Rundschau", 18.8.77). Solche Ängste kennen „gestandene Gewerkschaftsfunktionäre" freilich nicht, wenn es um die Aufnahme der ganzen Maffia Öffentlicher Arbeitgeber (angefangen beim Oberfeldwebel Helmut Schmidt) oder um die Aufnahme selbst von MEK-Bullen usw. geht.

Die diskriminierende Haltung der ÖTV-Führer gegenüber den Gefangenen **entlarvt, was von ihrem „sozialen" Anspruch (und dem Geschwätz von „Resozialisierung") zu** halten ist. Das letzte Wort in dieser Sache ist allerdings noch nicht gesprochen, denn die Häftlinge haben Beschwerde bei der Frankfurter Bezirksleitung eingelegt.

* * *

Lufthansa. Die Zehnte Kammer des Landesarbeitsgerichtes in Hessen hat die „Arbeitsanweisung 112" der Lufthansa-Kapitalisten für rechtswirksam erklärt (Aktenzeichen 10 S A 57/77). *„Mit der Arbeitsanweisung können – abgestuft – Belehrung, Befremden, Mißbilligung sowie weitergehende arbeitsrechtliche Konsequenzen (!!) ausgesprochen und in der Personalakte vermerkt worden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.8.77).

Das Gericht bestätigte nun in zweiter Instanz, daß die DLH aufgrund der Arbeitsanweisung zu Disziplinarmaßnahmen berechtigt ist!

Die gerichtliche Auseinandersetzung war dadurch ausgelöst worden, daß ein Lufthansa-Angestellter gegen eine „Mißbilligung", die in seine Personalakte eingetragen wurde, geklagt hatte. Der Kollege hatte seine ihm telefonisch übermittelten Einsatzanweisungen auf Tonband mitgeschnitten und war deswegen diszipliniert worden. Allein diese Tatsache zeigt den reaktionären Charakter dieser Betriebsjustiz. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß die Lufthansa ein „Staatsbetrieb" ist – der Öffentliche Dienst setzt Maßstäbe bei der Einschränkung demokratischer Rechte!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW

»GEW im DGB« weiter auf Spalterkurs

Westberlin. Erwartungsgemäß setzt die nach dem Ausschluß der GEW Westberlin aus dem DGB neugegründete „GEW im DGB" ihre Spaltertätigkeit und ihren Kampf gegen die GEW Westberlin fort. So wurde jetzt vom Vorstand des Frister-Verbandes eine schon vor längerem gestartete Initiative der GEW Westberlin abgelehnt, zu den Personalratswahlen gemeinsame Listen aufzustellen.

Diejenigen, die gemeinsam mit den Rechten kandidieren wollten, meint Vorsitzender Helmut Stange hochnäsig, könnten ja „rechtzeitig" in seinen Verein übertreten und sich dort nominieren lassen.

Eine politische Begründung für die Ablehnung gemeinsamer Listen gibt Stange nicht – aber vielleicht fällt ja seinen Auftraggebern noch etwas dazu ein, falls er selbst nicht dazu in der Lage sein sollte.

Dies bedeutet ohne Zweifel, daß es im Rahmen der Personalratswahlen zu einer scharfen Konfrontation zwischen der GEW Westberlin und den Rechten kommen wird, wobei man darauf gespannt sein darf, ob die schärfsten Angriffe vom DGB und seinem Spalterverein oder direkt vom Westberliner Senat kommen werden, der seinen „Sozialpartnern" natürlich massive Schützenhilfe geben wird. Es ist auch nicht schwer vorauszusagen, daß das Kernargument dieser Kampagne darin bestehen wird, die GEW Westberlin sei „linksradikal", „kommunistisch unterwandert", eine „Gewerkschaft von Berufsverbote-Opfern" usw.

werkschaft von Berufsverbote-Opfern" usw.

Die Personalratswahlen bekommen damit den Charakter einer „Feuerprobe" für die GEW Westberlin, in der sie durch ein gutes Abschneiden ihre Arbeit als gewerkschaftliche Interessenvertretung der Westberliner Lehrer und Erzieher unterstreichen muß.

‚Prekär' wird die Situation damit für das Sozialistische Büro. Innerhalb des SB's sind die Meinungen in Sachen GEW Westberlin bekanntlich geteilt. Die im „Arbeitsfeld Schule" organisierten Genossen sind in der GEW Westberlin geblieben und setzen den Kampf gegen die Spaltung und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fort. Die westberliner „Ortsgruppe" des SB (im SB gibt es neben der „Berufsfeld-Organisierung" auch lokale Mitgliedergruppen) vertritt jedoch die Auffassung, daß es richtig sei, in den Spalterverein überzutreten, um weiter im DGB arbeiten zu können. Beide Seiten einigten sich jedoch darauf, in den beiden Lehrerverbänden auf eine Zusammenarbeit der Basis hinzuwirken mit dem Ziel einer „Wiedervereinigung" (deren genaue Bedingungen freilich offengelassen wurden).

Diejenigen SB-Mitglieder, die in die „GEW im DGB" übergetreten waren, meldeten alsbald triumphierend „Erfolge" bei der Verabschiedung einer „relativ demokratischen" Satzung des Spaltervereins und bei den Delegiertenwahlen.

Der Vorstand des Frister-Verbandes hat allerdings mit seiner Entscheidung zu den Personalratwahlen klargestellt, wer die Politik des Verbands bestimmt.

Die übergetretenen SB-Mitglieder werden daher um eine klar Auskunft nicht herumkommen, welche Personalratsliste sie unterstützen, und wie es insgesamt um ihre Solidarität mit den Ausgeschlossenen bestellt ist. Mag sein, daß unsere SB-Freunde alsbald „Erfolge" beim Durchbringen „fortschrittlicher Kandidaten" auf den Listen des Spaltervereins vorzeigen werden (was im übrigen Frister gar nicht schlecht ins Konzept passen würde), mag sein, daß sie versichern werden, dann wenigstens i m Personalrat mit der GEW Westberlin „zusammenarbeiten" zu wollen – dies alles kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede Stimme für den Spalterverband eine Unterstützung für die Totengräber der GEW Westberlin bedeutet. In

Stimme für den Spalterverband eine Unterstützung für die Totengräber der GEW Westberlin bedeutet. In

dieser Frage sollte man keinerlei Unklarheiten aufkommen lassen.

Insbesondere muß das SB insgesamt sich nun doch zu einer klaren Stellungnahme und Wahlempfehlung ‚durchringen'. Diese Kritik bezieht sich keineswegs darauf, daß in der „links" beide Positionen Gelegenheit hatten, ihre Argumente darzustellen (was für diese Zeitung durchaus „belebend" wirkte). Es geht aber nicht an, daß die verantwortlichen Organe des SB's sich in dieser Auseinandersetzung „nicht festlegten" und ihre Sympathien bestenfalls durch die Blume durchblicken ließen. Diese Frage ist in der Tat für die gesamte Gewerkschaftspolitik von so großer Bedeutung, daß das fortgesetzte Schweigen des SB-Arbeitsausschusses unverantwortlich ist.

SB mit kleinen Brötchen zufrieden?

„Beamtenstreik aufgeschoben" – unter dieser Überschrift nimmt das „Arbeitsfeld Schule im SB Hamburg" in der „express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" (Nr. 7/8) Stellung zur Streikdiskussion in der Hamburger GEW. AK-Lesern dürfte von früheren Anlässen (insbesondere dem Ausschluß der GEW-Westberlin) her bekannt sein, daß sich das SB immer etwas schwer tut, wenn aus den offenkundigen Schweinereien der Gewerkschaftsführung Konsequenzen zu ziehen sind. So auch hier.

Zwar wird richtig festgestellt, daß die Kollegen vom Hauptvorstand ausgetrickst wurden, dieser den Streik auch nie ernsthaft wollte, aber daß der Streik nicht stattgefunden hat, lag nach Meinung des SB schon mehr an den Kollegen, denn *„nicht zu übersehen sei"* gewesen, daß eine allgemeine *„Ratlosigkeit, Resignation und Hilflosigkeit"* entstanden sei. Daß dann auf einer in dieser Situation stattfindenden Vertrauensleuteversammlung dennoch eine Resolution verabschiedet wurde, in der der Hauptvorstand ultimativ aufgefordert wurde, den Warnstreik anzuberaumen, können sich die SB-Genossen nur damit erklären, daß dies *„doch wohl nur mit halbem Herzen"* geschehen sei. Leider geht der Artikel nicht mehr auf den Umstand ein, daß die VV auch nach einer erneuten Ablehnung des Warnstreiks durch den HV beschloß, diesen nach den Sommerferien neu auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Frust, der aus den Zeilen des Artikels spricht, kommt daher, daß bei der Aktionswoche der GEW Hamburg *„doch wieder nur die Kollegen, die halt immer mitgemacht haben"*, gesehen wurden. Die Aktionswoche, in der eigentlich der Streik stattfinden sollte, war das besondere Steckenpferd von SB und DKP, die hierin die besondere Chance sahen, „bevölkerungsnahe" Politik zu machen. Dies ging soweit, daß SB'ler und DKP'ler bereit waren, auf einen Streik zu verzichten, um alle Kräfte auf die Aktionswoche zu konzentrieren. Diese „basisnahen" Strategen konnten dann gar nicht verstehen, daß die Kollegen nicht einsahen, die Aktionswoche als Ersatzhandlung für den Warnstreik zu betreiben.

Aber dennoch *„nicht nur die Unermüdlichen haben in diesen Tagen und Wochen dazugelernt"*, schreiben die SB-Genossen. Immerhin hätten viele Kollegen gemerkt, *„daß die Gewerkschaft auch für sie etwas tut und nicht nur ihren monatlichen Beitrag anmahnt"*. 300 neue Mitglieder konnten für die GEW gewonnen werden! Alles in allem: Es hat sich gelohnt. – Wir meinen: Nein! So hat es sich nicht gelohnt. Angesichts der Tatsache, daß die Rückstufungen der Referendare kampflos „durchgingen", können die vom SB aufgezählten „kleinen Erfolge" kaum als „Trost" angesehen werden.

Es reicht eben nicht, daß die Kollegen an der Basis neue Erfahrungen machen, daß neue Mitglieder eintreten, daß über bildungspolitische Ziele diskutiert wird, daß die Filzokratie deutlich wird usw., wenn nicht die e i g e n t l i c h e Aufgabe, die Organisierung des Streiks, erreicht wird. Das SB mag sich mit kleinen Brötchen trösten, für die Kollegen dürfte diese Art von „Aufmunterung" jedoch wenig überzeugend sein.

Warum das SB gerade die „kleinen Erfolge" so betont, wird an der Frage der weiteren Perspektive deutlich. Da heißt es nämlich, die größte Gefahr sei jetzt, *„daß sich die linken Gruppen in der Gewerkschaft an dem vom Bundesvorstand provozierten Konflikt aufreiben und zersplittern."*

Zwar heißt es gleich darauf: *„Wir müssen die Wut und Enttäuschung der Kollegen, ihre Sensibilisierung für innergewerkschaftliche Machtstrukturen nutzen, um den Druck der Basis auf die Funktionärsspitze zu verstärken"*. Man wird aber den Eindruck nicht los, daß das SB am liebsten weg vom „aufreibenden Konflikt" mit dem Bundesvorstand und hin zur „mühevollen Kleinarbeit an der Basis" will, wo man sich zuhause fühlt. Fragt sich nur, ob die Basis das mitmacht. Denn der Warnstreik wäre damit sicher gestorben.

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Polizeiopfer erschoß sich Rassistische Mobilmachung in Zirndorf

Polizeiopfer erschoß sich angeblich selbst

Am 7.8. erschoß ein Bulle (Polizeiobermeister) bei einer Verkehrskontrolle in München einen türkischen Kollegen. Der türkische Arbeiter, der mit vier Deutschen im Auto saß, war angeblich zu schnell gefahren und wurde von der Polizeistreife rechts rangewinkt. Der Kollege soll erst beim zweiten Winken reagiert haben. Als er ausstieg, erschoß ihn der Bulle. Der Schuß traf ihn von hinten in den Kopf. Der schießwütige Polizeiobermeister hatte sofort eine völlig absurde Erklärung des „Vorfalls": der Türke habe den *„Abzugshahn bei einer unkontrollierten Stolperbewegung selbst betätigt"* (Frankf. Rundschau"/FR, 9.8.77). Er selbst habe seine Finger gar nicht am Abzugshahn seiner entsicherten (!) Pistole gehabt ...

Heute ist keine Erklärung für einen Polizeimord abgeschmackt genug, als daß der Mörder damit nicht durchkäme.

Die Münchner Polizei erklärte auf einer Pressekonferenz, der Beamte habe aus Gründen der „Eigensicherung" seine Pistole gezogen, das sei ganz normal, schließlich hätten ja auch Terroristen im Auto sitzen können. Gegen den bisher „grundanständigen" Bullen wird nicht einmal ein Dienstaufsichtsverfahren eingeleitet!

Der „Bund der türkischen Sozialisten in Europa" hat in einem offenen Brief an den bayrischen Innenminister gegen das Vorgehen der Polizei scharf protestiert: *„Die Diskriminierung der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland hat durch die Tötung unseres Landsmannes, Sedat Kirimizi, ein neues Symbol gefunden"*.

Ausländer-Kommission

Rassistische Mobilmachung in Zirndorf

Nicht etwa aus Empörung gegen die unhaltbaren Zustände für die ausländischen Asylbewerber im Lager Zirndorf gingen am 4.8.77 mehr als tausend Bürger Zirndorfs auf die Straße. „Mehr Rücksicht auf Zirndorf" und „Das Lager muß weg" waren ihre Parolen.

Und der Wortführer dieser Bewegung, Bürgermeister Virgilio Röschlein (CDU), wurde noch deutlicher. Man hätte es zu tun mit *„Exoten, Asiaten, und Arabern, Gutwilligen und Renitenten, Arbeitswilligen, Eheflüchtlingen, Reisenden auf Staatskosten und auch solchen, die sich offen zum ‚Schwarzen September' bekannt haben – fremdartig und oft verwegen aussehende Außereuropäer, die das Bild einer idyllischen Kleinstadt verändert haben"*.

Der Bürgermeister beschwört auch *„die Angst der Frauen, sich nachts auf die Straße zu wagen, die Gefährdung der Sicherheit und Ordnung und der öffentlichen Hygiene durch die Einschleppung von Seuchen."*

Die seit Monaten unhaltbaren Zustände durch Überbelegung des Sammellagers Zirndorf, Abweisung obdachloser Asylbewerber usw. werden dazu benutzt, in der Bevölkerung eine Progromstimmung zu erzeugen. Die Ausländer werden als „Scheinasylanten" diffamiert, die *„auf Kosten der Steuerzahler natürlich, bis zu sechs Jahre und mehr in der Bundesrepublik ‚verbringen"*, ehe sie ausgewiesen werden.

Hier wird, an rassistische Vorurteile appellierend, der Boden für eine noch schärfere Handhabung der Ausländergesetzgebung bereitet (Zit. nach „Nürnberger Nachrichten" v. 6./7.8.77).

Ausländerkommission



Aufgehetzte Zirndorfer tragen Parolen wie: „22 Jahre Ausländerlager ist genug für Zirndorf!"

GEW fordert Lehrerbedarfsplanung

Der GEW-Vorsitzende Frister forderte die Kultusministerkonferenz auf, *„eine jahrgangsweise Ermittlung der Lehramtsanwärter"* vorzunehmen und eine *„Vorausberechnung der bis 1980 in Betracht kommenden Einstellungsmöglichkeiten für Lehramtsanwärter"* vorzulegen. Er forderte weiterhin eine länderübergreifende Regelung, da *„mit erheblichen Ungleichgewichten in Angebot und Nachfrage zwischen den Bundesländern gerechnet werden"* müsse (Zitate aus „FAZ", 9.8.). Sollte diese Bilanz nicht vorgelegt werden, rechnet Frister *„mit erheblichen Unruhen"* unter den Lehrern. Was Frister jedoch dazu bewog, erst mit Unruhen in den nächsten Jahren zu rechnen, ist nicht ganz erklärlich. Hat er selbst doch in früheren Einschätzungen schon davon gesprochen, daß es gegenwärtig bereits mindestens 10.000 arbeitslose Lehrer gibt und sich diese Zahl ständig erhöht. Kaum anzunehmen ist auch, daß durch eine nationale Stellenerhebung der Planstellen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Im allerhöchsten Fall kämen einzelne Verschiebungen zwischen den Ländern dabei heraus. Das allerdings würde dem Sozialdemokraten Frister als „Erfolg" wohl schon genügen, um seine bisherige Sabotage an der Entwicklung von Kampfmaßnahmen zu rechtfertigen.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Der spröde Witz der GEW-Führung

Nachdem die GEW-Mitglieder mit Informationen über den Ausschluß des Westberliner Landesverbandes in der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" nicht gerade verwöhnt worden waren, erschien in der E&W 7/77 eine „Glosse", in der die Ausgeschlossenen aufs Übelste verhöhnt wurden.

„Erst wollen wir mal alle juristischen mittel in bewegung setzen, wenn wir auch sonst auf alle „demokratischen" überlieferungen a la GG und gerichte aus voller Seele und aus ebenso vollem munde pfeifen: GEW-untergliederung X gegen GEW-Berlin, GEW-Berlin gegen GEW-bund..."

„Nur aus dem chaos wird die Revolution geboren... Schafft deshalb ein, zwei, hundert GEWs! Deshalb: Nein zur auflösung und zum übertritt!"

Als eine Hamburger Schulkreiskonferenz gegen diesen Hetzartikel bei der Schriftleitung protestierte, erhielten sie eine rotzfreche Antwort, in der sich darüber mokiert wurde, daß die Kollegen auf eine Satire „toternst" reagiert hätten. Mit dem Artikel wollte man *„zwar zum Nachdenken anregen, nicht aber zum schärfsten Protest."*

Wunderbar! Welch sprühender Witz auf Seiten der GEW-Führung. Man möchte sich fast vor Lachen biegen. Dieses „satirische Können" reicht ja schon fast an die Spitzenerzeugnisse deutschen Humors („Bild", „Welt", ...)heran.

Hamburg: Sklavenarbeit im »Alten Land«

Der Obstbauverband Norddeutschland plädiert seit einem Jahr für *„eine kontrollierte und zeitlich begrenzte Einreisemöglichkeit für ausländische Erntehelfer, weil deutsche Arbeitnehmer trotz hoher Arbeitslosigkeit nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen."* („Harburger Anzeigen und Nachrichten", HAN, 15.7.77)

Zur Zeit arbeiten ca. 1.500 bis 2.000 Türken zur Obsternte im Alten Land, einem riesigen Obstanbaugebiet an der Niederelbe. Illegal aus den ärmsten Gebieten der Türkei eingereist, verrichten sie für die Obstbauern schwerste Knochenarbeit – in ständiger Angst vor den Überfällen der Ausländerpolizei. Ein Obstbauer: *„Die werden dann einfach von der Polizei aus den Obstbäumen geholt und wie Schwerverbrecher mit Handschellen aneinandergekettet"* (HAN, 15.7.77).

Razzien im Großmaßstab werden jedoch nicht durchgeführt. Es wird nur darauf gesehen, durch kleinere Menschenjagden die Ausländer in ständiger Angst zu halten, um ihnen den Mut zu nehmen, auch über die Ernte hinaus in der BRD zu bleiben. Und das ist wohl auch der Grund, warum dem Antrag des Obstbauernverbandes auf zeitlich begrenzte Einreiseerlaubnis nicht nachgegeben wird.

Um den Profit der Obstbauern jedoch nicht zu gefährden, hält die Polizei zur Erntezeit still und reagiert nur auf direkte Anzeigen. *„Die Behörden drücken angesichts der Notlage der Bauern beide Augen zu"* (SPD-Landtagsabgeordneter Helmut Barwig). *„Große Razzien wären hier wohl nicht sehr opportun"* (Jürgen Willmer, Leiter der Stader Kriminalpolizei), er dürfe *„die volkswirtschaftliche Seite nicht übersehen"* (HAN, 15.7.77).

Die Jagd auf „Illegale" wird nach der Ernte nicht mehr lange auf sich waren lassen, wenn die „Notlage" der Obstbauern vorbei ist. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und kann gehen.

Ausländerkommission



frauen



Frauen, hört die Signale! (?) ...

Wie jüngst den französischen Nachrichten für die Frauenbewegung („Information des Femmes", Juli/August '77) zu entnehmen war, wurde auf einem internationalen Treffen von feministischen Parteien und Organisationen am 19./20./21. Mai '77 in Montreuil (Paris) eine „Feministische Internationale" gegründet. Vertreten waren Frauen aus der BRD, Belgien, Spanien, Frankreich und Israel. Nach reiflicher Diskussion (30 Stunden) einigte man sich auf eine Plattform, die den politischen Standpunkt und die Ziele der „Feministischen Internationale" repräsentieren soll. Demnach definiert sich die FI als „*politische Organisation einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse: die Frauen sind im Hinblick auf die politische Machtergreifung die einzige Möglichkeit, um die ökonomischen und sozialen aktuellen Strukturen zu verändern.*" Die FI sei „*eine neue Organisationsform, die eine Pyramidenstruktur mit Machtzentralisierung, Hierarchie und Ämterhäufung zurückweist.*"

Nach der Auffassung der Gründerinnen ist „*der Feminismus eine eigene politische Kraft, die eine weltweite alternative Gesellschaft vorsieht. Die Frauen sind der Unterdrückung und Ausbeutung durch das Patriarchat und den Privatkapitalismus oder Staatskapitalismus, wie er in den sogenannten sozialistischen Ländern praktiziert wird, unterworfen. Die Dialektik des Klassenkampfs der Frauen steckt im Widerspruch zwischen Mann und Frau. Deswegen geht dieser Kampf über den Kampf der anderen sozialen Klassen hinaus und grenzt an die Zerstörung der familiären Produktionswelt, die Basis aller bestehenden Gesellschaften.*"

Konkret formulieren sie ihre Ziele:

- „*die Zerstörung der Familie als Produktionseinheit, die die Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen bestimmt;*
- *eine neue, nicht sexistische Erziehung und einen neuen sozialen Status für das Kind;*
- *eine selbstbestimmte Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kindererziehung, entsprechend der Abschaffung der Rollenverteilung;*
- *ein neues Zusammenleben;*
- *eine Neuschöpfung der Erotik im Sinne einer totalen Menschlichkeit anstelle von sexuellem Konsum;*
- *das Recht auf freie Selbstbestimmung über unseren Körper;*
- *das Recht auf bezahlte Arbeit;*
- *das Recht auf politisches Leben;*
- *die Beteiligung im ganzen an allen Führungsfunktionen und an der Kontrolle der Führung, als da sind: direkte Führung auf dem Niveau des Unternehmens, direkte Demokratie und neue Methoden der Machtausübung auf politischem Niveau, Abschaffung der Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft.*"

Erinnert man sich angesichts dieser Ziele nicht auch lebhaft an die Ideen einer Shulamith Firestone, die ja auch behauptet, die „biologische Familie" sei der Quell aller Unterdrückung der Frauen?! ...

Programmatisch heißt es weiter: „*In der aktuellen Situation ist die Selbstbestimmung der feministische autonome Kampf, der alle zentralisierte Macht, patriachalische und kapitalische, in Frage stellt. Die feministische Gesellschaft wird ein ökonomisches Plansystem sein, ausgehend von der selbstbestimmten Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kindererziehung. Weil sie das Patriarchat, die Basis der Unterdrückung aller bekannten Gesellschaften, in Frage stellt, ist die Feministische Internationale radikal und revolutionär. (...)*

Die Feministische Internationale ist solidarisch mit allen feministischen Kämpfen von heute und morgen. Die feministische Revolution kommt aus der Solidarität aller Unterdrückten! Keine Befreiung der Unterdrückten ohne Feminismus! Feministinnen aller Länder vereinigt euch!"

Anscheinend meinen die Feministinnen, daß die „feministische Macht" allein aus dem Mundwerk und der Phantasie kommt?...

Eine Frage interessiert uns aber doch noch: Nach unseren Informationen soll Anfang Juni in Amsterdam ein internationales Feministinnentreffen stattgefunden haben ... Weder von diesem noch von der Gründung der Feministischen Internationale kann man in der westdeutschen Frauenbewegungspresse („Courage", „Schwarze Botin", „Emma" u.a.) etwas vernehmen ...

Wie kommt das bloß?!...

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Plädoyer für das Stillen

Leserbrief

„Tut das nicht weh?", „bekommt man davon nicht einen Hängebusen?" „Was, so lange willst du stillen, wirst du dadurch nicht sehr geschwächt?" – Solche Fragen, die mir als junger Mutter gestellt wurden, drücken eine gewisse Skepsis auch von Menschen, die in der Frauenfrage aktiv sind, dem Stillen gegenüber aus. Meines Erachtens ist hier auf der einen Seite noch ein gutes Stück bürgerlicher Ideologie in einigen Köpfen verhaftet, auf der anderen Seite schießt der Kampf für die Befreiung der Frau von ihrer besonderen Unterdrückung übers Ziel hinaus und führt dadurch zu sehr kinderfeindlichen Tendenzen nach dem Motto: „Ich lasse mich doch durch Kinder nicht so stark einschränken; was von denen kommt, kann für mich als Frau doch nur schlecht sein!"

Inwieweit diese „Einschränkung" mit den Bedingungen zusammenhängt, unter denen Frauen in dieser Gesellschaft gezwungen sind, ihre neugeborenen Kinder zu betreuen und welche Interessen Frauen u n d Kinder daran hindern, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, möchte ich im folgenden ansatzweise aufzeigen und die Schlußfolgerungen zur Diskussion stellen.

die Schlußfolgerungen zur Diskussion stellen.

Fließbandabfertigung im Krankenhaus

So sehen die ersten Erfahrungen von Mutter und Kind mit dem Stillen in der Regel aus: In der Klinik wird das Baby fünfmal am Tag, fest in weiße Tücher geschnürt und meist vollkommen verschlafen und müde, von einer Schwester gebracht und bekommt nach kräftigem Klopfen und Schütteln Mutters Brustwarze in den Mund gestopft – schließlich muß es das ja lernen! Nach spätestens einer halben Stunde wird das Kind wieder abgeholt, egal, ob es nun satt ist, oder nicht – der Rest wird dann im Fließbandverfahren per Flasche nachgefüttert. Das Ganze hat natürlich möglichst schnell zu gehen, denn die Kinder müssen auch noch vor und nach dem Stillen gewogen werden – da ist es doch sehr viel einfacher und zeitsparender, alle Babies von vorneherein mit der Flasche abzufüttern und dann ist Ruhe!

Hier liegt ein wesentlicher Grund dafür, weshalb den Frauen in einigen Kliniken vom Stillen abgeraten wird, sie in den meisten nicht ausreichend unterstützt und bei auftretenden Schwierigkeiten ermutigt und beraten werden und manchmal sogar von vorneherein ohne ihr Wissen Hormonspritzen bekommen, die verhindern, daß die Milchproduktion überhaupt in Gang kommt. Dabei muß man sagen, daß beinahe jede Frau stillen kann, auch wenn sie kleine Brüste, Hohlwarzen oder zunächst wenig Milch hat! Die Rationalisierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen machen sich hier als besondere Kinder- und Frauenfeindlichkeit bemerkbar. Dies trifft vor allem die überwiegende Mehrheit, die in der 3. Klasse abgefertigt wird, denn bei „Zuzahlern" geht es auch anders!

Die Konzerne mischen mit

Nestle tötet in unseren zivilierten Regionen zwar keine Babies; dieser und andere Konzerne versuchen aber durch enormen Werbeeinsatz wie Prospekte, Tabellen, Probepackungen und persönliche „Beratung in Ernährungsfragen" die Mütter auch hier davon zu „überzeugen", daß die künstliche Ernährung für sie kräfteschonend und das beste für ihren Liebling sei. In bunten Babybüchern und Tabellen werden Normen aufgestellt, denen die meisten Mütter aufgrund ihrer Unsicherheit ausgeliefert sind und an denen sie ihr Baby messen sollen. Das bewirkt, daß sie unruhig werden, wenn ihr Kind nicht genausoviel trinkt, wie angegeben, etwas weniger zunimmt oder später lächelt. Und dann können sich nur wenige dem Zwang widersetzen, auf ihr Kind Druck auszuüben oder mehr Pulver als angegeben, anzurühren (wobei übrigens die angegebenen Mengen sowieso schon zu hoch sind), statt die „Normalität" danach zu bestimmen, ob das Kind einen satten, zufriedenen Eindruck macht. Kein Wunder, daß viele Säuglinge zu dick sind, aber das Geschäft blüht! Die Entscheidungsschwierigkeit vieler Frauen bei der Frage des Stillens gründet sich auch oft auf Vorurteile, die durch bürgerliche Schönheitsideale hervorgerufen werden. Die Angst vor einem Hängebusen und damit verbunden die Angst, den „ästhetischen Vorstellungen" des Mannes nicht mehr zu entsprechen, hält viele Frauen vom Stillen ab.

Schutz für Mutter und Kind?

Berufstätigen Müttern werden noch zusätzlich Steine in den Weg gelegt: Nach dem Mutterschaftsurlaub von acht Wochen nach der Entbindung haben sie kaum noch die Möglichkeit, voll zu stillen, geschweige denn, sich dabei nach den Bedürfnissen (dem Hunger des Kindes) zu

denn, sich dabei nach den Bedürfnissen (dem Hunger des Kindes) zu

richten. Offiziell wurde den Frauen zwar im Mutterschutzgesetz § 7, Abs. 1 und 2 die Möglichkeit zu mindestens zweimal einer halben Stunde Stillzeit bei acht Stunden Arbeit ohne Verdienstausfall eingeräumt; in der Praxis sieht das bei der bestehenden hohen Frauenarbeitslosigkeit und der ständigen Diskriminierung vor allem der Mütter allerdings ganz anders aus. Welche Frau kann außerdem ihr Kind zum Arbeitsplatz bringen lassen und dann in einer halben Stunde „abfertigen"? Es sei nur kurz darauf hingewiesen, wie der Mutterschutz z. B. in Bulgarien aussieht: Die Mutter wird nach der Entbindung acht Monate lang bei vollem Gehalt und weitere sechs Monate bei prozentualem Lohn von der Arbeit beurlaubt.

Hier zeigt sich wieder einmal deutlich die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft: Profitinteressen der Babynahrungsindustrie und maximale Ausbeutung der Arbeitskraft verhindern, daß die Babies optimal ernährt werden – nämlich mit allen lebenswichtigen Nährstoffen, Mineralien und Abwehrkörpern – und daß sie Wärme, Körpernähe, Sicherheit und Lust erfahren, die ihnen das Saugen an der Mutterbrust bietet. Übrigens ist das Stillen auch für die Mutter ein lustvolles Erlebnis!

Erwähnen sollte man noch, daß es natürlich auch etliche Wissenschaftler, Mediziner und Psychologen aus dem bürgerlichen Lager gibt, die das Stillen sehr propagieren. Für sie ist die Natürlichkeit des Stillens gleichzeitig ein Beweis für die Natürlichkeit der Mutter- und Hausfrauenrolle im bürgerlichen Sinn und ein Grund mehr, die Frauen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wieder an Heim und Herd zurückzuschicken. Sie verbinden die Propaganda für das Stillen mit massiver Diskriminierung der Frauen, die angeblich aus Faulheit, Bequemlichkeit und Eitelkeit nicht dazu bereit sind.

Kämpfen wir für Bedingungen, unter denen die Bedürfnisse unserer Kinder so weitgehend wie irgend möglich erfüllt werden können, was im Fall des Stillens eng mit der Möglichkeit der Mütter zusammenhängt, sich dem Säugling zu widmen. Dafür muß den Frauen aber durch Aufteilung der Arbeit in allen anderen Bereichen des Haushalts und der Kinderbetreuung ermöglicht werden, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Um das zu erreichen, ist es notwendig, den Rahmen der Kleinfamilie zu durchbrechen!

Eine Genossin aus Göttingen

Szenen einer Ehe

„*Es ist besser, wenn wir uns nicht treffen. In vielen Fragen hast du nicht das getan, was ich dir mehrmals in vielen Jahren gesagt habe ... Wozu soll es gut sein, wenn wir uns öfter treffen? ... Ich bin schwer krank und bin 81. Du hast überhaupt kein Mitleid mit mir: Du genießt Privilegien, aber was wirst du machen, wenn ich tot bin? Du gehörst zu denjenigen, die nicht über die wichtigen Fragen diskutieren, sondern mich ständig mit unwesentlichen Fragen angehen. Ich rate dir, darüber nachzudenken*".

Wer spricht da zu wem? Onassis auf dem Totenbett zu seiner Jacky? Oder der ehemalige Vorsitzende der KP Chinas, Mao Tse-tung, zu seiner Frau Djiang Tjing, ehemaliges Mitglied des Politbüros der KP Chinas? So seltsam es klingt: Die zweite Antwort ist richtig!

Man könnte dies normalerweise als imperialistische Propaganda und Erfindung abtun. Vielleicht ist es das tatsächlich. Jedenfalls fanden wir diese Sätze in einer Broschüre der französischen PCMLF („Bruderpartei" unserer vaterländischen „KPD"), die nach dem China-Besuch ihres Vorsitzenden Jacques Jurquet im Dezember 1976 herausgegeben wurde („La Chine reste rouge", hrsg. Anfang 1977).

Man wird unseres Wissens die zitierten Sätze in dieser Form bisher in keiner offiziellen chinesischen Veröffentlichung finden. Andererseits wird die PCMLF diese Sätze aber auch gewiß nicht selbst erfunden haben. Vielmehr dürfte die PCMLF von chinesischer Seite entsprechendes inoffizielles Material erhalten haben.

Diese Zitate zeigen einerseits Mao als polternden Patriarchen, andererseits Djiang Tjing als Privilegien genießendes alterndes Weibchen, das ihrem vielbeschäftigten Mann mit unwichtigem Geschwätz auf die Nerven geht. Zudem noch, wie aus weiteren (z. T. sogar offiziellen) „Zitaten" hervorgeht, auf Intrigen und Karriere versessen.

Dies, ebenso wie zahlreiche frauenfeindliche Erscheinungen im Zuge der Hetzkampagne gegen die „Viererbande" (z. B. die Darstellung Djiang Tjings in Karikaturen als Hexe oder Prostituierte), signalisieren wohl auch für die Stellung der chinesischen Frauen nach dem Hua-Putsch nichts Gutes!

Frauenhausinitiative Kiel gegründet

Am 6.7.77 gründete sich in Kiel ein Verein „Initiativgruppe Frauenhaus Kiel", in dem bislang über 60 Frauen mitarbeiten.

In zwei Gründungssitzungen wurden die „Grundlagen der Arbeit" (welche Ziele haben wir und wie soll das Haus aussehen?) und eine Satzung diskutiert und beschlossen.

Ausgehend von dem Recht des Menschen auf körperliche Unversehrtheit fordern die Frauen, daß der Staat (bzw. die Stadt) dafür Sorge zu tragen hat, daß dieses Recht auch für mißhandelte Frauen gewahrt wird, d. h. daß sie die materiellen Mittel für ein Frauenhaus zur Verfügung stellen. Das Haus soll in Selbstverwaltung der Frauen und des Frauenhausvereins laufen; Männer sollen mit Ausnahme von Handwerkern und Erziehern für die Kinder keinen Zutritt haben.

Einige Frauen hatten seit einiger Zeit Materialien zum Problem Frauenhaus gesammelt und zu einer Initiativgruppe und zur Gründung des Vereins aufgerufen. Inzwischen beteiligen sich neben Unorganisierten auch Mitglieder der ASF (SPD-Frauen), Judo-Frauen, Frauenzentrum, Dienstag-Frauengruppe, Demokratische Fraueninitiative sowie je eine Vertreterin der evangelischen Kirche, des „Haus der Familie" und des Kinderschutzbundes.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Kiel

Wir wollen keine Fleischbeschau — das erniedrigt jede Frau!

Mit spontanen Aktionen konnten während des „City-Festes" in Braunschweig zwei frauenfeindliche Veranstaltungen erfolgreich behindert werden.

Neben dem üblichen Werberummel zu diesem dreitägigen Fest, das von einigen Firmen und der SPD (!) getragen wurde, sollten diese Veranstaltungen – „Wir suchen das spärlichst bekleidete Mädchen" und „Wahl der Miss Braunschweig" – dazu beitragen, noch mehr Menschen anzulocken.

Dazu wurde auf unsere Initiative ein Flugblatt erstellt, das kurz auf den „Sinn" des Festes und dieser Veranstaltungen einging. Um dieses Flugblatt mit einer Aktion zu verbinden, wurde es auf einem am gleichen Tag stattfindenden Frauenfest im Kommunikationszentrum „Bambule" bekanntgegeben, so daß 25 Frauen und Männer mobilisiert werden konnten. Trotz tätlicher Angriffe gelang es, die Bühne zu stürmen. Leider war es trotzdem nicht zu verhindern, daß drei Frauen auf der Bühne entkleidet wurden. Aus den gewonnenen Erfahrungen heraus beschlossen wir, die Aktion gegen die Miss-Wahl am darauffolgenden Tag gezielter vorzubereiten. Mit Transparenten, Sandwiches, Liedern und Sprechchören gelang es zunächst, den Beginn der Veranstaltung zu verhindern. Im Laufe der Aktion wurden wir mit Wasser begossen, mit Mikro-Ständern bedroht, angespuckt und mit Abfall beworfen – ständig wurde versucht, die Transparente zu zerstören. Mittlerweile hatten sich viele Frauen und Männer aus dem Publikum mit der Aktion solidarisiert; sie unterstützten uns gegen die schweinischen Sprüche des Conferenciers. Provokatorisch kündigte er „speziell für die Herren" noch einmal die Wahl des „spärlichst bekleideten Mädchens" an. Aber weder daraus, noch aus der „Miss-Wahl" wurde was! Durch die fortgesetzten Sprechchöre, Lieder und Buh-Rufe der mittlerweile über 50 Aktivisten war der Conferencier mit seinem Latein am Ende, so daß eine Musik-Gruppe eingesetzt werden mußte. Die ursprünglich geplante „Wahl der Miss Braunschweig" konnte nicht stattfinden!

KB/ Gruppe Braunschweig

Englische Frauen gegen Vergewaltigung

Am 16. Juli führte die englische Frauengruppe „Women Against Rape" („Frauen gegen Vergewaltigung" – „WAR") ein Tribunal gegen Vergewaltigung auf dem Londoner Trafalgar Square durch. Angeklagt waren die drei Richter Wien, Slynn und Roskill, die den königlichen Gardisten Holdsworth (angeklagt wegen brutaler Vergewaltigung) in einem Revisionsverfahren zu sechs Monaten auf Bewährung „verurteilt" hatten, „um seine weitere Armee-Karriere nicht zu gefährden" (siehe auch AK 108 vom 11.7.). Ferner waren hohe Regierungsvertreter angeklagt: So Innenminister Rees, verantwortlich für das Verhalten der Polizei in Vergewaltigungsfällen; Lordkanzler Elwyn Jones, als Oberster Richter und Oberhaus-Vorsitzender für das bestehende Vergewaltigungsgesetz verantwortlich; der Staatssekretär für öffentliche Dienste, David Ennals und Schatzkanzler Healey, der für die wirtschaftliche Krise des Landes verantwortlich ist, die Männer *„dazu verleitet, ihre wirtschaftlichen Enttäuschungen mit Prügeln an ihren Frauen auszulassen"* (aus der Erklärung von „WAR", zitiert nach „Observer" vom 3.7.77).

Das Echo der bürgerlichen Presse auf diese Aktion war recht gering. Am 25. Juli druckte der als liberal geltende „Guardian" jedoch einen derart provokativ reaktionären Beitrag von Harold Jackson zum Thema Vergewaltigung ab, daß es Proteste aus der Frauenbewegung nur so hagelte. Sicher auch, um das Image einer „links-liberalen" Zeitung gegenüber der Frauenbewegung und der übrigen demokratischen Öffentlichkeit aufrechterhalten zu können, konnte „WAR" darauf hin am 1.8. im „Guardian" einen Bericht über das Anti-Vergewaltigungs-Tribunal vom Juli und eine Darstellung ihrer Ziele veröffentlichen.

Insbesondere in Zusammenhang mit der durch die „Walpurgisnacht"-Aktion gegen „Männergewalt" in Gang gekommene Diskussion scheinen uns die Vorstellungen von „WAR" zu diesem Thema interessant.

Die Bedeutung der Vergewaltigung für die Frauen sieht „WAR" so: *„Jede Frau weiß, daß wir dieser Gefahr jeden Tag ausgesetzt sind und daß allein schon dieses Risiko ein unerträglicher Angriff auf die Freiheit der Frau ist".* Da Frauen unter den Autobesitzern eine Minderheit sind *„und Frauenlöhne und Haushaltsgeld nicht viel für Taxi- oder Busfahrten übriglassen, wird besonders auch durch die Wirtschaftskrise diese Ausgangssperre zunehmend spürbar... Der Vergewaltiger wird ermutigt... Wenn die Frau zur Polizei geht, zum Gericht, zu ihrem Arbeitgeber, werden ihr die unvermeidlichen Fragen gestellt: Was haben Sie denn zu dieser Nacht- (oder Tages-)Zeit dort draußen gemacht? Was hatten Sie an? Warum war Ihr Mann nicht bei Ihnen? Warum suchen Sie sich nicht einen festen Freund? Warum sind Sie nicht schön zu Hause geblieben, wo Sie in Sicherheit sind?*

Ist eine Frau lesbisch oder lebt als Prostituierte, oder ist sie alleinstehend und nimmt die Pille, ist das ein zusätzlicher Beweis gegen sie: ‚So eine hat es nicht anders verdient'. Kürzlich sind Frauen, als sie eine Frauendiskothek im Süden Londons verließen, von wildgewordenen Jugendlichen aus der Gegend mit Flaschen beworfen worden. Eine Hausfrau, die als Striptease-Tänzerin arbeitet, um ihren studierenden Mann und die Kinder zu unterstützen, wurde kürzlich in Bristol vergewaltigt. Der Richter sagte ihr, daß eine Frau wie sie schon ‚keinen dauernden Schaden davontragen' werde.

Diese Disziplinierung der Frauen fängt nicht auf der Straße an. Vergewaltigung beginnt in den eigenen vier Wänden, mit der Erwartung des Mannes auf sexuelle Dienstleistung von einer Frau, die abhängig von ihm ist, weil sie ein Dach über dem Kopf und Essen für sich und ihre Kinder braucht. Die Vergewaltigung beginnt auch, wo eine Frau es ablehnt, sexuell zur Verfügung zu stehen. ...Das Gesetz sieht es jedoch anders. Die finanzielle Abhängigkeit der Frauen ist ‚natürlich', es ist ‚natürlich', wenn wir für jeden Dienst auf Abruf bereit stehen, und eine Frau, die nicht ‚alles gibt', wenn es von ihr verlangt wird, ist ‚unnatürlich'. Daher ist es nicht überraschend, daß Geschlechtsverkehr, der einer Frau vom Ehemann aufgezwungen wird, gesetzlich keine Vergewaltigung, sondern ihre eheliche Pflicht und sein eheliches Recht ist.

‚Women Against Rape' entstand vor über einem Jahr. ...Einige Monate lang arbeiteten wir unsere eigenen Erfahrungen auf und diskutierten unsere Ziele. Dabei ergaben sich folgende Punkte:

1. Die Anerkennung jeder Art von Vergewaltigung nicht nur durch Fremde, sondern auch durch Ehemänner, Väter und Stiefväter, nicht nur durch Anwendung physischer Gewalt, sondern auch durch Erpressung, durch gesellschaftlichen und finanziellen Druck.
2. Vergewaltigung in der Ehe muß per Gesetz als Verbrechen gelten.
3. Der Staat muß die Verantwortung dafür übernehmen, Vergewaltigung zu verhindern und abzuschaffen. Wenn er dieses Verbrechen nicht verhindern kann, muß er dem Opfer eine Entschädigung zahlen (...). Sie muß auch für Vergewaltigung innerhalb der Familie gezahlt werden; und sie muß alle Kosten, die der Frau entstehen, abdecken, einschließlich der Kosten, die durch ein Kind oder durch eine private Abtreibung entstehen (...).
4. Die Frau darf nicht vor Gericht gebracht werden.
5. Opfer müssen mit Achtung und Anteilnahme behandelt werden.
6. Jede Frau muß finanziell so unabhängig sein, daß sie eine Umgebung, in der sie sich von Vergewaltigung bedroht fühlt, verlassen kann.

...„WAR"-Frauen besetzten Roskills Gerichtssaal, drangen in das Verteidigungsministerium ein und nahmen schließlich die Rechtssprechung in die eigenen Hände, indem sie mit der ‚Wages for Housework Campaign' (‚Lohn für Hausarbeit-Gruppe') einen öffentlichen Prozeß auf dem Trafalgar Square organisierten. Angeklagt waren die drei Richter sowie der Innenminister, der Lordkanzler, Vorsitzender des Oberhauses und gleichzeitig oberster Richter, der Staatssekretär für Öffentliche Dienste und der Verteidigungsminister.

Ihr Anwalt waren Regierung und Industrie, die alle Angeklagten repräsentierten. Die Anklagen waren: Vergewaltigung; Verschwörung mit dem Ziel, Frauen zu vergewaltigen und ihnen Gewalt anzutun; Vergewaltigung des Rechtswesens; Verletzung unseres Körpers und unserer Rechte.

Das Gericht bestand aus den Hunderten anwesender Frauen. Als Zeugen traten über 20 Frauen auf,

unseres Körpers und unserer Rechte.

Das Gericht bestand aus den Hunderten anwesender Frauen. Als Zeugen traten über 20 Frauen auf,

die aussagten, was sie selbst an Vergewaltigung erlebt hatten, und die die Verantwortlichen anklagten (...).

Frauen machten Aussagen über ihre Vergewaltigung und die Prügel, die sie von ihren Männern zu erleiden hatten. Eine Büroangestellte klagte die Vergewaltigung im Büro an, wo die Frau die niedrigste Bezahlung und den niedrigsten Status hat, und wo von ihr erwartet wird, für jeden immer zur Verfügung zu stehen.

Farbige Frauen und Immigrantinnen klagten eine Gesellschaft an, die die farbige Frau als diejenige diskriminiert, die zu allererst vergewaltigt werden kann. Ihre Anklage war, daß es ihre Söhne, Brüder und Männer sind, die wegen Vergewaltigung oder anderer Delikte eingeknastet werden können, ohne daß auch nur der leiseste Anschein eines ‚fairen Prozesses' gewahrt würde.

Norma Steele von ‚Black Women' in der ‚Wages for Housework Campaign' sagte über die Gründe aus, warum sich farbige Frauen noch mehr als andere Frauen scheuen, die Polizei um Hilfe zu ersuchen.

Helen Buckingham von der Initiative ‚Prostitution Laws Are Nonsense' (‚Prostitutionsgesetze sind Unsinn') sprach über Vergewaltigung an Prostituierten durch Kunden, Hotelwächter und Polizisten.

... Männer und Frauen sahen in dem Prozeß ein gutes Mittel gegen diejenigen, die die Macht der Männer über die Frauen aufrechterhalten, um ihre eigene Macht über alle aufrecht zu erhalten und die, indem sie Frauen den Männern zur Vergewaltigung unterwerfen, Männer auch einer ständigen Unterdrückung unterwerfen.

Die Ansicht, daß Männer ‚Tiere' mit ‚unkontrollierbaren sexuellen Trieben' sind, ist nie von Frauen aufgebracht worden, sondern von denen, die Vergewaltigung verteidigen. Dieser Dunst-Schleier verbirgt nicht nur die Schuld des Vergewaltigers, sondern die tiefere Schuld derjenigen, die mittels ihrer Urteile, Gesetze und Finanzhaushalte unser tägliches Dasein so verplanen, daß Frauen und Männer beherrscht werden – und daß Frauen von Männern beherrscht werden – und das bringt Vergewaltigung und Gewalt mit sich.

Verborgen wird die Schuld derjenigen, die durch ein Augenzwinkern für mehr Vergewaltigung verantwortlich sein können, als ein einzelner Mann in seinem ganzen Leben begehen könnte. Und genau diese Angeklagten wurden von den anwesenden Frauen einstimmig schuldig gesprochen. Aus diesem Urteil folgt, daß längere Gefängnisstrafen – die jetzt von denselben schuldigen Verantwortlichen vorgeschlagen werden – das Problem der Vergewaltigung nicht lösen. Wir sind froh, feststellen zu können, daß, seit die Proteste der Frauen zu laut geworden sind, um sie zu überhören, seit die Lüge, daß Vergewaltigung der Fehler und die Schuld der Frau sei, massiv und öffentlich bekämpft worden ist, die Gerichte anfangen, Vergewaltigung ernster zu nehmen.



Sandra Bruce, Ruth Hall und Priscilla Allen (v.l.n.r.)

Aber durch den Prozeß wurde mehr als klar, daß Frauen sich von denen, die uns weismachen wollen, daß höhere Gefängnisstrafen das Problem lösen, nichts vormachen lassen. Wir wissen, daß jene, die Gefängnisstrafen ganz allgemein erhöhen wollen (nicht nur für Vergewaltigung), gerne unsere Bewegung für ihre Ziele benutzen würden. Die Macht, mit der diese Kriminellen konfrontiert werden, ist nicht auf individuelle Parlamentsmitglieder gegründet, auch wenn sie manchmal für uns nützlich sein mögen, sondern beruht auf der organisierten Zurückweisung von Vergewaltigung durch uns Frauen selbst.

Und wie die Richterin sagte, als sie das Urteil verkündete: Diese Zurückweisung ist so allgemein verbreitet und so entschieden, daß es dabei nicht um die Bestrafung oder Verhinderung jener kleinen Zahl gegenwärtig aufgedeckter, erkannter und verurteilter Fälle gehen wird. Es wird vielmehr darum gehen, Vergewaltigung vollständig auszumerzen, so daß Vergewaltigung so unvorstellbar wird, wie sie für Frauen ist – damit es ein für alle mal ausgeschlossen ist, daß eine Frau vergewaltigt wird".

Wir halten es ebenso wie die „WAR"-Frauen für sehr wichtig, die einzelne Vergewaltigung zwar nicht zu verharmlosen, sie aber in den gesellschaftlichen Rahmen zu stellen, der sie erst möglich macht. Widersprüche haben wir jedoch zu folgenden Passagen: *„Diese Disziplinierung der Frauen fängt nicht auf der Straße an; Vergewaltigung beginnt in den eigenen vier Wänden, mit der Erwartung des Mannes auf sexuelle Dienstleistung von einer Frau, die abhängig von ihm ist, weil sie ein Dach über dem Kopf und Essen für sich und ihre Kinder braucht"* und *„Eine Büroangestellte klagte die Vergewaltigung im Büro an, wo die Frau die niedrigste Bezahlung und den niedrigsten Status hat, und wo von ihr erwartet wird, für jeden immer zur Verfügung zu stehen".*

Es ist sicher richtig, daß die Vergewaltigung derselben Ideologie entspringt, die die Rolle der Frau in der Familie festlegt. Diese Ideologie bedeutet für die Frau u.a., Sexualobjekt des Mannes zu sein. Das obige Zitat belegt aber eher die Nähe der bürgerlichen Ehe zur Prostitution. Beiden ist gemeinsam, daß die Frau aus ökonomischen Gründen sexuelle Handlungen des Mannes über sich ergehen lassen muß.

Das zweite Zitat scheint uns den Fehler zu begehen, die Unterdrükkung, die Frauen tagtäglich am Arbeitsplatz erfahren, mit Vergewaltigung gleichzusetzen. Wir meinen, daß eine solche Sichtweise die Vergewaltigung als äußerst brutale Mißachtung der Frau als menschliches Wesen verharmlost. Unklar bleibt auch, wie auf dieser Grundlage die strafrechtliche Verfolgung der Vergewaltigung aussehen soll, wenn etwa die ökonomische Abhängigkeit in der Ehe mit Vergewaltigung gleichgesetzt wird. Wo soll hier die Grenze gezogen werden und von wem?...

Für Interessierte hier die Adresse von „WAR":
Women Against Rape
c/o Women's Centre,
138 Drummond Street,
London NW 1,
Telefon 01 624 6364 oder
01 800 7379 oder Bristol
0272 422116

AG Frauen KB/Gruppe Hamburg

Ein mutig-anmutiges Dreiergespann???

Verletzte? Tote?
... wo besucht wird, fallen Späne!

Einen anschaulichen Beitrag von „Frauensolidarität" lieferten die beiden Führerinnen der irischen „Friedensfrauen", Mairead Corrigan und Betty Williams, indem sie der britischen Königin bei ihrem „Besuch" in Nordirland ihre Aufwartung machten. Kommentar der „Bild"-Zeitung zu dieser Reise der Königin: *„Daß die Queen eine anmutige Frau ist, wußten wir. Sie ist auch mutig"* (12.8.77). Wir meinen: weder noch! Ist doch der Hintergrund der Reise alles andere als „mutig":

Es war für die britische Krone und die Regierung von vornherein eine gezielte und bewußte Provokation, bei der auch mit Toten und Verletzten durch den berechtigten Protest der nordirischen Bevölkerung gerechnet werden mußte. Ein Mut, der über Leichen geht, ist ein makabrer Mut, in dem die Menschenverachtung der Imperialisten zum Ausdruck kommt!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Kinder

»Verhaltensgestörte« Kinder — abgeschoben

Auf die üble Behandlung angeblich verhaltensgestörter Kinder in der BRD haben die Mitarbeiter der „Ehe- und Erziehungsberatung der evangelischen Stadtmission" in Nürnberg hingewiesen.

Als „verhaltensgestört" werden der Beratungsstelle häufig Kinder vorgeführt, die *„starke Unruhe, geringe Konzentrationsfähigkeit, schwere emotionale Zugänglichkeit"* zeigen. Diese Kinder werden im Normalfall vom Kindergarten als „nicht tragbar" abgewiesen, Möglichkeiten einer besonderen Förderung bestehen kaum. *„Dies hat zur Folge, daß die zunächst minimalen Verhaltensabweichungen zu Gleichaltrigen sich ständig vergrößern"* (eine Mitarbeiterin der Beratungsstelle, „SZ", 21.7.). Wenn diese Kinder in die Schule kommen, landen sie oftmals schnell in der ‚Sonderschule'.

Dazu die Mitarbeiter der Beratungsstelle: *„Uns scheint die Situation völlig unhaltbar, unmenschlich, unchristlich, unsozial, daß ein Kind bei der geringsten Abweichung seines Verhaltens aus welchen Gründen auch immer, ausgesondert wird... Heute hat ein Kind eine mehrfach größere Chance in eine Heilanstalt zu kommen als auf eine Universität"*.

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Weg mit den Kinderpornos!

Hamburg. Seit mehreren Wochen läuft der Film „Spielen wir Liebe", in dem Kinder von 12 und 13 Jahren Mit unseren Transparenten „Verbot aller Kinderpornos -- mehr Sexualaufklärung", „Sexualkunde verletzt

Weg mit den Kinderpornos!

Hamburg. Seit mehreren Wochen läuft der Film „Spielen wir Liebe", in dem Kinder von 12 und 13 Jahren als Pornodarsteller mißbraucht werden. *„Sie lieben und sie quälen sich"* und: *„Weil kein Erwachsener den Sexspielen der Kinder Einhalt geboten, hat Regisseur Murgia munter drauflos gekurbelt"*, heißt es. Einige Frauen der Frauengruppe Hamburg-Hamm ergriffen die Initiative, um gegen diesen Mißbrauch von Kindern zu protestieren. Zusammen mit den Frauengruppen Wandsbek/Rahlstedt, unterstützt von den Frauengruppen Geesthacht, Beiersdorf, Eimsbüttel I sowie einigen Frauen aus der Frauengruppe Schnellstraße versuchten wir , eine breite Öffentlichkeit gegen diesen Film zu mobilisieren. Wir sammelten Unterschriften für die Absetzung und den Boykott des Films. Auf einem Kinderfest in Horn informierten wir die Eltern über diese Schweinerei.

Kultursenator Biallas wurde aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Der NDR, von uns ebenfalls in Kenntnis gesetzt, hielt es nicht für nötig, zu berichten.

Am 17. August tauchten wir mit einem Flugblatt vor dem Kino auf. Mit unseren Transparenten „Verbot aller Kinderpornos -- mehr Sexualaufklärung", „Sexualkunde verletzt das Schamgefühl der CDU" und „Mit Kinderpornos darf schamlos Geld verdient werden" setzten wir uns für die Absetzung des Films ein.

Dem Kinobesitzer gefiel unsere Aktion gar nicht. Er alarmierte die Polizei. Drei Peterwagen kamen. Einige Bullen fotografierten uns. Weitere drei Bullen griffen sich eine Frau raus und machten sie für die spontane Demonstration verantwortlich.

Durch unser geschlossenes Vorgehen verhinderten wir die Personalienfeststellung und die von den Bullen angedrohte Festnahme.

Unter Berücksichtigung der Urlaubssituation finden wir die Beteiligung von anfangs 25 bis später 60 Frauen und Männern sowie die positiven Reaktionen der Passanten sehr gut.

FÜR EINEN BOYKOTT UND DIE ABSETZUNG DES FILMS UND EIN VERBOT ALLER KINDER–PORNOS!

FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE SEXUALAUFKLÄRUNG!

Zwei Frauen aus der Frauengruppe Hamburg/Hamm

Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg feierte Geburtstag

„Happy Birthday to you" klang es auf der Mönckebergstraße, einige hundert Luftballons stiegen in die Höhe, überall Kinder mit ‚Sandwiches', auf denen zu lesen stand: *„Ich heiß...., und will im Kinderhaus bleiben, weil es mir dort gefällt!"* – so feierten Kinder, Eltern und Erzieher des Kinderhauses Heinrichstraße in der Hamburger Innenstadt den ersten Geburtstag ihrer Kindertagesstätte.

Ginge es nach der Jugendbehörde, so hätte das Kinderhaus diesen Geburtstag nie feiern dürfen – denn seit einem Jahr verweigert die Behörde dem Kinderhaus rechtswidrig die Anerkennung des Pflegesatzes, d.h. der finanziellen Unterstützung.

Kinderhaus e.V.

Behörde: Keine Argumente, aber stur

Zur Begründung der Verweigerung finanzieller Unterstützung behauptet die Behörde, daß im Einzugsbereich des Kinderhauses genug Kindertagesplätze in bestehenden Heimen zur Verfügung stehen. Dazu das Kinderhaus: *„Ein schlechter Witz, wo es nur für jedes 3. Kleinkind und jedes zwanzigste Schulkind Platz in Kindergärten gibt"* (Flugblatt des Kinderhauses, 1.8.).

Die Unhaltbarkeit der Behördenargumentation hat das Kinderhaus Heinrichstraße detailliert nachgewiesen. In einem langen Schreiben an die Behörde bewies das Kinderhaus anhand offiziellen Materials, daß

– im Einzugsbereich des Kinderhauses eine katastrophale Überbelegung besonders von Schulkinderplätzen in bestehenden Kindertagesheimen gegeben ist. In einem Bereich (Eimsbüttel-Süd) kommen auf 267 Plätze für Schulkinder 317 untergebrachte Kinder.

– gerade im Umkreis des Kinderhauses der vom Senat immer wieder angeführte „Pillenknick" sich erheblich geringer auswirkt.

– im Umkreis des Kinderhauses der Anteil berufstätiger Mütter extrem hoch ist. Die Antwort der Behörde: Fünf Zeilen, in denen mitgeteilt wird, *„daß eine Änderung der getroffenen Entscheidung leider nicht möglich ist"* (nach Presseerklärung des Kinderhauses v. 25.4.1977).

Doch die „Argumente" der Behörde sind nicht nur unhaltbar, sie mißachten auch eindeutig das geltende Recht, das festlegt, daß Eltern wählen können, welche ‚Grundrichtung' der Erziehung ihre Kinder genießen sollen. Entsprechend haben Kinderhaus und Eltern den Klageweg eingeschlagen. Wie im AK berichtet, konnte Anfang Januar ein erster Teilerfolg errungen werden, als das Hamburger Verwaltungsgericht per Einstweiliger Anordnung die Behörde verpflichtete, für ein halbes Jahr die Unterbringung eines Kindes zu bezuschussen. Inzwischen hat sich das Gericht eines anderen besonnen.





Am 27.5. wurde 15 Kindern einstweiliger Rechtsschutz versagt. Begründung: Es sei den Kindern „zumutbar", das Kinderhaus zu verlassen, bis vielleicht in einigen Jahren (!) endgültig über die Rechtmäßigkeit bzw. Unrechtmäßigkeit des Vorgehens der Behörde entschieden sei.

Zur weiteren Unterstützung des Kinderhauses Heinrichstraße haben Professoren, Juristen, Psychologen u.a. einen Beirat „Unterstützung für das Kinderhaus" gegründet.

Flankenschutz für die Behörde von rechts

Die Hamburger Jugendbehörde, die offenbar immer noch darauf rechnet, durch Sturstellen das Kinderhaus zur Aufgabe zu zwingen, findet tatkräftige Unterstützung bei Springer-Presse und CDU. So verbreitete „Bild" am 13.7. die Lüge des CDU-Pressesprechers Gert Boysen, das Kinderhaus stehe „eindeutig unter der Herrschaft des Kommunistischen Bundes", und griff gleichzeitig den Hamburger FDP-Abgeordneten Gerhard Weber wegen seiner Unterstützung für das Kinderhaus an. Das Kinderhaus erwirkte eine Gegendarstellung.

Am 2.8., dem Kinderhausgeburtstag, verbot das Hamburger Landgericht bei Androhung einer Geldstrafe bis zu 500.000 DM dem CDU-Boysen, weiterhin seine Lügen über das Kinderhaus zu verbreiten. Boysen muß die Verfahrenskosten zahlen. (Pressemitteilung des Kinderhauses, 3.8.1977).

Das Kinderhaus Heinrichstraße selbst schaut halbwegs optimistisch in die Zukunft und hofft auf weitere Unterstützung vieler Freunde.

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Das Kinderhaus Heinrichstraße selbst schaut halbwegs optimistisch in die Zukunft und hofft auf weitere Unterstützung vieler Freunde.

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

»Bild« testet: »Könnte aus Ihrem Kind ein Terrorist werden?«

Springers „Bild", um abartige Einfälle nie verlegen, bot als „Thema des Tages" am 16.8. 77 einen „Test" an, mit dessen Hilfe Eltern feststellen sollen, ob ihr Kind sich zum „Terroristen" eignen würde. Zum Beispiel bringt eine „Beherrschende Mutterfigur" 15 Punkte; ein „schwächlicher" Vater bringt ebenso 10 Punkte wie ein „diktatorischer". Einem „sensiblen" Kind sind 8 Punkte anzuschreiben, einem „hochaufgeschossenen, schlanken, schmalgliedrigen" Kind sind 3 Punkte anzuschreiben, und ein intelligentes Kind, das „sich und anderen früh Problemfragen" stellt, kriegt 5 Punkte. Hingegen sind jeweils 10 abzuziehen, wenn das Kind gewalttätig und/oder Mitglied einer Rockerbande ist; ein gepflegter Wortschatz aus dem „Fäkalien- und Sexualbereich" schlägt mit 5 Punkten Abzug zu Buche. Erreicht das Kind bei diesem „Test" am Ende mehr als 50 Punkte, so ist es **„theoretisch anfällig für Ideen der Terroristen und selbst zu Gewalttaten bereit"**.

Das ganze ist auch noch „wissenschaftlich" abgesichert durch einen Professor Lothar von Ballusek, der auf dem „Bild"-Foto wie ein Neandertaler ausschaut. Verdächtig und „terrorismus-anfällig" sind dem Professor zufolge insbesondere intelligente Kinder, die viel fragen, statt „fröhlich" zu sein (6 Punkte), und Kafka (3 Punkte) statt Wilhelm Busch (–8 Punkte) lesen.

Leider gibt die „Bild" (noch) keine Tips für die Eltern, die sich nach absolviertem „Test" jetzt möglicherweise ratlos vor der Annahme befinden, einen künftigen „Terroristen" in der Familie zu haben. Was ist zu tun? Rabiate Eltern werden den Weg gehen, ihr Kind sofort der nächsten Polizei-Dienststelle zu melden, damit Vorbeugehaft vorgenommen werden kann. Verständnisvolle Eltern hingegen sollten andere Wege suchen: So könnten sie z.B. einem allzu intelligenten Kind seine „Problemfragen" nachdrücklich vermiesen („Davon verstehst Du doch nichts") und es stattdessen mehr auf „Worte aus dem Fäkalien- und Sexualbereich" orientieren. (Das bringt schon 10 wichtige Punkte weniger!). In schwereren Fällen empfiehlt sich die Aufforderung: „Jetzt geh endlich in eine Rockerbande wie andere Jugendliche auch, sonst wirst du noch ein Terrorist!". Schlimmstenfalls könnten Eltern auch für „zerrüttete Familienverhältnisse" sorgen (10 Punkte Abzug).

Für weitaus dringlicher im Interesse von Eltern und Kindern halten wir allerdings die Frage: **„Könnte aus Ihrem Kind ein „Bild"-Journalist werden?"**. Da heißt es aufpassen!

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Westberlin

Weil Eltern keine Lust mehr h ten, ihre teilweise mehrfach körperlich und geistig schwerstbehinderten Kinder, die zum Teil nicht alleine laufen oder essen können und die als „nicht schulfähig" gelten, in den städtischen Einrichtungen nur aufbewahrt, aber nicht betreut zu sehen, griffen sie zur Selbsthilfe und gründeten 1975 den Verein Behindertenhilfe e.V. Nach zwei Jahren Bauzeit schufen sie in Zusammenarbeit mit einem Architekten eine vorbildliche Modelleinrichtung. Hier werden die inzwischen 30 Kinder und Jugendliche täglich zwischen 8.30 und 16.30 Uhr von zehn Fachkräften betreut, u.a. Erzieherinnen, Krankenschwestern und Therapeuten. Neben intensiver krankengymnastischer Behandlung erfahren die Kinder und Jugendlichen auch musiktherapeutische und logopädische Förderung.

Die finanziellen Mittel für diese Einrichtung, die 1,29 Mio. DM kostete, brachten die Eltern teilweise mit einem aufgenommenen Darlehen von 200.000 DM selbst auf; der Rest kam von Spendengeldern aus der „Aktion Sorgenkind" und Lottoüberschüssen.

Der Senat seinerseits mochte auf dem Einweihungsfest nun doch nicht fehlen und hatte in einem Wortbeitrag von Ilse Reichel (SPD) eine interessante Bereicherung der Redewendungen anzubieten, um von den rigorosen Sparmaßnahmen ihres Hauses abzulenken: Man kenne ja noch längst nicht alle Hilfs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Schwerstbehinderte und deshalb sei der Senat den Eltern sehr dankbar für diese Modelleinrichtung, die nun nach Bauende mit Lob, aber nicht mit Geld überhäuft wird.

Da wird man sich doch wohl eher an den Senator Lüders halten müssen, der da meint: *„Ich weiß, daß ohne das Engagement der betroffenen Bürger diese Initiative nicht so schnell möglich gewesen wäre"!*

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Bremen/Hemelingen

Ungefähr 30 Kinder haben am 1.8.77 keinen Platz in dem städtischen Kindertagesheim (KTH) Osterhop bekommen. Begründung: Platz- und Personalmangel. Mit dieser Begründung gaben sich die Eltern jedoch nicht zufrieden, sondern sie wurden initiativ. Für eine Woche organisierten sie die Betreuung der abgelehnten Kinder in dem KTH. Während dieser Woche wurde durch Flugblatt- und Plakataktionen die Bevölkerung des Stadtteils über die miserable Situation informiert. Auch im „Weserkurier" und der „Morgenpost" wurde die Protestaktion bekanntgemacht und die Forderungen der Eltern veröffentlicht, nämlich:

- Aufnahme aller angemeldeten Kinder im KTH;
- Bereitstellung der dazu erforderlichen Räume durch Mobilklassen;
- Einstellung von Erziehern und Hauspersonal.

Die Reaktion der Behörde: Sie bot den Eltern den angeblich unbenutzten Partyraum eines nahegelegenen Jugendfreizeitheims an, um dort 15 – 20 Kinder zu betreuen. Dieses Angebot wurde jedoch zurückgewiesen, da es keine Lösung für alle betroffenen Kinder bietet. Außerdem stellte sich in einer Diskussion mit Jugendlichen des Freizeitheims heraus, daß sie schon lange ergebnislos um diesen Raum kämpfen, bislang jedoch nicht die erforderlichen Mittel für die Einrichtung sanitärer Anlagen bewilligt bekommen haben. Gegen das berechtigte Interesse der Jugendlichen an diesem Raum wollten sich die Eltern keinesfalls ausspielen lassen.

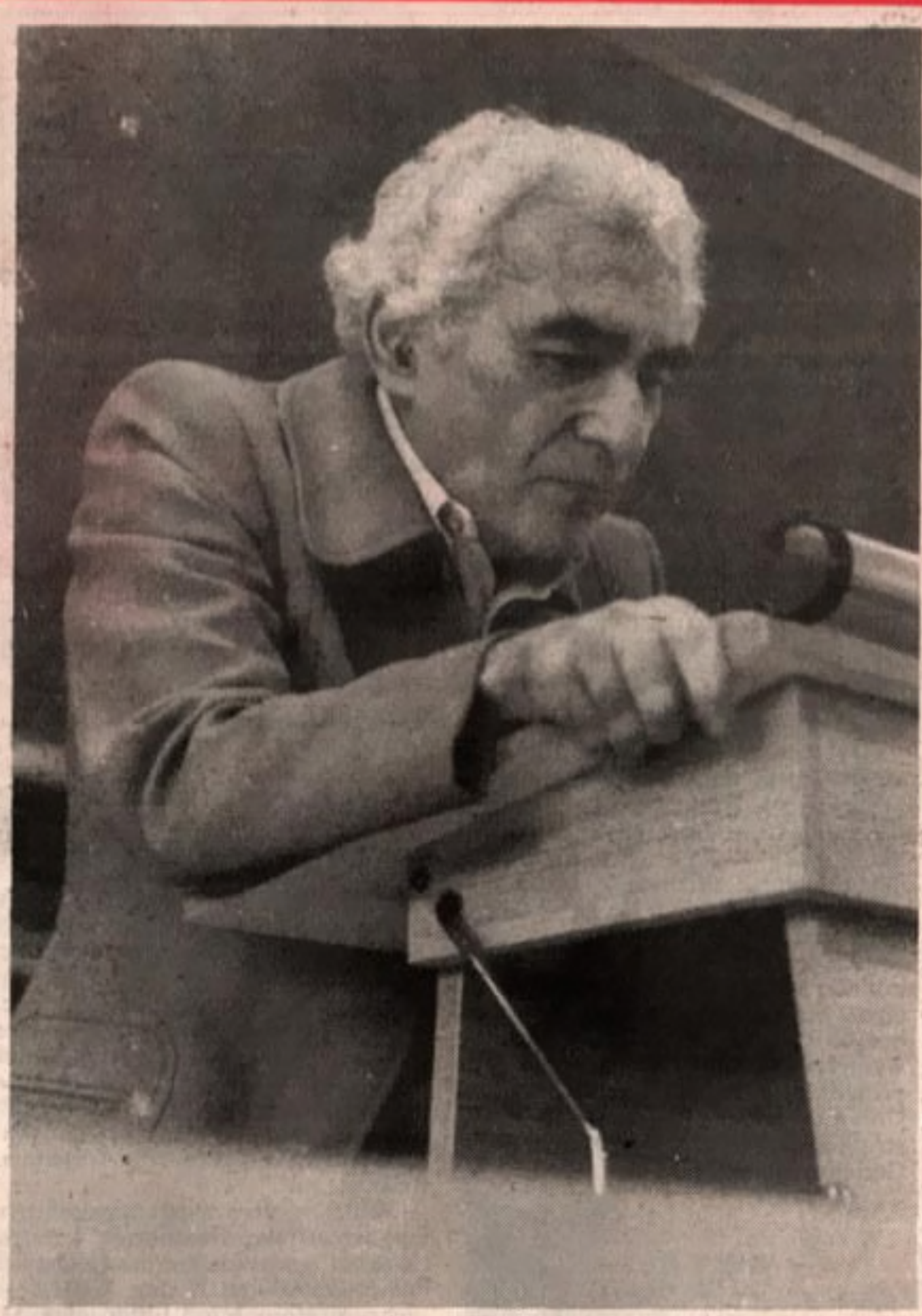
Am 11.8. veranstalteten die Eltern eine kleine Demo zu Senator Franke, der, nachdem er sich mehrmals hatte verleugnen lassen, die Eltern auf den 25.8. vertröstete. Dann soll nämlich die nächste Bürgerschaftsversammlung stattfinden, auf der über den Hemelinger Fall „beraten" werden soll. Hoffentlich lassen die Eltern nicht locker!

Rückwirkend ab 1.8. 77 sollen fünfjährige Kinder, die einen Halbtagsplatz in einem staatlichen Kindergarten oder einem Kindergarten freier Träger haben, beitragsfrei gehalten werden. Für Kinder mit Ganztagsplatz soll lediglich ein Verpflegungsgeld gezahlt werden. So hat es jedenfalls der Haushaltsausschuß der Finanzdeputation beschlossen. Gegen solch einen Beschluß ist im Prinzip auch nichts einzuwenden. Der Haken an der Sache liegt darin, daß die privaten Eltern- und Kind-Gruppen, bzw. die Kinderläden von dieser Vergünstigung nicht betroffen werden sollen. Dahinter steckt eindeutig der schon seit längerem angestrebte Versuch, die Kinderläden auszutrocknen.

Eine Genossin des KB/Gruppe Bremen

»Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?«

Podiumsdiskussion in Hamburg (Teil 2)



Han Wielek, engagierter niederländischer Antifaschist, Teilnehmer der Hamburger Podiumsdiskussion vom 22. Juli

Am 22. Juli fand in Hamburg eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" statt. Anstoß dazu hatte das Hin und Her um die Freilassung des Nazi-Massenmörders Rosenbaum (er muß jetzt vorläufig weiter im Knast bleiben) gegeben. An der Podiums-
Nazi-Massenmörders Rosenbaum (er muß jetzt vorläufig weiter im Knast bleiben) gegeben. An der Podiums-
diskussion beteiligten sich:

- Kai Ehlers, Presseverantwortlicher des ARBEITERKAMPF (KB) und Vertreter des „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum";
- Helen Gasper, Hausfrau und Gefangenen Betreuerin;
- Heinz Giering, Professor für Strafrecht in Hamburg;
- Dr. Werner Hill, Journalist, (NDR)
- Peggy Parnass, Kolumnistin und Gerichtsreporterin;
- Wilfried Twachtmann, Mitglied der Friedenspolitischen Studiengesellschaft e.V. Hamburg;
- Gerhard Weber, Bürgerschaftsabgeordneter der FDP;
- Han Wielek, Senator in den Niederlanden, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Zur Veranstaltung lagen Grußadressen vor von:

- Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin;
- Beate Klarsfeld;
- Juan Rosengold, im Namen der Jüdischen Gemeinde Regensburg;
- M.A. Trapmann, Herausgeber einer antifaschistischen niederländischen Zeitschrift;
- Vereinigung Demokratischer Juristen in der BRD.

In allen Grußadressen wurde eine „Begnadigung" von Nazi-Mördern entschieden abgelehnt und ein Zusammenhang zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD hergestellt.
Der 1. Teil dieses Artikels brachte Zitate aus den Einführungen der Diskussionsteilnehmer und aus den Grußadressen; außerdem wurde das Zustandekommen dieser Veranstaltung behandelt. Der 2. Teil geht vor allem auf die Inhalte der Diskussion ein.

Diskussion auf dem Podium

Peggy Parnass gab mit der Verlesung ihres damaligen Artikels zur Rosenbaum-Affäre die Stichworte:

»Wir sind in Deutschland. Und da hat nun mal ein Mann wie Rosenbaum alle auf seiner Seite: Die Humanen, weil sie auch solche Subjekte in den Mantel ihrer Menschlichkeit hüllen. Die Inhumanen sowieso. Weil er ja in ihrem Sinne gearbeitet hat ... Das ist es eben. Davon reden auch Freunde und Kollegen von mir. 'Resozialisierung und gleiche Praxis muß möglich sein. Wiederholungsgefahr ist doch nicht gegeben.' Nee, sei denn, er tritt der Polizei bei. Und kriegt Order, in Brokdorf oder wo immer es nötig sein
gegeben.' Nee, sei denn, er tritt der Polizei bei. Und kriegt Order, in Brokdorf oder wo immer es nötig sein
mag, Gelerntes umzusetzen.

Ich merk' überhaupt, daß hier der Punkt ist, an dem meine Gespräche in Deutschland nicht mehr möglich sind. Ich stoß nur auf Entsetzen. Nicht etwa über Nazis ('Mein Gott, das weiß man doch. Und mal muß das doch aufhören!'); sondern über meine Rachsucht. 'Mensch, so kennt man dich ja gar nicht. Du bist ja richtig alttestamentarisch, Auge um Auge, Zahn um Zahn', ... An denen kann man sich nicht rächen. Aber ihr habt recht. Ich möchte gerne. Sonst ersticke ich eines Tages an meinem Haß. Ich habe jahrelang versucht zu vergessen, indem ich mich auf die heutigen Leiden konzentrierte. Vielleicht wäre mir auch das Vergessen gelungen, wenn ihr nicht so vergeßlich wärt«.

Argumente für Begnadigung

Die Befürworter der Begnadigung hielten dem eine Reihe von Argumenten entgegen, ohne allerdings grundsätzlich die Notwendigkeit der Bestrafung von NS-Tätern in Frage zu stellen. Am deutlichsten wurde die Position »Keine Gnade für Nazi-Verbrecher« von Dr. Werner Hill angegriffen.

Auf den »Steckbrief« des KB gegen Rosenbaum bezogen führte Dr. W. Hill aus: *»Ich meine, daß dieses kein antifaschistisches Plakat war, sondern ein Plakat, das sich gegen einen bestimmten Menschen richtete, ein Plakat, das indirekt dazu aufforderte, einen Menschen aus der Umgebung, in der er lebt, zu vertreiben, vielleicht diesen Menschen sogar aus der Gesellschaft zu verteiben. Es war ja ein grundsätzliches Plakat, wenn man so will. Rosenbaum wurde nicht als Mensch, sondern als Faschist vorgestellt, ohne daß man weiß, ohne daß die Plakatkleber wissen, wer dieser Mensch eigentlich heute noch ist, ob er nach 30 — 40 Jahren noch ein Faschist ist«.* Dieselbe These hatte Dr. W. Hill bereits deutlicher in einem Interview vertreten: *»Wir müssen davon ausgehen, daß ein Mensch nach 15 Jahren gesühnt hat, objektiv gesühnt hat. Wie es in Wirklichkeit in seinem Innern aussieht, ist eine andere Sache«.*

Das zweite Argument — Resozialisierung als Ziel des Strafvollzugs. Dazu Dr. Hill: *»Was dieses Plakat betrifft: Man kann und sollte die Verbrechen von gestern nicht mit Intoleranz und Inhumanität heute zu vergelten versuchen. Eine Position der Menschlichkeit kann nicht darin bestehen, den Haß der Umgebung auf einen Menschen zu lenken. Haß ist überhaupt kein geeignetes Mittel, mit dem Problem der Bewältigung des Nationalsozialismus fertig zu werden. Ich habe vor einiger Zeit ein sehr langes Gespräch mit Simon Wiesenthal geführt. Simon Wiesenthals Lebensaufgabe ist es, Nazi-Verbrecher aufzuspüren. Dieses fünfstündige Gespräch hatte einen Kernsatz, und der heißt: 'Mich treibt kein Rachegefühl'. Wiesentahl glaubt, und das ist allerdings auch meine Überzeugung, daß Verbrechen der Nationalsozialisten aufgeklärt werden müssen, daß Urteile gesprochen werden müssen, damit diese Leute nicht sozusagen formal unschuldig sterben; daß aber durch diese Urteile die Verbrechen der Nationalsozialisten wieder gut gemacht werden könnten, glaubt er nicht ... Wenn wir sagen, Rosenbaum und alle NS-Verbrecher müssen im Knast sterben, dann läßt sich das von anderer Seite sehr gut aufgreifen, und dann kann man sagen, auch die jetzt beispielsweise in Stuttgart-Stammheim Verurteilten sind nicht resozialisierungsfähig, die müssen auch im Knast sterben. Diese Position ist bereits öffentlich vertreten worden; es ist nur die Kehrseite derselben Position, die hier von einigen vertreten wird. Ich halte sie für falsch, weil ich glaube, daß die Resozialisierung eine Aufgabe dieser Gesellschaft ist«.*

Drittes Argument: »Der Rechtsstaat ist unteilbar«. Dr. Hill: *»Sagen wir, diese Menschen, um die es da geht, mögen Gnade durchaus nicht verdient haben im Einzelfalle. Sie mögen blind und reuelos sein, das kann für uns nicht maßgebend sein. Entscheidend für uns ist, daß wir es uns gar nicht leisten können, sie nicht zu begnadigen. Wir können nämlich nicht schon wieder Ausnahmegesetze machen. Der Rechtsstaat ist unteilbar, und auch unsere historische Verantwortung. Es wäre sehr leicht, als Gesellschaft alles abzuwälzen auf die wenigen, und damit sozusagen zu glauben, man habe nun ein reines Gewissen, weil man*
abzuwälzen auf die wenigen, und damit sozusagen zu glauben, man habe nun ein reines Gewissen, weil man
denen gegenüber so völlig gnadenlos ist. Das würde es dieser Gesellschaft zu leicht machen«.

Viertes Argument: Von der Begnadigung geht keine Gefahr aus. Dr. Hill: *»Ich meine, so verständlich und achtenswert die Gefühle der Opfer auch sind, wir müssen daran festhalten, daß das Ziel unseres Strafvollzugs die Wiedereingliederung der Straftäter und der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten ist. Und diese Strafzwecke erfordern es nicht, daß NS-Verbrecher lebenslang hinter Gittern bleiben, wie überhaupt die lebenslange Freiheitsstrafe eigentlich überholt ist und wahrscheinlich auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechend durch eine andere Regelung ersetzt wird«.*

Fünftes Argument: Begnadigung ist unabhängig von der Verpflichtung vor der Weltöffentlichkeit. Dr. Hill: *»Ich meine darüber hinaus ..., daß die Verpflichtung, die Deutschland vor der Weltöffentlichkeit und insbesondere vor dem Staat Israel zweifellos hat, darin gesehen werden kann, daß wir diese Verbrechen der Nazis verfolgen und die Schuldigen bestrafen nach Maßgabe unserer Gesetze. Wir sind nicht verpflichtet, auch unseren Strafvollzug und unsere Gnadenpraxis an den vermeintlichen Wünschen anderer Staaten oder nach den Emotionen einzelner Gruppen wie etwa der jüdischen Gemeinden in der BRD auszurichten.«*

Sechstes Argument: Gleichbehandlung der verurteilten NS-Verbrecher. Dr. Hill: *»Wir haben in der BRD, und das ist nun einmal die Rechtspraxis, ungefähr 40 zu lebenslanger Strafe verurteilte NS-Verbrecher schon begnadigt. Manche haben sieben oder acht Jahre gesessen. Manche 15 Jahre. Ich meine, im Zusammenhang mit Rosenbaum und dessen, was darum gesagt worden ist, sollte man wissen, daß viele bereits begnadigt worden sind und daß es eine regelrechte Übung geworden ist, daß sich Menschen in unserer Gesellschaft, Landräte, Bürgermeister, Mitglieder von Industrie- und Handelskammer, Geistliche, Soldaten, Heimkehrerverbände, daß alle diese sich für die Begnadigung von NS-Gewaltverbrechern einsetzen«.*

In wesentlichen Grundzügen wurden diese Positionen von den übrigen Befürwortern der Begnadigung geteilt. So sagte Gerhard Weber u.a.: *»... meine ich, daß Nazi-Verbrecher, nachdem sie verurteilt worden sind und einsitzen über Jahre hindurch (10, 15 Jahre und noch länger) wie alle anderen Gewalttäter in dieser Gesellschaft vor dem Recht gleich sind und nach einer Einzelfallprüfung — das heißt, indem die Gnadenkommission die einzelne Tat und sein Verhalten heute geprüft hat — auch ein Recht auf Begnadigung haben wie alle anderen Täter in unserer Gesellschaft auch, daß es hier nicht zweierlei Recht geben darf, daß sie nicht besser, aber auch nicht schlechter behandelt werden dürfen als andere Täter ... Von daher meine ich, daß eine Plakataktion, wie sie Kai Ehlers begangen hat, jedenfalls an der Sache vorbeigeht und letztlich indirekt eine Aufforderung ist: ... Was der Staat und die Justiz nicht erreicht hat, das kann ja dann vielleicht privat geschehen ... Wohin das führen kann, haben wir in den Nachbarstaaten Italien, Frankreich und Holland gesehen, daß dann natürlich Betroffene oder politische Gruppen privat Rache üben; und diese lehne ich ab, da einmal Recht gesprochen wurde und für Privat-Rache in unserer Gesellschaft kein Platz sein sollte.«*

Allerdings kritisierte Gerhard Weber, *»daß unsere Gesellschaft zum Teil jedenfalls eher bereit ist, NS-Verbrechen und NS-Bücher zu tolerieren und zu verstehen, als all das, was sich um BM-Hilfe in dieser Republik gerankt hat«.* Und: *»... daß wir uns in der BRD in der ersten Zeit* (damit) *schwer getan haben und daß die Prozesse sehr verschleppt wurden...«*

G. Weber betonte darüber hinaus, *»daß eine Begnadigung von NS-Tätern keine Rechtfertigung für begangene Taten, keine Versöhnung mit dem Nationalsozialismus ... beinhalten darf«,* und *»daß keine Gefahr der Rückfälligkeit besteht und daß von ihnen jedenfalls nicht eine Gefahr für eine neue Faschistisierung dieser Gesellschaft ausgeht, sondern von ganz anderen Kreisen«*

Argumente gegen eine Begnadigung

Argumente gegen eine Begnadigung

Peggy Parnass brachte ihr Unverständnis für die Positionen der Begnadigungs-Befürworter auf den Nenner:

»Wir, die überlebt haben, haben alle Lebenslänglich, nicht mehr und



Peggy Parnass

nicht weniger. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich auch nur eine Sekunde, bevor ich sterb', vergeß', was gelaufen ist — und auch niemand sonst, den ich kenn'. Und sie müssen nicht Juden sein. Sie müssen nur bewußt erlebt haben!«

Han Wielek stellte gegen die Forderung nach Humanität für die verurteilten Nazi-Verbrecher die Forderung nach Humanität für die Opfer: *»Es gibt bei uns die Drei von Breda, drei der schlimmsten, grauenhaftesten Mörder. ... Diese drei wurden nach dem Krieg von unseren Gerichten zum Tode verurteilt. Sie wurden später begnadigt, bekamen lebenslänglich, und immer wieder probieren Kreise, gerade aus Deutschland — teilweise aus humanitären und naiven Absichten, teilweise aus aggressiv-neonazistischen Absichten — diese drei freizubekommen. ... Als es beinahe so weit war, daß die drei freigelassen werden sollten, drei Symbolfiguren für den Nationalsozialismus, die Endlösung, da meldeten sich plötzlich jeden Tag Opfer des Nazismus. Von den 5.000 Juden (der Rest von 108.000, die der Vernichtung nach ihrer Verschleppung entgingen) und ihren Familien und Familien der Nicht-Zurückgekehrten usw. kamen immer mehr Anzeichen, daß sie plötzlich erkrankt waren, schwer psychisch und physisch erkrankt waren. Sie konnten nicht schlafen. Sie konnten nicht essen. Sie konnten nicht arbeiten. Plötzlich, als sie damit konfrontiert waren, die drei, die den Nationalsozialismus vertreten, die sollen wieder in die Heimat geschickt werden, um dann eventuell in dieser Heimat als Helden bejubelt zu werden, das konnten sie nicht aushalten«.*

Han Wielek berichtete weiter: *»In Wien hat im April während drei Tagen von einem Komitee von ehemaligen Konzentrationslagergefangenen ein Kongreß stattgefunden mit Sachverständigen aus ganz Europa, aus Israel, auch Kogon aus der BRD. In diesen drei Tagen gab es nur ein Thema: die Nazifizierung der westdeutschen Jugend. Und ich will Ihnen von dem Rapport nur einige Zeilen vorlesen:*

‚Der Rechtfertigungsversuch der nazistischen Propaganda bezieht sich in erster Linie auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, ihre Erscheinungsformen und Methoden. Gelingt es, Zweifel an dem Massenverbrechen zu wecken, dann ist der Weg frei für ... die vollständige Freisprechung der Naziverbrecher'.

Zur Frage der Gleichbehandlung vor dem Gesetz führte Han Wielek aus: *»Ja, es gibt Ausnahmegesetze hier, ja es gibt Gnadenlosigkeit, aber ganz anders als mein Nachbar* (Dr. W. Hill) *eben gesagt hat ... In Düsseldorf nebeneinander vor einigen Jahren zwei*
ganz anders als mein Nachbar (Dr. W. Hill) *eben gesagt hat ... In Düsseldorf nebeneinander vor einigen Jahren zwei*
Prozesse: Einer schleppt sich noch hin, der Majdanek-Prozeß, der andere gegen Peter Paul Zahl, dem die Toleranz nicht gewährt wurde. Ja, es gibt Toleranz, wenn die französische Regierung die westdeutsche bittet, einen Mann, der auf der Kriegsverbrecherliste in Frankreich als Nr. 1 steht, auszuliefern, und wenn Deutschland das nicht tut. Aber Croissant — mit dem ich überhaupt nichts zu tun habe, aber dieser Fall muß jetzt genannt werden — den will Deutschland ausgeliefert haben von Frankreich.«

Han Wielek brachte zum Thema »Gleichbehandlung« noch ein Lehrstück aus der Weimarer Zeit: *»Der sehr bekannt Jurist Dr. Gumbel hat 1922 ein Buch erscheinen lassen mit dem Titel: 'Vier Jahre politischer Mord'. Und da hat er, bis in alle Einzelheiten dokumentiert, über die deutsche Justiz in den Jahren 1918/19 bis Beginn 1922 geschrieben. Damals wurden von Rechtsradikalen, den sogenannten Feme-Mördern, hinter denen Gustav Noske stand, 354 politische Morde begangen. Man denke an Rosa Luxemburg, an Karl Liebknecht, an Walther Rathenau, an Erzberger, an Kommunisten, an Liberale, an Linkskatholiken. Ungesühnt — darum habe ich Ihnen das jetzt vorgeiesen — blieben 326 Morde. 28 Täter konnte man arrestieren. Dauer der Einsperrung im Durchschnitt: Vier Monate. Die Gesamtzahl der von Linksradikalen begangenen Morde betrug 22. Hier hatte die Polizei mehr Glück: 18 Täter wurden verhaftet, von ihnen wurden acht durchschnittlich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, zehn wurden hingerichtet...*

Damals, deutsche Freunde, damals bereits wurde der Weg geebnet für den Hitler-Faschismus und für die grauenhaftesten Verbrechen unter seiner Führung 20 Jahre später".

Kai Ehlers sagte in seinem Beitrag u.a.: *»Darüber sollte man heute im wesentlichen sprechen: Wer nämlich diese Naziverbrecher schützt, deckt, begünstigt usw. Es gibt einen Nazi-Verbrecher, den hier jeder kennt. Er sagt im Knast, in seiner Biographie:*

Fortsetzung auf S.25

Fortsetzung von S.24

'Ich bereue nichts!' ... Das heißt doch, daß er heute noch Faschist ist, ... und all diejenigen, die seine Freilassung fordern, nehmen diesen Satz in Kauf. ... Eine Entlassung diese Mannes ist gleichbedeutend mit einer Ermutigung aller alten Faschisten, ist gleichbedeutend mit einer Ermutigung aller Neofaschisten. Das ist der Punkt ... Diese Nazigrößen wie Dönitz und wie sie heißen, werden noch als halbe Leichen durch's Land gereicht ... Und es ist auch zu erwarten, wenn Hess z.B. freigelassen wird, daß er als Symbol und Triumph-Figur durch's Land gereicht wird, und genau das gilt es zu verhindern! ... Man kann ganz genau sehen, daß neofaschistischen Umtrieben, sowie der Begnadigungs-Praxis gegenüber Alt-Nazis, sowie der Verschleppung von Prozessen usw. — mal positiv gesagt — keine staatliche Institution entgegentritt, keine Polizei, keine Justiz. Im Gegenteil ist es so, daß Protest von Antifaschisten, Demokraten usw. z.T. sogar mit polizeilichen Mitteln verhindert und zusammengeschlagen wird. Das ist die Wirklichkeit heute in der BRD. Und da frag' ich Sie allerdings: An wen soll man denn in diesem Land noch appellieren, wenn die Gewalt und die Deckung von Faschisten von diesem Staatsapparat selbst ausgeht. Also ist es doch eine selbstverständliche Sache, und wenn ich mich nicht täusche auch im Grundgesetz irgendwo verankert, wenn die Bevölkerung sich gegen eine Refaschisierung usw. selbst zur Wehr setzt, selbst eine Mobilisierung der Öffentlichkeit betrieben wird, usw.«

Dr. W. Hill verläßt das Podium

Nach diesem Beitrag brachen die Fronten auf dem Podium so weit auf, daß Dr. W. Hill das Podium verließ. Seine Begründung:

»Herr Ehlers, Sie haben mit einigen Bemerkungen deutlich gemacht, was ich von vornherein vermutete, was nun auch eingetreten ist, daß es Ihnen gar nicht um das Thema dieser Diskussion geht, das überall plakatiert ist, sondern um eine politische Aktion, zu der Sie einige Leute als Staffage brauchen. Eine solche Staffage abzugeben für generelle Verleumdungen unseres Staates und unserer Rechtsordnung, dazu bin ich nicht bereit, und deshalb werde ich gleich gehen. Ich will nur noch eins sagen: Sie sind sehr laut gewesen, Sie sind demagogisch gewesen, aber logisch waren Sie nicht. Ich glaube, daß Sie objektiv durch Ihre Äußerungen die Position der Reaktion stärken. Sie stärken die Befürworter der Todesstrafe in diesem Lande, die es natürlich noch gibt, Sie stärken auch diejenigen, die eine lebenslange Freiheitsstrafe für angebracht halten. Zu meinem Bedauern muß ich sehen, daß wie bereits in der Weimarer Zeit die Linke und die Rechte sich sozusagen die Hand reichen...«.

Gerhard Weber kommentierte Dr. W. Hills Abgang mit den Worten: *»Ich wollte folgendes sagen: Ich wäre eigentlich aus Solidarität mit Dr. Hill jetzt gegangen, habe aber Herrn Goral*
eigentlich aus Solidarität mit Dr. Hill jetzt gegangen, habe aber Herrn Goral
(ein bekannter jüdischer Antifaschist, der im Publikum war — Anm. AK) *gesagt, daß ich seine Fragen noch beantworten möchte, und dazu stehe ich. Ich wundere mich über die Erschrokkenheit des Podiums und derer, die hierhergekommen sind. Entweder, Sie wollten hier sachlich diskutieren, oder Sie wollten ein Tribunal. Und da Sie verschiedene Positionen eingeladen haben, müssen Sie sie auch tolerieren. Wenn Sie sie nicht tolerieren, dann weiß ich nicht, warum Sie sie überhaupt eingeladen haben«.*

Auch Ari Goral übte später in seinem Beitrag aus dem Publikum Kritik am Verlauf der Veranstaltung: *»Ich glaube, daß Ihr Euch in manchen Dingen taktisch sehr ungeschickt benehmt. Es ist so oft innerhalb der Linken von Strategie die Rede. Aber die Linke hat ein großes Talent, wenn es darum geht, wirklich strategisch vorzugehen, sehr zu versagen ... Wenn es schon gelungen ist, ein solches Podium zusammenzubekommen, sollte man doch möglichst alles tun, um diesem Podium auch Geltung innerhalb der Öffentlichkeit zu verschaffen. Ihr habt insofern einen Fehler begangen, als Ihr den Hill verschreckt habt. Ich kenne die Arbeiten von Hill auch. Ich war auch über dieses Interview empört. Ich war im übrigen einer derjenigen, der im 'Vorwärts' ihm geantwortet hat, aber wie es im 'Vorwärts' üblich ist — übrigens nicht nur im 'Vorwärts' — ist die Antwort sehr gekürzt worden«. —*

Nun ist in der Tat selbstkritisch und kritisch zu bilanzieren, daß in der Veranstaltung nicht alles zum Besten gelaufen ist — immerhin war es auch der e r s t e (und hoffentlich nicht der letzte!) Versuch dieser Art.

So gab es speziell gegen Dr. Hills Ausführungen aus dem Publikum zum Teil sehr scharfe Reaktionen, in Form von Zwischenrufen und anderen Kundgebungen des Mißfallens. Ohne über die subjektive Berechtigung solcher Reaktionen im Einzelnen zu streiten, muß doch gesagt werden, daß sie im Rahmen einer solchen Veranstaltung, die der Diskussion zwischen Vertretern verschiedener Auffassungen dienen sollte, fehl am Platze waren. Auch für den Redebeitrag des Genossen Ehlers ist zu sagen, daß er allzu »emotionalisiert« war und teilweise an falschen Stellen Fronten aufriß, z.B. mit der vehement vorgetragenen Forderung nach Todesstrafe für NS-Verbrecher.

Andererseits ist aber auch zu sagen, daß wir von »Toleranz« sicher doch etwas andere Vorstellungen haben als etwa Dr. Hill oder Gerhard Weber. Wenn direkt Betroffene, wie Peggy Parnass oder Han Wielek, in der Frage der Bestrafung von Nazi-Massenmördern nicht »cool«, sondern erklärtermaßen e n g a g i e r t diskutieren, wird man ihnen das unserer Meinung nach schwerlich verargen können.



Und schließlich geht es wohl auch an den Tatsachen vorbei, wenn von G. Weber, von Ari Goral und dann auch noch einem Vertreter der VAN (Hamburger Landesverband der VVN) die »Schuld« für den vorzeitigen Abgang Dr. Hills bei den Reaktionen des Publikums oder auch bei dem Beitrag des Genossen Ehlers oder einiger anderen auf dem Podium gesehen wurde. Dr. Hill hat sich zu dem ganzen Thema schon sehr scharf und unseres Erachtens auch sehr unsachlich geäußert (Sohat er uns wegen unserer Rosenbaum-Aktion »umgedrehten Faschismus« vorgeworfen (!), und er hat überdies von vornherein nur unter großem Zögern überhaupt zur Veranstaltung zugesagt, nachdem er zwischenzeitlich sogar schon seine Zusage zurückgezogen hatte.) Letzten Endes liegt der Anstoß für seinen vorzeitigen Abgang wohl weniger in der F o r m des Veranstaltungsverlaufs, als vielmehr in der Tatsache, daß sich die Diskussion auf die negative Rolle zuspitzte, die der bürgerliche Staat bei der Hoffähigmachung des Neofaschismus spielt. So fühlte sich auch Gerhard Weber schon vorher einmal veranlaßt, den bürgerlichen Staat gegen Angriffe seiner Gesprächspartner zu verteidigen: *»Ich verstehe, daß dieses Thema bei älteren und jüngeren Menschen und besonders bei Betroffenen, auch aus dem Ausland, Gefühle wachruft, und daß in diesem Zusammenhang auch natürlich in dieser Diskussion das hochkommt, was vielleicht an Gesellschaftskritik im Ausland und auch hier innerhalb der BRD gegenüber diesem Staat dabei ist. ... Aber ich muß dann doch aus meiner Sicht und aus persönlicher Überzeugung sagen, daß ich mich eigentlich dagegen wehre, indirekt oder auch versuchsweise diesen Staat BRD in die Nähe eines Polizeistaates zu rücken. Dies ist für die BRD, gegenüber diesem Staat und für mich eine Erniedrigung, die BRD in diese Nähe zu rücken.«*

Positionen aus dem Publikum

Eine Fortsetzung der Debatte erfolgte aus den Reihen des Publikums. Ari Goral, selbst Opfer der Nazi-Verfolgung, richtete an die Adresse der FDP die Kritik: *»Herr Weber, es gibt auch einen falsch verstandenen und unter Umständen auch falsch interpretierten Liberalismus ... Es ist nur eines zu fragen: Alle diese Freisprüche oder alle diese Beurlaubungen werden nämlich politisch ausgenutzt. Das ist das Problem. Wenn wir in einer intakten politischen, in einer klaren antifaschistischen Umwelt leben würden, wenn wir in einer Welt leben würden, wo systematisch erzogen wird, klargemacht ist, was ist Faschismus, wo fängt er an, dann wäre es alles vollkommen gleichgültig, dann könnte Herr X nach Hause gehen. Dann würde man lachen. Er würde ein armer Narr sein. Aber in einer Welt, in der Woche für Woche die 'National- und Soldatenzeitung' die übelsten Dinge verbreiten kann, wo Herr Rudel hier auftreten kann, wo am vorigen 1. Mai die Antidemonstranten gegen die faschistische Provokation verprügelt worden sind — da, Herr Weber, war diese Haltung der FDP falsch«* (gemeint ist das Eintreten der FDP für eine Begnadigung Rosenbaums).

Und weiter: *»Ich glaube, bei der Auseinandersetzung in diesen Dingen geht es weder um Haß — ich unterscheide mich da sehr, sehr von Peggy Parnass. Ich habe keinerlei Haß in diesen Dingen, ich hab auch keinerlei Rache. — Ich glaube, es muß etwas anderes gefunden werden, nämlich die harte und nüchterne, aber leidenschaftliche Auseinandersetzung mit bestimmten politischen Traditionen, die nicht nur Vergangenheit sind, sondern die Gegenwart sind und immer mehr und mehr Gegenwart wieder werden... Ich möchte ausdrücklich betonen: Ich lehne eine grundsätzliche — ich möchte sogar sagen — Verunglimpfung der Bundesrepublik als Polizeistaat ab. Sie ist es nicht, und es ist eine leichtfertige Identifizierung mit Dingen, die sich ganz anders abspielen. Ich sage das besonders zu jungen Menschen, die nämlich damit, zum Teil sich selbst in eine Vorstellung hochspiegeln, daß sie in dem Augenblick, wo wirklich Polizeistaat wird, nicht mehr merken, was nämlich geschehen ist. Es geht darum, rechtzeitig zu erkennen, was sich entwickelt«.*

Abschließend mahnte Ari Goral: „Diese ganze Frage, um die es heute geht – und es ist gut, daß diese Diskussion geführt wird – ist in keinem Fall eine jüdische Frage. Sie ist eine deutsche Frage. Sie ist eine internationale Frage. Vor allem ist sie eine Frage der Sozialisten".

Ein weiterer wichtiger Beitrag kam von Hans Zorn (FDP). Er forderte die Anwendung des Völkermord-Paragrafen auf die NS-Täter: *»Für Völkermord muß ich, wegen der Dimension und wegen der Verantwortung, die wir besonders in Deutschland dafür haben, einen gesonderten Paragrafen machen. Der potentielle Täter, der heute noch nicht in der Lage ist, diese Tat zu begehen, morgen unter anderen politischen Umständen bereit ist, diese Tat zu begehen, der also unter uns lebt und ist ein biederer Bürger, der muß sich darüber im Klaren sein, daß er niemals mehr das Licht der Freiheit sehen wird, wenn jemals ein demokratischer Staat ihn zu verurteilen hat. ... Für diese Kategorie von Verbrechen, die eben Völkermord darstellen, eben auch für die Zukunft, kann es niemals eine Chance einer Begnadigung geben. Um zu verhindern, daß diese Karrieristen das wieder begehen würden — daß sie mindestens daran denken, das so was möglich wäre. Und diese Frage abzuwiegeln damit, über die Frage der Todesstrafe (zu räsonnieren), daß man, wenn die Todesstrafe eingeführt würde usw. usw. ... Ich bin der Meinung, daß diese Ebene im Grunde das darstellt, daß durch die Hintertür irgendwie die Salonfähigkeit des Faschismus und der Taten wieder herbeigeführt werden soll«.*

Weniger konstruktiv meldete sich aus dem Publikum der VAN-Vorstand in der Person von Helmut Stein zu Wort. Positiv war allerdings zunächst, daß er eine Reihe von Erscheinungen neofaschistischer Umtriebe in Hamburg anführte und erwähnte, daß auch alte Nazi-Richter heute in Amt und Würden z.B. in Berufsverboteprozessen urteilen. *»Es gibt also nicht einen Richter in der Bundesrepublik, der wegen seiner Taten im Dritten Reich — und sei er Richter am Volksgerichtshof — auch nur verurteilt worden ist. Nicht einen. Und das ist die Kernfrage. Wenn diese Frage nicht gelöst wird, und sie ist nicht gelöst, dann stellt sich meiner Meinung nach die Frage nach der Begnadigung solcher Typen wie Rosenbaum nicht. Das sind zwei völlig unvergleichbare Probleme. Ich meine, das ist eine Frontstellung, die ihr gebaut habt, die ich für falsch und gefährlich halte, die dazu geführt hat, daß Weber ausgezogen ist und daß Hill rausgeht«.* Damit wurde Stein dann sehr polemisch:

»Solche Positionen, wie sie im ARBEITERKAMPF vertreten werden, sind keineswegs dienlich, hier eine Front von Antifaschisten aufzubauen, und das ist auch der Grund, warum wir an dieser Veranstaltung nicht als Veranstalter teilgenommen haben, wenn da gesagt wird, die Position, die die VVN zur Frage der Aktionseinheit mit Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und Liberalen (habe), *sei Plunder«.* Freilich haben wir dergleichen nie behauptet, sondern lediglich die Tatsache kritisiert, daß die VAN/VVN gegenüber dem KB die »These 41« der DKP (keinerlei Zusammenarbeit!) praktiziert.

Als aus dem Publikum genau dieser Hinweis kam (»These 41«) verlegte sich Stein auf's Schimpfen: *»... darauf hab' ich gewartet, darauf hab' ich gewartet, These 41, entschuldigt bitte, ich bin jetzt 40 Jahre, solche Reizworte: Mauer, CSSR, These 41, die kenne ich zum Erbrechen«.*

Kai Ehlers antwortete dem Genossen Stein unter Hinweis auf den überparteilichen Anspruch der VAN, den es gerade ernst zu nehmen gelte, mit einer Einladung, sich am weiteren Gespräch auf dem Podium zu beteiligen. Genosse Stein nahm die Einladung, die auch von anderen gebilligt wurde, allerdings nicht an.

Am Schluß der Veranstaltung standen eine Reihe Fragen offen, so wie es Professor Giering formulierte: *»Wir haben zu wenig heute gesprochen darüber: Was kann geschehen etwa über Friedensaktionen oder ähnliche Dinge, die verhindern, daß wir in die Gefahr eines erneuten Autoritarismus oder Faschismus wieder hineinkommen. Da ist die Frage nach der Begnadigung wirklich nur so ein ganz kleiner Ausschnitt daraus, meines Erachtens. Vielleicht wäre es denkbar, das noch ein bißchen zu erweitern auf diese generelle Frage, die aber so explizit nicht auf dem Programm stand heute«.*

Schlußbilanz

Das Zustandekommen dieser relativ breit besetzten Podiumsdiskussion ist unter den gegebenen Umständen als Erfolg zu werten.

Was sich hier aber auch wieder gezeigt hat, ist das weitgehende Fehlen einer organisierten und funktionierenden liberalen Kraft in diesem Land. Wir, d.h. der Kommunistische Bund, waren praktisch in der Situation — gegen unseren Willen — die Arbeiten zum Zustandekommen dieser Veran-
gegen unseren Willen — die Arbeiten zum Zustandekommen dieser Veran-
staltung (eine Unzahl von Gesprächen, Briefe, Verschicken von Material, Organisatorisches) fast a l l e i n leisten zu müssen. Ähnliches zeigt sich bei vielen Anlässen dieser Art. Das soll keineswegs die Beiträge und den Einsatz mancher demokratischer und antifaschistischer P e r s ö n l i c h k e i t e n für die gemeinsame Sache schmälern, aber was fehlt, wäre ein o r g a n i s a t o r i s c h e r liberaler Unterbau, der gleichberechtigt die Arbeit mittragen würde. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß als e i n z i g e Zeitung der ARBEITERKAMPF, also die kommunistische Presse, die Diskussion der Veranstaltung aufgenommen hat, während die gesamte sonstige Presse (einschließlich »tat« und »UZ«) schwieg. Auch darin zeigt sich schmerzlich der Mangel an demokratischer Öffentlichkeit in diesem Land.

Ein weiterer unangenehmer Nebeneffekt ist, daß diese von uns wahrhaftig weder gewollte noch zu verantwortende Situation auch noch dazu führt, daß Aktivitäten wie diese Veranstaltung leicht als vom KB »aufgezogen« abgestempelt werden, daß speziell einige der Diskussionsteilnehmer erheblichem Druck und Rechtfertigungszwängen ausgesetzt sind, und daß es insgesamt eine heikle Aufgabe war, unter diesen Umständen überhaupt den Teilnehmerkreis zusammenzubekommen. Daran gemessen ist die Sache insgesamt zufriedenstellend gelaufen und kann als gute Voraussetzung für die weitere Arbeit an diesem und ähnlichen Themen gewertet werden. Die gesamte Diskussion auf der Veranstaltung soll baldmöglichst als Dokumentation veröffentlicht werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stopp der Hitler-Verherrlichung

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Seit einigen Wochen läuft in westdeutschen Kinos unter großem Werbeaufwand der Film: „Hitler – eine Karriere".

Laut Autor Joachim Fest, Mitherausgeber der „FAZ" und CDU-Mitglied, ist der Film ein „*Ansatz, auf eine möglichst nüchterne, rationale, sachliche Art Einsichten zu vermitteln*". Die Einsicht, die dieser „Dokumentarfilm" vermittelt, besteht schlichtweg darin, den Faschismus als Ergebnis der Karriebesessenheit Hitlers und ohne kritische Distanz abzuhandeln.

Schon die Auswahl des Filmmaterials spricht für sich und gegen Fest: Der größte Teil des 155-Minuten-Films ist mit Originalaufnahmen und dem dazugehörigen Originalton bestückt, also mit Filmaterial, das schon die Nazis als Propagandawaffe in Wochenschauen und Durchhaltefilmen benutzt haben. Fest läßt die Originale über lange Strecken unkommentiert laufen. Wenn kommentiert wird, dann z.B. so: Szenen, die den Überfall der Nazi-Truppen auf die Sowjetunion zeigen, werden nicht als Konsequenz faschistischer Großmachtpolitik gekennzeichnet, sondern damit, daß „Hitlers Unrast jetzt einen Erfolg brauchte". Die Annektion Österreichs durch die Nazis wird als „Hitlers Ausbruch aus seiner Untätigkeit, seiner Apathie und seinen Dämmerungszuständen" hingestellt. Fest scheut nicht vor den plumpesten psychologischen „Erklärungen" zurück, wenn er etwa die Massenaufmärsche der Nazis mit Hitlers sexuellen Beklemmungen erklärt. Bei diesen Massenaufmärschen habe Hitler lediglich seinen „Begattungshunger" stillen wollen, indem er die „Vereinigung mit den Massen" suchte.

Die Zusammenstellung solcher Szenen verrät, wie es um Fest selbst bestellt ist. Liebevoll wurden die Originalaufnahmen von Massenszenen zu einem schwelgerischen Potpourri zusammengestellt. „*Die Produktionsfirma hat es sich viel Geld kosten lassen, um alte, verschlissene Kopien auf Hochglanz zu bringen. Den Reichstag hat man noch nie so leuchtend brennen, das Dunkel der Potsdamer Garnisonskirche noch so aufgehellt gesehen*" („Zeit", 8.7).

Da kann sich auch die National-Zeitung des Faschisten Frey vor Bewunderung nicht mehr zurückhalten: „*Minutenlang erlebt der Zuschauer die Faszination gewaltiger Massenaufmärsche, den optischen Reiz nationalsozialistischer Großveranstaltungen, die Welle von Hingabe und Zustimmung, auf der dieser Mann zu unbestreitbaren Erfolgen getragen wurde. ‚Ein Volk, ein Reich, ein Führer!' – Fest setzt diese Dreieinigkeit mit wenig Hemmung ins Bild*".



Wo es dagegen um die Darstellung von Nazi-Greueln ging, war Fest nicht so begeistert bei der Sache. Gestapo-Terror, Konzentrationslager, der Massenmord an Juden und anderen erklärten „Untermenschen" werden zwar erwähnt, aber doch in gebotener Kürze, um die neuen „Einsichten" nicht zu schmälern. Offenbar sind diese Szenen nur als Alibi zu sehen. Typisch für das Film-Machwerk: Historische Fakten, die nicht ins Konzept passen, werden weggelassen oder „souverän" (wie die „National-Zeitung" meint) beiseitegeschoben. Die unleugbare Tatsache, daß die Nazis von der Bourgeoisie finanziert und an die Macht gebracht wurden, wird mit der lächerlichen Behauptung vom Tisch gewischt: „*Hitler war weder käuflich noch im Bunde mit dem Großkapital*". „*Über die Rolle des Großkapitals können wir sehr lange diskutieren, nur ist das nicht Thema des Films*" (aus einer Fernsehdiskussion).

Die Aufführung des Films ist aber leider nur die Spitze des Eisberges. Schon zuvor, aber mit Aufführung des Films offenbar von aller bisherigen Schamhaftigkeit befreit, schwappt gegenwärtig eine Welle der Nazi-Verherrlichung und -Rechtfertigung durchs Land:

Im Presse-Echo auf den Film scheuen sich Blätter wie Springers „Welt" nicht einmal, die Nazi-Zielsetzung als „bedenkenswert" in die Diskussion zu bringen. Beifällig zitiert die „Welt" Herrn Fest: „*Sein (Hitlers) Ziel war es, gesellschaftliche Barrieren niederzureißen und die Volksgemeinschaft zu schaffen.' Seine erste Mobilmachung war eine ‚Mobilmachung der Arbeit'. ‚Eine Welle der Zustimmung ging von ihr aus'* ". „*Hitler gab den Deutschen zurück, was sie ersehnten: Autorität, Ordnung, Ziele, Selbstbewußtsein. Er besiegte die Arbeitslosigkeit und er ließ die Deutschen die außenpolitische Demütigung des Versailler Vertrages vergessen*". Und die „National-Zeitung" Freys sekundiert: „*Interessant ist auch die von Fest vertretene Anschauung, daß Hitlers erstaunliche Erfolge im wirtschaftlichen Bereich, so die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt auf die Mobilmachung des Optimismus zurückzuführen waren. ... Der Beschauer des Films zieht zwangsläufig Parallelen zur heutigen Situation: Über eine Million Erwerbslose, eine Regierung, die kein Vertrauen mehr genießt, eine Wirtschaft mit wenig Hoffnung*".

Aber nicht nur Reaktionäre und Faschisten finden den Film toll: Die „Hamburger Morgenpost" („sozialliberal") empfahl ihn als **„sachlich und nüchtern"**. Nur wenige bürgerliche Zeitungen setzen sich kritisch mit dem Film auseinander.

Stattdessen wird die Presse gegenwärtig von Themen zur Nazi-Geschichte („Wie es wirklich war") bestimmt. So die „Quick", die ihre neue Serie „Adolf Hitler – ein Mann, der sich ‚Führer' nannte" in Springers „Welt" (11.8.77) anpreist: „*Letzte Woche war an vielen Kiosken die Quick ausverkauft – wegen der neuen Hitler-Serie. Ab sofort ist dafür gesorgt, daß Sie die neue Quick mit der Serie Adolf Hitler überall wie gewohnt erhalten.*" Der „Stern" kündigte mit seiner letzten Nummer an, nun auch in das Geschäft einsteigen zu wollen und brachte gleich 50 Seiten zu dem Thema: „Die Tagebücher des Dr. Goebbels". Im Fernsehen (ZDF): „Reinhard Heydrich: Das Problemkind, das zum Schreibtischmörder wurde".

Die Produktion von **„Hitler-Nostalgie" in Literatur, Filmen, Presse-Erzeugnissen ist gegenwärtig schier** unüberblickbar. In diesem Klima kann CDU/CSU-Vorsitzender Kohl seine offene „Genugtuung" über die Entführung des Nazi-Verbrechers Kappler aus Italien äußern. In diesem Klima stellten sich kürzlich bei der Aufführung des Fest-Films in Mainz Neo-Faschisten uniformiert, in aller Öffentlichkeit hin und gröhlten das „Horst-Wessel-Lied" mit. Wir erleben gegenwärtig den Versuch, die vom Nazismus derzeit angebotenen „Krisenlösungen" wieder „bedenkenswert" zu machen, indem der Nazismus und seine Träger systematisch, kampagnenartig und zugleich aus skrupellosem Profitinteresse verharmlost und zu neuen Helden **aufgebaut werden. Diesen Erscheinungen muß mit aller Kraft und nicht nur mit schönen Worten und vor allem in breitester Front entgegengetreten werden.**

Der Fest-Film z.B. wird als „besonders wertvoll" ausgezeichneter Streifen mit 50.000 DM Steuergeldern bezuschußt. Ihm steht der Weg in die Landesbildstelle der Schulen offen. Bei so einem Geschichtsunterricht kann man sich nicht wundern, wenn – wie es im letzten Spiegel zu lesen war – in Schüleraufsätzen entweder haarsträubender Unsinn steht wie: „Er (Hitler) machte die erste Mondlandung" oder schon gezielter: „Auf alle Fäller hat er das deutsche Reich zunächst aus dem Dreck gezogen". Solch ein Film darf nicht in den Schulen laufen! Solch ein Film darf auch außerhalb der Schulen nicht laufen!

Kulturkommission
Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Nazis raus aus Frankfurt

Unter dieser Parole versammelten sich am 13.August 150 Antifaschisten, um gegen einen NPD-Aufmarsch in Frankfurts Innenstadt zu protestieren. Erst zwei Tage zuvor hatte das Verwaltungsgericht das vom Ordnungsamt verfügte Verbot wieder aufgehoben und die Nazi-Provokation genehmigt. Die fünfseitige Begründung des VERBOTS seitens des Ordnungsamtes hatte auf die Gewaltätigkeiten der NPD am 17.Juni (Deutschlandtreffen) hingewiesen und daraus den Schluß gezogen, daß „*die NPD entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, eine Kundgebung oder Demonstration ordnungsgemäß und den geltenden Gesetzen entsprechend durchzuführen*" (FR, 4.8.77).

Mit dem Verbot wurde den breiten, bis in die Kreise der SPD- und FDP-Fraktion im hessischen Landtag reichenden Protesten gegen den Faschisten-Aufmarsch am 17. Juni Rechnung getragen.

In der Begründung für die Aufhebung des Verbots durch das Verwaltungsgericht heißt es hingegen: Gewalttätigkeiten der NPD am 17. Juni setzen nicht voraus, daß am 13. August ebenfalls ein militantes Vorgehen der NPD zu erwarten sei. Außerdem sei die NPD nicht verboten und sie verfolge kein illegales Ziel. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß es wohl das erste Mal war, daß der NPD für ihre Demonstration die gleichen Auflagen gemacht wurden, wie sie schon seit längerem jeder linken Demonstration gemacht werden: Keine Masken, keine Helme, keine Tragetaschen und keine Transparente mit strafbarem Inhalt. Außerdem wurde der NPD eine ganz bestimmte Demo-Route und ein anderer Versammlungsort vorgeschrieben – auf deren Einhaltung allerdings n i c h t geachtet wurde.

So versammelten sich am Morgen des 13. die Faschisten nicht an dem ihnen zugewiesenen Platz, sondern an der Konstabler-Wache. 100 Antifaschisten gelang es durch Trillerpfeifen und Parolen die Hetztiraden der ca. 30 Faschisten zu stören.

Ohne die Präsenz von mindestens 500 Bullen samt Wasserwerfern hätten die Faschisten schnellstens die Beine in die Hand nehmen müssen!

Für unfreiwillige Komik hatte die NPD selbst dadurch gesorgt, daß sie vorher in einem Flugblatt noch getönt hatte, „einige tausend Bürger" wollten zu ihrer Kundgebung kommen.

Auch wenn die Bullen sich an diesem Tag zurückhalten mußten, ging es auch diesmal nicht ohne Polizeiüberfälle ab:

Als die Gegendemonstranten zum zweiten Kundgebungsort gezogen waren und sich die Konstabler-Wache merklich geleert hatte, überfielen die Bullen den Stand des KBWs, warfen das gesamte Material auf die Straße, nahmen den Tisch auseinander und prügelten drei KBW'ler brutal zusammen.

Zu der antifaschistischen Aktion und deren Vorbereitung ist noch zu sagen, daß die DKP und die VVN sich leider wieder in der ihnen eigenen sektiererischen Weise nicht an einem einheitlichen Vorgehen beteiligen wollten, sondern stattdessen zu einer eigenen Kundgebung aufgerufen hatten, zu der ca. 40 Leute kamen, obwohl auf dem dazu aufrufenden Flugblatt immerhin 24 (!) Organisationen und 40 Einzelpersonen unterschrieben hatten: Die bringen wenigstens noch was auf die Beine!...

KB/Gruppe Frankfurt

Neue »Einzeltat«:
Faschist Weil wegen Brandanschlag verhaftet

Am 8.August wurde in Bochum Ekkehard Weil wegen des „ dringenden Verdachts" verhaftet, in der Nacht zum 1.8.77 zwei Brandkörper in das Fenster des SEW-Zentrums in Westberlin geworfen zu haben. Weil wurde von Zeugen eindeutig identifiziert. Der Brandanschlag (entstandene Kosten: 6.000 Mark), den Weil nach offiziellen Ermittlungen wohl mit mehreren Komplizen ausführte, ist der neueste Punkt in seiner neofaschistischen „Karriere": 1971 wurde Weil von einem britischen Militärgericht in Westberlin wegen versuchten Mordes zu sechs Jahren verurteilt: Er hatte am 3.10.70 mit zwei Gewehrschüssen einen sowjetischen Wachsoldaten am Ehrenmal im Bezirk Tiergarten lebensgefährlich verletzt.

Damals war der 28-jährige Krankenpfleger allgemein (und vom Gericht) als versponnener Einzelgänger hingestellt worden.

1975 wurde Weil vorzeitig „wegen guter Führung" entlassen. Nach dem neuen Anschlag im August ist jetzt Weil offensichtlich auch für die Justiz erstmal „reif"- zumal inzwischen kaum noch vertuscht werden kann, daß er ein gerichtsbekannter „ *Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie*"(„SZ",10.8.), keineswegs ein „Einzelgänger "ist , sondern über einen ganz speziellen Freundeskreis verfügt. Und er ist emsig und regt sich:

Nahe dem SEW-Büro kam es in der Tatnacht zu einem Verkehrsunfall, bei dem ein roter Opel Caravan sichergestellt wurde. Der Fahrer flüchtete; Eigentümer ist ein Helge Röthke. Er (und sein Kumpan Georg Retza) ist rechtskräftig verurteilt. 1971 hatte er nämlich mit Retza eine vorher gestohlene Rosa-Luxemburg-Gedenktafel durch die Scheibe einer linken Kneipe in Westberlin geworfen. Außerdem liefen gegen beide mehrere Ermittlungsverfahren, u. a. wegen des Verdachts auf unbefugten Waffenbesitz, Planung eines Verbrechens und Schußwaffengebrauch (an der „Mauer").

Beide gehörten auch jahrelang der Terror-Bande „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung" des Roland Tabbert (Hanau) an. Auch der Hamburger Horst Mach, damals Besitzer des stadtbekannten Faschistenlokals „Wolfsschanze" in Westberlin, war Mitglied der NDBB. Mach ist wegen Volksverhetzung verurteilt, weil er im Rundfunk von sich gab:„ *Alle Menschen sind gleich, außer Juden und Kommunisten. Diese sind der Abschaum der Menschheit*".

Das Neuste von Mach ist, daß er an einem „NSdAP"-Treffen zwischen dem 16.4. und 19.5. in Treben (Kreis Lüchow) teilnahm - etwa 100 Faschisten, z.T. bewaffnet und in SA- und Bundeswehruniformen, - hatten sich eingefunden.

Zu Tabberts Bande gehörte auch der zeitweilige Westberliner NPD-Kreisvorsitzende Johannes Kösling. Heute sitzt er u.a. im „Freundeskreis" der „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Zwischen diesen Bekannten und ihrem Freund Weil sind die Kontakte nie, auch nicht durch die Haft, abgebrochen. Nach seiner Entlassung 1975 wurde Weil in Jugoslawien verhaftet, als er mit zwei „Gesinnungsfreunden" aus Westberlin und Kiel durch Jugoslawien reisen wollte. Ziel : Schießausbildung im Libanon. Aber der alte Freund Kösling half und holte Weil aus dem Gefängnis - und zwar im Auftrag der Westberliner „Gesellschaft für deutsch-arabische Freundschaft". Vor Jahren, bis er seine Aktivitäten mehr ins Bundesgebiet verlagerte,hatte der jetzige Chef des „Kampfbundes deutscher Soldaten" in Frankfurt, Erwin Schönborn, schon seine Finger im Verein.

Es sieht ganz so aus, als ob der „Fall Weil" noch so manche Überraschung verspricht ...

(Informationen vor allem nach „Franfurter Rundschau",15.8.77)

Antifa - Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hakenkreuze und Waffen:
Nazi-Bande in Düsseldorf aufgeflogen

In Düsseldorf wurde am Wochenende vom 6./7. August "zufällig" eine weitere Nazi-Bande entdeckt. Bekannt ist allerdings, daß die Gruppe unter dem Namen **"Partei der Arbeit"** z.T. mit "linker" Demagogie schon seit einiger Zeit im Raum Düsseldorf/ Köln auftritt. Die Nazis flogen jetzt auf, als zwei von ihnen in einem Kölner Auto wegen Geschwindigkeitsüberschreitung in Düsseldorf angehalten wurden.

Beide trugen Nazi-Uniformen mit Hakenkreuzbinden, und im Wagen waren faschistische Schriften und Filme, darunter der Tonfilm zu einer Feier zu Hitlers 88. Geburtstag (am 20.April) in einer Düsseldorfer Kneipe. Dort und in drei Wohnungen in Köln wurde weiteres Nazi-Material (u.a. Armbinden, Hitlerporträts) gefunden. Dabei waren auch, wie es nach Mitteilung der Düsseldorfer Polizei so schön heißt, **"Sammlerwaffen"** ! Gegen 10 der Faschisten (Staatsansaltschaft:"Überwiegend junge Leute") sind Ermittlungen eingeleitet worden. "*Über die Größe der Gruppe konnte die Polizei noch keine genaueren Angaben machen.*"

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Von der Justiz gedeckt: Nazis werden immer frecher

Seit Januar ist ein weiteres Nazi-Blatt auf dem Markt: Es erscheint unter dem Titel: **„Wille und Weg – Nationalsozialistische Reichszeitung"** mit Hakenkreuz auf der Titelseite als Organ einer „NSDAP".

In bekannter Manier besteht der größte Teil des Blättchens aus Lobpreisungen auf Hitler und den Nazismus sowie aus antisemitischer Hetze. So wird natürlich gegen die **„Vergasungslüge"** gegeifert und für die einschlägigen Autoren die Werbetrommel gerührt (Prof. Butz, Thies Christophersen, Heinz Roth, Udo Walendy, Erwin Schönborn, Klaus Huscher, Emil Aretz). Unverhohlen wird an die antisemitische Mordpropaganda und -praxis angeknüpft: **„Seit Jahrhunderten wird der Jude verfolgt, dies geschah mit Recht, denn er hat's so gewollt ...". ... Der Jude muß vergehn!!!".**

Zum Ableben Bubacks ist den Nazi-Schmierern u.a. eingefallen: *„Dieses Volk besteht heute aus Deutschen und aus Fremdrassigen. Den letzteren ist unser Schicksal gleichgültig. Türken, Koreaner, Vietnamesen und Jugoslawen sind nur an der DM interessiert. Die Deutschen aber spüren in der Tiefe der Seele bewußt und unbewußt, daß sie führungslos in den völkischen Untergang taumeln. Alles, was heute auf sämtlichen Lebensgebieten geschieht, ist auf dem Boden des semitischen Marxismus und des Judenchristentums gewachsen".* An anderer Stelle wird geklagt: *„Die in anderen europäischen Nationen schon seit langem feststellbare Unterwanderung mit afrikanischen, asiatischen und anderen nicht-europäischen Menschen macht sich nun auch bei uns bemerkbar.*

Jede Kulturnation trägt ein rassisches Schönheitsideal in sich. Durch die Partnerwahl versuchen die Menschen ihm nahezukommen. Wie aber kann das in Zukunft noch möglich sein, wenn die Zahl der fremdartigen, dunkelhäutigen und teilweise schon in ihrem Äusseren abstossenden Menschen, dazu die der Kranken, Mißgestalteten und der geistig stumpfen Menschen immer mehr zunimmt".

Es handelt sich bei diesem Nazi-Blatt zweifellos nicht nur um Tatbestände wie Verwendung nazistischer Symbole (Hakenkreuz) und nazistische Propaganda („NSDAP"), sondern auch um rassistische Mordhetze. In diesem Fall mag sich die Justiz darauf berufen, daß das Drecksblatt anonym erscheint, also die Verfasser „nicht zu ermitteln" seien. **Daß man die Schmierfinken finden k ö n n t e, wenn man nur w o l l t e, liegt freilich auf der Hand. Ein kleiner Hinweis: Im Impressum ist als Kontaktadresse das Postfach des dänischen Nazis H.P. Rijs-Knudsen in Aarhus angegeben. Dieser ist ein Freund von Thies Christophersen („Ausschwitz-Lüge"), der übrigens auch selbst gelegentlich dieses Postfach als Kontaktadresse verwendet hat!**

Anzumerken ist noch, daß keineswegs anonym, sondern ganz offen (und ungestraft) Hakenkreuz-Postillen wie die des Michael Borchardt aus Hamburg-Altona („Faschistische Front") erscheinen. Offensichtlich wird auf diese Weise, parallel zur hochoffiziellen betriebenen „Hitler-Nostalgie" und der Beschönigung der Nazi-Verbrechen („Einmal muß damit Schluß sein"...), mehr und mehr das nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs durchgesetzte Verbot nazistischer Kennzeichen, der NSDAP, der nazistischen Propaganda usw. durchlöchert.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Die Hörner waren zu lang geraten

Nazis freuen sich über „Säuberung des Hitler-Bildes" – Karikatur aus der rechtsradikalen „National-Zeitung" vom 15.7.77

Titelseite des Nazi-Blattes

Eine Faschistenprovokation jagt die andere!

Kiel. Am 13.8. („Tag des Mauerbaus") versammelten sich rund 30 kostümierte Jungfaschisten der NPD/JN (schwarz uniformiert, Gürtel mit Odalsrune) in der Kieler Innenstadt. Dazu viele mit Motorrad- und Militärstahlhelmen, beschriftet mit „NPD" und Odalsrune.

— Bereits in der Woche vor dem 13.8. hatte sich ein Teil der offensichtlich auch von außerhalb zusammengekarrten Faschisten in Kiel versammelt und dabei Überfälle gegen AK-Verkäufer versucht: Am 9.8. überfielen fünf bis acht Jungfaschisten, uniformiert, einen Genossen, zerrissen Exemplare des AK und traten ihn mit Stiefeln.

— Schon im Juli hatten die Faschisten während eines NPD-Landesparteitages im Kieler „Eichhof" drei Genossen überfallen, dabei zwei brutal mit Fäusten und eisenbeschlagenen Stiefeln zusammengeschlagen und verletzt. Ein Genosse mußte mit einer Verletzung am Kiefergelenk ins Krankenhaus.

— Kurz darauf erhielt der Kieler KB einen Drohbrief eines Faschisten, der sich als einer der „Eichhof-Schläger" ausgab und drohte, wir würden ihn noch des öfteren „kennenlernen"! Er sei Mitglied der JN und der „Volkstreuen Jugend Kiels" (VJK).

— Während der „Kieler Woche" hatten Faschisten ebenso schon versucht, einen Info-Stand der Kieler BI gegen Atomanlagen zu zerstören.

Diese Beispiele aus jüngster Zeit zeigen, daß die Neofaschisten in Kiel zunehmend darauf aus sind, Antifaschisten auch auf offener Straße zu terrorisieren und vor Überfällen nicht mehr zurückzuschrecken.

Hinzu kommt derzeit eine immer stärker werdende Flut von faschistischen Parolen-schmierereien, Plakaten und Aufklebern — insbesondere an der Kieler Uni und in der Innenstadt: „Juda Verrecke", „Jetzt NSDAP" und „Kampf den Judenparteien KPD, SPD, CDU, CSU, FDP!". In Umlauf wird gegenwärtig auch das faschistische Hetzblatt „Wille und Weg" in Kiel gebracht (siehe Bericht in diesem AK).

KB/Gruppe Kiel

KURZMELDUNGEN

KZ-Mordprozeß in Kiel

Wahrscheinlich Ende Oktober wird in Kiel ein Prozeß gegen August Schmuck eröffnet. Er ist angeklagt, während seiner Zeit als Häftling im Nazi-KZ Lubin (Polen) 19 Häftlinge umgebracht zu haben. Schmuck war Leiter eines Arbeitskommandos („FR", 15.8.77).

• • •

Frey frei

Wie zu vermuten war, wurde Gerhard Frey, Chef der „Nationalzeitung" und der Neofaschisten-Truppe „Deutsche Volksunion" endgültig freigesprochen: Noch vor ein paar Wochen hatte die Staatsanwaltschafgt angekündigt, sie werde dagegen Revision einlegen, daß Frey für die Werbung eines auf dem Index stehenden Nazi-Buches des SS-Oberst Skorzeny nicht belangt werden sollte (siehe AK 107). Jetzt hat sich's der Staatsanwalt halt anders überlegt, gell?

• • •

Nazi - Liste zum Europa - Parlament?

Erwin Schönborn, Chef des Frankfurter „Kampfbundes deutscher Soldaten"(KDS) und Anführer der „Aktionsgemeinschaft Nation Europa" (deren am 7.8. in Nürnberg geplanter „ Auschwitz-Kongress" verboten wurde), hat einen neuen Plan ausgeheckt: Wie in den „Neuen Kommentaren" (August 77) nachzulesen will die ANE zu den Europaparlamentswahlen eine eigene Liste aufstellen. Spitzenkandidat soll Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess sein. So viel Aufregung für einen so alten Mann - ob der Einfall wirklich gut war?

• • •

NS-Verbrecher im Speck

SS-Verbrecher Menten (zur Zeit in Holland vor Gericht): ein Millionär! SS-Oberst Skorzeny (inzwischen verblichen): internationaler Geschäftsmann! Der ebenfalls erst kürzlich verschiedene Fritz Ries — Nazi: Unternehmer und Hotelbesitzer! Sein alter SS-Freund Schleyer: oberster Kapitalistenhäuptling in der BRD! Und so weiter...

Wie Simon Wiesenthal („Jüdisches Dokumentationszentrum", Wien) jetzt enthüllte, ist eine der berüchtigsten Nazi-Bestien, der „Arzt" des KZ Auschwitz, Josef Mengele, der verantwortlich ist für tausendfachen Mord an Juden, heute Multimillionär. Er lebt sicher in Paraguay, dessen Staatsbürgerschaft er inzwischen hat. Dort, in Südamerika, wo zahlreiche Faschisten sich eingenistet haben und wo demnächst ein Großteil „Deutscher" aus Namibia sich breitmachen will, reist Mengele „von einer deutschen Kolonie zur anderen" („Hamburger Abendblatt", 17.8.77). Viel zu tun.

• • •

Kripo: „Mehr Nazi-Umtriebe"

Erstmals hat die Polizei öffentlich eine Zunahme von Naziumtrieben zugegeben: In Hamburg habe besonders die „NSDAP/AO" in letzter Zeit ihre Aktivitäten erheblich gesteigert. Nach Angaben der Kripo wurden innerhalb von zwei Wochen (seit Ende Juli) auf sechs Hamburger Friedhöfen 268 Grabsteine und sechs Denkmäler mit Hakenkreuzen und NS-Parolen beschmiert. Weiter wurden die häufig in S-Bahn-Zügen angebrachten Nazi-Klebezettel und die Beschmierung der Hamburger Synagoge genannt. An 47 Häusern wurden in die Fenster Hakenkreuze geritzt. — Bei den ersten Meldungen von den Friedhofschändungen hatte die Polizei noch von „Kinderstreichen" gesprochen... („UZ", 11.8.77).

• • •

SS-Roschmann tot?

Im Juli gab es Aufregung um einen lange gesuchten und in Argentinien wieder aufgetauchten SS-Massenmörder, den „Schlächter von Riga", Eduard Roschmann. Die Hamburger Staatsanwaltschaft stellte sofort Auslieferungsantrag. Argentinien stimmte zuerst zu, lehnte dann doch ab, und schließlich hieß es, die argentinische Polizei habe sich geirrt, sie habe gar nicht Roschmann gefaßt... (siehe AK 107).

Jetzt gibt es neueste Neuigkeiten: Am 10. August soll Roschmann angeblich im Nachbarstaat Argentiniens, Paraguay, gestorben sein. Dorthin habe er sich — unter dem Namen „Federico Wegener" — geflüchtet. Durch verschiedene Körpermerkmale soll die Leiche als Roschmann identifiziert worden sein. *„Die Hamburger Staatsanwaltschaft, bei der die Akten dieses Falles liegen, hat schon deshalb kaum mehr Zweifel an seiner wahren Identität"* („Hamburger Abendblatt" 17.8.77).

Simon Wiesenthal hat daran allerdings noch seine Zweifel. Er sagte, *„daß er nicht an den Tod Roschmanns glaubt. Erst letzten Monat sei der Deutsche in Bolivien gesichtet worden. ‚Ich möchte wissen, wer für ihn starb', fragte Wiesenthal"* („Guardian", 13.8.77).

• • •

England: Jüdisches Antifa-Komitee gebildet

Gegen die zunehmende Nazi-Propaganda in England wurde Anfang Juli in London das „United Kirgdom Yad Vashem Comitee" von rund 50 Vertretern jüdischer Organisationen gebildet. Es will Informationsmaterial über die Verbrechen der Nazi-Faschisten erarbeiten, das besonders in Schulen eingesetzt werden kann. Daneben will „Yad Vashem" systematisch Berichte von Überlebenden der Nazi-KZs zusammentragen und Listen von KZ-Opfern erstellen.

Anlaß für diese Initiative ist das Auftreten des amerikanischen Professors Butz, der kürzlich ein Buch veröffentlicht hat, in dem die Nazi-Verbrechen wieder einmal „wissenschaftlich" verharmlost und geleugnet werden. Das Buch erschien kürzlich unter dem Titel „Der Jahrhundert-Betrug" in der BRD und wird derzeit von den Faschisten massiv propagiert.

NPD-Deckert weiter Beamter

Dem ehemaligen Vorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten" und jetzigen NPD-Funktionär Günter Deckert, ist von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe bestätigt worden, daß seine NPD-Aktivitäten kein „Dienstvergehen" seien. Damit kann Deckert weiter Studienrat in Mannheim sein (UZ, 18.08.77).

• • •

Bundeswehr - „Traditionspflege"

Wie sich die „Traditionspflege" im alltäglichen Bundeswehrbetrieb auswirkt, dafür gab die 5. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 281 in Dornstadt ein Beispiel. Ein Stabsunteroffizier war dort mit den offiziellen Liedertexten unzufrieden. Also ließ er Neues dichten; und das ging so: *„Wenn vor Danzig die rote Flotte im Meer versinkt, Marschall Gretschko in Bratislava am Galgen schwingt ..."* ist es Zeit für das *„Deutschlandlied, das am Roten Platz erklingt".* Der politische Unterricht in der Bundeswehr hat sichtbar Früchte getragen. („UZ",18.08.77).

• • •

Frey plant neuen Auftritt in München

Für den 3. September hat sich die „Deutsche Volksunion" eine neue Provokation ausgedacht. Dieser neofaschistische Verband unter Leitung des „National-Zeitungs"-Chefs Frey will im „Schwabinger Bräu" in München eine seiner berüchtigten „Großveranstaltungen" durchführen. Sprecher sollen, außer Frey selber, der Rassist Jürgen Rieger (vgl. Ak 110) aus Hamburg und der US-Amerikaner Butz sein, der derzeit in Europa herumreist, um für sein Buch „Der Jahrhundert-Betrug" zu trommeln. Das ganze soll unter dem Motto laufen :„Ewig büßen für Hitler?".

JN-Kongreß in Osnabrück?

In Osnabrück soll am 17./18. September der Bundeskongreß der NPD-Jungmannschaft „Junge Nationaldemokraten" stattfinden - inklusive Demonstration. Ob sich dagegen nicht etwas tun läßt?!.....

• • •

Dänischer Nazi zieht nach Schleswig-Holstein

Zuwachs hat die faschistische Szenerie Schleswig-Holsteins durch den Dänen Erich Haast erhalten.

Haast arbeitet in letzter Zeit mit dem Nazi Hans Hetler zusammen, der angeblich über eine Kartei von tausenden dänischen Linken verfügt und sie inzwischen dem dänischen Geheimdienst zur Verfügung gestellt hat.

Haast selber ist Herausgeber eines Verteilungsblattes „Ny Revision" (Neue Revision), das ab 29. August unter dem Namen „National tidende" (Nationalzeitung) als Zeitung auf dem Markt sein soll.

Weshalb nun hat Nazi Haast Dänemark verlassen und seinen neuen Wohnsitz in Eckernförde angemeldet? Dazu er selber:*„Ich meine, mein Aufenthalt dort fördert den Guerillakrieg gegen die dänische Gesellschaft. Ich kann schnell auf dem Kriegsschauplatz sein - und bin schnell wieder weg".*

Wie kommt er bloß darauf, daß Schleswig-Holstein eine günstige Ausgangsbasis für seinen „Guerillakrieg" gegen die dänische Gesellschaft sein könnte? Er meint doch wohl nicht, hier ungehindert sein provokatorisches Treiben durchführen zu können?

Und noch etwas Interessantes gibt es über Haast zu vermelden. Seine letzten Pamphlete sind in Westdeutschland verlegt worden.

Na, wo wohl? - Ja, richtig geraten, im „Kritik-Verlag" des Thies Christophersen!

Ein Erfolg der gemeinsamen Aktion

Wie schon im letzten AK kurz berichtet, planten der nazistische "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) und befreundete Organisationen für den 6. August in Nürnberg einen Auschwitz-Kongreß unter Vorsitz der Faschisten Schönborn, Christophersen ("Auschwitz-Lüge") und Huscher (Nürnberger Faschist Herausgeber der Zeitung „Denk Mit") abzuhalten.

Erklärtes Ziel dieser Provokation war es, die **"Jahrhundertlüge über die Massenvergasungen in Auschwitz zu widerlegen"**. Außerdem sollte der "Kongreß" dem Ausbau faschistischer Kontakte dienen; so trafen in Nürnberg Nazis aus allen Teilen der BRD und Westberlins ein.

Hier nun eine Kurz-Chronik über die letzte Woche vor dem geplanten Nazi-"Kongreß":

Samstag, 30.7.

Die Nürnberger Antifaschisten erfahren aus der Presse von dem geplanten "Auschwitz-Kongreß". Auf Initiative der "Arbeitsgruppe Neonazis in der Russell-Initiative" fand am 31.7. ein erstes Treffen statt, auf dem über antifaschistische Gegenmaßnahmen diskutiert wurde. Anwesend waren: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, AG Neonazis in der Russell-Initiative, Bund Deutscher Pfadfinder/Bund Demokratischer Jugend, Arbeiterbund mit Kommunistischem Hochschulbund und Roter Schülerfront, Kommunistischer Bund, Mitglieder der Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke und jeweils ein Mitglied der VVN und DKP. Auf diesem Treffen wurde vereinbart, mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit zu treten und den Kreis der Aktionseinheit zu verbreitern.

Montag, 1.8.

Die Stadt Nürnberg verbietet den geplanten "Kongreß". Der Inhaber des Tagungshotels läßt den Mietvertrag wegen "arglistiger Täuschung" kündigen (der Saal war für eine ominöse "Aktionsgemeinschaft Europa" angemietet worden).

Dienstag, 2.8.

Trotz Verbot verteilen Mitglieder des KDS und der "Wehrsportgruppe Hoffmann" Flugblätter in der Innenstadt, auf denen sie weiter zum "Kongreß" aufrufen. Abends findet das nächste Aktionseinheitstreffen statt, zu dem noch folgende Organisationen neu hinzukommen: VVN, Kreisjugendausschuß des DGB, SDAJ, Falken, Naturfreundejugend, DFU, SB, Israelitische Kultusgemeinde, Gefangenengruppe sowie einige sozialdemokratische Genossen. Von den eingeladenen Gruppen



erschien lediglich die DKP nicht. Im Gegensatz zu VVN, KJA/DGB, DFU und SDAJ schätzen die anderen anwesenden Organisationen die Situation nach dem Verbot so ein, daß die Faschisten trotzdem Provokationen versuchen würden, und beschließen ein einheitliches Vorgehen für den Tag des geplanten "Auschwitz-Kongresses". VVN, SDAJ, DGB-Jugend und DFU (sowie DKP) sahen **nach dem Verbot keinen Anlaß mehr öffentlich und organisationsintern zu mobilisieren.**

Auf der Sitzung werden Arbeitskreise zur Öffentlichkeitsarbeit, Untersuchungsarbeit und zur Durchführung einer Kundgebung gebildet.

Am Donnerstag nachmittag wird bekannt, daß die Faschisten Schönborn und Huscher in einem Nürnberger Hotel eine Pressekonferenz planen. Durch die schnelle Mobilisierung von 50 Antifaschisten können jedoch sowohl eine öffentliche Pressekonferenz als auch eine Pressekonferenz in einem Lokal verhindert werden. Eine Zugabe lieferte überraschend die Polizei, die Schönborn und Huscher vorübergehend festnahm, weil sich die beiden dem Hausverbot eines Wirtes widersetzten. **Schönborn konnte den Polizeieinsatzleiter nur noch anbetteln: „Wenn Sie uns jetzt nicht vor den Roten schützen, sind wir hier für alle Tage blamiert."**

Freitag, 5.8.

Das Verwaltungsgericht bestätigt das verbot, nachdem Huscher Antrag auf Einstweilige Verfügung gegen das Verbot gestellt hatte.

Samstag, 6.8.

Rund 400 Menschen beteiligen sich vormittags an der gemeinsamen anti-faschistischen Kundgebung. Redner sind ein Vertreter der Aktionseinheit und der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde, Levin, der zu den Greultaten der Nazis spricht. Aus München kommt die Songgruppe "Roter Wecker", die die Kundgebung mit antifaschistischen Liedern umrahmte.

Nach der Kundgebung fahren noch 200 Freunde zum Tiergartenhotel, nachdem bekannt wird, daß sich dort die Faschisten versammeln wollen. Auch hier hatten die Faschisten schlechte Karten: Schönborn wurde von den Antifaschisten eingekreist und anschließend von der Polizei in Schutzhaft genommen. Nachdem durchgesickert war, die Faschisten wollten ihren "Kongreß" in das 40 Km entfernte Ansbach verlegen, machten sich sofort 150 Kundgebungsteilnehmer dorthin auf, führten auf dem Marktplatz eine Spontankundgebung durch und beendeten ihre gemeinsamen antifaschistischen Aktionen, nachdem sicher war, daß die Faschisten auch in Ansbach unter Verbot fielen und keine Gelgenheit hatten, dort aufzutreten.

Auch wenn Montag noch bekannt wurde, daß sich 25 (!) Faschisten noch in einer Dorfkneipe bei Erlangen getroffen hatten, so war die antifaschistische Aktion ein guter Erfolg:

Durch ihr geschlossenes solidarisches Vorgehen haben die demokratischen Kräfte erreicht, daß die Faschisten-Provokation nicht öffentlich, weder in Nürnberg noch in Ansbach stattfinden konnte!

Neue Weichen stellen für weitere Aufgaben der Aktionseinheit!

Wir freuen uns besonders über zwei Tatsachen im Zusammenhang mit der Nürnberger Aktion:

Erstens über die Erfolge, die die Aktionseinheit in ihren öffentlichen Aktionen tatsächlich erzielen konnte, und zweitens über die bislang noch nicht erreichte Breite des Bündnisses, das über verschiedene politische und weltanschauliche Auffassungen hinweg zustandegekommen ist.

Während der „gemeinsamen Tage" tauchten natürlich auch Differenzen auf, die zum Teil in der Diskussion, zum Teil in der direkten Aktion geklärt werden konnten.

So sahen der "Arbeiterbund" und die ihm nahestehenden Organisationen die Aktionseinheit bereits dadurch gespalten, daß der KB nicht darauf verzichten wollte, vor und nach gemeinsamen Aktionen den AK zu verkaufen.

Doch die Frage, ob jede beteiligte Organisation das Recht habe, eigenständige Agitation und Propaganda vor und nach der gemeinsamen Aktion zu betreiben, konnte in einer Nachbesprechung geklärt werden.

Eine wichtige Aufgabe in der Zukunft wird darin bestehen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von Organisationen wie VVN, DKP und DGB fallen und endlich aus der politischen demokratischen Landschaft verschwin-

lich aus der politischen demokratischen Landschaft verschwin-

den müssen! Die Vertreter dieser Organisationen konnten ihre eigenen Fehleinschätzungen ("Die Faschisten machen sicher nichts") ihre eigene Inaktivität und ihre offensichtlich gewordene Unfähigkeit mit anderen demokratischen Kräften gemeinsam gegen solche faschistischen Provokationen vorzugehen, weiterhin mit "formalen" Gründen erklären.

Typisch für den jetzigen untragbaren Zustand ist z.B. die Erklärung des Vertreters der DGB-Jugend, daß die Gewerkschafts-Jugend diese Aktionen nicht unterstützen könnte, weil sie sich sonst ihr eigenes Grab schaufeln würde, da "Gewerkschaftsfeinde" beteiligt seien. Warum der DGB aber nicht wenigstens selbständig gegen den "Auschwitzkongreß" mobilisierte, bleibt wohl sein Geheimnis.

Die VVN machte es sich genauso einfach: Ihr Vertreter sah in der Aktionseinheit nur "Studenten", "Gewerkschaftsfeinde" und sonstige "ominöse Kräfte". Die VVN, so betonte er, suche sich ihre Bündnispartner selbst aus und würde deshalb nicht mit den in der Aktionseinheit vertretenen Gruppen zusammenarbeiten.

Die SDAJ erklärte, daß nur "die Gewerkschaft" den Faschismus richtig bekämpfen könne, und weil diese ja nicht mitmache, sei eine antifaschistische Aktion schlichtweg "Aktionismus". Wir wollen hier jedoch nicht verschweigen, daß sich am Samstag doch einige DKP-Genossen an den gemeinsamen Aktionen beteiligten.

Wenig erfreulich war der Beitrag des SB: in der praktischen Vorbereitung und Durchführung nicht zu bemerken, war das SB in großer Zahl beim Auswertungstermin versammelt, um den anwesenden Freunden und Genossen zu erklären, daß das SB große Widersprüche zu dieser Aktion und auch zu weiter geplanten habe, weil das SB befürchte, daß das Vorgehen gegen Faschisten vom eigentlichen Hauptfeind, von den eigentlichen Trägern der Repression ablenken würde. Deshalb werde das SB, bevor es eine Entscheidung darüber fällt, ob es sich in Zukunft an der AE beteiligen wird oder nicht, erstmal eine Ein-

scheidung darüber fällt, ob es sich in Zukunft an der AE beteiligen wird oder nicht, erstmal eine Ein-

schätzung des Neofaschismus in der BRD in Zusammenhang mit der staatlichen Repression erarbeiten.

Entsprechend schlug das SB der Aktionseinheit auch vor, zunächst keine weiteren Aktionen zu diskutieren, sondern in die Diskussion des Neofaschismus in der BRD einzusteigen.

Es wird sich zeigen, welche neuen theoretischen Ansichten das SB über den antifaschistischen Kampf gewinnt, während die anderen beteiligten Gruppen sich darauf vorbereiten, gegen das geplante SS-Treffen in Bad Winsheim am 23./24. September vorzugehen.

Die Möglichkeiten, gegen das SS-Treffen in Bad Winsheim noch breiter als gegen den "Auschwitz-Kongreß" vorzugehen, müssen jetzt erarbeitet werden.

KB/Gruppe Nürnberg

Berichtigung und Nachtrag

Nicht ein „Hamburger Historiker Uwe Valendis" (wie in AK 110, S.2 fälschlich zu lesen war) sollte auf dem verhinderten „Auschwitz-Kongreß" auftreten, sondern Udo Walendy, Diplom-Politologe (und „Historiker"), der von Vlotho aus seine Schriftwerke verbreitet. Walendy, jahrelanger junger, dynamischer Star am NPD-Himmel, hat sich auf die „Widerlegung" von Nazi-Verbrechen spezialisiert. 'In einer Reihe von Büchern und Artikeln geht er zwar (noch) nicht so weit, KZs und Massenmorde glattweg abzustreiten, „bezweifelt" jedoch Zeugenaussagen, Beweismittel wie Fotos etc. Derzeit beruft sich die „National-Zeitung" Freys verstärkt auf die „Entlarvungen" Walendys, um ihre (keineswegs neue) Kampagne weiter anzuheizen: „*Hitler — Genie oder Wahnsinn? Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht — 6 Millionen vergaste Juden — die Lüge des Jahrhunderts*" („NZ", 29.7.77) — „*Kann Hitler Vorbild sein? ... Hitlers Geheimbefehl über Juden entdeckt: Vergasungslüge widerlegt*" („NZ", 12.8.77).

Und ein weiterer Kumpan Freys war für Nürnberg eingeplant gewesen: der Jurist Dr. Wilhelm Stäglich aus Hamburg. Dieser ehemalige Richter war vor Jahren mit wilden Sprüchen über das KZ Auschwitz hervorgetreten (alles nicht so schlimm, keine Vergasungen, usw.), was ihm eine — allerdings geringfügige — Kürzung seiner Bezüge einbrachte.

Gerade rechtzeitig zur Vorbereitung des „Kongresses" am 6.8. brachte die „National-Zeitung" am 29.7., angefangen auf Seite 1, einen Briefwechsel Stäglichs mit dem „Institut für Zeitgeschichte" in München, der als „Beleg" für die Neonazi-These von der „Lüge des Jahrhunderts" (keine Beweise für millionenfache NS-Morde) aufgetischt wurde. Stäglich gehört übrigens auch zu den regelmäßigen Schreibern in der „Bauernschaft" Thies Christophersens (der mit seiner „Auschwitz-Lüge" ja zum Neonazi-Standard gehört).

Walendy und Stäglich in der „National-Zeitung" ausgerechnet vor dem 6.8. — wer hier an Zufall glaubt, dürfte Frey schlecht kennen!

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

KDS

Kampfbund Deutscher Soldaten

Juni 1977

10.000.- DM

Belohnung

zahlen wir für jede einwandfrei nachgewiesene "VERGASUNG" in einer "GAS - KAMMER" eines deutschen KZ's.

Wir akzeptieren keine KZ - Zeugen aus Polen, Israel oder den USA, die, wie in den NS - Prozessen, MEINEIDE geschworen haben, ohne dafür belangt werden zu können.

Wir benötigen:
NAME, VORNAME, WOHNORT, GEBURTSTAG, GEBURTSORT, WO VERHAFTET, IN WELCHES KZ EINGELIEFERT UND IN WELCHEM KZ "VERGAST".

ERWIN SCHONBORN
(KDS) 1. Vorsitzender
Frankfurt 56



Huscher



Christophersen



Schönborn

»13. August«: Antifa-Aktion in Lübeck

In Lübeck veranstaltete die NPD auf dem Marktplatz eine Kundgebung. Abends marschierten die Faschisten mit Fackeln zur DDR-Grenze. Am Samstagnachmittag erschienen ca. 15 NPD- und JN-Leute mit einem Lautsprecherwagen (KI-WN 49) unter Begleitschutz von anfangs 10, später 20 Bullen (weitere warteten in der Nähe). Ihre Kundgebung wurde von etwa 50 Antifaschisten — u.a. Genossen des KB, SB, KBW, der „KPD/ML" und Spontis — so massiv durch Sprechchöre und eine Gegenkundgebung gestört, daß die Nazis kaum zu verstehen waren.

(Nach Berichten von Genossen des KB / Gruppe Lübeck)

Presseerklärung

Polizei durchsucht Privatwohnung eines Duisburger Anwalts

WOLFGANG CONRADIS · REINHOLD HOEMANN · HEINZ R. SCHMITT
RECHTSANWÄLTE

41 DUISBURG 1 (HOCHFELD)
Wanheimer Straße 72
Telefon 0203/64389 und 663938

Bürozeit Mo.-Fr. 8-13 und 15-18 Uhr
Sprechstunden: Mo.-Fr. 15-18 Uhr,
Sa. 10-12 Uhr und nach Vereinbarung

Datum 8.8.1977

Wir möchten Folgendes mitteilen:

Am Donnerstag, dem 4.8.1977, wurde um 20.40 Uhr die Privatwohnung von Rechtsanwalt Wolfgang Conradis in Duisburg von Beamten der politischen Polizei durchsucht.

Obwohl wieder einmal wegen "Gefahr im Verzuge" keine Zeit für eine richterliche Anordnung war, hatte der Staatsschutz ein erhebliches Aufgebot zu bieten: 20 - 30 teilweise mit Maschinenpistolen bewaffnete Zivilbeamte in und vor der Wohnung, Gewehrschützen hinter den Straßenbäumen, in den Seitenstraßen uniformierte Mannschaften sowie offene Verfolgung von Rechtsanwalt Conradis und einem seiner Mitarbeiter mit Kraftfahrzeugen.

Angeblicher Grund für die Durchsuchung: Suche nach Rechtsanwalt Croissant, der "in Duisburg gesehen worden sein soll".

Der Ablauf der ganzen Aktion hat jedoch gezeigt, daß dieser Grund nicht das eigentliche Ziel des Polizeiaufmarsches war:

Auf der Straße war großer Aufwand zu sehen, doch die Wohnung wurde nur flüchtig durchsucht, überhaupt nicht durchsucht wurden die übrigen Wohnungen im Haus, die Keller etc.. Die "Suche" war nach einigen Minuten beendet, doch das Spektakel wurde über eine halbe Stunde fortgesetzt.

Der fadenscheinige Vorwand der Durchsuchung wurde dazu benutzt, um gezielt gegen Rechtsanwalt Conradis eine aufwendige und auffällige Polizeiaktion durchzuführen, nachdem er vor einiger Zeit schon willkürlich von Beamten der politischen Polizei auf der Straße festgehalten worden war. Auch diese neue Aktion zeigt deutlich, daß sie zu nichts anderem dient als der Einschüchterung und Kriminalisierung eines Rechtsanwaltes, der auch in politischen Prozessen als Verteidiger auftritt.

Rechtsanwälte CONRADIS, HOEMANN, SCHMITT

Postscheckkonto Essen 138456-434 · Stadtsparkasse Duisburg 204-009823

VS-Bericht '76: »Doppelte Moral«

Der Verfassungsschutzbericht 1976, wie üblich mit scharfem Auge auf alles Linke und Demokratische gerichtet, weshalb das Treiben von Alt- und Neonazis sozusagen ganz natürlicherweise aus dem Blick gerät, ist in der BRD-Presse wie üblich ausgeschlachtet worden: Die gefährliche Linke, die bedeutungslose Rechte – wie gehabt. Wie sehr hier die gesellschaftliche Wirklichkeit verzerrt wahrgenommen bzw. verfälscht wiedergegeben wird, wird – selbst in der BRD-Linken – fast schon nicht mehr aufgenommen. Ein Kommentar des H o l l ä n d e r s Jan Luitjens in der b ü r g e r l i c h e n niederländischen Tageszeitung „Volkskrant" vom 26.7.77 ist dagegen heilsam zu lesen:

„Geheimdienst arbeitet mit doppelter Moral"

„Der Jahresbericht des westdeutschen Verfassungsschutzes ist immer der Mühe des Lesens wert. Er gibt nicht nur eine Übersicht der Aktivitäten von links (im Niederländischen wird, zur Unterscheidung von der linken PSP und der als links angesehenen PvdA, auch von der revolutionären Linken selber, der Begriff „extreem links" für das benutzt, was wir in der BRD als „Linke" bezeichnen – Anm. d. Übers.) *und rechts, er zeigt auch an, daß der Verfassungsschutz immer genau alles registriert, was einen Anflug von Kommunismus oder linkem Extremismus hat, beim Erfassen des rechten Extremismus aber viel weniger ausführlich ist.*

So fehlen in dem Jahresbericht des Verfassungsschutzes die wachsenden Aktivitäten der ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS, die in der letzten Zeit häufig zusammenkommen, um als ‚alte Kameraden' der ‚Tradition' von SS-Divisionen wie ‚Das Reich', ‚Horst Wessel', ‚Charlemagne', ‚Leibstandarte Adolf Hitler' oder ‚Hitlerjugend' zu gedenken. Da die SS eine verbrecherische Organisation war, wie offiziell bei den Prozessen in Nürnberg nach dem Krieg festgestellt wurde, ist die Tradition der Waffen-SS ebenfalls eine verbrecherische.

Darf in West-Deutschland dieser verbrecherischen Tradition gedacht werden? Ersichtlich wohl. Der Verfassungschutz meldet nichts über diese Zusammenkünfte ehemaliger SSler. Die HIAG, die Organisation der ehemaligen SSler, wird in dem Jahresbericht insgesamt nicht genannt.

Die doppelte Moral der deutschen Justiz wird vor allem deutlich bei der Behandlung der 5 Gruppen mit rund 600 Neo-Nazis, die mit Gewalt das Dritte Reich wieder herstellen wollen. Im Jahresbericht des Verfassungsschutzes wird gesagt: ‚Militante Mitglieder von Neo-Nazigruppen zeigten eine deutliche Bereitschaft und Sympathie für gewalttätige Aktivitäten. In verschiedenen Fällen konnte die Polizei bei Neo-Nazis Waffen, Munition und Explosivstoffe entdekken'.

Wären dies links-extreme Gruppen gewesen, die deutsche Justiz würde sie zweifellos als ‚kriminelle Vereinigung' verurteilt haben. Bei den Rechtsextremen ist die Justiz jedoch zurückhaltender. Bisher sind nur die Führer der ‚National-Sozialistischen Kampfgruppe Groß-Deutschland' zu geringen Strafen wegen der Gründung einer kriminellen Vereinigung und unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt worden.

Es ist vollständig unbegreiflich, warum die Justiz so wenig gegen die ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' unternimmt, die aus einer Gruppe Neo-Nazis unter Führung von Karl-Heinz Hoffmann besteht. Dieser Hoffmann läßt sich ‚Führer' nennen, hält in der Nähe von Nürnberg mit seinen militanten Gefolgsleuten para-militärische Übungen ab und denkt dabei an die Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches.

Dabei können die Zusammenkünfte der ehemaligen Waffen-SS nicht übersehen werden. ‚Diese Männer', schrieb unlängst das Wochblatt ‚Stern', ‚kommen immer öfter zusammen, werden immer brutaler und ihre Lügen werden immer dreister'. So soll ein ehemaliger Offizier der ‚Leibstandarte Adolf Hitler' unlängst bei einem Treffen in Nassau an der Lahn gesagt haben: ‚Ich halte Hitler und Himmler nicht für Verbrecher'.

Bei diesen Zusammenkünften ehemaliger SS-Einheiten – bisher sind in diesem Jahr ungefähr fünfzig registriert worden – erscheint immer wieder die doppelte Moral in Westdeutschland, sobald es um links oder rechts und das Dritte Reich geht (...).

Bisher hat die deutsche Justiz nur gelegentlich etwas gegen Hoffmann unternommen, obschon er mit seinen ‚Soldaten' schon ein paar Mal so hart gegen linke Demonstranten aufgetreten ist, daß es Verletzte gab. Die Justiz hält diese ‚Wehrsportgruppe' augenscheinlich für keine ‚kriminelle Vereinigung'. Nach dem bayerischen Innenministerium gibt es auch keine Beweise, daß die militärischen Übungen dieser Gruppe ‚auf den späteren Kampf gegen die bestehende freiheitlich demokratische Ordnung' gerichtet sind.

Wie gesagt werden dagegen die Aktivitäten der radikalen Linken in der Bundesrepublik mit Argusaugen verfolgt. Der Verfassungschutz hat in dem Kapitel über die ‚Aktivitäten der ostdeutschen kommunistischen Partei SED gegen die Bundesrepublik' sogar die Kontakte zwischen der liberalen Jugendorganisation DJD und der ostdeutschen Jugendorganisation FDJ erfaßt, was die Entrüstung der DJD und verschiedener liberaler Abgeordneter hervorgerufen hat. Denn mit diesen vollständig offenen Kontakten mit der ostdeutschen FDJ haben die westdeutschen liberalen Jugendlichen genau das getan, was in dem Vertrag zwischen Bonn und Ostberlin und im Schlußakkord von Helsinki empfohlen wird: Menschliche Kontakte zwischen Ost und West und der Austausch von Meinungen und Informationen.

Der westdeutsche Verfassungsschutz hält dies alles offensichtlich für verdächtig. Zusammenkünfte ehemaliger SSler dagegen sind offensichtlich unverdächtig und normal. In der Bundesrepublik werden links und rechts mit zweierlei Maß gemessen".

Übers. durch Niederlande-Kommission

Revanchismus — Kirche mischt mit

Wenn es gegen den Sozialismus und die RGW-Staaten geht, dürfen auch klerikale Kreise nicht fehlen. Die Antirevanchistische Zeitschrift „Neue Kommentare" veröffentlichte in ihrer Ausgabe 7/77 die Jahresberichte von zweien dieser rechtsradikalen Vereine, die im Bereich von rechtem Klerus, CDU/CSU und Geheimdiensten anzusiedeln sind:

"Kirche in Not - Ostpriesterhilfe"

"Und dann gibt es insbesondere die Kirche in Not unter den Millionen von Christen Osteuropas und Asiens, die unter der Knute eines Systems seufzen, das mit satanischer Hartnäckigkeit die Weltdiktatur über eine Menschheit ohne Gott erstrebt." - so eine Kostprobe aus der Schrift "Echo der Liebe". Autor: Pater Wehrenfried van Straaten, Leiter der "Kirche in Not..." mit Sitz in Königstein/Taunus.

Von den Gesamteinnahmen dieses Vereins 1976 in Höhe von ca. 17 Mio. Dollar (35,4 % aus der BRD), zuzüglich Sachspenden in Höhe von über 3 Mio. Dollar, wurden nach den offiziellen Angaben ausgegeben:

- in Afrika mehr als 3 Mio.Dollar;
- in Asien mehr als 1 Mio;
- in Lateinamerika über 5 Mio.;
- in Osteuropa knapp 6 Mio.Dollar.

Unter den Positionen "kirchliche Bauhilfe", "Presse und Rundfunk", "Existenzhilfe der Seelsorger", "theologische und liturgische Bücher" flossen danach ca. 2 Mio. Dollar in die VR Polen, 800.000 nach Rumänien, 600.000 in die CSSR und fast 1,5 Mio. in die VR Ungarn.

"Hilfsaktion Märtyrerkirche"

Diese u.a. vom "Deutschland-Magazin" (rechter Flügel der CDU) geförderte "Kirche" hatte 1975 einen Jahresetat von ca. 10 Mio. DM. Davon wurden ausgegeben: Mehr als 3 Mio. für "Bibeln und christliche antikommunistische Literatur", 1,75 Mio. für "Hilfe an Pastoren der Untergrundkirche und an Familien christlicher Märtyrer", ca. 770.000 DM für antikommunistische Hetzsendungen über Rundfunkstationen und fast 300.000 DM für "Reisekosten von Missionaren und Kurieren".

Wohlgemerkt, das sind die offiziellen Jahresberichte. Was davon nur Tarnung für geheimdienstliche Aktionen, Subversion usw. im engsten Sinne ist, läßt sich nur erahnen. Insgesamt sind ca. 40 - 50 Millionen DM pro Jahr allein bei diesen Organisationen kein Pappenstiel.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

»MLD« bauen Zusammenarbeit mit Faschisten aus

Die Provokateurs-Truppe „MLD", („Marxisten-Leninisten Deutschland") festigen ihre Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen Tübinger Studentengruppe HTS, bundesweit bekannt geworden durch gemeinsame Auftritte mit der Terrorbande des Nürnberger Nazis Hoffmann. Ersten zarten Annäherungsversuchen folgte inzwischen ein „Spitzengespräch" zwischen HTS und „MLD". In seinem Blatt „USG Information" (Motto: „Antikommunisten aller Länder und Parteien, vereinigt Euch!") vom 18.7. berichtete der HTS: *„Am 16. Juli 1977 fand ein Spitzengespräch zwischen MLD und HTS statt, um die Möglichkeiten einer Aktionsgemeinschaft zu ergründen. Das Gespräch verlief zur vollen Zufriedenheit beider Seiten, die Sondierungen werden fortgesetzt und sollen zum Abschluß im Herbst in eine öffentliche Großveranstaltung von HTS und MLD münden. Besondere Übereinstimmung ergab sich in Fragen der Verteidigung gegen den Sozialimperialismus, in der Einschätzung der Entspannungspolitik des Westens als eine Appeasementpolitik trojanischen Charakters, in der Notwendigkeit der Auflockerung des Parteienspektrums durch eine Vierte Partei im Sinne der CSU, in der Beurteilung der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad und in der Beurteilung der verfassungsfeindlichen Gruppierungen innerhalb des deutschen Maoismus [KPD, KPD/ML, KBW, KABD, KB...]. Gegensätzlich blieben die Positionen in der Taiwan-Frage, zum Indochinaproblem, zu den Vorgängen im südlichen Afrika, zu Israel und den Palästinensern und zur Beurteilung Rotchinas [Menschenrechte]".*

Neuere Themen der HTS-Faschisten: *„Bürgerwehren gegen linken Atomterror in Brokdorf und Grohnde"* und *„Herbert Kappler aus gnadenloser rotitalienischer Rachejustiz befreit"* („USG Information", 16.8.77). Die „MLD" ist da wirklich in allerbester Gesellschaft!

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

CDU/CSU und Revanchisten wollen »Volksgruppenrecht«

Schon seit mehreren Jahren sind die Revanchistenverbände und insbesondere die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit ihrem Sprecher, dem Alt-Nazi und CSU-MdB Walter Becher, darum bemüht, einen völkerrechtlich abgesicherten "Anspruch auf Heimat" durchzusetzen. Auf dem "Sudetendeutschen Tag" zu Pfingsten 1977 in Wien tauchte zum ersten Mal der Begriff des "Volksgruppenrechts" auf, das es noch zu schaffen gelte. Eine Woche nach Pfingsten trafen sich in der CSU-eigenen „Hanns-Seidel-Stiftung" führende Revanchisten zu konkreteren Gesprächen über dieses „Volksgruppenrecht", das als Entwurf dem Europarat bzw. einer ähnlichen Institution vorgelegt werden soll.

An der Tagung der "Hanns-Seidel-Stiftung" nahmen teil:

- als Leiter der Bundesreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Dr. Fritz Wittmann (MdB/CSU);
- als "wissenschaftlicher Berichterstatter" Dr. Kurt Rabl von der Universität Mainz; vor 45 war Rabl "Berater" des Nazi-Gauleiters Henlein;
- der französische Völkerrechtler Prof. Dr. Guy Heraud;
- Prof. Dr. Pernthaler von der Uni Innsbruck;
- Dr. Gyula von Zathurecky von der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen"
- Senator Dr. Karl Mitterdorfer, Bolzano (Italien), Vertreter der „Südtiroler Volkspartei";
- Dr. Otto von Habsburg, Präsident der "Paneuropa-Union";
- der holländische Völkerrechtler Prof. Dr. de Buy, der schon oft als "internationaler wissenschaftlicher Experte" auf Veranstaltungen der Revanchistenverbände aufgetreten ist;
- Prof. Dr. Otto Kimmich, Uni Regensburg, mit engen Beziehungen zur SL;
- als Referent Prof. Dr. Felix Ermacora, Wien, ausgezeichnet mit dem "Europäischen Karlspreis" der SL 1977.

Dem Treffen in der "Hanns-Seidel-Stiftung" soll im Herbst ein weiteres in Regensburg folgen.

„Volksgruppenrecht" — Ein Instrument revanchistischer Politik

Während vordergründig das "Volksgruppenrecht" die Rechte nationaler Minderheiten sichern soll, enthalten die konkreten Überlegungen zu diesem "Recht" unverhüllten - der Nazi-Tradition entliehenen - Revanchismus. So schrieb z.B. Prof. Dr. Theodor Veiter in einer Publikation des "Witiko-Bundes", einem faschistischen Geheimbund, der vor allem in der SL arbeitet:

„Volksgruppen sind nur dann frei von diskriminierenden Eingriffen, wenn sie ... ihre Kultur und Sprache pflegen und ihrer Überlieferung gemäß leben können, wie es freiheitlicher Demokratie entspricht." — „Das Volksgruppenrecht wird nicht nur durch Vertreibung, sondern auch durch massive Diskriminierung verletzt." — „Ein modernes Volksgruppenrecht als Baustein für ein vereintes Europa muß das Verbot der Vertreibung aus der angestammten Heimat und das Verbot der Diskriminierung der Volksgruppe auf ihrem Heimatboden enthalten ... Dieses Verbot bedeutet aber zugleich ein Gebot bzw. ein subjektiv-öffentliches Recht, nämlich das Recht auf Rückkehr in die angestammte Heimat."

Ein "Volksgruppenrecht als Baustein für ein vereintes Europa" - fast wörtlich schrieb dies Dr. Heinz Neuwirth, bis zu seinem Tod CSU-Abgeordneter und Mitglied der SL, schon 1936, als er noch Abgeordneter der faschistischen Henlein-Partei (später NSDAP) war: *"Die Anerkennung der Volkspersönlichkeit als Grundlage der europäischen Entwicklung heißt, Konturen eines neuen Europa überhaupt aufzuzeigen."* Sein Kumpan, Dr. Walter Brand, ebenfalls SL und vor '45 Henlein-Faschist, schrieb schon ein Jahr zuvor: *"Selbstverwaltung für die Volksgruppen ... Erst dann werden sie die Funktion im gesamteuropäischen Rahmen erfüllen können."* Bei den Nazis bereiteten solche "Theorien" den Überfall auf andere Länder vor.

Das Beispiel Rumänien

Der revanchistische Charakter dieser Überlegungen zum "Volksgruppenrecht" zeigt auch das Beispiel Rumäniens und der Siebenbürgener Sachsen. Hierzu schreibt der schon erwähnte Prof. Veiter: *"Die Siebenbürger Sachsen leben z.B. auch heute noch auf ihrem Heimatboden, aber ihr gesellschaftlicher Verband wurde durch die Deportation der Führungsschichten und durch die konfiskatorische Enteignung ihres Besitzes, durch ihre Verwandlung in fluktuierende Hilfsarbeiter zerstört."*

Wie von diesem Revanchisten abgeschrieben mutet ein Artikel im "Spiegel" vom 1.8.77 an, in dem lang und breit das angebliche Elend der Siebenbürgener Sachsen beschrieben wird. Da wird die Enteignung der Höfe und Güter, der Fabriken usw. bejammert, die angebliche Leugnung der "deutschen Kulturleistungen" in Rumänien angeprangert usw.

Dabei haben in Rumänien wie in keinem anderen Land Osteuropas die dort ansässigen deutschen Minderheiten ihr Recht auf nationale Eigenständigkeit wahrnehmen können: Sie wurden nicht vertrieben, es gibt deutschsprachige Schulen, Zeitungen usw. Mit Recht und aus gutem Grund verweigert wird ihnen allerdings das "Recht", sich konterrevolutionär zu betätigen, weiterhin Privatbesitz an Produktionsmitteln zu haben u.ä. Genau diese Rechte allerdings soll das "Volksgruppenrecht" festschreiben, das CSU und Revanchistenverbände anstreben.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**



Ärztin vom Berufsverbot bedroht

Göttingen. Sechs Tage, bevor sie die ihr zugesagte Stelle als Assistenzärztin in der Neurologischen Klinik antreten sollte, erhielt die Ärztin G.M. ein Schreiben der Klinikverwaltung, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß sich *„die Landesregierung wegen Ihrer politischen Aktivitäten eine Überprüfung Ihres Einstellungsantrages vorbehalten hat."* Inzwischen sind sieben Wochen vergangen und die Behörden hüllen sich immer noch in Schweigen, welche „politischen Aktivitäten" denn nun der Einstellung im Wege stehen. G.M. hat während ihres Studiums mehrfach für Gremien der Universität und der Studentenschaft kandidiert; seit Beginn ihrer Tätigkeit im Krankenhaus vor eineinhalb Jahren ist sie Mitglied der ÖTV und hat sich auch an der gewerkschaftlichen Arbeit beteiligt; durch ihre Mitarbeit im Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie ist sie in der Anti-Kernkraft-Bewegung aktiv. Sie muß nun befürchten, wegen derartiger „politischer Aktivitäten" in ihrer Facharztweiterbildung behindert zu werden und einschneidende Beschränkungen ihrer beruflichen Möglichkeiten in Kauf nehmen zu müssen.

Über 130 Kolleginnen und Kollegen der Uni-Klinik haben eine Resolution unterschrieben, in der sie gegen den Radikalenerlaß protestieren und die sofortige Einstellung der betroffenen Ärztin fordern. Die Resolution wurde von ihnen am 12.8. im „Göttinger Tageblatt" als Anzeige veröffentlicht.

KB/Gruppe Göttingen

Die Urteile von Kassel: Unverminderte Schärfe in der Berufsverbotepraxis

Am 11. August verkündete der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel in zweiter Instanz die Urteile in den Prozessen der Lehrerin Silvia Gingold und des Bundesbahningenieurs Werner Krone. In beiden Fällen wurde die Verweigerung der Verbeamtung wegen DKP-Mitgliedschaft für »Recht« erkannt. Darüberhinaus verweigerte das Gericht den Betroffenen die Möglichkeit, in die Berufung zu gehen. Besonders der Fall der Lehrerin Silvia Gingold hat für die Berufsverbotepraxis eine besondere Bedeutung, da ihr erstes Berufsverbot auf starken internationalen Protest stieß. Daraufhin hatte sich die erste Instanz des Verwaltungsgerichts »gezwungen« gesehen, die hessische Landesregierung zu verpflichten, sie einzustellen.

Hatte noch die erste Instanz entschieden, daß die DKP-Mitgliedschaft allein kein ausreichender Ablehnungsgrund sei, und daß das Kultusministerium die persönlichen Beweggründe Silvia G.'s für ihre DKP-Mitgliedschaft (Großeltern und Eltern von den
Silvia G.'s für ihre DKP-Mitgliedschaft (Großeltern und Eltern von den
Nazis verfolgt, Eltern Teilnehmer der französischen Resistandeß nicht ausreichend berücksichtigt habe, sah dies der Verwaltungsgerichtshof als »unerheblich« an. Für ihn war entscheidend, daß Silvia G. nicht nur Mitglied der DKP sei, *»sondern auch für diese Partei auf der Landesliste Hessen zur Bundestagswahl vom 3.10.76 kandidiert (hat)«* (aus dem Urteil, zitiert nach »FR«, 11.8.77). Mit dieser Kandidatur habe sie zum Ausdruck gebracht, *»daß sie sich im besonderen Maße für die DKP einsetzt.« »Ein derartiger Einsatz und ein solcher Vertrauensbeweis sind aber nur denkbar bei einem Mitglied, das sich zu den wesentlichen Grundsätzen und Zielen der Partei bekennt, sich mit ihnen identifiziert und für ihre Verwirklichung eintritt.«*

Wird hier dem ersten Anschein nach ein besonderer Einsatz für die DKP als Ablehnungsgrund hervorgehoben, so geht das Gericht in seinen weiteren Ausführungen sogar noch weiter: *»Im Rahmen der Einzelfallprüfung dürfen auch Schlüsse daraus gezogen werden, daß es sich bei der betreffenden Partei um eine homogene Organisation mit einem ideologisch fest umrissenen Programm handelt, das in seinen Grundauffassungen nicht zur Diskussion steht und die Partei streng auf die ‚Parteilinie' verpflichtet«*. Die »FAZ« verdeutlicht, was das heißen soll: Die *»einfache Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei, die möglicherweise* (!) *wirklich nach dem berühmten Radikalenbeschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 als Ablehnungsgrund nicht ausreicht, existiert bei der DKP nicht, weil diese straffe Kaderorganisation das 'einfach Mitglied' nicht kennt und nicht duldet«* (»FAZ«, 13.8.77).

Damit geht der Verwaltungsgerichtshof noch über das Bundesverfassungsgerichtsurteil hinaus. In diesem wurde festgestellt, daß die Mitgliedschaft in einer »verfassungsfeindlichen« Organisation »Zweifel« an der Verfassungstreue berechtige, daß jedoch jeder Einzelfall besonders geprüft werden müsse.

Aufsehen hat darüberhinaus auch in der bürgerlichen Presse erregt, daß das Gericht alle »persönlichen Aspekte« dieses Falles als »unerheblich« abtat und sich in der Urteilsbegründung vorwiegend mit der »Verfassungsfeindlichkeit« der DKP beschäftigt, ja sogar von der »Verfassungswidrigkeit« der DKP spricht, was eigentlich allein dem Bundesverfassungsgericht zukommt. Als wesentliche »verfassungsfeindliche« und »verfassungswidrige« Positionen der DKP werden die Anerkennung des in der DDR und der UdSSR bestehenden Gesellschaftssystems, das Bekenntnis zu den »Lehren von Marx, Engels und Lenin«, der fehlende »positive Hinweis« im Parteiprogramm auf die Gewaltenteilung und die fehlende Abgrenzung von einer »revolutionären Umgestaltung« der Gesellschaft gewertet. Das Gericht kommt dann zu dem Schluß, daß sich die DKP *»hierin nicht von der durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts verbotenen KPD«* unterscheide.

Damit ist erstmals in einem Berufsverboteverfahren juristisch festgestellt worden, daß es sich bei der DKP um eine »Nachfolge- oder Ersatzorganisation der KPD« handle, womit gleichzeitig die Verbotsvorbereitungen für alle kommunistischen Organisationen ein Stück weiter entwickelt wurden.

Bedenken bei „Linksliberalen"

Bedenken bei „Linksliberalen"

Während CDU-Rechtsaußen Dregger das Urteil begrüßte, da *»damit die Position der hessischen Union bei der Abwehr von Extremisten vom öffentlichen Dienst voll bestätigt worden sei«* (»FR«, 11.8.), und die großbürgerliche »Frankfurter Allgemeine Zeitung« triumphierte: *»Mit Recht abgewiesen«*, gibt es im sozialliberalen Lager angesichts dieses Urteils, das die Kritik an den Berufsverboten vor allem im Ausland wiederum verstärken wird, einige Bedenken. So schreibt die »FR« unter der Überschrift *»Rückschritt«: »Es steht im Widerspruch zum sogenannten Radikalenbeschluß des Bundesverfassungsgerichts, in dem Einzelprüfungen verlangt werden, nicht aber Spekulationen darüber, ob die DKP verfassungsfeindlich oder gar verfassungswidrig ist«* (»FR«, 11.8.). Der Kommentator kommt dann sogar zu dem in diesem Blatt selten gelesenen Schluß: *»Es geht in dieser Frage nicht um die DKP, sondern um die Verteidigung des Grundgesetzes und der darin verankerten Freiheitsrechte. Diese aber stehen allen Bürgern zu.«*

Man könnte sich nur wünschen, daß der »FR« diese Erkenntnis schon früher hätte kommen sollen. Denn worin der besondere Rückschritt liegt, darüber schweigt sich der Kommentator aus, es sei denn, er will tatsächlich behaupten, alle bisherigen Berufsverbote seien nach »Einzelprüfung« erfolgt. Auch er sollte wissen, daß es in der Praxis gang und gebe ist, allein die Mitgliedschaft in einer als »verfassungsfeindlich« bezeichneten Organisation zum Kriterium für die Einstellung zu machen. Den eigentlichen Grund für die Aufregung in diesem Lager verrät denn wohl die »Süddeutsche Zeitung«, die sich vom Gericht mehr »Souveränitä« in der Entscheidung gewünscht hätte, *»denn immerhin haben einige Familienmitglieder in Auschwitz ihr Leben lassen müssen«* (»SZ«, 13.8.).

Nicht so sehr die tatsächliche Sorge um »Freiheitsrechte der Bürger« ist der eigentliche Grund dieser »Kritik«, sondern die Sorge, mit diesem Urteil könne das ganze Gerede der sozialliberalen Koalition von der »Einzelfallprüfung« zusammenbrechen — denn wenn schon in d i e s e m Fall keine »Ausnahme« mehr gemacht wird, wann denn sonst?

Der nächste Schritt schon geplant

Sofort nach dem Urteil beeilte sich der hessische Kultusminister Krollmann, zu versichern, daß Silvia G. weiterhin im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden wird. Dies bewog die »SZ« zu dem Ausspruch: *»Von einem 'Berufsverbot' kann also im Fall Gingold nicht die Rede sein.«*.

Anders sehen jedoch die Pläne der Reaktion aus. Der Landesvorsitzende des Beamtenbundes, der das Urteil begrüßte, kritisierte sogleich, daß Silvia G. weiterhin im Schuldienst beschäftigt werde, und »FAZ« und »Welt« griffen dieses Thema sogleich auf. Bei allem Lob für den »mutigen« Krollmann, der gegen das Urteil der ersten Instanz in die Berufung gegangen war, bemängelte die »FAZ« jedoch sogleich: *»Die politische Methode, Bewerber, die sich für das Beamtenverhältnis offensichtlich wegen mangelnder Verfassungsbindung nicht eignen, einfach auf das Angestelltenverhältnis abzuschieben ... nicht geeignet, das Problem zu lösen.«* Denn, so die »FAZ«, *»die Angestellten hätten sich durch ihr gesamtes Verhalten zur frei-*
Problem zu lösen.« Denn, so die »FAZ«, *»die Angestellten hätten sich durch ihr gesamtes Verhalten zur frei-*
heitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen.« Für die »FAZ« ist klar, daß die Lehrer weiterhin in's Beamtenverhältnis gehören, *»damit sie den besonderen Verfassungstreuepflichten des Beamten unterworfen« seien.*

Kurz und knapp formuliert es die rechtsradikale »Welt«: *»Der Staat darf sich, wie der hessische Verwaltungsgerichtshof es formulierte, 'nicht in die Hand seiner Zerstörer geben'. Ob es nun Beamte sind oder Angestellte«* (13.8.). Und selbst in der sozialliberalen Koalition, in der zeitweise Überlegungen (auch aus Gründen der »Sparpolitik«) anstanden, ein besonderes Angestelltenverhältnis einzurichten, mehren sich die Stimmen, Lehrer allein im Beamtenverhältnis zu beschäftigen, da sie »hoheitliche Aufgaben« ausübten. Schon jetzt kann daraus geschlossen werden, daß Silvia Gingolds Weiterbeschäftigung als Angestellte im Schuldienst kaum von Dauer sein wird.

Radikalenerlaß weiter im Vormarsch

Bei nicht unerheblichen Teilen der demokratischen Bewegung war nach dem ersten Gingold-Urteil, nach Willy Brandts »Selbstkritik« (»Ich habe mich geirrt«) und der Kampagne der SPD vor den letzten Bundestagswahlen für eine »Liberalisierung« des Radikalenerlasses die Illusion entstanden, daß sich die Berufsverbotepraxis entschärfen würde. Insbesondere die DKP und die ihr nahestehenden Organisationen schürten diese Illusionen, indem sie eine vermeintliche »Defensive der Berufsverbieter« entdeckten, die es dem Staatsapparat immer schwerer machen würde, weitere Berufsverbote auszusprechen. Die Praxis der nächsten Monate strafte diese Einschätzung bei realistischer Betrachtungsweise schon Lügen, jetzigen Urteilen dürften diese Illusionen jedoch nur noch schwer an den Mann zu bringen sein. So konnte man in den vergangenen Monaten von der DKP immer wieder die Story vom »Anwachsen und Erstarken« der Bewegung »Weg mit den Berufsverboten« (natürlich nur die der DKP-Initiativen) hören. Als Beweis mußten dafür positive (erstinstanzliche) Urteile herhalten, wobei nachweislich in mehreren Fällen die negativen Urteile in zweiter Instanz verschwiegen wurden, um den Mythos einer erstarkenden Bewegung aufrecht zu erhalten. Nach dem Urteil gegen Silvia G. spricht ihr Anwalt allerdings davon, daß er *»selbst bei politischen Prozessen auf dem Höhepunkt des kalten Krieges kein Urteil erlebt habe, bei dem so penetrant ... die rechtswidrige Bestrafung einer Gesinnung zum Ausdruck gekommen ist«* (»UZ«, 11.8.77). Ähnlich lautende Stellungnahmen sind auch von Seiten der DKP zu hören.

Während man bisher beständig versucht hatte, die Mitglieder mit vorgespiegelten »Erfolgen« bei »Laune« zu halten, wird nun das Gingold-Urteil als besonders krasser und harter Schlag dargestellt. Was die persönliche Situation Silvia Gingolds angeht, ist dies zweifellos richtig. Allerdings bestätigt und bekräftigt das Gerichtsurteil die gesamte bisherige »Recht«-sprechung der Verwaltungsgerichtshöfe und kommt von daher nicht überraschend.

Für die DKP und die von ihr dominierte Initiative »Weg mit den Berufsverboten« bedeutet das, daß sie an einer kritischen Bilanz ihrer bisherigen Kampagne schlecht vorbeikommen wird. Die beruhigende Selbstdarstellung einer sich kontinuierlich ausbreitenden und immer mehr »Erfolge« erreichenden Bewegung wirkt nach diesem Urteil wenig überzeugend. In Wirklichkeit ist nämlich kaum zu übersehen, daß die Initiative »Weg mit den Berufsverboten« stagniert und einen spektakulären Sieg z.B. von Silvia G. dringend nötig gehabt hätte, um wieder »Wind in die Segel« zu bekommen. Dies auf dem Weg einer wirklichen Aktionseinheit aller linken Kräfte zu ändern, dürfte jedoch das Letzte sein, wozu die DKP-Führer bereit wären.



Wohnung im »Terroristenhaus«

Westberlin. Eine neue Darstellung über das Zustandekommen des Ausbildungsverbots gegen zwei Bewerber für eine Schlosserlehre bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) ergab die Anfrage eines FDP-Abgeordneten an den Westberliner Senat (siehe auch AK 107):

Nicht die BVG habe eine Überprüfung der beiden Kollegen beim Verfassungsschutz beantragt, was bei Bewerbungen für privatrechtliche Ausbildungsverträge (noch) nicht üblich sei. Vielmehr habe der Verfassungsschutz von sich aus die beiden Kollegen bei der BVG denunziert: *„Die Kenntnis über den Bewerbungsvorgang selbst hat das Landesamt für Verfassungsschutz aus der Beobachtung der Unterstützungs- und Sympathisantenszene gewonnen."* Die BVG reagierte prompt und lehnte den bereits zugesagten Ausbildungsvertrag mit der Begründung ab, ihr lägen Informationen vor, wonach *„beide Bewerber einer Szene angehören, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung dazu neigt, Gewalttätigkeiten, möglicherweise sogar terroristische Handlungen zu begehen"*.

„Belegt" wurde das damit, daß die beiden in einem Haus wohnen, *„in dem früher Terroristen gewohnt haben"*. Außerdem wären die beiden Kollegen dreimal schwarzgefahren.

Wie man sieht, braucht es heute nicht viel, um zum „Terroristen" gestempelt und durch entsprechende VS-Informationen mit Ausbildungs- und Berufsverbot belegt zu werden. Wenn dieses Beispiel Schule macht, wird die bisherige Berufsverbotepraxis noch um einiges übertroffen werden.

KURZMELDUNGEN

Kiel. Das Landesschulamt in Kiel hat den 28jährigen Lehrer Hans-Hartwig L. aus Höhenlockstedt aus dem Beamtenverhältnis auf Probe entlassen und mit Berufsverbot belegt. Ihm wird vorgeworfen, von 1973 bis 1975 DKP-Veranstaltungen besucht zu haben.

NRW. Das nordrhein-westfälische Kultusministerium hat es abgelehnt, den Lehrer Bernd L. in den Schuldienst einzustellen. Begründung: er habe für den MSB Spartakus zum Studentenparlament kandidiert sowie an zwei Versammlungen, einer Konferenz und zwei öffentlichen Tanzveranstaltungen der DKP teilgenommen. Diese Aktivitäten seien ein Zeichen für ein *„über bloße Mitgliedschaft hinausgehendes Maß an Einsatzbereitschaft"* für „verfassungsfeindliche Organisationen".

Hessen. Ein weiteres Berufsverbotsverfahren hat der hessische Kultusminister Krollmann (SPD) eingeleitet, der offenbar auf diesem Gebiet besonderen Ehrgeiz entwickelt hat. Der Lehrerin Hedwig W. verweigert er die Einstellung mit der Begründung, sie habe als Studentin für den MSB Spartakus kandidiert und an einer MSB-Konferenz teilgenommen.

Tübingen. Der Tübinger Lehrer Anton B. wurde nach Abschluß seiner Referendarzeit im Juni bislang nicht weiter eingestellt, obwohl der Einstellungstermin (8.8.) bereits verstrichen ist. Es ist wahrscheinlich, daß B. in den nächsten Wochen seinen Ablehnungsbescheid bekommt. Bereits während seiner Referendarzeit mußte er sich zweimal einem „Anhörungsverfahren" unterziehen, bei dem ihm „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes vorgehalten wurden. B. ist Mitglied der DKP.

München. Die Technische Universität München muß den Diplom-Physiker Erich K., stellvertretender Vorsitzender der Münchner Jusos und SHB-Mitglied, als „Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten" weiterbeschäftigen. K.'s Arbeitsverhältnis war mit der Begründung nicht verlängert worden, er habe eine Demonstration gegen das bayerische Hochschulgesetz geleitet, bei Studentenschaftswahlen auf einer „gewerkschaftlich orientierten Liste" kandidiert und Informationsstände für den SHB angemeldet. Das Münchner Arbeitsgericht entschied jetzt, daß diese Ablehnung aufgrund der „fachlichen Qualifikation" K.'s rechtswidrig sei. Außerdem erklärte das Gericht, daß die Rechtsprechung überwiegend zu dem Ergebnis gekommen sei, daß die SHB-Mitgliedschaft „noch keine Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers" begründe. Da hat man aber auch schon andere Urteile gesehen. Der eigentliche Grund für dieses positive Urteil dürfte wohl eher in K.'s Position als hoher Juso-Funktionär zu suchen sein.

Funktionär zu suchen sein.

Würzburg. Das Berufsverbot gegen den Lokomotivführer Rudi Röder (DKP) wurde in der vergangenen Woche aufgehoben. Röder erhielt seine Ernennungsurkunde zum Beamten auf Lebenszeit. Röder wird freilich weiter überwacht werden; er steht unter der ständigen Drohung eines Disziplinarverfahrens, wenn er sich nicht „von den Zielen der DKP distanziert".

Der Fall Röder hatte vor einem Jahr nahezu ebensoviel Staub aufgewirbelt, wie der Fall Gingold, wurde doch an ihm die Ausweitung der Berufsverbotspraxis auf den ganzen Bereich des öffentlichen Dienstes deutlich. Es erhob sich auch starker internationaler Protest gegen dieses Berufsverbot. Die jetzige Ernennung Röders zum Beamten steht wohl nicht zufällig in zeitlichem Zusammenhang mit dem neuen Urteil gegen Silvia Gingold und Werner Krone (der ja im übrigen auch bei der Bundesbahn tätig war). Es ist vielmehr zu vermuten, daß der Fall Röder jetzt von den Berufsverbotspolitikern dazu herangezogen wird, den Protest gegen das Gingold-urteil zu dämpfen (ähnlich wie das erste Gingold-Urteil seinerzeit dazu benutzt wurde, der aufkommenden internationalen Kritik an den Berufsverboten entgegenzutreten).

Westberlin. Anfang Juni wurde der Krankenschwester Martina K. auf dem Weg eines „Dienststrafbescheides" mitgeteilt, daß sie zum 30.September aus ihrem Krankenhaus entlassen wird wegen „Verletzung der Treuepflicht gegenüber ihrem Arbeitgeber". Martina K. hatte im März 1975 für die vaterländische „KPD" für die Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus kandidiert. In der Entlassungsbegründung heißt es, daß ein Berufsverbot wegen Unterstützung der „KPD" nicht gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoße, denn es sei keinem Arbeitgeber *„zuzumuten, ein Arbeitsverhältnis aufrechtzuerhalten, wenn der Arbeitnehmer aktiv als Angehöriger einer Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen dazu beitragen will, diesen Staat ... in seiner verfassungsmässigen Existenz zu vernichten"*.

Nach Angaben der „Roten Fahne" vom 3.8. haben weder die Krankenhausleitung noch der Personalrat und Hauptpersonalrat der Entlassung zugestimmt. Darüberhinaus hätten ca. 300 Kollegen in einer Unterschriftensammlung die Entlassung mißbilligt. Dem Bezirksamt Tempelhof sei es erst über eine „Einigungsstelle" gelungen, die Entlassung durchzusetzen.

Westberlin. Das Westberliner Arbeitsgericht hob das Berufsverbot gegen die Ärztin G. auf, die wegen ihrer ehemaligen Mitgliedschaft im KSV nicht eingestellt werden sollte. Nach diesem Urteil muß die Kollegin eingestellt werden, weil Ärzte nicht zum „Sicherheitsbereich" gehören wie etwa die Polizei, die Lehrer (!) und die Regierungsbeamten. Zwar seien die „KPD" und der KSV verfassungsfeindlich, solche Tätigkeit könne bei der Bewerberin auch später zur Kündigung führen (!), aber durch ihre bisherige gute Arbeit, bei der noch keine verfassungsfeindlichen Betätigungen hätten festgestellt werden können, dürften ihre Aktivitäten für diese Organisation nicht einfach zur Nichteinstellung führen (nach „RF", 3.8.77).

Bremen. Obwohl der Bremer Senat in zwei Arbeitsgerichtsprozessen unterlegen war, ist er nicht bereit, das bereits 1971 (noch vor dem Ministerpräsidentenerlaß) gegen den Sozialpädagogen Horst Griese ausgesprochene Berufsverbot aufzuheben. Eine beim Bundesarbeitsgericht beantragte Revision hatte zu der Auflage geführt, eine nochmalige „Anhörung" und sogenannte „Einzelfallprüfung" vorzunehmen. Da Horst die Beantwortung von Gesinnungsfragen ebenso abgelehnt hat wie eine Distanzierung von der DKP, für die er 1971 bei der Bürgerschaftswahl kandidiert hatte, erneuerte der Bremer Senat das Berufsverbot. Jetzt steht eine neue Verhandlung vor dem Bremer Landesarbeitsgericht in dieser Sache an.

Darmstadt. Die evangelische Landeskirche von Nassau und Hessen muß die beiden von ihr fristlos entlassenen Dozenten der evangelischen Fachhochschule Darmstadt Karl F. und Erdmute S. weiter beschäftigen. Den Dozenten war vorgeworfen worden, sie hätten Studenten zur Teilnahme an einem Vorlesungsboykott „aufgewiegelt". Diese Behauptung wurde jetzt in einer Berufungsverhandlung vom Landesarbeitsgericht in Frankfurt als nicht nachweisbar zurückgewiesen.

Münster. Die jetzt fällige Einstellung

Münster. Die jetzt fällige Einstellung des Gymnasialreferenten Hinrich B. wird vom Regierungspräsidenten in Münster hinausgezögert. In einer Anhörung wurden Hinrich Mitgliedschaften im MSB und in der DKP als „Erkenntnisse" vorgehalten. Er droht jetzt das 21. Berufsverboteopfer allein in Münster zu werden.

Stuttgart. Das von dem Alt-Nazi Hahn (CDU) geleitete baden-württembergische Kultusministerium hat gegen den Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch (SPD) in einem Beschwerdeverfahren Befangenheitsantrag gestellt. In dem Verfahren hat der Karlsruher Studienrat Fritz Güde, ein Sohn des früheren Generalbundesanwalts Max Güde, Verfassungsbeschwerde gegen sein Berufsverbot wegen seiner früheren KBW-Mitgliedschaft eingelegt.

Der Befangenheitsantrag gegen Hirsch wurde damit begründet, daß er in Interviews und Aufsätzen zu den Berufsverboten *„bestimmte Auffassungen so pointiert und engagiert vertreten habe"*, daß er in seiner Rechtsauffassung festgelegt sei, und Zweifel an seiner Unvoreingenommenheit im vorliegenden Verfahren bestünden (nach „FR", 18.8.). Hirsch hatte nicht einmal leise Kritik an der herrschenden Berufsverbotepraxis von sich gegeben und für eine „Einzelfallprüfung" plädiert. Dies reicht der CDU, ihm fast eine Unterstützung von Kommunisten vorzuwerfen. Für Fritz Güde wird das wohl bedeuten, das ihm angesichts der CDU-Mehrheit im BVG selbst seine Distanzierung vom KBW nichts mehr nützen wird.

Mannheim. Die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe hat den NPD-Funktionär und ehemaligen Bundesvorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten" Günther Deckert von dem Vorwurf freigesprochen, seine Aktivitäten in diesen neofaschistischen Organisationen stellten ein „Dienstvergehen" dar. Damit kann dieser Faschist weiterhin als Studienrat an einem Mannheimer Gymnasium Unterricht erteilen.

Oldenburg. Für den 12./13.November plant die DKP-orientierte Initiative „Weg mit den Berufsverboten" eine weitere internationale Konferenz mit dem schönen Titel „Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik – gegen das Berufsverbot". Die Vermutung drängt sich auf, daß dieser Kongreß speziell als Konkurrenzunternehmen zum geplanten Russell-Tribunal durchgeführt werden soll. Dafür spricht auch die großkotzige Ankündigung in der „UZ": *„Die Konferenz wird mit großer internationaler Beteiligung stattfinden. Ihre außerordentliche Bedeutung liegt darin, daß sie das nationale Parlament derer darstellt, die gegen die Berufsverbote kämpfen und zugleich das Forum ist, das dem internationalen Protest und der internationalen Solidarität Ausdruck verleiht"* (Helmut Stein in „UZ" vom 11.8.).

Wie man sieht, weicht die DKP kein Stück von ihrem angemaßten Alleinvertretungsanspruch in Sachen Kampf gegen die Berufsverbote ab. Damit werden sich wohl die Freunde von GIM, SB und AK/FU in der Russel-Unterstützungsbewegung, denen ja das Bündnis mit der DKP über alles geht, abfinden müssen.

Hannover. Studienassesor K. wurde suspendiert, da er sich grundsätzlich weigerte, seinen Schülern Fünfen oder Sechsen zu geben. Gleichzeitig wurde er mit Hausverbot belegt. Da die Schulbehörde Schülerproteste befürchtete, fällte sie die Entscheidung in den Ferien. Zu Schulbeginn wurden in der Schule Zivilbullen eingesetzt, um mögliche Aktionen im Keim zu ersticken.

Berufsverbote–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

***

Westberlin. Das Landesarbeitsgericht hat gegen Annette S., niederländische Kunsterzieherin, die in Westberlin studiert hat und dort seitdem wohnt, in einer Berufungsverhandlung das Berufsverbot bestätigt. Begründung: Sie sei keine Deutsche, denen laut Grundgesetz der Zugang zum Öffentlichen Dienst vorbehalten sei, womit einmal mehr Westberlin dem Bundesrecht untergeordnet wird. Der eigentliche Grund liegt woanders: Im „Einstellungsgespräch" wurden A.S. vom Bezirksamt Reinickendorf u.a. Fragen zum Verhältnis der BRD zur DDR gestellt, aus deren Beantwortung das Bezirksamt „Zweifel an der Verfassungstreue" konstruierte. Eine „Routineanfrage" beim Verfassungsschutz hatte nämlich ergeben, daß
„Routineanfrage" beim Verfassungsschutz hatte nämlich ergeben, daß
A.S. Mitglied der SEW sei (Quelle: „Wahrheit", 17.8.).

Westberlin. Der Charlottenburger Bezirksbürgermeister Legien (CDU), einer der führenden Kommunistenjäger der Stadt, hat angekündigt, daß auch bei Teilzeitbeschäftigten im Öffentlichen Dienst, z.B. arbeitslosen Erziehern und Sozialarbeitern, die im Rahmen des „Arbeitsbeschaffungsprogramms" für einen begrenzten Zeitraum beschäftigt werden, die Verfassungstreue überprüft wird. Die Behörde sei verpflichtet, dazu den Verfassungsschutz einzuschalten. Auf diesem Wege waren schon mehrere Betreuer von Kinderferienlagern (drei bis sechs Wochen Dauer) wegen „mangelnder Verfassungstreue" nicht eingestellt worden (Quelle: „Tagesspiegel", 16.8.).

Westberlin. Gegen die Westberliner „Landeszentrale" für Gesinnungsschnüffelei hat das Arbeitsgericht entschieden, daß der Assistentenvertrag des Diplomchemikers D.N. an der FU verlängert werden muß. Die „Landeszentrale" hatte die Verlängerung nach Anfrage beim Verfassungsschutz abgelehnt. N. gehöre den „verfassungsfeindlichen Organisationen SEW und ADS" an. Das Gericht urteilte hingegen, die „Verwertung der Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes sei „unzulässig". N. habe während seiner bisherigen Assistentenzeit *„keinen Grund zu Beanstandungen seines Verhaltens"* gegeben und im übrigen habe die Tätigkeit als Assistent „weitgehend Ausbildungscharakter". Allerdings: Das Urteil ist nicht rechtskräftig! (Quelle: „extradienst", 12.8.).

SSB Westberlin

Skandinavien

Dänemark:
Der Mexikaner darf nicht ausgewiesen werden

Seit dem 1. April befindet sich ein 33jähriger Mexikaner in Haft, ohne daß bis heute Anklage erhoben worden wäre oder er eine Gerichtsverhandlung bekommen hätte. Ihm wird vom dänischen Geheimdienst PET und dem Justizminister Orla Möller „Spionage für Kuba und terroristische Tätigkeit" vorgeworfen.

Schon mehrmals wurde von Orla Möller – entgegen dem breiten Protest der demokratischen dänischen Öffentlichkeit – die Ausweisung des Mexikaners angedroht. Diese Schweinerei, in Dänemark „die Mexikanersache" genannt, ist bis heute Gegenstand von Protestveranstaltungen, Unterschriftensammlungen und Berichterstattung in der linken und liberalen Presse. Die „Mexikanersache" wird als gefährliches Symptom einer Rechtsentwicklung in Dänemark gesehen. Von Orla Möller wurde, ausgehend von der angeblichen „Spionage- und Terrortätigkeit" des Mexikaners, der Versuch gemacht, ein neues Gesetz vorzubereiten, das die Ausweisung politisch Verfolgter ermöglicht.

Der Mexikaner wird seit dem 1. April in Isolationshaft gehalten. Nur dreimal durfte er kurze Besuche von Verwandten erhalten, jedoch nur unter Kontrolle des Geheimdienstes.

Durch einen Gerichtsbeschluß vom 10. August wurde die Haft bis auf den 31. August verlängert. Damit wies der Staatsanwalt einen Antrag des Rechtsanwalts auf Aufhebung der Isolationshaft zurück. Das, obwohl einige Tage davor 88 Ärzte, darunter bekannte Professoren, in einem Schreiben an das Justizministerium die sofortige Aufhebung der Isolationshaft gefordert hatten, da der Gesundheitszustand des Mexikaners immer schlimmer wird.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Dänemark:
Bulleneinsatz gegen Eltern und Erzieher

Am 8. August räumten ca. 50 Bullen brutal ein seit dem 5.8. von Eltern, Erziehern und Mitgliedern einer Mieterinitiative besetztes Haus im „Schwarzen Viertel" des Kopenhagener Stadtteils Nörrebro. Dieses Haus diente bislang als Kindertagesstätte, worin 64 Kinder betreut wurden. Nach dem Willen der Stadt soll dieses Haus Sanierungsplänen zum Opfer fallen und abgerissen werden.

Bei dem brutalen Bulleneinsatz wurde ein Besetzer so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Ein Teil der ca. 50 Besetzer wurde vorübergehend festgenommen. Nachdem die Eltern und Erzieher das Haus geräumt hatten, setzten sie ihren Kampf mit einer bis heute andauernden Blockade-Aktion fort, die den Abriß des Hauses und den Abtransport des Inventars der Kindertagesstätte verhindern soll. Diese Aktion wird auch von Mitgliedern der Bewohnergruppe Nörrebro unterstützt, die gegen die Sanierung im „Schwarzen Viertel" kämpft.

Der Bulleneinsatz verlief mit großer Brutalität, hatte aber nicht den von der Stadt beabsichtigten Effekt. Die Lastwagen, die Möbel aus der Kindertagesstätte abtransportieren sollten, kamen durch die Blockade nicht durch. Die Bauarbeiter, die das Haus abreißen sollten, legten die Arbeit aus Solidarität mit den Besetztern nieder. Sie erklärten, daß sie niemals unter Bewachung von Polizei und privaten Wachmannschaften mit Hunden arbeiten würden. Die Arbeitsniederlegung wurde offiziell von der Gewerkschaft der Bauarbeiter unterstützt.


Kopenhagen: Polizeiaktion gegen Hausbesetzer

Am 11. August führten die Eltern, Erzieher und zwei Bewohnergruppen ein Stadtteilfest durch, auf dem gegen den brutalen Bulleneinsatz protestiert und über den Kampf für die Erhaltung der Kindertagesstätte Todesgade informiert wurde.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Grönland:
Protest gegen den Besuch von Anker Jörgensen

Nachdem der dänische Ministerpräsident schon bei seiner Ankunft auf Grönland mit Protest-Demonstrationen gebührend empfangen worden war, fiel auch sein Abschied nach seiner 12tägigen „Goodwill-Tour" nicht wie erwünscht aus. Am 13.8. wurde sein Schiff eine halbe Stunde lang von – nach Angaben der dänischen Tageszeitung „Politiken" – 80 Demonstranten mit faustgroßen Steinen bombardiert. Der Protest der Grönländer richtete sich insbesondere gegen die kürzlich aufgenommene Uransuche in Kvanefjelset. Die Demonstranten forderten die sofortige Einstellung dieser Arbeiten. Diese Proteste passen so gar nicht in das Bild vom vertrauens „vollen" Verhältnis zwischen dänischer Regierung und grönländischem Volk, das Anker Jörgensen während seiner Reise pflegen wollte. Kurz vor seiner Abreise hatte er noch in typisch chauvinistischer Weise erklärt: *„Dänemark ist ein kleines Land – aber wir sollten groß in unserer Haltung zu Grönland sein!"* Unter dieser „großartigen" Haltung ist für das grönländische Volk nur die verstärkte Ausplünderung durch die internationalen imperialistischen Konzerne zu verstehen, wie das in der verstärkten Suche nach Uran- und Ölvorkommen zum Ausdruck kommt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Dänemark:
Streik von vier Arzthelferinnen für Mindestlohn

In der kleinen Stadt Sonderburg in der Nähe der deutsch-dänischen Grenze streiken seit zwei Wochen vier Arzthelferinnen für den nach dem Tarifvertrag vorgeschriebenen Mindestlohn von 29 kr. pro Stunde. Nur die eine der vier bekommt bislang diesen Mindestlohn. Die drei anderen liegen monatlich 300, 700 und 800 kr. darunter.

Zwei Zahnärzte weigern sich strikt, sich an das Tarifabkommen, das im Frühjahr mit der Gewerkschaft der Arzthelferinnen und Büroangestellten – HK – abgeschlossen wurde, zu halten. Deswegen wird gegen diese beiden Zahnärzte eine Blockade durchgeführt, was bedeutet, daß die Bevölkerung dazu aufgefordert wird, andere Ärzte aufzusuchen. Am 9.8. demonstrierten 250 Menschen in Sonderburg vor dem Ärztehaus für die Einhaltung des Tarifvertrages. Zur Information der Bevölkerung wurden Flugblätter auf deutsch und dänisch verteilt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg



Streikende Arzthelferinnen vor der Praxis

Schweden: Der Sozialstaat in Aktion

Trotz der fehlenden Kindertagesheimplätze will die Behörde die Kindertagesstätte Trondheimstraße 23 im Stockholmer Vorort Husby schließen.

Vor knapp einem Jahr grassierte im Heim eine Darmkrankheit und im gemeinsamen Bemühen um die Gesundheit der Kinder entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Erziehern und den Eltern. Gemeinsam wurden Forderungen an die Gemeindeverwaltung gestellt, damit diese die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheitsherde ergreift. Die Gemeinde ging auf diese Forderungen nicht ein. Sie vertrat den Standpunkt: die Sache renkt sich schon wieder ein. Unter diesen Umständen mußte das Erziehungspersonal bis zum Umfallen arbeiten.

Die Heimleiterin erklärte im letzten Frühjahr, daß sie nicht bereit sei, die Verantwortung für eine Situation zu übernehmen, die die Gemeindeverwaltung durch ihre Verweigerung der Hilfe indirekt verschuldet hatte. Daraufhin wurde die „Lösung" präsentiert: es wurde eine neue Heimleiterin eingesetzt.

Die neue Heimleiterin versuchte, ihre Vorstellungen von Zusammenarbeit zu verwirklichen: die Leitung befahl, die anderen sollten ausführen. Als das unter den Erziehern auf Empörung stieß, dachte sich die Behörde einen neuen Schlag aus: die Erzieher sollten eine Treueerklärung für die neue Heimleiterin unterschreiben. Anderenfalls sollten sie in andere Heime versetzt werden!

Was die Zusammenarbeit mit den Eltern betrifft, hat die neue, von den Behörden eingesetzte Heimleiterin auch ein „Konzept": *„Mischen Sie sich nicht in meine Arbeit ein!"* Als auch dies nicht half, gebar die Behörde den Plan, das Heim ganz zu schließen. Die Begründung gab Carl Dahlin, Chef der Sozialbehörde: *„Die Kinder fühlen sich nicht wohl, wenn die Erwachsenen sich nicht einig sind".*

Trotz Ferien fand am 21. Juli ein Treffen der Stockholmer Kindertagesheimgruppen statt. Es waren ca. 200 Eltern und Erzieher gekommen, die eine Resolution mit folgenden Forderungen verabschiedeten:

– Keine Schließung der Kindertagesstätte
– Volle Belegung des Heimes mit Kindern
– Keine Verlegungen von Kindern oder Personal.

Zur gleichen Zeit verhandelten Gewerkschaftsvertreter mit Behördenvertretern über die geplante Schließung. Bei diesen Gesprächen präsentierte die Behörde einen Kompromiß: Vier Erzieher sollten nicht übernommen werden, da angeblich nicht genug Kinder im Heim seien. Ein sattsam bekanntes sozialdemokratische Argument, auch in Hamburg nicht ohne Witz: „kein Bedarf".

Mal sehen, was sich die Spezialdemokraten als nächstes einfallen lassen. Die Auseinandersetzung ist noch nicht beendet. (Nach einem Bericht der Basisgruppe Kitas des KAF Stockholm, aus: Internationalen 30, 29.7.77).

Skandinavien-Kommission

Norwegen:
Bullen überfallen linke Zeitung

In der Nacht zum 8. August brach die norwegische Polizei in die Redaktionsräume der linken Zeitung „Ny Tid" in Oslo ein. Dies ist die Zeitung der „Sosialistik Venstreparti", die auch für die Wahlen im nächsten Monat kandidiert. Die Bullen hatten es bei diesem Einbruch auf eine Kartei mit 1.000 Namen von Spitzeln des norwegischen Geheimdienstes abgesehen, in deren Besitz die Zeitung gekommen war. Gleichzeitig wurde noch anderes Material beschlagnahmt. Im wesentlichen – so erklärten Redaktionsmitglieder von „Ny Tid" auf einer Pressekonferenz – handelt es sich um Dokumente über die Bespitzelung von linken norwegischen Organisationen durch den Geheimdienst.

Anlaß dieser Polizeiaktion waren die Enthüllungen der Zeitung über die norwegische Sicherheitspolizei und über den geheimen Nachrichtendienst. So erklärte der damalige Ministerpräsident Per Borten beim Jahrestreffen der Zentrumspartei, daß *„in den fünfziger und sechsziger Jahren die politischen Ansichten von gewissen norwegischen Bürgern von der Sicherheitspolizei registriert worden seien"* („Neue Zürcher Zeitung", 14./15. 8.77). Bestätigt wurde diese Aussage durch einen früheren Personalchef von Norsk Hydro, des größ-
den seien" („Neue Zürcher Zeitung", 14./15. 8.77). Bestätigt wurde diese Aussage durch einen früheren Personalchef von Norsk Hydro, des größ-
ten norwegischen Industrieunternehmens, der angab, daß die Informationen der Sicherheitspolizei an private und öffentliche Institutionen und Organisationen weitergeleitet und bei Personaleinstellungen verwandt wurden (ebenda). Bei den Personen soll es sich vor allem um mögliche Mitglieder und Sympathisanten der Kommunistischen Partei gehandelt haben.

Gegen den Bullenüberfall setzte in Norwegen ein Proteststurm ein, der sich auch gegen die illegale Behandlung von zwei Redakteuren richtete. Am Abend vor dem Einbruch hatte die Polizei Restaurants in Oslo nach einem Journalisten der Zeitung durchkämmt, der sich am nächsten Morgen freiwillig bei den Bullen meldete. Zwei Journalisten wurde die sofortige Verhaftung angedroht, wenn sie sich den Polizeiverhören entziehen sollten. Bei diesen Verhören wurde den beiden ein Rechtsanwalt verweigert!

Begründet wird dieser unglaubliche Vorgang von den Bullen damit, daß eine Veröffentlichung der Namensliste der Spitzel die Arbeit des Geheimdienstes in hohem Maße schädigen würde. In der Tat. Auf der Pressekonferenz haben Reaktionsmitglieder von „Ny Tid" jedoch erklärt, daß sie im Besitz von Kopien aller Unterlagen seien. Bleibt zu hoffen, daß das möglichst schnell an die Öffentlichkeit gelangt!
Kopien aller Unterlagen seien. Bleibt zu hoffen, daß das möglichst schnell an die Öffentlichkeit gelangt!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg und
Skandinavien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Wie sich die Bilder gleichen: englisches und norwegisches Faschistenplakat

Norwegen:
Faschisten schüren Rassismus

Die Faschisten der „Norsk Front" (Norwegische Front) traten in der letzten Zeit durch verschiedene Aktionen – wie z.B. einem Sprengstoffanschlag auf eine linke Buchhandlung – immer frecher auf.

Auf die internationale Zusammenarbeit der Faschisten deutet dabei hin, daß die norwegischen Nazis sich ihre Ideen aus England borgten (siehe Bild).

Im Nachbarland Schweden haben ähnliche Plakataktionen der Faschisten dazu geführt, daß verhetzte Jugendliche ausländische Kollegen mit Schlagstöcken überfallen haben. Der norwegische Reichsanwalt, auf diesen Zusammenhang hingewiesen, erklärte, daß die Justizbehörde nicht gegen diese Naziprovokationen eingreifen könnte, da es sich bei diesen Plakaten um „politische Karrikaturen" handeln würde.

Skandinavien-Kommission

Für die nationale Unabhängigkeit Islands
Reisebericht einer Genossin

Eine Genossin verbrachte ihren diesjährigen Urlaub in Island und führte dort Gespräche mit mehreren Vertretern isländischer linker Organisationen. Der folgende Bericht stützt sich auf Gespräche mit Vertretern der „Volksallianz", mit Frauen der Frauenorganisation „Raudsokkar", mit Vertretern der „Vereinigung der Stützpunktgegner", der trotzkistischen 4. Internationale und der sehr kleinen maoistischen Gruppe KSMLb.
Ein grundsätzliches Problem besteht bei diesem Bericht natürlich darin, daß es für uns mangels Kenntnis der isländischen Sprache nicht möglich ist, irgendwelche schriftlichen Quellen oder Belege heranzuziehen, sondern wir uns ausschließlich auf die Wiedergabe der z.T. in Englisch geführten Gespräche beschränken müssen. Allerdings war es möglich, die schriftliche Zusammenfassung des Gesprächs, das mit dem Vertreter der „Volksallianz" in Reykjavik geführt wurde, mit ihm zu vereinheitlichen.

Interessant an Island sind für uns vielleicht vor allem 2 Punkte:
Interessant an Island sind für uns vielleicht vor allem 2 Punkte:

Zum ersten: Island hat eine militärstrategisch wichtige Lage (von Island aus kann in Zusammenarbeit mit Norwegen der Zugang der Sowjetunion zum Atlantik verriegelt werden) und ist seit Gründung Mitglied der Nato. Dies allerdings als Land ohne eigenes Militär, was bereits verdeutlicht, daß Island in der Nato lediglich die Funktion eines festen Flugzeugträgers und Militärhafens gegen die Warschauer Paktstaaten hat. Seit Ende des zweiten Weltkrieges gibt es in Island eine antiimperialistische und antiamerikanische Massenbewegung, die für den Austritt Islands aus der Nato und den Abzug der amerikanischen Truppen kämpft.

Zum zweiten die Tatsache, daß es – bei Fehlen einer starken sozialdemokratischen Partei a la SPD eine relativ große linkssozialistische Partei, die „Allthithöbandalagit" (zu deutsch „Volksallianz") gibt, die ein antiimperialistisches, (naturgemäß) antiamerikanisches und in wirtschaftlichen Fragen nationalistisches Programm vertritt. Eine widersprüchliche Mischung politisch-ideologischer Positionen (mit wohl starken Sympathien für den Eurokommunismus), die typisch ist für Parteien kleiner imperialistisch ausgeplünderter Länder, die für die Unabhängigkeit ihres Landes vom Imperialismus eintreten, gleichzeitig aber auch die Interessen der meist schwach entwickelten einheimischen Wirtschaft vertreten.

Die „Volksallianz"

In Reykjavik sprach ich mit dem leitenden Journalisten der Tageszeitung „Thiothviljinn" („Volkswille") der „Volksallian", in der nördlich gelegenen Stadt Akureyri mit einem Vertreter der lokalen Wochenzeitung „Nordurland" („Nordland").

Der „Volkswille" kommt mit einer Auflage von 10.000 heraus. Die lokalen Gruppen der „Volksallianz" (VA) bringen außerdem Wochenzeitungen heraus. Die aktivste dieser Gruppen ist die im Nordosten Islands mit der Zeitung „Nordurland" mit einer Auflage von 2.000. Diese Auflagenhöhen müssen an einer Gesamtbevölkerung von 220.000 Menschen gemessen werden.

Zur Geschichte der VA: 1930 verließ der linke Flügel die in den 20iger Jahren gegründete Sozialdemokratische Partei und gründete die KP Islands.

Die KP war zwischen 30 und 38 sehr aktiv, nahm in den Kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit und den sinkenden Lebensstandard eine führende Rolle ein.

1938 löste sich die KP auf, bzw. gründete mit anderen kleinen Gruppen linker Sozialdemokraten die „Sozialistische Partei". Den Haupteinfluß in dieser „Sozialistischen Partei" übten weiterhin die Kommunisten aus.

Von 58 bis 68 ging die SP eine
übten weiterhin die Kommunisten aus.
Von 58 bis 68 ging die SP eine
Wahlkoalition mit anderen Sozialdemokraten und Nationalisten (die allein die nationale Unabhängigkeit ohne soziale Umwälzungen vertreten) ein, die 1968 dann zur Gründung der heutigen VA führte. Die „Sozialistsiche Partei" wurde aufgelöst. Viele junge Sozialisten in der Partei waren gegen diesen Schritt, da mit ihm ein weiteres Abrücken von marxistischen Positionen verbunden war, und verließen damals die Partei. Ein Teil von diesen Ausgetretenen organisierte sich eigenständig und orientierte sich später an der trotzkistischen 4. Internationale.

Entsprechend der Geschichte der VA ist die Partei ein Zusammenschluß von verschiedenen politischen Richtungen und Bewegungen. Das Spektrum reicht von ganz linken Positionen über sozialistische, trotzkistische, „kommunistische" (entsprechend der Linie der SU), euro„kommunistische" bis hin zu sozialdemokratischen und nationalistischen Vorstellungen.

Dies entspricht dem Charakter einer Partei, die es sich zum Ziel gemacht hat, in **erster Linie** für die Unabhängigkeit Islands zu kämpfen, gegen das Eindringen von ausländischem Kapital nach Island, gegen die Mitgliedschaft Islands in der Nato, gegen die US-amerikanischen Truppen und gegen Militärstützpunkte auf isländischem Boden.

Erst in **zweiter Linie** – so der Vertreter der Zeitung der VA – käme der Kampf für sozialistische Ziele.

Dies ergebe sich aus der Klassenstruktur der isländischen Gesellschaft: Es gebe nur eine schwache Bourgeoisie, überhaupt sei die Klassendifferenzierung zwischen Bourgeoisie und Proletariat im konkreten nicht so eindeutig wie in hoch entwickelten Industriestaaten: Das isländische Volk sei sehr klein und die Klassengruppen (Bauern, Fischer, Arbeiter, Kapitalisten usw.) seien sehr miteinander verbunden und verwoben. Die Arbeiter z.B. seien sehr gebildet. Das heiße aber nicht, daß die VA die marxsche Klassenanalyse über Bord werfen würde und auch nicht, daß es keinen Klassenkampf in Island gebe. Aber der Hauptangriff müsse gegen die internationalen Monopole geführt werden. Insofern kämpfe die VA für ein Programm zur nationalen Unabhängigkeit, dazu gehöre die Entwicklung eines isländischen Kapitalismus, die Entwicklung einer nationalen Fischindustrie, einer einheimischen Energieproduktion, der Kampf gegen die Importe, die Island abhängig machen usw. Importkontrollen seien in bestimmten Sektoren erforderlich.

Völlig „vergessen" scheint die Führung der VA dabei zu haben, daß das Eindringen des Imperialismus in Island mit wesentlicher Unterstützung der Konservativen geschieht.

Die Diskussion über solche Fragen beginne erst in der letzten Zeit,
schieht.
Die Diskussion über solche Fragen beginne erst in der letzten Zeit,
lange Zeit wurde nur über taktisch-pragmatische Probleme (z. B. die Wahlen, das Verhalten der VA in der Regierung) debattiert. Viele junge Leute hätten deshalb es auch vorgezogen, eigene linke Gruppen aufzumachen, statt in die VA einzutreten. Die Frage, ob sich die VA in ihrer Zeitung mit diesen kleineren linken Gruppen auseinandergesetzt, verneinte der Vertreter der VA mit der Begründung, das würde diese Gruppen nur aufwerten. Sie hätten nur Phrasen auf Lager und man sehe keinen Nutzen in einer Zusammenarbeit mit ihnen. In dieser Frage bezog der Genosse von „Nordurland" eine deutlich andere Position: Er meinte, man müsse mit den Gruppen links der VA auf jeden Fall zusammenarbeiten. Sie hätten eine gute Wirkung auf die Partei, sie hätten die Funktion einer „Bremse von links", da sie sehr darauf achten würden, was die Sozialdemokraten in der Partei machen.

Eine wichtige Auseinandersetzung, die die Partei an den Rand der Spaltung gebracht habe (so der Vertreter der „Nordurland"), war die Politik, die einer der beiden Minister der VA in der Mitte-Links-Regierung von 71 – 74 gemacht hat: Der Industrieminister der VA hatte Geheimverhandlungen mit dem US-Konzern Union Carbyde über Investitionsmöglichkeiten auf Island ausgeführt – und das bei dem ausdrücklich nationalistischen Wirtschaftsprogramm und dem Anspruch einer antiamerikanisch - antiimperialistischen Politik in Sachen Stützpunkte und ausländisches Kapital!

Die Bewegung gegen die US-Stützpunkte

Von Anfang an haben die Isländer es nicht widerstandslos hingenom-
Fortsetzung auf S.33

Fortsetzung von Seite 32

men, daß die USA seit 49 auf Island einen strategischen Stützpunkt ihrer imperialistischen Kriegsmaschine aufgebaut haben. Seit damals rührt der in breiten Teilen des isländischen Volkes tief verankerte Haß auf die Amis her und seit damals gab es immer wieder Demonstrationen und Kämpfe gegen die Stützpunkte und Truppenpräsenz.

Neuen Aufschwung erhielt die Bewegung Ende der 60iger/Anfang der 70iger Jahre durch die weltweite antiimperialistische Bewegung, durch den Sieg des vietnamesischen Volkes über den US-Imperialismus und



Reykjavik 1976: Massendemonstration gegen die US-Stützpunkte (Herinn Burt = Truppen raus).

durch die Politisierung der Jugend und Studenten an diesen Fragen. Die von 71 bis 74 amtierende Mitte-Links-Regierung, bestehend aus der „Progressiven Partei" (einer zwischen den Konservativen und Sozialdemokraten stehenden, in erster Linie von der bäuerlichen Bevölkerung gewählten Partei), einer kleinen sozialdemokratischen Partei und der „Volksallianz", hatte aufgrund der Massenbewegung gegen die US-Stützpunkte 74 mit den Amerikanern einen Vertrag ausgehandelt, der eine zeitliche Begrenzung der Truppenpräsenz vorsah. Im Gegensatz dazu organisierten konservative Kräfte (nach aller Wahrscheinlichkeit mit aktiver Unterstützung der amerikanischen Botschaft und deren CIA-Gangstern) bei gleichzeitig anlaufender Propagandakampagne unter dem Motto „Die Russen kommen!" eine Unterschriftensammlung, mit der der Verbleib der US-Basen gefordert wurde.

Sie sammelten 54.000 Unterschriften, das entspricht in etwa der Wählerschaft der Konservativen Partei, die ca. 40 % (in Gemeindewahlen bis zu 50 %) der Wählerschaft hinter sich hat.

Auch wenn in vielen Fällen Manipulation und auch offener Betrug bei der Unterschriftensammlung nachgewiesen werden konnte, wirkte sich dieses Ergebnis demoralisierend und lähmend auf die Bewegung gegen die Stützpunkte aus.

Die konservative Regierung, die 74 die „linke" Regierung ablöste, nahm diese „Abstimmung" dann auch als „Legitimation", mit den USA einen neuen unbegrenzten Vertrag über die Truppenpräsenz abzuschließen. Diese Tatsache stellte einen zusätzlichen Schock für die Bewegung dar.

'75 ergriffen Mitglieder der „Volksallianz", revolutionäre Linke, einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, und sogar der „Progressiven Partei" die Initiative zur Neubegründung der Bewegung, richteten wieder ein Büro ein usw. Es entstand eine Neubelebung der Bewegung, die 76 wieder zu der ersten größeren Demonstration (von ca. 15.000 Menschen) gegen die Stützpunkte führte.

Nach den Gesprächen, die wir in Island mit verschiedenen Genossen, die in der Bewegung tätig sind, führten, gewannen wir den Eindruck, daß die Bewegung sehr weitgehend demokratisch organisiert ist und außerdem ein für uns ungewohnt breites Spektrum an politischen Richtungen in sich vereint. Am Beispiel der Zeitung läßt sich das verdeutlichen: auf dem letzten Kongreß im Oktober '76 wurde eine Satzung verabschiedet, die festlegt, daß die Bewegung eine Zeitung mit dem Namen „Dagfari" herausgibt. Sie hat bei unregelmäßiger Erscheinungsweise eine Auflage von 30.000 (bei einer Bevölkerungszahl von 220.000 !!), sie wird verteilt, nicht verkauft, finanziert sich aus Spenden, die nach Aussagen eines Genossens sehr reichlich eingehen. Die Redaktion der Zeitung wird von mal zu mal vom gewählten ZK bestimmt und man hat sich ausdrücklich darauf geeinigt, daß die Redaktion keinerlei Zensur üben darf.

So enthält z.B. die Ausgabe von „Dagfari" vom 30. März dieses Jahres Artikel von sechs verschiedenen politischen Gruppierungen, in denen diese ihre unterschiedlichen Positionen zu den Fragen der Bewegung darstellen, friedlich nebeneinander. Diese sechs Gruppen sind: „Volksallianz", EIK-ML (MLer auf der Albanienlinie), KFI-ML (MLer auf der Hua-Linie), die Trotzkisten der 4. Internationale (Bruderorganisation der westdeutschen GIM), die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei (die Mutterpartei ist auf SPD- und Nato-Kurs!) und ein Vertreter der Konservativen Partei (!).

Das ZK, das laut Satzung aus zwölf Mitgliedern besteht, setzt sich politisch gegenwärtig wie folgt zusammen: fünf Mitglieder der „Volksallianz", ein Trotzkist, ein KFI-MLer, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ein Mitglied der derzeitig an der Regierung beteiligten „Progressiven Partei" und drei parteilose Sozialisten.

Mitglied in der Bewegung kann jeder nur individuell werden, keine Organisation. Bedingung ist die Anerkennung des Programms und das Aktivwerden für die Ziele der Bewegung. Es gibt kein Delegiertenprinzip. Am Jahreskongreß, auf dem das ZK gewählt wird, kann jedes Mitglied teilnehmen, auch abstimmen und wählen.

Die Kernsätze, die das Programm politisch definieren, sind folgende: *„Das Ziel dieser Vereinigung ist es, daß die Stützpunkte hier in diesem Land aufgehoben werden, Island aus der Nato austritt und keinem anderen Militärpakt beitritt. Alle die, die dies befürworten, dem Programm der Vereinigung zustimmen und bereit sind, das ihrige dazu beizutragen, daß dieses Ziel erreicht wird, können Vereinsmitglieder werden, ..."*

Frauenbewegung in Island
Manifest der »Rotstrümpfe«

Bei einem Urlaub im August hatte ich Gelegenheit, mit Frauen der isländischen Frauenorganisation „Raudsokkar" (zu deutsch „Rotstrümpfe") ein Gespräch zu führen. „Raudsokkar" war eine der Organisationen, die maßgeblich an der Organisation des Generalstreiks der isländischen Frauen (auch der Hausfrauen!) im Oktober '75 beteiligt waren (s. auch Nachdruck in „die Internationale" Nr. 21, Aug. '76).

An diesem Streik hatten sich fast 90% der Frauen Islands beteiligt, es hat einen Tag der Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen gegeben, die Männer waren gezwungen, die Kinder mit zur Arbeit zu nehmen usw.

Die politische Bandbreite des Streiks reichte von ganz links bis hin zum konservativen Frauenverband. Der Streik hatte entsprechend dieser Breite keine eindeutige gesellschaftspolitische Ausrichtung, sondern hatte angesetzt an den einfachen Erscheinungsformen von Frauenunterdrükkung.

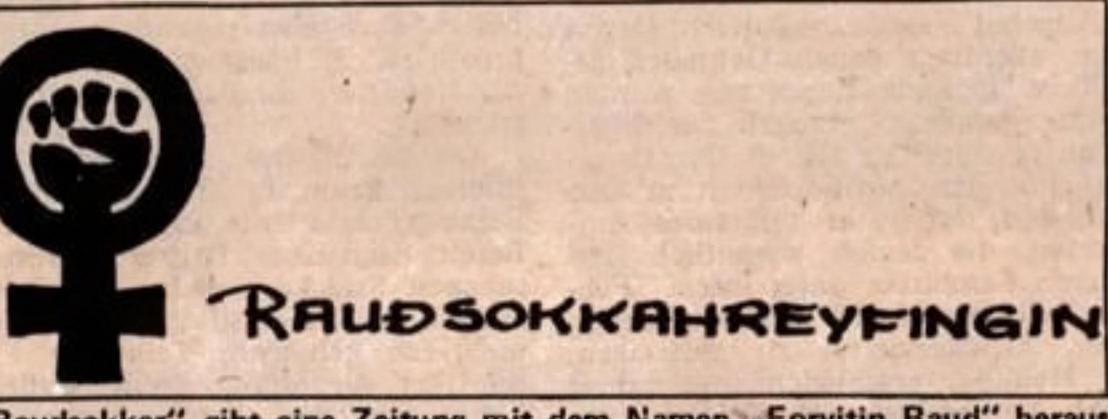
Vor allem seit diesem Streik wurde in „Raudsokkar" die Diskussion um die Ursachen von Frauenunterdrückung und auch um die Ziele von „Raudsokkar" geführt. Bis zu diesem Zeitpunkt war mehrheitlich die Auffassung vertreten worden, daß die wirklichen Ursachen der Frauenunterdrückung in einer „bestimmten Erziehungsweise" und in „seelischen Problemen der Frauen" begründet seien. Immer mehr aber setzte sich die Vorstellung von der gesellschaftspolitischen Ursache und Rolle der Frauenunterdrückung durch.

Die Festlegung von „Raudsokkar" auf eine klassenkämpferische Vorstellung von den Aufgaben der Frauenbewegung hat natürlich die Auseinandersetzung innerhalb der Organisation verschärft und auch zu einigen Austritten, vor allem von konservativen Frauen geführt. Gleichzeitig aber hat es die in „Raudsokkar" arbeitenden Frauen gefördert, sie aktiver gemacht. Vor allem die Orientierung auf die Arbeit in den Gewerkschaften hat die Reihen verbreitert.

Für mich sehr wichtig war die Erfahrung, wie bestürzt die „Raudsokkar"-Frauen reagierten, als ich von der Entwicklung breiter Teile der europäischen Frauenbewegung hin zu radikal-feministischen bis zu rassistisch-faschistoiden Positionen („Schwarze Botin") berichtete. Ähnliche Tendenzen gibt es in der isländischen Frauenbewegung gegenwärtig nicht, wie auch insgesamt in der isländischen Gesellschaft das politische Klima viel liberaler ist und es keine derartige antikommunistische Verhetzung a la BRD gibt.

Symptomatisch für die Position von „Raudsokkar" ist auch die Mitarbeit der Männer. Die Frauen halten dies für ganz selbstverständlich. Allerdings sind es (naturgemäß) noch sehr wenige.

Im folgenden drucken wir ein im November letzten Jahres verabschiedetes Manifest ab, in dem erstmals die mehr klassenkämpferische Perspektive festgehalten wurde.



„Raudsokkar" gibt eine Zeitung mit dem Namen „Forvitin Raud" heraus. Symbol der Organisation ist das Zeichen für das weibliche Geschlecht mit der geballten Faust. Die Zeitung enthält neben Artikel zur Lage der Frauen in Island z.B. Artikel zur VR China, zum Kampf des isländischen Volkes gegen die US-Stützpunkte oder auch zu Clara Zetkin.

Das Manifest der „Raudsokkar"

Der Kampf um die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ist Klassenkampf – und: es gibt keinen Klassenkampf ohne die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen!

Der Kampf um die Gleichberechtigung ist ein untrennbarer Teil des Klassenkampfes für eine neue Gesellschaft, in der die Ausbeutung und alle Formen von Unterdrückung abgeschafft sind und Gleichheit herrscht. In der Gesellschaft, in der wir leben, kann es keine wirkliche Gleichheit geben. Die Unterdrückung von Frauen ist eine doppelte: sowohl ökonomisch, als auch sexuell (als Anrecht von ganz wenigen Kindern.

gehörige des weiblichen Geschlechts). Sie ist Teil der grundlegenden Ungerechtigkeit, auf der unsere gesellschaftliche Struktur aufgebaut ist.

Die sozialen und ökonokischen Lebensbedingungen für Frauen machen es für sie unmöglich, eine gleiche Position wie Männer inne zu haben. Die Wurzeln dafür liegen in der Rolle, die die Frauen in der Familie spielen und gespielt haben. In der Arbeitswelt, im sozialen Bereich und in der Erziehung geht man davon aus, daß in jedem Heim eine Frau für die Familienmitglieder die Hausarbeit verrichtet. Kinder werden immer noch dazu erzogen, das Heim als Hauptarbeitsplatz der Frau anzusehen, trotz der Tatsache, daß viele Frauen allein für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt verdienen und beinahe 60% der verheirateten Frauen (1974) berufstätig sind. Die Übernahme der Aufgaben der Frau in der Familie durch den Staat (z.B. Kindergärten) ist nicht im selben Maße gewachsen, wie die Teilnahme der Frauen am Arbeitsleben.

Die Kindergärten sind ein Vor-Schulen mit Schichtunterricht ohne Mittagessen für die Kinder, setzen voraus, daß immer ein Erwachsener zu Hause ist, der die Kinder zwischendurch versorgt.

Dazu kommt, daß die Schule großen Anteil daran hat, veraltete Ideen über die Rollenteilung zwischen den Geschlechtern zu erhalten.

Die Berufsausbildung von Frauen ist kürzer und einseitiger. Die Frauen sind die größte Gruppe mit dem niedrigsten Lohn und ihre Arbeitsplätze sind ihnen weniger sicher. Sie werden gebraucht in der Hochkonjunktur, aber in der Krise nach Hause geschickt.

Dazu kommt, daß die Pflichten zu Hause und das schlechte Gewissen wegen der Kinder bewirken, daß sich die Frauen manchmal auf die Arbeit nicht konzentrieren können.

Diese doppelte Belastung, der viele Frauen ausgesetzt sind, und alte Vorurteile über die Natur und Rolle der Frau führen dazu, daß sie wenig am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen. Während der Schwangerschaft und Geburt und auch später, wenn die Gesellschaft nicht dafür sorgt, daß die Kinder gut aufwachsen können, wird die Mutterrolle gegen die Frauen gewendet.

Die Gesellschaft erfüllt nicht ihre Pflicht, die Menschen über sexuelle Fragen zu informieren und fördert eine doppelte Moral.

Ungenügende Kenntnisse führen zu ungeplanten und vorzeitigen Schwangerschaften und die Frauen haben nicht das Grundrecht, selbst zu bestimmen, ob und wann sie Kinder haben wollen.

Die Raudsokkarbewegung sieht es als ihre Aufgabe an, zu kämpfen:

- *für eine neue Gesellschaft der Gleichheit und Freiheit*
- *gegen Unterdrückung und gegen alle Art von Angriffen auf das Volk*
- *dafür, mit den Gewerkschaften und anderen zusammen für die gemeinsamen Ziele zu kämpfen*
- *gegen die Diskriminierung von Menschen ihres Geschlechtes wegen*
- *dafür, das Selbstbewußtsein, die gesellschaftliche Reife und Kampfbereitschaft von Frauen zu fördern*
- *dafür, den Kampf der Frauen in aller Welt gegen Unterdrückung und Rückständigkeit zu unterstützen*
- *für die Ausweitung von Einrichtungen für ein gemeinschaftliches Leben.*

Die Raudsokkarbewegung kämpft für die volle Gleichheit der Geschlechter in allen Sphären der Gesellschaft. Sie fordert Maßnahmen, die die Gleichheit unterstützen und macht es sich zur Aufgabe, hierfür eine Massenbewegung zu gewinnen:

- *Für einen Lohn, der bei einem Achtstundentag ausreicht, um davon zu leben*
- *Vollbeschäftigung für alle*
- *Beschäftigungsgarantie für alle* (auch für den Fall, daß keine Arbeit da ist, s.o. – Anm. AK)
- *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*
- *Gleiches Recht für alle Arbeiter*
- *Gleiches Recht in der Ausbildung*
- *Ein zusammenhängender Schultag und Kantinen in den Schulen*
- *Gute und kostenlose Kindergärten für alle Kinder*
- *6 Monate Schwangerschaftsurlaub für alle Frauen*
- *Sexualunterricht in den Schulen*
- *Kostenlose Verhütungsmittel*
- *Freie Abtreibung"*



Erste Konferenz der Eskimos

Vom 13. bis 18. Juni fand in Barrow/Kanada die erste Konferenz der Eskimos von Alaska, Kanada und Grönland statt, wo der Versuch gemacht wurde, eine gemeinsame Politik gegen die koloniale Unterdrückung der Eskimos (Inuit) zu entwickeln. Es wurde ein Komitee mit Vertretern aller drei Volksstämme gewählt.

In dem Aufruf zur Komiteebildung heißt es, daß *„Inuit ein Volk mit gemeinsamer Sprache, Kultur, Umwelt und Land ist, das nur durch die Grenzen gewisser Nationalstaaten getrennt wird"*. Ziel der Komiteearbeit ist es, *„unser Recht auf Selbstbestimmung zu manifestieren und unsere Interessen auf internationaler Ebene wahrzunehmen und zu beschützen"*. Im einzelnen wurden folgende Aufgaben festgelegt:

- Verteidigung der Ressourcen in der Heimat Inuits
- Schutz und Weiterentwicklung von Inuits Sprache und Kultur
- Entwicklung und Verbesserung von den Transportsystemen im Heimatland Inuit
- Anhörung und Teilnahme von Inuit in allen sie betreffenden Angelegenheiten
- Entwicklung eines Verwaltungssystems für das Wild in Inuit
- Entwicklung eines gegenseitigen Erfahrungsaustausches auf allen Gebieten zur Verbesserung der Lebensbedingungen
- Entwicklung einer arktischen Politik
- Schaffung von wirtschaftlichen Grundlagen, die diese Arbeit einer internationalen Inuit-Organisation möglich macht.

Der Inuit-Kongreß wandte sich an die dänische Regierung mit der Aufforderung, das Recht des grönländischen Volkes auf seine Naturvorkommen anzuerkennen und verabschiedete bei nur drei Gegenstimmen, die von den Vertretern der proimperialistischen Attasut-Bewegung Grönlands kamen, eine Resolution mit folgendem Wortlaut: *„Weil die gesamte Inuit-Gesellschaft um ihre Landforderungen kämpft – in einer Zeit, wo verstärkt versucht wird, Rohstoffe in der Arktis zu finden – und weil die grönländische Hjemmestyrebewegung* (hjemmestyre – nationale Unabhängigkeit) *eine der wichtigsten Bestandteile unserer Inuit-Bewegung ist ... und weil wir ein Recht auf Verfügung über die Oberfläche und den Untergrund Grönlands haben... haben wir beschlossen, daß alle Delegierten der ersten Inuit-Konferenz die dänische Regierung dazu auffordern, die Forderungen der grönländischen Inuit nach Verfügungsgewalt über ihr Land anzuerkennen"* (nach „Grönlands Posten").

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

England

4.000 Antifaschisten stoppen Nazi-Marsch

London. Am 13. August verhinderten über 4.000 Antifaschisten durch ihr militantes Auftreten, daß die faschistische „National Front" („NF") unter rassistischen Parolen durch den Südlondoner Stadtteil Lewisham, in dem besonders viele Schwarze wohnen, marschieren konnte.

4.000 Bullen, etwa ein Viertel der Londoner „Ordnungshüter" reichten nicht aus, um die Faschisten zu schützen.

Um den Marsch der Faschisten hatte es bereits vorher heftige Auseinandersetzungen gegeben. In provokatorischer Absicht hatten die Faschisten ihre Demonstration an einen Ort gelegt, an dem vor kurzem die „Socialist Worker Party" (SWP) aus Protest gegen den Polizeiterror gegen schwarze Jugendliche eine Kundgebung veranstaltet hatte. Ausgerechnet hier wollte die NF gegen die schwarze Bevölkerung demonstrieren, deretwegen sich angeblich abends kein Engländer mehr auf die Straße wagen könne!

Als die Linken zu einer Gegendemonstration mobilisierten, forderten „wegen der zu erwartenden Zusammenstöße" die Bezirksverwaltung, linke Labourabgeordnete und Kirchenvertreter ein Demonstrationsverbot für die NF. Dieses wurde vom Polizeipräsidenten mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Linken ja jederzeit durch die Ankündigung einer Gegendemonstration die NF am Auftreten hindern könnten; außerdem könnte die Polizei die Lage sehr wohl unter Kontrolle halten.

Tatsächlich hatte die Polizei es darauf angelegt, bei dieser Gelegenheit brutal gegen die Linke vorzugehen und dabei neue Ausrüstungen (zum ersten Mal Schutzschilde und Helme, was es bislang bei der englischen Polizei nicht gab) einzusetzen.

Unter der örtlichen Bevölkerung wurde mit Panikmache gearbeitet, z.B. wurden ältere Menschen von Sozialarbeitern aufgesucht mit dem „Angebot", sie zu evakuieren! Davon hat allerdings keiner Gebrauch gemacht. In Radio-Reportagen wurden sogar Parallelen gezogen zur Situation in den 30er Jahren. Damals gelang es den Antifaschisten in Ost-London durch ihr militantes Auftreten, die damals wesentlich stärkeren Faschisten unter ihrem „Führer" Oswald Mosley aus den Straßen der Arbeiterviertel zu vertreiben.

Meinungsverschiedenheiten unter den Antifaschisten in der Frage der Militanz hatten dazu geführt, daß es schließlich zu zwei Demonstrationen kam. Das von Sozialdemokraten, Liberalen, Revisionisten und Kirchenleuten dominierte „Komittee gegen Rassismus und Faschismus" (ALCARAF) hatte eine Demonstration für den Vormittag angesetzt, um *„jede Konfrontation zu vermeiden"*! An der Spitze marschierten immerhin der örtliche Bischoff Stockwood und der Bezirksbürgermeister.

Von den Teilnehmern dieser, mehrere Tausend Menschen starke Demonstration, gingen anschließend viele zur militanten Demonstration, an deren Mobilisierung die SWP großen Anteil hatte und an der sich sehr viele Schwarze beteiligten. Diese Demonstranten beschränkten sich nicht auf Sprechchöre, sondern hatten auch überzeugendere „Argumente" – z.B. Flaschen und Steine – zur Hand, um die Faschisten zu vertreiben.

Die NF, die trotz nationaler Mobilisierung kaum 1.000 Leute auf die Beine gebracht hatte, kam nicht weit. Bereits nach einem Drittel der vorgesehenen Strecke, brachen sie ihren Marsch ab. Den Antifaschisten war es mehrfach gelungen, Teile der Faschisten, die durch breite Bullenketten vor den Antifaschisten geschützt wurden, vom Zug abzusprengen. Die Bullen hatten Schwierigkeiten, für den Vormarsch zu sorgen.

Es kam zu einer regelrechten Straßenschlacht, die fast vier Stunden dauerte. Die Bullen nahmen mit organisierten Greiftrupps über 200 Antifaschisten fest. Etwa ebensoviele Strafverfahren wurden bereits eröffnet.

Der Haß auf die Bullen führte dazu, daß diese sicherlich nicht mit Samthandschuhen angefaßt wurden. Die bürgerliche Presse stimmte natürlich sofort ein Geheul über die „gewalttätigen Extremisten" an. Als Beweis mußten zwei Küchenmesser herhalten.

Die breite Teilnahme von sozialdemokratischen und liberalen Kreisen an den Protestaktionen gegen die NF machte es allerdings nicht leicht, die Demonstranten als „Terroristen" zu isolieren. So wird auch nachträglich das Verhalten der Polizei von liberaler Seite kritisiert, allerdings mehr mit der Stoßrichtung, man hätte gleich den Faschistenmarsch verbieten sollen, dann wäre es nicht zu „Ausschreitungen" gekommen. Die Breite der Aktion, ihre Militanz und die Tatsache, daß es maßgeblich Linke waren, die den antifaschistischen Protest aus den zugelassenen Bahnen herausgelenkt und radikalisiert haben – das liegt allen bürgerlichen Parteien ziemlich im Magen. Die Linke hat gezeigt, daß sie derzeit in der Lage ist, sich gegen faschistische Provokationen zu wehren.

England-Kommission



Ein Greiftrupp der Bullen führt einen Antifaschisten ab

Berichtigung
Falsche Resolution abgedruckt

Leider ist uns in der letzten Ausgabe des AK, im Artikel zum Kongreß der „Socialist Worker Party" (SWP) ein Fehler unterlaufen: wir druckten eine Resolution zum Vorgehen von SWP bei Parlamentswahlen ab, die mehrheitlich von den Delegierten abgelehnt worden war. Stattdessen war eine andere Resolution angenommen worden, die wir hier im Wortlaut zitieren:

„*1. Für die meisten Einheiten der Partei werden Wahlaktivitäten kein bedeutendes Arbeitsfeld sein, außer für ein paar Wochen im Fall einer Neuwahl zum Unterhaus im nächsten Jahr.*

Das Eingreifen in Neuwahlen (oder geeignete Nachwahlen) ist eine nützliche Ergänzung für die Hauptgebiete unserer Aktivität, aber nicht mehr.

2. Unsere Kandidatur dient dem Parteiaufbau mit dem Ziel der Rechtfertigung und der Propagierung unserer Ideen für jene Minderheit der Arbeiter, die in diesem Stadium bereits empfänglich für unsere Kritik an der Labour-Partei und den TUC-Bossen (TUC – Britischer Gewerkschaftsdachverband – Anm. AK) *ist. Wir werden eine standhafte antifaschistische Kampagne starten. Wir werden keine Wahlblocks oder Bündnisse mit anderen Organisationen eingehen, am wenigsten mit solchen, die keine Basis in der Arbeiterklasse haben.*

3. Dort, wo wir nicht kandidieren, nehmen wir eine taktisch flexible Haltung hinsichtlich der Stimmenabgabe für Kandidaten anderer Parteien ein. Wir werden für diese keine Kampagne machen. Je nach den Umständen wird es wohl nützlich sein, der kommunistischen Partei (der revisionistischen CP – Anm. AK) *ein Wahlabkommen (keine gemeinsame Plattform) anzubieten.*

4. Wir werden die Ergebnisse der Regierungspolitik scharf angreifen, die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären sozialistischen Partei (der Socialist Worker Party) betonen und zur Stimmabgabe für Labour nur als Stimme gegen die Tories, Faschisten, Nationalisten etc. aufrufen (dort, wo wir nicht kandidieren). Wir werden dort nicht zur Unterstützung der Labour Party, besonders nicht der Labour Rechten, aufrufen, wo es linkere Kandidaten gibt und werden unsere Mitglieder auffordern, diese zu wählen. Unsere Kampagne gilt allerdings der SWP."

England-Kommission

Festival zur Unterstützung des Lagers in Larzac

London. Am 5.8.77 fand in London eine Veranstaltung zur Unterstützung des Lagers in Larzac/Frankreich (siehe AK 109) statt, zu der eine „Gesellschaft für ein republikanisches Spanien" aufgerufen hatte. 500 Menschen (eine relativ hohe Zahl im Vergleich zu ähnlichen Anlässen), überwiegend Spanier, waren erschienen.

Neben einem ausgezeichneten kulturellen Programm wurden Solidaritätsadressen zum Kampf der Genossen in Lateinamerika, Persien, Palästina und Spanien verabschiedet.

Ein spontaner Einfall zweier KB-Genossen, die ihren Urlaub in London verbrachten und die Veranstaltung besuchten, lohnte sich: sie bauten im Foyer einen kleinen Tisch auf und informierten über den Kampf gegen AKWs in der BRD, was auf großes Interesse stieß. So konnten mehr als zehn AKs, sechs AKW-Broschüren, eine Reihe von Plakaten und Plaketten verkauft werden.

Zwei Genossen, die als Touristen in England sind

Grunwick: Gewerkschaftsführung bläst Massenkundgebung ab

Im 12 Monate dauernden Streik der Grunwick Arbeiter und insbesondere der Arbeiterinnen für ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung (siehe AK-Berichterstattung), sollte am 8.8.77 eine erneute Massenkundgebung stattfinden, zu der wieder über 20.000 Menschen, Arbeiterdelegationen aus ganz Britannien erwartet wurden.

Die Gewerkschaftführung der APEX hatte schon seit längerem gegen die Kundgebung polemisiert und sie schließlich am 5.8.77 endgültig abgeblasen! Offizielle Begründung: die „Neutralität" des Berichtes des „Scarman-Untersuchungsausschusses" (eine Spezialität des britischen Systems, brennende Fragen mittels „neutralen Untersuchungsausschüssen" auf die lange Bank zu schieben und zu entschärfen!) dürfe nicht gefährdet werden...

Tatsache ist jedoch, daß die Gewerkschaftsführung wohl zu Recht befürchtet, daß ihnen der Kampf der Grunwick Arbeiter(innen) aus den Händen gleitet. Es geht für sie und für das ganze kapitalistische System schon lange nicht mehr ausschließlich darum, die Streikbrecherbusse durch die Fabriktore hindurchzuschleusen, sondern ein Exempel zu statuieren und zu zeigen, wer letztlich doch den längeren Arm hat.

Tatsache ist auch, daß die Gewerkschaftsführung (treu im Dienst ihrer Herrn!) die Streikenden massiv unter Druck setzte: Roy Grantham, Führer der APEX, drohte mit Streichung der Streikunterstützung, falls die Streikleitung die Kundgebung nicht abblasen würde! Und der stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft, Norman Stagg, nahm sich die Postler persönlich vor, nachdem diese beschlossen hatten, die Grunwick-Post in ganz London zu boykottieren! (Grunwick ist als Fotokopier- und Filmentwicklungsanstalt darauf angewiesen, seine Aufträge per Post zu bekommen).

Die revisionistische Communist Party (CP), die noch einige Tage vor dem 5.8. getönt hatte, daß der Sonderzug mit Arbeitern aus Liverpool schon ausgebucht sei, beugte sich natürlich dem Beschluß der Gewerkschaftsführung!

Dennoch waren immerhin ca. 2.000 Menschen, Gewerkschafter (Docker und Lehrer vor allem) und politische Gruppierungen (Junge Liberale, revolutionäre Gruppen, wie Big Flame, Socialist Worker Party, International Marxist Group [4. Internationale] etc) am Morgen des 8.8.77 zu einer drei Stunden dauernden Kundgebung von Grunwick erschienen. Die beiden Streikbrecherbusse konnten allerdings relativ ungehindert passieren

Das nächste Datum für die Streikenden von Grunwick: eine Konferenz des TUC (Gewerkschaftsdachverband) am 23.8. zum Grunwick-Streik. Nach den letzten Ereignissen dürfte allerdings klar sein, daß von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten ist.

England-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Faschistische Provokation in Birmingham

Am 16.8. kam es zu einer erneuten Provokation der Faschisten in Birmingham. Die „Nationale Front" führte eine Wahlveranstaltung in einem Wahlkreis durch, dessen Wähler zu 40–50 % Farbige Einwanderer sind. Ein Höchstmaß an rassistischer Hetze kennzeichnete die Kampagne der „NF". Daß es laut BBC nicht mehr als 100 Faschisten gelungen ist, die Veranstaltung zu besuchen, muß als Verdienst von mehr als 1.000 Antifaschisten betrachtet werden, die wahrscheinlich (Lt. „Guardian", 17.8.) auch John Tyndall, den Führer der Faschisten, am Betreten des Saals gehindert haben.

Daß die Veranstaltung überhaupt stattfand, lag wiederum am starken Polizeischutz für die Faschisten. Wie schon am Wochenende in London, verhalfen die Bullen mit z.T. brutalem Einsatz der faschistischen Hetze zur Verbreitung.

Dabei kam es zu mehreren Verhaftungen von Antifaschisten, u.a. wegen „unerlaubten Waffenbesitzes" (Milchflaschen, Coladosen!). Die Aktionen der Antifaschisten wurden in allen bürgerlichen Medien zum Anlaß für eine breite Hetze gegen fortschrittliche Demokraten genommen. Das Motto: Die Faschisten sind harmlose Irre, die Linken gefährliche Antidemokraten!

England-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



Nordirland: Ein ganz normaler Besuch der Queen?

Am 10. und 11. August besuchte die englische Königin anläßlich ihres Tronjubiläums Nordirland. War der ganze Zauber in England selber schon zynisch genug gegenüber den tatsächlichen Problemen der englischen Arbeiterklasse, muß der Besuch in Nordirland als reine Provokation gegenüber dem katholischen Bevölkerungsteil gewertet werden. Es sollte wieder einmal deutlich gemacht werden, wer der Herr bzw. die Frau im Hause ist und daß der englische Imperialismus, symbolisch vertreten durch die Königin, nicht bereit ist, auch nur einen Fußbreit aus Nordirland herauszugehen. Das wurde auch von der Königin selbst noch einmal bekräftigt, indem sie sagte: *„Ich kann nicht vergessen, daß ich als Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland gekrönt wurde"*.

Der Besuch führte zu einer bisher in der Geschichte Nordirlands beispiellosen Mobilisierung sämtlicher „Sicherheitskräfte". 32.000 Mann, Armee und Polizei, wurden aufgeboten, um die Sicherheit der Königing zu gewährleisten. Eine Woche vorher wurden von der britischen Regierung extra zu diesem Zweck noch zusätzlich 500 Soldaten einer Blitz-Einheit nach Belfast entsandt. Die gesamte Provinz Nordirlands war übersät von Kontrollpunkten der Armee. Jeder, der die Grenze passierte, wurde registriert. Im Umkreis von drei Meilen des Hillsborough-Schlosses, in dem die Königin am ersten Tag die erlauchten Gäste empfing, waren sämtliche Straßen abgesperrt, sogar die Autobahn. Schon Tage vorher konnte kein Mensch undurchsucht in die kleine Stadt gelangen, selbst einem Milchwagen wurde die Fahrt durch die Stadt verwehrt.

Taucher der Marine suchten das Hafengelände, in dem die königliche Jacht vor Anker ging, tagelang nach Minen ab. Armeehubschrauber kontrollierten alles aus der Luft. Natürlich machte das alles nicht Halt vor der Bevölkerung, insbesondere in den katholischen Stadtvierteln. Am 9. August, einen Tag vor dem Besuch, wurde auf offener Straße ein 16jähriger Junge von Soldaten erschossen. Angeblich hatte er mit Benzinbomben geworfen, sei dann zweimal gewarnt worden und als er darauf nicht ant-

Fortsetzung auf S.35

Fortsetzung von S.34

Ein ganz normaler Besuch der Queen?

wortete, hätten sie ihn erschossen. Ein Kinderleben für die Queen! Sowohl die Mutter, die Zeugin der Ermordung ihres Sohnes war als auch Passanten sagten aus, daß sie keine Warnung gehört hätten und der Junge auch nicht mit Benzinbomben geworfen habe. Lediglich hinterher sagte einer der Soldaten triumphierend: *„Wir haben ihn erwischt, den Scheißbastard"* („Guardian", 10.8.77). Als Rache für diesen feigen Mord wurde wenige Stunden später ein Soldat, der zu demselben Regiment gehörte, erschossen.

Das war dann Grund genug, in den Katholikenvierteln von Tür zu Tür zu ziehen, Hausdurchsuchungen durchzuführen und willkürlich Leute zu verhaften. Mit dieser neuen Verhaftungswelle stieg die Zahl der Verhafteten (Vorbeugehaft) auf 500 Personen.

„Wir werden ihr einen Tag bereiten, den sie nie vergessen wird..."

Das kündigte die Provisional Sinn Fein bereits mehrere Wochen vorher an. Zusammen mit anderen antiimperialistischen Kräften wollte sie Protestaktivitäten organisieren. Am 10. August fanden dann in Belfast und Derry Protestdemonstrationen von mehreren tausend Menschen unter der Parole „Königin des Todes" statt. Sowohl in Belfast als auch in Derry wurde die Demonstration von Soldaten brutal auseinandergetrieben. In Belfast gab es mehrere Verletzte und sieben neue Verhaftungen. Nachdem die Demonstration in Belfast auseinandergetrieben war, gingen die Auseinandersetzungen zwischen Armee und Demonstranten den ganzen Tag weiter. Überall in den katholischen Vierteln wurden Barrikaden aus umgestürzten und brennenden Autos gegen die Soldaten errichtet. Die Königin selber bekam von diesen Auseinandersetzungen jedoch leider nichts zu spüren. Sie sah Belfast überhaupt nur aus der Luft. In Erinnerung ihres letzten Nordirland-Besuches von 1966, als ihr bei einer Fahrt durch die Stadt ein Betonbrocken von einem Baugerüst auf ihren Rolls Royce flog und sie aus der am Straßenrand stehenden Menge mit Flaschen beworfen wurde, zog sie diesmal vor, mit dem Hubschrauber einzufliegen.

Trotz enormer „Sicherheitsvorkehrungen" war es einigen Spezialisten gelungen, zwei Bomben in die Universität Coleraine zu bringen. Die eine ging jedoch einige Tage vor dem Besuch hoch und die zweite wurde, bevor sie explodierte, gefunden. Eine dritte Bombendrohung am Tag des Besuches, mit der Aufforderung, die gesamte Universität zu räumen, erwies sich lediglich als Drohung. So konnte die Königin dann mit so erlauchten Gästen wie dem Faschisten Paisley, den „Friedensfrauen" Betty Williams und Mairead Corrigan ihr Jubiläum feiern und sich von strahlenden protestantischen Kindern Blumen in die Hand drücken lassen.

Die Königin konnte also zufrieden sein, was sie auch in ihrer Abschlußrede zum Ausdruck brachte: *„Welch ein Unterschied es ist zu dem, was viele Leute sich unter dem Leben hier vorstellen. Sie denken nur an eine in zwei Bevölkerungsgruppen geteilte und belagerte Stadt und ein Leben in Angst und ohne Hoffnung. Die Atmosphäre in dieser Halle hier heute zeigt, wie falsch diese Vorstellung ist (..) Jeder Besucher ist beeindruckt, daß das Leben hier ganz normal weitergeht."* Ja, wenn das „normal" sein soll, daß ein Junge auf offener Straße erschossen wird, daß 14.000 Mann britische Besatzertruppen im Land sind, daß Hunderte unschuldiger Menschen, die lediglich um ihre Rechte kämpfen, verhaftet, gefoltert und in Gefängnisse gesteckt werden, dann ist es wirklich höchste Zeit, die britische Besatzungsmacht aus dem Land zu schmeißen.

Daß allerdings solche Sicherheitsvorkehrungen notwendig sind, damit ein Staatsoberhaupt sich überhaupt in einem von ihr regierten Land aufhalten kann, sich darüber hinaus in Belfast noch nicht einmal auf der Straße blicken lassen kann, zeugt andererseits auch von der ungebrochenen Ablehnung der britischen Herrschaft in Nordirland.

Irlandkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Jeder Besucher ist beeindruckt ..."



... daß das Leben hier ganz normal weitergeht" (die Queen anläßlich ihres Besuches).

Niederlande

Lieferverbot für Passagierflugzeuge an die RSA



„Eßt keine Outspan-Orangen — preßt keinen Südafrikaner aus!" — Mit diesen und ähnlichen Plakaten und Aufklebern wird die niederländische Bevölkerung zum Boykott südafrikanischer Produkte aufgefordert

Das niederländische Komitee Südliches Afrika (KSA) forderte Wirtschaftsminister Lubbers und Außenminister Van der Stoel am 22.7. telegrafisch auf, der Flugzeugfirma Fokker für die geplante Lieferung eines Passagierflugzeuges an die „Republik" Südafrika keine Erlaubnis zu erteilen, da die Möglichkeit bestehe, daß das Flugzeug *„für den Transport südafrikanischer Truppen gebraucht wird"*.

Schon bei den Angriffen auf Angola waren RSA-Truppen in großem Umfang in zivilen Passagierflugzeugen an die angolanische Grenze gebracht worden, wie seinerzeit ein mee-gegenüber dem „Windhoek Advertiser" (21.11.75) recht freimütig zugab. Ein Sprecher der Luftfahrtgesellschaft (übrigens derselben, an die Fokker jetzt liefern will!) bestätigte das und fügte hinzu, daß der Truppentransport mit Zivilflugzeugen in der RSA eine ganz normale Sache sei („Rand Daily Mail", 21.11.75).

Fokker wollte den Handel in aller Stille durchziehen, hatte um die erforderliche Exporterlaubnis erst gar nicht nachgesucht (was von dem informierten Wirtschaftsminister geduldet wurde), hatte sich aber auch von vornherein gegenüber möglichen Protesten absichern wollen, indem der Verkauf der Maschine an Südafrika mit der „Auflage" verbunden wurde, diese dürfe nicht für „militärische Zwecke" eingesetzt werden. Mit der gleichen dumm-frechen „Auflage" hatte Fokker schon seine Maschinen an Portugal verkauft, was die portugiesischen Militärs bekanntlich nicht hinderte, die Flugzeuge in Angola einzusetzen.

Nachdem durch das Komitee der Handel an die Öffentlichkeit gebracht worden war und die demokratische Presse mehrfach darüber berichtete, wechselte Fokker die Taktik: Die Regierung solle entscheiden, da der beabsichtigte Verkauf durch den aufgekommenen Protest „politisch belastet" worden sei.

Mittlerweile nämlich hatten sich die sozialdemokratische Industriegewerkschaft (Industriebond NVV) und die Sozialdemokratische Partei (PvdA) ebenfalls gegen die Lieferung ausgesprochen, da diese eine Unterstützung des Apartheidregimes bedeute. Sogar die Christreaktion (CDA) begann sich von dem Handel zu distanzieren.

Die namibische Befreiungsbewegung SWAPO gab bekannt, daß sie die Lieferung des Flugzeuges an die RSA als „unfreundliche Handlung" ansehen würde — Länder und Betriebe, die weiterhin Beziehungen zum Apartheidsregime unterhalten, würden ihre zukünftigen Beziehungen zum namibischen Volk gefährden.

Der demissionierte Ministerpräsident Den Uyl erklärte nach einer Ministerratssitzung, daß keine Erlaubnis für das Fokker-Geschäft erteilt werden dürfe und der zuständige Aussenminister ließ am 10.8. wissen, daß er den Export nicht gestatten werde.

Dieser Beschluß ist von einiger Bedeutung: Zum ersten Male ist das südafrikanische Rassisten-Regime mit der Weigerung eines kapitalistischen Landes konfrontiert, eine Handelsware, die nicht dem Waffenembargo unterliegt, ein Passagierflugzeug, zu liefern. Im Prinzip bedeutet dieser Beschluß für den zukünftigen niederländischen Handel mit der RSA, daß — über das Waffenembargo hinaus — auch keine „zivilen" Güter mehr geliefert werden dürfen, die für militärische Zwecke eingesetzt werden könnten, und das können Lastwagen sein, elektronische Ausrüstungen u.a.m. — damit wären die Niederlande der erste kapitalistische Staat, der gegenüber der RSA möglicherweise einen nennenswerten Wirtschaftsboykott einleitet.

Ohne die positive Wirkung des Beschlusses herabmindern zu wollen: Die Annahme, daß die niederländische Regierung sich plötzlich zu „aufrechten Anti-Imperialisten" gemausert hat, wäre recht verwegen. Die niederländischen Obrigkeiten haben sich nur einmal mehr als die „geschickteren" Imperialistenvertreter erwiesen:. Ebenso wie Abgesandte von Befreiungsbewegungen, die hierzulande nicht einmal über die Grenze gelassen würden, in den Niederlanden hochoffiziell empfangen werden, ebenso wissen die „weiter blickenden" niederländischen Interessenvertreter des Imperialismus, auf welcher Seite vor allem in Zukunft das Brot gebuttert ist: Die Verluste aus einem Wirtschaftsboykott gegenüber der RSA wiegen leicht angesichts des „Marktes" in den jetzt und zukünftig unabhängigen Staaten, den das niederländische Kapital für sich zu erschließen hofft ...!

(Inf. nach „Volkskrant", 23.7.–10.8. und „Vrij Nederland", 20.8.).

Niederlande-Kommission

Prügellehrer raus!

Seit längerer Zeit bestehen Beschwerden gegen einen Utrechter Lehrer, der die Schüler schlägt und beleidigt. Zum Beginn des neuen Schuljahres rief der Elternrat der Maria-Schule die Eltern der 225 Schüler auf, die Schule zu besetzen, um den Prügellehrer an der Wiederaufnahme des Unterrichts zu hindern. Bevor es jedoch soweit kam zog der Lehrer es vor, zu kneifen und meldete sich krank.

Endgültig vertrieben ist er damit noch nicht, da das Unterrichtsministerium seine Entlassung aus dem Schuldienst bisher nicht aussprechen wollte. Die Eltern der Maria-Schule jedoch wollen den Prügel-Pädagogen ein für alle Mal aus dem Unterricht entfernt sehen und auch der Direktor sprach sich gegen die Wiederaufnahme des Lehrers aus, *„um die Ruhe an der Schule nicht zu stören"* (Nach „Volkskrant", 10.8.77).

Niederlande-Kommission

Atomwaffen raus aus den Niederlanden!

Der Interkirchliche Friedensrat (IKV), in dem neun Kirchen unterschiedlicher Konfession zusammenarbeiten, will in der Friedenswoche (18.–25.September) breitangelegte Aktionen durchführen, um die USA zu veranlassen, alle Atomwaffen aus den Niederlanden zu entfernen. Über die Bildung örtlicher Kerngruppen soll Druck auf die Politiker ausgeübt werden, um auf diese Weise demokratische Beschlüsse über dieses Problem zu erreichen.

Der IKV sieht sich zu seinem Vorhaben vor allem dadurch veranlaßt, daß in den letzten Jahren zwar über die Atomwaffen in den Niederlanden diskutiert worden sei, faktisch aber alles den Politikern und sogenannten Wissenschaftlern überlassen wurde (nach „Volkskrant", 12.8.77).

Niederlande-Kommission

Frankreich

50000 im Larzac

Seit sieben Jahren führen die 103 Landarbeiterfamilien vom Larzac einen beharrlichen Kampf gegen die Einrichtung eines Militärlagers auf ihrem Boden. Dieses Jahr riefen sie erneut zu einem Großtreffen am Wochenende vom 13./14. August auf.

„Ein Ziel dieses Treffens ist das Zusammenkommen all derjenigen, die für eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft gegen den kapitalistischen Staat und gegen eine Minderheit von Ausbeutern kämpfen, die uns immer mehr aufzwingen wollen:
- *unsere Enteignung im Namen des sogenannten „Gemeinnutzes",*
- *eine für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen gefährliche Atomenergiepolitik,*
- *eine europäische Landwirtschaftspolitik, die die südländischen Winzer und die als nicht-rentabel angesehene Landwirtschaft verurteilt,*
- *die Unterdrückung aller Ideen und Handlungen, die den etablierten Normen widersprechen.*

Nach Malville und nach Naussac, in Verbindung mit den kämpfenden Winzern in Südfrankreich soll dieses Treffen die Herausarbeitung unserer gemeinsamen Interessen ermöglichen. So wird auch dabei herauskommen, daß unsere Kämpfe nicht nur einen lokal begrenzten Widerstand zeigen, sondern daß wir eine starke Strömung im ganzen Land repräsentieren, die ihre Hoffnungen nicht auf Wahlzettel setzt"
(aus dem Aufruf der Larzac-Landarbeiter, zitiert nach „Rouge",12.August).

Zum Großtreffen riefen auch sämtliche linke Organisationen auf, sowie die PS, die sich aber peinlichst abseits hielt. So errichtete die PS ihren eigenen Camping-platz 10 Kilometer weiter vom eigentlichen Larzac-Zeltplatz, „um die PSler vor möglichen Provokationen zu schützen", wie es hieß.

Wie bei allen Großaktionen in diesem Sommer beteiligte sich die PCF wiederum nicht, und zwar diesmal mit der folgenden interessanten Begründung: „Wir bedauern den Vergleich zwischen dem Larzac-Problem und dem Problem der Atomenergie. Dieser Vergleich gibt der Regierung den Vorwand zu erneuten Provoka-
gleich zwischen dem Larzac-Problem und dem Problem der Atomenergie. Dieser Vergleich gibt der Regierung den Vorwand zu erneuten Provoka-
tionen und entartet auch den Kampf der Landarbeiter vom Larzac. Deshalb wird die PCF sich nicht an dieser Demonstration beteiligen" („Humanite", 10.August 77). Im Klartext: Erstens beteiligt sich die PCF an keiner Aktion, die sich auch gegen das Atomprogramm richtet. Zweitens sind überall, wo AKW-Gegner dabei sind, „Provokateure" am Werk. Diese Position ist nur die Konsequenz der Bejahung der Atomenergie durch die PCF. Letztendlich ist die gesamte Anti-AKW-Bewegung eine „Provokation" für die PCF.

Der Präfekt des Departement (Aveyron) hatte den Larzac-Komitees zwei Wochen vorher zugesichert, daß die Demonstration erlaubt bleiben würde, und er auch keinen Einsatzbefehl geben würde. Dies zum großen Kummer der Armee, die auf dem Militärlager „vorsichtshalber" bereits Einheiten von Fallschirmjägern und Fremdenlegionären stationiert hatte. Laut „Liberation" wollte die Armee liebend gerne ihren CRS-Kollegen von Malville nacheifern und äußerte sich verbittert über den pazifistischen Präfekten: *„Die französische Armee wird nicht mehr ernst genommen!"* („Liberation",10.August).

Am 13. August begann das Programm mit 5 großen Podiumsdikussionen:
- Larzac, Kampf der Landarbeiter und Winzer,
- Arbeiterkämpfe u.a. mit Delegationen von den besetzten Betrieben LIP und IMRO,
- Militarisierung der Gesellschaft und antimilitaristischer Kampf, unter der Beteiligung vieler Soldatenkomitees und antimilitaristischer Organisationen,
- Kernenergieprogramm und Ökologie,
- Okzitanien und Kampf von nationalen Minderheiten.

Diese Veranstaltungen wurden am Vormittag des 14.August fortgesetzt. Außerdem wurden noch ein Forum zur Frauenfrage und eines zur Antirepressions- und Solidaritätskampagne mit den Angeklagten von Malville eingerichtet. Nachmittags begann dann der 4 km lange Marsch bis zu einem Bauernhof innerhalb des Militärgeländes, der von den Geschossen der Armee zerstört worden ist.

Eine Kapelle spielte die Internationale; viele riefen *„Gardarem Lou Larzac"* (Okzitanisch: Wir werden Larzac behalten), oder *„Lip-Larzac-Malville - gleicher Kampf"*.

Der Marsch, der von Traktoren angeführt wurde, die sowohl von Landarbeitern aus anliegenden Departements als auch von Soldatenkomitee-Genossen gefahren wurden, wurde mit drei Kundgebungsbeiträgen abgeschlossen. Ein Genosse vom Soldatenkomitee sprach über die Arbeit innerhalb der bürgerlichen Armee und propagierte die Verbindung mit anderen Volkskämpfen. Ein weiterer Beitrag wurde von einer Frau aus einem örtlichen Larzac-Komitee gehalten. Sie richtete sich vor allem an die Frauen und Mütter und appellierte an sie nicht zuzulassen, daß ihre Söhne noch einmal als Kanonenfutter eingesetzt werden. Schließlich wurde in einem weitern Beitrag ebenfalls von einem örtlichen Larzac-Komitee auf die lange Geschichte des Widerstands der Larzac-Landarbeiter hingewiesen. Zumindest dieses Komitee ließ anklingen, daß man sich von einer Regierungsübernahme durch die „Union de la Gauche" bei den Wahlen im März 78 einige wesentliche Veränderungen versprechen würde. Dies wurde von den Demonstranten mit der Parole quttiert:
„Non,non,non au programme nucleaire civil au militaire avec Giscard, Marchais ou Mitterand"
(Nein zum Atomenergieprogramm, ob friedlich oder militärisch, ob mit Giscard, Marchais oder Mitterand).

Starke Unterstützung für Kalkar;

Starke Unterstützung für Kalkar;

Eine der meistbesuchten Podiumsdiskussionen war am Vorabend diejenige, die sich mit dem Anti-AKW-Kampf befaßte. Dort redeten nacheinander Vertreter von Anti-AKW-Gruppen, Arbeiter aus AKW-Betrieben, Wissenschaftler, Mitglieder von CFDT-Gewerkschaftssektionen, ein Vertreter der „Politischen Kommission" der Malville-Komitees sowie eine Genossin des KB.

In unserem Beitrag, der sich mit den Lehren von Brokdorf und Malville befaßte, wurden die Bedingungen des Erfolgs vom 19.Februar in Brokdorf dargestellt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, jetzt die politische Initiative zu behalten und die Kampagne gegen die Repression von Malville gemeinsam weiterzuentwickeln. Besonderer Beifall kam auf, als erklärt wurde, die Debatte Gewalt/Gewaltlosigkeit sei eine falsche bzw. künstliche Debatte. Denn nicht die Anti AKW-Bewegung wünsche die Gewalt oder habe militaristische Ambitionen, sondern die Gewalt gehe von der anderen Seite der Barrikade aus. Also müsse man sich auch schützen und verteidigen, wenn man dem Staatsapparat nicht zu leichten Siegen verhelfen wolle. Alles andere würde bedeuten, nachzugeben und keine Demonstrationen zum Bauplatz von AKW's mehr durchzuführen.

Weiter wurde erläutert, was es mit dem sogenannten „Moratorium" in der BRD auf sich hat - nämlich nichts (die Matthöfer-Äußerungen von einer möglichen „Denkpause" werden in der französischen Presse als großer Erfolg der westdeutschen Bewegung präsentiert). Der Beitrag endete mit einem Aufruf für die Demonstration am 24.9. zum Schnellen Brüter in Kalkar. Die westdeutschen Malville-Demonstranten seien froh darüber, daß die antideutsche Kampagne der französischen Reaktion ihr Ziel einer Spaltung der Anti-AKW-Bewegung nicht erreicht habe. Eine zahlreiche Beteiligung unserer französischen Freunde in Kalkar könne ein weiteres Mal dokumentieren, daß die Anti-AKW-Bewegung nicht bereit ist, den Bau von Atomkraftwerken in Frankreich, der Bundesrepublik oder anderswo tatenlos zuzusehen.

Bereits vor dem KB-Beitrag war als Ausdruck der internationalen Solidarität das „Wehrt-Euch"-Lied gemeinsam auf französisch und deutsch gesungen worden. Der Aufruf nach Kalkar wurde von sämtlichen folgenden Rednern wieder aufgenommen und verschiedene Anti-AKW-Gruppen und fortschrittliche Zeitungen meldeten sich, die für Kalkar aufrufen werden oder bereits aufgerufen haben.

Am nächsten Tag fand u. a. ein Diskussionsforum zur Frage der Wahlen im März 78 statt, an dem auch der „Ökologie-Experte" Brice Lalonde teilnahm. Die größte Übereinstimmung herrschte naturgemäß bei der Verurteilung der Parteien der „Union de la Gauche", insbesondere der PCF. Bei der Einschätzung der PS ging es schon differenzierter zu, aufgrund der letzten Manöver und des etwas „flexibleren" Verhaltens der Sozialdemokraten gegnüber der Anti-AKW-Bewegung. So hat die PS nicht nur ein Referendum zur Atomenergie vorgeschlagen, sondern sich auch im Gegensatz zur PCF mit den Angeklagten von Malville „solidarisch" erklärt. Ebenso hatte die PS auch zum letzten Larsac-Treffen aufgerufen. Diese geschickte Taktik der PS, mit der sie sich für die Wahlen profilieren will, provoziert naturgemäß Illusionen.

Was Brice Lalonde betrifft, so hielt er zunächst Beiträge zur Abgrenzung von den Linken überhaupt (natürlich immer mit dem Hinweis: „Ich interessiere mich überhaupt nicht für Politik!"), um weiter zu erklären, daß er wie bereits bei den letzten Kommunalwahlen für die Aufstellung von „Ökologie-Listen" sei. Daß dies als Konkurrenzunternehmen gegnüber revolutionären
letzten Kommunalwahlen für die Aufstellung von „Ökologie-Listen" sei. Daß dies als Konkurrenzunternehmen gegnüber revolutionären
Listen gedacht ist, ist bei ihm klar.

Wie aus „Liberation" vom 18.8. zu entnehmen ist, fängt das Wahlgemauschel der Lalonde-Freunde schon an: Sie hielten in der Nähe von Larsac ein strikt geheimes Treffen ab unter dem Namen „Ökologie 78".

Frankreich-Kommission

7 Jahre Widerstand

Im Oktober 1971 begann der Kampf der 103 Landarbeiter-Familien auf der Larzac-Ebene gegen die Einrichtung eines Militärübungslagers.

Die Vorhaben der Armee waren groß: 16 800 ha Land wollten sie haben, und 107 Landarbeiter vertreiben. Begründet wurde dies mit der „Unrentabilität" dieser Region. Trotz der Tatsache, daß seit 1965 die Landarbeiter sich in Genossenschaften organisiert hatten, neue moderne Schäfereien errichtet hatten usw.

Zu Ostern 1972 wird der „Eid der 103" geschworen, den Boden nicht an die französische Armee zu verkaufen und nicht wegzugehen. Gleich danach begannen die Larzac-Arbeiter mit einer der vielen phantasievollen Aktionen, wofür sie berühmt sind:

Um auf ihr Problem aufmerksam zu machen, trieben sie 60 Schafe unter den Pariser Eifelturm. Im gleichen Jahr organisieren sie eine Traktoren-Demonstration vom Larzac bis nach Paris. In Orleans wurden sie von der CRS gestoppt. Nachdem sie trotzdem ihren Marsch fortsetzen konnten, gehen sie 1973 daran, sich neu zu organisieren. Viele Formen des „zivilen Ungehorsams" werden entwickelt: z.B. haben 50 von ihnen ihr Armee-Buch zurückgeschickt (insgesamt haben dies inzwischen 800 Wehrpflichtige in Frankreich gemacht).

1973 wird das erste große Treffen durchgeführt, das ganz unter dem Eindruck der Gemeinsamkeit LIP-Larzac stattfindet. Damals hatten die LIP-Arbeiter ihren bis heute andauernden Kampf gerade begonnen, mit allen neuen Erfahrungen für den damaligen Stand der französischen Arbeiterbewegung wie Selbstentlohnung, Weiterführung der Produktion unter eigener Regie usw. 1973 beteiligten sich 100 000 an diesem Großtreffen. Genauso viele waren es 1974, wo das Treffen mit dem symbolischen Pflügen eines Teils des Militärgeländes abgeschlossen wurde.

Durch den Aufbau einer eigenen Gesellschaft gehen die Larzac-Landarbeiter daran, den Boden, den die Armee schon gekauft hat, zurückzukaufen. So beziehen 1974 vor der Nase einer Soldatengruppe zwei Familien einen Bauernhof auf dem frisch zurückgekauften Teil des Militärlagers.

Zu Ostern 1975 wird eine Koordination von 70 Komitees aus der Region gegründet sowie eine Volkshochschule „Larzac-Universität" im Herz des Militärlagers selbst errichtet. Während des großen „Demoralisierungsversuchs der Armee" 1975/76 verteilen die Larzac-Landarbeiter auf dem Pariser Ost-Bahnhof (Abfahrts- und Ankunftsbahnhof der meisten Soldaten) antimilitaristische Flugblätter. Im Juni 1976 überfällt das sogenannte „Kommando der 22" ein Militäbüro und verbrennt dort alle Unterlagen über die geplante Vertreibung der 103 Familien.

Daraufhin wird ihnen im Schnellverfahren der Prozeß gemacht, nach dem „loi anti-casseurs", dem gleichen Gesetz, nach dem die Angeklgten von Malville verurteilt wurden. Zwar werden 17 Gefängnisstrafen ohne Bewährung ausgesprochen, aber noch am Tag nach der Urteilsverkündung werden alle Verurteilten aufgrund massiver Proteste wieder freigelassen. Bis heute hat die Armee von den geplanten 16 000 ha Land nur 4250 ha erwerben können. Ein schöner Erfolg!!



Informationsstände von OCT und KB beim Larzac-Treffen


Larzac-Marsch 1977

Naussac und Flamanville: Die falschen Lehren aus Malville

Ein gewisser Gradmesser für die Situation nach Malville bei Teilen der franzöischen Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung waren die beiden Großaktionen gegen den geplanten Staudamm der EDF (Nationale Elektrizitätsgesellschaft) am 6.8. in Naussac an der Loire und gegen das geplante AKW in Flamanville (Normandie) am 13.8.

Beide Aktionen waren von Kräften organisiert, die Gewaltfreiheit und Legalität in jedem Fall forderten, und versammelten auch auf Seiten der Teilnehmer überwiegend den reformistischen Teil der Bewegung.

In **Naussac** entsteht seit einigen Monaten ein Staudamm, durch den das zur Kühlung der an der Loire geplanten AKWs notwendige Wasser gesammelt werden soll.

1.000 Hektar erstklassigen Weidelandes sowie drei kleine Dörfer sollen dabei draufgehen. Die Organisierung der Aktion, die es in ähnlicher Form bereits im letzten Jahr gegeben hatte, lag in den Händen des „Komitees zur Verteidigung von Naussac", unterstützt von zehn Ratsversammlungen der Umgebung, den Larzac- und Malville–komitees und der CFDT, die in Malville mit der Warnung vor „Provokationen" vorher ausgestiegen war. Die PCF – die überall nur noch „Provokateure" am Werk sieht – hatte auch diesmal wieder ihre Ablehnung der Demonstration erklärt:

„Der Versuch, einige Tage nach den Auseinandersetzungen in Malville mehrere Tausende Menschen zu versammeln,ohne reale Kontrollmöglichkeiten und ohne wirksamen Ordnerdienst, war gefährlich und schädlich ... Diese klare und verantwortungsbewußte Position hat die Kommunisten zur Nichtbeteiligung an dieser Demonstration bewogen. Dort sind alle Elemente für eine Provokation wieder gegeben" („Humanite", 8. August 1977).

Hinter dieser Ruhe-und Ordnung Position verbirgt sich in Wirklichkeit die Befürwortung des Staudamms durch die „Eurokommunisten": *„Der Bau des Staudamms ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, der keiner ernsthaft widersprechen kann"*(Erklärung der PCF-Föderation des Departement der Lozere).

Auch in Naussac schürte die bürgerliche Presse die noch frische Hetze gegen die „deutschen Kommandos". Autos ausländischer Demonstranten wurden gefilzt, die Bullen machten zahlreiche Personalien-Kontrollen. Das Polizeiaufgebot war 2.000 Mann stark, jeder Versuch einer Bauplatzbesetzung sollte, laut höherer Anweisung, unnachgiebig verhindert werden.

Die Hetze der bürgerlichen Presse vor und nach Malville hat leider bei den örtlichen Naussac-Komitees Früchte getragen. So wurde bereits vorher erklärt: *„Jeder Akt der Gewalt, der unseren Kampf diskreditieren würde, kann nur das Werk von Provokateuren sein"* („Le Monde", 7.8. 77).

Die 5.000 Demonstraten mußten sich darüberhinaus auch noch von einem Fürsten der örtlichen Naussac-Komitees anmachen lassen: *„Hier sind es die Bauern, die den Kampf organisieren und anführen. Wir kämpfen das ganze Jahr. Die, die nach nach Naussac kommen, um hier an zwei Tagen alles kaputt zu machen, werden hier nicht das Sagen haben"* (zit. nach „Le Matin", PS-Zeitung, vom 8.August).

Diese demagogischen Sprüche wurden nur von einer Minderheit der Demonstranten mit Pfiffen und der Parole *„Wir sind alle deutsche Anti-AKWler"* beantwortet.

Dem Wunsch nach einer möglichst „sittsamen" Aktion entsprach schließlich auch, daß die Demonstration nicht in Richtung Staudamm lief, sondern vom Staudamm weg.

Eingeleitet wurde das Ganze mit einem „Gottesdienst" gegen 10 Uhr und beendet gegen 17 Uhr. Ca. 100 Demonstranten, die mit diesem Totlaufen nicht einverstanden waren, begannen gegen 21 Uhr mit einem „sit-in" vor dem Bauplatzgelände, das von einer massiven Polizeikette beschützt war.

Diese Aktion, die gegen die lokalen Komitees und ihren Ordnerdienst durchgesetzt worden war, löste sich nach kurzer Zeit wieder auf, nachdem ein Eingreifen der CRS zu befürchten war.

Da von den Organisatoren kein Wort zu Malville und zu dem am gleichen Tag laufenden Prozeß in Bourgoin zu hören war, erübrigt sich zu erwähnen.

Ähnlich verlief am folgenden Wochenende, dem 13. August, das Anti-AKW-Fest in **Flamanville**, die Teilnehmerzahl (zwischen 2.000 und 3.000) blieb hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück.

Diskussionen Vorträge und Kulturelles standen auf dem Programm. „Wir haben niemals die Absicht gehabt,eine offensive Demonstration zum Bauplatz zu machen ...", erklärten die Organisatoren vom regionalen Verband der Anti-AKW-Gruppen CRILAN (regionales Informations- und Anti-AKW-Kampfkomitee).

Auf dem Fest wurde nicht nur über das für 1984 geplante AKW diskutiert. Flamanville liegt mitten in einem Zentrum der Atomindustrie. In der Nähe ist sowohl die Wiederaufbereitungsanlage von La Haugue als auch Cherbourg, wo atomare U-Boote liegen und gebaut werden.

Von 1973 - 1975 hat sich z.B, der Anteil der Radioaktivität im Krabbenfleisch der Region verfünffacht! Nirgendwo in Frankreich sterben so viele Menschen an Krebs wie in La Hague (nach „Liberation", 16.8.77)

Zu Malville erklärten die Organisatoren, daß *„angesichts eines derartigen Polizeiaufgebots die Bauplatzbesetzungen nicht mehr möglich"* seien, und *„neue offensive (?) Kampfformen "* entwickelt werden müßte, um *„die Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden"* (zitiert nach „Le Figaro" vom 15. August).

Als konkrete Vorschläge wurden regionale Fahhrradkommandos, Stromrechnungsboykotts und Landverpachtung zur Erschwerung der Enteignungsverfahren diskutiert, nur keine Massendemonstrationen.

Daß sich darüber die bürgerliche Presse (voreilig) freute, ist klar: *„Alles war freundlich und nett und artig wie eine Wohltätigkeitsveranstaltung der 50er Jahre"* („Le Figaro", 15.8.).

Frankreich-Kommision

Der gute Camembert aus der Normandie

Parisien Libéré: Streik zu Ende

Am 17. August wurde der Streik der Druckarbeiter bei der französischen Tageszeitung „Parisien Libere" nach Verhandlungen zwischen der revisionistischen Druckergewerkschaft FFTL (CGT) und dem Arbeitsminister Beullac für beendet erklärt. Beullac nannte das Verhandlungsergebnis einen Kompromiß *„ohne Gewinner und Verlierer"* („FAZ", 17.8.77). Die CGT dagegen spricht vom „totalen Sieg" („FR", 18.8.77). Tatsächlich wurde vereinbart, daß die im Verlauf des über zwei Jahre hart geführten Kampfes eingeleiteten Strafverfahren eingestellt wurden.

„Gerettet wurden 514 Existenzen von Druckern, Setzern und Journalisten, 110 wechseln mit einer Abfindung den Beruf, 63 gehen vorzeitig in den Ruhestand, der Rest wird wieder eingestellt oder kommt anderweitig in Presseunternehmen unter." („FR" 18.8.77) Außerdem erhält jeder der 514 Betroffenen je 10 000 Francs (ca 5 000 DM), was kläglich wenig ist.

Ausgelöst wurde die Auseinandersetzung um den „Parisien Libere" durch die Absicht des inzwischen verstorbenen Verlegers Amaury, im Mai 1975 über 400 Druckarbeiter zu entlassen. Die Streikaktionen der Kollegen zeichneten sich durch ihre Militanz und ihre Vielfalt aus. So wurde u.a. das Passagierschiff „Franse" vorübergehend besetzt, als auch die Pariser Börse gestürmt, um auf den Kampf aufmerksam zu machen. Zur Unterstützung des Kampfes der Druckarbeiter kam es mehrmals zu Sympathiestreiks.

Druckkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Schweiz

Zwangssterilisation in der Schweiz

Durch den Frauenfilm »Lieber Herr Doktor« (s. AK 109) wurde öffentlich bekannt und diskutiert, daß auch in der Schweiz Zwangssterilisationen nach Abtreibungen Realität sind. Die Arbeiterin Franziska Bucher schildert im Film, wie sie 1971 versuchte (zum zweitenmal schwanger, ein Kind in kaputter Ehe lebend), eine Abtreibung durchzusetzen. Nach wochenlangem Warten kam sie in die Frauenklinik des Kantonsspitals Zürich. Dort wurde sie vor die Wahl gestellt: »Abtreibung mit Sterilisation oder gar keine Abtreibung«. Der Chefarzt Prof. Schreiner sagte zur ihr: *»Wenn Sie heute nicht fähig sind, ein Kind zu haben, dann werden Sie auch später nicht fähig sein«* (»Baseler Zeitung« — »BZ«, 11.8.77). Unter diesem Zwang (sie hat kein Geld, zum Privatarzt zu gehen) gab sie schließlich ihre Unterschrift zur Sterilisation.

Dieser Prof. Schreiner reagierte auf die öffentliche Anklage im Film mit dem zynischen Spruch: *»Bei uns wird keine Frau zur Sterilisation gezwungen. Es kann jede Frau ja wieder gehen«* (nach »BZ«, 11.8.). Gegenüber der »BZ« räumte er allerdings ein: *»In einzelnen Fällen ist früher noch mehr als heute erheblicher Druck ausgeübt worden«.*

Solche Erpressung, wie sie Franziska Bucher erlebte, ist in Wirklichkeit weder ein Einzelfall noch ein Ausrutscher von Anno 71, sondern die Realität eines Klassengesetzes: Im Film erklärt Paul Morf, Oberarzt der Zürcher Frauenklinik: *»Eine Frau, die abtreiben will, kann das heute in jedem Fall. Sie muß nur das Geld haben. Es gibt in Zürich genug Ärzte, die davon leben. Und gut leben. Mit dem verdient mancher seine 1,5 Millionen im Jahr. Und da drückt natürlich auch keiner auf Sterilisation. Aber eine Frau, die nicht so viel Geld hat, muß immer große Demütigungen auf sich nehmen«* (»BZ«, 11.8.77).

Österreich-Schweiz-Kommission

Makabres zur Neutronenbombe

Die Telefonzentrale des deutschschweizerischen Radios lief am 3.8. heiß, sogar aus Los Angeles kam eine Anfrage. Der Grund: Während der satirischen Sendung »Der Faktenordner — eine Sendung zum Ab- und Zuhören« wurde plötzlich eine »Durchsage der Nachrichtenredaktion« eingeblendet: An der Grenze zwischen der BRD und DDR sei ein Zwischenfall mit heftigem Schußwechsel eingetreten. In den nächsten 50 Minuten der Sendung wurden zwischen Popmusik immer wieder Nachrichten über die weitere Eskalation des Konflikts eingeblendet: Zwei Neutronenbomben seien eingesetzt worden. Dazu ein Kommentar des ehemaligen Bundeswehrgenerals Graf Baudissin über die im Vergleich zur Atombombe »saubere Waffe«. Für die Statistik wurde die Zahl von 480.000 Todesopfern genannt. Und zum Schluß gab es noch teilnahmsvolle Erklärungen von Armeekommandos und Regierungen mit dem Tenor: *»Es tut einem ja leid, aber die Welt ist ja schon wieder in Ordnung, die saubere Waffe hat sich bewährt«* (»Frankfurter Rundschau« — »FR«, 5.8.77).

»Alle waren wütend, nachdem sie aufgeklärt wurden«, schreibt die »Baseler Zeitung« — »BZ« am 5.8. und sie meldete, daß *»sich der verantwortliche Redakteur ... in aller Form entschuldigte«*. Und wenn's wahr gewesen wäre? Wär' da keiner wütend gewesen?

Österreich-Schweiz-Kommission

Österreich

»Volksgruppengesetz« gegen die Slowenen in Kraft

Seit dem 1.7. ist das »Volksgruppengesetz« (VGG) in Österreich in Kraft. Das VGG soll die Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten regeln. Diese »demokratischte Lösung in ganz Europa« (SP-Landeshauptmann Wagner über das Gesetz) gesteht den Slowenen

— das Recht auf zweisprachige topographische Bezeichnungen und Aufschriften zu;

— das Recht, ihre Sprache bei Behörden und Dienststellen als Amtssprache zu verwenden;

— das Recht auf kulturelle Förderung.

Im Widerspruch zu dem Staatsvertrag von 1955, der von vornherein von einem »gemischtsprachigen Gebiet« ausgeht, ist aber z. B. für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln nach dem neuen VGG ein 25 %-er Anteil von Slowenen zur Voraussetzung gemacht worden. Von einer gleichberechtigten Schulausbildung ist . gar nicht mehr die Rede. Um die genauen Zahlen der Minderheit festzustellen, war am 14. November 1976 eine »Volkserhebung« über die Bühne gegangen — unter unglaublich deutschnationaler und faschistoider Begleitmusik. Die überwiegende Mehrzahl der Kärntner Slowenen hatte sich dieser Farce widersetzt und die Abstimmung boykottiert. Die Regierung erklärte trotzdem die Abstimmung für gültig und benutzte sie als Grundlage für ihre »demokratische Minderheitenlösung«.

Das Ergebnis: Seit dem 1. Juli stehen in ganzen 20 Orten von insgesamt 800 des gemischtsprachigen Gebietes Ortstafeln mit slowenischer Aufschrift!

Der Kampf der Slowenen für Gleichberechtigung geht weiter!

Die Slowenen finden sich mit der nunmehr auch gesetzlich abgesicherten Diskriminierung nicht ab. Trotz Warnungen sämtlicher bürgerlicher Parteien vor »unbedachten Schritten«, die diese sorgfältig und mühevoll ausgedachte Regelung und das »Ansehen Östereichs« zunichte machen könnten (Aufruf der SP, VP, FP am 28.6.).

Seit dem 1.7. haben in zahlreichen Orten des gemischtsprachigen Gebiets Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden, hauptsächlich in solchen Orten, in denen trotz großen slowenischen Bevölkerungsanteils keine Sonderrechte für die Slowenen geplant gewesen sind. So wurden am 7.7. in St. Jakob/Sentjakob und am 14.8. in St. Kanzian/Skocijan in Selbsthilfeaktionen zweisprachige Ortstafeln aufgestellt.

Die Polizeikräfte des Landeshauptmann Wagner (SP), der von sich selber bekennt, er sei ein »hochgradiger Hitlerjunge« gewesen, können sich auf den rassistischen »Kärntner Heimatdienst« verlassen. Bei der Demonstration am 14.8. in St. Kanzian/Skocijan sahen sie ruhig zu, als eine Bande von Reaktionären und Faschisten mit den friedlichen Demonstranten eine Prügelei anfing. Es gelang ihnen, die zweisprachigen Ortstafeln wieder zu entfernen. Die Polizei erklärte dazu: Wenn es nicht der »Heimatdienst« geschafft hätte, wäre sie von ihr selber entfernt worden!

Am 9.8. wurde eines der berüchtigten Denkmäler des »Abwehrkämpferbund«, der besonders aktiv Bombe beschädigt. Der »Abwehrkämpferbund«, der besonders aktiv mit dem Hitlerfaschismus zusammenarbeitete, gedenkt auf solchen Denkmälern ihrer Toten, die z. T. von slowenischen Freiheitskämpfern hingerichtet wurden.

Österreich-Schweiz-Kommission

Die Slowenen sollen kriminalisiert werden

Im Oktober soll in Salzburg der Prozeß gegen den Sekretär des »Rates der Slowenen«, Filip Warasch, stattfinden. Ihm wird vorgeworfen, *»am 12. und 13. November in Klagenfurt dem ehemaligen Hausverwalter Gottfried Güttler eine 'Höllenmaschine' mit dem Auftrag übergeben zu haben, damit ... eine Transformatorenanlage in Klagenfurt zu sprengen«* (»Salzburger Nachrichten«, 12.8.). Filip Warasch war zu der Zeit, die ihm angelastet wird, bei einer Konferenz. Güttler ist bekannt als Reaktionär und Spitzel, er hat lange Zeit bei einem hohen Beamten in Klagenfurt Hausdienste geleistet. Diese Tatsachen scheren die Staatsbehörden einen Dreck: Mit einer Verurteilung von Filip Warasch sollen alle aktiven slowenischen Widerstandskämpfer gegen Rassismus und Unterdrückung als »Terroristen« abgestempelt werden. Ursprünglich sollte der Prozeß in Klagenfurt abgehalten werden. Doch da legte sich der leitende Staatsanwalt im vornhinein schon etwas zu offensichtlich fest. Er erklärte dummfrech: die *»Anschuldigungen Güttlers gegen Warasch seine wahrscheinlich deshalb keine Intrige, (...) da nach Wissen der Behörden keine andere Person als Warasch existiere, die Güttler eine Bombe hätte aushändigen können«* (nach: „rotfront", 7/77).

Am 19. August findet in Wien die Gerichtsverhandlung gegen vier slowenische Jugendliche statt, die während der »Volksabstimmungs«-Farce in Zell-Pfarre kurzerhand die Stimmzettel samt Urne klauten und öffentlich zum Zeichen ihres Protestes anzündeten.

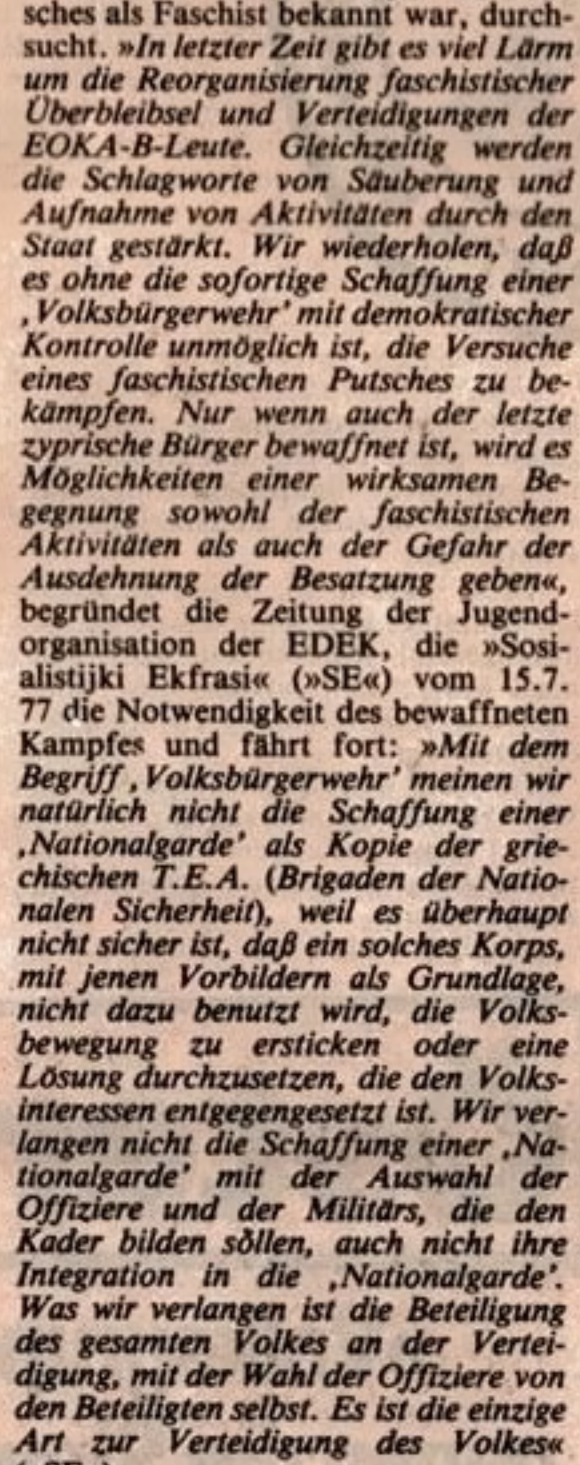
Österreich-Schweiz-Kommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 20.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Zypern • Türkei • Griechenland

Zur politischen Lage in Zypern Teil 2





Zypern 1976: Sturm auf die Botschaft des US-Imperialismus, einen der wesentlichen Betreiber der Spaltung Zyperns

Wir setzen hiermit die im AK 108 begonnene Serie über die politische Lage auf Zypern fort.
Diese Artikel sind im Zusammenhang eines Besuches von Genossen der Griechenland/Türkei-Kommission auf Zypern entstanden. Das hierbei mitgebrachte Material, sowie Gespräche mit linken Organisationen sind die Quellen dieser Artikel, die sicherlich, um eine gründliche und umfassende Analyse erstellen zu können, noch der Ergänzung bedürfen.
In diesem Teil wollen wir auf die beiden großen linken Parteien eingehen, die linkssozialistische EDEK und die revisionistische AKEL. AKEL und EDEK erzielten bei der letzten Parlamentswahl die absolute Mehrheit der Stimmen. Mit der „Demokratischen Partei" von Spiros Kiprianou stellen sie gemeinsam das Parlament.

EDEK

Die EDEK konnte bei den letzten Parlamentswahlen ca. 19 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Ihren direkten Sympathisantenkreis bezifferten die Genossen auf ca. 10.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 500.000). Dies entspricht auch ungefähr der Auflagenhöhe ihrer Tageszeitung »Ta Nea«. Im Vordergrund der Politik der linkssozialistischen EDEK — wie auch der revisionistischen AKEL — steht eindeutig die Betonung der »nationalen Frage« — das heißt, des »Zypern-Problems«.

»Die Zypern-Frage ist kein isoliertes Problem, sondern ist ein Teil des allgemeinen imperialistischen Kampfes« (»EDEK-Newsletter«, 20.8.76). Nach dem Charakter und den Zielen ihrer Organisation befragt, hoben die EDEK-Genossen an erster Stelle deren antiimperialistischen Charakter hervor. Nicht nur die Geschichte ihrer Entstehung (siehe AK 108) und die internationalen Verbindungen (der Parteivorsitzende Lissaridis ist z.B. Vorsitzender der Afro-Asiatischen Solidaritätsbewegung, der u.a. auch die FRELIMO, MPLA, PLO und die
daritätsbewegung, der u.a. auch die FRELIMO, MPLA, PLO und die
nordkoreanische KP angehören), sondern gerade auch die Einschätzung, daß es ohne imperialistische Intervention durch USA und NATO kein »Zypern-Problem« geben würde, erklären die Betonung des antiimperialistischen Charakters.

Und so besteht die Programmatik der EDEK darin: *»1. das Zypern-Problem zu internationalisieren, 2. jede mögliche ausländische Hilfe und Unterstützung in Anspruch zu nehmen, 3. die innere Front für den eigenen Kampf des Volkes vorzubereiten«* (»EDEK-Newsletter«, 20.8.76). Bei der Erringung internationaler Solidarität setzt die EDEK jedoch nicht nur auf die Schaffung einer Öffentlichkeit durch die UN sowie internationale Konferenzen. *»Nur dann werden die anderen Faktoren* (Internationalisierung, Hilfe von außen — Anm. AK) *aktiviert, wenn es einen Kampf des beteiligten Volkes gibt. Es gibt keine Solidarität mit einem nicht existierenden Kampf. Weder Vietnam noch Angola hätten sich die so sehr entscheidende Solidarität sichern können ohne den unnachgiebigen Kampf des beteiligten Volkes«* (Wahlprogramm der EDEK 1976).



Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation EDEK beim Malen von Transparenten.

„Jeder Zypriot ein Soldat — jedes Haus eine Festung"

Unter dieser Parole propagiert die EDEK den bewaffneten nationalen Befreiungskampf. *»Es ist natürlich für jedes Volk, friedliche Lösungen durch Verhandlungen zu suchen. Unser Volk hat immer wieder jede Anstrengung in diese Richtung ausgeschöpft. Es hat in UN-Resolutionen eingewilligt und seine Bereitschaft gezeigt, Lösungen in diesem Rahmen zu akzeptieren. Dennoch wäre es Selbstbetrug zu glauben, daß der Imperialismus und seine Agenten sich ohne Druckmittel Entscheidungen anpassen würden, die die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker garantieren«.* Und entsprechend wird gefolgert: *»Innenpolitisch müssen wir den Verteidigungskampf unseres Volkes organisieren. Wir sind ein Volk, das zur Hälfte besetzt gehalten wird. Wir alle sind potentielle Flüchtlinge und müssen vorbereitet sein, allen Eventualitäten entgegenzutreten«* (»EDEK-Newsletter«).

Die EDEK setzt sich in ihrem Wahlprogramm für die militärische Mobilisierung des ganzen Volkes ein. Das Parlament hatte vor den Wahlen einen Gesetzesentwurf verabschiedet, wonach jeweils nur ein Jahrgang zum Militärdienst eingezogen wird, entgegen den Vorstellungen der EDEK, alle Männer im »wehrfähigen« Alter militärisch auszubilden.

Dabei leitet die EDEK die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes hauptseitig aus der Situation der halbbesetzten Insel ab. Die militärische Mobilisierung des ganzen Volkes schaffe das richtige »psychologische« Klima und die militärischen Voraussetzungen, um einen erneuten türkischen Angriff abzublocken oder zumindest entscheidend zu verzögern, um gleichzeitig die internationale Solidarität zu mobilisieren.

Zum anderen wird die Notwendigkeit der Bewaffnung auch aus dem Treiben der Faschisten auf der Insel abgeleitet, die 1974 mit ihrem vom US-Imperialismus unterstützten Putsch versuchten, Zypern an Griechenland anzugliedern. Die Faschisten konnten sich trotz der Forderung der beiden linken Parteien AKEL und EDEK unter Makarios relativ ungehindert im Staatsapparat entfalten. Bei der letzten Parlamentswahl erhielt die rechte »Sammlungsbewegung« unter Klerides, mit eindeutigen Verbindungen zu den Faschisten, immerhin ca. ein Viertel der Wählerstimmen.

Während unseres Aufenthaltes wurde z.B. ein Dorf (und insbesondere dort bekannte EDEK-Genossen) nach Waffen von Polizeieinheiten, deren Einsatzleiter aus den Tagen des Putsches als Faschist bekannt war, durchsucht. *»In letzter Zeit gibt es viel Lärm um die Reorganisierung faschistischer Überbleibsel und Verteidigungen der EOKA-B-Leute. Gleichzeitig werden die Schlagworte von Säuberung und Aufnahme von Aktivitäten durch den Staat gestärkt. Wir wiederholen, daß es ohne die sofortige Schaffung einer ‚Volksbürgerwehr' mit demokratischer Kontrolle unmöglich ist, die Versuche eines faschistischen Putsches zu bekämpfen. Nur wenn auch der letzte zyprische Bürger bewaffnet ist, wird es Möglichkeiten einer wirksamen Begegnung sowohl der faschistischen Aktivitäten als auch der Gefahr der Ausdehnung der Besatzung geben«*, begründet die Zeitung der Jugendorganisation der EDEK, die »Sosialistijki Ekfrasi« (»SE«) vom 15.7.77 die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes und fährt fort: *»Mit dem Begriff ‚Volksbürgerwehr' meinen wir natürlich nicht die Schaffung einer ‚Nationalgarde' als Kopie der griechischen T.E.A. (Brigaden der Nationalen Sicherheit), weil es überhaupt nicht sicher ist, daß ein solches Korps, mit jenen Vorbildern als Grundlage, nicht dazu benutzt wird, die Volksbewegung zu ersticken oder eine Lösung durchzusetzen, die den Volksinteressen entgegengesetzt ist. Wir verlangen nicht die Schaffung einer ‚Nationalgarde' mit der Auswahl der Offiziere und der Militärs, die den Kader bilden sollen, auch nicht ihre Integration in die ‚Nationalgarde'. Was wir verlangen ist die Beteiligung des gesamten Volkes an der Verteidigung, mit der Wahl der Offiziere von den Beteiligten selbst. Es ist die einzige Art zur Verteidigung des Volkes«* (»SE«).

Diese Linie des bewaffneten Kampfes war es, die die EDEK zu einer wichtigen politischen Kraft auf Zypern machte, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die sozialistische Jugendorganisation auch in dieser Frage noch links von der offiziellen Linie der EDEK argumentiert. Wie bereits in AK 108 dargestellt, hatten patriotische Kräfte und Genossen, die später gemeinsam die EDEK gründeten bereits bewaffnet gegen die britischen Imperialisten und gegen Übergriffe der Türken gekämpft. War die EDEK vor 1974 noch relativ isoliert, so verankerte sie sich durch den bewaffneten Widerstand gegen die Putschisten der EOKA-B 1974 im Bewußtsein der Massen. Wenn auch der bewaffnete Widerstand noch nicht überall organisiert war, so war doch die EDEK die Organisation, die an den wichtigsten Stellen in Nikosia wie auch im Landesinneren Widerstand leistete und somit den Vormarsch und damit die Ziele der Putschisten empfindlich störte. So waren es auch wesentlich EDEK-Genossen, die in Paphos bewaffnet das Eindringen der Faschisten verhinderten und dadurch den äußerst wichtigen (damals »befreiten«) Sender Radio Paphos halten konnten (siehe AK 108).

Als Makarios im April 77 an einem Herzinfarkt zu sterben drohte, wurden von der EDEK bewaffnete Gruppen organisiert, um einem eventuellen Rechtsputsch beim Tode Makarios' zuvorzukommen (»Le Monde Diplomatique« vom 2.6.77).

Säuberung des Staatsapparates von faschistischen Kräften

Wesentliche Forderung beider linker Organisationen AKEL und EDEK ist die »Entnazifizierung« des Staatsapparates.
die »Entnazifizierung« des Staatsapparates.

Makarios hatte, nachdem er im Dezember 1974 nach Zypern zurückkehrte, eine Amnestie für die Träger des faschistischen Putsches im Juli 1974 erlassen. Dies war u.a. die Voraussetzung dafür, daß sich die Faschisten und Nationalisten ungehindert im Staatsapparat und in der Regierung ausbreiten konnten. In der Regierung deshalb, weil Makarios letztlich bestimmte, wer welches Ministerium erhielt. Von daher bestand auf Zypern auch die paradoxe Situation, daß die Linken die absolute Mehrheit der Wählerstimmen erhielten, aber nicht in der Regierung vertreten waren. (Die andere Seite der Medaille ist jedoch, daß die Revisionisten als stärkste parlamentarische Kraft auf eine Regierungsbeteiligung verzichtete, um die Reaktion nicht zu »provozieren« und den Imperialisten keinen »Vorwand« zum Eingreifen zu geben.)

So beschreibt der sozialistische Abgeordnete Doros Theodorov der EDEK in einem Interview der französischen Zeitung »Lebdo« vom 10. bis 24.7.77: *»Weiterhin wurden in der Säuberung der EOKA kaum Fortschritte gemacht. Ein Gesetz, das im Parlament verabschiedet wurde, schreibt dies vor, aber die Regierung wendet es nicht an. ...«* Wir erlebten eine Parlamentsdebatte in Nikosia mit, in der der Innenminister beschuldigt wurde, gerade in den Polizeikräften Faschisten zu dulden.

AKEL und EDEK forderten die Absetzung des Innenministers, der beschuldigt wurde, beste Beziehungen zu den Faschisten der EOKA-B zu haben. Während die »Demokratische Partei« unter Kiprianou dies ablehnte und die Debatte verschieben wollte, ging der EDEK-Abgeordnete über die Forderung der Absetzung hinaus und forderte, endlich die Volksmiliz zu schaffen.

Nach dem Tod von Makarios *»sind die Gerichte Zyperns offenbar zu besonders scharfen Verurteilungen politischer Straftäter entschlossen, wozu die Sorge vor einer Reaktivierung der rechtsradikalen Untergrundbewegung in der gegenwärtigen Situation beitragen dürfte«*, kommentiert die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (»FAZ«) vom 12.8.77 anläßlich der Nachricht, daß eine lebenslange Freiheitsstrafe gegen den Journalisten Elefteris Papdopoulos ausgesprochen wurde, der sich vor dem Militärputsch 74 an *»kriegsmäßigen Umsturzvorbereitungen«* gegen die Regierung Makarios beteiligt hatte.

Bereits am 19.7.77 hatte die »FAZ« gemeldet, daß *»den Putschisten auf Zypern Bestrafung drohte«*. Wohl hauptsächlich auf Druck der Linken hatte die Nationalversammlung in Nikosia eine Resolution verabschiedet, die eine *»Verurteilung des verbrecherischen Militärputsches vom 15. Juli 1974«* beinhaltete. Es wurde ein Untersuchungsausschuß gebildet, der die Beteiligung oder Verwicklung von Staatsangestellten, Angehörigen der Streitkräfte, der Polizei oder bestimmter Organisationen an dem faschistischen Putsch zu überprüfen hat. Dies betrifft gemäß einer Meldung der »Cyprus Mail« (Tageszeitung in englischer Sprache) ca. 2.000 Personen. Die Jugendzeitung der EDEK vom 15.7.77 betont in diesem Zusammenhang: *»Alle reden von der Säuberung — alle schreien nach Säuberung — und in Wirklichkeit ist seit drei Jahren nichts passiert, denn die Faschisten sind Teil des bürgerlichen Systems. Es geht bei der Säuberung nicht darum, einzelne Personen zu entfernen, sondern die*
der Säuberung nicht darum, einzelne Personen zu entfernen, sondern die
Beseitigung der faschistischen Strukturen im Staat«.

Hinter dieser Forderung ihrer Jugendorganisation bleibt die EDEK in ihrem Wahlprogramm von 1976, in dem sie die Säuberung *»nicht als Strukturproblem, sondern als Entfernung von Agenten und Brückenköpfen«* bezeichnet, zurück.

Gemeinsamer Kampf

Innenpolitisch setzt sich die EDEK für eine Regierung der nationalen Einheit ein. Sie fordert dabei ein *»Minimalprogramm aller patriotischen Kräfte, die an den langwierigen Kampf glauben und die ausländischen Pläne ablehnen«* (Wahlprogramm der EDEK 1976). Gleichzeitig wird von der EDEK die Rolle der unterdrückten Klassen betont.

»Man kann auf Zypern eine gewisse ökonomische Expansion beobachten (den Tourismus z.B., hier ist ein stetiger Anstieg festzustellen). Aber die Früchte dieser Expansion kommen ausschließlich der Bourgeoisie zugute, diese mächtige Klasse profitiert von den Darlehen, den Investitionen und Subventionen der öffentlichen Hand. Sie profitiert von der Ausbeutung der Arbeiter, deren Lohn auch nach der türkischen Invasion gesunken ist. Auf Zypern besteht zwischen der Bourgeoisie, die in der Minderheit ist und den unterdrückten Volksschichten, die in der Mehrheit sind, ein tiefer Graben. Auch diese Situation ist explosiv. Wenn die Regierung keine Maßnahmen gegen das Kapital unternimmt und keine soziale Justiz einführt, wird man auf Zypern einen ernsthaften Klassenkampf erleben« (Interview mit EDEK-Abgeordneten aus »Lebdo« vom 10. bis 24.7.77).

Nach Ansicht der EDEK-Genossen

Fortsetzung auf S.39

Fortsetzung von S.38

versuchen die Imperialisten, um ihre strategischen Interessen auf Zypern durchzusetzen, die Bourgeoisien im türkischen wie im griechischen Teil zu stärken. Sie sollen Garanten einer Teilung Zyperns sein. Auf dieser Basis sind auch alle Vorschläge einer bizonalen Föderation zu sehen.

Die ökonomische Situation Zyperns als kleine, nicht unbegrenzt ausbeutbare Insel ist aber so, daß eine stabile Bourgeoisie nur mit Hilfe der Imperialisten und enormer Ausbeutung des Volkes bestehen kann. Da die Bourgeoisien beider Teile einer derartigen Lösung natürlich zuneigen würden, spielt die Klassenfrage in Zypern nach Meinung der EDEK-Genossen eine wesentliche Rolle. Daher propagiert die EDEK auch die vereinigte Arbeiterfront der griechischen und türkischen Zyprioten. In diesem Zusammenhang kritisiert die Jugendorganisation der EDEK auch die revisionistische AKEL, die die Interessen der Arbeiterklasse den nationalen Interessen unterordnet. *»...deshalb sind Tendenzen, die nationale Herkunft überzubetonen und Versuche einer rein künstlichen nationalen Identität überdeutliches Merkmal kleinbürgerlichen Denkens, unfähig zu erfassen, daß das herrschende Element im Zusammenstoß mit dem Imperialismus die klassenmäßige Identität ist und nicht die nationale Herkunft«* schreibt die »Sosialistikji Ekfrasi« Nr. 21 zu diesem Thema, ohne den Adressaten ihrer Kritik direkt beim Namen zu nennen.

Die EDEN, die Jugendorganisation der EDEK

In Nikosia hatten wir vor allem Kontakt zu Genossen der EDEN. Sie ist zwar, wie immer wieder gesagt wurde, in ihrer politischen Linie eine Einheit mit der EDEK, aber in Diskussionen wurde deutlich, daß in der EDEN die eindeutig revolutionären Kerne bestehen, während in der EDEK auch rechtere Strömungen vorhanden sind. Dies muß auch bei Zitaten berücksichtigt werden, die wir im ersten Teil zur Charakterisierung der EDEK verwandten.

So war in der Tageszeitung der EDEK »Ta Nea« zum Carter-Sieg in den USA ein illusionistischer Artikel in Bezug auf die US-Politik erschienen. Die Genossen der EDEN haben tags darauf sofort eine entsprechende Kritik in die »Ta Nea« gebracht.

Die Jugendzeitung »Sosialistikji Ekfrasi« (Sozialistischer Ausdruck) der EDEN trägt eindeutig marxistisch-leninistische Züge. Fast in jeder Ausgabe der Zeitung sind neben Artikeln zur aktuellen Situation auch Artikel zur Rolle des Staates veröffentlicht, die mit Zitaten von Lenin eindeutig und ausführlich leninistische Positionen propagieren. So z.B. ein großer Artikel zur Oktoberrevolution 1917, ein Artikel zum Absterben des Staates, zur Pariser Commune sowie zu den Lehren aus dem faschistischen Putsch in Chile. Der historische Kompromiß der KPI wird kritisiert, zur Situation in
der KPI wird kritisiert, zur Situation in
Portugal 1976 wird Kritik an der Politik des MFA geübt und die Unterstützung Otelo Carvalhos propagiert. Bei einer Stellungnahme zu den Straßenkämpfen am 25.5.76 in Griechenland steht die EDEN in eindeutiger Abgrenzung und Kritik zu der gesamten parlamentarischen griechischen Linken. Als die Arbeit ihrer »Basis-Gruppen« schilderten die Genossen uns, daß diese mit der Zeitung und anderen politischen Schriften der Organisation Hausagitation in ihrem Bezirk machen, die Interessierten zu Versammlungen und Veranstaltungen einladen. Darüber hinaus machen Genossen dieser Einheiten in Nikosia beispielsweise Agitation in Dörfern, in denen die EDEK noch nicht repräsentiert ist.

AKEL

Die AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) lernten wir als »klassische revisionistische« Partei kennen. Die AKEL, hervorgegangen aus der 1926 gegründeten KP Zyperns, die zwei Jahre später illegalisiert wurde, wurde 1941 neu gegründet und in AKEL umbenannt. Die Genossen begründeten die Notwendigkeit der Umbenennung mit dem merkwürdigen Argument, aufgrund des in der Bevölkerung breit verankerten Antikommunismus könne sich eine kommunistisch nennende Partei nicht gut mit den Massen verbinden.

Die AKEL, nach wie vor die stärkste linke Kraft auf Zypern, hat ihre Verankerung hauptsächlich bei den Bauern. In fast jedem Dorf waren die Plakate der AKEL zu sehen und Menschen anzutreffen, die mit der AKEL sympathisieren oder ihr angehören. Bei den letzten Parlamentswahlen hat die AKEL ca. 35 bis 40% der Stimmen gewinnen können.

Die Genossen der AKEL legten sehr großen Wert darauf zu betonen, daß es im wesentlichen die Sowjetunion sei, die Zypern gegen die Imperialisten unterstützt habe. Bereits ab 1960 (Unabhängigkeit) habe die SU Zypern ökonomisch unterstützt. Politisch wesentlich über ihre Politik im Sicherheitsrat der UN, in dem sie wiederholt Vorschläge für die Lösung des Zypern-Problems eingebracht hat. Die UN-Resolution von 1974 besagt, daß Zypern unabhängig und ungeteilt sein und seine territoriale Integrität erhalten soll.

Die AKEL betont, daß die internationale Solidarität, insbesondere der Druck, den die sozialistischen Länder ausüben, die Positionen des Volkes Zyperns stärkt und in Verhandlungen zu entsprechenden politischen Lösungen auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse führen wird.

Die Linie der revisionistischen AKEL sieht als Perspektive allein die Internationalisierung des Problems. So versteigert sich der Präsident der EDON, der Jugendorganisation der AKEL, zu der Behauptung, *»der Klassenkampf wäre unheilvoll für Zypern, der Imperialismus würde sich freuen, wenn wir die nationale Frage für ihn vernachlässigen würden. Der bewaffnete Kampf, um die Vereinigung der Insel zu erreichen, ist nicht die Frage; Zypern ist ein Pulverfaß. Wir sind für eine Internationalisierung des Problems. Wir wollen nicht verzichten auf die Stärke der internationalen Solidarität, was wäre bei einer regionalen Lösung oder einer Lösung im Rahmen der NATO der Fall wäre«* (»Le Monde Diplomatique« vom 2.6.77).
Monde Diplomatique« vom 2.6.77).

Die AKEL kritisiert die Position der EDEK zum bewaffneten Widerstand als Abenteurertum und vertritt, daß es unmöglich sei, die Waffen gegen die türkischen Truppen zu erheben.

»Zypern hat praktisch keine Waffen und kann sich keinesfalls gegen die NATO auflehnen. Dies ist ein politisches Problem, das auch nur durch Kompromisse und unter dem Druck der sozialistischen Länder gelöst werden kann. Der bewaffnete Kampf ist dagegen das, worauf die NATO wartet, um Zypern innerhalb 24 Stunden zu erobern« (Gespräch in Paphos am 7.6.77). In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Revisionisten schon in den fünfziger Jahren den bewaffneten Kampf gegen die britischen Kolonialisten ablehnten (dies dann allein den Nationalisten überließen) und sich ebensowenig am bewaffneten Kampf gegen den faschistischen Putsch 1974 beteiligten.

Zur Politik der AKEL im Parlament

Obwohl die AKEL bei den Parlamentswahlen 1976 ca. 35 — 40 % der Wählerstimmen gewonnen hat, ist sie nicht an der Regierung beteiligt. Die »Le Monde diplomatique« Nr. 279 vom Juni 1977 schreibt dazu: *»Sie* (die griechisch-zyprischen Kommunisten) *regieren, so sagt man, durch Abwesenheit. Bei den Wahlen zu Beginn des Jahres sprachen sie sich für die Wahl des rechten »Freundes« Kiprianoú und seiner Partei aus, um vom Parlament Clerides und seine rechten und ultrarechten Freunde zu verbieten.«*

In der Ausgabe Nr. 2 vom März/April 77 der »Majchitis« (der Kämpfer), Zeitung der revolutionären griechischen Organisation Majchitis, wird aufgezeigt, daß das »Verschenken der Möglichkeiten« durch die AKEL Geschichte hat, was schon an ihrer Haltung nach den Parlamentswahlen 1970 kritisiert wird:

»1970 bei den Parlamentswahlen hatte AKEL 42 % der Stimmen erhalten und verlangt nicht einmal die Beteiligung an der Regierung, 'um nicht den griechischen und zyprischen Faschisten Anlaß zu geben, ein Klima des Aufruhrs auf der Insel zu schaffen.' Die Junta-Leute warteten jedoch nicht auf Anlässe. 1971 fuhr der Faschist Ghrivas unter der Deckung der Junta und der Amerikaner nach Zypern und organisierte die Vagabundenbanden der 'nationalgesinnten' Zyprioten. Es erschien die EOKA-B mit der Parole Enosis (Angliederung an Griechenland, Anm. AK) *und begann ihre terroristische Tätigkeit. Die Morde, die Bombenexplosionen, das Zusammenschlagen von demokratischen Zyprioten befand sich auf der Tagesordnung, während der allmächtige Makarios melodramatisch 'nationale Aussöhnung' und Frieden verkündete«.*

Und so konnte die AKEL auch nicht verhindern, daß seitens der Regierung politische Flüchtlinge aus Griechenland nicht aufgenommen wurden, daß sich Zypern bei der Abstimmung im Europarat, wo die Verbrechen der Junta verurteilt wurden, der Stimme enthielt und daß Makarios als Ausbilder der Polizei und der Nationalgarde griechische Offiziere zuließ.



An dem seit dem 30. Mai andauernden Streik der DISK (Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften) beteiligten sich mittlerweile 44.000 Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie. Anlaß für den Streik ist die Forderung der Arbeiter, die Vereinigung der Metallkapitalisten MESS, gegründet zur gegenseitigen Stützung bei Aussperrungen, nicht als Tarifpartner anzuerkennen, sowie die Forderung nach Einstellung aller beim Generalstreik gegen die Staatssicherheitsgerichte entlassenen Arbeiter.

Die türkisch-zyprischen Arbeiter im Kampf

„Informationen aus den besetzten Gebieten erwähnen, daß in den letzten Tagen breite Mobilisierungen türkisch-zyprischer Arbeiter gegen die Unterdrückung durch die türkisch-zyprische Oligarchie stattgefunden haben. Die Arbeiter der Unternehmensgruppe „Industrial Holding" streiken und führen Demonstrationen und Hungerstreiks durch. Ihre Forderung ist die Anerkennung ihrer Gewerkschaft „Dev-Is".

Drei Jahre nach der Trennung der griechischen und türkischen Zyprer, einer Trennung, die die westliche bürgerliche Presse als Anfang für die Schaffung von Sicherheit für die türkischen Zyprer darstellte, beweisen die Streikkämpfe der türkisch-zyprischen Arbeiterklasse überdeutlich, daß die türkischen Arbeiter Zyperns sich bewußt zu werden beginnen, daß sie von den Versprechungen und großen Worten der einheimischen ökonomischen Oligarchie betrogen wurden und daß auch sie Opfer des amerikanischen Imperialismus und des türkischen Chauvinismus sind ... Diese Kämpfe der türkisch-zyprischen Arbeiterklasse müssen wir mit viel Aufmerksamkeit betrachten. Vor allem, wenn wir an den gemeinsamen Kampf der türkisch- und griechisch-zyprischen Arbeiter glauben und ihn nicht als Mittel der Demagogie betrachten. Der gemeinsame Kampf setzt gemeinsame Ziele voraus. Und solche kann nur die Arbeiterklasse der türkischen und griechischen Zyprer haben.

Der Gegensatz zwischen den beiden Volksgruppen, den zuerst der Imperialismus geschaffen hat und den der türkische und griechische Chauvinismus vertieften, kann nicht von den herrschenden bürgerlichen Klassen der griechischen und türkischen Zyprer überwunden werden... Nur die Arbeiterklasse der griechischen und türkischen Zyprioten kann den gemeinsamen Kampf führen, weil sie gemeinsame Ziele hat. Nur wenn der nationale Befreiungskampf mit dem sozialen verbunden wird, kann ein gemeinsamer Kampf Erfolg haben. Die letzten Mobilisierungen der türkisch-zyprischen Arbeiter sind ein Schritt zu diesem Kampf...

Die türkisch-zyprischen Arbeiter, unter Bedingungen der Unterdrükkung und des Terrors, können nur schwer eine deutliche Initiative für eine solche Koordination (zwischen türkisch-zyprischen und griechisch-zyprischen Arbeitern – Anm. AK) *ergreifen. Sie sind gezwungen, sich auf rein gewerkschaftliche Forderungen zu beschränken, wobei sie indirekt ihren Widerspruch zur politischen Situation in den besetzten Gebieten ausdrücken. Die griechisch-zyprische Arbeiterklasse, als massenhafteste und freiere Bewegung, hat mehr Möglichkeiten. Die Akzeptierung der Zwei-Zonen-Lösung durch die Führung eines großen Teils der griechisch-zyprischen Arbeiterklasse (was bedeutet, daß die Teilung des zyprischen Volkes in griechische und türkische Zyprer akzeptiert wird) und die Abkommen mit dem Kapital, die die griechisch-zyprische Arbeiterklasse grundlegender Rechte berauben, tragen alles andere als zur Festigung des gemeinsamen Kampfes bei."*

Übersetzung aus der Zeitung der Jugendorganisation der Sozialistischen Partei, „Eden", Nr. 21

Griechenland/Türkei/Zypern - Kommission

Hungerstreik in türkischen Knästen

Wie wir schon in AK 110 berichteten, befinden sich über 3 000 Häftlinge der Gefängnisse von Ankara und Istanbul im Hungerstreik, um ihrer Forderung nach Generalamnestie Nachdruck zu verleihen. Unterstützt wird dieser Kampf u.a. von der Konföderation der revolutionären Jugendverbände, Devrimci Genclik, und dem Studentenverband von Ankara, Ayöd, die Ankara als den Ort der schärfsten Unterdrückung der Gefangenen bezeichnen.

Neben der Folter, die in den türkischen Gefängnissen alltäglich ist, wird in letzter Zeit verstärkt mit faschistischen Mördertrupps gegen die Gefangenen vorgegangen. Am 4.8.77 griff sich ein solcher Trupp zwei Häftlinge in Ankara heraus, wobei ein politischer Gefangener mit dem Messer schwer verletzt wurde. Der „Solidaritätsverein mit den Gefangenen" berichtet in Yozgat, daß die politischen Gefangenen besonderer Repression ausgesetzt sind. So wurden einem Häftling bei der Folter die Fingernägel abgerissen. Alle Gefangenen sind zur Zwangsarbeit verpflichtet, bei Verweigerungen werden diese in Einzelhaft gesteckt, wobei sie mit Eisenketten festgekettet werden („Cumhuriyet", 6.8.77).

Diese Zustände sind der Anlaß für die verstärkten Kampfmaßnahmen in den Knästen. Im Verlauf des Gefängnisaufstands in Kahramanmaras wurde das Gefängnis in Brand gesteckt.

Generalamnestie!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zur Teilung und Situation im Norden

»Auf einer Insel, die 150 Meilen lang und 60 Meilen breit ist, eine Gesamtgröße von 3.572 Quadratmeilen umfaßt würde jede Form der Teilung ökonomischen und politischen Selbstmord bedeuten. Das mögliche Resultat würde entweder Doppel-Enosis (Einheit des Südens mit Griechenland und des Nordens mit der Türkei) oder die totale Einverleibung der Insel durch die Türkei sein.

Unsere Position ist deshalb, das Problem auf internationaler Ebene unter der Schirmherrschaft der UN zu halten, bis eine gerechte und dauerhafte Lösung gefunden ist und bis die Türkei erkennt, daß sie kein Lehensgut in Nordzypern halten kann.« (»EDEK Newsletter«, März 1977).

Die Besetzung des Nordteils der Insel durch die Türkei umfaßt ca. 40 % des Gebietes, 200.000 griechische Zyprioten wurden zu Flüchtlingen, weitere 20.000 wurden vertrieben, ca. 4.000 griechische Zyprioten wurden getötet, 2.100 werden vermißt.

Mit dem Nordteil besetzten »die Türken« gleichzeitig den reichsten Teil des Landes. 1974 produzierte der Nordsektor 70 % des Bruttosozialproduktes. So wurden 79 % der Zitrus-Früchte, 68 % des Getreides und 100 % des Tabaks im Norden des Landes produziert.

Ferner fiel der türkischen Bourgeoisie der größte Hafen Zyperns, Famagusta, in die Hände, über den 65 % des Schiffsverkehrs abgewickelt wurde (Informationen aus »Background an Notes on Cyprus« Nicosia März 76 — Informationen der Regierung). Im Südteil der Insel muß jetzt ein neuer Hafen gebaut werden. Die Teilung bedeutet für den Süden des Landes, mit dem eh ärmeren Teil des Landes, wesentlich mehr Menschen zu ernähren (ca. 30.000 türkische Zyprioten hatten die Dörfer im südlichen Teil verlassen).

In Anbetracht dessen, welchen Reichtum »die Türken« im Nordteil vorfanden, wird der Zynismus deutlich, der aus Denktaschs (Führer der Terroristengruppe TMT und heutiger »Führer« des türkischen Teils) Worten spricht: *»Wir haben bei Null angefangen und sie* (die Menschen im Nordteil) *sehen, daß wir weiter vorangekommen sind«* (»Le Monde Diplomatique«, Juni 77 — »LMD«). Weitergekommen sind die Invasoren vor allem was die Ausplünderung und Terrorisierung des Volkes im Norden angeht.

Die Inflation betrug 1976 38 %, in einigen Gebieten sogar 80 %, und liegt 1977 noch darüber. Die Lebenshaltungskosten sind im Norden um 116 % höher als im Süden. Im Norden braucht eine Familie 120 türkische Pfund pro Tag nur für die Lebensmittelversorgung. Der tägliche Mindestlohn liegt bei 80 türkische Pfund, obwohl ein Arbeiter im allgemeinen nur 70 türkische Pfund pro Tag verdient (nach »LMD«, Juni 77). Die Arbeitslosigkeit im Nordteil beträgt ca. 40 %.

Dieses Ausmaß ökonomischer Auspressung wird durch ca. 40.000 Mann starke Truppen (Polizei und Militär) bei einer Bevölkerungsanzahl des Nordens von 120.000 garantiert. Dennoch haben im Norden heftige Streiks stattgefunden (wesentlich mehr Streiks als im Südteil des Landes), die von Polizei- und Militäreinheiten in vielen Fällen niedergeschossen wurden.

Die türkischen Invasoren versuchen die Klassenwidersprüche, die im Norden eine große explosive Kraft haben, in Widersprüche zwischen türkische Zyprioten und den türkischen Siedlern abzuleiten. Diese Siedler wurden aus den abgelegensten, unterentwickelsten Gebieten der Türkei nach Zypern übergesiedelt, um »vollendete Tatsachen« zu schaffen (ähnlich der zionistischen Besiedlungsstrategie). Es handelt sich vielfach um freigelassene oder vorbestrafte Kriminelle und um Mitglieder der Killerkommandos der »Grauen Wölfe« des Faschisten Türkeş.

Der Terror und die Willkür der Invasionstruppen im nördlichen Teil übertreffen die Zustände in der Türkei. Plünderungen, Vergewaltigungen durch Polizei- und Militärkräfte bleiben ungestraft.

Die britische Zeitung »Sunday Times« veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 23.1.77 Passagen des Berichtes, den die Untersuchungskommission des Europarates über die Verletzung der Menschenrechte durch die türkischen Invasionstruppen 1974 vorgelegt hat. Sollte die Menschenrechtskommission die Türkei dieser Anschuldigungen für schuldig befinden, müßte dies (laut Satzung) den Ausschluß der Türkei aus dem Europarat zur Folge haben — wovor sie allerdings ihre Kumpanen (u.a. BRD) sicher retten werden. In dem Bericht werden die Greueltaten im türkisch besetzten Teil dargestellt, die auch weiterhin Auftakt für die aktuelle Repression im Norden ist. Dies sind u.a. Folter, Ermordung von Zivilisten, Vergewaltigung von Frauen, Ermordung von Kriegsgefangenen, Plünderungen.

»Eine Zeugin sagte, daß sie und eine Gruppe Dorfbewohner aus Elia am 21. Juli 1974, dem zweiten Tag der türkischen Invasion, gefangen wurden, als sie auf der Flucht vor Beschießungen versuchten, eine Bergkette zu erreichen. Alle Männer, die gefangengenommen wurden, waren Zivilisten. Sie wurden von ihren Frauen getrennt und auf Befehl eines türkischen Offiziers vor den Augen ihrer Frauen erschossen. Manche Männer hatten Kinder auf dem Arm, drei davon wurden verletzt.« Anderen Aussagen zufolge wurden 30 gefangene zypriotische Soldaten nicht in Gefangenschaft genommen, sondern erschossen. Auch in mindestens zwei anderen Fällen wurden zypriotische Soldaten, die sich ergeben hatten, vor die Brennöfen des Dorfes gebracht, erschossen und verbrannt. Frauen im Alter zwischen 12 und 71 Jahren wurden vergewaltigt, in manchen Gebieten wurden Frauen und Mädchen zur Prostitution gezwungen, zum Teil in der Öffentlichkeit.

Es ist uns leider nicht möglich gewesen, den Nordteil selber zu besuchen. Über die Arbeit linker Organisationen im nördlichen Teil haben wir keine Informationen. Diese Arbeit wird da, wo sie geleistet wird, wohl auch hauptsächlich vom griechischen Teil aus gemacht. Sowohl AKEL als auch die EDEK betonen die Notwendigkeit dieser Arbeit.

»Das Thema des Kontakts mit den türkischen Zyprioten weist viele Mängel auf. Dennoch bildet es einen der bedeutsamsten Faktoren für die Lösung. Wir haben wiederholt betont, daß auch die türkischen Zyprioten Opfer derselben imperialistischen Verschwörung sind und daß die Schaffung einer gemeinsamen Anti-Besatzungsfront zur Rettung des Landes notwendig ist. Es besteht die Notwendigkeit eines direkteren und systematischeren Kontaktes: mit speziellen Radio- und Fernsehsendungen, durch den direkten Kontakt mit den Massen, durch die Schaffung organisierter Anti-Besatzungs-Kerne« (EDEK Wahlprogramm).

»Sosialistikji Poria« zur Ersten Konferenz der PASOK

Die „Sosialistikji Poria", deren Kern von Gründungsmitgliedern im Mai 1975 aus der PASOK ausgeschlossen wurden, nimmt in ihrer gleichnamigen Zeitung (Nr. 99) am 16.7.77 zur „1. Konferenz" der PASOK Stellung. (Zur Konferenz s. AK 110, zur „S.P." s. d.1. 26/27)

Die „Sosialistikji Poria" gehört zweifellos zu den „ernstzunehmenden" linken Gruppen Griechenlands, die in der Lage sind, eine qualifizierte Auseinandersetzung in der Linken zu führen.

Die Enthüllungen der „S.P." über die innerorganisatorische Demokratie der PASOK halten wir für wahrheitsgemäß und entsprechend kritikwürdig. Nicht damit gemeint ist eine gleichzeitige generelle Verurteilung der PASOK und Papandreous. Es ist nicht das erste Mal, daß Regierungen und Parteien, insbesondere in Ländern der „dritten Welt" und Peripherieländern wie Griechenland, Schwierigkeiten mit der Demokratie im „eigenen Haus" haben. Wir halten die PASOK weiterhin für die einzige, auf Massenebene verankerte antiimperialistische, sozialistische Bewegung Griechenlands.

„ . . . *Das erste, was wir vom Präsidenten der PASOK (A.Papandreou, Anm. AK) in der Eröffnungsrede an die Konferenz erfahren, ... ist, daß ‚heute die erste Phase in der organisatorischen Geschichte der PASOK abschließt, eine Phase, die mit der Selbstorganisierung der Volksbasis begann und vervollständigt wurde mit der Massenhaftwerdung der Bewegung.' (d.h. der PASOK, Anm. AK)*

Das, was natürlich nicht in der Rede erwähnt wird, sind einige Ereignisse dieser Periode, die vielleicht nicht von welterschütternder Bedeutung sind, aber dennoch wie die Konferenz am Wochenende (der PASOK, Anm. AK), ein gewisses Interesse bieten.

Zwischen der Phase der Selbstorganisation der PASOK mit den Initiativgruppen und der heutigen Situation geschahen:

- Die Einsetzung und in der Folge die Auflösung zweier Zentralkomitees durch Andreas Papandreou (September 74 bis Dezember 74). Das letztere wurde aufgelöst, nachdem es nur eine Sitzung hinter sich gebracht hatte. Es wurde ein Vorkongreß angekündigt, ‚damit die Bewegung (d.h. die PASOK, Anm. AK) gewählte

nur eine Sitzung hinter sich gebracht hatte. Es wurde ein Vorkongreß angekündigt, ‚damit die Bewegung (d.h. die PASOK, Anm. AK) gewählte

tember akzeptieren (Gründungserklärung der PASOK, 1974, Anm.AK) ein Zuhause bieten.' (Papandreou)

Schließlich bildete diese Konfe-

Τ ... ΠΡΟΣΦΟΡΑ

ΣΟΣΙΑΛΙΣΤΙΚΗ ΠΟΡΕΙΑ

ΑΘΗΝΑ 30-6 ΑΥΓΟΥΣΤΟΥ 77 ΦΥΛΛΟ 100 ΤΙΜΗ 7 ΔΡΑΧΜΕΣ

Organe erhält'. Als Grund für die Auflösung schob man darüberhinaus auch die Entwicklung ‚von Tendenzen der Gruppenbildung und des Elitismus' innerhalb des Zentralkomitees vor.

- Die Wahl eines 75köpfigen Zentralkomitees durch den Vorkongreß, das ebenfalls nur einmal tagte. Im Mai 75 wurden 11 Mitglieder des Zentralkomitees durch einen Beschluß des Präsidenten und des von ihm eingesetzten Exekutivbüros wegen ‚parteifeindlichen Verhaltens' aus der Bewegung ausgeschlossen. Im Inneren der Bewegung folgte eine breite Kampagne der ‚Information' der Basis über die Entfernung der ‚Sozialdemokraten', wie die schließlich ungefähr 25 Mitglieder des Zentralkomitees, die ausgeschlossen wurden, bezeichnet werden. Gleichzeitig wurde das gewählte ZK aufgelöst, und man kündigte Konferenzen (‚syndhiaskjépsis') der Bewegung für September 75 an. Die aus der PASOK Ausgeschlossenen und Ausgetretenen gingen kurz danach zur Gründung der Sosialistikji Poria über.

- Die Rede von Andreas Papandreou Januar 76 im Hilton, mit der der Aufschub der Konferenzen angekündigt wurde - (nachdem sie kurz vorher für Frühling 76 festgesetzt worden waren) und der Einsetzung vorläufiger Provinzkomitees (‚Prosorinés Nomarchiakjés Epitropés') im ganzen Land.

- Der Ausschluß im Frühjahr 76 von ungefähr zweihundert Mitgliedern verschiedener Ortsorganisationen Athens wegen ihrer Teilnahme an der ‚Horizontalen Verbindung' (‚Orizóndia Dhiasýndhesi') durch Beschluß des vom Präsidenten der PASOK eingesetzten Disziplinarrats. Im selben Zeitabschnitt wurden ganze Ortsorganisationen außerhalb der Bewegung gesetzt (O.O.Koliátsos), zu Initiativgruppen degradiert (O.O.Patisia), oder mußten zusehen, wie ihre gewählten Koordinationskomitees aufgelöst und durch neue ersetzt wurden (O.O.Ambelókjipi usw.). Die Ausgeschlossenen charakterisiert man durch die Bank als ‚Trotzkisten'.

- Der Austritt einer Reihe von Kadern und Gründungsmitgliedern im September 76. Die Ausgetretenen prangerten die zusammenhanglose Politik von Andreas Papandreou an und gründen den Politischen Bund des 3. September.

- Der Ausschluß der Mehrheit des gewählten Zentralrats der PASP (Studentenorganisation der PASOK, Anm. AK) und ihr Hinauswurf aus den Büros der Organisation unter Zuhilfenahme von physischer Gewalt (Dezember 76) mit parallelem Ausschluß von 300 bis 400 Mitgliedern und Kadern der PASOK. Die Ausgeschlossenen charakterisiert man dieses Mal als ‚verdächtige Elemente', ‚Kleinbürger mit Verwirrung im Kopf', ‚Anhänger der gewaltsamen Eroberung der Macht', usw. und ein Teil von diesen gründeten die Sozialistischen Bünde.

Desweitern einige Zahlen: Von 75 Mitgliedern des ersten (eingesetzten) Zentralkomitees der PASOK sind ungefähr 40 heute ausgeschlossen oder ausgetreten. Von den 75 Mitgliedern des zweiten (gewählten) Zentralkomitees befinden sich ungefähr 35 heute nicht mehr in der PASOK. Von den zeitweise 15 Mitgliedern des Nationalrats der PAK, der Widerstandsorganisation von Andreas Papandreou, befinden sich heute in der PASOK nur 4 bis 5.

Am ersten Tag der Konferenz entwickelte der Präsident der PASOK eine Reihe interessanter Ansichten über die heutige politische Lage in unserem Land. So erfuhren wir, daß die Einheit ein ‚magisches' Wort ohne konkreten Inhalt sei, das die einen mit guten Absichten benutzen und die anderen, um auf einfache Weise Beifall zu gewinnen. Wir erfuhren außerdem, daß wenn jemand die Einheit der Linken will, er nichts anderes zu tun habe, als der PASOK beizutreten. ‚Wir werden für alle, die ehrlich die Proklamation des 3. September akzeptieren (Gründungserklärung der PASOK, 1974, Anm.AK) ein Zuhause bieten.' (Papandreou)

Schließlich bildete diese Konferenz der PASOK eine tatsächliche neue ‚Station':

a) In den Tagen vor der Konferenz wurde ein neuer Säuberungsfeldzug gegen die undisziplinierten Elemente der Bewegung praktiziert. Die Ortsorganisation Kjesariani wurde aufgelöst, die Ortsorganisationen Iraklio und Ano Liosia wurden in organisatorische Kerne umgewandelt und eine Reihe von Mitgliedern verschiedener Ortsorganisationen wurden ausgeschlossen.

b) Die Arbeiten der Konferenz wurden auf Grundlage eines Reglements durchgeführt, das vorsah, daß der Präsident und die Mitglieder des Exekutivsekretariats das Wort ergreifen können, wenn sie es verlangen, wogegen jedem Konferenzteilnehmer nur einmal dieses Recht zusteht.

c) Für die Wahl des neuen Zentralkomitees verfolgte man eine originelle Verfahrensweise, derzufolge der Präsident das Recht hatte, eine unbegrenzte Zahl von Kandidaten aufzustellen. Schließlich wurden für 60 Plätze vom Präsidenten ungefähr 50 Kandidaten vorgeschlagen, die durch ‚teuflischen Zufall' alle gewählt wurden.

d) Trotz alledem sah der Verfasser der Geschäftsornung der Konferenz ... vor, daß die Kandidatenliste um 14 Uhr (am Sonntag) geschlossen und bekanntgegeben werden sollte, während die Wahl um 18 Uhr beginnen sollte. Mit diesen Methoden scheint in den Avantgardeträgern die Unbeeinflußbarkeit des Urteils der Delegierten bei der Wahl der Anleitungsorgane gewährleistet zu werden.

... Irgendwann muß Schluß damit sein, daß das Volk verhöhnt und der Name des Sozialismus ohne irgendein Gefühl der Verantwortung oder des Anstands behandelt wird."

Griechenland/Türkei-Kommission

Zur Situation der Frauen auf Zypern

Die Rolle der Frau auf Zypern ist diese Tatsache dem lokalen Bischof ker. Eine Verkennung ihrer Rolle be-

Zur Situation der Frauen auf Zypern

Die Rolle der Frau auf Zypern ist auch heute noch, wenngleich in den großen Städten und evt. in Studentenkreisen Änderungen zu sehen sind, geprägt von der reaktionären Familienideologie.

„Die Pflicht der Frau sich selbst und der Familie gegenüber ist es, sich von allen kritischen Anspielungen auf ihre sexuelle Sittsamkeit reinzuhalten. In ihrer Kleidung, in ihren Blicken ihrer Sprache und Handlungen sollte eine Frau, wenn Männer anwesend sind, jungfräulich als Mädchen oder mütterlich als Ehefrau erscheinen."

In kaum einem Dorf konnten wir z.B. Frauen oder Mädchen in Gastwirtschaften sehen, dort wo wir durch eine Autopanne zum Gegenstand übergroßer Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft, die wir überall auf Zypern kennenlernten, wurden, standen Frauen und Mädchen abseits und beobachteten das Geschehen aus „gebührendem" Abstand.

In der Heiratszeremonie der Orthodoxen Kirche wird Gehorsam und Respekt dem Mann gegenüber geschworen. In der Zeremonie heißt es: *„Frauen gehorchen ihren Männern, weil der Mann der Kopf der Frau ist, so wie Christus der Kopf der Kirche."*

Frauen, die sich diesen Moralvorstellungen nicht unterwerfen, droht gesellschaftliche Ächtung. Die Zugehörigkeit der Frau zum Mann ist gesetzlich festgeschrieben. Eine verheiratete Frau gehört der Gemeinde ihres Mannes an, desgleichen die Kinder unter 21 Jahren. Eine unverheiratete Frau wird entsprechend dem männlichen Familienoberhaupt (dem Vater) zugeordnet.

Bei der Heirat spielt auch heute die durch die Eltern vermittelte Heirat noch eine entscheidende Rolle, wie auch die Mitgift.

Am deutlichsten wird die Unterdrückung der Frau am Scheidungsgesetz, das nach den Regeln der Zyprischen Kirche bereits im Jahre 1914 geschaffen wurde und das heute noch Gültigkeit hat. Demnach gibt es zwei Gründe, wonach der Ehemann, und nur er, ohne weiteren Grund sofort die Scheidung einreichen kann: *„Die Tatsache, daß die Ehefrau in der Hochzeitsnacht nicht mehr Jungfrau gewesen ist und diese Tatsache dem lokalen Bischof am nächsten Tag übermittelt wird"* und *„das Übernachten der Ehefrau bei Menschen, die mit ihr nicht verwandt sind, es sei denn sie konnte kein Haus von Verwandten finden, nachdem ihr Ehemann sie aus dem Haus geworfen hat."*

Abtreibung ist auf Zypern kriminell und wird mit sehr harten Strafen bedacht. Seit der Invasion durch die Türkei ist die Praxis der Abtreibungen etwas 'erleichert' worden und zwar in Anbetracht der zahlreichen Vergewaltigungen durch die einmarschierenden Truppen.

Nach einer Vergewaltigung ist es möglich abzutreiben, um *„einen schweren Schlag auf den sozialen Status der schwangeren Frau und ihrer Familie abzuwenden"*. Abtreibungen sind auch möglich, wenn zwei Ärzte versichern, daß das Leben der Frau bei einer Fortsetzung der Schwangerschaft in Gefahr ist, oder das Kind geistig oder körperlich behindert sein wird.

Trotz der moralisch festgeschriebenen häuslichen Rolle der Frau ist ein großer Teil der Frauen berufstätig:

55 % der Arbeitskräfte auf dem Land
30 % der in den Fabriken
25 % der im Handel und
35 % der Arbeitskräfte in anderen Sektoren sind Frauen. Doch mehr als ein Viertel der Frauen sind ungelernte Kräfte, die Anzahl der ungelernten Männer ist nur halb so groß.

Außer den Frauen, die im Staatsdienst, in halb-staatlichen Betrieben und in den Banken arbeiten, wo für Frauen der gleiche Lohn bezahlt wird, erhalten sie in allen anderen Berufen nur ca. die Hälfte des Lohnes der Männer. Hinzu kommt, daß die Anzahl der arbeitslosen Frauen doppelt so groß wie die der Männer mit entsprechender Qualifikation ist. (Informationen und Zitate aus „Cypriot Woman Rise und Downfall" herausgegeben vom „Cyprus Social Research Centre" 1975)

Die Parteien betonen alle die Notwendigkeit der absoluten Gleichheit der Frau. So z.B. die EDEK in ihrem Wahlprogramm: *„Die Frau bildet das halbe Kampf- und Arbeitspotential unseres Volkes. Eine Verkennung ihrer Rolle bedeutet eine Unterhöhlung des nationalen und sozialen Kampfes unseres Landes."*

Und der Parteisekretär Lissaridis betonte auf dem zweiten gesamtzyprischen Kongreß der EDEK von 1974: *„Es bedeutet eine Beleidigung am Sozialismus und an der Zivilisation zur Stellung der Frau eine andere Position zu vertreten, als die ihrer absoluten Gleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen...*
Der Kongreß rief uns zur Schaffung einer starken Frauenbewegung auf, vom richtigen Standpunkt der vollständigen Würdigung des Potentials der Frauen."

Diese sodann auch gegründete Frauenorganisation der EDEK hat es nach Aussagen der Genossen, jedoch nicht leisten können, tatsächlich eine breite Frauenbewegung herzustellen; vielmehr ist diese Organisation politisch „eingegangen". Die politisch aktiven Frauen sind jetzt integriert in die Partei, sie haben zwar gesonderte Treffen zu den besonderen Problemen der Frauen, bilden aber keine eigene Frauenorganisation mehr. In der Partei sind Kommissionen für die besondere Arbeit unter den Frauen gebildet worden.

Nach Aussagen der Genossen gibt es auf Zypern im gesamten politischen Spektrum, Jeweils den Organisationen angegliedert, ca. 10-20 „Frauenorganisationen", die jedoch nach Meinung der Genossen entweder zu „Lady's Clubs" degradiert sind, oder feministische Ziele eingeschlagen haben, was jedoch zu beurteilen außerhalb unserer Kenntnisse liegt.

Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, daß die sozial festgelegte Rolle der Frau und die damit verbundene reaktionäre Ideologie auch bei den fortschrittlichen Kräften ihre Wirkung hat und sicherlich auch die Genossinnen in den politischen Organisationen an dieser Frage einen sehr schweren Stand haben. So stiessen wir bei einigen EDEK-Genossen bei der Frage nach der Frauenarbeit der EDEK nur auf ein mildes Lächeln über die Unwichtigkeit solch einer Frage.

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Demirel droht mit Einführung der Staatssicherheitsgerichte

Mit der Neuauflage der nationalistischen Front Regierung (MC) haben sich die Auseinandersetzungen zugespitzt. Gleich nach der Vertrauensabstimmung im Parlament gab es eine Reihe von Bombenanschlägen gegen Büros der faschistischen MHP, der rechtskonservativen Gerechtigkeitspartei (AP), Anschläge auf faschistische Treffpunkte und auf Gebäude von Vertretern der Kapitalistenklasse. Die Verantwortung dafür übernahm die Volksbegreiungsfront (THKC) und die „Avantgarde der Volksbewegung". Die THKC ist der bewaffnete Arm der Volksbefreiungspartei (THKPC). Diese Organisation wurde während der Militärdiktatur von 1971 bis 1973 systematisch verfolgt und verlor den Großteil ihrer Führer.

Diese Aktionen sind in der Regel jedoch nur die Antwort auf den zunehmenden faschistischen Terror, der sich der staatlichen Rückendeckung sicher sein kann.

So verhaftete die Polizei 63 linke Studenten eines Wohnheimes nach Schießereien mit den Faschisten. Bei den Faschisten fand man bezeichnenderweise keine Waffen, Verhaftungen wurden schon gar nicht vorgenommen.

Die Faschisten ihrerseits haben in der letzten Zeit ihre Bombenanschläge gegen Büros fortschrittlicher Vereine verstärkt. Diese von den Faschisten provozierte Situation ist nun für die neue MC-Regierung und ihren Ministerpräsidenten Demirel Anlaß, erneut die Staatssicherheitsgerichte ins Geschäft zu bringen.

Sie sind Militärgerichten vergleichbar und beinhalten die totale Auslieferung der fortschrittlichen Menschen an die Justiz (siehe INTERNATIONALE 27/28). Im letzten Jahr konnten diese Gerichtshöfe durch den Massenprotest, verbunden mit einem Generalstreik, verhindert werden. Jetzt nimmt der Ministerpräsident, Demirel, den verstärkten Widerstand gegen den faschistischen Terror zum Anlaß, von „zunehmender Verwilderung" zu sprechen, um so die Einsetzung der Staatssicherheitsgerichte zu legitimieren. Schon in nächster Zeit soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Ziel der Regierung ist es, so der Innenminister, *„innerhalb von zwei Monaten die Unruhen zu unterbinden"*. Daß damit nicht der faschistische Terror gemeint ist, wird allein daran deutlich, daß dieser sich gerade in der Amtszeit dieser Regierung ausbreiten konnte.

Der weitere Kurs ist schon vorbestimmt: *„Einerseits sorgen wir dafür, daß die Sicherheitskräfte quantitativ verstärkt und besser ausgerüstet werden. Wir haben aber auch gesetzliche Probleme. Manche müssen geändert oder erweitert werden. Um eine gesunde Gesellschaft zu erhalten, müssen neue Gesetzesgrundlagen geschaffen werden,"* so der Innenminister (Cumh. vom 14.8.77).

Beängstigend ist die Situation des Widerstandes gegen diese bedrohliche Entwicklung.

Immer deutlicher wird, daß die Drohung der gelben Gewerkschaft, Türk-Is, mit einem Generalstreik eine Finte ist. Ziel dieser „Drohung" war nichts anderes, als sich an die Spitze einer möglichen Widerstandsbewegung gegen die Demirel-Regierung zu setzen. Heute wird der Generalstreik seitens der Türk-Is auf Eis geschoben, um die Antwort auf einen Protestbrief der Türk-Is an die Regierung abzuwarten. Diese Politik ist auch möglich geworden, weil sich ein großer Teil der demokratisch-antifaschistischen Bewegung in den Händen der sozialdemokratischen CHP befindet, die mögliche Bündnispartner der jetzigen Koalition, wie die nationale Heilspartei MSP, nicht vergraulen will. Auch die von den Revisionisten propagierte „nationale demokratische Front" ist hier nur als Blitzableiter der von der CHP enttäuschten Menschen zu verstehen. Ein tatsächlicher Ansatz einer antifaschistischen Aktionseinheit ist leider nicht sichtbar (Informationen aus Cumhuriyet vom 6.8. und 14.8.77)

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission



Spanien

E.I.A. — »Partei für die Baskische Revolution«

Wir haben im ARBEITERKAMPF mehrfach über EIA (»Euskal Iraultzarako Alderdia« = Partei für die Baskische Revolution) berichtet, ohne bisher auf ihren Ursprung, ihre Zielsetzungen und ihre Bedeutung näher einzugehen. Das wollen wir hier nachholen.

EIA ist eine baskische revolutionäre Partei, deren Gründung auf dem VII Kongreß von ETA V (politisch-militärischer Flügel, abgekürzt: ETA (pm)) im August 76 beschlossen wurde Die Notwendigkeit einer politischen Kaderpartei, die im eigenen Namen keine bewaffneten Aktionen durchführt und deren Hauptaufgabe in revolutionärer Agitation und Propaganda sowie — im Rahmen des Möglichen — legaler Massenarbeit besteht, war von ETA (pm) insbesondere angesichts der vom spanischen Staat eingeleiteten »Demokratisierung« als unaufschiebbare Notwendigkeit erkannt worden. Einen entscheidenden Anteil an der Gründung einer solchen revolutionären baskischen Arbeiterpartei hatte der Genosse Pertur (Eduardo Moreno Bergaretxe), der seit einem Jahr verschwunden ist und wahrscheinlich von faschistischen spanischen Kommandos in Frankreich entführt und umgebracht wurde. EIA ist somit sowohl historisch wie personell-organisatorisch Erbin des 15-jährigen bewaffneten Kampfes von

heute am entschiedensten für nationale Autonomie eintreten, sind im Gegenteil Internationalisten. Zumindest können wir das mit Bestimmtheit von EIA sagen: *»Wenn die Arbeiterklasse (...) einmal mit allen ideologischen Schemata gebrochen hat, die die Bourgeoisie ihr überstülpt, solidarisiert und identifiziert sie sich mit der Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern«* (EIA, Manifest).

Die Haltung von ETA/EIA zu den aus dem Rest des spanischen Staates nach Euzkadi eingewanderten Arbeiter ist ein weiterer Beleg für ihre internationalistische Haltung: *»In Euskadi gibt es eingewanderte Arbeiter, die nicht die Notwendigkeit der vollen Integration in die baskische Nationalität sehen. Wir müssen ständig diese Integration erleichtern. Diejenigen, die dies berechtigterweise nicht wollen, die weiterhin Spanier, Galizier, Franzosen bleiben wollen, müssen ihre Rechte gewahrt sehen, um auch die geringste Diskriminierung innerhalb der zukünftigen baskischen gesellschaft zu vermeiden«* (ETA-Erklärung nach dem ersten Teil ihrer Sechsten Versammlung, August 73, siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 4).

EIA macht auch kein Geheimnis daraus, daß ein Teil ihrer Militanten keine »echten« Basken sind (sondern eingewanderte Spanier); diese Tatsache ist vielmehr ein Ausdruck der

besondere und zusätzliche nationale Unterdrückung für nationale Unabhängigkeit eintreten.

Die Mehrheit der spanischen linken Organisationen (wie ORT, PTE, MC) haben dagegen längst die Idee des Föderalismus und nicht das Recht auf Lostrennung in ihr Programm aufgenommen.

EIA — eine leninistische Kaderpartei

Bei ihrer ersten öffentlichen Vorstellung am 2.4.77 gab EIA ein Manifest heraus, in dem sie thesenartig ihre politischen Grundlagen und Ziele bekanntgab. EIA stellt darin eine gewisse Zweideutigkeit in den politisch-ideologischen Grundlagen von ETA fest, insofern diese sich bisher nicht als eine Klassenorganisation der baskischen Arbeiter definierte, sondern eher »populistischen« Charakter hatte (als »populistisch« bezeichnet man eine klassenunspezifische, »volkstümliche« Politik):

»...EIA bricht mit dem ,Populismus', der immer in der politisch-ideologischen Linie von ETA verborgen war und nimmt eine eindeutige Klassendefinition vor: EIA präsentiert sich nicht einfach als eine patriotische revolutionäre Organisation, sondern als eine patriotische Arbeiterpartei, die sich auf dem Weg des Aufbaus einer

Die organisatorische Grundlage von EIA ist der demokratische Zentralismus, wobei sie betont, daß ohne Demokratie der Zentralismus bürokratisch entartet: Gegenüber den linken patriotischen Massenorganisationen wie EGAM (Jugendorganisation), IAM (Studentenorganisation) und vor allem LAB (Arbeiter-Gewerkschaft) oder den ASK (Patriotische Volks-Komitees) will EIA keinesfalls eine politische Bevormundung betreiben:

»Durch die Verankerung ihrer Militanten in diesen Massenorganisationen und durch eine Haltung des unbedingten Respekts gegenüber der Autonomie und Selbstorganisation dieser Organe wird EIA die revolutionäre Praxis des Massenkampfes zu ihrer eigenen machen.« »Die Massenorgane müssen ihre Autonomie gegenüber der Partei der Arbeiterklasse nicht nur in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch in der Phase des Aufbaus des Sozialismus bewahren« (aus dem Vorstellungs-Manifest).

Nationaler und sozialer Kampf

Der Nationalismus von EIA unterscheidet sich grundlegend vom baskischen Nationalismus in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges, als im Baskenland der bürgerlich-konservative PNV die politische Führung innehatte. Die zwei Bedingungen, die EIA als

sozialen Basis der nationalen Bewegung sowie das Entstehen einer patriotischen Linken, die ihren konzentriertesten Ausdruck im bewaffneten Kampf von ETA fand. Die Führung des nationalen Befreiungskampfes ist heute aus den Händen der kleinen und mittleren Bourgeoisie (PNV) an die Arbeiterklasse übergegangen, wobei die eingewanderten Arbeiter (etwa 30% aller Arbeiter im Baskenland), die insbesondere in den baskischen Großbetrieben konzentriert waren, die militantesten Kämpfe geführt haben und Entscheidendes zur Überwindung des alten Gegensatzes von Nationalismus und Sozialismus beigetragen haben. EIA spricht vom Entstehen eines »neuen Typs von Nationalismus«, bei dem die nationale und die soziale Befreiung ein und dasselbe sind.

Das entscheidende Argument, das EIA hier anführt ist folgendes: *»Es ist heute offensichtlich, daß euzkadi einen eigenständigen Rahmen des Klassenkampfes hat, daß der Klassenkampf, der sich hier entwickelt, nicht Teil oder Reflex dessen ist, was sich im spanischen Staat entwickelt, sondern seine eigenen Gesetze und seine eigene Dynamik hat. Die auf baskischem Gebiet stattgefundenen starken und kämpferischen Mobilisierungen — die des Burgos-Prozesses im Dezember 1970, die Pro-Amnestie-Kämpfe im Dezember 1974, die Proteste gegen die*

Wir haben im ARBEITERKAMPF mehrfach über EIA (»Euskal Iraultzarako Alderdia« = Partei für die Baskische Revolution) berichtet, ohne bisher auf ihren Ursprung, ihre Zielsetzungen und ihre Bedeutung näher einzugehen. Das wollen wir hier nachholen.

EIA ist eine baskische revolutionäre Partei, deren Gründung auf dem VII Kongreß von ETA V (politisch-militärischer Flügel, abgekürzt: ETA (pm)) im August 76 beschlossen wurde Die Notwendigkeit einer politischen Kaderpartei, die im eigenen Namen keine bewaffneten Aktionen durchführt und deren Hauptaufgabe in revolutionärer Agitation und Propaganda sowie — im Rahmen des Möglichen — legaler Massenarbeit besteht, war von ETA (pm) insbesondere angesichts der vom spanischen Staat eingeleiteten »Demokratisierung« als unaufschiebbare Notwendigkeit erkannt worden. Einen entscheidenden Anteil an der Gründung einer solchen revolutionären baskischen Arbeiterpartei hatte der Genosse Pertur (Eduardo Moreno Bergaretxe), der seit einem Jahr verschwunden ist und wahrscheinlich von faschistischen spanischen Kommandos in Frankreich entführt und umgebracht wurde. EIA ist somit sowohl historisch wie personell-organisatorisch Erbin des 15-jährigen bewaffneten Kampfes von ETA wie auch gleichzeitig eine qualitativ neue Stufe dieses Kampfes, insofern ihre politisch-ideologischen Grundlagen sich ganz eindeutig auf den wissenschaftlichen Sozialismus, auf Marx und Lenin, auf die Diktatur des Proletariats beziehen.

EIA kämpft (wie ETA) für ein unabhängiges sozialistisches Baskenland. EIA versteht sich ausdrücklich als nationale baskische revolutionäre Partei. Die nationale Frage hat insbesondere im Baskenland, aber ebenso in Katalonien, Galizien, Andalusien oder auch in der Provinz Valencia entscheidende Bedeutung, historisch wie aktuell. Die verschiedenen Nationalitäten und Völker des spanischen Staates wurden im Laufe der Geschichte von der kastilischen Zentralgewalt unterworfen und unterdrückt, eine Unterdrückung, die gerade unter dem Franco-Faschismus und besonders in Euzkadi der kolonialen Unterdrückung des spanischen Staates gegenüber dem saharauischen Volk (Westsahara) in nichts nachstand. Die Basken wurden verfolgt und eingesperrt, weil sie Basken waren, sie durften ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Fahne nicht öffentlich zeigen. In dem Abwehrkampf der Völker des spanischen Staates gegen diese besondere Unterdrückung entwickelte und festigte sich zugleich das antifaschistische Bewußtsein, und es ist durchaus kein Zufall, daß das Volk, das den schärfsten und entschlossensten Kampf um seine nationale Identität geführt hat, zugleich das Volk ist, in dem der militante Antifaschismus am tiefsten Wurzeln geschlagen hat: Euzkadi. Insofern haben die Kämpfe für nationale Autonomie und Lostrennung vom spanischen Zentralstaat nichts mit Chauvinismus oder auch nationaler Borniertheit zu tun. Die Kräfte, die heute am entschiedensten für nationale Autonomie eintreten, sind im Gegenteil Internationalisten. Zumindest können wir das mit Bestimmtheit von EIA sagen: *»Wenn die Arbeiterklasse (...) einmal mit allen ideologischen Schemata gebrochen hat, die die Bourgeoisie ihr überstülpt, solidarisiert und identifiziert sie sich mit der Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern«* (EIA, Manifest).

Die Haltung von ETA/EIA zu den aus dem Rest des spanischen Staates nach Euzkadi eingewanderten Arbeiter ist ein weiterer Beleg für ihre internationalistische Haltung: *»In Euskadi gibt es eingewanderte Arbeiter, die nicht die Notwendigkeit der vollen Integration in die baskische Nationalität sehen. Wir müssen ständig diese Integration erleichtern. Diejenigen, die dies berechtigterweise nicht wollen, die weiterhin Spanier, Galizier, Franzosen bleiben wollen, müssen ihre Rechte gewahrt sehen, um auch die geringste Diskriminierung innerhalb der zukünftigen baskischen gesellschaft zu vermeiden«* (ETA-Erklärung nach dem ersten Teil ihrer Sechsten Versammlung, August 73, siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 4).

EIA macht auch kein Geheimnis daraus, daß ein Teil ihrer Militanten keine »echten« Basken sind (sondern eingewanderte Spanier); diese Tatsache ist vielmehr ein Ausdruck der inneren Dynamik des baskischen Freiheitskampfes, daß die entschiedensten Revolutionäre eben auch gegen die besondere und zusätzliche nationale Unterdrückung für nationale Unabhängigkeit eintreten.

Die Mehrheit der spanischen linken Organisationen (wie ORT, PTE, MC) haben dagegen längst die Idee des Föderalismus und nicht das Recht auf Lostrennung in ihr Programm aufgenommen.

EIA — eine leninistische Kaderpartei

Bei ihrer ersten öffentlichen Vorstellung am 2.4.77 gab EIA ein Manifest heraus, in dem sie thesenartig ihre politischen Grundlagen und Ziele bekanntgab. EIA stellt darin eine gewisse Zweideutigkeit in den politisch-ideologischen Grundlagen von ETA fest, insofern diese sich bisher nicht als eine Klassenorganisation der baskischen Arbeiter definierte, sondern eher »populistischen« Charakter hatte (als »populistisch« bezeichnet man eine klassenunspezifische, »volkstümliche« Politik):

»...EIA bricht mit dem ,Populismus', der immer in der politisch-ideologischen Linie von ETA verborgen war und nimmt eine eindeutige Klassendefinition vor: EIA präsentiert sich nicht einfach als eine patriotische revolutionäre Organisation, sondern als eine patriotische Arbeiterpartei, die sich auf dem Weg des Aufbaus einer revolutionären Partei der baskischen Arbeiter befindet« (aus dem Vorstellungs-Manifest).

Die organisatorische Grundlage von EIA ist der demokratische Zentralismus, wobei sie betont, daß ohne Demokratie der Zentralismus bürokratisch entartet: Gegenüber den linken patriotischen Massenorganisationen wie EGAM (Jugendorganisation), IAM (Studentenorganisation) und vor allem LAB (Arbeiter-Gewerkschaft) oder den ASK (Patriotische Volks-Komitees) will EIA keinesfalls eine politische Bevormundung betreiben:

»Durch die Verankerung ihrer Militanten in diesen Massenorganisationen und durch eine Haltung des unbedingten Respekts gegenüber der Autonomie und Selbstorganisation dieser Organe wird EIA die revolutionäre Praxis des Massenkampfes zu ihrer eigenen machen.« »Die Massenorgane müssen ihre Autonomie gegenüber der Partei der Arbeiterklasse nicht nur in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch in der Phase des Aufbaus des Sozialismus bewahren« (aus dem Vorstellungs-Manifest).

Nationaler und sozialer Kampf

Der Nationalismus von EIA unterscheidet sich grundlegend vom baskischen Nationalismus in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges, als im Baskenland der bürgerlich-konservative PNV die politische Führung innehatte. Die zwei Bedingungen, die EIA als Grundlage des heutigen revolutionären Nationalismus angibt, sind zum einen die Veränderung der sozialen Basis der nationalen Bewegung sowie das Entstehen einer patriotischen Linken, die ihren konzentriertesten Ausdruck im bewaffneten Kampf von ETA fand. Die Führung des nationalen Befreiungskampfes ist heute aus den Händen der kleinen und mittleren Bourgeoisie (PNV) an die Arbeiterklasse übergegangen, wobei die eingewanderten Arbeiter (etwa 30% aller Arbeiter im Baskenland), die insbesondere in den baskischen Großbetrieben konzentriert waren, die militantesten Kämpfe geführt haben und Entscheidendes zur Überwindung des alten Gegensatzes von Nationalismus und Sozialismus beigetragen haben. EIA spricht vom Entstehen eines »neuen Typs von Nationalismus«, bei dem die nationale und die soziale Befreiung ein und dasselbe sind.

Das entscheidende Argument, das EIA hier anführt ist folgendes: *»Es ist heute offensichtlich, daß euzkadi einen eigenständigen Rahmen des Klassenkampfes hat, daß der Klassenkampf, der sich hier entwickelt, nicht Teil oder Reflex dessen ist, was sich im spanischen Staat entwickelt, sondern seine eigenen Gesetze und seine eigene Dynamik hat. Die auf baskischem Gebiet stattgefundenen starken und kämpferischen Mobilisierungen — die des Burgos-Prozesses im Dezember 1970, die Pro-Amnestie-Kämpfe im Dezember 1974, die Proteste gegen die Hinrichtung von Txiki und Otaegui, die wegen des Todes von Zabala in Fuenterrabia, die wegen der Morde von Itxaso — waren von einer nationalen Problematik motiviert. Und jene Kämpfe, in deren Entstehung es keine direkt nationale Motivierung gegeben hat, wie nach dem Tod der Arbeiter in Vitoria im März 1976, hatten ein geographisch national begrenztes Echo — der Generalstreik, der darauf folgte, war auf die vier Provinzen von Süd-Euzkadi begrenzt. (...) Es kann nur geringe Zweifel daran geben, daß in Euzkadi die Arbeiterklasse am kämpferischsten und am einfachsten zu mobilisieren ist, daß sich dort das Volk am wenigsten von den Plänen der Oligarchie integrieren läßt«* (aus dem Vorstellungs-Manifest).

(Anmerkung: Txiki und Otaegui waren die beiden ETA-Genossen, die zusammen mit den drei Genossen der FRAP, Sanchez Ravo, Humberto Saena und Ramon Garcia Sanz am 27. September 75 von der Blut-Justiz Francos hingerichtet wurden.)

EIA geht davon aus, daß die baskische Arbeiterklasse heute in der Lage ist, daranzugehen, die politische Macht der Bourgeoisie in Euzkadi zu vernichten und kritisiert jene »Arbeiterparteien«, die von einer gesamtstaatlichen Perspektive her in Euzkadi operieren und den *»revolutionären Prozeß im Baskenland abhängig machen wollen von weniger fortgeschrittenen Entwicklungen, wodurch sie diesen notwendigerweise zurückzerren und behindern«* (EIA, ebenda). Da die revolutionären Prozesse im spanischen Staat sich wesentlich national und ungleichzeitig entwickeln, kann nicht die Revolution im gesamten Staat die Vorausbedingung für die Revolution

Fortsetzung auf S.42



Hier protestieren Genossen aus dem spanischen Teil des Baskenlandes vor dem Justizgebäude von Aix de Provence (Frankreich) am 2.8.77 während des Prozesses gegen den ETA-Genossen „Apala", dessen Auslieferung die spanische Regierung von Frankreich verlangt. Apala wird von der Suarez-Regierung unter anderem die Beteiligung an der Hinrichtung des baskischen Großkapitalisten Ybarra angelastet, was völlig aus der Luft gegriffen ist.
Die Jacken und anderen Kleidungsstücke, die auf dem Bild durch die Luft fliegen, haben einen tiefgründigen Sinn: Sie spielen auf die „Himmelfahrt" des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco an, der von einem ETA-Kommando samt Auto und Chauffeur von einem Sprengsatz 14 Meter hoch gesprengt wurde, was er nicht überlebte... Das in-die-Luft-werfen von Jacken u.ä. wird auf Klein- und Großveranstaltungen der baskischen Linken mit großer Begeisterung immer wieder geübt...

E.I.A. — »Partei für die Baskische Revolution«

Fortsetzung von S. 41

in einer Region sein. *»Aber EIA ist sich zweier Tatsachen bewußt: und zwar der sehr engen Verbindungen zwischen den Völkern der verschiedenen Nationalitäten des Staates* (...), *die alle von demselben politischen Apparat der Oligarchie unterdrückt weren und daß das baskische Volk ein kleines Volk ist von weniger als drei Millionen Einwohnern, das mit allem Heldentum wenig ausrichten könnte mit seinen geringen Kräften gegen die Unterdrückung eines Staates mit mehr als 30 Mio. Einwohnern«* (EIA, ebd.). Insofern müsse ein Stadium erreicht sein, wo die baskische Arbeiterklasse und das baskische Volk Revolution und Sozialismus als unmittelbare Tagesaufgabe begreifen und gleichzeitig der revolutionäre Prozeß der übrigen Völker des spanischen Staates weit genug entwickelt ist, *»um geleitet von einem internationalistischen Geist, zu verhindern, daß die repressiven Kräfte sich auf Euzkadi werfen und dessen Streben nach Unabhängigkeit und Sozialismus in einem Blutbad ertränken«* (EIA, Vorstellungs-Manifest).

Wahlenthaltung — Wahlbeteiligung

Während der Vorbereitungsphase zu den Wahlen zum spanischen »Parlament« (am 15. Juni) schwankte EIA mehrmals zwischen Aufrufen zur Wahlbeteiligung bzw. zur Wahlenthaltung. Dies führte notwendigerweise zur politischen Verwirrung der fortgeschrittensten Teile des baskischen Volkes. Es ist nachweislich so, daß ein relativ hoher Prozentsatz von Wählern (gerade in der baskischen Provinz Guipúzcoa) sich der Stimme enthalten hat, weshalb das Gesamtergebnis für die Liste »Euzkadiko Ezquerra« (»Baskische Linke«, an der sich zu guterletzt nur noch EIA und MC beteiligten) von 80.000 bis 100.000 Stimmen nicht als Ausdruck des realen Gewichts der baskischen revolutionären Linken gewertet werden kann (eine genaue Wahlauszählung liegt übrigens immer noch nicht vor).

EUSKAL IRAULTZARAKO ALDERDIA



E.I.A. ANTE LAS ELECCIONES

A — EXPLICACION DEL PROCESO DE FORMACION DE LA CANDIDATURA

1. Tipo de alianzas

1. Tipo de alianzas

EIA hatte angesichts der bevorstehenden Wahlen ein möglichst breites Bündnis der Revolutionäre bis einschließlich linker sozialistischer Gruppierungen (ESEI, ANV) angestrebt, um dem rechten Block der Suarez-Partei sowie auch den Reformisten der PSOE und PCE ein möglichst einheitliches Gegengewicht gegenüberzustellen. Doch nach ANV und ESEI zog sich eine linke Gruppe nach der anderen aus den Aktionseinheitsverhandlungen zurück (u.a. ORT, PTE, OIC, LCR, PCU, OPI...). Ausschlaggebend war offensichtlich für die linken Gruppen, daß sie mit der Bedingung nicht einverstanden waren, die EIA grundlegend mit einer Kandidatur der Linken verknüpfen wollte: daß nämlich bis zum Beginn der offiziellen Wahlkampagne (am 24.5.) die politischen Gefangenen freigelassen werden. Andernfalls wolle bzw. solle man sich nicht am Wahlkampf beteiligen und zum allgemeinen Wahlboykott aufrufen.

In einer Stellungnahme zu den Wahlen begründet EIA die Fristsetzung für die Befreiung der politischen Gefangenen mit der Hoffnung darauf, daß es unter Beteiligung von PNV, PSOE und PCE zu einem m a s s i v e Wahlboykott in Euzkadi hätte kommen können, wenn diese Bedingung nicht erfüllt wurde. Allerdings zeigten gerade PNV (konservativ-national), PSOE und PCE nicht das allergeringste Interesse, ihre Wahlbeteiligung von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen.

Angesichts der allgemeinen Empörung über die Morde der faschistischen Guardia Civil in der baskischen Amnestie-Woche (8. bis 15.5.) ließ EIA sich von dieser Woge des Volkszorns mitreißen und verkürzte das »Ultimatum« an die spanische Regierung auf den 18.5. Nachdem wenig später fünf Verurteilte aus dem Burgos-Prozeß, die z.T. lebenslange Freiheitsstrafen hatten, von der spanischen Regierung aus dem Gefängnis entlassen und in die Verbannung geschickt wurden, änderte die EIA kurzfristig ihre Haltung und beschloß eine Beteiligung an den Wahlen. Begründet wurde dies einmal mit aussichtsreich erscheinenden Möglichkeiten einer Befreiung aller politischen Gefangenen noch vor den Wahlen und zum anderen mit der Befürchtung, der baskischen Rechten (PNV) und anderen »gemäßigten« Kräften (PSOE, PCE) andernfalls die Früchte von 15 Jahren Kampf für Freiheit und Autonomie des Baskenlandes auf der Ebene der Parlamente zu überlassen, während derer diese Parteien nur durch Abwesenheit geglänzt haben.

EIA bezeichnet diese Schwankungen in einer öffentlichen Selbstkritik als Ausdruck der Unreife und Unerfahrenheit der eigenen Organisation. Grundsätzlich hält EIA jedoch eine Beteiligung an den spanischen Wahlen für unbedingt richtig und notwendig, weil es ein Mittel, wenn auch nur ein zweitrangiges, ist, um dem Kampf des baskischen Volkes Ausdruck und Stimme auch im »Parlament« zu verleihen. EIA kritisiert jene Gruppierungen, die »aus Prinzip« für den Wahlboykott waren. *»Die Haltung, sich zu verweigern um der Verweigerung willen, sich an nichts zu beteiligen, ist gefühlsmäßig sehr stark in*



jenen Teilen des Volkes verankert, mit denen wir verbunden sind; weil das die Merkmale des Kampfes sind, die wir mehr als zehn Jahre hindurch ausschließlich angewandt haben. Aber wir müssen uns unbedingt bewußt machen, daß diese Haltung nicht mehr den Notwendigkeiten des politischen Kampfes in der Zukunft entspricht. Dieser erfordert viel kompliziertere Verhaltensweisen, in denen es nicht nur Schwarz-Weiß-Gegensätze gibt, sondern viele graue Zonen.«

Die Kritik richtet sich gegen die »engsten Verbündeten« von EIA, gegen die beiden Gruppen EHAS (heute HASI) und LAIA, die zusammen die »Koordination der patriotischen Sozialisten« (KAS) bilden. *»Für uns kann eine revolutionäre Politik nicht auf der einfachen und simplen Zurückweisung fußen, sondern sie muß das politische Bewußtsein der Massen entwickeln und in den Klassenkampf eingreifen. Und der Wahlkampf ist ein zusätzliches politisches und Klassenkampfgebiet«* (»hautsi« Nr. 15, illegales Organ der ETA/pm). ETA/pm bringt die Absichten von HASI und LAIA auf den Punkt: *»In der Praxis war diese Kampagne keine gegen die Wahlen, sondern gegen Euzkadiko Ezquerra und ganz besonders gegen EIA und ETA/pm* (...) *Es ist kein Zufall, daß die Plakate, die von den Verfechtern der Wahlenthaltung abgerissen wurden, nicht die von Alianza Popular* (rechtsradikale Fraga-Partei — AK), *noch die des Zentrums waren, sondern jene Plakate von Euzkadiko Ezquerra, auf denen die zum Tode verurteilten Gefangenen, die kürzlich freigelassen wurden, ihre Unterstützung für die Kandidatur zum Ausdruck brachten«* (»hautsi« Nr. 15).

Aktuell versucht HASI sich mehr und mehr offen als Konkurrenzpartei zu EIA herauszuputzen, wobei sie ein demagogisches Wortgeprassel über »Basis-Autonomie« in den Vordergrund stellt und die Notwendigkeit einer leninistischen Kaderpartei mit antikommunistischen Parolen ablehnt. LAIA ihrerseits hat starke trotzkistische Tendenzen und legt einen kleinbürgerlichen Purismus und linkssektiererische Tendenzen an den Tag.

Zu einer politischen Einschätzung der derzeitigen komplizierten Lage in Spanien ist keine der beiden Organisationen in der Lage. Die Situation in Spanien nach den Wahlen wird von EIA charakterisiert als eine *»nicht des Faschismus, aber auch nicht der bürgerlichen Demokratie; es ist eine Zwischensituation zwischen beiden, von der man nicht behaupten kann, es habe sich nichts geändert, aber auch nicht, daß es eine radikale Veränderung gegeben hat«* (aus einem Groß-Flugblatt von EIA). Klar, daß in einer solchen Lage alle Schematiker und politischen Naivlinge mit ihrem Latein am Ende sind.

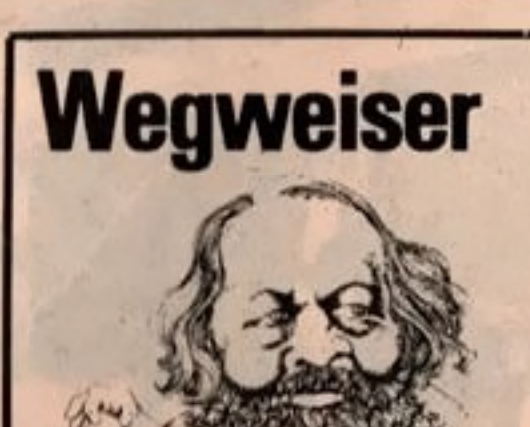
EIA bemüht sich, die Differenzen, die nach den Wahlen in der KAS aufgebrochen sind, zumindest in einem sachlichen Rahmen zu halten, während HASI mit wilden Beschuldigungen hausieren geht, EIA und ETA/pm wollten den Kampf aufgeben, sie würde sich auf's Verhandeln mit der spanischen Regierung verlegen (dieser Vorwurf bezieht sich aktuell auf die Situation der illegal ins Baskenland zurückgekehrten Verbannten der ETA, deren rechtliche Lage nach wie vor von der Regierung in der Schwebe gehalten wird, siehe dazu auch AK 110).

EIA strebt über alle Differenzen hinweg den Aufbau einer baskischen revolutionären Front an, mit dem Ziel kurz- oder mittelfristig zu einem möglichst weitgehenden Autonomie-Statut zu gelangen.

Spanien-Kommission

presoak kalera! txakurrak barrura!
AMNISTIA
PAKERIK
EZ DUGU IZANEN
EUSKAL PRESO GUZTIAK
ASKATU ARTE

Wegweiser





Da schmunzelt der Marxist!

Im Artikel »Betrifft Anarcho-Syndikalismus in Spanien« in AK 110 ist auf der zweiten Seite (Seite 35) ein reichliches Durcheinander durch eine Panne (Übermüdung?) der Genossen der Technik entstanden. Nach der Zwischenüberschrift »Durruti« wurde die Reihenfolge der einzelnen Absätze vollkommen vertauscht. Das Labyrinth ist folgendermaßen zu entwirren:

Der erste Absatz nach der Zwischenüberschrift geht in der dritten Spalte letzter Absatz weiter, dann folgt die ganze vierte Spalte — es geht zurück auf Spalte zwei (Reihenfolge der Absätze stimmt). Von der dritten Spalte geht es mit den beiden ersten Absätzen weiter, sodann folgt die letzte, die fünfte Spalte.

Der »alten Frau mit der geballten Faust« (AK 110, Seite 35) wurde die Bildunterschrift vorenthalten: Es handelte sich um die führende Anarchistin Federica Montseny, die in der Zweiten Republik (nach 1936) Gesundheitsministerin war. Das Bild zeigte sie während einer Rede im Juli 77 auf einer CNT-Veranstaltung in Barcelona.

Wir hoffen, hiermit auch die dazu von interessierter Seite lancierten Gerüchte — der Artikel sei von »anarchistischen Genossen innerhalb des KB« (siehe Karrikatur) layoutet worden — erledigt zu haben.

Spanien-Kommission

KURZMELDUNGEN



Pamplona, 12.8.: 30.000 Menschen demonstrieren für vollständige Amnestie und die Legalisierung aller Parteien.

Euzkadi:

– Am 12.8. demonstrierten in Pamplona (Navarra) 30.000 Menschen für die vollständige Amnestie, die Legalisierung aller Parteien sowie für die Freiheit der beiden ETA-Genossen Larena und „Apala" (Larena wurde bisher als einziger der illegal aus der Verbannung zurückgekehrten ETA-Genossen wieder eingesperrt – s.AK 110). „Apala" wurde am 2.8. vor ein französisches Gericht gestellt, um über das Auslieferungsersuchen der spanischen Regierung zu verhandeln. Ein Urteil wurde – offenbar in Absprache mit der spanischen Regierung – nicht verkündet, da zu große Proteste im Baskenland im Falle einer Auslieferung befürchtet werden. „Apala" ist in den Hungerstreik getreten und befindet sich in einem „ernsten Zustand". Zur Demonstration in Pamplona hatten alle Organisationen der revolutionären Linken und die von der revisionistischen PCE dominierten „Comisiones Obreras" aufgerufen. Die sozialdemokratische PSOE hält es als staatstragende Partei nicht mehr für nötig, für die Kräfte links von ihr noch einen Finger zu rühren und unterschrieb den Aufruf nicht.

„Apala"wird von französischen Bullen abgeführt

– Am 13.August traten die aus der Verbannung zurückgekehrten ETA-Genossen (inzwischen ist ein weiterer – Michel Goiburu – dazugekommen) in Hernani (Guipuzcoa/Baskenland) auf, als der „Marsch für Freiheit von Euzkadi" durch diese Ortschaft zog. Tausende von Demonstranten riefen *„Freiheit für Apala und Larena"* oder *„Ein Volk in Waffen kann niemals besiegt werden"* (El Pais, 14.8.77).

– Mugica Arregui („Ezquerra"), einer der zurückgekehrten ETA-Verbannten, war nach Frankreich zum Prozeß von „Apala" gereist, um dort eine wichtige Aussage zu machen. Die französischen Behörden erklärten ihn jedoch zur „unerwünschten Person" und schoben ihn wieder ab – allerdings an einer nicht von der Polizei bewachten Grenzstelle, so daß der Genosse ohne Schwierigkeiten nach Euzkadi zurückkehren konnte ..(!).

– Letzte Meldung: Wie in der Tagesschau am 20.8. gemeldet wurde, demonstrierten in San Sebastian am selben Abend etwa 15.000 Menschen vor der französischen Botschaft für die Freilassung von „Apala". Als die Demonstranten angeblich die Botschaft stürmen wollten, schoß die Polizei mit Gummikugeln. Über 20 Demonstranten wurden verletzt, jedoch auch einige Polizisten.

Spanische Linke:

– ORT begann mit großem propagandistischen Aufwand am 13.8. ihren ersten legalen Parteikongreß. Die ORT-Führung klammerte von vornherein Themen, die zu widersprüchlichen Diskussionen führen könnten, von der Behandlung aus, so z.B. den geplanten Zusammenschluß mit der anderen „ML"-Organisation PTE. Insofern dient der Kongreß vor allem der öffentlichen Profilierung der ORT. Neue Variante der ORT-„ML"-Linie ist ihre scharfe Polemik gegen die spanischen Euro-Revisionisten, die man offenbar in engem Zusammenhang mit einer Äußerung eines ihrer Vertreter (Manuel Guedan) in Mailand Mitte Juli sehen muß. Guedan sprach dort auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der italienischen MLS und der Radikalen Partei von dem *„Wunsch der ORT, die Verbindung zur PSOE zu verstärken, um die spanische Politik vom Einfluß der Supermächte zu entfernen"* („El Pais", 15.7.77).

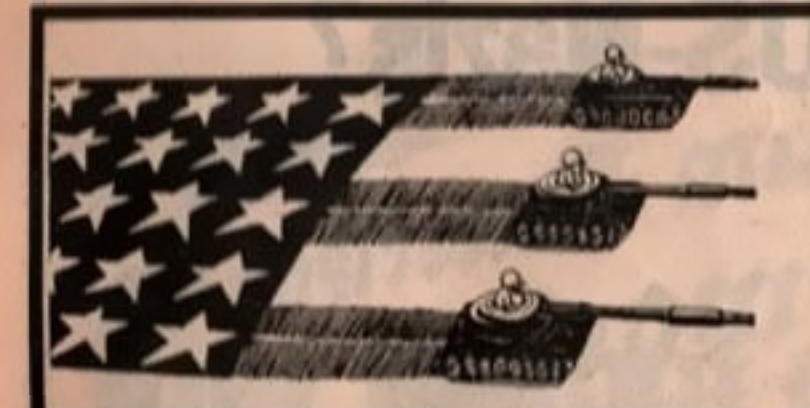
– Die spanische Polizei verhaftete am 6.8. sechs vermutliche GRAPO-Mitglieder. Ihnen wird eine lange Liste bewaffneter Überfälle zwecks Waffenbeschaffung zur Last gelegt, sowie Entwendung von Pässen und Personalausweisen, Autoschildern und elektronischem Material. Für einen Überfall auf den regierungsamtlichen Madrider den regierungsamtlichen Madrider Radiosender am 18.7. (Tag des faschistischen Putsches vor 41 Jahren), bei dem der Versuch einer zwangsweisen Verlesung eines antifaschistischen Kommuniques mißlang, hatte sich ebenfalls die GRAPO verantwortlich erklärt. Die Liste der den Verhafteten angelasteten „Vergehen" ist absolut nicht typisch für eine rechtsradikale oder gar CIA-Organisation, wie anläßlich der spektakulären Entführungsaktion durch diese Gruppe der beiden frankistischen Würdenträger (Oriol und Villaescusa) von der gesamten spanischen Presse einschließlich großer Teile der „revolutionären" Linken unterstellt wurde. Rechtsradikale Gruppen haben es erfahrungsgemäß (gerade in einem faschistischen Land) nicht nötig, sich Waffen durch selbstgefährdende Einzelaktionen zu beschaffen ...

Streiks:

– Die Hotel- und Gaststättenangestellten in verschiedenen Regionen Spaniens traten im August in einen z.T. mehrwöchigen Streik für höhere Löhne sowie weniger und vor allem bezahlte Überstunden. Die Angestellten von La Coruna (Galizien) und Zaragoza, von wo der Streik ausging, forderten 8.000 Peseten (=230 Mark) lineare Lohnerhöhung sowie Einhaltung der Arbeitszeit. Die Forderungen in den übrigen Streikzentren (Malaga, Cadiz, Asturien, Costa del Sol, Costa Brava) lauteten ähnlich. Die Kollegen Kellner, Zimmermädchen, Köche usw. verdienen in aller Regel nicht viel über 400 Mark im Monat und müssen dafür 11 bis 14 Stunden am Tag arbeiten! An der Costa del Sol und Costa Brava (die beiden Touristikzentren Spaniens) wurde der Streik schon nach zwei Tagen mit einer linearen Lohnerhöhung von etwa 150 Mark beendet. Auch in Zaragoza und La Coruna ging der Streik vorläufig mit einer Lohnerhöhung von nur 110 Mark für alle und der Wiedereinstellung aller Entlassenen zu Ende.

– Die spanischen Bäcker fordern eine Brotpreiserhöhung von 30% und traten dafür in den Streik. Der von der Regierung kontrollierte Brotpreis wird wahrscheinlich um 16-20% erhöht werden.

Spanien-Kommission



USA

Neue Einzelheiten über Folterforschung der CIA

... er Gruppe von Reportern der New York Times ist es gelungen, durch Auswertung von ca. 2.000 CIA-Dokumenten und umfangreichen Interviews neue Einzelheiten über ein 25-jähriges Forschungsprogramm (1949-74) der CIA an die Öffentlichkeit zu bringen. So belegt ein CIA-Dokument, daß versucht wurde, Verfahren zum „kontrollierten Hervorrufen" von Kopfschmerzen, Ohrensausen, Muskelkrämpfen und Schwindelgefühlen zu entwickeln. Damit sollte erreicht werden, einen Menschen zu einer verwirrten, an sich selbst zweifelnden Masse zu machen, um seinen Willen zu zerstören.

Eines der am längsten verfolgten Ziele war, einen künstlichen Gedächtnisschwund hervorzurufen, unter anderem gerade auch deshalb, um auf diese Weise morden zu können, ohne Spuren zu hinterlassen. Zu dieser Kategorie von „Forschung" gibt es in der Dokumentation weitere Hinweise, wie z.B. den Vorschlag eines Wissenschaftlers, Menschen zu töten, indem man sie in einem luftdicht abgeschlossenen Raum mit Kohlendioxid erstickt. Das wären die modernen Gaskammern, Marke CIA.

Sehr aufschlußreich an diesen Enthüllungen ist weiterhin, daß eine ganze Reihe prominenter medizinischer Forschungsinstitute und staatlicher Krankenhäuser der USA und Kanadas an diesen „Forschungen" beteiligt waren. Die CIA vermittelt ihre Aufträge und Gelder über private medizinische Forschungsstätten. Die „Foundation for Medical Research" (Gesellschaft für medizinische Untersuchung in Washington und die „Josiah Macy jr. Foundation" die in einem Bericht genannt werden, arbeiten heute noch! Eine andere, die „Society for the Investigation of Human Ecology Inc" (Gesellschaft zur Untersuchung der menschlichen Ökologie) wurde 1965 aufgelöst. Die Bezahlung der Experimente wurde teilweise auch unter dem Deckmantel von anderen staatlichen Agenturen vorgenommen.

Trotz der Weigerung einer Reihe von namhaften Medizinern, sich für diese kriminellen Experimente mißbrauchen zu lassen und dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit gegen die bekannt gewordenen Versuche, ist es der CIA gelungen, ein weitgespanntes Netz von Wissenschaftlern und Gerätschaften zusammenzubringen. Ein Teil davon wurde jetzt veröffentlicht:

- Dr. Carl Pfeiffer, ein Pharmakologe, führte zwischen 1955 und 1964 LSD-Experimente für die CIA an Gefangenen (!) des staatlichen Gefängnisses in Atlanta und des Bordentown-Gefängnisses in New Jersey durch. Er bekam dafür jährlich 25.000 Dollar über die Geschikter Foundation.
- Die Geschikter Foundation finanzierte zu einem Teil ein 3-Millionen-Gebäude für die Medizinische Schule der Georgetown-Universität.

Die CIA wollte an einer „angemessenen Universität" eine „Gerichtsmedizinische Abteilung" gründen, um ihre verbrecherischen Aktivitäten unter völliger Kontrolle und unter einem angemessenen Deckmanteldurchführen zu können. Dr. Ewen Cameron, von dem „Allan Memorial Institute of Psychiatry" an der Mc Gill Universität in Montreal, führte eine Reihe von Experimenten zur „Verhaltenskontrolle" durch, einschließlich der Wirkungen von Isolation und der Ausschaltung sinnlicher Wahrnehmung. Die „Arbeit" wurde über die „Gesellschaft zur Förderung der menschlichen Ökologie" finanziert.

Dieselbe Gesellschaft zeichnete auch für Experimente mit Beruhigungsmitteln und Alkohol an geisteskranken Patienten und Bediensteten des „Butler Memorial" Krankenhauses in Providence (Rhode Island) verantwortlich.

Die von der CIA weitgehend kontrollierte Gesellschaft wurde unter der Leitung von Dr. Harold Wolff, einem prominenten Psychologen, und einer führenden Autorität auf dem Gebiet der Schmerzensforschung, aufgebaut. Dr. Wolff und ein Mitarbeiter bekamen die Aufgabe, Informationen über „Gehirnwäsche" zu sammeln.

1962 trat der CIA-Mediziner Manfield Gunn an den Vorsitzenden der Psychiatrisch-Neurologischen Abteilung der Tulane Universität, einen Bio-Psychologen, mit dem Auftrag heran, ob er nicht daran interessiert wäre, das Schmerz-Zentrum im menschlichen Gehirn zu untersuchen. Dr. Heath lehnte damals empört ab, aber bei den finanziellen und sonstigen Möglichkeiten der CIA kann man wohl davon ausgehen, daß sich irgend ein Schwein für diese Experimente fand.

Von weiteren 5.000 Dokumentenseiten über dieses CIA-Projekt wird unter anderem Aufschluß darüber erwartet, ob die CIA auch Tests mit einer „knock-out" Droge an unwissenden Krebskranken im letzten Stadium finanziert hat.

Allerdings hat die CIA inzwischen alle Namen von Personen und Institutionen aus den Akten gelöscht (alle Informationen nach „International Herald Tribune", vom 3.8.1977).

Nachtrag: Übrigens begannen die US-Frankensteins ihre Versuche 1953, genau dem Jahr, in dem die USA die Nürnberger Statuten von 1947 unterzeichneten, in denen u.a. steht, daß *„medizinische Forschung dem Wohl der Menschheit dienen soll und nur angewendet werden soll an Menschen, die zuvor über die Natur und die Risiken der Experimente informiert wurden und eingewilligt haben"* (nach „Workers World", 12.8.77).

/Gruppe Göttingen

... Forschungsinstitute und staatlicher Krankenhäuser der USA und Kanadas an diesen „Forschungen" beteiligt waren. Die CIA vermittelt ihre Aufträge und Gelder über private medizinische Forschungsstätten. Die „Foundation for Medical Research" (Gesellschaft für medizinische Untersuchung in Washington und die „Josiah Macy jr. Foundation" die in einem Bericht genannt werden, arbeiten heute noch! Eine andere, die „Society for the Investigation of Human Ecology Inc" (Gesellschaft zur Untersuchung der menschlichen Ökologie) wurde 1965 aufgelöst. Die Bezahlung der Experi-

... führen zu können. Dr. Ewen Cameron, von dem „Allan Memorial Institute of Psychiatry" an der Mc Gill Universität in Montreal, führte eine Reihe von Experimenten zur „Verhaltenskontrolle" durch, einschließlich der Wirkungen von Isolation und der Ausschaltung sinnlicher Wahrnehmung. Die „Arbeit" wurde über die „Gesellschaft zur Förderung der menschlichen Ökologie" finanziert.

Dieselbe Gesellschaft zeichnete auch für Experimente mit Beruhigungsmitteln und Alkohol an geisteskranken Patienten und Bediensteten des „Butler Memorial" Krankenhauses in Providence (Rhode Island) verantwortlich.

tionen aus den Akten gelöscht (alle Informationen nach „International Herald Tribune", vom 3.8.1977).

Nachtrag: Übrigens begannen die US-Frankensteins ihre Versuche 1953, genau dem Jahr, in dem die USA die Nürnberger Statuten von 1947 unterzeichneten, in denen u.a. steht, daß *„medizinische Forschung dem Wohl der Menschheit dienen soll und nur angewendet werden soll an Menschen, die zuvor über die Natur und die Risiken der Experimente informiert wurden und eingewilligt haben"* (nach „Workers World", 12.8.77).

/Gruppe Göttingen

Zwangssterilisation bei Indianerinnen

Selbst die Regierung hat nun bestätigt, daß es in den USA Zwangssterilisationen gibt. Nach offiziellen Angaben des General Accounting Office (GAO – Statistisches Bundesamt) wurden in den vergangenen vier Jahren 3.400 Indianerinnen sterilisiert. Viele wußten nicht einmal davon, viele hatten nicht zugestimmt. Obwohl Vertreter der organisierten Indianer schon lange dagegen protestierten, ist der jetzt vorliegende Bericht das erste Dokument, in welchem die Regierung die Zwangssterilisationen offiziell bestätigt.

Das GAO berichtet, daß bei einer näheren Überprüfung von 113 „freiwilligen" Sterilisationen in vier Krankenhauszentren im Südwesten der USA eine Mehrheit der Einwilligungsschreiben nicht den Paragraphen enthielten, der versicherte, daß die Frauen über ihre Rechte informiert wurden. Die meisten Krankenakten enthielten nicht einmal ein Einwilligungsschreiben, sondern nur Notizen, daß die Frauen aus „medizinischen Gründen" sterilisiert wurden.

Bereits im Sommer 1974 berichtete die indianische Zeitung „Akwesasne Notes", daß bei den Nachforschungen einer indianischen Ärztin, immer dann Krankengeschichten verschwunden waren, wenn es sich um Sterilisationen handelte. Die Antwort des „Indian Health Service" (Indianer-Gesundheitsfürsorge) auf Anfragen der Ärztin bezüglich der Sterilisationspraktiken ergab, daß „den Frauen besser damit gedient" sei, wenn sie sterilisiert würden. Die Ärztin fand heraus, daß von 132 Indianerinnen in einem Krankenhaus 100 ohne medizinische Indikation zwangssterilisiert wurden.

Der wesentliche Grund für diese schweinische Methode ist, daß je weniger Kinder arme Familien haben, um so weniger finanzielle Unterstützung gezahlt wird. Zum einen offenbart sich hier wieder einmal die Frauenfeindlichkeit und menschenverachtende Haltung der US-Verwalter, die nicht „moralisch" genug sein können, wenn es um die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen geht.

USA-Kommission

US-Gewerkschaftsführer — eine kriminelle Vereinigung

Die durch das spurlose Verschwinden ihres ehemaligen Chefs James Hoffa bekannte Vereinigung „Teamster-Brotherhood", eine der größten US-Gewerkschaften, ist der Mittelpunkt eines neuen Skandals. Der ständige Untersuchungsausschuß des Senats kommt aus dem Staunen kaum mehr heraus:

- Für einen 5 Millionen Dollar-Kre-

angelegt, daß es unmöglich ist, den wahren Wert festzustellen.

Aufgrund „schlechter Kredite" ist es sogar möglich, daß der Fond schneller Geld verliert, als er es einnimmt.

Der Fond, in den 450.000 Teamsters in 22 Bundesstaaten monatlich rund 29 Millionen Dollar Beiträge einzahlen, investiert jeden Monat 8

US-Gewerkschaftsführer — eine kriminelle Vereinigung

Die durch das spurlose Verschwinden ihres ehemaligen Chefs James Hoffa bekannte Vereinigung „Teamster-Brotherhood", eine der größten US-Gewerkschaften, ist der Mittelpunkt eines neuen Skandals. Der ständige Untersuchungsausschuß des Senats kommt aus dem Staunen kaum mehr heraus:

- Für einen 5 Millionen Dollar-Kre-

dit an das Alladin Hotel in Las Vegas akzeptierte die Teamster-Rentenversicherung als „Sicherheit" Schuldscheine von Glücksspielern des hoteleigenen Spielkasinos in Höhe von 4 Millionen Dollar. Der Kredit war im Juni '77 fällig, konnte jedoch nicht zurückgezahlt werden. Daraufhin wurde er um 45 Tage verlängert (Washington-Post, 19.07.77).
- Ein Kredit über 12,6 Millionen Dollar wurde vergeben für ein Gebäude, das nur 9 Millionen Dollar gekostet hatte. Dies war in Austin, Texas (Washington Post, 20.07.77)

Und so geht es täglich weiter. Der Arbeitsminister Ray Marshall, sein Assistent Eamon Kelly und andere Beamte berichteten vier Stunden lang über die Untersuchungen des Ministeriums. Sie hatten sich bereits ausführlich mit dem Teamster-Rentenfonds beschäftigt und erklärten:

- Die Zentral, Südost- und Südwest Rentenfonds der Teamster sollen zusammen 1,4 Milliarden Dollar enthalten. Aber die Gelder sind in so vielen hochriskanten niedrigst zurückzahlbaren und mit organisiertem Verbrechen verbundenen Krediten

angelegt, daß es unmöglich ist, den wahren Wert festzustellen.

Aufgrund „schlechter Kredite" ist es sogar möglich, daß der Fond schneller Geld verliert, als er es einnimmt.

Der Fond, in den 450.000 Teamsters in 22 Bundesstaaten monatlich rund 29 Millionen Dollar Beiträge einzahlen, investiert jeden Monat 8

Millionen Dollar.

Insgeamt sind über 100 Millionen Dollar in fragwürdigen Krediten bisher untersucht worden.

Nixon reichlich geschmiert

Keine unorthodoxen Gegenwerte akzeptierte Präsident Richard Nixon; er soll vom Teamstervorsitzenden von New Jersey, Anthony Provencano, im Januar 1973 500.000 Dollar und am 6.1.73 in Las Vegas über seinen Berater Charles Colson weitere 500.000Dollar erhalten haben, um den wegen einiger dummerweise nachgewiesenen Verbrechen zu 13 Jahren Gefängnis verurteilten James Hoffa nicht wieder Chef der Gewerkschaft werden zu lassen. Nixon hatte Hoffa im Dezember 1971 unter diversen Auflagen freigelassen. Die Anweisung dieser Millionenbestechung durch den Nachfolger Hoffas als Boss der Teamster, Frank Fitzsimmons, an Nixon ist jetzt Gegenstand einer Untersuchung des US-Justizministeriums (»Frankfurter Rundschau«, 2.8.77).

USA-Kommission



KURZMELDUNGEN



Ach, du lieber Gott – auch das noch!

Fröhliche Urständ feiern die Kirchen in den USA. In einer Umfrage des größten US-Meinungsforschungsinstituts, Gallup, künden sich lichte Zeiten an:

- Erstmals seit 20 Jahren stieg der Kirchenbesuch – 42 % aller US-Amerikaner gehen mindestens wöchentlich dorthin.
- Sieben von zehn US-Bürgern sind Mitglied einer Kirche – der Zulauf ist beträchtlich, besonders bei den evangelischen Kirchen: allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl um 870.000.
- Immerhin 39 % der US-Bürger sind der Überzeugung, daß die Religion in steigendem Maß Einfluß auf das Leben in den USA nimmt (1971 noch 13 %).
- Immer mehr US-Amerikaner sagen, daß religiöser Glaube „sehr wichtig" in ihrem Leben ist – sechs von zehn.

Und neben den 107.367.718 Seelen in Kirchen und Synagogen gibt es auch:

- 6 Millionen Anhänger der transzendentalen Meditation;
- 5 Millionen praktizierende Yogi;
- 3 Millionen Jünger des Mystizismus;
- 3 Millionen Mitglieder charismatischer Organisationen;
- 2 Millionen Anhänger fernöstlicher Religionen.

Wem dies alles angesichts der brutalen Wirklichkeit der US-Gesellschaft doch etwas un„glaub"würdig erscheint, für den hat George Gallup jr. noch ein Facit:

„Die Religion gewinnt an Einfluß auf die Gesellschaft, aber die Moral verliert an Einfluß. ... während die Amerikaner nach außen eindrucksvoll religiös sind, zeigt der Augenschein eine tiefe Kluft zwischen Glaube und Handeln."

Getreu dem US-Wahlspruch: „In God we trust" (nach „International Herald Tribune", „IHT", 18.6.77).

Abtreibungsgegner und Frauenfeinde

Trotz der gesetzlichen Grundlage zur Abtreibung hat das Repräsentantenhaus erneut beschlossen, daß keine Abtreibungen durch irgendwelche öffentlichen Mittel gefördert oder ausgeführt werden dürfen. Mit 201:115 wiederholten die „Volksvertreter" ihre vorjährige Entscheidung, gegen die eine Verfassungsklage wegen „Diskriminierung" bevorsteht.

Für die Frauenfeinde war es denn gleich ein Abwasch, die ohnehin schon geringen Mittel für ein „Gleichberechtigungsprogramm" des Arbeitsministeriums zu streichen, mit dem Diskriminierungen gegen Frauen und Minderheiten an den Arbeitsplätzen „bekämpft" werden sollten. (nach „IHT", 20.6.77)

Black-Panther-Mörder freigesprochen

Am 4. Dezember 1969 überfielen die Killer einer Spezialeinheit der Polizei das Hauptquartier der Black-Panther-Party in Chicago. Kugeln aus neun [illegible] Salven durchlöcherten das B[illegible], in dem sechs Black-Panther-Kader schliefen. Zwei führende Genossen, Fred Hampton und Mark Clark, wurden ermordet, die anderen schwer verletzt. Gegen sieben beteiligte Polizeibeamte wurde von den Überlebenden und den Angehörigen der Ermordeten Klage erhoben auf Schadensersatz in Höhe von 47,7 Millionen Dollar.

Jetzt, nach 18monatigen Verhandlungen erklärte sich die sechsköpfige Jury (Geschworene) nach einer 35stündigen Beratung außerstande, zu einem Spruch zu kommen.

Das Blut gefriert in den Adern angesichts der Begründung des Richters für die Aufhebung des Verfahrens: *„Die Kläger versäumten es, ihre Beweislast zu erfüllen"* („IHT", 22.6.77).

USA-Kommission

Rede- und Versammlungsfreiheit für US-Nazis?

"Ein wunderschönes buntes Poster, 45 mal 75 cm, mit robuster selbstklebender Rückseite ist bereits in Arbeit. Das Poster zeigt drei Rabbis während einem Ritualmord an einem unschuldigen arischen Knaben, aus Anlaß des Hass-Festes Purim. Unsere Propaganda behandelt im allgemeinen Enthüllungen über Enthüllungen aus dem Talmud, den Protokollen von Zion und den Offenbarungsschriften, von denen einige bisher noch nirgends veröffentlicht wurden, von den Hebes (Hebräern) mit dem losen Maul. Kurzum, unsere erfolgreiche "Opposition gegen die schwarze Invasion in Südwest-Chicago wird sich nun gegen die Missetäter wenden, mit denen alles anfing: die Juden!"

Diese unverhohlene Drohung - Teil eines Flugblattes mit dem Titel "Zerschlagt das jüdische System!" - verkündet eine Entscheidung der "National Socialist Party of America" (US-amerikanische Nazi-Partei) aus dem Frühjahr, Demonstrationen in den jüdischen Vororten Chicagos durchzuführen.

Unter den ersten Zielen ist Skokie, an der Nordgrenze von Chicago. 40.000 von den 70.000 Einwohnern Skokies sind Juden; darunter annähernd 7.000 Überlebende der Konzentrationslager, die von den teuflischen Helden der heutigen US-Nazis betrieben wurden. Das Hakenkreuz, welches die letzteren stolz tragen, ruft bei einigen Beobachtern nur spöttische Verwunderung hervor, aber für diejenigen, welche der Hölle entkommen sind, ist es ein grauenvoller, unerträglicher Anblick.

Die Nazis planten Demonstrationen durch Skokie für den 1. Mai und den 4. Juli, aber die Stadtverwaltung setzte durch eine Gerichtsverfügung ein Verbot dieser Demonstrationen durch. Daraufhin riefen die Nazis den Obersten Gerichtshof an, um ihr "Recht auf Redefreiheit" durchzusetzen; vor Gericht wurden sie vertreten durch die American Civil Liberties Union von Illinois (Amerikanische Bürgerrechts-Union). Am 14. Juni entschied das Hohe Gericht in einem 5:4 Urteil, daß das Berufungsgericht von Illinois die Sache umgehend entscheiden solle; entweder die Entscheidung gegen die Nazis aufheben oder sie bestätigen; Fragen der Redefreiheit sollten unverzüglich geklärt werden. Im Normalfall dauern Berufungsprozesse in Illinois ein Jahr oder länger.

Inzwischen haben hunderte von ACLU-Mitgliedern ihre Mitgliedschaft niedergelegt, nachdem es bekannt wurde, daß die Nazis von der freien Rechtsberatung der ACLU so großzügig profitierten. Dies ist die größte Austrittswelle seit 10 Jahren, aber der Geschäftsführer, Aryeh Neier, meinte dazu nur gehässig: *"Ich glaube, es hat niemand auf die Rückseite der Mitgliedskarte gesehen; wir haben darauf den ersten Verfassungszusatz zitiert (First Amendment = Garantie der Redefreiheit)."*

Die Jüdische Verteidigungsliga, die wohl gerade keine Mitgliedskarte zum Zurückschicken hatte, drückte ihren Unmut dadurch aus, daß sie das National-Büro der ACLU in New York ebenso wie die Räume der Miami-Filiale besetzte. Die Liga forderte die sofortige Unterbrechung aller Zahlungen an die ACLU und nannte sie *"eine Gruppe liberaler Idioten, welche als erste von denen vergast werden, denen sie heute noch helfen"*.

In Illinois wiederum fällte das Berufungsgericht gemäß der Aufforderung des Obersten Gerichtshofes schon am 12. Juli sein Urteil: den Nazis wird verboten, das Hakenkreuz auf Demonstrationen oder Kundgebungen in Skokie zu tragen oder anderweitig zu zeigen. Dennoch kommt das Gericht den Faschisten entgegen, weil es die angekündigte faschistische Provokation nicht grundsätzlich verbietet. In der ersten Instanz war noch jegliche Nazi-Demonstration in Skokie - ob mit oder ohne Hakenkreuz - verboten worden.

Die ACLU allerdings hält das Zeigen des Hakenkreuzes für "symbolische Rede", die auch unter den Schutz des Ersten Verfassungszusatzes fällt *"genauso wie das Tragen von Trauerfloren als Ausdruck des Protestes während des Vietnam-Krieges"(!).* Der Staat habe nicht nur das verfassungsmäßige Recht, zu entscheiden, welche Symbole erlaubt sind und welche nicht. Laut ACLU könne es schon sein, daß das Hakenkreuz Haß oder Wut bei den Juden hervorrufen könne, besonders unter den Überlebenden der KZ's, aber dies sei *"der Preis für ein Leben in einer freien Gesellschaft."*

Diese US-Rechts-Berater gingen nun nicht nur in die Berufung, sondern verlangten von den Behörden bei möglichen gewaltsamen Konfrontationen gegen die Juden einzuschreiten und nicht gegen die Nazis, denn diese würden nur "ihr Recht aus dem Ersten Verfassungszusatz" wahrnehmen.

Im Widerspruch hierzu hat das Illinois Berufungsgericht entschieden, daß in diesem Zusammenhang das Hakenkreuz eine „ungeschützte Redeform" ist, eben gerade weil es sehr wohl gewalttätige Reaktionen unter den Juden Skokies provozieren könnte. Dazu erklärte ein "Anwalt" der ACLU mit nachgerade verbrecherischer Kaltschnäuzigkeit: *"Ich weiß nicht, was dabei herauskommen soll. Die Leute in Skokie denken, sie hätten ein verfassungsmäßiges Recht darauf, nicht belästigt zu werden. Aber solch ein Recht gibt es nicht. Wenn die Nazis kommen, warum bleiben diejenigen, welche sie so unerträglich finden, nicht einfach zu Hause und werden n i c h t belästigt?"* - (Village Voice, New York, 1.8.77). Bei solchen Vertretern kann man es den ACLU-Mitgliedern nicht verdenken, wenn sie aus einer derartigen "Auslegung der Menschenrechte" ihre Schlüsse ziehen.

USA-Kommission

Die ACLU und das FBI

Die American Civil Liberties Union (ACLU – Amerikanische Union für bürgerliche Freiheiten), die jetzt die „Freiheit" der Nazis vor Gericht durchsetzte, ist kein unbeschriebenes Blatt! Wie die New York Times jetzt enthüllte, fand in den Jahren 1953 und bis 1959 eine direkte Zusammenarbeit mit dem FBI statt.

Der damalige Leiter des ACLU-Büro in Washington, Irving Ferman, sandte fortlaufend Berichte über die geplanten Aktivitäten der ACLU an das FBI. – Ebenso wurden Protokolle anderer Organisationsteile, Briefwechsel und Stellungnahmen weitergegeben, *„insbesondere wenn jemand verdächtigt wurde, Kommunist zu sein"* (International Herald Tribune, 5.8.77).

So sandte Ferman einen Brief an Louis Nichols, damals dritter Mann in der FBI-Spitze, in dem die Namen von zwei Leuten genannt wurden, die sich an die ACLU gewandt hatten. Sie wollten Unterstützung bei der Organisierung einer Kampagne gegen den McCarthy-Ausschuß (HUAC – Parlamentarischer Ausschuß gegen „Unamerikanische Umtriebe"), in dem Nixon seine Karriere begann.

Das FBI legte über die denunzierten ACLU-Mitglieder und Ratsuchenden Akten an und widmete sich ihnen in der branchenüblichen Weise. – Die ACLU-Führer betonten, daß ihre damaligen Schweinereien im Einklang mit der Politik ihrer Organisation gestanden hätten, die bürgerlichen Freiheiten gegen die zu schützen, welche sie untergraben wollten.

Ferman, der in den FBI-Dokumenten als „Freund" erwähnt wird, hat diesen Titel mit Recht bekommen: Er schlug den früheren FBI-Chef Edgar Hoover für einen „Preis für bürgerliche Freiheiten" vor! Heute ist Ferman Rechts-Professor.

USA-Kommission



Die Nazipartei der USA - hier eine Sturmabteilung im Lafayette-Park in Washington – predigt unter der Losung „Weiße Macht" den Haß gegen Juden, Afroamerikaner und Kommunisten.

Was ist ein „Angriff gegen eine Wache"?


Dieses Foto wurde im Comstock Gefängnis im Bundesstaat New York aufgenommen. Rund um den Gefangenen, Yusef Abdul Alim, hatten sich drohend Wachen aufgebaut. „Ich will euch die Wahrheit erzählen, auch wenn sie hier dabeistehen," sagte er. „Nun seht her, wenn euch eine Wache so an der Gurgel packt, und ihr legt die Hand auf seinen Arm – so – das ist eine Angriff gegen eine Wache." Yusef (eigentlich Albert McQueen) wurde von sechs rassistischen Wächtern im letzten Jahr in Attica brutal zusammengeschlagen, und dieser Angriff leitete den Streik von Attica 1976 ein. Yusef war seitdem fortwährend in verschärfter Einzelhaft (aus „Workers World",29.7.77).

US-Nazis verbreiten Terror in San Quentin

Vor wenigen Wochen wurde im berüchtigten kalifornischen San-Quentin-Gefängnis ein schwarzer Mann, Charles J. Captain, ermordet und drei andere schwarze Gefangene verletzt - durch einen hinterhältigen rassistischen Anschlag von Nazis.

Als die von den Wachen gedeckten Faschisten ihren massiven Angriff gegen Mitglieder der "Nation of Islam" - eine schwarze Muslim-Sekte - ausführten, verteidigten sich die anderen schwarzen Gefangenen nach dem Erstechen von Captain mit aller Kraft. Zwei Rassisten waren anschließend tot und zwei weitere verletzt.

Erst vor zwei Monaten war ein schwarzer Gefangener, Garland Berry, von einer Gang, die sich "Aryan Brotherhood" (Arische Bruderschaft) nennt, umgebracht worden. Daraufhin hatte die Gefängnisverwaltung sofort das Verlassen der Zellen für 23 1/2 Stunden am Tag verboten. Diese Anordnung war gerade zwei Tage vor dem neuen Mord aufgehoben worden.

Organisationen nach dem Vorbild der Nazis werden von den Gefängnisbehörden aufgebaut oder gefördert, als Teil des Terror-Apparates gegen die Insassen.

Die Gefängnisverwaltung kontrolliert jede Minute, jeden Teil des Gefängnislebens. Es liegt in der Hand der Wachen, einen schwarzen Gefangenen mit bewaffneten Mördern ohne weitere Zeugen allein zu lassen. So planten sie auch den Mord an Captain.

Die gleiche Gefängnisverwaltung war es auch, die 1971 den Mord an dem schwarzen Revolutionär George Jackson vorbereitete.

Es sind die Wachen, welche die haßgeladenen Schriften und die Waffen mit hereinschmuggeln, die von den Faschisten gegen die anderen Gefangenen benutzt werden.

Am Tag nach dem Anschlag erlaubte der Gefängnisdirektor der "National Socialist Party of America" in Uniform vor den Toren von San Quentin zu demonstrieren!

Faschismus in den USA, das heißt unter anderem Rassismus, und die Handvoll Nazis in San Quentin wissen, daß sie von der rassistischen Gefängnisverwaltung, den Gerichten und dem Rest des Unterdrückungsapparates des Staates Unterstützung erwarten dürfen.(nach Workers World, 29.7.77).

USA-Kommission

Ungeheuerlich: Kopfgeld für »Nigger«

Die Nazis von Chicago hatten *"demjenigen Weißen"* 200 Dollar versprochen, der *"als erster sein Recht auf Schutz seines Lebens und seines Eigentums in Anspruch nimmt und einen dieser schwarzen Verbrecher auslöscht."*

Durch eine Einstweilige Verfügung ist diese Ungeheuerlichkeit, die von den Nazis über Telefon verbreitet wurde, vorerst verboten worden. Der Richter erklärte, diese Aufforderung stelle eine "klare und unmittelbare Gefahr für die Gesellschaft" dar (Frankfurter Rundschau, 15.8.77).

Der "Führer"der US-Nazis, Frank Collins aus Chicago, gilt als der aktivste und erfolgreichste unter seinesgleichen. So betreibt er vier Telefondienste, die mit verschiedenen Botschaften den Anrufer u.a. dazu auffordern, "Nigger zu killen", "keine Nigger in weiße (Hoch)Häuser" zu lassen usw.

Aus Anlaß von Hitlers Geburtstag warfen die Nazis eine Brandbombe in das Wohnhaus eines Schwarzen! Fortwährend verüben sie Überfälle auf schwarze Arbeiter, ja, sie zerren schwarze Autofahrer aus ihren Wagen, um sie zu verprügeln (Socialist Worker, 1.8.77). Und diese Bande wird von einer "Union für bürgerliche Freiheiten" verteidigt!

USA-Kommission

Der Kampf gegen die Unterdrückung der Schwulen in den USA



Demonstration der „Gay Rights Movement" in New York

Mit dem Sieg reaktionärer Kräfte im Bundesstaat Florida ist der Kampf gegen die Schwulenunterdrückung in den USA in eine neue Phase getreten. War es der amerikanischen Schwulenbewegung zu Beginn der 70er Jahre gelungen, in mehr als einem Duzend der insgesamt 50 Bundesstaaten die reaktionäre Gesetzgebung zur Homosexualität zurückzukämpfen und zu erreichen, daß die Kriminalisierung und Diskriminierung Homosexueller wenigstens auf dem Papier für unzulässig erklärt wurde, so kündigte sich eine Zurücknahme dieser insgesamt noch sehr zaghaften Liberalisierungswelle schon 1976 an, als der Oberste Gerichtshof der USA ein Gesetz des Bundesstaates Virginia bestätigte, daß auch den gleichgeschlechtlichen „Beischlaf" unter Erwachsenen unter Strafe stellt.

Zu einem massiven Angriff gegen die Schwulen und die Schwulenbewegung haben sich in den letzten Monaten in Florida reaktionäre und faschistoide Kräfte unter Führung der Babtistin, früheren „Miss Amerika" und nunmehrigen Werbesängerin für Orangensaft, Anita Bryant, zusammengerottet und durch einen „Voksentscheid"(!) erreicht, daß ein zuvor erlassenes Gesetz zum Schutz der Schwulen gegen Diskriminierung zurückgezogen wurde.

Gegen die sich um Anita Bryant bildende reaktionäre Bewegung setzten sich die US-Schwulengruppen massiv zur Wehr. Es kam zu den bisher größten Schwulendemos in den USA, die von vielen demokratischen Menschen und Organisationen unterstützt wurden. Allein in San Francisco demonstrierten 300.000 Menschen mit einem mehr als vierstündigen Marsch und einer Massenveranstaltung in der Stadt (lt. „San Francisco Examiner", 27.6.77).

Erstes Ergebnis der sich abzeichnenden Radikalisierung und Neuorientierung in den USA war der Zusammenschluß der meisten Schwulen und Lesbengruppen in der neugebildeten „Coalition for Lesbian and Gay Rights". Die Angriffe auf die Schwulenrechte sind aber nur einer der Versuche konservativer und reaktionärer Kräfte, erkämpfte demokratische Rechte wieder abzubauen. So gibt es derzeit Bestrebungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe, des erneuten Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen, der Zurücknahme von Anti-Rassendiskriminierungsgesetzen und vieles mehr.

Die neue Schwulenbewegung

Wie in allen Klassengesellschaften, so unterliegen die Schwulen auch in den USA einer besonders starken Unterdrückung. Ähnlich wie in Europa reichen die Ansätze der Schwulenbewegung bis auf den Anfang dieses Jahrhunderts zurück. Diese Bewegung, als „Homophilen"bewegung bekannt geworden, war ziemlich naiv darauf aus, den Schwulen ein Leben in der Welt der „Normalen" zu ermöglichen, und predigte mehr die Toleranz der Schwulen ihrer Unterdrückung gegenüber, als den aktiven Kampf gegen diese. Ihr Versagen jedoch schuf eine der Grundlagen für die neue Schwulenbewegung.

Die Befreiungsbewegung der Schwarzen, die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung, die Frauenbewegung und die Rebellion der amerikanischen Jugend und Studenten, hatten in den 60er Jahren eine Liberalisierung der US-Gesellschaft erzwungen. Zu ihrem Ende erfaßte dieser Prozeß auch die Schwulen. Ihr Geburtsdatum datiert die neue Schwulenbewegung auf den 28. Juni 1969.

In spontanem Protest widersetzten sich an diesem Tag Schwule in der Christopher Street in New York einem der täglichen Polizeiüberfälle auf Schwulenlokale, in diesem Falle des „Stonewall Inn". Die darauf folgenden dreitägigen Unruhen, mit zahlreichen Verhaftungen und Verletzten , gingen als „Christopher Street Rebellion" oder „Stonewall-Riots" in die neue Schwulenbewegung ein.

Unter der Parole „Out of the closets, into the streets" („Raus aus den Klappen, rein in die Staßen"; Klappe = öffentliche Toilette, schwule Kontaktstelle) fingen Schwule an, ihre Vereinzelung zu überwinden und sich in Gruppen zusammenzuschließen.

Diese Bewegung, entstanden in New York, breitete sich schnell über die USA aus und erfaßte auch Mittel- und Südamerika, Westeuropa, Australien und Japan. In der BRD entstand in diesem Zusammenhang Rosa v. Praunheims Film „ Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft, in der er lebt." Dieser Film förderte die Gründung von 30 bis 40 Schwulengruppen in Westberlin und der BRD.

Die neue Schwulenbewegung brachte eine Generation schwuler Aktivisten hervor, die sich ihrem Selbstverständnis nach wesentlich von denen der alten „Homophilen"-Bewegung unterschieden.

In den USA erhielt die neue, kämpferische Bewegung maßgeblich Einflüsse von den radikaldemokratischen Ideen der Bürgerrechts- und Anti-Vientnamkriegsbewegung. Nicht mehr der Rückzug ins Privatleben und die Klappen, sondern der aktive und gemeinsame Kampf der Schwulen gegen ihre Unterdrückung und Diskriminierung traten in den Vordergrund. Neue, militante Organisationen entstanden, deren größte die „Gay Liberation Front" und die „Gay Activist Alliance" waren.

Ein Jahr später, am 28. Juni 1970, nahmen Tausende Schwule und Lesben an der ersten großen Demonstration für die Schwulenrechte in New York teil. Der Zeitpunkt war im Gedenken an die „Christopher Street Rebellion" gewählt und sollte von nun an alljährlich als „Gay Freedom Day" begangen werden. Gleichzeitig fand in der Christopher Street „West" in Los Angeles ein Unterstützungsmarsch statt, an dem rund 1000 Menschen teilnahmen.

Der Widerhall in der Öffentlichkeit war enorm. Die neue Schwulenbewegung wurde allgemein bekannt. Seit 1970 wurden gleichartige Aktionen in Duzenden von Städten mit Zehntausenden Teilnehmern durchgeführt (nach „Schwuchtel" 1/76; „Militant" US-Trotzkisten-Zeitung, 24.6.77; und „Spiegel", 13.6.77).

Zum Zeitpunkt der „Christopher Street Rebellion" war Illinois der einzige US-Bundesstaat, in dem gleichgeschlechtliche Beziehungen nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Seither hat die Schwulenbewegung der USA wichtige Erfolge verbuchen können:

- Die US-Psychiater-Vereinigung strich Homosexualität von ihrer offiziellen Liste der Krankheiten.
- Einmalig ist die Vereinbarung mit mehreren großen Fernsehgesellschaften, bei der Darstellung eines „negativen" Homosexuellen gleichzeitig auch ein „positives" Gegenbild zu zeigen.
- Großfirmen wie IBM, Honeywell und die Bank of America gaben öffentlich eine Nicht-Diskriminierungspolitik bekannt und sicherten Homosexuellen ausdrücklich gleiche Fortkommenschancen zu.
- In 39 Städten und Gemeinden der USA wurden Gesetze geschaffen, die eine öffentliche oder private Diskriminierung von Homosexuellen verbieten.

Bis heute konnte die Schwulenbewegung den Wegfall der Kriminalisierung in mehr als einem Duzend Bundesstaaten erreichen. So erreichte die neue Bewegung in 5 Jahren mehr, als die alte in einem Jahrhundert vermocht hatte.

Auch auf wissenschaftlichem Gebiet verhalf die Schwulenbewegung den Erkenntnissen zum Durchbruch, die die Thesen von der „Abartigkeit" oder „Krankhaftigkeit" der Homosexualität endgültig in das Wolkenkuckucksheim bürgerlicher Wissenschaft verbannen.

Mit dem Erstarken der neuen Schwulenbewegung wuchs auch ihre politische Bedeutung. Als ein ernstzunehmender Faktor für das bürgerliche System, stellte sich für dieses die Frage nach ihrer Integrierbarkeit. Unter den damaligen Bedingungen, wirtschaftlicher Prosperität (Hochkonjunktur) und gesellschaftlicher Liberalisierung konnte es den illusionären Anschein haben, als ob die Schwulenfrage im Sinne des herrschenden Systems gelöst werden könnte.

Es fanden sich genügend „liberale" Demokraten und Republikaner, die sich als Interessenvertreter der Schwulen anboten. Beispiel war etwa die 1972er Präsidentschaftswahlkampagne von Mc Govern (Demokraten), der sich besonders um die Stimmen der Schwulen bemühte. Schwulenfreundlich gab sich auch Jimmy Carter im Wahlkampf, als er erklärte, er wolle nach seiner Wahl ein Bundesgesetz zur Sicherung der Rechte der Homosexuellen unterschreiben. Höhepunkt dieser „Seit-nett-zueinander" Welle war ein 3-stündiges Gespräch zwischen Vertretern des Schwulenverbandes „National Gay Task Force" (NGTF) und Carters Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Weißen Haus, dessen Ergebnis ein schwuler Teilnehmer blauäugig als *„einen Meilenstein auf dem Weg zur Gleichheit vor dem Gesetz für homosexuelle Männer und Frauen"* bezeichnete („Frankfurter Rundschau", 28.3.77).

Die organisierte Reaktion

Einen entscheidenden Schlag gegen die Schwulen zu führen, hat sich im Auftrag der Reaktion Anita Bryant aufgemacht. Jesus im Herzen, die Bibel in der Hand und Schaum vorm Mund hetzte diese würdige Vertreterin des „american way of life" in Anzeigen: *„Eltern, schützt eure Kinder vor Homosexuellen, denn weil Homosexuelle sich nicht fortpflanzen können, brauchen sie immer frischen Nachwuchs aus den Reihen unserer Kinder"* (zit. nach „Volkskrant" – „VK", 4.6.77 und nach „FR" 10.6.77).

Der römisch-katholische Erzbischof Caroll schrieb zudem einen Hirtenbrief , der während der Messen verlesen wurde, und die öffentlichen TV-Stationen hetzten ebenfalls mit („Times", 20.6.77). Homosexualität wurde als „Lebensstil" bezeichnet, der sowohl *„pervers als auch gefährlich ist"*(„FR", 10.6.77), *„eine Sünde, so gemein, daß selbst Hunde und Katzen sie meiden"* („Spiegel" 25/77).

Mit einem finanziell wohlgepolsterten faschistoiden „Kreuzzug" ihrer Bewegung „Rettet unsere Kinder" sammelte Anita Bryant binnen weniger Wochen 66.000 Stimmen für die Durchführung eines Volksentscheides gegen die Verordnungen zur Aufhebung der Schwulendiskriminierung im Beruf und bei der Vergabe von Wohnungen in Miami (Florida). Auf Stoßstangen-Aufklebern hetzten die Bryant Anhänger, *„einen Schwulen um Christi willen zu killen"* (aus „Radikaal" ,Ztg. der PSP, 14.7.).

Die Mobilisierung der „Gay Liberation Movement", ihre Unterstützung durch die prominente Feministen Gloria Steinem, durch den ehemaligen Justizminister Ramsey Clark und durch andere konnten einen Sieg dieser schwärzesten Reaktion nicht verhindern. Am 7.6. entschieden 200.000 Bürger Miamis und Umgebung gegen rund 90.000 (dies sind 40% der Wahlberechtigten, eine für Volksentscheide in den USA ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung), die erst wenige Monate zuvor erlassenen Verordnungen gegen die Schwulendiskriminierung wieder rückgängig zu machen.

Anita Bryant und ihre Finanziers haben gerade Miami mit Vorbedacht für den Beginn der Kampagne ausgewählt: ist Miami doch ein Gebiet, wo es von „unseren Kindern" sehr wenige gibt, dafür aber *„verlebte Amerikaner ihre Sparpfennige verbrauchen"* („VK", 11.6.), deren Abstimmungsverhalten mit Sicherheit vorauszubestimmen war. Nach diesem leichten Sieg hat die Bryant angekündigt,

Fortsetzung auf S.46

A MESSAGE FROM PEOPLE OF HOLLAND

We, in the land of Anne Frank, know what prejudice and discrimination can lead to.

In the Netherlands, we have been living for many years with legislation which in no way limits a person's rights or liberties because they may be homosexual.

Throughout history an argument used to oppress minority groups has been the alleged danger which they pose to children.

Yet our children in Holland have experienced no harmful effects from our tolerant position on homosexuality.

Tolerance for people of differing backgrounds is a mark of civilization.

President Carter says that human rights are absolute.

If America is going to effectively exercise leadership in advancing human rights around the globe, then America must make itself an example, a nation with equal rights for *all*.

Since this is the first time that a referendum is being held in the U.S. to consider *taking away* human rights from a significant group, we feel compelled to send this message to our friends and staunch ally across the sea.

Discrimination against minority groups should not be tolerated anywhere in the family of nations and is in direct conflict with the Human Rights agreements of Helsinki for which America proudly stands.

We wish the Dade County Coalition for Human Rights success on June 7th and hope that all people of conscience will **VOTE AGAINST REPEAL OF HUMAN RIGHTS.**



VOTE AGAINST REPEAL OF HUMAN RIGHTS.

Ganzseitige Anzeige der niederländischen Stiftung „Freie Freundschaft" im „Miami Herald"

Fortsetzung von S.45

ihren „Kreuzzug für die Moral" auf die ganze Nation auszudehnen. (Informationen nach div. Ausgaben der niederländischen Tageszeitung „Volkskrant" Juni/Juli und „Spiegel" 13.6.).

Wandten sich die Bryant-Gefolgsleute mit ihrem braunen Schmutz direkt an die Bevölkerung, so antwortete die Schwulenbewegung mit Anzeigenkampagnen in den (meist gegen sie arbeitenden) Massenmedien oder ließ eiligst herbeigeflogene Prominente Sympathiekundgebungen und moralische Appelle abgeben (nach „Workers World", 24.6.77). Darunter z.B. Ex-Feldwebel Leonard Matlovich, der 1975 nach 12 jähriger Dienstzeit aus der US-Armee ausgestoßen wurde, nachdem er sein Schwulsein öffentlich gemacht hatte. Angesichts des zu Tage tretenden Schwulenhasses traten die Pro-Schwulenkräfte recht zurückweichlerisch auf: Um eine Koalition mit nicht -schwulen (bürgerlichen) Kräften einzugehen, wurde aus der „Dade County Coalition for Humanistic Rights for Gays" plötzlich die „Dade County Coalition for Humanistic Rights". Das „anstößige" Wort „gay" (=schwul) war unter den Tisch gefallen, und in den ganzseitigen Anzeigen wurde „gay" ebensowenig erwähnt, wie das Wort „homosexuell" („Body Politic", ebd.). Nicht mal die unter bürgerlich Schwulen oft verwendeten Umschreibungen wie „homophil" oder „homoerotisch" tauchten auf. Ganz in diesem Stil ist auch die für den Herbst geplante Kampagne der „National Gay Task Force" angelegt.

Bereitschaft zum Widerstand

Umso ermutigender waren die ersten Reaktionen auf die Niederlage. Machte sich in den Schwulenlokalen von Miami, in denen man voreilig teure Bankette gerichtet hatte, tiefe Depression breit, so führte insgesamt die Nachricht von der Niederlage, trotz anfänglicher Betroffenheit, zu großartigen Reaktionen:

- Als die Meldung von dem Referendums-Ergebnis beim Solidaritätskomitee in San Francisco ankam, gingen die anwesenden 50 bis 60 Schwulen nach Hause, um ihre Freunde per Telefon zu einer spontanen Demo zusammenzurufen. Einige Stunden später trafen sich 300 und marschierten los. Nach und nach schwoll die Demo auf 5.000 an. Parolen: „Keine Miamis mehr!", „Wir haben die Kraft zurückzuschlagen!". An den folgenden Abenden fanden in S.F. täglich Demos mit 250 bis 700 Teilnehmern statt. Als am 12.Juni rund 1000 Demonstranten am „Hotel International", wo 5 bis 7000 Schwarze, Latinos und Asiaten seit sieben Jahren um ihre Rechte als Mieter kämpfen, vorbeikamen, brachten sie ihre Solidarität zum Ausdruck: „Gay, straight, Black, White – all the people must unite!" (Schwule, Heteros Schwarze Weiße „Gay, straight, Black, White – all the people must unite!" (Schwule, Heteros, Schwarze, Weiße – alle müssen sich vereinen!").
- In Norfolk demonstrierten am 8. Juni 500 Schwarze, Weiße und Schwule, unterstützt von der „Workers World Party". Die Ortsgruppe Norfolk hatte 5.000 Flugblätter verteilt, auf denen die enge Verfilzung der Bryant-Bande mit der Großindustrie aufgezeigt wurde. Gleichzeitig störten 300 Schwule eine Veranstaltung mit Horror-Anita.
- In New York gingen noch am Abend des Referendums 1.500 auf die Straße; am folgenden Tag 5.000, obwohl der Demonstrationstermin erst 12 Stunden zuvor angekündigt worden war („Workers World", 17.6.77, Torch Juni/Juli 77).
- In Chicago entwickelte sich eine Großveranstaltung mit Anita Bryant zu einem Desaster für die Veranstalter: Obwohl 2.000 Karten verkauft worden waren, trauten sich nur wenige Hundert Rechte in die Halle, weil etwa 5000 Menschen das Gebäude umringten. An der Aktion, die von dem „Committee for Gay Rigths" und der „Gay-Lesbian Coalition", organisiert worden war, beteiligten sich neben den Schwulen sehr viele andere Unterdrückte (Schwarze, Puerto Ricaner u.a.). Für die meisten war es die erste Teilnahme an einer Massendemonstration, denn die Aggressivität der Bryant-Kampagne hatte selbst die „Gemäßigten" auf den Plan gerufen. Bill Massy, der für die „Workers World Party" sprach, prangerte auf der folgenden Kundgebung die Verlogenheit der „Rettet unsere Kinder Inc." an, indem er darauf hinwies, daß diese Gesellschaft nicht einen Funken Sorge um die schwarzen Kinder hat, die in Südafrika erschossen werden. Auch habe man von Anita B. und Co. keinerlei Protest vernommen, als Tausende von Kindern in Vietnam durch Napalm starben.
- In Houston/Texas protestierten am 16. Juni mehr als 10.000 Schwule und Sympathisanten der Schwulenbewegung gegen eine Versammlung des texanischen Anwaltvereins, auf der Anita B. sprechen sollte. Eine derart große Demonstration hatte es in Houston seit langem nicht mehr gegeben. Eine von den Rechten initiierte Anti-Schwulen-Demo löste sich mangels Masse (nur etwa 200 waren gekommen) und angesichts der übermächtigen Pro-Schwulen-Demonstration auf. Auf der Veranstaltung selbst trugen viele Anwälte aus Solidarität mit den Schwulen ein schwarzes Armband mit rosa Winkel.
- Am 18. Juni demonstrierten in Boston über 5.000 gegen die Bryant-Kampagne.
- In Hollywood demonstrierten am 13. Juni 6.000 Schwule („San Francisco Sentinel", 17.6.77). Gleichzeitig fanden große Demonstrationen in Atlanta, Chicago, Cleveland, Los Angeles, Minneapolis und Seattle statt.
- In Miami wurde eine Veranstaltung zum Gedenken an die in den Hitler-KZs ermordeten Homosexuellen durchgeführt („The Militant", 24.6.77).
- In New Orleans fand die bisher größte Schwulen-Demo an diesem Ort statt. Etwa 3.000 Schwule und Nicht-Schwule, Schwarze und Weiße waren dem Aufruf der „Human Rights for Everyone" (HERE) gefolgt, die eine Koalition von schwulen und anderen demokratischen Gruppen ist. Alle Sprecher betonten, daß die Mobilisierung gegen die Schwulen nur ein weiterer Versuch der herrschenden Klasse sei, die Arbeiter in der momentanen ökonomischen Krise gegeneinander aufzuhetzen. Das zeigte sich auch deutlich daran, daß dieselben Organisationen, die gegen die Schwulen hetzen, auch die Zurücknahme eines Gesetzes fordern, mit dem die Diskriminierung der Farbigen verboten werden soll.
  Einige wiesen darauf hin, daß Anita B. Unterstützung von großen Gesellschaften wie z.B. der Coca Cola Company, vom Ku-Klux-Clan und der faschistischen John Birch Society bekomme. Ein schwarzer Arbeiter berichtete von Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen durch die Coca Cola Company, ihre Unterstützung der Apartheitspolitik in Südafrika und die Ausbeutung von Obstpflückern. **„Jetzt attackieren sie Schwule. Man sieht, es ist derselbe Kampf und deshalb bin ich hier".**

Auch in Europa gab es mehrere Demonstrationen der Solidarität mit der US-amerikanischen Schwulenbewegung:

- So organisierte eine baskische Koalition von kommunistischen gung: So organisierte eine baskische Koalition von kommunistischen Frauen- und Schwulengruppen am 26.Juni eine Solidaritäts-Demo mit rund 10.000 Teilnehmern.
- Am 26. Juni gingen 700 Menschen in Paris auf die Straße, um gegen die wachsende Repression gegen die Homosexuellen in den USA zu demonstrieren.
- In Amsterdam fand eine Demo mit ca. 2.000 Teilnehmern statt.
- Demonstrationen uns nicht bekannter Größe wurden außerdem noch in London und Westberlin durchgeführt.
- In einer Presseerklärung der Gießener Gruppe „H" wurde zur Solidarität und zur Unterstützung der US-Brüder und Schwestern aufgerufen. Die Gruppe „H" erinnerte ausdrücklich angesichts der amerikanischen Erfahrungen an die Verfolgung der Schwulen im Dritten Reich und fragte, *„ob nicht auch in der BRD und Westberlin eine vergleichbare Situation eintreten könnte"*, und sie verfolge *„Bestrebungen, die rechtliche Stellung der Schwulen in der BRD und Westberlin noch zu verschlechtern, mit Sorge"*.

Vor einer Neuorientierung?

Wichtiger noch als die spontanen Reaktionen der amerikanischen Schwulenbewegung waren die Ereignisse der folgenden Tage und Wochen.

Unter der wieder fühlbar gewordenen Bedrohung und dem Versagen der bürgerlichen Kräfte in der Schwulenbewegung, konnte innerhalb einer Woche der Zusammenschluß der meisten Schwulen- und Lesbengruppen in der „Coalition for Human Rights" erreicht werden.

Dies ist ein bedeutender Fortschritt für die Schwulenbewegung, auch wenn viele Differenzen, besonders über Ziele und Art des Kampfes, fortbestehen. Es konnten sich nun viele jüngere und militantere Aktivisten gegen das ältere schwule Establishment durchsetzen und breite Zustimmung bei der großen Mehrheit der Schwulen finden.



Demonstration in Amsterdam „Gegen die amerikanische Hexenjagd auf Homosexuelle"

Angesichts der reaktionären Bryant-Kampagne war diesmal eine starke Beteiligung an den alljährlich zum „Schwulenfreiheitstag" (Gay Freedom Day) stattfindenden Demonstrationen zu erwarten.

Eine weitere Mobilisierung hierzu erfolgte durch den brutalen Mord an dem 33jährigen Homosexuellen Robert Hillsborouhg in San Francisco. Er und sein Freund waren nach dem Besuch einer Diskothek durch vier weiße Jugendliche verfolgt und angegriffen worden. Während sein Freund schwerverletzt fliehen konnte und Hilfe holte, wurde Hillsborough zu Tode getreten. (Um sich gegen die Überfälle durch Fascho-Rocker, sogenannte „Punks", zu schützen, haben verschiedene Schwulengruppen „Butterfly-Brigaden" gegründet, die mit Walkie-Talkies und Pfeiffen ausgerüstet nachts durch die Straßen der „Gay Community" patroullieren.) Zwar reagierte die Polizei äußerst schnell und der Oberbürgermeister ließ zur Beschwichtigung sogar die Fahnen auf Halbmast setzen, doch konnte nun die Erregung kaum noch gedämpft werden. In einem Telegramm an A. Bryant hieß es: **„Das Blut dieses Menschen klebt an Ihren Händen"** („San Francisco Chronicle", „San Francisco Examiner", 24.6.77).

Angesichts der schwulenfeindlichen Kampagne und des Terrors, der bereits das erste Todesopfer gefordert hatte, wurde den Demonstrationen breite Unterstützung zuteil. Es bildete sich eine Gruppe „Straights for Gay Rights", in der Heterosexuelle die Schwulen unterstützten. Auch Teile der Gewerkschaftsbewegung, so die „United Farm Workers", die Lehrergewerkschaft, die Büroangestelltengewerkschaft u.a. riefen zur Teilnahme an den Demonstrationen auf und waren mit eigenen Blocks vertreten.

So wurde der diesjährige „Gay Freedom Day" zu einem der Höhepunkte in der Geschichte der Schwulenbewegung. Die Gesamtzahl der Demonstranten betrug allein in San Francisco 200.000 bis 300.000. Nach Angaben der Polizei war dies die größte Massenveranstaltung nach den Vietnam-Demonstrationen 1971. In New York nahmen 25.000 Menschen an Freiheitsmärschen teil; zwischen 3.000 und 5.000 in Hollywood, wobei der Marsch von weiteren 15.000 Menschen von der Straße aus beobachtet wurde.

In Seattle waren es 2.000 Menschen. Größere Demonstrationen fanden auch in Los Angeles, San Diego, Chicago und Atlanta statt („San Francisco Examiner", 27.6. und „San Francisco Chronicle", 27.6.).

Nach diesem großen Erfolg reagierten die sichtlich aufgeschreckten bürgerlichen Politiker und Massenmedien mit Appellen an die Schwulen, nun nicht den „Bogen zu überspannen" und warnten vor „radikalen Kräften".

Noch kann nicht abgesehen werden, ob es der neuerwachten Schwulenbewegung gelingen wird, den Anfangserfolg in einer starken Bewegung zu konsolidieren und ein festes Bündnis mit anderen von der Reaktion bedrohten Bevölkerungsgruppen zu schließen. Auch dürften die Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlich-versöhnlichen und den konsequenten Kräften in der Schwulenbewegung wieder zunehmen. Ein Ergebnis ist sicherlich schon heute zu vermerken: Nie zuvor haben so viele Schwule in den USA die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft eingesehen und nie zuvor waren so viele bereit, dafür auch aktiv einzutreten.

Viele haben angesichts der reaktionären Hetze und ihren Auswirkungen erkannt, daß nur ihre eigene Kraft und die Stärke ihrer Bewegung ihre Rechte und Interessen gegen jede Form der Unterdrückung, verteidigen kann.

AG Sexualität KB/Gruppe Hamburg (unter Verwendung von Berichten eines Kölner AK-Lesers, der Niederlande- und der USA-Kommission)

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uh
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uh
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Trögley
Postfach 190 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

lateinamerika

Interview mit Fidel Castro

Im folgenden haben wir Ausschnitte eines Interviews übersetzt, das die französische, bürgerliche Zeitschrift „Le Nouvel Observateur" kürzlich mit Fidel Castro geführt hat.

Die Aussagen Fidels geben einen recht deutlichen Eindruck von der Zwickmühle, in der die kubanische Revolution seit Jahren steckt und die Kuba immer mehr ins revisionistische Lager treibt.

Teilweise werden in Fidels Äußerungen noch die alten kämpferischen und internationalistischen Inhalte der kubanischen Revolution sichtbar – wenn er z.B. die blutigen Verbrechen des US-Imperialismus benennt, die kubanische Sympathie für die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt" oder das Recht Kubas auf militärische Unterstützung gegenüber Ländern wie Angola betont.

Problematisch wird es, wo Fidel ausführt, daß Kuba Befreiungsbewegungen nicht in Ländern unterstützen kann, deren Regierungen Kuba respektieren und normale Beziehungen unterhalten. Das Durchbrechen der wirtschaftlichen und politischen Isolierung ist zwar keine Überlebensfrage mehr für Kuba, ist aber doch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die Erweiterung der Handelsbeziehungen über die revisionistischen Länder hinaus eine Notwendigkeit.

Wenn Fidel allerdings die Carterregierung einschätzt, Carter als einen aufrichtigen Mann charakterisiert, von dem man n i c h t s i c h e r sein kann, ob er die Probleme des Hungers und der Unterentwicklung richtigt „b e g r e i f t", so fällt einem keine „wohlwollende" Erklärung mehr ein.

Was waren es für Zeiten, als Fidel in seinen Reden den verbrecherischen Charakter des US-Imperialismus unabhängig von Regierungspersönlichkeiten und taktischen Manövern angeprangert und damit fast das gesamt kubanische Volk mobilisiert hat.

Annäherung Kuba – USA

Annäherung Kuba – USA

Frage: *Wie man hört soll Washington bereit sein, die Wirtschaftsblockade gegen Kuba aufzuheben, wenn Kuba seine Truppen aus Angola zurückzieht. Bestätigen Sie diese Information?*

Fidel: *Wir haben immer betont, daß unsere Solidarität mit Angola oder mit anderen Ländern Afrikas nicht Gegenstand von Verhandlungen sein wird.*

Frage: *Nach Äußerungen von Ihnen werden die Beziehungen zwischen Kuba und den USA nicht vor einer zweiten Amtsperiode Jimmy Carters wiederhergestellt sein. Warum?*

Fidel: *Ich bin Realist – ganz einfach. Die Annäherung wird noch lange dauern. Die USA müssen anfangen zu begreifen, daß wir unsere Prinzipien haben, die wir nicht verraten. Man spricht von Kubanern in Afrika, aber niemand erwähnt die zunehmende zivile Hilfe, die wir den Ländern der Dritten Welt geben. Man legt immer den Schwerpunkt auf die militärische Hilfe. Außerdem, wenn diese Länder uns um militärische Hilfe bitten, um ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen oder zu erhalten, so ist es unser Recht, sie ihnen zu gewähren. Stellen wir denn als Vorbedingung für die Wiederherstellung der Beziehungen zu den USA ihre Truppen aus der Türkei, aus Westeuropa, Okinawa, Korea, Taiwan, den Philippinen und aus Dutzenden von Ländern, in denen sie Militärberater oder Truppen stationiert haben, abziehen?*

Warum fordern sie, daß wir unsere Experten, unsere Instrukteure und selbst unsere militärischen Einheiten aus welchem Land auch immer abziehen, während es auf unserem eigenen Territorium in dem Stützpunkt Guantanomo, Tausende von amerikanischen Soldaten gegen unseren Willen gibt.

Frage: *Und wenn beide Länder ihre Truppen von den verschiedenen Orten, wo sie stationiert sind, abziehen würden?*

Fidel: *Nein, ich schlage vor: Verlaßt ihr Kuba, dann verlassen wir dieses oder jenes Land. Die Abkommen, die wir mit verschiedenen Regierungen getroffen haben, werden nicht angetastet. Darüber wird nicht mit Dritten diskutiert. Aber aufrichtig gesagt, schicken wir lieber Ärzte als Soldaten in andere Länder. Das ist konstruktiver. Das heißt nicht, daß nicht auch der Soldat eine konstruktive Rolle spielt, wenn es sich z.B. darum handelt, die Unabhängigkeit eines Landes zu retten. Aber wenn*
die Souveränität der Länder respek- darum handelt, die Unabhängigkeit eines Landes zu retten. Aber wenn
die Souveränität der Länder respektiert würde, brauchte man keine Soldaten und keine Waffen.

Die USA verstehen das nicht, weil sie eine einseitige Sichtweise haben. Sie schaffen es nicht zu begreifen, daß alle Nationen, Regierungen, Völker gleich sind. Von daher kommen alle die Probleme ...

Frage: *Sie haben gesagt: Man kann Carter und Nixon nicht vergleichen. Was bedeutet das?*

Fidel: *Ich glaube, daß Nixon ein Spaßmacher war, ein Individuum ohne jegliche Ethik. Carter dagegen hat über seine religiöse Bildung eine tiefe Ethik. Nach seinen Erklärungen habe ich von ihm den Eindruck eines aufrichtigen Mannes. Aber ich kann mich täuschen, z.B. : ich bin nicht sicher, daß er die aktuellen Probleme der Welt versteht, besonders die der unterentwickelten Welt. Ich bin nicht sicher, daß er versteht, daß es auf der Welt Millionen und Abermillionen Menschen gibt, die auf Grund der Unterentwicklung und des ungleichen Austauschs Hunger haben. Ich bin ebenfalls nicht sicher, ob er versteht, daß die wesentliche Frage in Bezug auf die Menschenrechte, die Frage nach der Verelendung, dem Hunger, der Unterernährung, den Krankheiten ist, unter denen Hunderte von Millionen Menschen leiden. Und daß die Verantwortlichen für diese Situation der Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus sind (...:).*

Eine ernsthafte Politik für die Menschenrechte müßte als allererstes Schluß machen mit dem Wettrüsten und ein Klima des Friedens in der Welt verbreiten. Denn, solange die großen Mächte auf Bergen von Waffen sitzen, verwandelt sich die Welt in einen Berg von Problemen. Wenn Präsident Carter von den Menschenrechten spricht, will er damit sagen, daß die USA nicht länger faschistische Regimes vom Typ des chilenischen unterstützen werden? Wenn ja, beglückwünschen wir uns. Denn in den letzen 30 Jahren waren die USA Urheber und Beschützer von repressiven, reaktionären, korrupten , faschistischen und blutigen Regimes . (...)

Die Regierung Carter ist seit 18 Jahren die erste Regierung der USA, die keine feindliche Politik Kuba gegenüber macht wie die Regierungen Eisenhower, Kennedy, Johnson, Nixon und Ford. Die letzen Gesten der Amerikaner registrieren wir. Sie haben z.B. die Spionageflüge über unser Land eingestellt und ihren Bürgern
ben z.B. die Spionageflüge über unser Land eingestellt und ihren Bürgern
erlaubt, Reisen nach Kuba zu machen. Es existieren augenblicklich alle Beweise für einen ehrlichen Willen der USA, ihre Beziehungen mit uns zu verbessern. Und nicht allein mit Kuba. Ebenso hat die Regierung Carter bereits ihren Wunsch bekräftigt, mit der Regierung Panamas zu verhandeln, um eine Lösung für die Kanalfrage zu finden.

Was Afrika betrifft, hat Carter im Vergleich zu seinen Vorgängern eine recht differenzierte Sichtweise vor allem in Bezug auf die Apartheid und die Zukunft des südlichen Afrika. Natürlich ist das eine Frage von Nuancen. Die Regierungen Ford und Nixon waren tatsächlich die Verbündeten der faschistischen Regierungen, es ist mir unmöglich, dies von der Carterregierung ebenfalls zu behaupten. Natürlich ist das eine Frage von Nuancen, denn letztendlich sind die Positionen der augenblicklichen US-Regierung den vorhergehenden Regierungen nicht radikal entgegengesetzt."

Im weiteren nimmt Fidel Stellung zur Frage der politischen Gefangenen in Kuba, eine Frage, die seit mehreren Wochen Gegenstand einer widerlichen Hetzkampagne gegen Kuba ist. Er bestreitet die Existenz von politischen Gefangenen in Kuba nicht und betont das Recht des kubanischen Volkes sich gegen Reaktionäre und Feinde der Revolution zu schützen.

Er erklärt, daß Kuba bereit sei, nordamerikanische Gefangene freizulasssen, wenn im Gegenzug die USA eine gleiche Anzahl von schwarzen Amerikanern freiläßt, die „*getrieben von Hunger und Arbeitslosigkeit kriminelle Taten begangen haben*".

Zu Kubas Unterstützung von revolutionären Bewegungen

„Observateur" fragt, wie es zu erklären ist, daß die kubanische Un-

„Observateur" fragt, wie es zu erklären ist, daß die kubanische Unterstützung für revolutionäre Bewegungen seit Ende der 60iger Jahre abgeflaut ist.

Dazu erklärt Fidel, daß die kubanische Position dazu abhängig ist von der Haltung der verschiedenen Regierungen gegenüber Kuba. Als alle lateinamerikanischen Länder – mit Ausnahme von Mexiko – an der US-Blockade gegen Kuba teilnahmen, fühlte sich Kuba völlig frei in der Unterstützung der Befreiungsbewegungen in diesen Ländern.

„Heute haben einige dieser Länder ihre Politik der Subversion aufgegeben und normale Beziehungen mit uns aufgenommen. Sie haben das Recht, daß wir jetzt unsererseits mit der gleichen Haltung ihr politisches und soziales System respektieren. Das heißt nicht, daß wir nicht Sympathie für die revolutionären Bewegungen hätten. Im Gegenteil. Aber wenn sie sich in einem Land entwikkelt, das unsere Souveränität respektiert und mit dem wir Beziehungen unterhalten, sehen wir von jeder Hilfe für die revolutionäre Bewegung ab. Das war unsere Politk und wird sie auch weiter sein" ...

Kubanische Unterstützung für Afrika

Zur Frage der kubanischen Unterstützung für die äthiopische Regierung erklärt Fidel lediglich, daß Kuba rein zivile Hilfe leistet, Ärzte usw. nach Äthiopien geschickt hat aber keine Truppen.

Ähnliches gelte für Zaire. Kuba geht im Moment davon aus, daß unter Berücksichtigung der internationalen Lage und Bedingungen, die wichtigste Aufgabe ist, daß Angola Frieden hat, um den Aufbau des Landes betreiben zu können.

Angola brauche Frieden mit allen seinen Nachbarn, auch mit Zaire, auch wenn Mobutos Regierung eine der korruptesten der Welt ist.

Obwohl Kuba die Position der
der korruptesten der Welt ist.

Obwohl Kuba die Position der Katangi als gerecht und revolutionär betrachtet, kann es keine Waffen und Instrukteure schicken, weil dies „*gegen unseren ersten Gedanken verstossen würde: Angola braucht unbedingt den Frieden. ... Unter dieser Perspektive können wir keine Aktionen ermutigen oder unterstützen, die den Frieden gefährden könnten*".

Latein-Amerika-Kommission

Aufruf



9. Oktober '77 – 10. Todestag des Che

Die Lateinamerikakommission des KB plant anläßlich des 10. Jahrestages der Ermordung Che Guevaras eine Veranstaltungsreihe in der BRD.

– Che Guevara ist nach wie vor Beispiel und Vorbild für zahlreiche Befreiungsbewegungen in der Welt. Fast alle revolutionären Organisationen Lateinamerikas, die über nennenswerten Einfluß verfügen, berufen sich auf Che.

– Mitte bis Ende der 60er Jahre gab es zeitweise intensive Diskussionen sowohl um Ches Guerillastrategie als auch um seine ökonomischen, deutlich antirevisionistischen Beiträge zur Entwicklung der Übergangsgesellschaft in Kuba.

– Diese Diskussion ist heute in grossen Teilen der Linken einem stillen und unpolitischen „Che-Kult" gewichen. Die Revisionisten schweigen Che tot oder bauen ihn zum inhaltsleeren Mythos auf, von der ML-Szene wird er als „putschistischer Abenteurer" angegriffen.

Wir wollen mit dieser Veranstaltungsreihe die Diskussion wieder entfalten und die Erfahrungen aus Ches Leben und Schriften aufarbeiten. Zugleich wollen wir die stark abgeflaute Lateinamerika- und insbesondere die Chile-Solidarität wiederbeleben und durch neue Inhalte politisieren.

Alle Lateinamerikagruppen, -komitees und Einzelpersonen, die Interesse haben, die Veranstaltungen inhaltlich und organisatorisch mitzutragen, sind aufgerufen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Lateinamerikakommission

KURZMELDUNGEN

Brasilien

4.000 Studenten haben erneut in Brasilia gegen die Militärdiktatur, politische Verhaftungen und Folterungen demonstriert. Es gab diesmal keine Zusammenstöße mit der Polizei und auch keine Festnahmen („Süddeutsche Zeitung", 16.8.77).

•

Argentinien

Die argentinische Regierung hat mit der Sowjetunion ein Handels- und Technologieabkommen geschlossen, das die Sowjetunion für die nächsten zehn Jahre zum wichtigsten Abnehmer argentinischer Agrarprodukte macht. Im Austausch liefert die Sowjetunion Maschinen und Technologie insbesondere für die petrochemische, pharmazeutische, Papier- und Fernmeldeindustrie. Das Abkommen war – schon während der seit Februar laufenden Verhandlungen – auf den Widerstand der extrem rechten Militärs und der Großgrundbesitzer gestoßen.

•

Argentinische Linke

Die Revolutionäre Arbeiterpartei Argentiniens (PRT) hat einen neuen Generalsekretär, Luis Mattini. Mitte vorigen Jahres war der langjährige Führer und Mitbegründer der PRT, der Genosse Roberto Santucho, von „Sicherheitskräften" erschossen worden. Luis Mattini, ehemaliger Gewerkschaftsführer, hatte bereits mit Roberto Santucho zusammen in der Leitung der Partei gearbeitet, er gab jetzt in Rom die erste Pressekonferenz. D.h. offensichtlich, daß die Führungsspitze der PRT ebenso wie die der Montoneros jetzt vom Ausland aus arbeitet. („Il Manifesto", 21.7.77).

Der Generalsekretär der Montoneros, Mario Firmenich, hatte Ende Juli ein Treffen mit Felipe Gonzalez, dem Vorsitzenden der spanischen PSOE. Die sozialistische Partei Argentiniens hat, als das Treffen bekannt wurde, sofort ein Telegramm an Willi Brandt, den Vorsitzenden der sogenannten sozialistischen Internationale geschickt, um die Haltung der PSOE als „Einmischung" zu verurteilen. Die argentinischen Revisionisten stehen dem in nichts nach, die KPA hat sofort eine Erklärung herausgegeben, in der sie – das paßt immer – „*jede Form von Terrorismus verurteilt*" („Le Monde", 2.8.77).

•

„Eure Politik treibt Millionen ins Elend".

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der „Spiegel" Auszüge aus einem offenen Brief des argentinischen Schriftstellers Rudolpho Walsh an die argentinische Militärjunta anläßlich des ersten Jahrestages des Putsches. In dem Brief, eine Kopie erhielt übrigens der amerikanische Präsident Carter, werden die Folter und Terrorpraktiken der Militärs und ihre Duldung von rechten Terrorgruppen angeprangert und den schönen Worten anläßlich des Jubiläums gegenübergestellt. Seine Schlußfolgerung: „*Die drei Armee-Abteilungen und die Junta, der Ihr vorsteht, sind heute weder das Zünglein an der Waage von ‚Gewalttaten unter verschiedenen Vorzeichen' noch der gerechte Schiedsrichter über ‚zwei Arten von Terrorismus', sondern der Ausgangspunkt eines ziellos gewordenen Terrors, der nur noch die Sprache des Todes stammelt.*"

Der Brief endet:

„*Das sind die Überlegungen, die ich Ihnen zum ersten Jahrestag des Putsches zur Kenntnis geben möchte, ohne jede Hoffnung angehört und in der Gewißheit, verfolgt zu werden.*"

Einen Tag später wurde Rudolpho Walsh verschleppt.

FREIHEIT FÜR RUDOLPHO WALSH UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !

Panamakanal: Die US-Stützpunkte bleiben

Nach 13 Jahre langen Verhandlungen steht jetzt die „feierliche" Unterzeichnung eines neuen Kanalvertrages zwischen Panama und den USA bevor. Der Vertrag soll noch nicht völlig ausformuliert sein, in seinen inhaltlichen Grundsätzen aber feststehen.

Ergebnis der Verhandlungen ist eine einzigartige Verhöhnung des panamesischen Volkes und aller antikolonialistischen Kräfte in Lateinamerika.

Die Kanalzone – Symbol des US-Imperialismus in Lateinamerika

Die Panamakanalzone ist seit dem Abschluß des ersten Kanalvertrages 1903 Symbol des Kolonialismus und der Unterdrückung Lateinamerikas durch die USA. 40.000 US-Bürger leben in der Kanalzone durch einen hohen Zaun von den Elendsvierteln der Panamesen getrennt, mit eigenen Schulen, Behörden, Läden, Sportplätzen usw.

14 US-Militärstützpunkte mit 9.000 US-Soldaten sind über das Gebiet der Kanalzone verteilt. Sie demonstrieren nicht nur die ständige Anwesenheit der USA im karibischen Raum, sondern bilden Militärs aus ganz Lateinamerika in der Antiguerillakriegführung und Foltertechniken aus (vergl. AK 79 + 100).

Zu Verhandlungen über einen neuen Kanalvertrag erklärten sich die USA 1964 erst bereit, als sich massenhafte Proteste und eine recht starke Guerilla in Panama entwickelt hatten.

Der neue Vertrag – Alles beim Alten

Ergebnis der Verhandlungen ist jetzt ein neuer Vertrag, der bis 1999 laufen soll. Vorgesehen ist eine erheblich größere Beteiligung Panamas an den finanziellen Einnahmen. Nach den bisherigen Informationen erhält Panama jährlich 23 Mio. Dollar (bisher 2,3 Mio. Dollar) und 69 Pfennig pro Tonne Frachtgut, die den Kanal passiert – insgesamt bis 90 Mio. Doll. Außerdem erhält Panama Kredite und Garantien von rund 300 Mio. Dollar. Panama hatte ursprünglich eine jährliche Pachtgebühr von 400 Mio. und eine einmalige Zahlung von 1 Mrd. Dollar verlangt („FR", 12.8. und „SZ", 13/14.8. 77).

Darüberhinaus wird eine Kommission zur Verwaltung der Kanalzone eingerichtet, die aus fünf Nordamerikanern und vier Panamesen (!) bestehen soll.

Im Jahr 1990 soll der Vorsitz in der Kommission an Panama übergehen. Die USA geben 70% des Territoriums der Kanalzone mit Beginn des Vertrages an Panama zurück, behalten aber – und das ist der Hammer– auf unbestimmte Zeit sämtliche Militärstützpunkte und das Recht, die „Neutralität" des Kanals



Militante Demonstrationen gegen die US-Herrschaft in der Kanalzone.

zu sichern.

In der zynischen Sprache der „Frankfurter Allgemeinen" hört sich diese Fortsetzung der offenen Besetzung lateinamerikanischen Territoriums folgendermaßen an: *„Amerika gibt Panama die Garantie, die Sicherheit und Neutralität des Kanals auf unbestimmte Zeit auch nach seiner Übergabe an Panama zu gewährleisten. Zu diesem Zweck haben die Vereinigten Staaten das Recht, alle dazu nötigen Verteidigungsanlagen zu Wasser und zu Lande innerhalb Panamas unter ihrer Kontrolle zu behalten. Amerikanische Kriegsschiffe dürfen den Wasserweg ebenfalls auf unbestimmte Zeit ohne Vorbedingungen passieren"* („FAZ", 15.8.77).

Für Carter stellt sich jetzt ebenso wie für Panamas Präsidenten Torrijos das Problem, für dieses Vertragswerk „zu Hause" Sympathien zu wecken. Carter braucht für den neuen Vertrag eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Senat. Diese Mehrheit ist unsicher, weil eine recht starke Kanal-Lobby, unterstützt von Faschisten wie Ronald Reagan, seit Jahren eine Kampagne für die Beibehaltung des Kanals in US-Besitz führt.

„Die Zone" – so US-Senator Thurmond – *„war unser teuerster Landerwerb ... Wir haben gekauft, gezahlt und die Absicht unser Eigentum zu behalten"* („FR", 12.8.).

Andererseits wird Präsident Torrijos Mühe haben, diesen Vertrag seinem Volk als Erfolg zu verkaufen. Sein Kommentar: Der Vertrag sei *„wie ein kleiner Stein im Schuh, den man ertrage, wenn man den Nagel aus seinem Herzen entfernen könne"*.

Und um wirklich deutlich zu machen, daß dieser Vertrag ein Grund zum Feiern ist, wurde der Abschluß der Verhandlunen mit einem offiziellen Feiertag begangen („SZ", 13./14. 8.77). Ob Torrijos mit dieser Tour



ankommt, wird sich erweisen.

Carters Imagepflege geglückt?

Die Carterregierung verfolgte bei der Intensivierung der Kanalverhandlungen unter anderem das Ziel, ähnlich wie bei der Menschenrechtskampagne das allzu kolonialistische und blutige Image der USA in Lateinamerika etwas zu verschönern. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen sollte man annehmen, daß dieses Vorhaben gründlich mißglückt. Nun hat aber ausgerechnet Fidel Castro bereits „die aufrichtigen Bemühungen" der Carterregierung um eine Lösung der Kanalfrage gelobt (siehe Interview in diesem AK) und angeblich soll er Torrijos ermutigt haben, einen schnellen Abschluß der Verhandlungen mit den USA anzustreben. („SZ", 13./14.8. 77). Weitere Reaktionen sind abzuwarten.

Lateinamerika-Kommission

asien

Pakistans Militärdiktatoren zeigen ihr wahres Gesicht

Das neue pakistanische Militärregime unter General Ziaul Haq hat die aufstandsähnlichen Unruhen bislang nicht beendigen können. So kam es bei dem ersten öffentlichen Auftreten des abgesetzten Ministerpräsidenten Bhutto nach seiner Freilassung wieder zu Straßenschlachten. Dennoch will das Militärregime an den auf den 18. Oktober festgesetzten Parlamentsneuwahlen (noch) festhalten. Bis dahin wollen die Militärs Pakistan allerdings einer politischen Roßkur unterziehen.



öffentliche Auspeitschung

Der amtierende Militädiktator Ziaul Haq, der u.a. während des „schwarzen Septembers" 1970 an der Zerschlagung der palästinensischen Befreiungsstreitkräfte auf seiten des Schlächters Hussein in Jordanien beteiligt war und dafür von Hussein mit einem hohen Orden ausgezeichnet wurde („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.7.77.), hat die Linie seiner Politik in einer Ansprache über den pakistanischen Rundfunk („Karatchi Home Service", 27.7.77, zit. nach „SWB", „Summary of World Broacasts", 29.7.77.) klar gemacht:„ *Als erstes müssen die antisozialen Elemente identifiziert und*

zit. nach „SWB", „Summary of World Broacasts", 29.7.77.) klar gemacht:„ Als erstes müssen die antisozialen Elemente identifiziert und

entwaffnet werden ... Polizei und andere nützliche Einrichtungen werden die notwendigen Aktionen einleiten ... Ich erwarte von jedem patriotischen Pakistani mit Selbstachtung, daß er der Regierung jede Information überbringt, die er bekommt. Die Regierung wird pflichtbewußt sein und das Leben, den Besitz und die Ehre all derjenigen schützen, die mit ihr kooperieren." Zu den „anti-sozialen Elementen" zählen in erster Linie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und politisch engagierte Studenten. So hat das Militärregime angeordnet, daß die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit drei Jahren Gefängnis und die Mitarbeit in einer Studentenorganisation mit bis zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Peitschenhieben zu bestrafen ist, („horizont", 24.7.77).

Die Fabriken sollen von klassenbewußten und politisch fortschrittlichen Arbeitern gesäubert werden.

„Die Nation erwartet von den Arbeitern, daß sie ihrer Verantwortung nachkommen ... Es ist ihre Pflicht, hart zu arbeiten und die nationale Produktion zu erhöhen. Sie sollen ihren Lebensunterhalt gerecht verdienen und keine politischen Arbeiter werden..." (Originalton Ziaul Haq).

Diese Linie wird auch in der Haltung zu den Studenten fortgesetzt: *„Einige unserer Studenten sind mehr Politiker als Studenten. Unsere Erziehungseinrichtungen sind politische Arenen geworden statt Zentren des Lernens ... Den Studenten wird die Teilnahme an politischen Aktivitäten solange nicht erlaubt werden, wie*

Arenen geworden statt Zentren des Lernens ... Den Studenten wird die Teilnahme an politischen Aktivitäten solange nicht erlaubt werden, wie

diese Regierung an der Macht ist" (Originalton Ziaul Haq).

Den fortschrittlichen Studenten, Arbeitern und anderen Werktätigen Pakistans stehen angesichts dieser offenen Drohungen gewiß schwere Zeiten bevor. Die ersten öffentlichen Auspeitschungen hat es bereits gegeben, nachdem die Militärs das islamischen „Recht" eingeführt haben...

Asien-Kommission

Henkern und Mördern nicht das letzte Wort lassen!

Henkern und Mördern nicht das letzte Wort lassen!

Proteste gegen das Verhalten der Bundesregierung im Fall Kaesemann. Nachdem bereits Amnesty International und das Diakonische Werk gegen das Verhalten der Bundesregierung im Fall der ermordeten Elisabeth Kaesemann protestiert hatten, hat sich nun auch ihr Vater, der Tübinger Theologieprofessor Ernst Kaesemann in die Diskussion eingeschaltet. In der Augustnummer der „evangelischen Kommentare" schildert er den Tod seiner Tochter aus seiner Sicht. Der Artikel wurde in der Frankfurter Rundschau nachgedruckt und auch im dritten Programm des NDR verlesen.

Kaesemann begründet zunächst nochmal die Vorwürfe gegen die Bundesregierung und die deutsche Botschaft in Argentinien: Obwohl sowohl Amnesty, als auch dem diakonischen Werk und den Eltern zuverlässige Informationen vorlagen, daß Elisabeth Kaesemann bereits am 8./9. März 1977 von argentinischer Militärpolizei festgenommen wurde und in der Kaserne „Palermo" gefangengehalten wurde, gab sich die deutsche Botschaft mit der Erklärung *„Eine Frau Kaesemann ist nicht bekannt"* zufrieden.

Auch als am 6. Juni der Tod dann zugegeben wurde, nachdem bereits am 2. Juni darüber in argentinischen Zeitungen berichtet wurde, verzichtete die Bundesregierung darauf, irgendwelchen Druck auszuüben, um die Todesursache aufzudecken. Die Erklärung, daß Elisabeth bei einem Feuergefecht mit Monteneros ums Leben gekommen ist, versucht die argentinische Regierung mit einem Dossier über die „Vergangenheit" von Elisabeth zu belegen: Arbeit in den Elendsquartieren, Mitarbeit in der trotzkistischen Vierten Internationale, Teilnahme an Untergrundaktionen usw.

Kein Wunder also, daß die westdeutsche Botschaft für die Aufklärung des Todes von Elisabeth keinen Finger rührte.

Professor Kaesemann scheute nicht die deutliche Anklage gegen die Verantwortlichen und ihre noblen Beschützer: *„Wer nicht von vorneherein Behörden und Generale kritischer Kontrolle entzieht, dagegen die Gefügigkeit einer zensierten Presse vorraussetzt, wer die Umstände eines Todes fragwürdig, die Informationen darüber lückenhaft, weitgehend verzerrt, unsinnig, erfunden nennen muß, kann und sollte, weil er Klarheit, Fakten, Beweise verlangen muß, nur schreien: Lüge, Mord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich tue es jedenfalls und lasse mich nicht mit den zudem plumpen Ausweichmanövern davon ablenken."* („FR", 8.8. 77).

Lateinamerika–Kommission

Kampf um unabhängige Radiostationen!

Australien:
Wie wir berichteten, sollen nach dem Willen der australischen Regierung verschiedene unabhängige Radiostationen geschlossen werden, so beispielsweise der Sender 3 ZZ in Melbourne.

Jetzt wurde bekannt, daß eine weitere Station (3 CR) geschlossen werden soll – weil sie „unaustralisch" ist („Farrago", 8.7.77).

Gegen die Schließungen regte und regt sich breitester Protest – immerhin leben alleine im Raum Melbourne ca. 500.000 Menschen, die auf die unabhängigen Sender angewiesen sind (diese senden als einzige in den jeweiligen Minderheitensprachen).

Spontan demonstrierten sofort nach Bekanntwerden des Schließungs-Bescheids 3 – 4000 Menschen in Melbourne, 30 Organisationen – darunter 20 Gewerkschaften – erklärten ihre Ablehnung der Schließung („Direct Action", 7.7.77).

Gleichzeitig streikte das Personal der staatlichen Rundfunkanstalt „ABC" aus Protest.

Am 15./16.7. ließ die Regierung die Sendestation 3 ZZ durch Polizei besetzen und von Technikern die Sendeanlagen stillegen. Wiederrum demonstrieren 800 Menschen spontan vor der von Polizei besetzten Station. Die Beschäftigten von 3 ZZ gaben hier bekannt, daß sie weitersenden werden – von anderen Stationen aus! Damit sind die Auseinandersetzungen noch lange nicht abgeschlossen.

Der reaktionären Frazer-Regierung geht es nicht nur darum, unabhängige Radiostationen zu schließen. Die genannten Sender haben in der Vergangenheit eine wesentliche Rolle in den Kämpfen der australischen Minderheiten und den Anti-Uran-Kämpfen gespielt. Als einzige Sender brachten sie diese Informationen über die laufenden Kämpfe, brachten vor allem Informationen in den verschiedenen Sprachen der Minderheiten. In diesem Rahmen verwundert es nicht, wenn die Regierung der Sendestation 3 EA (. . . die ebenfalls geschlossen werden soll . . .) verboten hat, über die Maßnahmen gegen 3 ZZ zu berichten („Labor Star", Juli 77).

Asien/Australien Kommission



nahost

Angriff auf die arabische nationale Bewegung
Libyscher Standpunkt erläutert

Vor einer Woche reiste eine Delegation des libyschen Volkskongresses (oberstes Organ der libyschen „Volksdemokratie") durch die BRD, mit der Absicht, „fortschrittlichen Menschen„ den libyschen Standpunkt zum ägyptisch-libyschen Konflikt darzustellen und damit der einseitigen Berichterstattung in der bürgerlichen Presse entgegenzutreten.

Wir hatten Gelegenheit, mit Dr. Riad, einem Mitglied der Delegation, ein längeres Gespräch zu führen. Wir geben im folgenden einen kurzen Überblick über seine Ausführungen nach unseren Gesprächsnotizen.

Grundlage der heutigen Auseinandersetzungen ist nach libyscher Ansicht, daß sich die USA nach ihrer Schlappe in Südostasien dem wirtschaftlich, politisch und strategisch wichtigen Nahen Osten zugewandt haben. Der Angriff Sadats auf Libyen sei ein Teil der Gesamtentwicklung des Gegensatztes zwischen der fortschrittlichen arabischen Nationalbewegung und den Interessen der Imperialisten.

Die arabische nationale Bewegung habe in ihrer Entwicklung seit dem vorigen Jahrhundert fortschrittliche Merkmale entwickelt und sich die Parole des Sozialismus zu eigen gemacht. Ihre größte Kraft habe diese Bewegung zur Zeit Nassers erreicht, aufgrund der hervorragenden Persönlichkeit Nassers, seiner entschlossenen Politik und der solidarischen Haltung der sozialistischen Länder. Die Liquidierung des Feudalismus im Inneren und die aktive Neutralität nach außen mit ihrer Unterstützung der fortschrittlichen Bewegungen in der Welt habe Nasser in wachsenden Gegensatz zu den USA und zu den Ländern gebracht, die mit dem Imperialismus zusammenarbeiten. Folge und Ausdruck davon seien die Angriffe Israels gewesen.

Während nun Libyen unter Gaddafi von Anfang an die nasseristische Politik des arabischen Nationalismus nach innen und außen durch-
Gaddafi von Anfang an die nasseristische Politik des arabischen Nationalismus nach innen und außen durch-
führte, habe Sadat versucht, die Entwicklung umzukehren durch die Liquidierung des öffentlichen Wirtschaftssektors , die Förderung des Kapitalismus, die Politik der „Öffnung" für die Imperialisten, die außenpolitische Wendung zu den USA und die Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte in Ägypten.

Notwendige Folge davon sei der wachsende Gegensatz zwischen dem erzreaktionären Kurs Sadats und der arabischen Bewegung. Das Sadat-Regime sei zum Vorreiter des amerikanischen Imperialismus geworden und schicke seine Söldner nach Kongo, Tschad, Sudan.

Je mehr Sadat sich dem Westen zuwandte, umso tiefer habe also der Widerspruch zwischen der ägyptischen Führung und der libyschen Führung werden müssen und umso härter wurde der Kampf. Der Angriff Sadats auf Libyen sei nur ein Teil dieses Entwicklungsprozesses.

Aber die Rechnung Sadats sei nicht aufgegangen. Weder habe er es durch Einschüchterung erreicht, daß Libyen seine Ziele aufgibt, noch habe er Gaddafi stürzen und durch seinen Schützling Amheischi ersetzen können. Im Gegenteil, der ägyptische Angriff habe die Geschlossenheit von Volk und Führung in Libyen verstärkt. Die Milizen des „Volkswiderstand" seien mobilisiert und bewaffnet worden.

Der Angriff Sadats habe außerdem arabische Empörung ausgelöst, so daß nicht einmal Saudi-Arabien, das mit Sicherheit von Sadats Plänen unterrichtet gewesen sei, es gewagt habe, sich offen hinter den Angriff zu stellen. Die fortschrittlichen arabischen Bewegungen hätten ihre Unterstützung für Libyen erklärt, wenn auch auf Ebene der Staaten nur Algerien.

Die Empörung reiche auch nach Ägypten hinein. Am meisten Angst müsse Sadat vor der Armee haben. Die Armee sei die bestorganisierte Gruppe des ägyptischen Staates und ihre Soldaten und niederen Offiziere erlebten das Elend der ägyptischen Wirtschaft am eigenen Leibe und seien traditionell nationalistisch eingestellt.

Der Angriff auf Libyen sei nur der Anfang gewesen. Die USA würden ihr Ziel nicht aufgeben, das libysche Regime zu liquidieren.

Lybien ist nicht isoliert

Auf die Frage, welchen Charakter das Verhältnis Lybiens zur Sowjetunion habe, antwortete Dr. Said: Lybien verfolge ehrgeizige Pläne der Entwicklung und Industrialisierung des Landes. Hierbei gehe man nach dem Prinzip vor, daß man die besten Angebote nutze. Auf wirtschaftlichem Gebiet verwirkliche man also viele Projekte in internationaler Kooperation, hierbei seien viele sozialistische Länder beteiligt.

Lybien brauche auch diplomatische Unterstützung und Waffen. Die Unterstützung Frankreichs sei nur bis zu einer bestimmten Grenze gegangen. China sei nicht zu einer ausreichenden Unterstützung in der Lage und könne auch keine modernen Waffen liefern. Deshalb sei es natürlich, daß man die Unterstützung der Sowjetunion nutze.

Auf die Frage, ob nicht die lybische Position innerhalb der arabischen Welt ziemlich isoliert sei, antwortete Dr. Said: dies sei auf der Ebene der Beziehungen unter Staaten sicher richtig, hier habe man nur die Unterstützung von Algerien und schwächere Unterstützung von einigen anderen Staaten. Aber man müsse auch die andere Ebene sehen, die Ebene der arabischen Völker, die den lybischen Kurs der arabischen Einheit und Befreiung unterstützen. Auf diese Ebene lege man mehr Wert.

Während des Gesprächs mit Dr.
stützen. Auf diese Ebene lege man mehr Wert.

Während des Gesprächs mit Dr.
Said konnten wir auch unsere Widersprüche zur Ideologie des arabischen Nationalismus, wie sie von Lybien vertreten wird, bestätigen. Es ist nötig, zwischen der rein propagandistischen Seite dieser Ideologie und den Anteilen zu unterscheiden, die ihre Grundlage in einer tatsächlich stattfindenden nationalen Entwicklung haben.

Wir sind auch nicht der Meinung, daß die Rolle des Islam in Lybien als "Religion, die die Interessen der Massen vertritt" zu bezeichnen ist. Sondern der Islam wird vom lybischen Regime benutzt, um seinen relativ fortschrittlichen nationalistischen Kurs gegen links abzusichern.

Im Laufe der letzten Jahre hat die lybische Politik viele fortschrittliche Aspekte herausgebildet und sich damit auch in scharfen Gegensatz zu den US-Imperialisten gesetzt: zusammen mit dem Irak unterstützt Lybien die "Ablehnungsfront" innerhalb des palästinensischen Widerstandes und kritisiert systematisch und scharf kapitulationistische Manöver im arabischen Lager gegenüber dem Zionismus; zusammen mit Algerien unterstützt Lybien den Kampf der Frente Polisario gegen die marokkanisch-mauretanische Okkupation der West-Sahara. Politische und materielle Unterstützung von Lybien erhalten diverse Befreiungsbewegungen auf allen Kontinenten, z.B. die IRA (Irland), die FROLINAT (Tschad), die Befreiungsbewegung der Philippinen usw.

Die Angriffe Ägyptens und allgemein die Angriffe der Imperialisten richten sich gegen diese fortschrittliche Seite des lybischen Regimes. Die westeuropäischen Anti-Imperialisten haben allen Grund, Lybien in diesem Punkt zu unterstützen, auch wenn sie sich nicht mit allen Seiten dieses Regimes identifizieren können.

Wir haben Dr. Said auch Fragen zu den inneren Verhältnissen in Lybien gestellt. Die dort erhaltenen Informationen werden wir in einem Artikel dazu verwenden, der in Arbeit ist und demnächst veröffentlicht werden soll.

Nahost-Kommission

Nahost-Kommission

Zum Nasserismus s. Artikel "Mit dem Volk..." in AK 37, S.10

Unterstützung des bewaffneten Kampfes der Al Fatah durch die VR China

Auf Einladung der chinesischen Regierung besuchte Ende Juni eine Delegation der Fatah die VR China. Die Delegation wurde geleitet von Abu Dschihad, *"leitendem Mitglied der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung, Fatah, und des obersten Hauptquartiers von Assifa"*, des militärischen Flügels von Al Fatah. Aus den chinesischen Veröffentlichungen ist zu schließen, daß die Einladung ausdrücklich nicht der PLO allgemein, sondern *"der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung Fatah"* gegolten hat (Hsinhua, 27.6.77). Deshalb wohl wurde Abu Dschihad und nicht Arafat eingeladen.

Die große Bedeutung des Besuchs wurde daran deutlich, daß Abu Dschihad am 27.6. und 29.6. lange mit Außenminister Huang Hua konferierte, am 28.6. mit dem Vize-Premierminister Li Hsien-Nien und daß er am 29.6. sogar von dem Vorsitzenden Hua Kuo-Feng empfangen wurde, mit dem er ein längeres Gespräch führte. Außerdem fanden zwei Bankette in der "Großen Halle des Volkes" statt.

Hua Kuo-Feng versicherte die *"entschlossene Unterstützung des Kampfes des palästinensischen und arabischen Volkes gegen den israelischen Zionismus und den Hegemonismus der Supermächte und für die Wiedergewinnung verlorengegangener Gebiete und die Wiederherstellung nationaler Rechte." "Solange sie am bewaffneten Kampf festhalten"* würden sie schließlich den Sieg erringen (Hsinhua, 29.6.77).

Zum Abschluß des Besuchs wurde bekanntgegeben, die VR China werde Al Fatah militärische Hilfe leisten. Die Lieferungen werden Infanteriewaffen und Munition (wobei offensichtlich Panzer und große Kaliber ausgeschlossen sind), sowie Bekleidung und Nahrungsmittel umfassen (Jornal de Angola, 2.7.77).

Abu Dschihad ließ sich übrigens keineswegs darauf ein, auch von "Supermächten" zu sprechen. Schließlich will er nicht die guten Beziehungen zwischen der PLO und der Sowjetunion trüben. Die Sowjetunion allerdings empfiehlt der PLO eine friedliche Lösung und die Anerkennung Israels.

Angesichts der Versuche der Zionisten, die PLO im Laufe der Nahostentwicklung ganz auszutricksen, verfährt die PLO zweigleisig und hat bereits im Namen der DFLP und der Fatah wieder bewaffnete Aktionen in den besetzten Gebieten durchgeführt, so daß die Unterstützung der VR China für den bewaffneten palästinensischen Befreiungskampf durchaus von Wichtigkeit sein kann. Die VR China andererseits verstärkt damit ihren Einfluß direkt im Zentrum des Nahost-Konflikts.

Nahost-Kommission

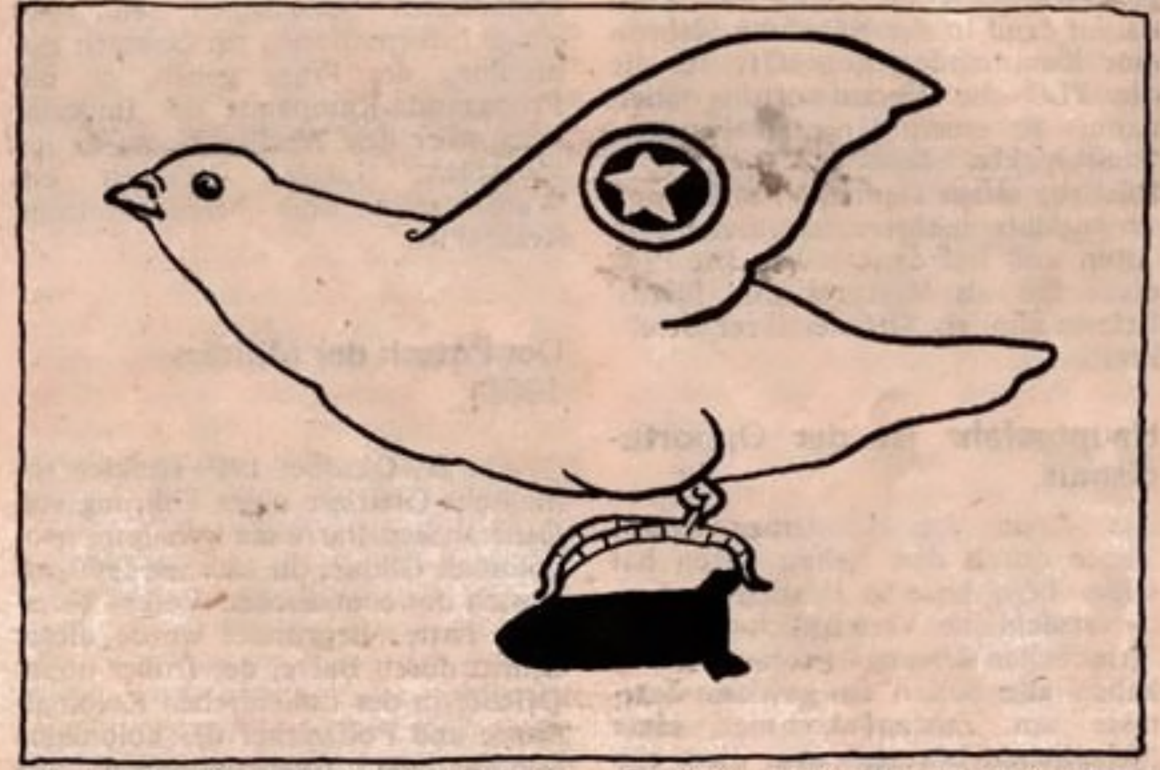
Rundreise von Vance in Nahost:
Politische Positionskämpfe

An dem politischen Gerangel im Rahmen der Rundreise von US-Außenminister Vance im Nahen Osten waren zwei Parteien nicht direkt beteiligt worden: einerseits die Sowjetunion und andererseits die PLO. Und das war auch der Sinn der Sache.

Israel: Schaffung vollendeter Tatsachen

Der neue rechtsradikale israelische Premierminister Begin zeigte, daß er einerseits der richtige Mann ist, um von einer "friedlichen Lösung" zu reden, daß er aber andererseits in der Praxis keinerlei Zugeständnisse machen will. Im Zusammenhang mit seiner Reise nach Washington schlug er vor, im Oktober die Genfer Konferenz beginnen zu lassen, legte aber gleichzeitig einen "Friedensplan" vor, der für die palästinensische Seite völlig unannehmbar ist: die PLO soll nur als Teil einer jordanischen Delegation an den Verhandlungen teilnehmen und das Westjordanland auf jeden Fall unter israelischer Herrschaft bleiben.

Inhaltlich vertreten die USA fast dieselbe Linie. Carter sprach den Palästinensern das Recht auf ein "Heimatland" zu, er sei jedoch gegen einen unabhängigen palästinensischen



Staat. Da die US-Imperialisten je-

Staat. Da die US-Imperialisten jedoch ihren reaktionären arabischen Regimes politischen Spielraum lassen wollen, erklärte er, *"die letzte Entscheidung darüber"* müsse er *"Israel und seinen arabischen Nachbarn überlassen"* ("Neue Hannoversche Presse"- "NHP". 14.7.77).

Begin nutzte den Spielraum auf seine Weise: drei weitere zionistische Siedlungen im besetzten Gebiet wurden „anerkannt", zig weitere sind geplant. Was Israel betrifft, so dient das ganze Gerede von einer "friedlichen Lösung" also nur dazu, Zeit zu gewinnen, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind.

Palästinensischer Befreiungskampf als Druckmittel

Die reaktionären arabischen Regimes fordern von Israel die Rückgabe der besetzten syrischen und ägyptischen Gebiete und Sicherheit für die Beendigung der zionistischen Expansion. Für sie ist die Unterstützung der PLO ein Druckmittel gegen Israel, das sie nicht aus der Hand geben können. Sie sind deshalb sowohl gegen eine Zerschlagung des palästinensischen Widerstands als auch gegen die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Die reaktionären arabischen Regimes befürworten deshalb eine Lösung, die die Schaffung eines palästinensischen Gebildes in enger Verbindung mit Jordanien vorsieht („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 14.7.77).

In Ägypten, der ersten Station der Vance-Reise, spielte Staatschef Sadat wieder die Rolle eines eifrigen Helfershelfers der Imperialisten. Er schlug die Abhaltung einer Vorkonferenz ohne die Sowjetunion und die PLO vor ("Frankfurter Rundschau"- "FR", 4.8.) und stellte zusammen mit Vance Betrachtungen darüber an, welche "Alternativen" es für die Teilnahme der PLO gebe, die nicht auf Israels Widerstand stoßen würden.

Das Regime in Syrien, der zweiten Station der Vance-Reise, stellte sich dagegen verbal auf die Seite der PLO. Assad und Arafat erinnerten daran, daß die arabischen Staaten die PLO als einzige Vertreterin der Palästinenser anerkannt hätten. Der Plan, die Palästinenser schon vor einer Friedenskonferenz an Jordanien zu binden, müsse abgelehnt werden. Die Vorkonferenz wurde von Syrien abgelehnt. Es wurde jedoch unter der Hand zu verstehen gegeben, daß diese Ablehnung nicht endgültig ist ("Le Monde" -"LM", 6. 8.77). Denn das Ziel, das Syrien vorschwebt, eine Föderation von Syrien und Jordanien, die die Palästinenser mit einschließt, müßte gemeinsam gegen die fortschrittlichen Kräfte durchgesetzt werden. Die syrische Intervention im Libanon war ein erster Schritt in diese Richtung.

Auch das jordanische Regime, dritte Station von Vance, lieferte seinen Beitrag zum Verrat an den palästinensischen Interessen: Hussein schlug vor, *"in Übereinkunft mit der PLO, aber in ihrer Abwesenheit"* in

Genf zu verhandeln ("SZ", 8.8.77;

Genf zu verhandeln ("SZ", 8.8.77; "LM", 9.8.77).

Revisionisten sorgen sich um die „wahren Interessen Israels"

Die Revisionisten reagierten ziemlich hilflos auf die offensichtlichen Versuche, die Sowjetunion aus der Nahostentwicklung noch weiter auszuschalten. Die "Prawda" bezeichnete die Vance-Reise als *"nutzlos"* , da sie *"einseitig proisraelisch"* sei ("Frankfurter Allgemeine" -"FAZ", 8.8.77). Der Vorsitzende der KP Israels erklärte: *"Dies läuft den wahren Interessen Israels diagonal zuwider. Es ist dies ein gefährliches Rezept, die Isolierung Israels auf internationaler Ebene noch mehr zu vertiefen"* - eine schwache Drohung ("Neues Deutschland" -"ND", 29.7.77). Die "UZ" meinte sogar, sie könne den Zionisten gute Ratschläge geben. Ihr Kurs sei "unrealistisch" ("Unsere Zeit" -"UZ", 29. 7.77). Der Weg zum Frieden sei "markiert" und es gebe *"konkrete Bestimmungen über die Lösung der Nahostfrage"* in den verschiedenen Nahostresolutionen der UNO.

Mit diesem Gerede läßt sich nicht vertuschen, daß die Sowjetunion keiner Partei im Nahostkonflikt (auch nicht den Palästinensern, denen sie die Kapitualtion empfiehlt) irgendetwas zu bieten hat.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS wies natürlich vor allem den Plan einer Nahost-Vorkonferenz ohne die Sowjetunion beleidigt zurück. Dies sei *"ein neuer Mechanismus für eine Nahostregelung unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten"* ("SZ", 11.8.77)

Die revisionistische Presse jubelte, als Syriens Assad den Plan einer Vor-

Fortsetzung auf S.50

Fortsetzung von S.49

konferenz ablehnte, ohne zu erwähnen, daß dies offensichtlich nur ein taktischer Schritt war (z.B. "UZ", 6.8.77).

PLO verstärkt den bewaffneten Kampf

Die PLO-Führung hatte schon vor der Reise von Vance erklärt, nur die PLO selbst könne über die Form ihrer Teilnahme an einer Genfer Konferenz entscheiden, Hussein und Sadat hätten kein Recht, darüber zu befinden ("SZ", 14.7.77). Jede Lösung ohne einen unabhängigen palästinensischen Staat sei zum Scheitern verurteilt.

Vor und nach Vance besuchte Arafat die beteiligten arabischen Regimes und warnte davor. auf Vance einzugehen. Er verlangte die Einberufung einer panarabischen Konferenz, auf der eine gemeinsame Strategie festgelegt werden sollte, bevor Vance Zusagen gemacht werden („Welt", 3.8.77). Der Sinn dieser Aussage war vor allem die Sorge, daß die PLO nicht mit am Tisch saß, denn an der allgemeinen politischen Rangelei beteiligte sich Arafat gleich darauf selbst: er schaltete die PLO in das Geschehen ein, indem er einen neuen Kompromißvorschlag von publizistischer Wirkung machte. Die PLO sei bereit, die UNO-Resolution 242 nachträglich anzuerkennen, wenn sie so geändert würde, daß in ihr statt von "Flüchtlingen" von den "Rechten des palästinensischen Volkes" die Rede sei. Dieser geschickte Coup, der die Presse veranlaßte, tagelang darüber zu spekulieren, ob damit eine Anerkennung Israels durch die PLO in Aussicht sei oder nicht, enthielt in Wirklichkeit gar nichts Neues.

Worin die wahre Stärke der Position der Palästinenser liegt, weiß Arafat recht gut, wenn auch die größten Opfer dafür von anderen gebracht wurden: im bewaffneten Kampf. In einer Rede zum Jahrestag der Niederlage von Tall as Saatar kündigte er deshalb erneut die Bildung einer einheitlichen palästinensischen bewaffneten Macht an und die Intensivierung des bewaffneten Kampfes gegen Israel. ("FAZ", 13.8.77). Kurz darauf fand in der Nähe von Nebron eine Kommandoaktion statt, für die die PLO die Verantwortung übernahm. In einem längeren Feuergefecht deckte einer der Kämpfer den Rückzug seiner Genossen, tötete und verwundete mehrere israelische Soldaten und fiel dann selbst. Die PLO ehrte ihn als Märtyrer und identifizierte ihn als Offizier ihrer Streitkräfte.

Hauptgefahr ist der Opportunismus

Die Reise von US-Außenminister Vance durch den Nahen Osten hat kaum Ergebnisse in Hinsicht auf eine tatsächliche Verwirklichung einer "friedlichen Lösung" gebracht. Zwar haben alle Seiten ein gewisses Interesse am Zustandekommen einer "friedlichen Lösung"; aber diese einzelnen Interessen widersprechen sich

resse am Zustandekommen einer "friedlichen Lösung"; aber diese einzelnen Interessen widersprechen sich

immer noch so kraß, daß keine Lösung denkbar ist, auf die man sich tatsächlich heute einigen könnte. Das Thema der "friedlichen Lösung" und der Genfer Konferenz dient vielmehr als Mäntelchen für einen politischen Schlagabtausch, bei dem auf jeden Fall die arabischen Völker die Verlierer sein sollen. Die Gefahr für die fortschrittlichen arabischen Kräfte liegt nicht so sehr darin, daß eine "friedliche Lösung" zustandekommt und die arabische Revolution dadurch erstickt wird, sondern daß die Illusionen um eine "friedliche Lösung" zu Opportunismus, Schwächung und Spaltung der fortschrittlichen Kräfte führen.

Die Reise von Vance war ein weiterer Schritt zur Ausschaltung der Sowjetunion aus der Nahostpolitik. Im Juni dieses Jahres hatte US-Präsident Carter angekündigt, er werde *"die Sowjetunion aggressiv - natürlich auf friedliche Weise - in den Gebieten der Welt herausfordern, die heute, oder potentiell in 10 oder 15 Jahren, für uns von entscheidender Wichtigkeit sind"* („Deutsche Volkszeitung", 4.8.77 und „NZZ", 30.7.77). Zu dieser gefährlichen Politik gehören – neben den Angriffen auf Libyen – auch die Versuche, die Sowjetunion im Nahen Osten nicht einmal mehr an den diplomatischen Geschehnissen zu beteiligen.

Die Reise von Vance hat vor allem deutlich gezeigt, daß Verhandlungen über eine "friedliche Lösung" unter Oberherrschaft der USA auf jeden Fall den Versuch bedeuten, die PLO aus der Nahostpolitik auszuschalten. Die PLO hat darauf mit der Ankündigung einer Verstärkung des bewaffneten Kampfes reagiert. Dies bleibt hoffentlich nicht nur ein diplomatisches Manöver.

Nahostkommission



afrika

Der »Somalische Sozialismus«

Wer sich bemüht, durch das Studium der bürgerlichen Presse den Hintergründen des Konflikts im Horn von Afrika näherzukommen, wird diesen Versuch bald aufgeben müssen.

Bis vor kurzem hatte sie über den Konflikt als einer Auseinandersetzung zwischen zwei »sozialistischen Bruderstaaten« berichtet und über die Tatsache räsonniert, daß beide Seiten gleichermaßen von der Sowjetunion Waffen beziehen.

Seit einigen Monaten hat sich das Interpretationsmuster gewandelt. Die bürgerliche Presse zitiert genüßlich angebliche Anweisungen von US-Präsident Carter zu Beginn seiner Amtszeit *»alles zu tun, daß Somalia unser Freund wird«* („Spiegel" 32/1977). Aus dem Wunsch Somalias, auch von westlichen Staaten Waffen zu beziehen, wird gefolgert, daß Somalia nunmehr dem »Westlichen Lager« zuzurechnen sei. Äthiopien andererseits, dessen enge Bindungen an die US-Imperialisten man vorher ständig würdigte, soll jetzt vollständig »moskauhörig« sein (ebenda).

Alle Beweise für diese »Thesen« beschränken sich im wesentlichen auf die Frage, welches der beiden Länder von welcher Seite Waffen und Unterstützung bezieht, Hinweise zur Innenpolitik Somalias oder Äthiopiens, welche allein wirkliche Anhaltspunkte sein könnten, fehlen demgegenüber ganz.

Deshalb soll dieser Artikel über den somalischen Sozialismus seit 1969 einige Informationen zur besseren Beurteilung der Frage geben, ob die Propaganda-Kampagne der Imperialisten über den Wechsel Somalias ins »Westliche Lager« lediglich ein Wunschtraum oder bereits traurige Realität ist.

Der Putsch der Militärs 1969

Am 21. Oktober 1969 stürzten somalische Offiziere unter Führung von General Siad Barre die korrupte, neokoloniale Clique, die sich seit 1960 auf Kosten des somalischen Volkes bereichert hatte. Begründet wurde dieser Schritt durch Barre, der früher hoher Offizier in der italienischen Kolonialarmee und Polizeichef des kolonialen Somalia war, folgendermaßen: *»Es war nicht länger möglich, die bösen*

armee und Polizeichef des kolonialen Somalia war, folgendermaßen: »Es war nicht länger möglich, die bösen

Dinge wie Korruption, Bestechung, Vetternwirtschaft, Diebstahl öffentlicher Mittel, Ungerechtigkeit sowie Mißachtung unserer Religion und der Gesetze unseres Landes zu ignorieren« (nach D.D.Laitin, in: »Journal of Modern African Studies« Nr. 3/76, Seite 452). Diese Erklärung wich durchaus nicht von denen anderer (neo-kolonialer) Militärputsche in Afrika ab. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Militärs angetreten waren, eine gerechtere Gesellschaft durch einen »Nationalismus der Gleichheit« aufzubauen. Barre am 9. Oktober 1969:

»Das Ziel der Revolution ist es, uns zu unseren wahren somalischen Eigenschaften zurückzuführen, klar zu begreifen, wer wir sind und für was wir stehen und für unser Volk mit Ernst und Hingabe zu arbeiten... Wir müssen die Aufgabe erfüllen, einen Nationalismus zu schaffen, der keine schädlichen Unterschiede zwischen den Reichen und den Armen, den Gebildeten und den Ungebildeten, den Städtern und den Nomaden, den Hochgestellten und den Untergebenen macht. Zusammengefaßt streben wir die Schaffung eines Nationalismus der Gleichheit an« (ebenda, Seite 453). Wenig später wurde dieser »Nationalismus der Gleichheit« dann in »Wissenschaftlicher Sozialismus« umgetauft, der bis heute offizielle Richtschnur des Handelns der Militärs geblieben ist.

Somalia – eine Nomadengesellschaft

Mit welchen Ausgangsbedingungen war dieser radikale Nationalismus der Militärs 1969 konfrontiert?

Zur Geschichte des Landes

Etwa ab dem elften Jahrhundert begannen Somalis mit der Besiedlung des Horns von Afrika und zu Beginn des 16. Jahrhunderts hatte sich jene ethnische und territoriale Verteilung der Somalis ergeben, die im wesentlichen bis heute dieselbe geblieben ist: Somalia, Teile Nord-Kenias, Ogaden, Djibouti. Sie stellten — in starkem Kontrast zu anderen Völkern Afrikas — eine relativ homogene ethnisch-kulturelle Einheit dar, die durch eine gemeinsame Sprache, durch ihr Bekenntnis zum Islam und die noma-



Staatspräsident Siad Barre im Kontakt mit der Landbevölkerung

Staatspräsident Siad Barre im Kontakt mit der Landbevölkerung

dische Lebensweise gekennzeichnet war. Die extremen Umweltbedingungen (nur geringe Teile Somalias waren damals landwirtschaftlich nutzbar, der größte Teil des Landes besteht aus Wüste oder wüstenähnlichem Gebiet) machten das Nomadentum zur einzigen Chance des Überlebens. So waren die Somalis zwar eine kulturelle Einheit, das Leben in kleinen Gruppen auf der ständigen Suche nach Wasser und Weideplätzen für das Vieh jedoch führte zu einer großen politischen Zersplitterung. Diese Gruppen lebten isoliert und auf sich gestellt und bildeten keinen Staat im eigentlichen Sinne heraus. Diese Situation hat bis heute überdauert: Noch immer sind 75 bis 80% der somalischen Bevölkerung viehzüchtende Nomaden!

Auch die koloniale Herrschaft Großbritanniens, Italiens, Frankreichs und Äthiopiens ab Ende des 19. Jahrhunderts hatte auf das Leben der Nomaden keinen großen Einfluß. Die kulturelle Durchdringung und die Einführung kapitalistischer Produktionsweisen beschränkte sich im wesentlichen auf die Städte mit der Ausnahme von Italienisch-Somaliland. Die Italiener importierten Siedler und errichteten große Plantagen (Bananen).

Dennoch gab es vor allem in den städtischen Zentren einen bedeutenden Widerstand gegen die Kolonialisten, der immer einen starken nationalistischen Antrieb mit der Forderung nach dem staatlichen Zusammenschluß aller somalischen Gebiete aufwies.

1960 wurde mit der Vereinigung des ehemals italienischen (heute der Südteil des Landes) und britischen (Nordteil) Somalilands zur »Republik Somalia« ein erster Schritt in Richtung auf das angestrebte »Greater Somalia« getan. (Die Darstellung dieses gesamten Abschnitts stützt sich auf V.Matthies, »Unterentwicklung, Nationalismus und Sozialismus in Somalia«, in: »Africa-Spectrum« Nr. 1/1977). Die neo-kolonialen Regierungen bis 1969 konzentrierten ihre Anstrengungen auf die Förderung des kapitalistischen Sektors durch Auslandsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie und den landwirtschaftlichen Großplantagen. Sie trugen damit zu einer enormen Verschärfung der Klassengegensätze bei, die letztlich zum Eingreifen der Militärs führten. Das Ziel der Militärs war es, Privilegien abzubauen und eine harmonischere wirtschaftliche Entwicklung Somalias einzuleiten.

Das Militär stand dabei vor folgenden Problemen:

– Armut und Unterentwicklung

Somalia zählt zu den ärmsten Ländern der Erde mit einem der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen Afrikas. Seine natürlichen Ressourcen sind denkbar gering (erst kürzlich wurden einige Bodenschätze entdeckt), nur ein geringer Teil der Gesamtfläche ist landwirtschaftlich nutzbar, die Viehzucht der Nomaden ist immer wieder durch Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen in der Regenzeit bedroht. Landwirtschaft und Industrie befinden sich auf einem extrem niedrigen Niveau. Lediglich 0,6% der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden bislang systematisch bebaut, hauptsächlich Bananenplantagen. (Anteil am Gesamtexport 20%, der Exportanteil von Vieh, Häuten und Fellen sowie Fleischprodukten beträgt 68%). Im industriellen Sektor sind lediglich sieben Prozent aller Arbeitskräfte beschäftigt, die meisten Betriebe sind Kleinstunternehmen mit fünf bis zehn Arbeitern. Somalia ist zur Finanzierung seiner Investitionen sehr stark auf ausländische Hilfe angewiesen. 1969 wurden 85% aller Entwicklungsvorhaben mit diesen Mitteln durchgeführt.

– Das Problem der Nomaden

Die neokolonialen Regierungen hatten sich in keiner Weise um diese Bevölkerungsmehrheit gekümmert. Von allen Verbesserungen für die städtische Bevölkerung und die seßhaften Bauern und Fischer, wie z.B. Schulwesen, medizinische Versorgung etc. blieben sie ausgespart. Sie lebten außerhalb der Gesellschaft und waren besonders durch die periodisch wiederkehrenden Naturkatastrophen in ihrer Existenz bedroht.

Die Leistungen der Revolution

Der „Oberste Revolutionsrat" SRC (höchstes Machtorgan der Militärs bis zu seiner Auflösung im Juli 1976 und der Gründung der Somalischen Sozialistischen Revolutionspartei, SSRP) hat seine Versprechungen eines „Nationalismus der Gleichheit" in sehr konsequenter Weise eingelöst und in den sieben Jahren seiner Amtszeit tiefgreifende Veränderungen der somalischen Gesellschaft in Richtung Sozialismus durchgeführt bzw. eingeleitet. Bereits 1970 wurden die (italienischen) Banken und Versicherungsgesellschaften des Landes verstaatlicht, ebenso die Ölgesellschaften, die Elektrizitätsgesellscahft und einige Firmen der verarbeitenden Industrie.

Es folgten die Verstaatlichung des Innen- und Außenhandels und des Bodens (1975). Neue Privatinvestitionen in allen Bereichen dürfen nur getätigt werden, wenn sie den Entwicklungsplänen der Regierung entsprechen, bzw. der Staat eine Mehrheitsbeteiligung erhält. Die Prioritäten der staatlichen Entwicklungsplanung wurden völlig neu gesetzt. In dem Zeitraum 1974-78 sollen auf die Landwirtschaft (einschließlich der Viehzucht und Fischerei) 41% der Investitionen entfallen. Angestrebt wird eine Eigenversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln und gleichzeitig eine Steigerung des Nahrungsmittelexports, um lebenswichtige Devisen zu erhalten. Bislang entfielen ca. 25% des Anteils am Gesamtimport auf Lebensmittel.

Zur Erreichung dieses Ziels wurden seit 1969 zwölf Staatsfarmen eingerichtet mit über 6000 Beschäftigten, die gleichzeitig für die Selbstversorgung Somalias und für den Export produzieren. Der Staat stellt den Arbeitern Essen, Kleidung und Wohnung zur Verfügung und zahlt ihnen einen Lohn, der höher liegt als der vergleichbare auf den noch immer italienischen Bananenplantagen. Bevorzugt werden auf den Farmen Nomaden und arbeitslose Städter beschäftigt. Man will damit neue Bauern ausbilden, die nach

auf den Farmen Nomaden und arbeitslose Städter beschäftigt. Man will damit neue Bauern ausbilden, die nach

dem Verlassen der Farm mit den modernen landwirtschaftlichen Methoden vertraut sind (vgl. hierzu: Ph. Decraene, „Notes sur la voie socialiste somalienne", in: „Rev. Française d'Etudes Pol. Africaines", Nr. 137/1977, S. 68/69). Der Entwicklungsplan 1974-78 sieht außerdem die Nutzbarmachung großer, neuer landwirtschaftlicher Flächen vor. Damit wurde die alte Ideologie widerlegt, die behauptet hatte, es gäbe überhaupt keine fruchtbaren Gebiete mehr, um damit die kriminelle Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die neo-kolonialen Regimes zu vertuschen. Die Pläne für die Industrieentwicklung haben als Schwerpunkt die Förderung der Industrie, die landwirtschaftliche Produkte weiterverarbeitet und den Aufbau von Industriezweigen, die die Importe verringern sollen.

Besonders einschneidend sind die Leistungen der somalischen Revolution im Bereich des Erziehungswesens und der Alphabetisierung der Massen.

1972 setzte der SRC (Oberster Revolutionsrat) dem jahrelangen Streit, welches die offizielle Landessprache werden solle, ein Ende und entschied sich für das Somali mit lateinischem Alphabet. In den Jahren 1972-75 wurden daraufhin großangelegte Alphabetisierungskampagnen zuerst in den Städten, dann bei der seßhaften Landbevölkerung und schließlich bei den Nomaden durchgeführt. Innerhalb dieser Zeit wurde der Prozentsatz der Leute, die Lesen und Schreiben können, von wenig über null Prozent auf über 50% gesteigert, die Zahl der Schüler stieg von 50000 (1969) auf

Fortsetzung auf S.51

Fortsetzung von S.50

gegenwärtig über 350000. Gleichzeitig mit der Alphabetisierung wurde eine intensive politische Schulung und Anleitung zur Selbsthilfe in allen Lebensbereichen entwickelt. Durch freiwillige Arbeitseinsätze wurden Brunnen, Läden, Straßen, Marktplätze, Schulen, Kinos etc. errichtet. Auf allen Ebenen wurden repräsentative demokratische Strukturen geschaffen, die sogenannten Komitees. Der Afrika-Kenner Basil Davidson hat die Arbeitsweise und die Funktion dieser Komitees für den Bereich der dörflichen und städtischen Selbstverwaltung geschildert (vgl. AK 84, S.19). Nach diesem Bericht sind die drei Hauptgruppen der seßhaften Bevölkerung, die Lohnempfänger, die jungen Leute unter achtzehn Jahren und die Frauen gleichberechtigt in den Komitees repräsentiert. Sie haben weitgehende Verantwortung für die Entwicklung ihrer Gemeinde, unter anderem Verwaltung, Durchführung der nationalen Kampagnen (z.B. Alphabetisierungskampagne) und der politischen Erziehung der Bevölkerung.

Sehr positive Auswirkungen dieser Mobilisierung der somalischen Volksmassen waren das Aufblühen der Kultur und Ansätze zur Befreiung der Frauen. Durch die Massenalphabetisierung sind die Somalis jetzt besser in der Lage, ihre eigene Geschichte kennenzulernen. Die Schriften und Gedichte des anti-kolonialistischen Kämpfers Sayid Mohamed Abdullah Hassan finden in Somalia gegenwärtig einen Massenabsatz (Decraene, S. 76). Von 1900-1920 führte Hassan eine Widerstandsbewegung gegen die Fremdherrschaft an. Von den Engländern wurde er als „Verrückter Mullah" diffamiert, seine Gedanken wurden später systematisch totgeschwiegen. Somalische Tänze, Lieder und Volksmusik sind im revolutionären Somalia zu neuem Leben erwacht (ebenda).

Jahrhunderte hindurch wurden die Frauen durch traditionelle Sitten und die islamische Religion brutal unterdrückt. Auf dem Lande wurden die jungen Mädchen von den Nomaden als besitz-ähnlich wie das Vieh angesehen. Die Geburt von Mädchen wurde als Unglück betrachtet, ihnen wurde auf barabarische Weise die Klitoris entfernt, der einzige Wert, den sie hatten, war der auf dem Heiratsmarkt zu erzielende Preis. Frauen durften nichts erben, und der Mann konnte sich jederzeit scheiden lassen, ohne für ihren Unterhalt Sorge zu tragen. Mädchen war es verboten eine Schule zu besuchen.

Auf all diesen Gebieten hat es inzwischen Änderungen gegeben, eine der wichtigsten davon ist das Eherecht

Auf all diesen Gebieten hat es inzwischen Änderungen gegeben, eine der wichtigsten davon ist das Eherecht
von 1975. Es trifft neue Regelungen für die Scheidung und ermöglicht den Frauen Erbschaften. National wurden Frauenorganisationen ins Leben gerufen, die u.a. in allen Distrikten Beratungszentren eingerichtet haben, bei denen sich die Frauen z.B. über Möglichkeiten der Berufsausbildung zum Aufbau einer eigenen wirtschaftlichen Existenz informieren können (vgl. hierzu: „Guardian" v. 16.8.77, S.9).

Die von Basil Davidson %976 befragten Frauen gaben an, den gleichen Lohn wie die Männer zu erhalten (siehe AK 84).

Abschließend sollen die enormen Anstrengungen erwähnt werden, die der SRC beim Kampf gegen die Dürrekatastrophe 1973-75 und bei der Seßhaftmachung der Nomaden unternommen hat. Die Dürrekatastrophe war eine der schwersten in der Geschichte Somalias. 15-17000 Menschen starben,. etwa 300000 wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt, etwa ein Viertel bis ein Drittel des gesamten Viehbestandes der Nomaden ist zugrunde gegangen. Die Gegenmaßnahmen der Regierung kamen prompt und beschränkten sich nicht auf die unmittelbare Linderung der Not. Es wurde vielmehr ein umfassendes Programm gestartet, um einem Teil der Nomaden eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. In den Auffanglagern, in denen zeitweilig eine Million Menschen (ein Drittel der Gesamtbevölkerung) untergebracht waren, versuchte man, sie davon zu überzeugen, sich als Bauern und Fischer in anderen Landesteilen niederzulassen. In der Tat war dieses Ansiedlungsangebot, von dem schließlich etwa 120.000 Nomaden Gebrauch machten, eine unumgängliche Notwendigkeit, da viele der traditionellen Weideplätze durch die Dürre oder durch Überweidung unbrauchbar waren, und eine neuerliche Katastrophe bei der nächsten Dürre war vorauszusehen. Außerdem möchten die Militärs die Nomadenbevölkerung in den nationalen Aufbau von Landwirtschaft und Industrie einbeziehen und sie in einen modernen Staat integrieren. Dies geht nur, wenn sie seßhaft sind. Der Kampf gegen die Dürre, der in Somalia als nationale Aufgabe gesehen wird und an dem sich breiteste Bevölkerungsteile beteiligten, hebt sich sehr positiv gegen die Behandlung bzw. Nichtbehandlung dieses Problems durch die neo-kolonialistischen Staaten der Sahel-Zone im gleichen Zeitraum ab.

Die somalische Definition des „Wissenschaftlichen Sozialismus"

Der bürgerliche Somalia-Kenner, Volker Matthies, kennzeichnet den somalischen Sozialismus als einen *»recht pragmatisch gehandhabten, lokal adaptierten* (den örtlichen Bedingungen entsprechend Angenommenen — AK) *Marxismus-Leninismus* (...) *der sich weniger gegen einen — in Somalia ohnehin nur bedingt existenten — Kapitalismus wendet, als vielmehr gegen elementare Entwicklungsrückstände. In diesem Sinne stellt der somalische Sozialismus* (im somalischen Sprachgebrauch schlicht als 'wealth-sharing based on wisdom' definiert — 'Teilung des Reichtums auf der Grundlage von Wissen', ANM. AK), *eng verbunden mit Schlüsselbegriffen wie 'Einheit', 'Eigenständigkeit' [self-reliance] und 'Selbsthilfe', in erster Linie eine Entwicklungsstrategie zur Überwindung von Unterentwicklung, definiert als Armut, Krankheit und Unwissenheit, dar. Zugleich sollen mit Hilfe des 'wissenschaftlichen Sozialismus' auch die Globalziele einer Modernisierung der somalischen Gesellschaft, einer Betonung der nationalen Eigenständigkeit der Somalis sowie einer stärkeren Unabhängigkeit des Landes von äußeren Mächten angestrebt werden«* (Matthies, S. 64). Diese Einschätzung scheint uns im wesentlichen richtig zu sein. Zwar haben die Militärs sehr fortschrittliche Maßnahmen im Sinne einer Überwindung der Unterentwicklung (Priorität für die Landwirtschaft, Alphabetisierung etc.) eingeleitet, einen grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus streben sie jedoch nicht unbedingt an. Ja, man könnte sogar sagen, daß wesentliche von ihnen durchgeführte Maßnahmen auch für eine kapitalistische Entwicklung Somalias unumgänglich gewesen wären (z.B. die Seßhaftmachung der Nomaden und damit gleichzeitig ihre Eingliederung in den nationalen Markt). Wir wollen diese Behauptung später noch mit der Einstellung der somalischen Führung zur Frage der Verstaatlichung der Produktionsmittel belegen.

Zunächst wollen wir anhand einiger Zitate aus Reden von Siad Barre nachweisen, daß sich die ursprüngliche Vorstellung eines radikalen Nationalismus auch mit der Übernahme des
Zitate aus Reden von Siad Barre nachweisen, daß sich die ursprüngliche Vorstellung eines radikalen Nationalismus auch mit der Übernahme des
„Wissenschaftlichen Sozialismus" nicht wesentlich verändert hat.

Barres Definitionen für Sozialismus (nur einige von dutzenden ähnlich lautenden Stellungnahmen) lauten:

»Es gibt nicht mehrere verschiedene Sozialismen. Es gibt nur einen Sozialismus und das ist der Wissenschaftliche Sozialismus, der als historische Grundlage die ökonomische und politische Entwicklung der Menschheit hat. Er basiert auf dem sozialen Wandel und der sozialen Struktur des Volkes« („My country and my people". „Speeches of Jaalle Siyad 1973-1974", Vol.5, Part A, Mogadischu, Oktober 1975, S.51) und:

»Was immer die Leute sagen mögen, der Sozialismus ist der beste Weg, wie Somalia schnelle Fortschritte machen kann. Tatsächlich ist der Sozialismus im Interesse Afrikas und der ganzen Welt ... Sozialismus bedeutet Koexistenz, Gleichheit, gegenseitiger Respekt, gegenseitige Kooperation, gerechtes Teilen. Er bedeutet nicht Arroganz und soziale Schichtung, er respektiert die menschlichen Werte und Rechte« (ebenda S.53) oder: *»Wahre Sozialisten sind die, die sich um ihre Nation kümmern, die ihr Land verteidigen ... «* (ebenda S.118). Auf diese Gleichsetzung von Sozialismus mit dem Reich der Freiheit und Gleichheit beschränken sich im Grunde alle Aussagen Barres zum Inhalt des „Wissenschaftlichen Sozialismus". Von der Notwendigkeit des Klassenkampfes ist dagegen in seinen Schriften nur selten die Rede. Symptomatisch für Negierung des Klassenkampfes scheint uns auch die Begründung Siad Barres für die Entlassung aller Politiker des „Alten Regimes" aus der Haft und deren vollständige Wiedereingliederung in die Verwaltung zu sein:

»Man kritisiert uns, weil wir den Leuten des 'Alten Regimes' eine Chance geben, sich zu rehabilitieren und mit uns zusammenzuarbeiten, anstatt untätig zu bleiben oder schlimmer noch gegen uns zu arbeiten. Wir gehen dabei sicher Risiken ein, aber man sollte nicht sagen, daß wir einen Irrtum begehen. Ich kenne diese Leute alle, einen wie den anderen, bereits seit Menschengedenken. Sie waren niemals die Architekten oder Protagonisten ihrer Epoche. Sie sind aus Mangel an einer Ideologie, eines persönlichen Programms zu Agenten fremder Interessen geworden — und nach der Aneignung einiger Privilegien durch diese Tatsache zu Verteidigern ihrer Macht. Durch die Revolution sind sie unschädlich geworden. Warum soll man ihnen nicht die Chance geben, ihre Fehler zu verstehen und ihre Schuld zurückzuzahlen, indem sie dem Land dienen? Nahezu die Gesamtheit der alten somalischen Führer ist heute in die Verwaltung eingegliedert — nicht in die Partei — und wir sind stolz darauf, denn das zeigt unsere Stärke, unsere Fähigkeit unsere Ideen zu bekräftigen« (Interview mit „Afrique-Asie", Nr. 120/1976 S.44). Ein weiteres Indiz, daß die somalische Revolution zwar anti-imperialistisch im nationalistischen Sinne, aber sicher nicht durchgehend anti-kapitalistisch in einem sozialistischen Sinne ist, liefert die Einstellung ihrer Führer zur Frage der Verstaatlichungen. Bislang wurden im wesentlichen sogenannte nicht-produktive Kapitalien verstaatlicht, nicht jedoch z.B. die großen italienischen Plantagen oder die (ebenfalls überwiegend italienischen) Betriebe der verarbeitenden Industrie. Zwar ist es richtig, daß gegenwärtig in vielen afrikanischen Ländern (Mosambik, Angola) nur eine Verstaatlichung bestimmter Produktionsmittel in Frage kommen kann, soll die Revolution nicht gefährdet werden. Dieses Prinzip gilt auch für Somalia. Doch kann es für einen Sozialisten keinen Zweifel geben, daß langfristig a l l e Produktionsmittel in Gemeineigentum übergehen müssen. Die somalische Führung sieht das anders. Sie unterscheidet zwischen sogenannten nicht-produktiven, parasitären Sektoren und sogenannten produktiven Sektoren, die in Privathand bleiben könnten. Diese Auffassung stellt eine völlige Verdrehung der kapitalistischen Wirklichkeit dar, denn die eigentliche Ausbeutung findet hier im produktiven Sektor statt. Siad Barre in einem Gespräch mit dem französischen Journalisten Philippe Decraene vom Juli 1976: *»Wir planen keine neuen Verstaatlichungen. Unser Ziel war es und bleibt es, die Unternehmen der Leute zu verstaatlichen, die das somalische Volk ausbeuten. Aber wir haben niemals vorgehabt, das Privateigentum als solches anzutasten. Das Privateigentum ist nur verstaatlicht worden, wenn es ein ausbeutendes Element war (...) Niemand hat hier z.B. jemals daran gedacht, die Landwirtschaft oder die Industrie zu verstaatlichen (...) Im Gegenteil, wir fördern die Privatinitiative in diesem Bereich ... «* (in: Decraene, S.57).

staatlichen (...) Im Gegenteil, wir fördern die Privatinitiative in diesem Bereich ... « (in: Decraene, S.57).

Schließlich wollen wir das Verhältnis des somalischen „Wissenschaftlichen Sozialismus" zur islamischen Religion untersuchen. Wieder zitieren wir aus den Reden Barres: *»Ich glaube, daß alle Menschen gleich geboren wurden und deshalb gleiche Rechte haben. Das hat Allah im Koran gesagt und Allah hat uns nur die Wahrheit offenbart. Liegt es deshalb nicht in unserer Ehre, dies zu verstehen und diesen großen Grundsatz des Islam in die Tat umzulösen? Auch der Sozialismus ist für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, beide sind nicht unvereinbar«* (Reden Barre, S.97) und

»Gott hat im Koran gesagt, daß wir uns unter der Fahne des Islam zusammenfinden und unsere Anstrengungen auf die gegenseitige Kooperation richten sollen. Dies sollte unser religiöses Motto sein. Unser politisches Motto sollte die Erfüllung unser sozioökonomischen Grundsätze zum Voranschreiten unserer Ökonomie und dem Fortschritt unseres Volkes sein (...)« (ebenda, S.136). Wir wollen nicht bestreiten, daß die somalische Revolution die Tatsache in Rechnung stellen muß, daß 100% der Bevölkerung dem Islam anhängen und deshalb positive Elemente dieser Religion herausstellt, die den Menschen verdeutlichen können, was mit Sozialismus gemeint ist. Die vollständige Gleichsetzung von Islam und Sozialismus jedoch muß reaktionären Elementen Vorschub leisten und eine „Solidarität des Islams" über die Grenzen (der arabischen Reaktion!) hinweg geradezu herausfordern. Immerhin ist Somalia 1974 der Arabischen Liga beigetreten und unterhält immer engere wirtschaftliche und politische Beziehungen zum Zentrum der arabischen Reaktion, Saudi-Arabien.

Beziehungen Somalias zur Sowjetunion

1974 hatte Somalia als erstes afrikanisches Land einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen, was von Seiten der Imperialisten und auch der hiesigen Vaterlandsverteidiger prompt die Bezeichnung „Sowjetische Kolonie" eintrug. Besonders 1974-75 lief eine intensive Hetzkampagne gegen Somalia wegen einer angeblichen sowjetischen Militärbasis bei der Hafenstadt Berbera.

Alle Dementis der somalischen Regierung und konkrete Gegenbeweise halfen da natürlich nichts. Für die USA ging es hauptsächlich darum, neue Gelder für den Ausbau des Militärstützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean bewilligt zu bekommen. Trotz umfangreicher Unterstützung aus der SU (Waffenlieferungen, etwa 60% der gesamten Entwicklungshilfe, großzügige Unterstützung Somalias beim Kampf gegen die Dürrekatastrophe etc.) war dieses Ausmaß der Kooperation zwischen beiden Ländern keineswegs eine neue Entwicklung. Bereits die früheren neokolonialistischen Regierungen unterhielten enge wirtschaftliche Beziehungen zu Moskau.

Von einer „einseitigen Orientierung" Somalias auf die Sowjetunion kann schon deshalb keine Rede sein, weil die wirtschaftlichen Beziehungen des Landes — entsprechend den objektiven Notwendigkeiten — sehr breit gefächert sind:

Die VR China führt mehrere Straßenbauprojekte durch — ihr größtes Engagement in Afrika seit dem Bau der TANSAM-Bahn —, der europäische Entwicklungsfond, die Weltbank, Arabische und Afrikanische Entwicklungsbanken und verschiedene UN—Organisationen finanzieren weitere Projekte. Somalia ist außerdem Mitglied der Lomé-Konvention (vgl. „Africa-Report", Nr. 2/77, S.47).

Wechsel Somalias ins „Westliche Lager"?

Alle Vermutungen in diese Richtung hat Staatspräsident Siad Barre in einem weiteren ausführlichen Interview mit „Afrique-Asie" energisch zurückgewiesen. Als Antwort auf die beginnende Kampagne der imperialistischen Presse sagt er: *»Wir sind an diese Art diplomatischer bzw. Pressekampagnen gewöhnt und zwar seit dem Beginn der Revolution vom 21. Oktober 1969. Acht Jahre der Machtausübung haben uns ausreichend gegen jene immunisiert, die ihre Wünsche für Realitäten halten ... Der Imperialismus und seine Verbündeten wollen nicht akzeptieren, zugeben, tolerieren, daß unsere politische Linie keine Ware ist, deren Preis auf dem Markt verhandelt werden kann. Sie wollen nicht akzeptieren, daß unsere Verbundenheit für eine anti-imperialistische, anti-kolonialistische und an-*
wollen nicht akzeptieren, daß unsere Verbundenheit für eine anti-imperialistische, anti-kolonialistische und an-
ti-neokolonialistische Politik nicht wie das Fähnchen im Wind sich ändern kann, sondern daß sie die wahrhaften Hoffnungen eines ganzen Volkes widerspiegeln«. Auch angesichts der sowjetischen Unterstützung für Äthiopien werde sich das nicht ändern: *»Wir können sehr wohl gewisse politische Analysen unserer Freunde nicht teilen, ohne daraus den Schluß zu ziehen, wie dies eine gewisse vom Imperialismus gesteuerte und sensationsgierige Presse tut, daß wir unsere Bündnisse ändern werden und uns wieder dem westlichen Lager anschließen. Das wäre eine ungeheuerliche Verirrung. Wir haben das revolutionäre Lager für alle Zeiten gewählt«* (in: „Afrique-Asie", Nr.137-1977, S.11 und S.14).

Somalia und Ogaden

In dem gleichen Interview mit „Afrique-Asie" nimmt Barre auch ausführlich zum Ogaden-Problem und der somalischen Einschätzung des äthiopischen Regimes Stellung. Da diese Passagen unseres Wissens bislang nicht auf Deutsch vorliegen, wollen wir sie hier ausführlich dokumentieren:

»Wenn es sich um eine wirkliche Revolution handelte, wie sie es behaupten, dann würden sie dafür den Beweis antreten und zuallererst der kolonialistischen Mentalität abschwören, die der Politik Haile Selassis zugrunde lag und der sie immer noch anhängen, was den Fall des Ogaden und Eritreas angeht. Dann würden sie den Drohknüppel einer Okkupation Djiboutis beiseitelegen. Dann würden sie dem Beispiel der sozialistischen Länder folgen, die es bei sich geschafft haben, das Problem der Nationalitäten zu lösen. Dann würden sie zeigen, daß sie sich der Tatsache bewußt sind, daß sie wirklich eine starke und aktive anti-imperialistische Front mit Somalia bilden könnten, vorausgesetzt, daß sie sich auf eine gerechte und demokratische Regelung der Probleme, die zwischen uns stehen, stützt. Dann würden sie den von ihrem Reich unterjochten Völkern das Recht zugestehen, ihr Schicksal zu wählen und sich selbst zu bestimmen.

Nehmen wir den Fall des Ogaden. Seit mehr als achtzig Jahren hat die somalische Bevölkerung nicht aufgehört, den bewaffneten Kampf zu führen zur Eroberung ihres Rechts, über ihr Schicksal frei zu bestimmen und sich wieder dem Mutterland anzuschließen. Jede wirklich ernsthafte Geschichtsstudie zeigt, daß das Ogaden-Problem in seinem Wesen ein koloniales Problem ist.

Man kann besonders nicht die OAU-Charta zum Thema der 'territorialen Integrität' der ehemaligen Kolonien anführen. Dieses Prinzip läßt sich auf keinen Fall auf die äthiopisch-somalischen Gebietsstreitigkeiten anwenden, aus dem einfachen Grund, daß sich ein solches Prinzip nicht anwenden läßt, wenn ein Staat illegal und mit Gewalt seine Autorität in einem Gebiet ausübt, das einem anderen Staat gehört (...).

Und dann stellen wir uns vor, Mengistu sei ein 'wahrhaftiger' Revolutionär, wie es einige sagen. Warum hat er dann bis heute keine Beweise dafür geliefert, irgendwelche Taten,
lutionär, wie es einige sagen. Warum hat er dann bis heute keine Beweise dafür geliefert, irgendwelche Taten,
z.B. gegenüber den anderen Revolutionären im äthiopischen Staat selbst und gegenüber seinen Nachbarn z.B. Somalia?

Alles, was wir von ihm verlangt haben, war, daß er das Prinzip einer Föderation, nicht von Staaten, sondern der wesentlichen Nationalitäten, akzeptiert und beherzigt. Unter dieser Voraussetzung wäre ein ernsthafter Weg zu einem gangbaren Kompromiß geöffnet« (ebenda, S.13).

Afrika-Kommission

Mit Planierraupen gegen die Schwarzen

Kapstadt: In der Nähe von Kapstadt gingen jetzt die Rassisten daran, mit Planierraupen ganze Wohnviertel der farbigen Bevölkerung niederzuwalzen.



Die Regierung *»ließ die etwa 25 Kilometer von Kapstadt entfernte Hüttenstadt Modderdam, in der etwa 26.000 Menschen wohnen, mit Planierraupen zerstören."*

Die »Grundlage« für diese verbrecherische Maßnahme ist ein südafrikanisches Gesetz. Danach *»dürfen nur Schwarze in einem Gebiet wohnen, die dort auch arbeiten, während den Familien der Männer nur selten Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden. Die meisten der als illegal bezeichneten Bewohner sind Frauen und Kinder.«*

Als nächstes planen die Rassisten die Siedlungen Unibell und Wergenot dem Erboden gleichzumachen! Damit wären insgesamt 176.000 (!!) Farbige wohnungs- und heimatlos. Denn die Rassistenregierung verlangt, daß diese *»Menschen sich in dem seit vergangenem Jahr autonomen Homeland Transkei ansiedeln... Die Behörden von Transkei haben jedoch die Aufnahme der Schwarzen verweigert.«* Und:

— *»Seit Beginn der Zerstörungsaktionen mußten bereits Tausende von Menschen die Nächte im Freien verbringen.«*

Gegen diese Aktion der Rassisten gab es noch am gleichen Tage Demonstrationen der farbigen Bevölkerung. Hierbei kam es erstmals zu einer Solidarisierung von Weißen mit den Betroffenen:

Mehrere hundert Weiße nahmen an den Demonstrationen teil, obwohl ihnen das Betreten des Gebietes verboten worden war. Es *»wurden drei weiße Priester festgenommen, die sich vor die Planierraupen geworfen hatten, um das Einebnen der Siedlungen zu verhindern.«*

Die Sprecher der farbigen Bevölkerung haben inzwischen erklärt, daß sie sich nicht in die Transkei abschieben lassen werden und stattdessen für ihr Wohnrecht in der RSA kämpfen werden. Denn *»dies Land ist unser Land«*. (Zitate nach »FR« und »Le Monde« vom 11.8.77, sowie »NZZ« vom 13.8.77).

Afrika-Kommission

BRD-Regierung lügt nach Strich und Faden

Nachdem im Frühjahr die Anti-Apartheid-Bewegung nochmals eine ausführliche Dokumentation über die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der BRD mit den RSA-Rassisten vorgelegt hatte — bereits im letzten Jahr war eine Dokumentation des ANC über die nukleare Zusammenarbeit erschienen — sah sich die Bundesregierung genötigt, eine dick aufgeblasene »Gegendarstellung« zu geben:

Ergebnis: *»Wer den Deutschen vorwerfe, mit Südafrika militärisch zusammenzuarbeiten, diffamiere die Bundesregierung.«* (»Stern«, 32/77).

Aber auch in diesem Fall hatten die Lügen der Bundesregierung sehr kurze Beine:

— In der letzten Woche legte der ANC eine neue Dokumentation vor, in der mit Orginalpapieren die militärische und nukleare Zusammenarbeit haarklein bewiesen wird!

So wird u.a. folgendes dargestellt:

— Im November 1972 schickte der Flottenadmiral im BRD-Kriegsministerium, Steinbach, interne NATO-Papiere an den südafrikanischen Brigadegeneral Hamman. Thema: »Ausdehnung des NATO-Gebietes im Südatlantik«!

Extra für die — laut Bundesregierung nicht stattfindenden — Besuche südafrikanischer Militärs, hat die Rassistenregierung ein Formblatt entworfen. Es stammt aus dem Jahre 1969 und wird auch heute noch benutzt:

»Abkommandierungen [Duty Visits]: Beigefügt ist Anhang A mit Instruktionen und Richtlinien, bitte sorgfältig durchlesen und unterschreiben ... Besuche von Angehörigen der südafrikanischen Armee [SAFD — South African Defends Forces]: a] Besuche militärischer Einrichtungen. I. Schreiben Sie einen Brief in dreifacher Ausfertigung in Deutsch an das Bundesministerium der Verteidigung, der dort spätestens acht Wochen vor dem beabsichtigten Besuchstermin eintreffen muß. Der Brief muß folgende Einzelheiten enthalten ... Teilnahme an Kursen in Deutschland: I. Bedingungen zur Teilnahme an Kursen bei militärischen und•oder zivilen Einrichtungen in Deutschland: a] Militärische Kurse: I. Schreiben Sie in Deutsch einen Brief in dreifacher Ausfertigung, spätestens acht Wochen vor Beginn des Kurses an das Bundesministerium der Verteidigung, S 11 8, 53 Bonn 1, Postfach 161 ... IV. Spätestens drei Wochen vor Ankunft des SADF-Kursanten muß das Bundesministerium der Verteidigung im Besitz folgender Einzelangaben (in dreifacher Ausfertigung) sein...«

Daß von diesem Formblatt auch reichlich Gebrauch gemacht wurde, weist der ANC in seiner Dokumentation ebenso nach (Besuche bei der Bundeswehr, bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm, STEAG etc.).

Unter ganz besonderer Geheimhaltung steht anscheinend die direkte nukleare Zusammenarbeit:

— So werden z. B. Briefe zwischen der RSA und der Firma STEAG (diese bundeseigene Firma ist maßgeblich an dem Bau von einem AKW in der RSA beteiligt) als »streng geheim« eingestuft und von RSA-Botschaftspersonal persönlich überbracht!

— In einem Bericht der Botschaft über ein Treffen mit Dr. Voelcker (Boss von STEAG) heißt es u.a.: *»Ich wies Dr. Voelcker darauf hin, daß wir davon ausgehen müssen, daß sowohl die Fernschreib- wie die Telefonverbindungen nach Südafrika zeitweilig überwacht werden. Ich fügte in diesem Zusammenhang hinzu, daß wir andere deutsche Firmen, die in vertraulich zu behandelnden Angelegenheiten engagiert sind, um einen vorsichtigen Gebrauch der offenen Telefon- und Fernschreibverbindungen ersucht haben. Wir haben sie darauf aufmerksam gemacht, daß vertrauliche Schreiben, beispielsweise an das Armaments Boards, über unsere Botschaft unter Benutzung der Chiffrierapparate gesandt werden können, falls sie das wünschen. Die gleichen Möglichkeiten stehen auch der STEAG für ihre Verbindung zur Atomenergiebehörde offen.«*

Der ganze Zynismus und die ganze Menschenfeindlichkeit dieser — so streng geheimgehaltenen — atomaren Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA-Rassisten wird daran deutlich, daß die RSA derzeit eine atomare *»Versuchsexplosion in der Wüste Kalahari vorbereitet«*! (»FR«, 16.8.77).

So beweist die neu vorgelegte Dokumentation einmal mehr, daß die BRD-Regierung — trotz aller Wortradikalität gegen die Apartheidpolitik — zu den besten Stützen der Rassisten im südlichen Afrika gehört. (Die ANC-Dokumentation ist zu beziehen über »progress dritte welt« Buschstr. 20, 53 Bonn 1; Preis 4 DM).

Afrika-Kommission



Über Frankreich nach Südafrika: Panzerabwehrrakete „Milan" mit Infrarot-Suchkopf



Gebaut von Israelis, Motor aus Deutschland: Schnellboote



Dementiert: Transall-Militärtransporter für Südafrika

Frente Polisario: Diplomatische Offensive in Spanien

Nach den Wahlen vom 15.Juni in Spanien und der Beteiligung von Parteien der ehemaligen Opposition (PSOE, PCE) an den Entscheidungen dieses – allerdings kaum mit Vollmachten versehenen Gremiums, versucht die F.Polisario durch besondere Bemühungen, die Zurücknahme des berüchtigten Madrider Dreiecksabkommens vom 14. November 1975 durch das spanische „Parlament" zu erreichen.

Die damalige an der Regierung befindliche Arias-Clique brach ihre Versprechen, die ehemalige Kolonie selbst über ihre Zukunft entscheiden zu lassen und „übergab" die Westsahara an Maroka und Mauretanien, nicht ohne sich vorher einen entsprechenden Anteil an den saharauischen Phosphat-Vorkommen gesichert zu haben (Spanien erhöhte 1977 seine Phosphateinfuhren aus Marokko erheblich – in den ersten drei Monaten 77 importierte es 675.611 Tonnen, etwa die Hälfte der Importe des ganzen vergangenen Jahres, („Deia", 17.7.77).

In der marokkanischen Presse werden bereits Befürchtungen geäußert, daß Madrid seine Haltung zur Sahara unter dem Druck der „linken Parteien" ändern könnte („El Pais", 27.7.77).

F.Polisario konzentriert ihre Bemühungen insbesondere auf die PSOE, die sich mehrfach als entschiedene Befürworterin der Unabhängigkeit des saharauischen Volkes – zumindest verbal – hervorgetan hat (die PSOE ist die zweitstärkste Fraktion im spanischen Parlament nach der Zentrumsunion des Herrn Suarez).

Die PSOE soll angeblich demnächst zusammen mit anderen demokratischen Parteien eine Vorlage ins Spanische Parlament einbringen, die eine Aufforderung zur Revidierung des Madrider Abkommens beinhaltet. („Cambio 16", 21.8.77).

Die Schritte der PSOE erfolgen jedoch erwartungsgemäß nicht ohne Absprache mit dem „großen Bruder" SPD. Am 10.8. traf sich die Kommission für internationale Fragen der PSOE mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz (SPD) und Günter Schluckebier (SPD) aus demselben Ressort. Es wurde über die Westsahara, Äquatorial-Guinea und Lateinamerika gesprochen. Die PSOE erklärte sich als entschieden solidarisch mit den Befreiungskämpfen in den erwähnten Gebieten (so solidarisch, wie die SPD es zuläßt ...).

Ob die F.Polisario jedoch angesichts der steigenden Phosphatimporte seitens der spanischen Regierung sowie weiterer Waffenlieferungen an Marokko hier kurzfristigen Erfolg haben wird, ist sehr fraglich. **Auf jeden Fall könnte sie jedoch den Druck der reformistischen und linken Parteien auf die Suarez-Regierung bezüglich der Saharafrage durch diese diplomatische Offensive erhöhen.**

der Saharafrage durch diese diplomatische Offensive erhöhen.



Mauretanische Kriegsgefangene der F. Polisario (der 1. und 2. von rechts sind Senegalesen). Die meisten jungen Mauretanier werden zwangsrekrutiert und wissen nicht, gegen wen sie kämpfen.

Mauretanien wird an allen Ecken militärisch angegriffen!

Während der Dekolonialisierungs-Ausschuß der UNO die Behandlung der Sahara-Frage um ein weiteres Jahr verschob („El Pais", 6.8.77), was eindeutig den Interessen Marokkos und Mauretaniens dient, fährt die F.Polisario auf militärischem Gebiet mit ihren Attacken gegen mauretanische und marokkanische Städte und Stützpunkte fort.

Nachdem Anfang letzten Monats die Hauptstadt Mauretanien (Nouakchott) zum zweitenmal unter schweres F.Polisario-Feuer geriet, hat die F.Polisario allein in der ersten Augustwoche die Orte Chinguetti, Oudan Mattalac, Zenalchirret und Amatti in Mauretanien angegriffen, so daß zusammen mit den vorhergehenden Attacken gegen Tschit, Kiffa, Nema, Tijikda, Akjou und Ater in Mittel- und Süd-Mauretanien sowie in Ain-Ben-Tili, Bir Moghrein und Argub im Nordosten Mauretaniens es nur noch eine schmale Zone zwischen der ebenfalls mehrfach angegriffenen Eisenerzzentrale Zouerat und dem Hafen von Nouadhibu gibt, die bisher frei von Polisario-Angriffen ist.

Marokko, das mit Sorge die militärischen Erfolge der Polisario in Mauretanien sieht, hatte schon im Mai einen förmlichen gemeinsamen „Verteidigungsausschuß" gebildet und nachdem Zouerate im Juli zum drittenmal von den Streitkräften der Polisario beschossen wurde, 600 marokkanische Soldaten zur „Verteidigung" nach Zouerate geschickt („El Pais",27.7.77)! Damit hat die Aussage der F.Polisario, daß Mauretanien praktisch von Marokko militärisch besetzt ist, eine weitere Bestätigung erhalten.

Polisario beschossen wurde, 600 marokkanische Soldaten zur „Vertei-

Ein außenpolitischer Vertreter der F.Polisario in Spanien, Musa Sidehamed, sagte zur Situation Mauretaniens: *„Feststeht, daß unser Hauptfeind Marokko ist. Mauretanien ist praktisch von Marokko annektiert. Hassan II. hat dort mehr Militär als im eigenen Land. Wir würden dem mauretanischen Volk gern helfen, daß von Uld Daddah in ein Abenteuer geführt wurde, das ihm nichts einbringt, aber wir wurden angegriffen und mußten uns verteidigen. Die Lage von Mauretanien ist uns gegenüber ungünstig: wir greifen sie in der eigenen Hauptstadt an, sowie an ihrer Grenze zum Senegal. Unsere Kämpfer sind besser ausgebildet als ihre und außerdem wissen wir, daß wir nur eine Alternative haben: entweder werden wir vernichtet oder wir werden unabhängig. Die Wahrheit ist, daß ich bezüglich unserer Zukunft optimistisch bin"* („Deia",14.7.77).

Die Spannungen zwischen Marokko/Mauretanien einerseits und Algerien andererseits nehmen jedoch ständig zu. Der Verteidigungsminister der DARS sprach von der Vorbereitung eines Angriffs Marokkos gegen Tindouf (dort sind die meisten saharauischen Flüchtlingslager) sowie gegen Algerien und Lybien („El Pais",11.8.77).

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission

Zimbabwe: R. Mugabe dementiert erneut angebliche Kritik an der Sowjetunion

Laut AFP erklärte R.Mugabe(ZANU) am 2. Tag der OAU-Gipfelkonferenz: „Es ist absolut nichts an der Tatsache wahr, daß ich die Sowjetunion angegriffen habe."

Er dementierte damit chinesische Berichte über Aussagen, die er angeblich während seines Besuches in der VR China gemacht habe (vgl. AK 110). Darüberhinaus erklärte er, daß *„die Patriotische Front gewaltige Unterstützung von der UdSSR erhalte. Es ist nicht vorstellbar, daß wir diejenigen angreifen würden, die uns solche Unterstützung geben"* (Nach „Monitor-Dienst" vom 5.7.77).

Die Regierung der Republik Elfenbeinküste erklärt der Bestechung den Krieg

„Die Bestechung ist eine Seuche, gegen die die Republik Elfenbeinküste sich um jeden Preis schützen will; aus diesem Grunde wurde soeben ein Gesetz verabschiedet, um alle jene zu bestrafen, die die verabscheuungswürdige Gepflogenheit haben, sich Dienstleistungen bezahlen zu lassen, die man berechtigt ist, normalerweise von ihnen zu erwarten.

Der Präsident der Republik Elfenbeinküste möchte wieder einmal betonen, daß ihm noch nie jemand den Schimpf angetan und irgendein Entgelt vorgeschlagen hat, um Vorteile zu erlangen; und es käme ihm niemals in den Sinn, durch Annahme des kleinsten Betrages seine Selbstachtung zu verlieren, jede Selbstachtung gegenüber einem Volk, das ihm seit 1944 vertraut.

Alle jene, die glauben, unrechtmäßiges Entgelt oder Vorteile in seinem Namen verlangen zu können, sind als Gauner anzusehen und müssen als solche behandelt werden.

Alle Ivorianer, die sich der Zukunft ihres Landes bewußt sind, werden zur Bekämpfung dieser Geißel aufgerufen, um mit Überzeugung und Entschlossenheit Bestechern und Bestochenen die ganze Strenge des Gesetzes fühlen zu lassen."

gezeichnet:

Félix Houphouet-Boigny

Präsident der Republik Elfenbeinküste

„Da schmunzelt der Imperialist"
(Anzeige aus: „Süddeutsche Zeitung" v. 3.8.77)

Kapverden: Konterrevolutionäre kaltgestellt

Mitte Juni wurde auf Sao Vincente (eine der nördlichsten Inseln der Kapverden-Gruppe) eine 40-köpfige, konterrevolutionäre Gruppe verhaftet, die Sabotageaktionen gegen strategische Einrichtungen der Insel und die Ermordung führender PAIGC-Kader plante (alle Angaben nach »Afrika«, August 1977).

Zu der Gruppe zählten ehemalige Agenten der portugiesischen Geheimpolizei PIDE/DGS sowie zwei Portugiesen, die für die Regierung der Kapverden arbeiteten. Andere Mitglieder der Gruppe waren Großgrundbesitzer und kapverdianische Emigranten, die bereits 1974 an den Plänen Spinolas für eine Föderation der Kapverden mit Portugal beteiligt waren.

Die Verhafteten werden einem der Volkstribunale überantwortet, die seit einem Jahr auf den Kapverden arbeiten.

Afrika-Kommission

Berichtigung zu AK 110

Das Vorbereitungstreffen zum Kongreß über die nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika findet am 3.9.77 in Darmstadt statt und nicht wie irrtümlich in AK 110 gemeldet am 30.9.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



CDU will verfaßte Studentenschaft abschaffen

In der abschließenden Behandlung des badenwürttembergischen Hochschulgesetzentwurfes hat die CDU-Landesregierung beschlossen, die verfaßte Studentenschaft abzuschaffen. Sie kann sich dabei auf das Hochschulrahmengesetz (HRG) berufen, in dem die verfaßte Studentenschaft nur als „Kann-Bestimmung" aufgeführt wird. Sie ging damit über alle bisher vorliegenden Entwürfe hinaus, die *„die Beibehaltung der verfaßten Studentenschaft an den Universitäten und Kunsthochschulen vorgesehen"* hatten („FAZ", 19.8.). Der Ex-Nazi-Militärrichter und heutige Ministerpräsident Filbinger führte dazu aus, *„die Landesregierung halte den ständigen Mißbrauch der Rechte und Finanzmittel der Studentenschaft durch einige linksextreme Gruppierungen nicht länger für vertretbar"* (ebenda), womit er offen zugibt, daß die Hochschulgesetzgebung der Durchsetzung des politischen Konzepts der Herrschenden dient und nicht, wie immer behauptet, einer „Anpassung an die veränderten Bedingungen" der Ausbildung. Scheinheilig, wie er nun einmal ist, behauptet Filbinger, daß die verfaßte Studentenschaft *„als Zwangskörperschaft mit Zwangsbeiträgen der Studenten nicht in eine vom liberalen Geist geprägte Rechtsordnung"* passe (ebenda). Seltsam, daß Filbingers „liberale" Gewissensbisse gerade durch den Umstand hervorgerufen werden, daß die studentischen Vertretungsorgane nicht von regierungsfreundlichen Gruppierungen gestellt werden. Bezeichnend ist, daß – laut Filbinger – *„starke Zweifel bestünden, ob eine solche Zwangskörperschaft verfassungsrechtlich überhaupt zulässig sei"* (ebenda). Es wäre jedenfalls nicht das erste mal, daß über „Verfassungszweifel" und die nachfolgenden Bundesverfassungsgerichtsurteile der reaktionäre Kurs legitimiert wird. Bezeichnend auch, daß den gleichen Leuten noch niemals Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit der Zwangseintreibung der Lohnsteuer, den Mißbrauch dieser Gelder usw. gekommen sind.

Daß es sich hierbei nicht um einen Alleingang der badenwürttembergischen CDU handelt, machte der hessische CDU-Rechtsaußen Dregger schnell deutlich. Schon einen Tag später erklärte er, daß bei einem Wahlsieg der CDU in Hessen ebenso verfahren würde („FAZ", 20.8.). Die Vorstellungen der CDU orientieren sich dabei an dem bayrischen Hochschulgesetz, mit dem schon 1972 die verfaßte Studentenschaft in Bayern abgeschafft wurde. Dort existieren nur noch sogenannte Sprecherräte als „Interessenvertretungsorgane", die sich aus der studentischen Fraktion in den Selbstverwaltungsgremien der Universität zusammensetzen. Finanzmittel werden diesen Sprecherräten von der Hochschulverwaltung zugewiesen, die darüber eine absolute politische Zensur ausüben kann. Daß dabei die Zwangsbeiträge entfallen, die Filbinger sogar als verfassungswidrig bezeichnet, ist jedoch eine glatte Lüge. Denn weiterhin bezahlen die Studenten Semestergebühren, die der Hochschulverwaltung zur Verfügung stehen. Ebenso geben die Sprecherräte Erklärungen für die gesamte Studentenschaft heraus, dies allerdings unter wirksamer Kontrolle der Hochschulbürokratie. In diesem Sinne sind die Studenten also weiterhin Zwangsmitglieder und zahlen weiterhin Zwangsbeiträge, womit sich Filbingers Geschwätz vom „liberalen Geist", zu dem diese Zwänge nicht passen würden, als pure Heuchelei entpuppt. Umso mehr wird deutlich, daß es sich bei der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft allein um den Versuch handelt, die Linke an den Hochschulen zu treffen.

Dieser Angriff geht weit über das bisherige Vorgehen, die verfaßte Studentenschaft zwar zu erhalten, ihr allerdings das Politische Mandat zu nehmen, hinaus. Die CDU unterscheidet sich hierin von den bisher in den SPD-regierten Ländern vorgelegten Hochschulgesetzentwürfen. Zu diesem weit reaktionäreren Kurs mag sie bewogen haben, daß alle bisherigen Versuche, das Politische Mandat ernsthaft anzugreifen, gescheitert sind, wobei die Auseinandersetzungen um den Göttinger AStA im letzten Semester nur der letzte Beweis dafür sind.

Ausschlaggebend dürfte aber vor allem sein, daß alle Versuche, den eigenen studentischen Zöglingen auf die Sprünge zu helfen, erfolglos blieben: Der RCDS wird nach wie vor von der großen Mehrheit der Studenten abgelehnt. Gutes Zureden, Ausschimpfen, Ratschläge, Schecks ... all das erwies sich als wirkungslos. Der RCDS hat in westdeutschen ASten weiterhin nichts zu bestellen.

Die SPD – selber im Glashaus sitzend – mochte sich die Kritik an den CDU-Plänen nicht entgehen lassen. Der Vorsitzende der Kommission für Bildungspolitik beim SPD-Vorstand und nordrheinwestfälische Wissenschaftsminister Rau *„bezeichnete den Beschluß als Armutszeugnis"* („Stuttgarter Zeitung", 20.8.). Weiter heißt es, *„Ministerpräsident Filbinger setze sich dem Verdacht aus, sich eine unbequeme, aber rechtmäßige und im Hochschulwesen traditionelle Institution auf einfache Weise vom Halse schaffen zu wollen"* (ebenda). „Vergessen" hat er dabei offensichtlich, daß der Gesetzentwurf mit der „Kann-Bestimmung" für die verfaßte Studentenschaft immerhin von der SPD kommt, diese dem HRG zugestimmt und damit Filbingers Treiben überhaupt erst möglich gemacht hat. Noch doller kommt es jedoch, wenn Rau der CDU vorwirft, sie sei *„zu feige, sich politisch mit den Studentenschaften auseinanderzusetzen und desertiere deshalb in Verbotsmaßnahmen"* (ebenda). Dies von der gleichen SPD, die das Verbot des politischen Mandats fordert, weil sie mit Verbotsmaßnahmen die politische Diskussion an den Hochschulen unterbinden will. Nach der einheitlichen Verabschiedung des HRG ergeben sich hier wieder wunderbare „Widersprüche" zwischen SPD und CDU, die für die Studenten nichts bringen (denn ein durchgesetztes Verbot des Politischen Mandats würde auch die verfaßte Studentenschaft uninteressant machen), die SPD jedoch als „kleineres Übel" erscheinen lassen soll. Hier tut sich wieder ein weites Feld (besser: ein schmaler Grat!) auf, wo die Differenzierungskünstler bei den Jusos wieder mal ihre Phantasie spielen lassen können ...

Sofort nach Bekanntgabe des Beschlusses der Landesregierung protestierten die Jusos und der LHV, die von einem *„unglaublichen Eingriff in die demokratischen Rechte der Studenten"* und einem *„weiteren Beweis für die gescheiterte Hochschulpolitik der Stuttgarter Regierung"* sprechen („Stuttgarter Zeitung", 20. 8.). Der Juso-Bundesvorstand forderte die badenwürttembergischen Studenten zu zentralen Kampfmaßnahmen auf. In einer ersten Erklärung des VDS-Vorstandes wurde sogar mit einem „völligen Semesterabbruch" (nach „Stuttgarter Zeitung") gedroht.

Wie weit diese wortgewaltigen Töne in die Tat umgesetzt werden, muß sich auf der Ende September stattfindenden VDS-Mitgliederversammlung zeigen.

Um diesen Angriff zurückzuschlagen, wird es keinesfalls ausreichen, zu Protestmaßnahmen in Baden-Württemberg aufzurufen. Mit der Ankündigung Dreggers ist klar geworden, daß die Studentenschaft über Baden-Württemberg hinaus mit einer enormen Verschärfung der Hochschulgesetzgebung zu rechnen hat – kurzfristig zumindest in den CDU-regierten Ländern, die bis auf Niedersachsen bisher noch keine Entwürfe vorgelegt haben.

Gerade weil Baden-Württemberg ein Exempel ist, muß die Studentenschaft insgesamt diesen Angriff zurückschlagen. Konkret muß das heißen, daß die VDS-MV die Zurücknahme der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft in diesem Land als konkretes Streik- und Aktionsziel aufnimmt. Und wenn es sein muß, bis zum „völligen Semesterabbruch" – da stimmen wir mit dem VDS-Vorstand völlig überein!

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg

RCDS: Kläger und Denunziant

Göttingen: *„Es kommt daher in Zukunft darauf an, weniger mit formalrechtlichen Schritten gegen linke ASten vorzugehen und damit den politischen Auseinandersetzungen auszuweichen, als vielmehr darauf, das Potential der ‚schweigenden Mehrheit' zu mobilisieren"*, diese (scheinbar) neuen Töne kommen ausgerechnet vom RCDS, dessen politische Praxis sich in den letzten Jahren wesentlich auf den Gang vor die Gerichte beschränkte. Ob er damit tatsächlich eine andere Politik einleiten und von seiner Denunzianten- und Klägerrolle Abstand nehmen will, muß sich allerdings erst noch zeigen.

Gegenwärtig sind allein in Göttingen über 40 Straf- und Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, bei denen der RCDS eifrig mitmischt.

Gegen zehn Kommilitonen wurde Anklage wegen *„Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und Nötigung in einem besonders schweren Fall"* erhoben. Vorgeworfen wird ihnen die Sprengung einer Fachbereichsratssitzung. Die von der Staatsanwaltschaft aufgefahrenen Zeugen sind größtenteils bekannte RCDS'ler.

Wie, so muß sich der RCDS fragen lassen, ist der Staatsanwalt wohl an diese Zeugen herangekommen, wenn sich diese nicht angedient haben? Zweifelsfrei steht jetzt schon fest, daß das RCDS-Mitglied von Schlopp zehn Kommilitonen bei der Politischen Polizei als Täter „identifizierte". Erst nach seiner Aussage wurde gegen sie Anklage erhoben. Wenn das keine Denunziation ist, kann dieser Begriff ganz aus dem Wortschatz gestrichen werden.

Aber gerade gegen diese Feststellung wehrt sich der RCDS vehement, denn natürlich weiß auch er, daß Denunzianten allemal einen schweren Stand haben. Als an der Uni zwei Steckbriefe auftauchten, die die Konterfeis von zwei ganz besonders bekannten „Zeugen der Anklage" zeigten, startete der RCDS eine dreiste Provokation. Das RCDS-Mitglied Bühmann reichte eine schriftliche Anfrage an den AStA ein, in der „gefragt" wird: *„Ist der AStA bereit, eine Klage wegen Verleumdung, übler Nachrede und Beleidigung gegen die Herausgeber des ominösen Steckbriefes ‚Aktion saubere Uni' zu unterstützen und mit durch die strafrechtliche Verfolgung ev. entstehende Kosten über den Rechtshilfefond des AStA zu ersetzen?"* Dieses „Anliegen" wollte der RCDS dann auch noch ernsthaft im Studentenrat vortragen, woraufhin laut Anklageschrift folgendes passiert sei: *„Ich (der Zeuge Bühmann) kam gerade noch dazu, mein Anliegen vorzubringen, da sprang L. schon vor mit den Worten: ‚Du hast hier nichts zu suchen' auf mich los ... L. faßte mich dann an meinem Parka und versuchte, mich nach draußen zu schieben."* Dies brachte dem Kommilitonen Klaus L. eine Anzeige wegen Nötigung (!) ein. Weiterhin wird dem Kommilitonen vorgeworfen, er habe in der Sitzung des SR gesagt: *„Der AStA ist nicht bereit, aus dem Rechtshilfefond nur einen Pfennig zu geben. Der AStA würde höchstens aus dem ‚Sozialfond' zwei Nägel für den Sarg dieser beiden Kommilitonen finanzieren"*. Anstatt dem AStA für dieses konkrete Angebot dankbar zu sein, reagierte der RCDS auch auf diese „Stellungnahme" beleidigt mit einer Anzeige.

Trotz der Lächerlichkeit dieser Anklagepunkte ist es jedoch nicht unwahrscheinlich, daß Klaus L. auch in diesem Fall verurteilt wird, denn derselbe Genosse steht noch wegen „Rädelsführerschaft" bei der Fachbereichsratssitzung und als Verantwortlicher für die Herausgabe des „Buback-Nachrufs" vor Gericht.

Trotz der eingangs zitierten Sprüche des RCDS ist wohl kaum damit zu rechnen, daß seine Mitglieder ihre Denunziantenrolle aufgeben, ist dem RCDS doch von der Bourgeoisie in den Kriminalisierungsversuchen der universitären Linken eine besondere Rolle zugedacht. Allerdings zeigen diese Sprüche auch, daß der RCDS sehr wohl weiß, daß er sich mit dieser Rolle innerhalb der Studentenschaft absolut isolieren wird.

KHB/Göttingen

Dregger will hoch hinaus

Nach der einstimmigen Verabschiedung der Dreggerschen Thesen zur reaktionären Hochschulformierung auf dem Hochschulkongreß der CDU in Hessen (Abschaffung der Gruppenuniversität, der verfaßten Studentenschaft, der Ausbildungsförderung, Einführung eines verschärften Ordnungsrechts u.ä.), wird mit Blick auf die Landtagswahlen 1978 zur Sammlung der Kräfte und zum Marsch durch die Institutionen geblasen.

Eigens dazu will die CDU an allen hessischen Hochschulen nach Marburger Vorbild eine „CDU-Hochschulunion" gründen, die sich auf der Grundlage der Dreggerthesen an sämtlichen Wahlen (Selbstverwaltungsgremien, Personalrat etc.) beteiligen soll.

Auch der RCDS Hessen hat die „Chance" erhalten, als „korporatives Mitglied" der Hochschulunion anzugehören und auf den scharf rechten Kurs einzuschwenken. Denn vorerst will die CDU/Hessen auf die Gründung einer eigenen „Studentenunion" verzichten – allerdings nur solange, wie sich der RCDS an die ihm schriftlich vorgelegten „Vereinbarungen", „CDU-Gedankengut" zu verbreiten, hält. In dem Schriftsatz heißt es unter anderem: *„Der RCDS Hessen wirbt im eigenen Bereich, aber auch unter den Studenten und allgemein an der Hochschule für die bildungspolitischen Vorstellungen der hessischen CDU in deren wesentlichen Grundzügen. Der RCDS arbeitet an der Novellierung der hessischen Hochschulgesetzgebung mit dem Ziel mit, diesen politischen Bereich als besonderes Thema für die Landtagswahl 1978 wählerwirksam aufzubauen"* (FR, 9.8.77).

Die Vorlage dieser „Vereinbarung" schien dem Landesgeschäftsführer der CDU Hessen, Kanther, wohl vor allem deswegen geboten, weil der Bundes-RCDS bisher das Dregger-Konzept in wesentlichen Teilen abgelehnt hat. Denn die Politik des RCDS in den letzten Semestern zielte überwiegend darauf ab, seinen Einfluß „zur Mitte hin" zu verbreitern; u.a. auch durch (erfolglose) Versuche, mit den Jusos Bündnisse zu schließen.

Dreggers „Erfolgsrezept" dagegen soll im Gegensatz zu so einem „schlappen Kurs" darin bestehen, rechte Stoßtrupps an den hessischen Hochschulen aufzubauen und damit ein neues Potential zu erschließen.

Ob sich der RCDS dauerhaft diesen Handschuh anziehen wird, bleibt abzuwarten.

Anknüpfend an ihren Wahlerfolg bei den Bundestagswahlen 76 hofft die CDU-Hessen, in einem Bereich Fuß fassen zu können, der gerade in Hessen traditionell eher dem liberalen oder linken Lager (z.B. Marburg) zugeneigt ist. Darüberhinaus wird hier offensichtlich ein Testballon gestartet, inwieweit die in Hessen verfolgte Hochschulstrategie und -taktik, die z.Zt. auch in der Bundes-CDU noch umstritten ist, zum bundesweiten Programm erhoben werden kann.

Großer „Sieg" des RCDS

Vor dem bayrischen Verfassungsgericht klagte der RCDS gegen die im bayrischen Hochschulgesetz enthaltene Bestimmung, daß einer Hochschulgruppe (Studenten, Assistenten, Professoren) weniger Sitze in den Selbstverwaltungsgremien zustehen, wenn die Wahlbeteiligung unter 50% liegt. Diese Regelung trifft häufig die Studenten, da bei den anderen Gruppen die Wahlbeteiligung meistens bei 80 bis 90% liegt.

Der RCDS wollte nun ganz besonders schlau sein und reichte beim Verfassungsgericht eine Klage mit folgender sinnigen Begründung ein: dieses Quorum sei verfassungswidrig, da es theoretisch auch die Professoren treffen könne. Da aber das Bundesverfassungsgericht festgelegt habe, daß die Professoren i m m e r über eine Mehrheit verfügen müßten, sei dieses Quorum nicht mit der Verfassung zu vereinbaren.

Das Gericht gab dem RCDS recht – und verfügte, daß die Quorumsregelung für die Professoren aufgehoben werden muß. Für die Studenten bleibt sie allerdings bestehen! Damit hat der RCDS einen vollen Sieg für die Professoren erreicht. Ob dies nun nur pure Dummheit oder ausgekochte Lumperei ist, mögen wir hier nicht entscheiden. So oder so hat der RCDS als „Interessenvertreter" der Studentenschaft freilich die Hosen runterlassen müssen.

Chauvinisten am Werk

Zu einem Wettbewerb unter dem Motto *„Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte"* rief die niedersächsische Landesregierung alle achten Klassen auf. Wer vom Motto her allerdings erwartet hatte, daß hier ein Stück Völkerverständnis entwickelt werden sollte, hat den Chauvinismus der CDU-Regierung gründlich unterschätzt. Unter den 60 gestellten Fragen *„bezieht sich jedoch nicht eine einzige auf die polnische Bevölkerung Schlesiens"* („FR", 8.8.). Stattdessen wird sich in der Geschichte vom 13. bis 19. Jahrhundert gesuhlt, wobei für jeden Schüler übrig bleibt, daß Schlesien schon immer „deutsch" gewesen sei. Zum Nachweis der geographischen Kenntnisse sollen die Schüler fünf Städte nennen, natürlich mit deutschen Namen. Beim Aushecken dieses Wettbewerbs waren im übrigen auch die Revanchistenverbände beteiligt. Als die Presse dahinterkam, versuchte das Ministerium diesen Umstand zu verheimlichen.

Die Leute, die diesen offenen Chauvinismus in die Schulen tragen, sind die gleichen, die den Radikalenerlaß mit dem Argument verteidigen, die Kommunisten würden die Schüler „indoktrinieren". Wahrscheinlicher ist, daß sie befürchten, daß sie ohne Berufsverbote einige Schwierigkeiten mehr hätten, den braunen Sud in den Schulen zu verbreiten.

Angriffe auf Frankfurter AStA laufen unvermindert weiter

Nach wie vor sichtliches Vergnügen bereitet es dem Frankfurter Uni-Präsidenten Krupp und dem ebenso eifrigen stud. phil. Freiherr Schenk zu Schweinsberg, auch die Semesterferien nicht ungenutzt zu lassen, um allwöchentlich neue Strafgelder oder Gerichtsprozesse gegen den AStA anzustrengen. Bereits in AK 109 haben wir die Gesamtsumme der Zwangsgeldandrohungen gegen den AStA auf ca. 50.000 DM „hochgerechnet" (nicht einberechnet die anfallenden Prozeßkosten, die dem AStA natürlich auch noch aufgebrummt werden). Seitdem hat sich wieder einiges getan. Um einen ungefähren Eindruck von dem Trommelfeuer der permanenten Angriffe auf den AStA zu vermitteln, geben wir hier einen Überblick über den Zeitraum Ende Juni bis Ende Juli (knapp vier Wochen):

- Krupp beantragt vor dem Verwaltungsgericht die „Festsetzung von Zwangsgeld", da der AStA den Streik vom SS 77 organisiert habe.
- Krupp läßt sich sein eigenes „Rundschreiben" vom 16.6.77 zum Streik vollständig vom AStA bezahlen. Das „Rundschreiben" diente dem Zweck, *„die Studenten über die Folgen des Streiks aufzuklären"* und *„eine Beendigung des Streiks... zu erreichen"*! Da der AStA mit dem Aufruf zum Streik eine „Pflichtverletzung" begangen habe, müsse er für die „Gegenmaßnahmen der Universität" aufkommen. Krupp wies die Universitätskasse an, die Kosten für sein Pamphlet in Höhe von 14.503,02 DM von den studentischen Beiträgen abzuziehen und dem AStA nicht auszuzahlen. Mit dieser Provokation hat er seine bisherigen Umtriebe noch in den Schatten gestellt.
- Krupp drohte als „Rechtsaufsichtsbehörde", die Finanzierung der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus" aus Mitteln der Studentenschaft zu verbieten, falls darin weiter Aussagen zu allgemeinpolitischen Themen getroffen würden. Er beruft sich dabei auf ein entsprechendes Urteil gegen die Marburger Studentenzeitung.
- Das Verwaltungsgericht Frankfurt verurteilt den AStA zu 2.000 DM Zwangsgeld wegen seiner Unterstützung des Medizinerstreiks zu Beginn des Sommersemesters.
- Freiherr Sch. zu Sch. beantragt vor dem Verwaltungsgericht, die Verpflichtung auf Zahlung von 10 DM Semesterbeitrag für die Verfaßte Studentenschaft aufzuheben.

Trotz dieser pausenlosen Angriffe hat sich der Frankfurter AStA bisher immer noch nicht um eine Aufarbeitung und Bekanntmachung dieser massiven Anzeigenkampagne gekümmert. Dies, obwohl Frankfurt neben Kiel und Münster gegenwärtig im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um das politische Mandat steht. Der Sponti-AStA hat deshalb nicht nur gegenüber der eigenen Studentenschaft die Verantwortung, den finanziellen Ruin und die politische Knebelung ihres Interessenvertretungsorgans zu verhindern. Von ihm muß auch erwartet werden, gegenüber der unrühmlichen Haltung der Juso-ASten in Münster und Kiel eine alternative Politik zu entwickeln. Die gegenwärtig vorherrschende notorische Schlamperei in dieser Sache schafft nicht gerade gute Voraussetzungen dafür, daß die Spontis in den anstehenden „Koalitionsverhandlungen" zur AStA-Neubildung eine konsequente Haltung gegenüber den Jusos durchsetzen.

Erstes Gerichtsurteil gegen »Buback-Nachruf«: Eigentor

Ein sicherlich noch unvollständiger Überblick über das Ausmaß der Kampagne gegen den „Buback-Nachruf" geht aus einer Veröffentlichung des Göttinger AStA hervor: Der Artikel wurde aus Solidarität mit dem Göttinger AStA in über 30 Städten nachgedruckt; weit über 150 Straf- und Ermittlungsverfahren sind mittlerweile gegen Herausgeber, Verbreiter etc. des Artikels angestrengt worden.

Die Anschuldigungen lauten: Verstoß gegen § 140 StGB (Billigung von Straftaten), § 130 (Volksverhetzung), §189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) sowie in Einzelfällen sogar Verstoß gegen §88a (Befürwortung von Gewalttaten).

Das erste Urteil in diesem Zusammenhang wurde vergangene Woche vom Amtsgericht Düsseldorf gefällt.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen drei Mitglieder des Fachbereichs-Studentenrates (Fastra) der Fachhochschule Düsseldorf wegen Veröffentlichung des Artikels in der Studentenzeitung „Die Lupe" gestellt hatte, lehnte jetzt das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Zentrale Aussage der 17 Seiten langen Begründung des Gerichts: *„Die Veröffentlichung des Buback-Nachrufs erfüllt keinen Straftatbestand."*

Zum Vorwurf, der Artikel billige Straftaten (Verstoß gegen § 140 Strafgesetzbuch), belehrt das Gericht alle Besserwisser, einschließlich Bundesjustizminister Vogel, der diesen Vorwurf erhoben hatte, daß der Artikelschreiber dem Attentat auf Buback „eine eindeutige Absage" erteilte.

Von einer „Billigung" nach gängiger Gesetzesinterpretation könne nicht die Rede sein. Hierfür müsse *„die zustimmende Kundgebung aus sich heraus verständlich sein, als solche unmittelbar, ohne Deuteln, erkannt werden". „Eine Billigung fehlt, wenn eine indifferente oder gar anderslautende Kundgebung erst durch außerhalb der Erklärung liegende Umstände, also erst im Wege des Rückschlusses als zustimmende Kundgebung gewertet werden kann."* Dies ist eine Anspielung auf die einseitige Darstellung des Artikels in der bürgerlichen Presse. An anderer Stelle wird das Gericht deutlicher: *„Die Veröffentlichung des Nachrufs erfolgte zumindest ausschnittweise und im Gegensatz zu der hier gewählten Form der Veröffentlichung* (gemeint ist der Abdruck des ganzen Artikels in der Studentenzeitung – Anm. AK) *vorzugsweise durch Herausreißen einzelner besonders inkriminierender Zitate in der gesamten deutschen Presse. Würde der Rechtsansicht der Staatsanwaltschaft gefolgt werden, hätte sich die überwiegende Mehrheit der Presse strafbar gemacht."*

Andere Straftaten, wie z.B. die oft genannte „Volksverhetzung", sind für das Gericht nicht ersichtlich. *„Für eine Volksverhetzung gemäß § 130 StGB fehlt es an der notwendigen Konkretisierung. Die entsprechenden Passagen in dem Buback-Nachruf sind zu allgemein gehalten, als daß daraus die Absicht des Verfassers hergeleitet werden kann, er wolle gezielt einzelne Berufsgruppen böswillig verächtlich machen und ihre Menschenwürde angreifen. Die Passagen sind vielmehr Ausdruck eines allgemeinen Hasses gegen die ‚herrschende Klasse'."*

Für eine Verfolgung nach § 189 StGB (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) fehlt der erforderliche Strafantrag, den nur Verwandte des Verstorbenen stellen können. Dieser Strafantrag liegt bislang nicht vor und wird vom Gericht auch nicht mehr erwartet.

Somit wäre das ganze Gerüst der Anschuldigungen, auf dem die bundesweite Hetzkampagne der bürgerlichen Presse aufgebaut war und ist, wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Aber nicht nur dies muß das Amtsgericht in Düsseldorf konstatieren. Es bescheinigt der Staatsanwaltschaft die Unzulässigkeit der im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen „Die Lupe" getroffenen Maßnahmen wie die Durchsuchung der Fastra-Räume sowie die Beschlagnahmung von Beweismitteln. Laut Gerichtsbeschluß war *„zur Sicherung der Beweise eine Beschlagnahme nicht zulässig, da die Beweise bereits gesichert waren."* Und an anderer Stelle: *„Sollte die vorläufige Sicherstellung eine presserechtliche Beschlagnahme nach §§ 13ff Landespressegesetz gewesen sein, wurden auch hier wichtige Vorschriften zum Schutz der Presse nicht beachtet."*

Das Gerichtsurteil unterstreicht, daß die gesamte aufwendige Kampagne der bürgerlichen Presse zur „Trokkenlegung des Sympathisantensumpfs an den Hochschulen" juristisch unhaltbar ist. Tatsächlich ist der Rechts-Staat (noch) nicht so weit, wie ihn diese Kräfte gerne hätten: Das bürgerliche Recht erlaubt noch nicht die völlige Gleichschaltung auf die Staatsideologie. Es wäre allerdings ein Irrtum, zu glauben, daß die Meinungsmacher der herrschenden Klasse sich darüber nicht bewußt wären. Auch sie handeln natürlich nach dem „Primat der Politik", d.h. es geht ihnen vorrangig um die Isolierung der Linken und die Mobilisierung und Aktivierung der Rechten. Für ihre Kampagne wäre es jedoch zweifellos ein „Handicap", wenn es tatsächlich „nicht Strafbares" zu verurteilen gäbe. Trotz dieses positiven ersten Urteils ist daher damit zu rechnen, daß sich noch Gerichte finden, die die „Glaubwürdigkeit" der Herren Vogel, Springer, Glotz usw. zu „retten" bereit sind. Mit dieser Hoffnung hat auch die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf bereits Beschwerde gegen das Urteil eingelegt („Welt", 18.8.77).

KHB/Göttingen



Hochschullehrer unterliegen vor Gericht

Hannover. *„Niedersachsens CDU-Vorsitzender Hasselmann darf den Professoren, die den ... Artikel 'Buback – ein Nachruf' nachgedruckt haben, weiterhin eindeutige Parteinahme für den verbrecherischen Terrorismus nachsagen"* („FR", 20. 8.). Dies entschied das Landgericht Hannover, das damit eine Klage der Hochschullehrer ablehnte.

„Das Landgericht Hannover entschied, der Artikel stelle keine grundsätzliche Absage an Gewalttaten dar. Wer einen solchen 'Denkprozeß über Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft' für notwendig halte und dazu noch entsprechende Passagen von Rosa Luxemburg zitiere, müsse scharfe und polemische Kritik hinnehmen" (ebenda). Rosa Luxemburg zitieren – das geht ja auch wirklich zu weit. Sowas gehört natürlich zum „Sympathisantensumpf" ...

Judos dürfen nicht nachdrucken

Westberlin. Entgültig verwehrt wird es den Judos, den „Buback-Nachruf" nachzudrucken. Der FDP-Landesvorstand, der nach einem ersten Verbot dem Nachdruck zustimmte, falls sich die Judos „kritisch mit dem Text auseinandersetzen" würden, wurde jetzt vom FDP-Bundesvorstand gestoppt. Vizekanzler Genscher persönlich schaltete sich ein, um diese „Schande" von der Partei zu wenden. Stattdessen bot der Landesvorstand der FDP den Judos jetzt an, sich an der Ausarbeitung eines *„liberalen Memorandums gegen Gewalt in der Politik"* („SZ", 20.8.) zu beteiligen. Um Haftbedingungen, Bullenterror, Todesschüsse usw. dürfte es dabei wohl kaum gehen ...

„EXTRA-Dienst": Peinlich!

Zu einer Hetztirade im plattesten DKP/SEW-Stil ließ sich der Westberliner „Extra-Dienst" gegen die 48 Professoren und Rechtsanwälte hinreißen, die den Göttinger „Buback-Nachruf" in einer Dokumentation nachgedruckt hatten. Ein bereits hinreichend als „Chaotenfresser" bekannter M.B. verdammt darin die Veröffentlichung des „Mescalero"-Artikels als *„eine Demonstration des schwachen und nicht des wachen Sinns der dafür Verantwortlichen"*. Die Professoren hätten dem Göttinger AStA aus der Klemme helfen wollen, es aber dadurch der Reaktion nur erleichtert, die fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen insgesamt zu kriminalisieren.

Ginge es nach M.B., kann man daraus umgekehrt nur folgern, dann hätte also alles darangesetzt werden müssen, den Göttinger AStA zu isolieren, um zu verhindern, daß die Kriminalisierung auf die Hochschulszene insgesamt ausgedehnt wird. Sauber, sauber! Man merkt doch gleich, wie sich M.B. und Leute seiner Wellenlänge um die Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft sorgen.

Man wende diese Logik einmal auf die Solidarität mit den Berufsverboteopfern an: Da heute jeder, der sich gegen die Berufsverbote engagiert, natürlich selber „mangelnder Verfassungstreue" verdächtigt wird, würde es sich auch hier anbieten, die Betroffenen zu isolieren, um eine Ausweitung der Berufsverbote auf diejenigen zu verhindern, die Solidarität geübt haben...

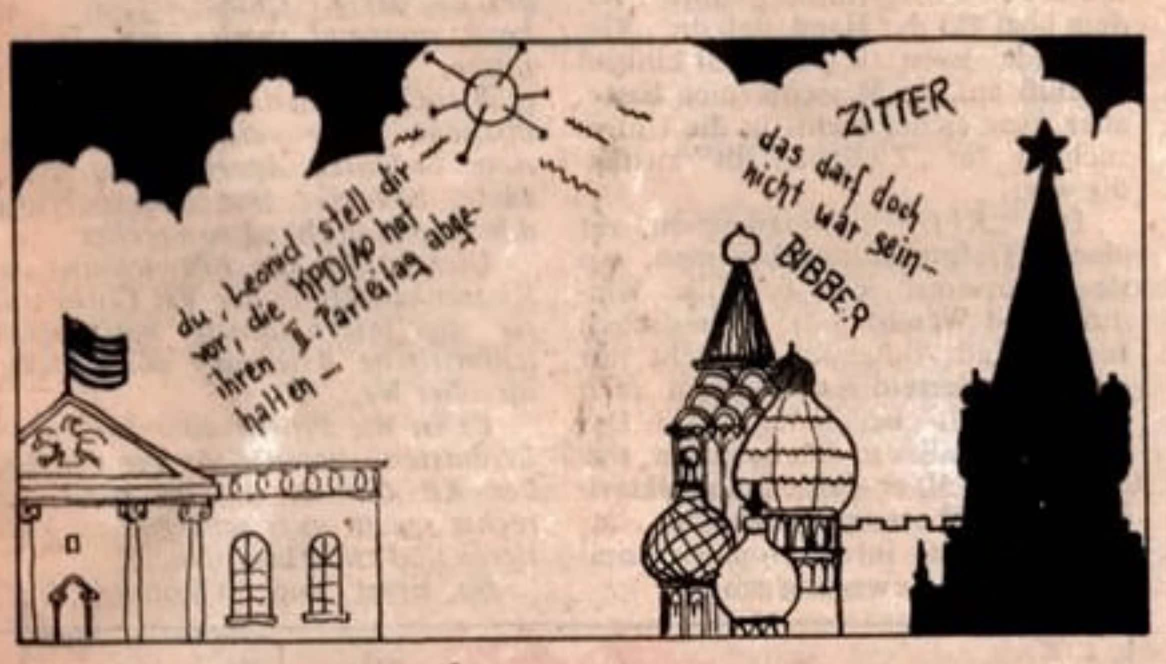
M.B. braucht den Vergleich mit der bürgerlichen Presse nicht zu scheuen, wenn er sich in immer wortgewaltigere Diffamierungen gegen „die 48" hineinsteigert: *„Wolkenkuckucksheimbewohner in ihrem Campus-Ghetto", „eitle, papierchenschwenkende Schwätzer"* usw. Man merkt es gleich: Dieser Mann befindet sich jedenfalls nicht in einem „gesellschaftlichen Ghetto" – er spricht die „Sprache des Volkes" mindestens genauso gut wie die „Bild"-Zeitung.

Erstaunlich immerhin, daß sich M.B. zu der Feststellung bereitfindet, daß die Dokumentation *„in keiner Weise Handhabe bietet zu straf- oder disziplinarrechtlichen Maßnahmen"*. Eben das hatten die Professoren an dem „Buback-Nachruf" ja gegenüber der gesamten reaktionären Hetzkampagne dokumentieren wollen.

Aus der »ML«-scene

Am 26. und 27. Juli trafen sich lt. „Rote Fahne" vom 10.8.77 in Portugal verschiedene „ML"er und gerlichen Lager, um eine „**Internationale Konferenz gegen die sozialimperialistische Bedrohung**" vorzubereiten. Die Konferenz soll voraussichtlich Ende Januar 1978 – parallel zum Abschluß der Belgrader KSZE-Konferenz – stattfinden. An dem Vorbereitungstreffen vom 26./27. Juli beteiligten sich u.a. E. Vilar von der halbfaschistischen portugiesischen „PCP/ML", R. Heinrichs von der „KPD" und der „Liga gegen den (Sozial-) Imperialismus" sowie O. Pesce von der „Vereinigten Kommunistischen Partei Italiens" (ehemals OCI/ml).

Außerdem nahmen an dem Treffen Vertreter der bürgerlichen Parteien Portugals teil – nämlich der PS von Soares, der CDS (Christdemokraten, enger Kontakt zur CDU/CSU) und der „Sozialdemokratischen Partei" (früher PPD, rechtsstehend); außerdem der frühere Arbeitsminister Tomas Rosa, bei Portugals Werktätigen als Reaktionär und Arbeiterfeind verschrien.



Die geplante „Internationale Konferenz" soll offenbar das Bestreben fortsetzen, die extrem vaterländischen „ML"-Parteien international enger zusammenzuschließen. Zugleich zeigt die Beteiligung der bürgerlichen portugiesischen Parteien an dem Vorbereitungstreffen, was bei entsprechender „Vorarbeit" – wie die „PCP/ML" sie schon seit Jahren leistet – in Sachen „Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus" noch drin sein könnte.

* * *

Eine „**Initiative für Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte**" hat kürzlich die „KPD" ins Leben gerufen. In großflächigen Anzeigen wirbt die Initiative jetzt in der bürgerlichen Presse für „*Unabhängigkeit und Einheit für Deutschland*", „*Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes*", „*Abzug aller Truppen der Supermächte aus Deutschland*", „*Weg mit Mauer und Schießbefehl*" sowie „*Freier Reiseverkehr in ganz Deutschland*". Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehört bemerkenswerterweise auch die „Bürgerinitiative Lübeck e.V. für den Schutz vor Kernenergiegefahren", eine von dem rechten Sozialdemokraten (und Unterzeichner des Aufrufs) P. Thürnagel ins Leben gerufene Spalter-BI. Das hat zwar alles noch kein portugiesisches Niveau, aber immerhin!...

* * *

Ein „**historisches Ereignis**" („Rote Fahne" vom 17.8.77) wurde vom 28. bis 31. Juli in Dusiburg „*erfolgreich durchgeführt*" („RF", 10.8.77). Dieses Ereignis ist ein „*Grund zur Freude für tausende klassenbewußter Arbeiter und Werktätiger, revolutionärer werktätiger Intellektueller, Schüler und Studenten*" („RF", 10.8.77). Dieses hocherfreuliche historische Ereignis ist der „Zweite Parteitag" der „KPD". Es gibt auch noch zusätzlichen Grund zur Freude: „**Es ist ein wichtiges und freudiges Ereignis, daß unsere Partei nun einen Vorsitzenden hat. Mit Christian Semler haben wir einen Genossen zum Vorsitzenden, der seit zwei Jahrzehnten im politischen Kampf steht und an führender Stelle am Aufbau und der Entwicklung unserer Partei und dem ideologischen Kampf innerhalb und außerhalb unserer Reihen teilnahm und sich so zu einem kommunistischen Führer entwickelt hat, der in der Lage ist, den Marxismus, den Leninismus und (!) die Maotsetungideen auf die konkrete Wirklichkeit unseres Landes anzuwenden, sich mit den Massen zu verbinden und von ihnen zu lernen, der dem Klassenfeind jederzeit geschlossen und furchtlos entgegentritt...**" („RF", 17.8.77). Angesichts derart freudiger Ereignisse ist der „KPD" vollauf zuzustimmen, wenn sie zu der Einschätzung kommt: „*Der Zweite Parteitag der KPD bedeutet eine schwere Niederlage für die modernen Revisionisten, deren Hoffnung auf die Schwächung der marxistisch-leninistischen Bewegung gescheitert ist. Der Zweite Parteitag der KPD stellt eine schwere Niederlage für die Bourgeoisien beider deutscher Staaten dar*" („RF", 17.8.77). Nun jubelt und seid froh!...

* * *

Ein etwas kleineres historisches Ereignis meldet der „Rote Morgen" der „KPD/ML" (19.8.77): „*Bei kaltem Büffet, albanischem Cognac und revolutionärer Musik feierten am 13. August über 30 Freunde und Genossen in Essen die Eröffnung ihres neuen Parteibüros*". Eine weitere schwere Niederlage für den modernen Revisionismus sowie die Essener Bourgeoisie! Prost!

* * *

Der Chlinch um die „Theorie der drei Welten" geht weiter: In einem Artikel „**die Theorie des Vorsitzenden Mao über die drei Welten hat der Sache der Weltrevolution bedeutend weitergeholfen**" polemisiert der Vorsitzende der „KP Australien/ML", Hill, mit deutlicher Spitze gegen die PdA Albaniens, die kürzlich die „Theorie der drei Welten" als reaktionär verurteilt hatte. Kaum noch verhohlen wirft Hill der PdAA „Trotzkismus" vor. U.a. schreibt er: „*Lenin kämpfte gegen Trotzkis Ansicht über den Verkehr mit keinem imperialistischen Land und spottete über die sogenannte ‚kompromißlose linke Linie' ... Wenn man in jedem einen Feind sieht, keinen Verbündeten hat und keinen Hauptfeind erkennt, so nimmt man objektiv einen trotzkistischen Standpunkt ein*". Andererseits mahnt Hill aber auch, daß die „*Geschlossenheit der Kommunistischen Weltbewegung ... nicht von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kommunistischen Parteien verschiedener Länder beeinträchtigt werden sollte*" (Zitate aus „Rote Fahne", 17.8.77).

* * *

Gegen die vaterländische „KP der Schweiz/ML" polemisiert die portugiesische PCP (R) – „Bruderpartei" der „KPD/ML" – in ihrer Zeitung „Bandeira Vermelha" (10.8.77). Titel: „**Schweizer Opportunisten unterstützen faschistische Diktatur Pinochets**". Die „KPS/ML" hatte in ihrer Zeitung „Octobre" u.a. behauptet, Chile gehöre zur „*Weltfront der Länder der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte*", daher bedeute die internationale Isolierung des Pinochet-Regimes „*Sabotage an der Einheit der Länder der Dritten Welt*". Die „KPS/ML" wendet sich gegen eine „*pseudoantifaschistische Propaganda*", die „*die öffentliche Meinung gegen Chile manipuliert*". Insbesondere wendet sich die „KPS/ML" – ebenso wie hierzulande der KBW – gegen einen Wirtschaftsboykott gegen die Junta, da dies „*die wirtschaftliche Lage Chiles erschwert und die Unterdrückung des Volkes verstärkt*" (alle Zitate nach „BV", 10.8.77).

* * *

Kürzlich fand der Zweite Parteitag der „PCE/ML" (Spanien) statt. „*Der Zweite Parteitag verurteilte und entlarvte die finstere Theorie der ‚drei Welten', das Schlachtroß der neuen Opportunisten, als eine Theorie, die den Klassenkampf als Motor der Geschichte leugnet; die den Charakter unserer Epoche als Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution leugnet; die sich der Führungsrolle des Proletariats widersetzt...*" (aus der Hauptresolution des Parteitags, zitiert nach „BV" vom 10.8.77).

* * *

Die Bestrebungen der Hua-Gruppe, ihre internationale Anhängerschaft zusammenzuschließen, können weitere Erfolge verbuchen. Nach Gründung der „KP (ML) der USA" (Zusammenschluß der früheren „October League" mit mehreren kleineren Gruppen), der „Vereinigten Kommunistischen Partei Italiens" (Zusammenschluß der OCI/ML mit drei kleineren Gruppen) und der „KP Griechenlands/ML" konnte im Juli die Gründung einer „**Revolutionary Communist League of Britain**" gemeldet werden („hsinhua", 30.7.77), im wesentlichen ein Zusammenschluß der „Communist Federation of Britain/ML" mit der kleineren „Communist Unity Association of Britain/ML".

* * *

Nachdem sich Anfang Juli der Vorsitzende der „Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande", Petersen, nach Peking begeben durfte, folgte ihm kurz darauf sein Kollege Kees de Boer von der „Kommunistischen Einheitsbewegung der Niederlande/ML" (KEN/ML). De Boer hatte Gelegenheit, an einem Empfang anläßlich des 50. Jahrestags der Gründung der VBA am 1. August teilzunehmen. Ebenfalls anwesend waren Benito Scocozza („Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks, ehemals „KB Dänemark/ML") und Fernand Lefebvre (PCMLB, Belgien) („hsinhua", 1.8.).

* * *

Und vom Beginn der Vereinigungsgespräche zwischen „KPD" und KBW ist noch gar nichts zu melden? Leider nein!

Nachtrag zu »‚Vierte Internationale' – Spannend wie ein Krimi«

Wie in AK 110, S. 51/52 berichtet, betreibt die trotzkistische WRP (Großbritannien) eine Kampagne für die Einrichtung einer „Internationalen Untersuchungskommission". Diese Kommission soll sich mit dem Vorwurf der WRP befassen, Hansen und Novack, Führer der trotzkistischen SWP (USA) seien „*Komplizen der GPU*", der sowjetischen Geheimpolizei. Dieser Vorwurf stützt sich auf die Behauptung, insbesondere Hansen sei in die bisher ungeklärte Ermordung Trotzkis in Mexico 1940 und in die Vertuschung der Hintergründe verwickelt.

Nunmehr hat die WRP noch kräftig einen drauf gegeben: In einer Erklärung vom 29. Juli behauptet sie, Hansen sei nicht bloß „Komplize der GPU", sondern auch „*Komplize des FBI*". Es sei „*bewiesen, daß Hansen, während er Informationen an das [US-]Außenministerium und an das FBI weitergab, die Vertreter der SWP, die Trotzkis Tod untersuchten, auf eine falsche Fährte lockte*" und „*daß Hansen tatsächlich regelmäßigen und vertraulichen Kontakt mit dem FBI auf seinen eigenen Wunsch hin hatte*" (zitiert nach „neue Arbeiterpresse", 12.8.77, Organ des BSA, westdeutsche Filiale der WRP). Da muß man Hansen in Schutz nehmen: Offensichtlich bewegten sich seine Kontakte zum FBI und seine „vertraulichen Mitteilungen" an dieses im Rahmen des damals in der trotzkistischen Bewegung völlig üblichen Umgangs mit der Polizei und den Geheimdiensten, mit denen ziemlich skrupellos bei der Jagd auf die vermeintliche „stalinistische Verschwörung" kooperiert wurde.

Beifall und Pfiffe für Teng



Gemischt sind die Reaktionen der bundesdeutschen „ML"-scene auf die Wiedereinsetzung Deng Hsiao-pings in seine Ämter. Während die „KPD/ML" ihre Mißbilligung durch eisiges Schweigen kundtut und der KBW sich bisher mit dem nüchternen Abdruck eines chinesischen Kommuniques zufrieden gab, begründet die vaterländische „KPD" ausführlich die Notwendigkeit dieser Maßnahme aus ihrer Sicht. Als geradezu sensationell ist hingegen die Stellungnahme des KAB„D" zu werten, der jetzt offen erklärt: „Die Führung Chinas segelt im Wind von rechts!"

„KPD"

Die „KPD" schreibt in ihrer „Roten Fahne" vom 10.8.77: „ ...*in der Frage Deng Hsiao-ping gibt es bei vielen noch Unsicherheiten und Fragen. Die Propaganda der ‚Viererbande' gegen Deng Hsiao-ping und seine angeblich ‚konterrevolutionäre, revisionistische Linie' war überwältigend, sie schien vielen von uns einleuch-*
sie schien vielen von uns einleuch-
tend und unsere Partei und auch die ‚Rote Fahne' haben entsprechende Artikel der chinesischen Presse nachgedruckt und den Sturz Deng Hsiao-pings begrüßt". G a n z klar scheinen die Dinge für die „KPD" immer noch nicht zu sein, denn für alle Fälle sichert man sich ab: „*Natürlich gibt es noch eine Reihe von Fragen und Aspekten der komplizierten Klassen- und Linienkämpfe in China während der Jahre 1974 bis 1976, zu deren Beurteilung wir nicht in der Lage sind. Doch das sind in erster Linie Angelegenheiten der KP Chinas selbst*".

Die neuesten Erkenntnisse der „KPD" sind, zusammengefaßt, folgende: Es habe zwar Anfang 1976 in der VR China tatsächlich eine rechtsopportunistische Strömung („Wind von rechts") gegeben; die „Viererbande" habe jedoch eigenmächtig und sogar „*gegen den Willen Mao Tse-tungs und des Zentralkomitees*" diese Kampagne auf Deng zugespitzt. Dazu habe sie „*wider besseres Wissen*" falsche Vorwürfe gegen Deng erhoben. Sie habe dann den sogenannten „Tiänanmen-Zwischenfall" vom April 1976 (Demonstrationen zugunsten Deng Hsiao-pings) benutzt, um Deng „*zum Verbrecher und Verschwörer*" abzustempeln. „**Beweise konnte die Viererbande dafür niemals anbringen**", behauptet die „KPD". Inzwischen habe die chinesische Führung den Zwischenfall „*erneut untersucht*", und sie sei dabei zur Schlußfolgerung gekommen, daß „**die Demonstrationen hauptseitig positiv**" waren, „*denn sie dienten der Verteidigung des Andenkens von Tschu En-lai ... und waren ein konzentrierter Ausdruck der Opposition gegen die ‚Viererbande'* ".

Zur Erinnerung: „**Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas hat den konterrevolutionären (!) Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng-Hsiao-ping-Frage bereits in einem antagonistischen Widerspruch verwandelt hat**" (Beschluß vom 7.4. 1976, lt. „Peking Rundschau" vom 13.4.76).

Soll man jetzt annehmen, das gesamte Politbüro der KP Chinas, einschließlich Mao, habe sich damals von der „Viererbande" t ä u s c h e n lassen, obwohl diese doch niemals B e w e i s e vorbringen konnte?! Zudem liegt auf der Hand, daß die „Viererbande" zwar zu jener Zeit einigen Einfluß auf die Massenmedien hatte, aber ganz sicher nicht für die Untersuchung des „Zwischenfalls" zuständig war.

Die „KPD" ist inzwischen auf einem Tiefpunkt angekommen, wo sie gehorsamst jede beliebige Windung und Wendung der chinesischen Innen- und Außenpolitik nicht nur allgemein verteidigen, sondern auch phantasievoll „begründen" wird. Das stellt selbst alles in den Schatten, was es in den 50-er Jahren an „sklavischer Nachbetung" gegenüber der KPdSU in der internationalen kommunistischen Bewegung gab!

KAB„D"

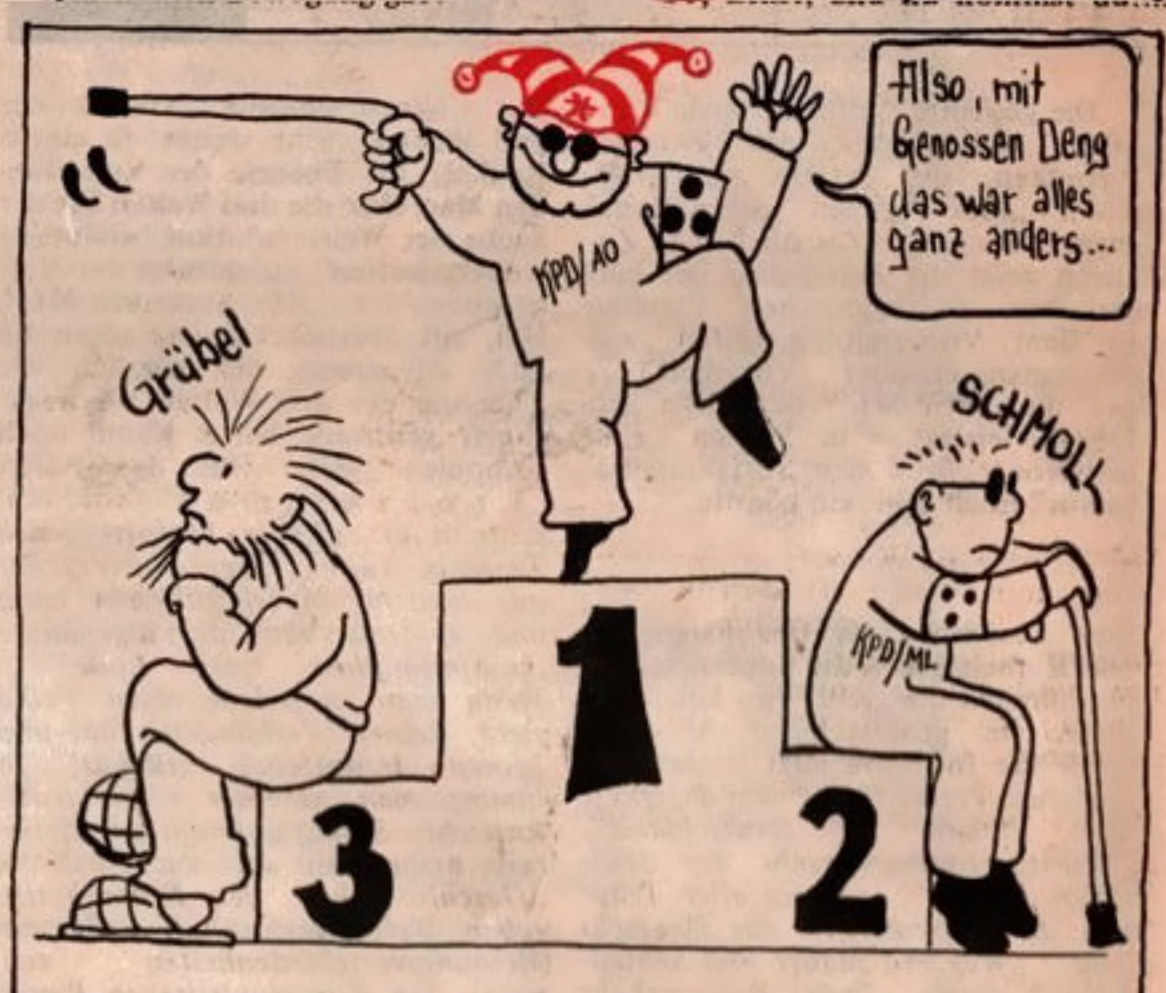
Anders der KAB„D", der – für jeden Kenner und Freund der Szene höchst überraschend – doch noch die Kurve gekriegt hat. Hatte der KAB „D" zunächst noch den Hua-Putsch gerechtfertigt, so heißt es jetzt in einer feierlichen Erklärung der Zentralen Leitung des KAB„D" (Titelseite der „Roten Fahne" des KAB „D" vom 16.8.77) u.a.: „*Deng Hsiao-ping, der in der Vergangenheit zweimal als Rechtsopportunist und Revisionist entlarvt wurde, galt als Prüfstein für das ideologisch-politische Verhalten der Führung der KP Chinas nach dem Tode Mao Tse-tungs. Es gab zwei Möglichkeiten: Entweder blieb das Zentralkomitee unter dem Vorsitz von Hua Guofeng den Ideen Mao Tse-tungs treu und bekämpfte den Opportunismus aller Schattierungen, insbesondere den von Deng Hsiao-ping entfachten Wind von rechts, oder es rehabilitierte diesen besserungsunwilligen Machthaber und segelte mit ihm im rechten Wind.*

Die Verurteilung und Entmachtung Deng Hsiao-pings ist auf Vorschlag Mao Tse-tungs und durch einstimmigen Beschluß des Politbüros des ZK der KP Chinas erfolgt – das kann niemand wegleugnen. Sie erfolgte, weil Deng Hsiao-ping eine rechtsopportunistische, eine revisionistische Linie vertrat. Rehabilitierung bedeutet Anerkennung dieser Linie, bedeutet eine Kursänderung, d.h. Segeln im Wind von rechts.

Dies ist für die Entwicklung des Klassenkampfs in der VR China und für die internationale marxistisch-leninistische Bewegung ein verhängnisvoller Weg.

Es ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, diesen Kurs der Führung der KP Chinas, die im Wind von rechts segelt, aufs schärfste zu kritisieren und zu bekämpfen...".

So, Ernst, und nu kommst du!...



Helga Rosenbaum (KBW) ist wieder frei!

Nach fast dreiwöchiger Haft wurde die ehemalige Heidelberger Stadträtin Helga Rosenbaum (KBW) Mitte August aus der Haft entlassen. Sie war verhaftet worden, nachdem sie zu einem Gerichtstermin nicht erschienen war – sie befand sich zum damaligen Zeitpunkt in der VR China. Inzwischen hat gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth (gleichfalls KBW) im Heidelberger Amtsgericht der Prozeß begonnen, in dessen Zusammenhang seinerzeit der Haftbefehl ausgestellt worden war. Es geht dabei um „Hausfriedensbruch" im Heidelberger Gemeinderat.

Wie schon im AK 110 berichtet, hat der KBW anläßlich der Verhaftung von Helga Rosenbaum erneut ein klägliches Schauspiel seiner Unfähigkeit und Ohnmacht gegeben. So wurde auf eine nationale Mobilisierung von vornherein verzichtet. In Heidelberg demonstrierten 2 – 300 Menschen (mehr als 2.000 Stimmen hatte H. Rosenbaum seinerzeit bekommen!), und bei einer Veranstaltung mit J. Schmierer in Mannheim, für die sogar regional mobilisiert worden war, trafen sich am 12. August 680 Menschen (nach Angaben des KBW). Ausschlaggebend für dieses Ergebnis war sicher auch die Tatsache, daß der KBW nur eine „Aktionseinheit" mit sich selbst zustande gebracht hatte, etwas anderes wohl auch gar nicht versucht hatte.

Zu diesen kläglichen Vorgängen trägt auch die Tatsache bei, daß der KBW offenbar unfähig ist, in seinen Flugblättern präzise Angaben etwa zum Prozeßverlauf oder zur Begründung der Haftentlassung von Helge Rosenbaum zu machen. Stattdessen herrscht allgemeines und blödes Geschwätz vor wie z.B.: „*Gegen die Verhaftung H. Rosenbaums wird gegenwärtig die Front aufgebaut*", oder dozierender Marxismus für Anfänger („*Weil zwei Hauptklassen in der kapitalistischen Gesellschaft existieren*" usw. usf. ... oder: „*Wir Kommunisten kämpfen für die Beseitigung des Privateigentums und die Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse*").

Da schmunzelt der Kommunist:

Die größte Qual des KB-Nord

„Arbeit ist für uns die größte Qual – egal ob Kapitalismus oder Kommunismus", so der KB-Nord auf einer Veranstaltung des Kommunistischen Studentenbundes Göttingen, die den großen Sprung nach vorn im Aufbau des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China propagierte. In einem Trupp von ca. 15 Mann war der KB-Nord erschienen, um zügellose Hetze gegen die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei Chinas zu verbreiten. Gelungen ist es ihnen nicht, im Gegenteil, sie mußten ihren parasitären Standpunkt offen herauslassen. „Befreiung des Menschen von Arbeit" (Pfeiffer, KB-Nord) sei Zweck der Revolution, statt Befreiung der Produktivkräfte. Ergänzt hat sie der „Göttinger Betriebsexpreß", eine Organisation, die mit dem Sozialistischen Büro zusammengeht. „Unmöglich" sei es, „im Sozialismus am Fließband zu stehen", das beweise nur Revisionismus.

Im Referat auf der Veranstaltung wurde anhand des Aufbaus der Landwirtschaft in Dadschai bewiesen, daß die energische Entwicklung der sozialistischen Produktion eine notwendige Bedingung für das Festhalten am Sozialismus, für das Niederringen des Kapitalismus, ist. Nur so kann der wachsende Bedarf der Volksmassen in der VR China Schritt für Schritt gedeckt und das Bündnis von Arbeitern und Bauern, sowie die Einheit der verschiedenen Nationalitäten gestärkt werden.

„Befreiung von Arbeit", das ist die Existenzweise der herrschenden Finanzbourgeoisie. Mit Leuten wie dem KB-Nord versucht sie, Parasitentum als revolutionär zu verbreiten.

Original-Artikel aus der »KVZ« vom 15.8.77